



Arbeiterkampf

Jg. 9 Nr. 163 1.10.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Am 14. Oktober: Alle nach Bonn!

Die Bundeskonferenz ruft auf zur Demonstration am 14. 10. 79 in Bonn unter einem gemeinsamen roten Aushang mit den Forderungen:

- Weg mit dem Atomprogramm!
- Schließung aller Atomkraftanlagen!
- Verbot der Erfindung und Anwendung unkontrollierbarer Energie!
- Totes Kernstilllegung und Stillverriegelung von Atomkraftanlagen!

Auf der Bundeskonferenz hat die Bürgerbewegung Lüchow-Dannewitz sich bekundet für die breite Unterstützung und große Zustimmung mit dem ausverkauften Atomkrafttag am 14. Oktober gegen die Testreaktoren. Die Bundeskonferenz fordert auf, auch weiterhin und verstärkt die Protest- und Widerstandskämpfe gegen die Testreaktoren zu unterstützen. Es wurde beschlossen, eine gemeinsame Demonstration in Absprache mit der Bürgerbewegung Lüchow-Dannewitz zu planen („Wendehalsblockade“). Alle Bürgerbewegungen werden aufgefordert, am 14. Oktober nach Tübingen bei Tübingen zu kommen, um die Stillverriegelung des bayerischen Atomkraftreaktors zu unterstützen. Die Bundeskonferenz hat beschlossen, eine gemeinsame Demonstration in Bonn am 14. Oktober zu organisieren. Die Bundeskonferenz hat beschlossen, eine gemeinsame Demonstration in Bonn am 14. Oktober zu organisieren.

Die Bundeskonferenz ruft auf zur Demonstration am 14. 10. 79 in Bonn unter einem gemeinsamen roten Aushang mit den Forderungen:

- Weg mit dem Atomprogramm!
- Schließung aller Atomkraftanlagen!
- Verbot der Erfindung und Anwendung unkontrollierbarer Energie!
- Totes Kernstilllegung und Stillverriegelung von Atomkraftanlagen!

Tolle Erfolge bei NRW-Wahlen für bunte und grüne Listen!

Bei den Kommunalwahlen im bevölkerungsreichsten Bundesland, Nordrhein-Westfalen, konnte die grüne Wahlbewegung (teilweise auf gemeinsamen Listen) ihre bisher besten Wahlergebnisse verbuchen. In fünf Städten konnten die Bunte und Grüne die unterdemokratische 5%-Hürde (die in NRW selbst bei Kommunalwahlen gilt) überwinden und in die Stadt- bzw. Gemeindeparlamente einziehen. In einer Reihe dieser und weiterer Städte/Orte wurden relevante Erfolge in einigen Bezirken erreicht. Die Ergebnisse der grünen/bunten Oppositions-Listen zu den etablierten Parteien haben die Ergebnisse der „Grünen“ bei den Wahlen zum Europaparlament in aller Regel übertraffen (selbst die schlechtesten Ergebnisse liegen diesmal in NRW bei 7,4 % und darüber).

Dieser tolle Erfolg dürfte für die gesamte alternative Wahlbewegung in der BRD einen neuen Aufschwung bringen – und wird sich hoffentlich bereits am 7. Oktober auswirken, wenn in Bremen und Bremerhaven das Landesparlament neu gewählt wird. Hier steht als einzige „echte ALTERNATIVE“ die gleichnamige Liste 4 zur Wahl.

Als wichtige Erfahrungstatsache kann nach diesen Wahlergebnissen gelten, daß die Teilnahme von Linken und kommunistischen Organisationen an alternativen Wahlbündnissen und kommunistischen Organisationen an alternativen Wahlbündnissen kein Hindernis für Erfolge sein muß. Das Protestpotential unter den Wähler orientiert sich offenkundig an Sachaussagen und Wahlkampfstrategie der grün/bunten/unabhängigen Listen.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang, daß die DKP bei dieser Wahl in fünf Städten Mandate erringen konnte (mit zum Teil guten Stimmenanteilen).

Von den oppositionellen, fortschrittlichen Listenverbindungen erreichte die sogenannte Unabhängige Liste in Aachen mit 25,5 % Stimmenanteil 10 Abgeordnetensitze. In dieser Abstimmung kommt der große Protest gegen das für Aachen geplante Zwischenlager für abgetrennte atomare Brennelemente zum Ausdruck.

Bleibt noch nachzutragen, daß die etablierten, bürgerlichen Parteien ihre Stimmenanteile nahezu gleichgeblieben haben: Die CDU bekam im Landesdurchschnitt 48,3 Prozent, die SPD 44,9 und die FDP 6,5 Prozent. Wie stark diese Parteien dort, wo bunte und grüne Listen gut abgeschnitten haben, Stimmenverluste hinnehmen mußten, ist uns bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt gewesen.

Übersicht:

1. Bunte/Alternative Listen

Bielefeld: 5,6 % = 4 Sitze, außerdem wird die BL in 6 von 10 Bezirksparlamenten einziehen.
Bonn: 4,1 %

parlamenten einziehen.

Bonn: 4,1 %

Dortmund: 2,85 %

Düsseldorf: 1,11 %. Allerdings trat die Liste nur in 18 der 42 Bezirke an, dort erreichte sie zwischen 2,4 und 3,1 %. Im Bezirk Gath erreichten Unabhängige 6,3 %.

2. Gemeinsame Listen von Grünen und Bunten

Münster: 6,0 % = 4 Sitze, ebenfalls in sämtlichen Bezirksparlamenten vertreten

Leverkusen: 5,04 % = 3 Sitze
Köln: 4,0 %, in zwei Bezirken (7,0 und 5,3 % vertreten).

3. Grüne Listen:

Datteln: 9,9 % (dort ist Atomkraft-Nachgelager der Oberbürgermeister)

Marl: 8,9 %

Mülheim: 4,7 %, in zwei Bezirken im Parlament

Recklinghausen: 4,6 %

Ernstingen: 4,08 %

Hamm: 4,0 %

Emmerich: 3,9 %

Witten: 3,6 %

Bochum: 2,4 %

Oberhausen: 2,6 %

4. Sonstige Listen mit BI-Vertretern:

Aachen: 25 % = 10 Sitze

Urdingen: 3 BI-Kandidaten, davon nahm einer dem Oberbürgermeister das Direktmandat ab!

5. DKP:

Gladbeck: 8,7 %

Aachen: 7,9 %

Bochum: 7,2 %

Hattingen und Gevelsberg jeweils knapp über 5 %

Berichterstattung
zum Thema Wahlen
auf den Seiten
4 - 8.



Frauen gegen § 218

Über 2000 Frauen (und Männer) demonstrierten am 22.9. in Essen gegen die Angriffe von Kirchenfürsten und Reaktionen auf die derzeitige § 218-Gesetzgebung und für die Einrichtung eines sog. „Schwangerschaftskonfliktzentrums“ nach dem Bremer Modell für Essen. Der ausführliche Bericht hierzu beginnt auf Seite 31.

Giftkrieg im Frieden

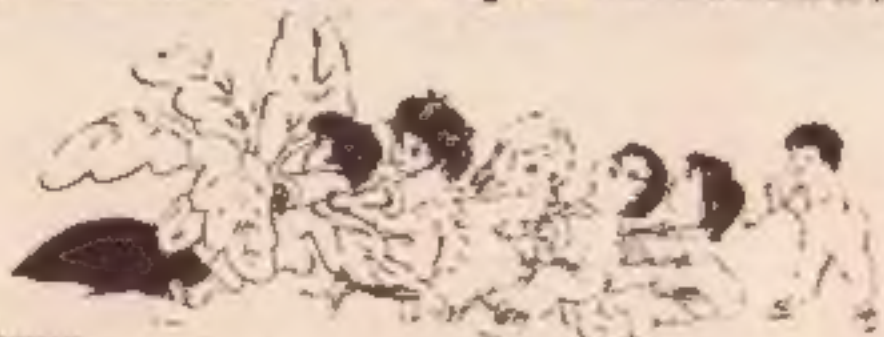
Die Geschäfte zwischen der Hamburger Giftfabrik Stoltzenberg und der Bundeswehr können nicht länger geleugnet werden. Was bislang an die Öffentlichkeit drang, dürfte aber nur ein Zipfel der Wahrheit sein. An der demokratischen Öffentlichkeit und der Linken liegt es, daß dieser Zipfel nicht in den nächsten Wochen von den Behörden und den parlamentarischen „Untersuchungsausschüssen“ wieder bis zur Unkenntlichkeit zerfleddert wird, daß daraus im Gegenteil ein Anstoß für eine demokratische Massenaktion wird: Eine Massenaktion gegen die Giftbombe, die ständig lauter und bedrohlicher in unserer Umwelt, ja, inmitten von Millionenstädten tickt – eine Massenaktion auch gegen neue Kriegsgefahren, für die der Name Stoltzenberg schon einmal vor 50 Jahren durch die Weltpresse ging.

Die Bundeswehr hortet Giftgas in Mengen, die alles Leben auf dieser Erde auslöschen können. Chemiefabriken lagern und produzieren Giftgas für die Bundeswehr – wie viele Fabriken es sind, und wo überall dies geschieht, wird vor der Öffentlichkeit geheim gehalten. An unzähligen Stellen unter unseren Städten und auf dem Land sowie auf den Meeresböden vor unseren Küsten rosten Gift- und Giftgasfässer aus dem 1. und 2. Weltkrieg langsam dahin. Der Giftkrieg hat seine Spuren auf unabsehbare Zeit hinterlassen, seine Vorbereitung droht erneut – und: ER IST TÄGLICH IM GANGE. Nicht nur durch Kriegsgifte wie Tabun und Lost, sondern auch durch „Friedensgifte“, die die Chemieindustrie unaufhörlich in die Luft bläst, in die Gewässer leitet und in den Erdboden pflügt.

Die Gefahren, die uns hier umgeben und ständig anwachsen, sind denen der Atomenergie mindestens vergleichbar. Die Maßnahmen, die wir dagegen zu ergreifen haben, müssen denen der Anti-AKW-Bewegung mindestens ebenso vergleichbar sein.

Einige Hintergrundinformationen zum Hamburger Giftskandal auf Seite 2.

Pflegesatz für Kinderhaus Heinrichstraße ab 1. April anerkannt



Presseerklärung

Auf den Tag genau drei Jahre nach der Ablehnung des Antrages auf Pflegesatzanerkennung durch die damals von Senator Apel geleitete Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung teilte das Amt für Jugend am 27.9.1979 mit, daß nunmehr ab 1. April 1979 ein Pflegesatz in Höhe von DM 585,- pro Kind im Monat anerkannt wird. Die Behörde beantwortet damit einen entsprechenden Antrag des Kinderhauses vom Mai 1979, in dem allerdings eine Anerkennung des Satzes ab 1. Januar 1979 beantragt worden war. Die Wahl des 1. April wird damit begründet, daß von diesem Zeitpunkt an sowohl die Verfassungstreue als auch der Bedarf für die Kindertagesplätze im Kinderhaus festgestellt worden ist. Das Kinderhaus fragt sich, ob das Zufall ist. Mit dieser Entscheidung kommen die Eltern der im Kinderhaus Heinrichstraße untergebrachten Kinder endlich in den Genuß von Zuschüssen zu den Unterbringungskosten.

Eltern, Erzieher und Kinder freuen sich über diese Entscheidung, die in erster Linie der breiten Unterstützung aus der Bevölkerung zu verdanken ist. Diese hat dafür gesorgt, daß über drei Jahre ohne anerkannten Pflegesatz gearbeitet und um die Anerkennung gekämpft werden konnte. Dafür bedankt das Kinderhaus sich bei allen Freunden. Nicht zuletzt ist die jetzige Entscheidung wohl auch auf den Wechsel in der Behördenspitze 1978 zurückzuführen. Senator Groll hat den Mut bewiesen, die falsche Entscheidung seines Vorgängers zu korrigieren. Das Kinderhaus hofft, daß es die einstige Elterninitiative bleiben wird, die drei Jahre auf die Anerkennung der Elternrechte warten muß.

Mit der jetzt erfolgten Anerkennung lösen sich die ernstesten finanziellen Probleme des Kinderhauses, die in den letzten Monaten die Existenz gefährdet haben. Ungelöst bleibt mit dieser Entscheidung die finanzielle Bewältigung der Zeit von August 1976, der Eröffnung des Kinderhauses, bis März 1979, für die nach wie vor kein Pflegesatz anerkannt ist. Gerade in dieser Zeit haben Erzieher, Eltern und Freunde des Kinderhauses unzumutbare finanzielle Belastungen auf sich genommen, die nach wie vor nicht ausgeglichen werden können. Das Kinderhaus fordert die zuständige Behörde auf, die jetzt erfolgte Anerkennung des Pflegesatzes auch auf den davor liegenden Zeitraum auszuweiten.

28.9.1979

Kinderhaus e.V. in der Heinrichstraße

Wie gefährlich sind Kampfstoffe?

Nach einem Gasangriff am 28.1.1915 an der russischen Front ging einer der Erfinder der Gaswaffen Prof. Fritz Haber, zusammen mit einem Nachrichtenoffizier über das Schlachtfeld. Zehn Jahre später beschrieb dieser Offizier in einer Berliner Illustrierten Zeitung den Gang durch die Hölle so:

„Wir gingen mit der zweiten Welle des Angriffs mit. Es schien ganz ungefährlich, kein Schuß fiel von drüben, und die Artillerie war völlig verstummt. Die Giftwolken (Chlorgas) hatten ihre Wirkung getan. Der Professor (gemeint ist Haber) hat mich Schlimmes ahnen lassen.“

Aber was ich hier zu sehen bekam, dieses Schlachtfeld einer mörderischen Theorie, war das Grauen selbst, das jeder menschlichen Phantasie spottete. Ein Schlachtfeld voll Menschen, die sich im Todeskampf wanden, auf allen Vieren sich fortzuschleppen suchten, sich wie im Wahnwitz die Kleider vom Leibe rissen. Da lag einer, die Finger in den Boden gekrallt, dort ein anderer mit weit hervorquellen den Augen, in denen das Entsetzen vor dem Unbegreiflichen lag. Die röchelnden, pfelenden Atemzüge sprachen von unmenschlicher Qual. Blaue Lippen, blau das, was früher das weiße des Augapfels gewesen war, und unbeschreiblich graue Totengesichter.“ (Zitiert nach einem Ausstellungstext an der Hamburger Universität, Sommer 78).

Vorantgang war in der deutschen Presse eine Kampagne der „humanen“ Kriegswaffe. Dazu ein Beispiel von Julius Meyer aus seinem 1925 herausgegebenen Buch „Der Gaskampf und die chemischen Kampfstoffe“:

„Schon das Bestreben, die Härten und Grausamkeiten des Krieges mehr und mehr zu vermeiden, weist empfehlend auf den Gaskampf hin, wie denn die Kriegsführung, wenigstens von deutscher Seite her, stets das Bestreben gehabt hat, die Leiden des Krieges durch die Einführung verbesserter (!) Waffen nach Möglichkeit zu verkleinern.“ (Willi Kling, Kleine Geschichte der IG-Farben, der Großfabrikanten des Todes, DDR 1957, S.13).

Die IG-Farben, Vorkörper der Konzerne Bayer, BASF und Hoechst, hatten bis 1918 sechzig Millionen (!) Kilogramm hochkonzentrierter Gaskampfstoffe in Granaten aller Kaliber gefüllt (ebenda, S.13).

Bis zum Ende des Krieges kamen rund 3.000 verschiedene Kampfgase zum Einsatz, die zu folgenden Kampfstoff-Geschädigten im Ersten Weltkrieg führten (Angaben nach Printist):

Land	Zahl der Vergiftungen	Tote
Deutschland	200 000	9000
Frankreich	190 000	8000
England	188 700	8100
Italien	60 000	4600
Österreich	100 000	3000
Rußland	475 300	56000
USA	72 800	1400
andere Länder	10 000	1000
Gesamt:	1 296 000	91100

Aufgrund dieser Schrecken des Krieges wurde 1925 in Genf eine internationale Übereinkunft getroffen - die Ächtung von Giftgaskampfstoffen.

Trotzdem wurden im Hitler-Faschismus wieder Kampfgase erprobt, die unter der „Aktion Sprühkegel“ über 100 000 Toden erreichten. Zur Erreichung therapeutischer Maßnahmen gegen Kampfstoffverätzungen wurden in der „SS-Forschungs- und Lehrgemeinschaft Ahnenerbe“ in Natzweiler (Frankreich) Versuche an KZ-Häftlingen durchgeführt! Sie mußten bei Lost- und Phosgenversuchen ein bis zwei Kubikzentimeter Gas in einem abgedichteten Raum einatmen.

Der Zeuge Ferdinand Hohl hat schreibt die Wirkung im Nürnberger Ärzteprozess von 1947 so:

„Zum Teil habe ich mit Sauerstoff gearbeitet, damit die Atmungsorgane (nach der Gasbehandlung) wieder in Gang kamen. Einzelne sind an Luftmangel erstickt, wenn man nicht mehr soweit kam, die Leute



Am 28. Mai 1928 kam es bei der Firma Stoltzenberg schon einmal zu einer Giftkatastrophe. Damals starben 10 Menschen.



Sanitäter versorgen die schwerverletzten Opfer des Unglücks.



Über Jahrzehnte gute Geschäftspartner. Stoltzenberg und ein Bundeswehr-Offizier.

wieder zum Leben zu bringen... Ich habe Lungen gesehen von Leuten, die wurden dann gleich zerlegt, im Ahnenerbe, die waren dann vielleicht noch so groß wie ein halber Apfel, zerfressen, voller Eiter.“ (Prot. S. 1093f, zitiert nach Mitscherlich, Mielke, „Medizin ohne Menschlichkeit“, Dokumente zum Nürnberger Ärzteprozess, Fischer-Verlag, 1978, S. 170).

An diesen schweinischen Experimenten hatte sich auch der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Gebhardt, beteiligt und wurde dafür zum Tode verurteilt.

Welche langfristigen Schäden von solchen Gasen ausgehen, zeigen die folgenden Beispiele.

Am 24. Oktober 1919 wurden die Gebäude der Grün- und Gelbkreuzwerke in Münster in die Luft gesprengt, um den Versailler Friedensvertrag, Artikel 171 (Verbot von chemischen Kriegswaffen) zu erfüllen. Zwischen 1919 und 1925 wurden Kampfstoffbehälter, Granaten und sonstige gefährliche Stoffe beseitigt. Ziegel, Zement und Schutt blieben liegen. Ernst Gillert beschreibt in seinem Buch „Kampfstoffverletzungen“ die Aufräumarbeiten in den Jahren 1934/35. Es wurden dann von Arbeitswilligen die alten Fundamente der Gebäude, Zementblöcke, Ziegelsteine usw. weggeräumt, um sie für Straßenzwecke wieder verwenden zu können.



Der Kampfstoff Lost führt bei Hautkontakt zu schweren Schäden.

Bei diesen Aufräumarbeiten haben sich einzelne Arbeitsfreiwilligen noch Massenschlaffheitsanfällen haben sich einzelne Arbeitsfreiwillige noch Hautschädigungen durch Gelbkreuz zugezogen, also 14 bis 15 Jahre nach der Explosion... Natürlich hatte die Wirkung nachgelassen, aber immerhin vermochte der Kampfstoff doch noch Blasen an den Händen hervorzurufen; bis zu Gewebeschmelzung (Nekrosen usw.) kam es nicht...“ (S. 14).

Dramatischer zeigten sich die langfristigen Auswirkungen von Kampfstoffen bei 245 ehemaligen Lostarbeitern, die in der Folgezeit von 1939 bis 1945 in der Heeresmunitionsanstalt Munster beschäftigt waren.

„... Bis 1974 starben 114 Personen, davon allein 40 an Krebs und 38 an typischen Erkrankungen der Atmungsorgane. 80 % der noch lebenden Lost-Worker waren durch schwere Gesundheitsschäden in der Erwerbsfähigkeit wesentlich (!) beeinträchtigt. Die Tumorerkrankungszahl lag bei durchschnittlich etwa 22 Jahren. Lost - ähnliche Stoffe werden heute (!) noch zur Behandlung chronisch - entzündlicher Erkrankungen angewandt: Experten scheitern „die Anwendung... nicht mehr vertretbar...“ (Nach Weiß, A. und B. Weiß, in Deutsche Medizinische Wochenschrift, 17, 919 (1975), zitiert nach „Sewas ist überall...“ Koch, Vahrenholt, S. 425) Diese Fakten beziehen sich wohlgerne auf die „harmlosen“ Kampfstoffe überhaupt. Die heutigen Weiterentwicklungen (Sarin, Tabun, Soman, VX, etc.) sind in der Regel absolut tödlich.

Bei Tabun z.B., ein Haut- und Atemgift, sind einige Milligramm in der Atemluft bereits tödlich, wenn nicht binnen Minuten ein Gegengift verabreicht wird. Nach dreißig Minuten ist praktisch jede Behandlung zu spät. Bekommt einer bei der Behandlung das Gegenmittel Atropin in zu großer Dosis verabreicht, stirbt er nicht an Kampfstoff, sondern an Atropinvergiftung, so der DDR - Kampfstoffexperte Frucht (laut Spiegel 39/79).

Staatsanwalt gegen Stoltzenberg-Opfer

Es ist kaum zu glauben. Am 26. September mußte Senator Dahrendorf wegen Mitwisserschaft und Untätigkeit in Sachen Stoltzenberg-Giftgas seinen Hut als Chef der Hamburger Justizbehörde nehmen. Am selben Tag bestätigte der Sprecher der gleichen Behörde, daß wegen der Sprengstoffexplosion am 6. September, nach der das Giftgaslager des Dr. Stoltzenberg offiziell „entdeckt“ wurde, ein Ermittlungsverfahren geführt wird. Allerdings nicht gegen den zurückgetretenen Senator, sondern u.a. gegen die Eltern von Oliver L., der bei der Explosion am 6.9.

„... bei der Explosion am 6.9. getötet wurde. Beide stehen angeblich unter dem „Verdacht der fahrlässigen Tötung und der Herbeiführung eines Sprengstoffvergehens“. („Welt“, 27.9.). Und das zu einem Zeitpunkt, an dem die Eltern über den Tod eines Kindes trauern und gleichzeitig um die Zukunft und Genesung ihres anderen, bei der Explosion schwer verletzten Kindes bangen müssen.

Es scheint so, als ob der Giftgas-senat dem ganzen Skandal um das Massenvernichtungsmittelager mitten in Hamburg mit dem unfaßbaren Vorgehen gegen diese Opfer des Dr. Stoltzenberg und seiner Helfer noch eine besondere Krone aufsetzen will. Zunächst hatte man den Eltern sogar den Staatsschutz auf den Hals gehetzt (s. AK 162). Der Vater ist vor

Jahren wegen eines „terroristischen Vergehens“ verurteilt worden. Was lag da für den Staatsanwalt näher als der Verdacht, der Vater habe den Sohn mit übriggebliebenem Sprengstoff hantieren lassen. Und wenn sich die Ermittlungen jetzt auch auf Stoltzenberg, Leuschner und Senat verdichtet haben - irgendwie wird man den Eltern wohl noch was ans Zeug flicken können, die überhaupt nichts dafür können, daß mitten in Hamburg mit Wissen und Duldung des Senats für Kinderhände greifbar Sprengstoff und Giftgas herumliegen.

gremium Sprengstoff und Giftgas herumliegen.

Ungewohnt für ihn und gleichwohl erfreulich ist das Angebot des hessischen Wirtschaftsministers Karry (FDP) an die Eltern. Sie sollen aus den Mitteln der partei eigenen Karl-Herrmann-Flach-Stiftung 3.000 DM bekommen, um einen Rechtsanwalt mit der Vertretung ihrer Interessen zu beauftragen. („Welt“, 29.9.79). Wäre anzuregen, daß die Partei mit den „wachsenden Senatoren“ aus ihrer Kasse noch einiges dazulegt. Und der „Verdacht der fahrlässigen Tötung und der Herbeiführung eines Sprengstoffvergehens“ - dem sollte der Staatsanwalt „weiter oben“ nachgehen, vielleicht bei seinem noch amtierenden Dienstherren.

Kinderkommission



Ein Kind mußte sterben, damit die Beamten und Behörden endlich aufwachten.

Stoltzenberg war nur der Anfang

Am 21.9. wurde der von Staatsrat Rabels im Auftrag des Hamburger Senats erstellte 65-seitige Bericht mit dem Titel „Stoltzenberg-Skandal“ veröffentlicht. Bereits aus diesem Bericht wurde deutlich, daß Stoltzenberg nur mit voller Duldung der Behörden bis in höchste Stellen hinein hatte arbeiten können. Der Bericht stellt fest, „daß es sich bei der Fabrik Stoltzenberg um ein Unternehmen handelte, von dem auf Grund der Herstellung von gefährlichen Stoffen und dem Umgang mit ihnen, der herrschenden Unordnung, betriebswirtschaftlicher Desorganisation, der mangelnden Sicherung des Betriebsgeländes und der offensichtlich eingeschränkten Zuverlässigkeit der Betriebsinhaber zahlreiche Gefahren ausgingen“. Laut Behördenakten hat es seit Ende

der 40er Jahre 21 mal bei Stoltzenberg gebrannt. Über den kriminellen Zustand der Firma und der Lagerung giftiger Chemikalien gibt es ganze Aktenberge. Seit 1959 war den Behörden bekannt, daß Stoltzenberg „zumindest kleinere Mengen von Kampfgasen wie Tabun, Sarin und Lost“ besaß. Der Bericht vermerkt ebenfalls, daß häufig aus der Firma „sitzen- und giftige Gase entwichen“ (alle Zitate aus „SZ“, vom 25.9.). Nur Tage nach Veröffentlichung des Berichtes war alles weitere Herausreden des Senats vergeblich. Der gesamte Senat hatte sich am 23. 11.71 mit dem „Todeslager“ beschäftigt, und in geschlossener Front verhindert, daß der FDP-Abgeordnete Jacobs die verlangte Einsicht in die Stoltzenberg-Akte erhielt. Selbst mit einer Klage hatte der Abgeordne-

te Jacobs gedroht: Antwort des Senats - Justizars: die Klage „hat wenig Aussicht auf Erfolg“ (Hamburger Abendblatt (HA), 27.9.79). Gleichzeitig präsentierte die CDU öffentlich ein Schreiben, in dem der jetzige Justizsenator und damalige Staatsrat in der Innenbehörde, Dahrendorf, der Firma Stoltzenberg im März 1971 einen Unbedenklichkeitschein ausgestellt hatte, sie sei „nach den Ergebnissen fachkundiger Beurteilungen für die Umgebung durchaus ungefährlich“ (HA, 28.9.79). Oppositionsführer Echemnach forderte den Rücktritt Kloos - Senator Dahrendorf mußte gehen, Kloos mußte seine Ankündigung, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, hier ein erstes Mal in die Tat umsetzen. Das ging nicht ohne breite Proteste aus den Reihen der SPD ab und nicht ohne das Gejammer der CDU, daß hier ein Falscher, nämlich ein unbestechlicher Ehrenmann getroffen worden sei.

Bundesregierung schlägt auf einmal Alarm

Angesichts dieser rasanten Entwicklung spürt nun das Bundesverteidigungsministerium an die Front. Nachdem sich die Bundeswehr nach den ersten Funden bei Stoltzenberg noch reinzuwaschen versuchte, wurde nun bekanntgegeben, daß 200 000 Giftgasgranaten in der Nord- aber vor allem in der Ostsee lagern. 65 000 Tonnen Kampfmunition seien von den Alliierten nach dem 2. Weltkrieg versenkt worden. „Der Zahn der Zeit nagt. Angesichts der tödlichen Gefahr können wir uns kein Kompetenz-Gerangel mehr leisten. Es muß etwas geschehen“, erklärte der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, Wernitz (SPD). Doch auch hier wird das große Versäumnis angeklagt. „Niemand weiß genau, wo was versenkt wurde“, erklärte Wernitz (MoPo, 28.9.), man habe „über die Gefahren nicht mehr gewacht, als das, was sich fahren auch in der Presse veröffentlicht worden sei“, erklärte Regierungssprecher Bölling. An zwei Stellen seien Tabun- und Phosgen-Granaten in der Ostsee versenkt worden, hieß aus dem Verkehrsministerium. 1971/72 seien die Stellen untersucht worden, auf den Seekarten sind diese Gebiete als Sprenggebiete ausgewiesen. Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung meldete vorwiegend an, daß sie nicht zuständig sei, weil die Tiefe außerhalb der 3-Meilen-Zone lagern, aber auch das wird inzwischen bestritten.

Doch welche Risiken in Nord- und Ostsee lagern, ist längst bekannt. So entnehmen wir dem Buch „Seveso ist überall“ nicht nur eine Liste von 20 Frachtern, die zwischen 1945-47 Giftgas in Nord- und Ostsee versenkt haben, sondern auch die Aussage, daß die damalige Untersuchung Anfang der 70er dem Umstand zu „danken“ war, daß mehrere Fischer „durch im Meer treibenden Seefgas versenkten Netzen in Berührung gekommen waren“ und daß man bei der Untersuchung feststellte, „daß die meisten der mit den chemischen Giften Tabun und Seefgas gefüllten Kanister und Geschosse inzwischen durchgerostet sind“ (S. 305/427), und selbst danach hatte das Bundesverkehrsministerium 1971 erneut die Versenkung von 2 500 Fassern Industrie-Cyanid genehmigt.

Wie schlampig mit dem Giftgas umgegangen wird, kann man auch in der Lüneburger Heide sehen. Munster war nicht nur Gasübungsplatz im 1. Weltkrieg, sondern auch im 2. Weltkrieg unter dem Namen „Giftplatz Raubkammer“ bekannt, und noch heute dient es der Bundeswehr zu diesen Zwecken. Dort liegen noch mindestens 40 000 Giftgasgranaten vergraben, allein 1971 bis 74 fand man 15 000 Granaten und Behälter, ab und zu finden auch Heidewanderer Giftgasgranaten mit Lost. An 30 Plätzen ist für Bundeswehrsoldaten das Bivakieren verboten. Seit dem Seefgas-Diebstahl 1975 ist dies auch dem Bundestag bekannt. Bisher sind solche Kampfstoffe nur „grammweise“ beseitigt worden, eine längst geplante Spezial-Verbrennungsanlage ist immer noch nicht im Betrieb. Bisher war man der Meinung, die Bergung sei gefährlicher als die Granaten im Boden zu lassen. So heißt es in einem Schreiben aus dem niedersächsischen Innenministerium 1972, daß „der langsame Zerfall dieser Munition ... in dem sandigen Gelände möglicherweise zu günstigeren Ergebnissen als die weitere Bergung solcher Munitionsteile“ führe (aus „Seveso ist überall“, S. 299-305). Da dürfte dann noch einiges zu erwarten sein.

Bundeswehr für den B- und C-Krieg gerüstet

Als durch den Stoltzenberg-Skandal bekannt wurde, daß die Bundeswehr von der Firma den chemischen Kampfstoff Lost bezogen hat, hieß es, diese Mengen seien lediglich „für die Forschung“ bestimmt gewesen. Doch schon 69 waren ähnliche Giftskandale bekannt geworden, auch damals diente alles angeblich nur der Forschung. Doch schnell kam heraus, daß nicht nur die US-Armee sondern auch die Bundeswehr bestens für den chemischen Kampfstoffkrieg gerüstet ist, obwohl B- und C-Waffen wegen ihrer vorbeiziehenden Folgen nach dem 1. Weltkrieg geächtet worden sind.

Der Hanauer Giftskandal

Die Anfrage der FDP-Abgeordneten Hedda Heuser, was sich hinter dem Namen „Chemisches Depot der 7. US-Armee“ im Hanauer Telefonbuch verberge, brachte eine Lawine ins Rollen. Die Bundesregierung mußte zugeben, daß auf bundesdeutschem Gebiet nicht nur mit Kampfgasen geforscht wird und entsprechende Gifte gelagert werden. Der damalige Bundeskanzler und Alt-Nazi Kiesinger erklärte auf einer Pressekonferenz in New York: „Wir sind bereit, als NATO-Mitglied unseren Anteil an der notwendigen Belastung zu tragen“ („Rheinische Post“, Aug. '69).

Es handelte sich bei der Lagerung um das Kampfgas VX, eine amerikanische Weiterentwicklung des unter den Nazis erfundenen Kampfstoffs Tabun. Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums besaß gar die Frechheit, jede Rechtfertigung abzulehnen: „... die USA hätten es überhaupt nicht nötig(!), die Genehmigung für die Einlagerung von Nervengasen in der Bundesrepublik einzuziehen. Die Vereinigten Staaten seien nicht Mitglied der Westeuropäischen Union (WEU) - sie ist zuständig für die Einhaltung der Kriegswaffenkonvention, die offenbar über die Verwendung von ABC-Waffen in Europa zu befinden hat.“ („Mannheimer Morgen“, 7.8.69).

Und der bundesdeutsche Staatssekretär Diehl erläuterte, daß er die in der BRD gelagerten „Mindestmengen ... als ausreichend betrachtet“, um auf den „potenziellen Gegner abschreckend zu wirken, daß heißt einen Einsatz bakteriologischer und chemischer Kampfmittel der Warschauer Paktes nach menschlichem Ermessen zu unterbinden.“ (ebenda).

Doch als der Staatssekretär sich bereits im Juli verplappert hatte, „daß in Westeuropa nicht nur die Amerikaner, sondern auch die übrigen Alliierten Truppen mit bakteriologischen Waffen ausgerüstet seien...“ (FR, 26.7.69), dementierte das Bundesverteidigungsministerium sogleich. Die Bundeswehr verfüge über keine ABC-Waffen, hieß es, wobei die Mitverfügung über allein 6.000 Atomsprenghäupte geflüssentlich übersehen wurde.

Die B- und C-Forschung

Das wirkliche Ausmaß der biologischen und chemischen Forschung wurde allerdings bekannt, als ein ehemaliger Mitarbeiter der mit der Forschung befaßten Stellung in die DDR übersiedelte. Dr. Petras enthüllte auf zwei Pressekonferenzen sein Wissen über die geheime biologische Forschung. Er hatte als Leiter der mikrobiologischen Abteilung „Versuche mit hochpathogenen Bakterien, Virusstämmen, sowie Botulinus-Toxin, dem wirksamsten Giftstoff überhaupt, durchgeführt.“ (Grünmer, Herbizide in Vietnam, DDR, S. 120).

Die Angaben von Dr. Petras waren so detailliert, das Oberst Dombrows vom Bundesverteidigungsministerium zugeben mußte, daß mit B- und C-Waffen experimentiert werde, jedoch ausschließlich zur „Entwicklung von Schutzmaßnahmen“ (Wallraff, 13 unerwünschte Reportagen, S. 174).

Diese verlogene Argumentation ließ sich schon dadurch widerlegen, daß bereits 0,5 Gramm Botulinus-Toxin ausreichen, um 30 Millionen Menschen umzubringen. Die „Welt“ berichtete am 1.11.69, daß der Tresor derzeit 20 Gramm Soman und 150 Gramm Tabun berge! Aber nicht nur in eigens dafür eingerichteten Instituten wird „Friedensforschung“ betrieben. Im Zuge der Studentenbewegung kam durch Aktenabstöße heraus, daß das Bundesverteidigungsministerium über die „Fraunhofer-Gesellschaft“ mit 120(!) Universitätsinstituten Verträge auf diesem Gebiet abgeschlossen hatte und hierfür einen Jahresetat von 30 Millionen Mark aufwandte!

Im Zuge der Debatte entwickelte sich ein derartiger Protest, das eini-

ge Universitäten Aufträge des Bundesverteidigungsministeriums ablehnten und diese als Kriegsforschung kennzeichneten. Das Kapitalistenblatt „Industriekurier“ sah sich auf Grund der Ereignisse zu folgendem Kommentar veranlaßt.

Sollten diese Beispiele Schule machen, „könnte sich an Hochschulen und Instituten eine Auffassung durchsetzen, die zum Ziel hat, jegliche Wehrforschung im zivilen Bereich zu unterbinden... Das würde bedeuten, daß die Bundeswehr gezwungen wäre, eigene Forschungseinrichtungen aufzubauen. Darauf hat man bisher verzichtet und möchte diesen Weg auch in Zukunft nicht gehen. Die Hardthöhe will vielmehr weiterhin Forschungsaufgaben an Hochschulen und Industrie vergeben. Wenn aber die Schwierigkeiten überhand nehmen sollten, dann müßte die Möglichkeit geprüft werden, Aufträge der Wehrforschung ins Ausland zu vergeben“ (11.7.70).

Wie diese „Friedensforschung“ gerade von der Industrie betrieben wird, verdeutlichen einige Fakten aus der damaligen Zeit.

So hatte sich der IG-Farben-Nachfolge-Konzern Bayer-Leverkosen seit 1966 (!) erhebliche Mengen von Totalherbiciden (TCDD-Seveso-Gift!) aus seiner Produktion über Verschiffungshäfen Amsterdam und Antwerpen direkt nach Südvietsnam gebracht. Sie stammten aus dem Zweigwerk der Firma, mit Sitz in Dormagen („Konkret“, 3.3.68).

Und das „Antimperialistische Informationsbulletin“ berichtete: „... durch den Verkauf von mehreren Patenten und Lizenzen für die Herstellung chemischer Kampfstoffe verdiente die „Bayer-AG“ Leverkusen zusätzlich große Summen. Die Bayer-AG lieferte außerdem über ihre amerikanische Filiale „Chamagro Corp.“ in Kansas City sowie über Zweigunternehmen in die faschistischen Staaten Spanien und Südafrika“ („AIB“, Jan. 71).

Das BRD-Wirtschaftsmagazin „Capital“ jubelte (im Mai 67), daß der Krieg in Vietnam der westdeutschen Wirtschaft eine „Lücke auf dem Weltmarkt freigesprochen“ habe! Daß die Bundesregierung bereit ist, selbst solche lebensbedrohenden Waffen einzusetzen, hat der damalige Verteidigungsminister und heutige Kanzlerkandidat Franz-Josef Strauß klar gemacht.

In einem Spiegel-Interview erklärte er: „Dabei soll die Ausbildung an A, B und C-Waffen, also Atom-, bakteriologischen und chemischen Waffen, in den Vordergrund treten. Man muß den Soldaten der Bundeswehr die allermodernsten Waffen in die Hand geben und sie bis zur letzten technischen Perfektion daran ausbilden. Eine solche Armee wird dann ein machtvolleres Instrument in der Hand des Politikers sein.“ Strauß wird noch deutlicher:

„Notfalls schlagen wir zu, und zwar mit allem was wir haben, auch wenn Strauß wird noch deutlicher: „Notfalls schlagen wir zu, und zwar mit allem was wir haben, auch wenn es für uns sehr bittere Stunden geben wird, auch wenn das Risiko tödlich ist.“ („Spiegel“, April 1957).

Von einem ehemaligen Führer der Bundeswehr, Gert Peter (ABC-Abwehr-Truppe in Zweibrücken), liegt eine eidesstattliche Aussage vor, daß ein Major seinen Soldaten sagte, im Ernstfall gehöre zu den Aufgaben der ABC-Abwehrtruppe nicht nur die Abwehr, sondern auch der Angriff mit chemischen und biologischen Kampfstoffen. Ein internes Schulungspapier (ATB/B U3) der ABC-Abwehrschule Sonthofen der Bundeswehr gibt folgendes zum Besten: „Die Anwendung von biologischen Kampfmitteln ist ebenso wie die von chemischen Kampfstoffen durch Internationale Konvention (GENF 1925) untersagt. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß im Kriegsfall praktische Überlegungen eine größere Rolle spielen, als sittliche (!) Bedenken, zumal die Konvention verschiedene Auslegungen zuläßt.“ (Wallraff, 13 unerwünschte Reportagen, S. 184).

Die damals schon zum Teil ausgestellten Forderungen haben nach wie vor Gültigkeit:

- Einhaltung der Internationalen Konvention!
- Keine Forschungen auf diesem Gebiet und Veröffentlichung aller bisherigen Ergebnisse!
- Offenlegung sämtlicher Giftgallergien!
- Vernichtung aller ABC-Waffen!
- Die Verantwortlichen der Bundeswehr müssen von ihrer Geheimdienstverpflichtung entbunden werden!

DIE BUNDESWEHR GEHÖRT AUF DIE ANKLAGEBANK!



Fackeldemonstration der Bunten Lige und BUU in Hamburg am 21.9.



Bremer Wahl: „Unabhängige Sozialisten“ auf der falschen Seite

Die „Bremer Grüne Liste“ hat ihren Wahlkampf mit einigen rechten Hämmern begonnen. „Zugpferde“ ihrer Wahlveranstaltungen waren solche ausgesprochenen Gegner der grün/bunten Einheit und solche rechten Ökologen wie Herbert Gruhl (GAZ) und Baldu Springmann (Grüne Liste Schleswig-Holstein). Wes Geistes Kind diese Leute sind, zeigte B. Springmann, als er dem BGL-Wählerpublikum verkündete: „Sich auf die Seite der Unterdrückten zu stellen, ist reaktionär! Das ist ein Denken aus dem 19. Jahrhundert!“ Bis heute unwidersprochen blieb auch der peinliche Auftritt des BGL-Kandidaten F.A. Meyer auf einer Wahlveranstaltung in den Weserterrassen. Meyer ist Mitglied der „Stillen Hilfe“, einer Organisation, die sich um Kriegsverbrecher und deren Angehörigen kümmert. Er fordert, wie gesagt auf einer BGL-Wahlveranstaltung (!), Generalamnestie für „angebliche“ Kriegsverbrecher und bezeichnet den ehemaligen „Führerstellvertreter“ Rudolf Hess als unschuldig.

Die linken Feigenblätter der BGL

Nach diesem rechts ausgelegten Wahlkampfauftritt haben sich jetzt einige „unabhängige Linke“ zur Unterstützung der BGL bereitgefunden. Dabei ist ihr Wahlauftritt für die BGL keineswegs vorbehaltlos. Sie kritisieren die BGL in Punkten, die auch schon die „Alternative Liste“ angegriffen hatte: Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und das „Organisationsmodell“ der Grünen haben, so wörtlich, „wesentlich zur Spaltung und zur Vergiftung des politischen Klimas beigetragen.“ („Bremer Blatt“, Oktober 1979). Sie sprechen in diesem Zusammenhang ganz klar von „deutlich zutage tretenden antidemokratischen Ressentiments bei einigen der ausgetretenen Sozialdemokraten“ (die jetzt die BGL führen, Anm. AK) (ebd.). Weiter äußern sie „Zweifel am basisdemokratischen Selbstverständnis“ der BGL und kritisieren deren ökologische Orientierung. Auch sind ihre inhaltlichen Vorstellungen wesentlich weitgehen-

der (gegen Abbau demokratischer Rechte, für Selbsthilfe-Initiativen usw.). In diesen ganzen Fragen gibt es zwischen den unabhängigen Linken und der AL überhaupt keine Differenz. Trotzdem grenzen sie sich scharf von der AL ab und unterstützen die Grünen.

Ihre ablehnende Haltung zur AL begründen sie mit der angeblichen Machtpolitik des KB, der KB arbeitet in der AL mit, der Vorwurf wird aber (mangels Fakten) nicht konkretisiert. Zweitens führen sie die mangelnde Kompromissbereitschaft der AL an, die das „buchstäblich in letzter Minute“ erfolgte Angebot der Grünen nicht angenommen habe, sowohl „organisierte Kommunisten“ auf die Liste zu nehmen, als auch AL-Vertretern aussichtsreiche Plätze zu garantieren.

Diese Behauptungen drehen die Wirklichkeit auf den Kopf, „denn der letzte Vorschlag der BGL sah vor: die Alternative Liste sieht ihre Kandidatur zurück, die BGL übernimmt auf den ersten fünf Plätzen (interessant für die Bürgerschaft) eine Kandidatin der AL und Axel Adamietz, der jetzt auf Platz 4 bei den Grünen kandidiert; die BGL besteht für Bremen und Bremerhaven auf dem 1. Platz. Ergebnis bei Überspringen der 5 Prozent-Hürde: Vier BGL-Vertreter, eine AL-Vertreterin und Axel Adamietz. Man stelle sich das Ganze einmal umgekehrt vor: Für wie groß hätte man die Kompromissbereitschaft der Alternativen Liste gehalten?“ (Aus einer „Erklärung der Alternativen Liste“ im „Bremer Blatt“, Oktober 1979).

Es ist bezeichnend, daß die „unabhängigen Linken“ auf den konkreten Verlauf der Einigungsbemühungen gar nicht oder völlig einseitig eingehen. Nicht einer von ihnen hatte es überhaupt für nötig gehalten, sich bei der AL über den Ablauf zu informieren. Dabei hätten sie diese Informationen schon deshalb dringend gebraucht, weil sich der größte Teil der Unterzeichner an der immerhin über ein Jahr laufenden Wahldebatte gar nicht beteiligt hatte. Umso bedauerlicher ist es, daß sich diese „unabhängigen Linken“ ganz offensichtlich auf die Darstellungen von

Dinne und Co. verlassen haben. Und was die alles sogar in aller Öffentlichkeit verbreiten, davon gibt das Interview der „Neuen“ mit Delphine Brox und Bernd Vogel, beides Kandidaten der BGL, einen Eindruck. Da behauptet D. Brox doch schlicht, daß unter anderem der KB in der Wahl Diskussion „versuchte, die einfachen Leute der Basisbewegungen mit hochwissenschaftlichen politischen Themen, wie zum Beispiel den Nuancen des Trotzkismus, zu motivieren.“ Nach dieser Abgrenzung, die wohl eher als Gag in die Bremer Wahlgeschichte eingehen dürfte, erklärt sie die BGL auch flugs zu einer linken Liste. „Nach langen internen Diskussionen öffneten wir uns nach „links“, die kommunal-ökologische Beschränkung wurde aufgegeben. Wir hatten also die Konditionen der „AL“ akzeptiert und boten ihr eine paritätisch besetzte Liste an“ („Neue“, 21.9.).

Statt sich auf solche „Informationen“ zu verlassen, wäre es den „unabhängigen Linken“ besser zu Gesicht gestanden, wenn sie sich rechtzeitig in die Wahldebatte eingebracht hätten und damit vielleicht sogar die Spaltung verhindert hätten.

Dutschke greift ein: „Links für Grün“ oder „Links für Rechts“?

Könnte man bei den „unabhängigen Linken“ noch sagen, sie haben sich einseitig informiert und es nicht besser gewußt, wußte einer auf alle Fälle Bescheid: Rudi Dutschke, der wohl meint, in Bremen so etwas wie eine historische Mission erfüllen zu müssen. Gegenüber „Extra Dief“, eine Fernsehsendung im Dritten Programm, erklärte er auf die Frage nach seiner Unterstützung für die BGL: „Na, erstens bin ich mal kein Grüner und zweitens ist recht kein KB/Alternativler. Für die Grünen das Wort zu ergreifen, heißt in diesem Augenblick, nichts anderes als ja zu sagen zu denjenigen, die auch blödsinnigsten gewesen sind. Das Angebot im letzten Augenblick, wie spät auch immer, war ein Angebot von den Grünen 'ne Einheit herzustellen mit den Alternativen. Und im Grunde

Große Wahlveranstaltungen in Bremen und Bremerhaven

In der letzten Woche vor den Wahlen in Bremen und Bremerhaven (7. Oktober) finden in beiden Städten Großveranstaltungen der Alternativen Liste statt.

Am Mittwoch, den 3. Oktober, feiert die AL in Bremen um 18 Uhr in der Stadthalle (Halle 2). Für die Musik sorgen Klaus der Geiger, Oktober, Spokanz und AGM. Als Gäste treten Lars Hennings, Greta Thomas und Anni Ahrens (AL) auf. Viele Basisgruppen und Initiativen haben schon Infostände zur Selbstdarstellung angemeldet.

In Bremerhaven startet am Donnerstag, den 4. Oktober, ein alternatives Rockfest ab 18 Uhr in der Walter Kolb Halle. Es spielen die Gruppen Oktober, Druckknöpfe und Return (Bremerhavener Rock Revival). Sprecher grüner/bunter/alternativer Listen sind angekündigt und das Ganze wird umrahmt von Infoständen, einem Basar und Kandidatenforum.

war das möglich. Und in einer solchen Situation, wo nur ganz wenige für die Spaltung sind, ist es die Pflicht von allen Radikaldemokraten, Sozialisten, Kommunisten, die Einheit herzustellen und nicht sektiererisch die Fraktionierung zu betreiben. Gerade das aber hat der KB systematisch betrieben, und als er hier mir die Ehre gab, mal anzurufen, nachdem er hörte, daß ich mit dieser Sektiererei nicht einverstanden bin, merkte ich ganz klar, es geht ihnen nicht um politisches Klassenbewußtsein, um politische Aufklärung, um radikale Kritik der bestehenden Verhältnisse, es geht ihnen um Machtpositionen, um feste Stühle. Aber das Resultat wird sein, daß keiner Stühle bekommt.“

Dutschkes linke Phrasen – wo biteschön geht es der BGL, „um politisches Klassenbewußtsein“, „um radikale Kritik der bestehenden Verhältnisse“ – sind doch nur Tarnung für seine rechte Position, die er in dieser Frage bezieht. Ginge es ihm tatsächlich um die „Bereitschaft zum Bündnis“, wie er betont, hätte er sich gegen die Machtpolitik und gegen den Spaltungskurs von Dinne und Co. abgegrenzt und sich für die Kompromissvorschläge der AL eingesetzt, die in der Tat „bis zur letzten Minute“ bestanden haben. Diese Haltung ist – das weiß auch Dutschke – vom KB ausdrücklich unterstützt worden. Wir halten Dutschke auch nicht für so naiv, daß er nicht wüßte, daß die von den Bremer Grünen betriebene Spaltung erhebliche Auswirkungen auf die grün/bunte Einheit insgesamt haben wird. In dieser Frage zieht Dutschke an einem Strang mit Gruhl, Springmann und wie sie

alle heißen, die Hintertreiber der grün/bunten Einheit sind.

Dabei begnügt sich Dutschke keineswegs nur mit Statements zugunsten der BGL. Sein Engagement geht immerhin soweit, daß er auf einer groß angekündigten Veranstaltung „Links für Grün“ als „Studentenführer der APO-Zeit“ auftreten wird. Für diese Veranstaltung wird mit einem Flugblatt geworben, das schlicht antikommunistisch ist. „Unsere Politik (die der BGL, Anm. AK) treibt die Anhänger von Wachstums, Macht und Kapital zur Furcht um den eigenen Einfluß in eine Front, die von NPD über SPD bis DKP und KB reicht.“

Am 7. Oktober: Wählt „Alternative Liste“!

Es gibt also viele gute Gründe, die AL zu wählen. Diese Meinung wird auch von einem „Grünen Freundeskreis“ der Bremer Alternativen erteilt, der sich aus Mitgliedern der Grünen Liste Umweltschutz/Niedersachsen zusammengesetzt hat. Ebenfalls zur Wahl der AL ruft die „Demokratische Initiative“, eine Basisgruppe an der Uni, auf. Im Sozialistischen Büro hat es eine Diskussion gegeben, in der sich erfreulicherweise sehr kritisch mit der Haltung der „unabhängigen Linken“ Unterstützer der BGL auseinandergesetzt wurde, und in der der Schluß gezogen wurde, nicht die BGL, sondern die Alternative Liste zu unterstützen.

Wahlaufruf KB/Gruppe Bremen

Bremen: Nur die Polizeiarmee rettete Strauß-Veranstaltung

7000 ausgewählte Straußanhänger im Saal, 8000 Gegendemonstranten vor der Stadthalle, die nur durch ein 1000köpfiges Polizeiaufgebot zurückgehalten werden konnten und 2000 Teilnehmer einer gleichzeitig laufenden Veranstaltung „Bürger gegen Strauß“ ist das zahlenmäßige Ergebnis des ersten Auftritts von Strauß in Norddeutschland.

Um 20.00 Uhr sollte die Straußveranstaltung in der Stadthalle beginnen. Nach den Erfahrungen in NRW hatte die CDU vorgesorgt. Die 7000

nen, u.a. die „Alternative Liste“. Besonders hervorzuheben ist eine Frauenaktionseinheit, die sich aus der „Frauengruppe gegen Faschismus“, dem „Frauenzentrum Bremen“, dem „Bremer Frauenhaus“, der Frauengruppe der Alternativen Liste“, dem „Frauentätigkeits Neustadt“, der „Demokratischen Fraueninitiative (DFI) Bremen“ und der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) Bremen“ zusammensetzt. War es hier gelungen, einen gemeinsamen

Stadthalle führen, um Strauß den ihm gebührenden Empfang zu bereiten. Als die Uhr jedoch immer weiter auf 19.00 Uhr zugs und die Veranstalter kein Ende finden wollten, kam bei vielen Teilnehmern der Verdacht auf, der Landesjugendring wolle erst dann zur Stadthalle, wenn dort schon alles gelaufen ist. Trotz mehrmaliger Aufforderung wurde der Abmarsch immer wieder verzögert. Darauf hin organisierte die „Alternative Liste“ den Abmarsch, dem sofort 1000 Teilnehmer folgten. Jetzt handelten auch die Veranstalter umgehend und setzten sich schleunigst an die Spitze des Zuges.

Vor der Stadthalle hatten sich schon weitere 5000 Gegendemonstranten und „Neugierige“ eingefunden. Die Halle selbst war durch 1000 Polizisten hermetisch abgeriegelt worden. Alle Eingänge waren verriegelt, rundherum war eine Festung aus Mannschaftswagen und Absperrgittern aufgebaut worden, die keinerlei Chancen zum Durchbrechen ließ. Kleinere Versuche von Demonstranten, in die Halle zu kommen, wurden von mit Hunden und Holzlaten bewaffneten Bullen zurückgeschlagen. Eingelassen wurden nur diejenigen, die auch nach viermaliger Kontrolle noch „unverdächtig“ wirkten. Die Demonstranten ließen ihren Unmut an den Bullen aus. Eier, Tomaten und andere Gegenstände flogen in die Reihen. „Einzelne Mercedes-Besitzer mußten nach der Strauß-Veranstaltung überrascht feststellen, daß ihre Pracht in die Kasse geschoben worden war, und dort entsprechend gelitten hatte“ („TAZ“, 27.9.79). Jeder Eierwurf und vor allem jeder Treffer wurde von dem frenetischen Beifall der 8000 begleitet.

Den ganzen Abend über blieben etwa 8000 Gegendemonstranten vor der Stadthalle. Immer wieder kam es zu einzelnen Übergriffen der Polizei, aber die starke Mobilisierung verhinderte, daß hier eine Straußschlacht inszeniert wurde.

Die überregionalen Zeitungen sprechen grundsätzlich von einer kleinen Handvoll „Chaoten“ und „Krawallmachern“ (150 bis 300), während die Bremer Zeitungen die tatsächliche Größenordnung nicht verschweigen konnten, da ansonsten

wohl kaum glaubhaft wäre, weshalb die Polizei mit „einigen Störern“ nicht „bemerkt“ geworden ist.

Gleichzeitig zur Straußveranstaltung fand in einer anderen Halle eine Veranstaltung „Bürger gegen Strauß“ statt, die wesentlich von der SPD unterstützt wurde. Es sprachen Freimut Duve, Axel Eggerecht, Klaus Staack und Henning Scherf. Diese Veranstaltung war eindeutig als Ablenkung und zur Verhinderung einer Konfrontation organisiert worden. In einem Brief des Bremer SPD-Vorsitzenden, Kunick, wird die immer wiederkehrende Formel von den „Krawallmachern“ aufgewärmt, die nur Strauß nützen würden, um dann an die SPD-Mitglieder zu richten: „Deshalb wäre es geradezu portalschädigend, wenn

Mitglieder unserer sozialdemokratischen Partei sich an den Straußschen Kundgebungen beteiligen würden und sei es auch nur als Zuhörer.“ Also ein generelles Verbot für jegliche Art des direkten Protestes! Im gleichen Brief rief er dann alle Parteimitglieder zum Besuch der „Gegenveranstaltung“ auf. Entsprechende Reden hielten dann auch vor allem Freimut Duve und Henning Scherf: „Wir werfen keine Eier!“ „Wir lassen uns nicht provozieren!“

Von den 10 000 Gegendemonstranten folgten jedoch nur knapp 2000 diesem Aufruf. Die weitaus große Mehrheit war gekommen, um gegen Strauß in direkter Konfrontation zu protestieren.



1000 Bullen bildeten einen unüberwindlichen Sperrgürtel um die Bremer Stadthalle

gedruckten Karten wurden gezielt nur an CDU-Anhänger vergeben.

Um 18.00 Uhr begann auf dem Marktplatz eine Kundgebung des Landesjugendrings, unter maßgeblicher Federführung der Jusos und der SDAJ. Außerufen hatten aber auch fast alle anderen linken Organisatio-

Aufruf zu formulieren, verweigerte der Landesjugendring für die gesamte Aktion leider die gleichberechtigte Teilnahme anderer Organisationen.

An der Kundgebung nahmen fast 5000 Menschen teil. Von dort aus sollte eine Demonstration direkt zur

Strauß flüchtet in den Saal

Ursprünglich sollte die Veranstaltung am Nachmittag des 25.9. in der Innenstadt stattfinden. Nach den Erfahrungen in NRW verzog sich die CDU jedoch lieber in die Stadthalle. Auch hier wurde durch kontrollierte Kartenausgabe von vornherein verhindert, daß eine größere Anzahl von Straußgegnern in die Halle kam.

Zwei Gegenkundgebungen wurden organisiert. Eine von einer Aktions-einheit mit der „Alternativen Liste Bremerhaven“, Bremerhavener Bürgerinitiativen gegen AKW, verschleierten Arbeitsgruppen gegen Faschismus, der Selbstorganisation der Zivil-dienstleistenden, Frauengruppen, dem KB, der KPD/ML und Einzelpersonen. Diese Aktions-einheit rief zu einer Kundgebung in der Innenstadt mit anschließender Demonstration zur Stadthalle auf. An der Kundgebung nahmen gut 500 Menschen teil.

Der Stadtschulerring rief mit Unterstützung der Jusos und der SDAJ zu einer weiteren Kundgebung auf, an der ca. 200 Menschen teilnahmen.

Gespalten hatte sich eine anfänglich gemeinsame Initiative an der Weigerung der Jusos und der SDAJ, zur Stadthalle zu demonstrieren. Die Demonstration zur Stadthalle umfaßte dann gut 500 Leute, vor allem Schüler und Jugendliche. Vor

der Halle hatte sich noch einmal die gleiche Anzahl versammelt. Dring-leien mit den JU-Ordern, Furbier, Tomaten auf Ordner, Bullen und VS-Fotografen bestimmten das Bild vor der Halle.

Es kam dann noch zu einem Versuch, die Strauß-Abfahrt durch eine Blockade zu verhindern. Dies wurde mit einem unvergleichlich brutalen Polizeieinsatz beantwortet: Ohne Vorwarnung stürmten die Polizeiketten auf die Straße, zerrten die Sitzenden z.T. an den Haaren weg, traten mit Füßen und schlugen mit Holzknüppeln auf Demonstranten ein. Sogar der Polizeisprecher stellte in einer späteren Pressekonferenz die selbstkritische Frage, ob dieser Überfall „in einer angemessenen Form stattgefunden habe“.

Im Vorfeld der Strauß-Veranstaltung hatte die Presse eine Hetzkampagne gegen die „Chaoten“ und „Krawallmacher“ aufgebaut. Jusos und SDAJ ließen sich davon soweit beeindrucken, daß sie schon vorher versprochen, nicht zur Strauß-Veranstaltung hin zu mobilisieren. Aber auch hier haben die Mobilisierungsergebnisse gezeigt, daß die Straußgegner nicht i r g e n d w o, sondern am Platz des Geschehens protestieren wollen.

Angriff auf die grün-bunte Einheit in Gießen

Im Arbeiterkampf 161 hatten wir über die erfreuliche Zusammenarbeit zwischen Grünen und Alternativen in der „Grünen Alternative Gießen“ (G.A.G.) berichtet, die dort gemeinsam bei den Kommunalwahlen antraten. Im Alleingang versuchte nun der GAZ-Kreisvorsitzende, der nicht einmal Mitglied in der G.A.G. ist, diese Zusammenarbeit zu torpedieren.

In eigener Regie sollten der G.A.G. neue programmatische Aussagen untergejubelt werden. Man kann das ganze nur als Test begreifen, was man den Alternativen alles zumuten kann. Nicht fehlen durfte auch hier seine Behauptung, sein Vorgehen sei mit Milan Horacek abgesprochen, der sich in letzter Zeit gern mal als „linker“ Feigenblatt grüner Rechte zu profilieren suchte.

Obwohl die Gießener GAZ insgesamt eine Beteiligung bei den Kommunalwahlen innerhalb der G.A.G. abgelehnt hatte („Wahlkampfmüdigkeit“, „Abwarten, wie das Wahlprogramm aussieht“) arbeiten einzelne Mitglieder in der G.A.G. mit, ein GAZ-Mitglied steht auf Platz 3 der Kandidatenliste. Weitere GAZ-Mitglieder nehmen als „Gäste“ an der Diskussion teil, so auch ihr Kreisvorsitzender Eckart Girschick.

Man war bemüht, auch mit diesen „Grünen“ die Zusammenarbeit zu verbessern. Als E. Girschick namens der GAZ gegen die Forderung der ersatzlosen Streichung des § 218 auftrat, weil dies seiner Meinung nach ein Freibrief zu bedenkenlosen Schwangerschaftsabbrüchen bedeuten würde, nahm die G.A.G. als Entgegenkommen folgenden Passus ins Programm: „... wir wollen, daß ... Bedingungen geschaffen werden, die es gar nicht erst dazu kommen lassen, daß Frauen ungewollt schwanger werden...“.

Grüne zensieren Programm

So konnte man sich nur freuen, daß

E. Girschick der G.A.G. anbot, ihre Wahlplattform in der Bonner Druckerei der „Grünen“ drucken zu lassen.

Als dann ein G.A.G.-Mitglied mit der Druckvorlage in der Bonner Druckerei erschien, fragte die „grüne“ Druckerei erst einmal bei Girschick an, ob die „Grünen“ die Plattform mit verabschiedet hätten. Prompt wurde der Druck infrage gestellt, weil die GAZ ja insgesamt die Plattform nicht trägt.

Doch damit fing es „nur“ an. Als das G.A.G.-Mitglied die gedruckte Auflage abholen wollte, hatte sich die Fertigstellung plötzlich „verzögert“, da „die Versammlung“ noch eine Änderung beschlossen hätte, die noch nachträglich gedruckt werden müsse.

Eigenmächtig hatte E. Girschick Zusätze hinzufügen wollen. Unter dem Motto „Es bestehen verschiedene Standpunkte“ hieß es dann zur „ersatzlosen Streichung des § 218“: „Kann man die völlig freie Abtreibung fordern, wenn auf der anderen Seite absoluter Schutz des menschlichen Lebens vor atomarer Strahlung verlangt wird, usw.? Gegen die geforderte Ganztagsschule heißt es, sie „verhindert die Einbindung der Schüler/Kinder in die Lebensgemeinschaft (Familie) zuhause. Ein Gegengewicht zu einseitiger (staatlicher) Indoktrination sollte gegeben sein...“.

Dieses Manöver, mit dem Nichtmitglieder der G.A.G. in die Plattform ihre moralische Unglaubwürdigkeit schreiben wollten, kam just nach einem Plenum der G.A.G. heraus. Keiner der Eingeweihten hatte dazu etwas verlauten lassen. Auf dem Sonderplenum am folgenden Tag forderten dann elf Mitglieder in einer Erklärung eine Selbstkritik von Girschick und denjenigen, die das stillschweigend geduldet hatten. Alle außer Girschick sahen das ein. Der GAZ-Vorsitzende versuchte sich mit „Zeitdruck“ und ähnlichem herauszureden.

Einer KBlerin sprach er überhaupt das Recht auf Kritik ab, da sie die G.A.G. zu „KB-Zwecken“ mißbrauche, außerdem habe er sein Vorgehen mit einem weiteren Mitglied des GAZ-Kreisvorstands und sogar Milan Horacek abgesprochen. Die GAZ-Mitglieder insgesamt waren auch nicht gefragt worden.

„Freundlicherweise“ versicherte dann Girschick, die Bonner Druckerei würde auch die von ihm nicht getragene Fassung drucken, aber für 200,- DM mehr. Dann verließ er die Sitzung, wobei er sich nicht verneinen konnte, noch zu betonen, daß die Geldspende der AUD, für die er sich habe einsetzen wollen, ja wohl nun flachfallen würde.

Doch damit nicht genug, die Bonner Druckerei lehnte den Druck doch ab, „... wir haben im Moment so viel zu tun“, hieß es auf einmal. Eine Woche Nerven und Verzögerung des Drucks hat die Sache gekostet und die Unsicherheit gebracht, ob es sich um „Gewöhnungsschwierigkeiten“ an demokratische Gepflogenheiten handelt oder eine gezielte GAZ-Taktik, war doch auf dem GAZ-Parteitag beschlossen worden, „daß Bündnisse mit anderen Gruppierungen (gemeint sind die „Bunten“) nicht mehr zugelassen werden sollen“. Baldur Springmann hatte noch hinzugefügt: „Wir müssen es so geschickt machen, daß sie (die Bunten und Alternativen) sich von uns abgrenzen müssen“ (AK 162). So empörte sich E. Girschick auf einer späteren MV der G.A.G. (am 19.9.) über das „Pamphlet“, das Protokoll der Sonder-MV und verlangte eine Abstimmung, ob „die G.A.G. an einer Zusammenarbeit mit den „Grünen“ noch interessiert“ sei. Entgegen seinen Erwartungen sprach sich die G.A.G. einstimmig dafür aus.

Eine Genossin aus Gießen



Gießen: Die heiße Wahlkampfphase hat begonnen

Totgeschwiegen von der Presse und etablierten Parteien stehen für „Grüne Alternative Gießen“ die letzten heißen Wahlkampfstage bis zum Wahltag am 7. Oktober an. Die Wahl war nötig, weil das Bürokratiegebilde „Stadt Lahn“ am Protest der Bevölkerung wieder geplatzt war.

Am 29.9. startet mit den Frankfurter „Straßenjungs“ eine Feie im Jugendzentrum, bis Ende September kann man sich auch noch am Preisausschreiben der G.A.G., der „Wahlgemeinschaft für eine menschengerechte Stadt“, beteiligen. 22 Fragen sind zu beantworten, nämlich welche Partei diesen Platz stolz zubetonieren ließ und welche jenen neuen Straßenzug durch die Stadt plante, und was dem jeweils an Einrichtungen zum Opfer fiel.

Zum Schluß wird gefragt, ob die G.A.G. nun Gießen aus der jetzigen „Betonzeit“, wieder „in die Steinzeit zurückbringen... den Beton und den Asphalt grau anmalen“ oder eine Stadt, in der man „sich wieder wohlfühlen“ kann, wolle.

Nun, die Wahl wird zeigen, wieviel Gießener Bürger der G.A.G. eine Änderung in der politischen Landschaft zutrauen. (Die Wahlplattform ist für 1,- DM zu beziehen über: G.A.G., Postfach 5508, 63 Gießen).

Die „Grünen“ sind sich nicht grün

Gießen (V). Der Kreisverband Gießen/Gießen-Land der Grünen Aktion Zukunft (GAZ), der bei der Europawahl einen Achtungserfolg für „Die Grünen“ erzielen konnte, sieht sich in der bevorstehenden Kommunalwahl nicht durch die „Grüne Alternative Gießen“ (GAG) vertreten. Zu diesem Ergebnis kam eine Mitgliederversammlung im Burghof Gießen nach Diskussion des von der GAG vorgelegten Wahlprogramms. Als dessen einziger Punkt könnten die Aussagen zur Stadtentwicklung angestrichen werden. Die darüberhinausgehenden nicht den kommunalen Bereich betreffenden Programmpunkte seien nicht mit den Grundsätzen des Europa-Programms der „Grünen“ in Deckung zu bringen. Demnach sprachte wurde eine vom Kreisvorsitzenden Girschick eingebrachte Entschließung angenommen, wonach sich der Kreisverband der GAZ nicht auf die Seite der GAG stellen könne, es seinen Mitgliedern aber freistünde, in der GAG mitzuarbeiten, jedoch nicht im Auftrag oder in Vertretung der GAZ. Insgesamt sei es aus der Sicht der „Grünen“ erforderlich, in so entscheidenden Fragen wie der Gewissensfreiheit von Mandatsträgern, dem Schwangerschaftsabbruch oder dem Bildungssystem eine ausgewogenere Haltung einzunehmen, als sie sich in der GAG durchgesetzt habe, und zuerst die gesellschaftlichen Randgruppen zu unterstützen, die am wenigsten in der Lage seien, ihre Interessen selbst zu vertreten.

Gießen: der Anzeiger, 29.9.79

Initiative für eine Bunte Liste in Braunschweig

Die Idee für eine bunte Initiative bestand wohl schon länger. Die Initiative will die Zusammenarbeit der Initiativen und Einzelkämpfer in einer „bunten“ Liste entwickeln, ohne Abgrenzung und mit dem Hauptziel, „unsere Forderungen in Sachen Demokratie und Umweltschutz selbst in die Hand zu nehmen“. Als eine Aufgabe haben die „Bunten“ sich auch vorgenommen, sich mit „einer möglichen Wahlbeteiligung zu beschäftigen, speziell mit den Kommunalwahlen 1981. Eine Tatsache ist, daß vorher noch eine Menge Arbeit zu leisten ist. Die Grundlage für die Entwicklung einer „Bunten Liste Braunschweig“ soll nach den bisherigen Plänen die gemeinsame Arbeit in besonderen Arbeitsgruppen (Umwelt-Verkehr-Stadtanierung, Frauen, Soziales, Industrieansiedlung) sein. Für die nächste Zeit wird es darauf ankommen, hier in die Schuhe zu kommen und besonders die Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit vielen, vielen Gruppen, die noch nicht mitmachen, anzugehen. Bisher arbeiten ca. 20 Leute mit, die bisher

und weiterhin im „Arbeitskreis gegen Atomenergie“, im Lehrzentrum, im Frauenzentrum, in der FSG und in anderen Bereichen arbeiten. Der Zuprsuch für eine Bunte Liste-Initiative war überraschend groß, für manche ist sie wohl einen aktiven Neubeginn dar.

Erfreulicherweise hat auch die GLU/BS nach einer z.T. kontroversen und skeptischen Diskussion die Gründung einer „Bunten“-Initiative begrüßt und Mitglieder des Kreisverbandes arbeiten auch mit, was für die „unzufriedenen“ GLUler eine klare Sache war/ist, da sie u.a. mit zu den Initiatoren gehörten.

Auch der KB wird diese Initiative nach Kräften unterstützen. Die „KPD“ war auf dem ersten öffentlichen Treffen am 17.9. schon anwesend, der KBW, der laut „Braunschweiger Zeitung“ kurioserweise „wie in Hamburg, der verschwiegene Mitinitiator“ sein soll (?), zum Glück nicht.

KB/Gruppe Braunschweig

Die Mülheimer Grünen

Zu den bemerkenswertesten Wahlinitiativen bei den Kommunalwahlen in NRW gehört sicherlich die Liste „Alternative – die Mülheimer Grünen“. Hinter diesem Namen steht ein für Mülheim sehr breiter Zusammenschluß, in dem die GLU, die linke Stadtzeitung, die „Freie Presse“ und eine ganze Reihe von Bürgerinitiativen bzw. Mitgliedern aus Bürgerinitiativen zusammenarbeiten.

Im Wahlprogramm der Liste heißt es z.B.: „... wir sind es leid, von ‚wachsendem Wohlstand‘ und sozialer Sicherheit“ zu hören, aber gleichzeitig nichts anderes als wachsende Arbeitslosigkeit, ständige Verteuerung unseres Lebens und Abbau von Sozialleistungen hinnehmen zu müssen... von ‚Lebensqualität‘ zu hören, während die Natur geplündert und vergiftet und das Leben und die Gesundheit der ganzen Bevölkerung u.a. durch den verantwortungslosen Bau von Atomanlagen auf Spiel gesetzt werden... von ‚mehr Demokratie‘ zu hören, aber gleichzeitig Berufsverbote, einseitige Meinungsbeeinflussung durch die Presse – im Ruhrgebiet insbesondere durch den WAZ-Konzern – und immer weitergehende Einschränkungen unserer Rechte und Freiheiten hinnehmen zu müssen.“ Dagegen halten die Mülheimer „Grünen“: „Wir setzen uns nicht ein

für eine Politik, in der ökonomische Zwänge und das Profitinteresse der großen Industrie bestimmt, was getan wird, sondern in der die Interessen der Bevölkerung und die Grundsätze des Umweltschutzes Vorrang haben.“

Immerhin arbeitet in der Mülheimer Gruppe auch Norbert Mann (GLU/NRW und Mitglied des Bundesvorstands der GRÜNEN) aktiv mit. Es zeigt sich hier, wie in vielen kommunalen Wahlbündnissen, daß doch relevante Teile der grünen Bewegung die grün-bunte Einheit wollen, sich mit dieser Position in der laufenden Debatte aber noch nicht ausreichend Gehör verschafft haben. Man geht sogar so weit, die Kandidatur der GRÜNEN in Bottrop, die dort vor allem der bislang im Stadtrat vertretenen DKP schaden wird, offen zu kritisieren. Sicherlich spielt für ihn dabei auch die Tatsache eine Rolle, daß der Spitzenkandidat der Grünen in Bottrop L. Wegener rassistische Positionen vertritt. Mann zu Bottrop: „Im Auftreten gegen die DKP in Bottrop, auch im Anstreben der dortigen Grünen, sehe ich eine Schwächung derjenigen, die im Interesse der Bürger eine Politik gegen die etablierten Parteien machen.“ (Alle Angaben nach: die „Neue“, 25.9.79)

„Grüne“ in Bayern und Baden-Württemberg: Gründung steht fest!

Für die beabsichtigte Gründung von Landesverbänden der GRÜNEN in Baden-Württemberg am 30.9. und in Bayern am 7.10. liegen jetzt die offiziellen Einladungen mit den Vorschlägen zur Tagesordnung vor (abgedruckt in: „die Unabhängigen“, Zeitung der AUD, 22.9.79).

In Baden-Württemberg sind alle Mitglieder der GRÜNEN eingeladen und stimmberechtigt. Das wären die Einzelmitglieder der GRÜNEN, die sich schon zu den Europawahlen bei den GRÜNEN engagiert haben, und die Mitglieder der ca. ein Dutzend grüner Kreisverbände, die nach den Europawahlen in Baden-Württemberg gegründet wurden. Von Gästen oder anderen grünen und bunten Gruppen ist nicht die Rede. In der Einladung heißt es: „Sie haben sich zu den Zielvorstellungen der ökologischen Bewegung bekannt. Um diese Vorstellungen auch auf parlamentarischer Ebene durchzusetzen, wollen wir uns nach unserem ersten Anstreben bei der Europawahl nun auch an der Landtagswahl und an der Bundestagswahl beteiligen. Aufgrund des Parteiengesetzes und der Wahlgesetze müssen die GRÜNEN den Status einer Partei besitzen. Deshalb gründen wir die Partei „Die GRÜNEN Baden-Württemberg.“

Nach den üblichen Formalitäten von Eröffnung, Begrüßung, Wahl des

Präsidiums etc. beginnt die Debatte mit Referaten von Gruhl (GAZ) und Haußleiter (AUD). Danach soll über die Arbeiten der Programmkommission und der Satzungskommission debattiert werden. Eine Satzung soll verabschiedet und ein Landesvorstand gewählt werden. Unter TOP 8 heißt es: „Aussprache über das Landesprogramm Baden-Württemberg und Wahl einer Kommission zur Programm-Ergänzung (das Europa-Wahlprogramm dient als Grundlage).“

In der entsprechenden Einladung für die Gründung in Bayern heißt es hingegen: „Bitte kommt alle zur Gründungsdiskussion... nach München. Wir wollen dort... diskutieren und Beschlüsse fassen und gegebenenfalls entsprechend dem Wahlgesetz den Landesverband der Partei „Die Grünen“ in Bayern gründen.“ Ob es sich hier nur um Nuancen im Tonfall handelt, oder ob in Bayern eine größere Offenheit im Gründungsprozeß angestrebt wird, bleibt abzuwarten. Immerhin sind auch „... alle Mitglieder und Freunde ökologisch-politischer Gruppen“ eingeladen, „an dieser ersten Landesversammlung der vereinigten Grünen in Bayern teilzunehmen.“ Am Vortag wird sogar noch ein gemeinsames Treffen von „Grünen“ und „Bunten“ stattfinden.

Vom Ziel her geht es aber auch

den GRÜNEN in Bayern um eine Gründung für die Bundestagswahl. Dazu heißt es in der Einladung:

„Entsprechend unserem Programmgrundsatz wollen wir nun beständig-kritisch (also von unten nach oben) und rechtzeitig die organisatorischen Voraussetzungen schaffen, um mit Aussicht auf Erfolg zur Bundestagswahl anzutreten. In der zu erwartenden harten Polarisation der Wahlkampfes zwischen Ex-Atomminister Strauß und Atomkanzler Schmidt haben die Grünen eine historische Aufgabe wahrzunehmen. Sie müssen die bessere Gesamtalternative überzeugend darstellen und den Schaukampf der Wachstumsfetischisten enttarnen als Machtkampf um die rasche Verwirklichung eines sozial-liberal- oder christ-unions-gesteuerten ökologischen Selbstmordprogramms. Nur in frühzeitiger, breiter Diskussion können wir die öffentliche Bewusstseinsbildung vorantreiben und genügend Wähler gewinnen, so daß die Vernichtung unserer Lebensgrundlage und der Abbau unserer demokratischen Grundrechte aufgehalten werden kann.“

Die Tagesordnung folgt ansonsten dem Vorschlag aus Baden-Württemberg. Hauptredner „zur Lage“ sind auch hier Haußleiter und Gruhl.

Nur mit 1.000 Watt kommt Strauß zum Sprechen!

Nach dem Debakel von Essen und Köln kam die CDU ins Rotieren. Es hatte sich schlagartig gezeigt, daß Strauß außerhalb Bayerns mehr Gegner als Anhänger mobilisiert und daß sein sorgsam aufgebaut Image als „Volkstribun“ so kaum zu halten ist. Schon in Köln war am Tage nach Essen versucht worden, die Strauß-Gegner durch eine eilig installierte 1000-Watt-Anlage zu übertönen – was jedoch auch noch nicht gelang. In Herne neigte ein Angebot von 1000 Bullen hermetisch die gesamte Umgebung ab. Kein Kundgebungsteilnehmer durfte sich dem Rathausportal (von dem aus Strauß sprach) auf weniger als 50 m nähern, die CDU hatte ausrechnen lassen, daß Eierwürfe über diese Entfernung nicht mehr möglich sind! Insgesamt versammelten sich ca. 10 000 Menschen, davon 3 bis 4000

Strauß-Gegner, ebensoviele Anhänger und der Rest „Neugierige“. Sprechchöre der Strauß-Gegner bestimmten auch hier weitgehend die Stimmung der Kundgebungsteilnehmer, jedoch konnten sie Strauß diesmal nicht zum Schweigen bringen, der mit der 1000-Watt-Anlage vieles überbönen konnte. Über die Mitte des Platzes kam er jedoch nie hinaus. Das übrige tat der „Sicherheitsabstand“. Strauß selbst trat zwar auch hier mit markigen Worten auf („Mich können Sie nicht stoppen – ich bin da!“), gleichzeitig war jedoch zu merken, daß der starke Aufritt in Essen und Köln Spuren hinterlassen hatte.

Im Vorfeld der Veranstaltung kam es auf Einladung der „Initiative gegen Reaktion und Faschismus“ (KPD/ML-orientiert) zu Gesprächen zwischen Jungdemokraten, Falken, KPD/ML, einem Genossen des KB und einigen

Einzelpersonen. Aber sowohl die Judos als auch die Falken lehnten kategorisch gemeinsame Aktivitäten mit den übrigen Organisationen ab. Die Falken hatten ihrerseits schon die SPD und den DGB angesprochen, aber eine Abfuhr erhalten. Von da aus gab es keine koordinierte Vorbereitung der Gegenmobilisierung. Umso höher ist die erreichte Mobilisierung von 3 bis 4000 Strauß-Gegnern zu bewerten.

Bochum: 4000 ausgesuchte Teilnehmer füllten die Ruhhalle in Bochum. Nur einem kleinen Teil von linken Gegendemonstranten war es gelungen, in die Halle zu gelangen. Schon bei den ersten Protesten (Sprechchöre, Transparente) wurden sie gewaltsam aus dem Saal gedrängt.

Grün/Buntes Treffen in Bonn

Um „einige Mißverständnisse auszuräumen, die teilweise durch falsche Presseberichte entstanden sind“, hatte die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN zu einem grün/bunten Treffen am 15. September nach Bonn eingeladen. Unter den rund 50 Teilnehmern waren fast alle größeren Listen und unterstützenden Gruppen vertreten: Herbert Gruhl und Eberhard Bueh von der GAZ; August Haubleiter, Max Winkler u.a. von der AUD; Helmut Lippelt, Margret Künzel, Grete Thomas und Gisela Schöttler von der niedersächsischen GLU; Baldu Springmann, Lothar Herbig und Matthias Glage von der schleswig-holsteinischen GL; Delphine Brox und Bernd Vogel von der Bremer Grünen Liste; Wolfgang Richter und Wolfgang Pohl von der Alternativen Liste Bremen/Bremerhaven; Jens Matthes u.a. von der GL Hessen; Irmgard Hohlhepp, Dirk Schneider, Klaus Hermann u.a. von der Westberliner AL; Christel Hellmann, Christina Kukulka und Jürgen Reents von der Hamburger Bunten Liste; Werner Knecht von der Kölner Alternative; Roland Vogt vom BBU; Heinz Brandt vom AK Leben; Ali Schmeißner vom VDS/Basisgruppen; Michael Krawinkel vom SB; Milan Horacek von der FIU; Vertreter von der BuLi Dortmund, der AL Mülheim, der nordrhein-westfälischen GLU, der Wählergemeinschaft Grüne Liste Rheinland-Pfalz sowie als Einzeldarsteller Rudi Dutschke.

In der Diskussion wurde ziemlich schnell klar, daß weniger „Mißverständnisse“ als tatsächliche Differenzen zwischen den Grünen und Bunten/Alternativen liegen. Insbesondere die von Gruhl und seiner GAZ beabsichtigte überleitete Parteigründung und die weitgehende Ausschaltung der Alternativen aus einer Wahlliste bilden den handfesten Hintergrund sogenannter „Mißverständnisse“. Die GAZ, so wurde auf ihrem Parteitag vor wenigen Wochen gegen nur drei Gegenstimmen beschlossen, will die Programmdiskussion mit der

Offenbacher Konferenz am 3./4. November „endgültig abgeschlossen“ haben, und dann soll es „grundsätzlich keine Bündnisse mit weiteren Gruppierungen“ mehr geben. Dabei sind die Programmvorstellungen der GAZ in Anlehnung oder gar kaum veränderter Übernahme des Europa-Programms der GRÜNEN von vornherein so strikt auf die weltanschauliche („radikal“-ökologische) Richtung eines Flügels der grün/bunten „Bewegung“ ausgelegt, daß damit auch vor der Offenbacher Konferenz kein Bündnis mit den Alternativen herstellbar wäre. Gruhl erntete darum auf dem Bonner Treffen nicht nur von bunter Seite, sondern auch von grünen Vertretern (wie etwa Frau Künzel von der niedersächsischen GLU und ebenso vom ausgebildeten GAZ-Stellvertreter Eberhard Bueh) heftige Kritik für diesen Kurs. Nachdrückliche Fragen, warum die GAZ bislang an keiner Stelle eine positive Äußerung für ein grün/buntes Bündnis schriftlich festgelegt hat, und ob er auf dem GAZ-Parteitag überhaupt in dieser Richtung auch nur mit einem einzigen Wort geworben habe, wurden von Gruhl schlicht „überhört“.

Wenn wir uns in der Frage der Parteigründung und des „Abschlusses“ der Programmdiskussion auch etwas flexibler zeigten als Gruhl, so wurde doch auch von anderen profilierten Vertretern der GRÜNEN auf eine Festlegung der Bunten/Alternativen auf „radikal“-ökologische Grundanschauungen gedrängt. Vor allem Max Winkler, Generalsekretär der AUD, wandte sich gegen materielle Forderungen der Bunten/Alternativen, wie sie z.B. zur 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich usw. aufgestellt werden, da diese in ein „allerschärfstes Dilemma“ führen müßten und der herrschenden „Wachstums-Ideologie“ zuzurechnen seien. „Progressiv sein“, so auch Baldu Springmann von der GLSH, „heißt heute, sich in den Naturprozess ein-

zuordnen. Es ist heute zwar noch nicht möglich, daß jeder morgens Müll ist, eine Kneipp-Kur macht und barfuß durch die Landschaft geht, aber da müssen wir hinkommen“.

Mit derartigen Rohkost-Rezepten dürfte in Gewerkschaftskreisen, in der linken Sozialdemokratie usw. kaum Land gewinnen zu sein – und es blieb auf dem Bonner Treffen auch reichlich undurchsichtig, inwieweit die „Radikal“-Ökologen dem überhaupt Bedeutung beimessen. Die Ausführungen über die „Polit-Ökologie“ als „neue politische Leitwissenschaft“, in der alle sozialen und politischen Fragen (sei es die Steuerreform oder anderes) nebulös und ohne Logik einer sogenannten „ökologischen Vernunft“ unterworfen werden sollen, hat zumindest den deutlich erkennbaren Pferdefuß, daß der Kampf um demokratische Rechte, der Kampf gegen Lohnraub usw. darin regelmäßig unzureichend und unbestimmt bleiben. Dazu konnten auch auf dem Bonner Treffen keine „Mißverständnisse“ aufgeklärt werden.

Ein Bündnis, so argumentierten die Alternativen und Bunten in Bonn immer wieder, läßt sich nur herstellen, wenn die unterschiedlichen Ausgangspunkte und Grundanschauungen akzeptiert werden, wenn kein Versuch unternommen wird, das Bündnis auf eine speziell ökologische Richtung einzuzwingen. Der Versuch wurde jedoch in Bonn unternommen und konnte nur mit Mühe abgewendet werden: nämlich eine Resolution zu verabschieden, in der die „Grundwerte“ „ökologisch, basisdemokratisch, sozial und gewaltfrei“ als „Eckpfeiler“ von Grünen und Alternativen festgeschrieben werden sollten. Abgesehen davon, daß sich unter diesen Begriffen teilweise recht unterschiedliche Verständnisse verbergen („Basisdemokratisch“) und sie teilweise arg abgegriffen und verwaschen sind („sozial“), liegt namentlich im Begriff der „Gewaltfreiheit“ eine Position, die niemand aus

der radikaldemokratischen und linken Bewegung, der auch nur in Brokdorf oder Grohnde dabei gewesen ist, der die Aktionen der Bevölkerung von Nordhorn-Ränge oder Wyhl verfolgt hat, der ohne getrübbten Blick die polizeistaatliche Entwicklung in unserem Land verfolgt, jemals teilen kann. Das ist den GRÜNEN auch bekannt, und der immer wieder neu aufgelegte Versuch, in diesen Grundsatzen eine Abschwörung der Bunten zu verlangen, setzt die mögliche Einheit bewußt aufs Spiel. Umgekehrt haben die Bunten auch zu keiner Zeit von den GRÜNEN verlangt, daß sie auf ihre Überzeugung eines absolut „gewaltfreien“ Kampfes verzichten sollen.

Verabschiedet mit 32 Fürstimmen, keiner Gegenstimme und 5 Enthaltungen wurde schließlich eine Resolution, in der diese „Eckpfeiler“ als die Auffassung der GRÜNEN gekennzeichnet sind und im übrigen auch die weiterhin offene und gemeinsame programmatische Diskussion bekräftigt wird:

„Die in Bonn am 15.9.1979 versammelten Vertreter der Grünen, von grünen, alternativen und bunten Listen beabsichtigen eine gemeinsame Beteiligung an der Bundestagswahl. Sie kamen darin überein, daß die von ihnen gemeinsam geteilten und noch strittigen Positionen in einer gemeinsamen Kommission abgeklärt werden.“

Der gemeinsame Kongreß von Grünen, Bunten und Alternativen am 3./4.11.1979 in Offenbach wird eine Bilanz in der Herstellung gemeinsamer programmatischer Vorstellungen und Grundanschauungen vorlegen. Die Gruppierung „Die Grünen“ geht davon aus, daß die Eckpfeiler der Zusammenarbeit auf ökologischen, sozialen, gewaltfreien und basisdemokratischen Überzeugungen fußen.“ (Ob die GAZ diese Resolution so mitträgt, ist uns unbekannt; Herbert Gruhl war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Raum).

Die in der Resolution erwähnte

Die in der Resolution erwähnte

gemeinsame Kommission ist auf dem Bonner Treffen dennoch nicht mehr eingerichtet worden. Das scheiterte vor allem an der Haltung der GAZ-Vorsitzenden Gruhl, der viel davon redete, daß die Alternativen und Bunten „keine Legitimation“ für eine Mitarbeit in einer solchen Kommission ausweisen könnten, daß zumindest völlig unklar sei, „in welchem Verhältnis“ Grüne und Bunte dort zusammensitzen sollten. Für den Vorabend der Göttinger Demonstration (14. Oktober) soll jedoch zu einem neuen Treffen aufgerufen werden. Vom AUD-Vorsitzenden Haubleiter wurde auch der Vorschlag der Bunten Liste begrüßt, auf dem Offenbacher Kongreß eine solche gemeinsame Kommission offiziell einzusetzen. Schon heute scheint aber klar, daß ein Bündnis von Grünen und Bunten nur auf einem schmalen Paket nicht umstrittener Positionen (gegen Atomenergie usw.) aufbauen kann, bei weitgehender politischer Autonomie in allen anderen Fragen.

Erwähnt werden muß noch ein Auftritt Rudi Dutschkes, glücklicherweise sein einziger auf diesem ganzen Treffen, sofern er derzeit nichts anderes zu bieten hat. Er ließ eine gewaltige Apollonrede gegen den KB vom Stapel, die von allerlei gar nicht nacherzählbaren Stories über Telefonate usw. angefüllt war, und deren Kern die Aussagen waren: er, Rudi Dutschke, würde im „Arbeiterkampf“ als Sozialdemokrat verunglimpft und gleichzeitig hätte „der KB“ auf Platz 1 der Bremerhavener Alternativen Liste ein tatsächliches SPD-Mitglied gestellt (igittigitt!); der KB sei „unmöglich“ und repräsentiere „die konservative Ecke in der grünen Bewegung“. Herbert Gruhl meldete sich kurz darauf zu Wort: „Rudi Dutschke hat mir aus der Seele gesprochen“. Ob nicht wenigstens das dem guten Rudi ein bißchen peinlich gewesen ist...?

Jürgen

Jürgen

Ökoseminar in Hildesheim – Noch ist Einheit denkbar!

Am 22./23.9. fand in Hildesheim das Ökoseminar Nord statt. Die Idee der Ökoseminare geht auf den letzten GLU-Parteitag in Bodenwerder zurück, wo der Vorschlag gemacht wurde, die schwierigen Auseinandersetzungsprozesse zwischen den verschiedenen Gruppen der Wahlbewegung ohne Zeitdruck in Seminaren vorzulegen. Zum Ökoseminar Nord hatte die GLU/Niedersachsen alle grünen, bunten und alternativen Gruppen der Wahlbewegung aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, West-Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen eingeladen. Gleichzeitig fand in Ulm ein Ökoseminar für den süddeutschen Raum statt.

Das Seminar in Hildesheim war von der GLU-Gruppe in Hildesheim bestens organisiert. Vom äußeren Rahmen waren alle Voraussetzungen für eine fruchtbare Diskussion gegeben, und wir können uns dafür nur herzlich bedanken.

In Hildesheim waren alle größeren Gruppen der Wahlbewegung vertreten. Es erschienen u.a.: BuLi/Hamburg, LDU, AL-Westberlin, AL-Bremen, GLH, AUD, GLU/Niedersachsen und die GAZ. Die kommunalen Wahlinitiativen und Listenansätze waren allerdings nur schwach vertreten. Aus den Wortmeldungen ging hervor, daß vor allem aus Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf und Köln Mitglieder der kommunalen Listen anwesend waren. Dies ist umso bedauerlicher, als auf kommunaler Ebene einheitliche Kandidaturen zwischen grünen und bunten Gruppen existieren und erfolgreich arbeiten.

Das Ökoseminar gliederte sich in zwei Teile. Am ersten Tag stellten die verschiedenen Strömungen der Wahlbewegung ihre grundsätzlichen Ausgangspunkte und Forderungen in knappen Referaten vor. Darüber wurde dann im Plenum diskutiert. Der zweite Tag begann mit der Arbeit in insgesamt fünf Diskussionsrunden. Die ersten Ergebnisse dieser Debatten wurden hinterher wieder ins Plenum getragen und dort von allen Teilnehmern diskutiert.

Alle Arbeitsergebnisse der Diskussionsrunden werden der bundesweiten Konferenz der grünen, bunten und alternativen Gruppen am 6./7.10. in Bielefeld vorgelegt werden.

Die Arbeitsergebnisse wurden von den Teilnehmern ausdrücklich als vorläufige Diskussionsgrundlage angesehen.

Die erste Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem Themenkomplex Ökologie, Ökonomie, Wirtschaftswachstum. Der Debatte liegen krass unterschiedliche Herangehenswei-

se und politische Anschauungen über Bedrohung des Lebens durch die ökologische Krise, Ursachen und Folgen von gesellschaftlichen Widersprüchen und Forderungen nach gesellschaftlicher Veränderung zu Grunde.

Während die rechten und konservativen Grünen ein rein ökologisches Programm wollen und Bunte und Alternative auffordern sich dieser Sichtweise unterzuordnen oder eigene Wege zu gehen, wurde auf dem Seminar sichtbar, daß andere Strömungen bei den Grünen eine Synthese zwischen der ökologischen Sichtweise und einer Gesellschaftskritik des Kapitalismus suchen. Hier existieren eine ganze Reihe Berührungspunkte zwischen „linker“ Gesellschaftskritik und der Kritik ökologisch orientierter Gruppen an den gesellschaftlichen Widersprüchen des Kapitalismus. Keinerlei Berührung gibt es aber dort, wo wie z.B. von Springmann und anderen konservativen Grünen die Bedrohung des Lebens durch ökologische Krisen so verstanden wird, daß die Massen zu Verzicht an materiellen Verbesserungen (Lohn, Arbeitszeit etc.) erzogen werden sollen, weil nur so das natürliche Grundlagen des Lebens zerstörende Wachstum von Wirtschaft und gesellschaftlichem Reichtum gestoppt werden kann.

Immerhin wurde in der Arbeitsgruppe eine interessante Kompromißformulierung ausgearbeitet, die versucht, linke Gesellschaftskritik und ökologische Kritik zu verbinden.

Es heißt dazu im Kurzbericht der Arbeitsgruppe: „Eine Einigung zu den Punkten Ökologie, Ökonomie und Nullwachstum wurde unter folgenden Thesen erreicht:

- Wir haben festgestellt, daß ein Primat der Ökologie in so weit besteht, als die Bedrohung des Lebens akut und ernst ist. Diese Gefährdung resultiert aus dem wirtschaftlichen und politischen System und kann nur durch die Veränderung dieses Systems abgeändert werden. Insofern besteht ein unmittelbarer und dialektischer (vorher: gleichberechtigter) Zusammenhang zwischen Ökologie und Ökonomie. Das Prinzip des Nullwachstums [also das Einfrieren des Bruttoinlandsprodukts] kann auf Grund der begrenzten Vorkommen von Ressourcen und unter den Bedingungen zugestimmt werden, daß
- 1) eine Umverteilung des Reichtums erfolgt und zwar auf nationaler und internationaler Ebene;
 - 2) eine Umverteilung von quantitativem zu qualitativem Wachstum erfolgt und
 - 3) daß zur Verwirklichung dieser Ziele

le gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen notwendig sind.

Einigung besteht auch darüber, daß eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderung demokratisch und nur durch eine Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen ist.“

Zu dieser Vorlage kamen von linker Seite und von Seiten konservativer Ökologen im Plenum dann schon diverse Änderungsanträge. Die Debatte wird in Bielefeld also weitergehen.

Insgesamt drei Gruppen beschäftigten sich mit der Frage der politischen Struktur einer grün/bunten Partei zu den Bundestagswahlen. Die vorgelegten Arbeitsergebnisse sind sehr unterschiedlich. Von der Arbeitsgruppe I wurde unter der Überschrift „Tendenz der Strukturdebatte“ folgende knappe Erklärung vorgelegt: „Wir erstreben ein Zweckbündnis, das dem Wahlerfolg genügt und auf individueller Mitgliedschaft und einem gemeinsamen Minimal- bzw. Sachprogramm beruht. Das Bündnis ist offen für alle, die sich auf ein gemeinsames Minimalprogramm einigen und die demokratischen Strukturen achten.“

Von der zweiten Arbeitsgruppe in diesem Themenbereich wurde dem Plenum ein „Stichwortprotokoll“ vorgelegt. Die Arbeitsgruppe wollte bewußt keine Ergebnisse vorlegen, weil dies ihrer Meinung nach nur zu vornehmen und nicht fundierten „Ver-einheitlichungen“ führen würde. Im Stichwortprotokoll wird die breite Palette sehr unterschiedlicher Strukturvorstellungen einfach nebeneinandergestellt.

Die dritte „Struktur-Arbeitsgruppe“ faßte ihr Diskussionsergebnis so zusammen:

- „1) Nach außen soll ein gemeinsames Bündnis in Form einer Partei angestrebt werden. Der gegenwärtige Diskussionsstand reicht nicht aus, um mehrheitlich ein Wahlbündnis oder eine geschlossene Parteistruktur zu favorisieren.
- 2) Unter Beteiligung aller Gruppen soll neben der bereits für Bielefeld ins Auge gefaßten Programmkommission eine Kommission zur Ausarbeitung der Satzung gebildet werden.“
- Der dritte Themenkomplex beschäftigte sich mit Fragen zur Friedenspolitik. Diese Gruppe legte einen detaillierten Forderungskatalog vor. Darin heißt es: „Gemeinsamkeit wurde erzielt in den Forderungen:
- Als Ziele streben wir an:
- Auflösung der Militärblocke NATO – Warschauer Pakt

- Abzug aller fremden Truppen von fremden Territorien
- Schaffung einer ABC-waffenfreien Zone in Mitteleuropa
- Abschaffung aller ABC-Waffen weltweit.

Bei einer Gegenstimme wurde festgestellt: Als ersten Schritt eines Beitrags für eine weltweite Abrüstung soll die BRD ihren Wehr-Etat einfrieren und in weiteren Schritten kürzen.“

Die genannte Gegenstimme stammt von einem Vertreter der KPD, der sich mit Abrüstungsschritten der BRD überhaupt nicht anfreunden konnte und statt dessen folgende Forderung aufstellte: „Den ersten Schritt zur weltweiten Abrüstung müssen die Weltmächte USA+UdSSR tun.“

Weiter heißt es im Arbeitsergebnis dieser Arbeitsgruppe: „Da wir gegen den Militarismus sind, sind wir

- gegen jede „Gewissensprüfung“ für Kriegsdienstverweigerer,
- dafür, daß Zivildienst zu einem echten Friedensdienst wird, bei dem das Konzept der sozialen Verteidigung zum Tragen kommt,
- dagegen, daß Frauen zur Bundeswehr kommen. (Da die Gleichberechtigung der Frau in vielen Bereichen nicht verwirklicht ist, lehnen wir ein solches Verlangen „Emanzipationsangebot“ ab.)“

Im Zusammenhang mit dem Punkt Frauen zum Bund wurde von einigen Frauen kritisch angemerkt, daß eine spezielle Behandlung verschiedener Forderungen der Frauen für dieses Seminar nicht vorgesehen war. Für Bielefeld haben einige Frauen schon angekündigt, daß dies anders werden soll. In Bielefeld soll es deshalb eine Arbeitsgruppe „Frauen und Frauenforderungen“ geben.

Schließlich beschäftigte sich die Arbeitsgruppe Friedenspolitik auch mit der Frage der Gewaltfreiheit. Von einer ganzen Reihe grüner Strömungen wird die Frage prinzipieller Gewaltfreiheit bei der Bestimmung der eigenen Aktionswege zum Abgrenzungshebel nach links eingesetzt. Auch in der Arbeitsgruppe wurde darüber sehr kontrovers debattiert. Es gab dazu zwei Positionen. Erstens: „Gewaltfrei muß im Programm ausgesagt werden, wobei das Recht auf Widerstand des Einzelnen laut Grundgesetz zugestanden wird.“ Zweitens: „Gewaltfrei soll nicht im Programm auftauchen, sondern Formen des Widerstands wie Blockade, Sitzstreik, Besetzungen sollten genannt werden als unsere Antwort auf die Gewalt, die wir vorfinden.“

In der Arbeitsgruppe hatte sich eine deutliche Mehrheit für den ersten Vorschlag ausgesprochen. Allerdings tauchten in der Plenumsdebatte zu diesem Punkt eine ganze Reihe zusätzlicher Vorschläge auf, die zu dem Thema neue Gedanken formulierten oder versuchten, Kompromisse zu finden. Ein interessanter Vorschlag, der auch spontan bei vielen Teilnehmern Zustimmung fand, wurde von H. Strohm gemacht. Seine Formulierung lautet: „Zur Frage der Gewaltfreiheit wird folgende Formulierung vorgeschlagen: Wir sind für eine gewaltfreie Gesellschaft, in der die Unterdrückung von Menschen durch Menschen und Gewalt von Menschen gegen Menschen aufgehoben ist.“

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zeigen aber auch, auf wieviel Feldern noch gar nicht so weit diskutiert wurde, daß sich sagen ließe, ob eine Annäherung der Standpunkte sich abzeichnet oder nicht. Dies gilt für den gesamten Komplex Arbeiterforderungen, insbesondere die Frage der 35-Stunden-Woche, den Komplex der Frauenforderungen, des Kampfes um demokratische Rechte und des Kampfes für die Rechte diskriminierter Minderheiten.

Außerdem besteht ein noch nicht ausgeräumter Widerspruch zwischen den Vorstellungen großer Teile der Grünen, jetzt unbedingt die „grüne Jahrhundertpartei“ zu gründen und der von uns und vielen Bunten vertretenen Vorstellung eines konkreten Wahlbündnisses für diese Bundestagswahlen. Auch innerhalb der bunten und alternativen Listen ist die Frage der Langfristigkeit einer aktuellen Parteigründung umstritten. Wenn zum Beispiel „Die Neue“ über das Hildesheimer Treffen unter der Überschrift „Grüne, Bunte, Alternative – Wahlbündnis in greifbarer Nähe“ berichtet, dann geht das am Gang der Diskussion vorbei. Vielmehr muß gesagt werden, daß nach den Meinungen vom GAZ-Parteitag und den vielfältigen Gründungsschritten der Grünen auf Kreis und Landesebene Hildesheim nur gezeigt hat, daß der Zug zur Einheit noch in Fahrt gebracht werden kann. Dies sollte für Bielefeld das Ziel aller sein, die wissen, daß nur ein starkes grün/buntes Bündnis in der Lage ist, um sich herum eine Wahlinitiative (in Parteiform) aufzubauen, die sich im polarisierten Wahlkampf zwischen Schmidt und Strauß auch durchsetzen kann.

Rai., Göttingen

Und was wäre, wenn die Jusos die Grünen unterstützten...?

Leitlinie der Jusos für den Wahlkampf

Der Bundesvorstand und der Vorstand der Jungsozialisten haben ein Diskussionspapier über die politische Leitlinie des Bundestagswahlkampfes der Jungsozialisten vorgelegt. Mit einem „eigenständigen Beitrag“ wollen die Jungsozialisten nach Kräften für einen Wahlsieg der SPD kämpfen. Doch „so selbstverständlich dies für die Jugendorganisation der SPD ist, so wenig selbstverständlich ist innerhalb großer Teile der politisch engagierten, arbeitenden und lernenden Jugend ein Einsatz für die SPD, ja selbst die Wahl der SPD geworden“. Angesichts dieser Tatsache bedarf die Unterstützung der SPD durch die Jusos einer „überzeugenden politischen Begründung“. Das vorliegende Papier setzt sich mit der CDU/CSU-Politik auseinander, mit der Stellung der Jungsozialisten zu ihrer Mutterpartei, sowie mit links von der SPD stehenden Wahlalternativen, insbesondere den Grünen/Alternativen Listen.

Anti-Strauß-Wahlkampf?

„Strauß wird keineswegs Kreide freisetzen“, meinen die Jusos. Vielmehr werde die CDU/CSU „hemmungslos polarisieren“. Strauß werde sich allerdings, um vorhandene Ängste in der CDU-Anhängerschaft abzubauen mit einer scheinbar liberalen Wahlmannschaft umgeben. Für die Jungsozialisten gilt es insbesondere deutlich zu machen, daß die gekennzeichnete Strategie nicht die eines einzelnen Mannes, sondern der gesamten CDU/CSU sei. Auch Albrecht unterscheide sich von Strauß „lediglich im Stil, nicht aber in der Sache“. Eine Wahlkampfstrategie, die die inhaltliche Identität von Strauß und CDU verleihe, greife zu kurz. „Die Linke hat daher ihren Kampf in erster Linie nicht gegen die Person Franz Josef Strauß, sondern gegen das durch Franz Josef Strauß repräsentierte Konzept von gesellschaftlicher Organisation zu führen.“

Allerdings dürfe nicht übersehen werden, daß „in der Person Strauß ein zusätzliches Sicherheitsrisiko liegt“. Denn für Strauß rechtfertige der Zweck, die Regierungsgewalt zu erlangen, jedes Mittel, selbst die Aufgabe der Demokratie. „Unter diesem Aspekt ist es gerechtfertigt, in den Wahlauseinandersetzungen neben den reaktionären Inhalten der CDU als zweiten Schwerpunkt eine entscheidende Auseinandersetzung mit der Person Strauß zu führen.“

Es ist richtig, zu vermerken, daß die CDU insgesamt in keiner Weise liberaler ist als ihr Kanzlerkandidat aus Bayern. Doch seit wann muß sich die Linke dafür „rechtfertigen“, den brutalsten Vertreter der äußersten Reaktion als Person anzugreifen? Hinter vorgehaltener Hand ein entschuldigender Blick Richtung SPD, die die Parole ausgegeben hat, Strauß nicht zu „dämonisieren“, sondern eine Auseinandersetzung um die politischen Inhalte zu führen! Nicht abwegig ist die Befürchtung, der „zweite Schwerpunkt“ könnte im Wahlkampf der Jungsozialisten vergessen werden, sobald die SPD etwas mehr Druck hinter die Durchsetzung ihrer Parole setzt. Schon das vorgelegte Diskussionspapier enthält zwar sehr ausführliche und konkrete Argumentationshilfen gegen die politische Konzeption der CDU/CSU doch nichts dergleichen über die zahlreichen undemokratischen Machenschaften ihres Kanzlerkandidaten. Die Linke muß gerade die Erfahrungen mit diesem Kanzlerkandidaten aufdecken! Ist es doch Strauß, der am deutlichsten bewiesen hat, daß er von „Demokratie“ nur solange etwas hält, wie sie ihm, dem Kapitalismus nützt; ist es doch bezeichnend, daß die CDU/CSU ausgerechnet diesen Mann einsetzt, ihr politisches Konzept zu verwirklichen. Strauß hat bereits das wahr und nichtbar gemacht, wovon andere CDU-Politiker bisher nur träumen. Seine Wahl zum Kanzlerkandidaten zeigt, daß sie ihre Träume nun in die Praxis umzusetzen gedenken.

Es gibt gar keinen besseren Weg für die Linke, das politische Konzept der CDU/CSU zu bekämpfen, als die Machenschaften ihres Anführers an die Öffentlichkeit zu bringen.

„Entschlossene Mobilisierung für die SPD“

Die Jungsozialisten wollen „einen Wahlkampf, der Probleme und ihre Ursachen benennt, der Kritik auch an der Regierung benennt, wo dies berechtigt ist“. Gemessen an diesem Anspruch kommt die SPD nach Jahren Regierungspolitik sehr gut weg. Sicher, ihre Wirtschaftspolitik ist „prokapitalistisch“ und für Einschränkungen demokratischer Rechte ist „auch die SPD verantwortlich“ (Hervorhebung AK). Doch insgesamt scheint die SPD – zumindest was die schlechten Seiten angeht – zu ihrer Politik geübt worden zu sein. Sei es durch die geänderte öko-

nomische Entwicklung im Jahre 1973, die den Abbruch der SPD-Reformpolitik „verursachte“, sei es durch die CDU, die durch ihre Ruhe- und Ordnungsruße die Verabschiedung der „Antiterrorgesetze“ bewirkt hat. „Auch wenn die SPD-Bundestagsfraktion einigen der CDU-Vorschläge in der Terrorismusdiskussion nicht zugestimmt hat, so bleibt doch die Tatsache: Statt von Anfang an der Ruhe- und Ordnungs-Propaganda offensiv entgegenzutreten, ist die SPD vielfach zurückgewichen.“ Es ist kaum zu glauben, daß die Jungsozialisten schon vergessen haben sollten, wie gut die „Einheit der Demokraten“ gerade zu jenem Zeitpunkt funktionierte, welchem Druck einige SPD-Abgeordnete um Manfred Copik aufgrund ihrer Kritik an den Gesetzentwürfen – die übrigens die SPD eingebracht hatte – ausgesetzt waren. Diese verschämte Kritik, die die SPD weitgehend aus der Verantwortung nimmt, wird den Wählern, die sich von der SPD abgewandt haben, nicht ausreichen.

Große Hoffnungen setzen die Jusos nach wie vor in eine Veränderung der SPD-Politik, malen sich sogar Chancen aus „mit der Parteilinken... Parteilagsmehrheiten zu bilden“. Denn „die Partei muß sich genötigt, auf die Verluste an Wählerstimmen im Arbeiterbereich und die Jugend zu reagieren“. Dies habe sich v.a. in den Diskussionen um Umweltschutz und Berufsverbote, sowie in einer „stärkeren Bindung an die Gewerkschaften“ gezeigt. Der Wahlkampf ist ausgebrochen, einige SPD-Linke dürfen im Hinblick auf die zunehmende „Parteienverdrossenheit“ den Mund etwas weiter aufmachen und schon propheteien die Jusos eine Wende der SPD-Politik. Man möchte denken, sie seien in der Vergangenheit oft genug gegen Mauern gerannt und auf die Schnauze gefallen, aber nein...

Die Grünen – Mangelnde Verankerung in der Arbeiterbewegung

Die Jungsozialisten wollen die bestehenden Gemeinsamkeiten mit denjenigen Grünen, die sich als Teil der Linken in der BRD verstehen, betonen. „Es kommt also nicht darauf an, unwichtige Abweichungen zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen.“ Ihre Kritik an den grünen Listen berührt wesentlich zwei Punkte:

1. Es fehle den grünen Listen an einer Verbindung zur organisierten Arbeitnehmerschaft. Nicht abzustreiten ist, daß die grünen/alternativen Listen Zustimmung im wesentlichen von Jugendlichen und Intellektuellen erhalten, zu leugnen ist dabei aber keinesfalls, daß ihr Einfluß in anderen Teilen der Bevölkerung mehr und mehr zunimmt, daß sich Ansätze und Möglichkeiten zeigen, Zustimmung auch von der Arbeiterschaft zu erhalten. Während die Jungsozialisten in der SPD schon seit Jahren nach dem Prinzip „Hoffnung“ leben, streiten sie einem Bemühen konsequenter demokratischer Kräfte um eine Verankerung in der Arbeiterschaft von vornherein jeglichen Erfolg ab.

2. Das „sichere Scheitern“ der Grünen an der 5%-Klausel sagen die Jusos schon heute voraus. Demnach liegt es für sie „auf der Hand, daß das Auftreten der grünen Listen in der Bundestagswahl 1980 dazu führen kann, daß Strauß sich durchsetzt“. Nun, haben diese Bedenken auch ihre Berechtigung, so enthält eine derartige Argumentation seitens der Jusos doch nur, daß sie sich niemals ernsthaft mit Gedanken an eine Unterstützung der alternativen Listen auseinandergesetzt haben, daß ihre Überlegungen von vornherein darauf abzielen, alle möglichen und unmöglichen Gründe zusammenzusuchen, um die „Abtrünnigen“ wieder in den Schoß der SPD zurückzuholen. Denn was wäre, wenn die Jungsozialisten sich für eine Unterstützung der alternativen Listen aussprechen würden? Das Überspringen der 5%-Hürde wäre ein Leichtes!

Natürlich wird an diese Möglichkeit, trotz weitgehender inhaltlicher Übereinstimmung nach ihren eigenen Aussagen, kein einziger Gedanke verschwendet. Wollen wir auch den einzelnen Mitgliedern ihre eldlichen Absichten keineswegs absprechen, so zeigt die politische Leitlinie der Jungsozialisten zum Wahlkampf 1980 doch einmal mehr, daß sie ihre Schritte nicht an den Erfordernissen einer Politik zum Erhalt der Demokratie in diesem Lande orientieren, sondern daß es für die Jungsozialisten oberstes Gebot ist, möglichst viele Stimmen für die SPD einzufangen.

Zitate aus: „FR“, 26. und 27.9.1979

Eine Genossin des SSB/Hamburg

SB macht wieder bei der AL in Westberlin mit

Im Juli '79 faßte das Plenum des SB in Westberlin den Beschluß, wieder in der AL mitzuarbeiten. Uns ist bedauerlicherweise die Erklärung des SB dazu erst kürzlich zugegangen, die wir aber dennoch nicht den AK-Lesern vorenthalten wollen.

„1. Die Tatsache, daß das Westberliner SB sein ursprünglich mit Mehrheit gefaßtes Votum für eine Beteiligung an der Diskussion in den Bereichgruppen der AL nur sehr begrenzt eingelöst hat, und daß die Mitglieder des SB sich schließlich... gänzlich zurückgezogen haben, ist sowohl von Seiten der AL als auch im SB selbst zum Teil scharf kritisiert worden. Diese Kritik ist... zweifellos berechtigt. Es muß... aber auch daran erinnert werden, daß dieser „Rückzug“ sehr konkrete Gründe hatte, von denen hier nur die beiden wesentlichen genannt werden sollen. Zum einen erwiesen sich zwei unserer selbstgesteckten Prämissen für eine Mitarbeit in der AL, nämlich „breite Beteiligung der Westberliner Bürgerinitiativen“ und „keine Dominanz der K-Gruppen“, als nicht einlösbar.“

Zum anderen sahen diejenigen SB-Genossen/innen, denen es vorrangig um die Kontinuität und Weiterentwicklung unserer eigenen Arbeitszusammenhänge... geht, in einer zu starken Einbindung des SB in die AL die Gefahr einer Beeinträchtigung eben dieser Arbeitszusammenhänge... Als eindeutig falsch allerdings erweist sich heute, daß das Westberliner SB sein Ausscheiden... nicht öffentlich erklärt hat. Unser nach außen unbedrucktes Fernbleiben... mußte desorientierend wirken.“

2. Schon in ihrer Konstituierungsphase... und auch heute noch“ sei die AL „von zwei gegenläufigen Tendenzen geprägt: Zum einen von dem Anspruch, eine basisorientierte Politik zu verwirklichen, ... zum anderen von Tendenzen zur Entwicklung parteiähnlicher Organisationsstrukturen, die die Gefahren von Stellvertreterpolitik in sich bergen. Wenn diese die die Gefahren von Stellvertreterpolitik in sich bergen. Wenn diese widersprüchlichen Tendenzen so bestehen bleiben, ... dann ist zu befürchten, daß die in die AL projizierten Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht werden und die AL an diesem Konflikt zerbricht.“

3. Der Basisorientierung widersprechen... so das SB – die „unmittelbar zentralistisch-autoritären Organisationsformen wie denen der ML-Sekten (z.B. KPD)... Die bisherige Erfahrung hat... gelehrt“, daß sie die Basisansätze „allzuoft für ihre eigenen organisationspolitischen Ziele zu instrumentalisieren versuchen wollen“. Deshalb müsse die AL in Zukunft alles daransetzen, solche „Tendenzen, wie er aufgrund der zeitweilig zu beobachtenden KPD-Dominanz zu beobachten war, zu verhindern.“

4. Trotz ihrer heterogenen Struktur und Unterschiedlichkeit... der Interessen... ist die AL nach Jahren der Zerstreuung der Westberliner Linken ein wichtiger Versuch, in dieser Stadt zu einem gemeinsamen Handeln... dieser Linken zu kommen. Bei allen Vorbehalten... scheint es uns deshalb wenig produktiv, nur von oben bzw. außen an der AL Kritik zu üben.“

Das SB kündigt im weiteren an, trotz begrenzter Kapazitäten vor allem in Bereichgruppen und „Bürgerforen“ mitzuarbeiten und dafür eine „Projektgruppe Alternative Liste“ im SB einzurichten.

Wahlnachrichten

Eine kleine Dokumentation zu den Auseinandersetzungen um die „Grün-Bunte Einheit“ (Stand Mitte September) haben Lüneburger Sympathisanten der Buntten und Alternativen Listen herausgebracht. Kontakt: Wolfgang Ebert Moorweg 43 2120 Lüneburg Tel: 04131/ 54511

Wahltreffen zwischen Buntten und Grünen in Ulm

Parallel zu dem Treffen in Hildesheim trafen am 22./23.9. in Ulm Bunte und Grüne aus Baden-Württemberg und Bayern zusammen. Bei ca. 100 Teilnehmern waren vor allem grüne Anhänger gekommen, die Buntten waren nur schwach vertreten (darunter auch „KPD“- und KB-Mitglieder). Von den Grünen waren Carl Amery, Haußleiter (AUD) und Hensenlewer (AUD-Vorstand Baden-Württemberg) sowie Bueb und Mengershausen vom GAZ-Vorstand in Bayern erschienen.

Als zu Beginn der Versammlung die „KPD“-Stellungnahmen zu den Bundestagswahlen verteilt wurden, gab es einigen Aufruhr unter den Grünen. Es bedeute den „Todeskuß“, Bündnisse mit Gruppierungen einzugehen, die mehr Geld ausgeben könnten, als ihre eigenen Mitglieder aufbrachten, erklärte Amery. Dies entsprach durchaus breiter der Stimmung unter den „Grünen“. „K-Gruppen“ sollten – wie schon im Europawahlkampf – nicht ausgeschlossen werden, erklärte dagegen der AUD-Vorsitzende Haußleiter. Es entspann sich noch eine längere Debatte um eine „KPD“-Resolution, daß die bayrische Parteigründung der Grünen keinen Einfluß auf das Bundestags-Wahlbündnis haben dürfe. Die Resolution wurde allerdings nicht abgestimmt.

Wie in Hildesheim wurde auch in Ulm am ersten Tag in verschiedenen Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Programmpunkten diskutiert, die am zweiten Tag im Plenum ihre Ergebnisse vorstellten. Es gab Arbeitsgruppen zur Ökologie-, zur Sozialen Frage, zu Betrieb und Gewerkschaft, zur Frauenfrage und der Basisdemokratie.

Zur Ökologiefrege beantragte Hensenlewer (AUD) für den Offenbacher Kongreß das „Primat der Ökologie“ als „fundamentalen Ausgangspunkt“

festzuschreiben. Dagegen wurde von den Buntten gehalten, daß niemandem vorgeschrieben werden könne, „von welchem weltanschaulichen und politischen Erkenntnisansatz...er auszugehen hat. Es muß ein gleichberechtigtes Nebeneinander von solchen unterschiedlichen Ansätzen... geben, bei gleichzeitigem Zusammenarbeiten in konkreten programmatischen Forderungen und gemeinsamer Kandidatur zu den Bundestagswahlen“. Es bedurfte erst des ganzen Einsatzes von August Haußleiter, damit nicht die grüne Mehrheit hier „Prinzipien“ für alle per Abstimmung forderte.

Als Ergebnis der Arbeitsgruppe Basisdemokratie stellte Haußleiter dann folgende Resolution zur Abstimmung vor: „Die in Ulm versammelten Vertreter grüner, bunter und alternativer Organisationen sind sich einig in der Absicht für die nächsten Wahlen, insbesondere für die Bundestagswahl, eine möglichst breite, gemeinsame Basis zu schaffen. Das für die Bundestagswahl notwendige gemeinsame Programm soll von den beteiligten Gruppierungen gemeinsam und parteilich erarbeitet werden. Die Fortführung dieser Zusammenarbeit ist auch über die Bundestagswahl hinaus beabsichtigt.“ Zwar wurde keine Gegenstimme gegen die Resolution laut, aber ein Teil der Grünen wollte nicht mitstimmen, da ja auch das „Primat der Ökologie“ nicht abgestimmt worden sei – insgesamt ein Ausdruck davon, daß sie vor allem den Aufbau ihrer grünen Partei und nicht ein Bündnis im Auge haben. Einer griff sogar offen die Spitze der Grünen an. Es würde der Basis stinken, daß die Spitzen-Grünen ständig mit den Buntten verhandeln würden, ohne daß das an der Basis diskutiert wäre. Daraufhin erklärten Hauß-

AUFRUF ZU EINEM GEMEINSAMEN WAHLKONGRESS

DER „GRÜNEN“, „BUNTEN“ UND „ALTERNATIVEN“ IN BAYERN
AM SAMSTAG, DEN 6. OKTOBER, BEGINN 19 UHR
IN UNTERFÖHRING (MÜNCHEN - NORD) ZU ERREICHEN MIT DER 63
IM HOTEL „GOCKEL“, MÜNCHENER STRASSE 52
FÜR DIE NOTWENDIG ALTERNATIVE ZU STRAUSS UND SCHNEIDER

Der Bundestagswahlkampf 1980 bedeutet für viele demokratischen und ökologischen Kreise in der Bundesrepublik eine große Herausforderung. Die etablierten Parteien, CDU/CSU, FDP/SPD sind verantwortlich für eine Politik, deren Ergebnisse die zunehmende Invektivierung, wachsende Militarisierung, Gleichschaltung von Rundfunk und Presse, Einschränkung von demokratischen Rechten und Arbeitsmarkterweiterungen ist.

Dieser Politik steht der wachsende Widerstand in der Bevölkerung gegenüber. Das drückt sich auch aus in den guten Absichten der grünen, buntten und alternativen Kräfte bei Kommunal- und Landtagswahlen und in guten Wahlergebnissen der G. u. A. in der Europawahl 79 (z.B. 2,5 %). Gelingt es, so ist zu erwarten, daß viele Politiker von Strauß und Schneider nicht wieder das „kleine Ziel“ wählen werden.

Ein „kleineres Ziel“ aber gibt es 1980 nicht!

Denn ob Strauß oder Schneider die Wahl gewinnt, jeder wird nach der Wahl mit Macht sein Atom- und Rüstungsprogramm durchsetzen.

Gelingt es uns nicht, den Etablierten durch Überwindung der 5 % - Hürde einen entscheidenden Schlag zu versetzen und die Opposition in der Bevölkerung zu demokratisieren, wird es schwierig sein, das Atomprogramm strukturell dem Spitzeln = Projekt noch aufzuhalten!

Wir rufen deshalb ALLE BASIS- und BÜRGERINITIATIVEN, ALLE ÖKOLOGISCHEN, DEMOKRATISCHEN MENSCHEN IN BAYERN AUF, ZUM GEMEINSAMEN WAHLKONGRESS DER G. U. A. IN ULM UND D. U. N. T. E. R. AM 6.10., NACH UNTERFÖHRING ZU KOMMEN!

Für die Grünen: Dieter Hengen (AUD)
Für die Buntten: Alexander Kögel (München)
Für die Alternativen: Hans Jungling (Nürnberg)

leiter und Mengershausen, daß sie durch Beschlüsse dazu beauftragt worden seien.

Schließlich wurde die Resolution von der Versammlung gebilligt. Im weiteren Verlauf wurden noch

weitere Arbeitsgruppenberichte vorgestellt. Besonders beim Thema Frauen, Gewerkschaften und Gewalt traten grundsätzlichere Differenzen zu Tage.

nach einem Bericht der KB/Gruppe Nürnberg

Wahlkampf gegen Kölner Alternative: Mit Verleumdungen und Verfassungsschutz!

Knapp eine Woche vor der Kölner Kommunalwahl hat die CDU ein Flugblatt in hoher Auflage in Köln verteilt, das mit Informationen offensichtlich vom Verfassungsschutz gespeist ist.

Unter der Überschrift „Wer Grüne wählt, wählt Kommunisten“ heißt es, „Mindestens 15 der 46 Alternativ-Kandidaten sind Kommunisten oder radikale Sozialisten. Eine ganze Anzahl weiterer Alternativ-Kandidaten sind als radikale Systemveränderer, Hausbesetzer, Dauerdemonstranten u.ä. bekannt“.

Diese Stimmungsmaße gegen die Grün/Bunte Wählergemeinschaft belegt die CDU in ihrem Flugblatt mit der Auflistung von 14 Kandidaten der Alternative, nennt deren Wahlbezirke und führt hinter deren Namen jeweils aus, welcher Organisation der Betreffende angehören soll und kennzeichnet sie als Sympathisanten entweder der „KPD“, des KBW (der überhaupt nicht in der Liste vertreten ist) und des KB.

So heißt es bei einem der aufgelisteten Leute, „Sympathisant des Kommunistischen Bundes, für diesen

zung des Datenschutzgesetzes und des Briefgeheimnisses bei der Staatsanwaltschaft Köln gestellt worden.

Die Vermutung, daß die CDU im Kölner Wahlkampf Materialien vom Verfassungsschutz gegen die „Kölner Alternative“ einsetzt, ist bereits vorher aufgetaucht. In einem bei der Kölner Ratsfraktion für jeden Interessierten erhältliche CDU-Sonderinfo vom September 79, wird mit z.T. bis ins Jahr 1977 zurückliegendem Material der Nachweis zu führen versucht, daß der KB – von dem einige Leute in der Kölner Alternative mitarbeiten – eine „terroristenfreundliche“ Organisation sei. Zweck dieser Recherchenarbeit, die der Kölner CDU-Fraktion gar nicht so recht zuzutrauen ist, ist die Behauptung, die Kommunisten verfolgten andere Absichten mit der Alternative, als nach außen deutlich wird.

Wozu dieser Aufwand der CDU??

In der von der CDU vorgelegten „Dokumentation“ zur Kölner Alternative bzw. zu einigen Mitgliedern der Bun-

ten Positionen und Abgrenzungsposten innerhalb der Grünen zu stärken, um eine antikommunistische Klima aufzuwecken in diesen Kreisen zu verhindern. Und dabei drückt sie sich bei den „Grünen“ noch Hoffnungen macht.

Die CDU schreibt dazu, „...ob alle Grünen auch rot sind, muß bezweifelt werden. Die sogenannte ökologische Bewegung darf nicht als eine „kommunistische Bewegung“ gesehen werden. Wer Grüne und Linksextremisten gleichsetzt, verallgemeinert unzulässig. Z.B. ist der Vorsitzende der GAZ, Herbert Gruhl, alles andere als ein Kommunist. Da aber in Köln zur Kommunalwahl die Grünen und Bunte in einer gemeinsamen Liste sich dem Wähler stellen, muß der Bürger wissen, was er wählt, wenn er am 30.9.79 seine Stimme den Grünen gibt.“ (CDU-Info 6). Gruhl selbst scheint da ähnlich zu denken. So hat er nach einer anfänglichen Zusage an die Kölner Grünen, in Köln auf einer Veranstaltung der Grünen zu sprechen, einen Rückzieher gemacht.

„Die beste Initiative, die es je gab, ist die SPD“

Die SPD ist im Kölner Kommunalwahlkampf getreu der vom Vorsitzenden Brandt frühzeitig gegebenen Losung „wer grün wählt, wählt die Reaktion“ verfahren.

Mit dem Verweis auf den Wahlsieg von CDU-Stoltenberg in Schleswig-Holstein, wurde insbesondere von der SPD selbst Wahlkampf geführt. Ansonsten wurden die Juros analog des aus Bielefeld bekannten Strategie-Papiers der SPD zur Kommunalwahl in NRW eingesetzt. In poppige aufgemachten Flugblättern, mit denen sich die Juros speziell an die Initiativen, Schüler und jüngere Wähler heranzumachen wollten, wurde versucht, der in den Augen dieser Bevölkerungsteile unglaublichen SPD Stimmen zuzutreiben.

In Köln gab's dazu eigens eine Argumentationshilfe, die als Richtschnur für den Juro-Wahlkampf anzusehen ist. Darin heißt es u.a. „...es muß herausgestellt werden: Ansätze grüner Politik können am effektivsten nur über die Juros und die SPD durchgesetzt werden. ... weitere Angriffspunkte gegen die Bunte/Grüne Liste: die Bunte Liste ist in Köln nirgendwo verankert, sondern aufgepflöpft, ein Importartikel des Kommunistischen Bundes, der maolistischen „KPD“; aufgefüllt mit kleinbürgerlichen Karrieristen und desorientierten Ex-Sozialdemokraten...“ und weiter: „Jede Stimme für die Grünen ist genauso verloren wie eine Stimme für die KPD oder eine andere Splitterpartei... weil dies so ist, hilft letztlich jede Stimme für die Grünen der CDU. Ein solcher Schluß ist deshalb zulässig, weil durch die Stimmen der Bunte/Grüne... CDU. Ein solcher Schluß ist deshalb zulässig, weil durch die Stimmen der überzeugten Grünen an sich eine Politik im fortschrittlichen Sinne unterstützt werden sollte. Dies kann aber nur durch eine Stimmabgabe für die SPD und damit für die Jungsozialisten geschehen. Wer dieser Konsequenz nicht folgt, trägt letztlich durch die Stimmabgabe gegen die SPD die CDU.“

Mit dieser Art Einschätzung handelten sich die Juros selbst bei den ihnen nicht gerade abnehmend gegenüberstehenden „Machern“ des „Kölner Volksblattes“ herbe Kritik ein. Und in der Tat wurde der Wahlkampf seitens der Juros in einem Stil geführt, der z.B. in der Behandlung der ausgetretenen Porzer SPD-Mitglieder weit rechts vom offiziellen Partei-Kurs angesiedelt war und der vom Porzer SPD-Chief und Pressesprecher der SPD, Volkmar T. Schultz, einem bekannten Rechten innerhalb der Partei, anfänglich eingestimmt worden war.

Nach dem Austritt der 15 posunte Schultz, „...diese Austritte seien mit Sicherheit kein Verlust für die Partei.“ („Kölner Stadt-Anzeiger“, 23.5.79).

Knapp eine Woche später hatte die SPD Schultz zurückgepfiffen und erklärte, „...der SPD-Stadtbürovorstand bedauert diese Entscheidung (den Austritt der 15 SPDler), einmal weil die Partei damit u.a. Mitglieder verliert, die sich zum Teil aktiv für sozialdemokratische Politik einsetzen und diese Politik insbesondere Schülern und Lehrlingen näher gebracht haben. Zum anderen ist der Vorstand im Gegensatz zu den Ausgetretenen aber der Meinung, daß die von diesen vertretenen Positionen am besten in der SPD aufgehoben sind.“ („Kölner Rundschau“, 29.5.79).

Jetzt im Wahlkampf koffer der Juro-Vorstand – unabhängig von inhaltlichen Übereinstimmungen in ver-

schiedenen Fragen – „...flugs wurde ein mit seiner Partei unzufriedener Sozialdemokrat aufgetan, der prompt erklärte, die SPD habe das ... politische Klima in diesem Staat hoffnungslos vergiftet. Der gute Mann überzeugte dann noch 15 Mitgenossen von der Richtigkeit dieser Position, veranlaßte diese zum Austritt und wurde dafür umgehend mit dem Spitzenplatz auf der bunten Ratliste honoriert.“ („Deutlich“, Juro-Schülergruppen in der SPD).

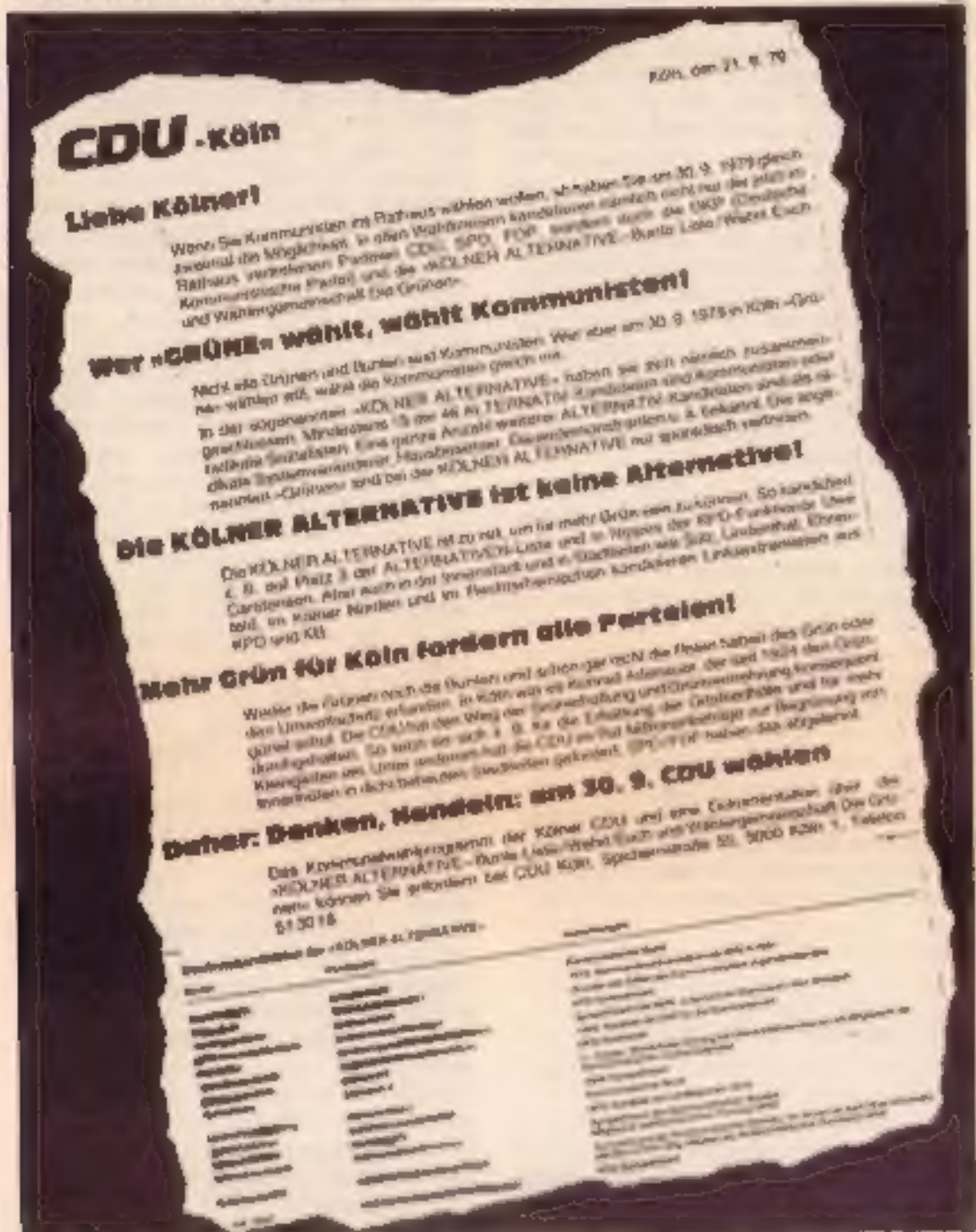
Das den Juros seitens der Kölner Alternative angebotene Podiumsgespräch wurde strikt abgelehnt, und, und, und...

Das Spiel, das die Juros hier getrieben haben, hat mit einer solidarischen Diskussion überhaupt nichts mehr zu tun, sondern entpuppt den ganzen Verein als Sprachrohr für „His Masters Voice“ und macht die Juro-Politik auch in den BI's total unglaubwürdig.

Andreas Henzler, Kölner Juro-Chief, schreibt beispielsweise in „Deutlich“ Nr. 4, „...die Mausekelen und Schieberlein bei der Kandidatenaufstellung des aus Maolisten, Grünen, Exsozialdemokraten und reaktionären Gruhl-Anhängern zusammengefügten Wahlvereins haben den wirklichen Umweltschützern und Bürger-

initiativen die Augen geöffnet. Sie wollen sich nicht länger vor den Karren eines von Grüppcheninteressen zerfressenen Machvereins einspannen lassen.“ (9/79). (Wahrscheinlich war dieser „keusche“ Juro noch nie auf einer SPD-Versammlung?)

Andererseits vereichte man jüngeren Wählern einzureden, „...die Jungsozialisten sind in der SPD ein wichtiger Machtfaktor, die sich in vielen Fragen in der Vergangenheit in ihrer Partei durchgesetzt haben. Als Beispiel möchte ich nur die Verkehrspolitik nennen, in der es uns gelungen ist, den größten Teil der Stadtautobahn zu verhindern, oder den Radkalekrisen.“ (stellvertretender Juro-Vorsitzender Almes, „Deutlich“ 9/79 – Gesperrt von uns, Red.). Die Stadtautobahn ist längst nicht vom Tisch, Radkalen-Erlaß bzw. Berufsverbote gegen Kölner Lehrer gibt es immer noch. Die Machtposition der Juros ist nicht nur Legende, sondern offenbar nur noch mit Lügen zu „erklären“. Ansonsten sind wir gespannt, wie die Juros die offenkundige Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und CDU in Sachen Bunte Liste aufgreifen werden. Ein eifriges Engagement in dieser Angelegenheit wäre wünschenswert.



Im April 1978 an Informationsständen in Köln eilt. Mitglied des Antifaschistischen Komitees NRW.

Die CDU hat hier in schamloser Offenheit über ein Flugblatt (1) demonstriert, daß sie über Informationen aus dem Ordnungsamt verfügt, die dem Datenschutz-Gesetz unterliegen.

Pikanter wird die Sache noch bei der Veröffentlichung, der Alternative-Kandidat sei Mitglied des Antifaschistischen Komitees NRW. Da es ein Komitee dieses Namens in NRW unseres Wissens nicht gibt, legt die CDU ganz schlicht, oder – und das erscheint uns wahrscheinlich – hat sie Kenntnis von einem Brief einer ähnlich lautenden Antifa-Kommission, von der der Betroffene in der Tat einmal angeschrieben worden ist und in dem eine Anschriftenliste mit seiner Adresse beigelegt war.

Da der Betroffene weder Mitglied noch jemals aktiv für diese Kommission geworden ist, hat er auch nie wieder einen Brief von dieser Kommission erhalten. Die von der CDU behauptete Mitgliedschaft des Alternativen-Kandidaten kann sich also nur auf diesen einen Brief stützen. Woher aber kennt die CDU den Brief, der außerdem nicht einmal mit einem äußerlichen Hinweis auf die Kommission versehen war? Mit der Behauptung, der Genannte sei gar nicht Mitglied dieser Kommission, wird auch deutlich, daß sie Kenntnis von dem Inhalt haben muß. Wie kann die CDU allerdings davon Kenntnis erhalten? Die CDU wird wohl kaum selbst Briefe abfangen und öffnen. Da ist ganz offensichtlich der Verfassungsschutz im Spiel.

Dieser Skandal wird hoffentlich Konsequenzen haben: seitens der Kölner Alternative und des betroffenen Kandidaten ist Anzeige wegen Verleumdung, Verdacht auf Verlet-

ten Liste/Wehr Euch wird gesagt, „...die neue Linke konnte bisher – bis auf wenige Ausnahmen im kommunalen Bereich – nicht in die Parlamente einziehen. Der souveräne Wähler verweigerte bei der Stimmabgabe den Sammelstempel-Sozialismus aller Schattierungen seine Wahlstimme... Seit den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft 1978 ist für jedermann erkennbar, daß die Kommunisten sich nicht mehr offen bei den Wahlen zu unseren Parlamenten dem Wähler stellen, sondern als „Alternative“ bzw. „Bunte Liste/Wehr Euch!“ dem Wähler präsentieren. So auch bei der Kommunalwahl am 30. September d.J. hier bei uns in Köln.“ (CDU-Info 6/12.9.79).

Abgesehen von den hier verbreiteten Halbwahrheiten ist der typische Stil der CDU ablesbar, jede politische Opposition, ganz gleich ob es sich um Teile der SPD oder radikaldemokratische Opposition im Stile der Bunte und alternativen Listen handelt, mit dem Vehikel des Antikommunismus wird allemal versucht, fortschrittliche Kräfte von der Bevölkerung zu isolieren. Allerdings sieht die CDU sich wohl durch den Zusammenschluß von „Grünen“ und Bunte erstmals damit konfrontiert, daß selbst bis in Teile ihres Wählerpotentials hinein die Berührungspunkte mit radikal-demokratischen Positionen leicht angeknackst sind.

Darin besteht u.a. auch der Wert z.B. des in Köln eingegangenen Grün/Bunte Wählerbündnisses, das vielen Menschen anschaulich vorführt, daß eine Zusammenarbeit von der GAZ über die AUD, GIU bis hin zu spontanen und kommunistischen Kräften immerhin möglich ist. Für die BRD ist das eine nicht uninteressante Entwicklung. Die CDU zielt mit ihrer Hetze diesmal gleichzeitig darauf ab, die antikommunisti-

Von unten nach oben

Schon wieder: 15 aktive Parteimitglieder treten aus der SPD aus

Betroffen sind die Ortsvereine 39 und 40 in Porz. Der gesamte Juro-Vorstand aus dem Ortsverein 39 ist unter den Ausgetretenen. Nach jahrelanger Sympathiearbeit als Juro-Vorsitzende, Juro-Vorstandsmitglieder, Ortsvereinsvorsitzende und Vorstandsmitglieder und Unterbezirksvorstandsmitglieder (letzteres vor der Eingemeindung) wollen sie ihre Kräfte nicht weiter im Parteigefache und -gerangel vertun, sondern dort politisch eingreifen, wo's brennt. Köln, den 8. 9. 1979

An den Unterbezirksvorstand der SPD Albertstr. 40 – 46 5000 Köln 1

Hiermit erklären die Unterzeichner der beigefügten Liste ihren sofortigen Austritt aus der SPD.

Aufgrund unserer langjährigen, aktiven Arbeit in der SPD sehen wir aus folgenden Gründen keine Möglichkeit mehr, innerhalb dieser total verkrusteten Parteibürokratie weiter politisch zu arbeiten. Immer deutlicher wird, daß es der SPD nur noch darum geht, im Rahmen des etablierten Systems und seines Staates die Macht auszuüben. (Inhaltlich) ist der SPD kein Raum für die allseitige Machtpolitik vorweg bestimmt. Die politische Realität tritt unter diesen Bedingungen nicht mit mehreren Konzeptionen der Politik gegenüber, sondern nur mit einer einzigen. Die politische Realität tritt unter diesen Bedingungen nicht mit mehreren Konzeptionen der Politik gegenüber, sondern nur mit einer einzigen. Die politische Realität tritt unter diesen Bedingungen nicht mit mehreren Konzeptionen der Politik gegenüber, sondern nur mit einer einzigen.

Zur Disziplinierung einzelner oppositioneller Genossen und Arbeitsgemeinschaften greift die Parteibürokratie in zunehmendem Maße zu etablierten Methoden: Parteiordnungsverfahren, Funktionsverbote, „ang.“ Einvernehmensregelungen etc. ... Dies erweist sich deshalb als verhängnisvoll, weil hierdurch jede Art von Theoriebildungsprozessen, Kritik und Selbstkritik unmöglich gemacht wird. Die Unterdrückung schöpferischen Denkens, der Initiative von unten, der Partizipation einzelner Mitglieder an der Meinungsbildung qualifiziert eine Partei ab, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihren Alleinververtretungsanspruch auf den „demokratischen“ Sozialismus erhebt.

Der Bündnis von wirtschaftlicher und politischer Macht, in das die SPD verflochten ist, erhält durch die ungeheuren Möglichkeiten moderner Technologie neue, erschreckende Dimensionen. Man denke nur an moderne Waffentechnik oder an chemische Industrie und Umweltvergiftung; zunehmend bewußt wird auch die Tragweite von Nachrichtentechnik und Mikroelektronik.

Weitere 15 Austritte aus der SPD-Porz!

Vor knapp drei Monaten sind aus der SPD-Porz schon einmal 15 Leute ausgetreten. Von ihnen arbeiten heute einige in der Bunte Liste/Wehr Euch in Köln mit.

Die SPD in Porz hat mit dem jüngsten Austritt kaum noch

Die SPD hat bisher keine wirksamen Schritte unternommen, um derart bedrohliche Technologien den Interessen einer humanen und demokratischen Gesellschaft unterzuordnen. Der Widerstand gegen die Parteipolitik gegen den Widerstand großer Teile der Partei auf die Kernenergie festgelegt, die mit Recht zum Begriff menschenfeindlicher Fortschrittshörigkeit geworden ist. Zu allen schon vorhandenen Zivilisationsgefahren und -gefahren wird uns eine Technologie zugemutet, die die unterschiedlichsten schwerwiegenden Risiken vereint: die Möglichkeit katastrophaler Unfälle; die Gefahr häufiger kleinerer Pannen und zwangsläufig zunehmender radioaktiver Verunreinigung von Luft, Wasser und Nahrung; ständig wachsende und unberechenbare Mengen extrem gefährlicher Radioisotope; die Möglichkeit des Mißbrauchs von Plutonium zur Bombenherstellung; erhöhte Krebsgefahr und Erbschäden für alle kommenden Generationen; und schließlich die Gewähr, daß dieser Industriezweig, wenn überhaupt, so nur mit den Mitteln eines totalitären Polizeistaats zu kontrollieren ist.

Die SPD beteiligt sich an der unerwarteten Verharmlosung und Verschleiierung dieser Risiken, ohne die Möglichkeiten der Energieeinsparung und der Entwicklung umweltfreundlicher Energiequellen auch nur ansatzweise auszuschöpfen. Wer es ablehnt, für einen derart fragwürdigen „Fortschritt“ Leben, Gesundheit und demokratische Freiheiten aufs Spiel zu setzen, wird, da es sich um existentielle Fragen handelt, zwangsläufig aus der SPD getrieben.

Innerhalb der SPD gibt es bei wichtigen Vorgängen keine demokratischen Entscheidungsprozesse von unten nach oben.

Innerhalb der SPD gibt es bei wichtigen Vorgängen keine demokratischen Entscheidungsprozesse von unten nach oben. Hierfür sind die Ursachen in der Institutionalisierung der Verfestigung bürokratischer Strukturen, der Einflußnahme von Verbänden und Verwaltung zu finden (z.B.: Museum Ludwig, Stollwerckskandal, Sanierung des Severinsviertels etc.). Diese Entwicklung wird von einem kleinen Kreis von Funktionären und Mandatsträgern gefördert. Dieser Kreis teilt die wesentlichen Positionen untereinander auf. Eine Führungsschicht bildet sich heraus – eine mehr oder weniger geschlossene Kaste. Eine Steigerung der Personalisierung und eine Verstärkung der unkontrollierten Autorität sind die Folge.

Wir verlangen weder Wunder noch Kritiklosigkeit an unseren Positionen von Seiten der SPD, denn wir wissen sehr genau, daß die Menschen ihre Gesellschaftssysteme, wie Marx sagt, unter bestimmten vorgefundenen Voraussetzungen machen und sie somit von heute auf morgen auch nicht ändern können. Die Konsequenz besteht für uns darin, Organisationsformen und Aktionsmodi zu finden, die die gesellschaftlichen Beziehungen von unten nach oben verstärken, Masseninitiativen zu schaffen und dadurch Konflikte in und mit der bestehenden Gesellschaftsordnung zu aktualisieren.

Im Auftrag
Ute Martensen



Nachrichten vom Widerstand



Das Wendland, Modellregion für den Atomstaat

Die Tiefbohrstelle 1003 gleicht inzwischen einer mittelalterlichen Festung.

Sie ist von einer 4 m hohen massiven Betonwand umgeben. Die zwischen Stahlträgern eingelassenen Betonsteile haben kleine, schließchar-tenähnliche Fenster. An jeder Mauerseite befindet sich eine Stahltür, die von außen nur über eine Leiter zu erreichen ist, sowie je 3 etwa 10 m hohe Wach- und Beleuchtungstürme.

Rings um die Festung zieht sich ein 2 m tiefer und 3 m breiter mit Stacheldrahtrollen ausgelegter Graben hin. Vor diesem Graben liegen erneut Stacheldrahtrollen.

Diese Burg liegt inmitten des 40.000 qm großen Geländes, das zur Sicherung der Bohrstelle abgeholzt und mit einem Jägerzaun abgesperrt wurde. Wachposten sollen dafür sorgen, daß kein Atomgegner näher als 50 m an die Festung herankommt. Am Haupteingang wimmelt es ständig von Bullen. Von ihnen wird jeder „Besucher“ – notfalls mit Teleobjektiv – fotografiert.

Die Wald- und Wanderwege in unmittelbarer Nähe der Bohrstelle dürfen nur noch von den Grünrücken betreten werden – sie führen auf die 3 – 4 im Wald versteckten Bullenlager.

Während die Bohrleistung mit rasanten Geschwindigkeiten aufgebaut wird, stellte der Oberkreisdirektor von Lüneburg-Dannenberg, Poggen-dorf, sein Gespür für den „Naturschutz“ unter Beweis: er ordnete die sofortige Beseitigung der „im Gartow-Forst errichteten illegalen Bauten“ an, da „diese Bauten nicht nur baugenehmigungspflichtig, sondern ihre Errichtung im Waldgebiet auch unzulässig“ sei („EJZ“, 19.9.).

„Brennholzgewinnung soll hier die Kleinschäufelung“ sei („EJZ“, 19.9.).

Beseitigt werden soll hier die kleine Blockhütte eines ökologisch orientierten Einsiedlers, sowie eine kleine Erdhöhle in der Nähe des BI-Spielplatzes.

Faschistische Hetze

Seit Beginn der Tiefbohrungen haben sich die Fronten im Landkreis scharf polarisiert.

Nach dem Scheitern des „Bürgerdialogs“ haben sich einige absolute Atomfans und besonders Verhetzte auf eine „Bürgerkriegspropaganda gegen „Gesetzesbrecher“ und auswärtige Atomgegner umgestellt.

Ein 16-jähriger wurde vorgeschickt, der den BGS dazu aufforderte, dem „Gammervolk eine anständige Tracht zu verpassen“, was bisher leider nur in Einzelfällen vorgekommen sei. Weiter heißt es in diesem Leserbrief: „Es ist doch sowieso schon eine Schande, daß unser Kreis von herumlungenden Demonstrationen bevölkert wird. Den größten Teil bilden ja die von auswärts kommenden Studenten, welche von ihrem Herrn Papa Geld bekommen, da dieser im guten Glauben lebt, daß sein Sohn artig studiert. Diese Atomgegner denken doch gar nicht im Traum daran, zu arbeiten, sondern toben sich hier, in unserem Kreis, an Lastwagenkonvois oder an den Polizeitruppen aus. Gäbe es lauter solche Menschen in unserem Volk, würde es nicht lange existieren können, oder es gäbe so einen Zustand, wie er in Indien herrscht, wo sowieso nicht viele an Arbeit denken.“ Gegen das Aushängen von Plakaten an Hauswänden helfe nur „ein hohes Strafmaß, sonst kriegen wir Zustände wie in Italien.“ („EJZ“, 15.9.79).

Andere vermutlich organisierte Zuschriften loben den „Mut“ dieses Schülers, der ausprobierte, „was die meisten vernünftigen Leute in unserem Kreisgebiet denken“. Ein von 13 Personen unterschriebener Leserbrief endet mit dem Aufruf: „Ordentliche Kreisbürger wehren den Anfeindungen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß dieser Schüler inzwischen auch vom Lüneburger Bürgermeister, von Lehrern

oder Schülern inzwischen auch vom Lüneburger Bürgermeister, von Lehrern seiner Schule etc. gelobt wurde. Mit von der Partie ist selbstverständlich die „Pro-BI. In einer Anzeige fordert sie alle Verantwortlichen auf: „Lassen Sie sich nicht von hippiehaften Aktionen beeindrucken. Nutzen Sie Pflichten und Rechte, die die Gesellschaft vor gewalttätigen Übergriffen Minderheiten zu schützen. Wer schützt uns vor Umweltverschmutzung?“ („EJZ“, 19.9.). Der Chef dieser sauberen BI, Udo Wotzka, ist Werkstättchefe bei der Celler Brunnengießerei, die wiederum mit der Durchführung der Flachbohrungen beauftragt wurde. Er ist bereits mehrfach gegen Blockadeteilnehmer vorgegangen („EJZ“, 21.9.).

Auch die Leitartikel des von Atomfans herausgegebenen Anzeigenblattes „Gartow-er Höfbeck-Rundschau“ kotzen sich gegen die „Räpel“, „Flegel“ und „Störenfriede“ aus. Sie fordern ein Verbot der Sommercamps (s. Ausgabe Nr. 27). Die größten Unverschämtheiten leistete sich Gert Neumann, der Sprecher der Presseausstellung der Bezirksregierung Lüneburg. Ihm zufolge sprühen sich Demonstranten das Chemical Mace selbst ins Gesicht, um die Bullen schlechtmachen zu können. „Die Polizei weiß, daß es zur Taktik kommunistisch orientierter Gruppierungen gehört, die als ein unmenschlich agierendes Machtinstrument der herrschenden Klasse zu verurteilen. Wie aber geht das anschaulicher, als zugleich die Opfer zu präsentieren?“ („EJZ“, 19.9.).

In die gleiche Kerbe haut das in sämtlichen Kneipen des Landkreises verbreitete Gerücht, jeder Demonstrant erhalte ein Tagelohn von 40,-, das bei Konfrontation mit der Polizei, Festnahme etc. auf 60,- erhöht werde!

In dem Ort Pannock bei Trebel wurden bereits erste Überlegungen laut, eine „Bürgerwehr“ gegen die „Störenfriede“ aufzubauen, bekannte BI-Mitglieder werden per Telefon anonym beschimpft. In der Nacht zum 15.9. wurde die Scheibe des BI-Büros mit einem großen Stein zertrümmert.

Die BI unter Distanzierungsdruck

Die BI bekennt sich trotz der Hetze weiterhin eindeutig zur Zusammenarbeit mit auswärtigen AKW-Gegnern und lehnt nach wie vor die Distanzierung von Widerstandsaktionen ab. Nachhaltig gestärkt wurde das Bündnis von auswärtigen und einheimischen AKW-Gegnern durch die Demonstration und Bauplatzbesetzung vom 15.9. (s. AK 162).

Um dieses Bündnis zu untergraben, baute die reaktionäre Presse einen im Grunde untergeordneten Konflikt auf, der sich an einer Spontaktion und einer distanzierenden Stellungnahme eines Landwirtes entzündet hatte. So erfindet die „Welt“ unter der Überschrift „Fast hilflos stehen die Bauern der Gewalt gegen-



Polizei- und BGS-Streitkraft geht gewalttätig gegen AKW-Gegner vor, die verzweifelt versuchen, das Abholzen der Waldflächen (auf denen zwischenzeitlich die Tiefbohrstellen errichtet wurden) zu verhindern.

über“ eine Prügelei zwischen friedlichen Demonstranten und „Chaoten“, letztere siegen. Im Kommentar der „Hannoverschen Allgemeinen“ hieß es: „Später bedankte sich der Sprecher der Polizei bei der Lüneburg-Dannenberg-Bürgerinitiative für den Versuch, die Demonstration in friedfertigen Bahnen zu halten. Der Sprecher wies jedoch darauf hin, daß es den Veranstaltern nicht gelungen sei, gewalttätige Aktionen auswärtiger AKW-Gegner zu unterbinden. Nach Auffassung der Polizei ist es angebracht, daß die BI einen deutlichen Trennungsschnitt zu radikalen Gruppen zieht.“ („HAZ“ v. 17.9.)

In einer Stellungnahme der SPD-Kreistagsfraktion wird einerseits den Besatzungstruppen „Dank und Anerkennung“ gezollt. Andererseits heißt es dort: „Mit großer Sorge hat die Kreistagsfraktion der SPD leider zur Kenntnis nehmen müssen, daß Vertreter der Bürgerinitiative Umwelt-schutz sich nicht eindeutig von Gewaltanwendungen distanzieren und bereit sind, für ihre Maßnahmen zur Behinderung der Tiefbohrungen bestraft zu werden. Solange die Bürgerinitiative nicht auf illegale Handlungen verzichtet und sich nicht eindeutig von ihnen löst, gibt es für uns kein Verständnis für die (...). Wir fordern den Vorstand der Bürgerinitiative auf, sich umgehend zu den Vorfällen klar zu äußern und in Zukunft auf jede Art von Kriminalität, Demagogie und Verunglimpfung (!) zu verzichten.“ („EJZ“ v. 20.9.).

Der Innenausschuß des Landtages würde es ebenfalls begrüßen, „wenn sich friedliche Demonstrationsgruppen und Bürgerinitiativen deutlich von gewalttätigen Kräften abgrenzen würden.“ („EJZ“, 22.9.) und CDU-MdL Grill fragte die BI und die „Grünen“, „ob sie sich mit der Gewalt, die sich in Gorleben abzeichne, identifizieren.“ („EJZ“, 17.9.). Auch die Kirche hat die BI wiederholt, Gewalt zu vermeiden. Ähnlich äußern sich konservative AKW-Gegner aus dem Landkreis in Leserbriefen. Es ist der BI hoch anzuzurechnen, daß sie sich dem massiven Druck dieser Kräfte bisher nicht gebeugt hat.

Die Umstellung von einer im Landkreis als „serios“ anerkannten Bürgerinitiative, für die die SPD „Verständnis“ aufbringt, zur „kriminellen“ BI läuft nicht ohne interne Widersprüche und mühsamer Überzeugungsarbeit durch die linken Kräfte innerhalb der BI ab.

Vielfältiger Widerstand

Nach wie vor besteht im Gegenditz das Camp auswärtiger AKW-Gegner mit wochentags ca. 30 Teilnehmern. Die Camp-Bewohner beobachten die

Baustelle, bereiten ein Winterlager mit Bauwagen vor, leisten Öffentlichkeitsarbeit etc. Als derzeitige Hauptaufgabe betrachten sie die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Campers, Auswärtigen, BI und Bauern.

Die Serie kleiner, öffentlichkeitswirksamer Aktionen hat bis heute nicht abgerissen: Zur Bekämpfung von Vorurteilen ließen sich 5 Freaks mitten auf dem Marktplatz die Haare schneiden, 40 Leute trugen in Lüneburg weißgeschminkt, verkleidet, mit Fackeln und Klagebittern „Freiheit, Frieden und Gesundheit“ zu Grabe; trotz großer Repression organisierten 10-Klässler des Lüneburger Gymnasiums einen Protestmarsch zur Polizeieinsatzinspektion. Zur Entlarvung der Hetzkampagnen werden BI'ler öffentlich die „Demonstrationsgelder“ auszahlen. Eine mehrstündige

Aktion haben die „Gorleben-Frauen“ zum Erntedankfest (30.9.) auf dem Dannenberger Marktplatz in Zusammenarbeit mit Pastoren, Ärztinnen usw. vorbereitet.

Wenn am 6.10. Albrecht aus Anlaß des Niedersachsentages in den Landkreis kommt (Lüneburg, 9.30 Uhr), soll ihm ein gebührender Empfang bereitet werden. Auch Landwirte werden aus diesem Anlaß Aktionen vorbereiten.

Gegen Atomstaat, Hetze und Spaltungsversuche wehren sich täglich die Bürger in Form von Leserbriefen. Nachahmenswert ist die Aktion Kölner AKW-Gegner: sie sammelten für eine Protest-Anzeige gegen die Tiefbohrungen in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung“ über 300 Unterschriften aus dem Kölner Raum.

Ein Genosse aus Lüneburg

Bundestreffen der AKW-Gegner am 22./23.9. in Bochum

Bund 500 AKW-Gegner aus dem ganzen Bundesgebiet waren zum gemeinsamen Bundestreffen in Bochum am 22./23.9. gekommen, um vor allem darüber zu beraten, ob am 14.10. die vorbereitete Bonn-Demonstration oder – wie ursprünglich auf der Göttinger Konferenz beschlossen – nach dem Tiefbohrungsbeginn erst einmal eine Großaktion in Gorleben durchgeführt werden soll. Mit großer Mehrheit setzte sich schließlich durch, zum 14.10. nach Bonn aufzurufen und über die weiteren Aktionen im Landkreis am 7.10. in Trebel weiterzubereiten. War für Bonn entscheidend, daß angesichts der angelaufenen Vorbereitung die Chance besteht, dort in einer ähnlich mächtigen Aktion wie in Hannover den Protest gegen das gesamte Atomprogramm zu demonstrieren (120 Organisationen haben den Aufruf bereits unterzeichnet), so mischten sich auch Stimmen darüber, die mehr oder weniger gegen Aktionen im Landkreis eingestellt sind. So „vergaß“ der BBU in seiner Stellungnahme (abgedruckt in der „Jaz“ vom 20.9.) schlicht, wie der Protest gegen die WAA im Landkreis weiterorganisiert werden soll. Stattdessen behauptet der BBU schlicht, die BI-Lüneburg-Dannenberg wolle nach Bonn. Reichlich frech traten auch DKPler (als BI-Mitglieder) auf dem Treffer für Bonn auf, obwohl die DKP bisher nicht einmal den zentralen Aufruf für Bonn unterstützt. Teilweise argumentierten sie provokatorisch – wie etwa die BBU-Pinneberg in ihrer Stellungnahme – eine Demonstration in Gorleben würde „eher zu Eskalationen und Aus-

scherungen führen“. Auch viele andere vorgelegte Argumente für Bonn waren nicht gerade stichend. Bonn liege „zentraler“, nach Bonn kämen auch gewerkschaftliche Kreise etc., einige forderten sogar die gesamte Diskussion auf die Mobilisierung für die Bonner Demo zu beschränken. Auf der Gegenseite standen Argumente der Hamburger Autonomen und einiger ihrer Anhänger (aus NRW und Göttingen), die die Bonner Demonstration ersatzlos zugunsten des „praktischen Widerstands“ vor Ort streichen wollten. Im Namen des Hamburger Autonomen Plenums wurde sogar verkündigt, daß man trotz des Bonn-Beschlusses zwischen dem 14. und 28. Oktober auf eigene Faust eine Demonstration in Gorleben organisieren wolle. Wir sind dafür eingetreten, trotz der bestehenden Planung zu Bonn über eine Großaktion in Gorleben zu beraten. Eine Reihe von BI's wie die BBU Hamburg, die WGA etc. hatte Beschlüsse für die Verschiebung der Bonner Demonstration gefaßt.

Angesichts einer teilweise schädlich gestellten Alternative zwischen Bonn oder Gorleben muß es als Erfolg gewertet werden, daß sowohl die Bonner Demonstration gemeinsam getragen wird, als auch parallel insbesondere durch die BI-Lüneburg-Dannenberg eine Reihe interessanter Vorschläge zur Organisation des Widerstands gegen den schleichen Bau-beginn der WAA im Landkreis gemacht wurden.

AKW-Nein-Kommission

Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Hamburg Boehringer

Obwohl in der letzten Woche bekannt geworden war, daß Boehringer-man muß schon sagen mutwag Benzolgas in ruhen Mengen in die Luft gepustet hat, erklärte ausge-rechnet aus der Senat, daß die Firma weiter produzieren darf.

Benzol gehört zu den stärksten krebserregenden Stoffen und ist Aus-gangsprodukt für die Produktion der Pflanzenschutzmittel, die Boehringer herstellt.

Offenbar wurde das anfallende Benzol bisher kaum zurückgehalten, da erst vor einer Woche versuchsweise eine „Abluft-Nachverbrennungsan-lage“ in Betrieb genommen worden war. Ancheinend hat die Firmen-leitung diese in hektischer Eile noch errichten lassen nachdem ihre HCH Abgaben aufgeflogen waren und ihre Benzol Abgaben irgendwann auch rauskommen würden. Nun hat der Senat, man höre und staune, Boehringer statt der endgültigen Stilllegung nur eine „verschärfte“ weitere Pro-duktionsgenehmigung erteilt. Offen-sichtlich soll hier keinesfalls mit „alten Traditionen“ gebrochen werden. Aus gewöhnlich gut informierten Kreisen ist zu hören, daß Boehringer auf alle Fälle weiterproduzieren kann da der überwiegende Teil der Ham-burger Pflanzenschutzmittel-Produktion ins Ausland exportiert wird, wodurch Boehringer die höchste Gewerbesteuer in ganz Hamburg zahlt! Drum hat Kloss auch so ein „Herz“ für diese Firma.

Murg (Waldshut) Seit einigen Tagen kam es in der Nähe einer Stahlfabrik zu merk-würdigen Unfällen. Zwei in der Nähe wohnende Frauen stiegen plötzlich unter starker Übelkeit, Atembeschwer-den und Kopfschmerzen. Trotz Gas-maske und Schutzkleidung erging es den Arbeitern in einer Versuchs-schmelze ähnlich. Schließlich wurden auch noch Blätter und Nadeln von Häumen, die in der Nähe der Fabrik stehen braun und faden ab. Schließlich legten die Arbeiter in der Versuchs-schmelze die Arbeit nie-der und wollten Aufklärung über ei-nen mysteriösen Stoff, der seit einiger Zeit offenbar als Ausgangsprodukt für die Schmelze angeliefert wurde. In riesigen Containern mit Toten-kopf kam das Zeug an und niemand

außer der Werksleitung, wußte, was es war. Diese gab schließlich bekannt, daß es sich „nur“ um ein Abfallprodukt aus Raffinerie handele, was in der Schmelze unter Förderung des Bun-desforschungsministeriums versucht würde wieder zu verwerten. Bald mel-dete sich auch der Betriebsrat zu Wort, leider ganz im Sinne einer Pro-pagandaabteilung der Geschäftslei-tung, und verkündete, daß bei neu-tralen Messungen, sicherlich keinerlei Überschreitungen der gesetzlichen Werte festgestellt würden. Außerdem stünden hier schließlich 850 Ar-beitsplätze auf dem Spiel!

Doch trotz dieser Gewißheit legte die Werksleitung die Versuchsschmel-ze erst einmal still. Anscheinend set-zen die Verarbeitung des Raffinerie-mülls enorme Mengen Schwefeldioxyd frei, wie erste Untersuchungen erga-ben.

USA

Mehrere hunderttausend Anti-AKW-Gegner demonstrierten in zahlreichen größeren Städten der USA gegen die Atomenergie. Allein 200 000 in New York zeigten, daß in den USA nach Harrisburg die Bewegung „an Breite zunimmt. Jane Fonda zog einen Vergleich zwischen der Be-wegung gegen den Vietnamkrieg und der Anti-AKW Bewegung. Beide hät-ten sich ausgehend von einer unbe-deutenden Minderheit zu einer brei-ten Massenbewegung entwickelt („FR“ und taz, 25.9.79).

USA

9 Kilo Uran verschwunden Die US Atomüberwachungsbehörde ließ am Dienstag letzter Woche kur-zerhand eine Fabrik schließen, die offiziell Brennstäbe für AKWs her-stellt. Mindestens 9 Kilo wahr-scheinlich aber wesentlich mehr Uran sind spurlos verschwunden. Ein Sprecher der Firma wollte nicht verraten, wieviel es genau war, doch wurde bekannt, daß es sich um hochangereichertes Uran handelt, von dem bekanntlich diese Menge für den Bau einer Atombombe aus-reicht. Insgesamt hatte die Firma die Genehmigung, 4250 Kilo angereich-tes Uran zu besitzen! Da in herkömm-lichen Atomreaktoren nur schwach angereichertes Uran verwandt wird, fragt man sich natürlich, wozu

das Verschwundene gut gewesen sein soll. In geringen Mengen wird es für Versuchsreaktoren verwandt, in grö-ßeren Mengen für militärische Re-aktoren zur Erzeugung von bomben-reinem Plutonium. Doch es ist na-türlich auch direkt zum Bomben-bau tauglich.

USA

San Francisco zu Versuchszweck-ken mit einer kleinen B-Waffe ver-seucht!

Wie jetzt erst bekanntgeworden ist, hat die US-Armee 1950 die Bucht von San Francisco im Rahmen eines Manövers mit Bakterien besprüht. Von einem Schiff aus wurde mit Hilfe von Aerosolverstäubern ein Gas ver-sprüht, das zwei krankheitsverregernde Bakterien enthielt. Die Wolke trieb über die gesamte Stadt, damals 800 000 Einwohner, und verur-sachte dort eine „ungewöhnlich hohe Zahl von sehr seltenen Lungen-entzündungen, an denen zahlreiche Menschen starben. In den Kranken-häusern konnten die Ärzte sich da-mals den Ausbruch dieser Krankheit überhaupt nicht erklären. Erst jetzt kam durch Schadenersatzklagen von Angehörigen der Verstorbenen Licht an diese „Seuche“. Ebenfalls wurde in der letzten Woche bekannt, daß die US-Armee auch chemische Waf-fen in großem Stil an Soldaten er-probiert hat. Zwischen 1960 und 1969 sollen insgesamt 362 Personen an Ver-suchen mit einer chemischen Waffe als „BZ“ bezeichnet wird, teil-genommen haben. Hierbei handelt es sich um ein Nervengas, das zehn bis hundertmal stärker wirkt, als die Droge LSD. Die Versuchspersonen be-kamen Krämpfe in den Beinen, Übel-keit, konnten nicht mehr klar sehen und mußten sich erbrechen. Heute haben sie mit den Spätfolgen zu kämpfen.

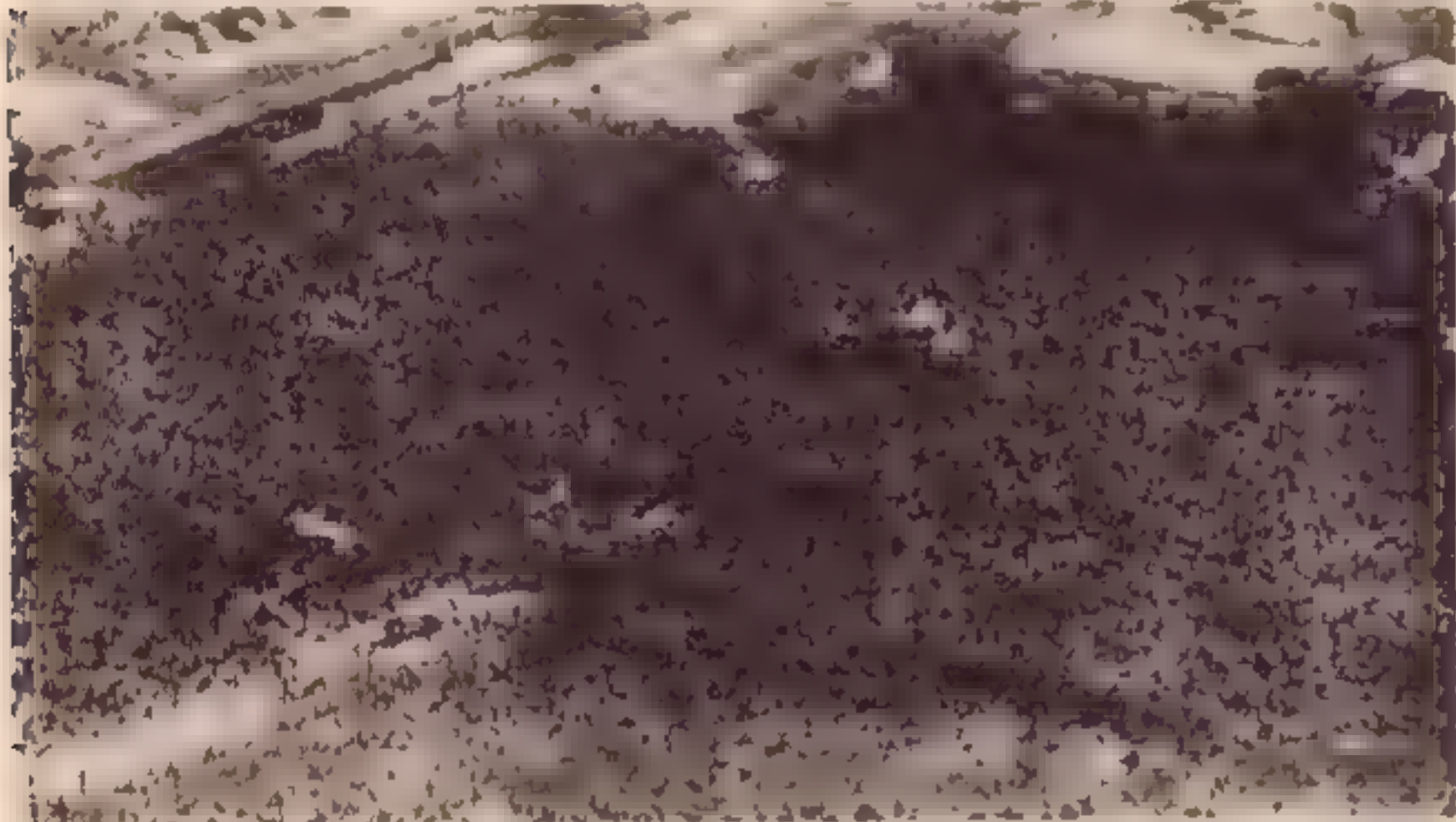
Bei den Atom-bombenversuchen in den Jahren von 1963 waren US Sol-daten zu „Mutproben“ gezwungen worden, um dem Atom-bombenex-plorieren aus nächster Nähe zu er-suchen. Doch auch hier wurden nicht nur die Soldaten sondern auch die in der Umgebung wohnende Bevölke-rung skrupellos als Versuchskaninchen benutzt (s. a. das Buch „Harris-burg war nur der Anfang“).

AKW-Nein-Kommission

In riesigen Containern mit Toten-kopf kam das Zeug an und niemand

angereichertes Uran verwandt wird, fragt man sich natürlich, wozu

AKW-Nein-Kommission



Hier in New York demonstrierten 200 000 AKW-Gegner

8 Monate Knast für einige Scherben!

In Frankfurt wurde am 17.9. gegen zwei AKW-Gegner verhandelt, die am 4. April nach dem Harrisburg-Unfall an einer Demonstration teilgenom-men hatten. Der Demonstrationszug kam damals auf seinem Weg bei einer in Frankfurt ansässigen Uran-Gesell-schaft vorbei. Dabei gingen einige Scherben zu Bruch, wobei die zwei verhaftet wurden. Die Anklagen lau-ten in einem Fall auf schweren Landfriedensbruch, im anderen auf Verstoß gegen das Versammlungs-gesetz. Letzterer wurde freigesprochen. Wolfgang, der mit einer Zuhilfenahme beim Scheitern beobachtet worden sein soll, bekam hingegen acht Monate ohne Bewährung, ob-wohl gegen den einzigen Belastungs-zeugen (BuLo) drei Zeugnisaussagen

standen, darunter ein Demo-Ordner, der ihn entlastete. Aus der Ur-teilsbegründung geht klar hervor, daß das Urteil abschrecken soll und daß nicht die eigentliche Tat bestraft wird. Eine weitere Begründung ist Wolfgang „unbeeindrucktes“ Auf-treten vor Gericht, das eine Bereit-schaft zur Wiederholung zeige. Denk-normalerweise hatte es bei einem sol-chen Tatbestand gegen einen Nicht-vorbestraften in jedem Fall die Mög-lichkeit zur Bewährung gegeben. Falls jemand Wolfgang schreiben möchte, hier seine Adresse: Wolfgang Biener, Friedberger Landstraße 7, 6000 Frankfurt 1.

AKW-Nein-Kommission

Brokdorf: Weiterbau droht!

Das Schleswig-Holsteinische Verwal-tungsgericht will vom 1.5.10.79 in Schleswig einen Termin im Haupt-sacheverfahren über die Rechtmäßig-keit der 1. Teilerrichtungsgenehmigung für Brokdorf durchführen. Die Voraussetzungen, die beim Baustop-urteil als Bedingung gefordert wur-den, sind nämlich jetzt erfüllt. Bau von mehreren Zwischenlagern, Tief-bohrung im Gölbeben. Das heißt also: daß in Brokdorf vielleicht schon im Oktober weitergebaut werden darf! Deshalb wird nun diesem Prozeß große Beachtung schenken müssen.

Bauern gegen Daimler-Benz

„Die Teststrecke steht nicht in Boxberg, sondern in den Sternen!“



Ein bunter Haufen rebellischer Bauern besetzte am 23. September den Seehof im fränkischen Boxberg. In Kleidern aus der Zeit der Bauernkrie-ge, bewaffnet mit Spießen und Heu-gabeln besetzten sie symbolisch den Hof, der von Daimler-Benz aufgekauft wurde, um hier eine riesige Test-strecke von fünf Kilometern Länge und 1,5 Kilometern Breite zu bauen, die damit nicht nur die Landschaft zerstört, sondern auch die Existenz vieler Bauernhöfe aufs Spiel setzen würde (vergl. AK 152).

Seit dem 13. Mai 1979, dem Tag, an dem die erste Demonstration gegen die Daimler-Benz-Teststrecke statt-fand, weht eine Bundschuh-Fahne auf den Aussiedlerhöfen der Familien Hahn und Hofmann, deren Höfe mitten im geplanten Teststrecken-ge-lände liegen. Diese Fahne ist Zeichen des Widerstandes der Bundschuh-Ge-nossenschaft, die durch die Besetzung des Seehofes und den Aufbau einer historischen Wagenburg demonstrieren wollte, daß keiner der Bundschuh-Bauern bereit ist, Gelände freiwillig zu verkaufen. Auf dem Hintergrund der im Herbst und Winter anstehenden Prozesse und Verfahren machte die Veranstaltung deutlich, wie stark der Widerstand inzwischen ist und daß der Bundschuh-„Haufen“ immer grö-ßer wird.

finden sich im Besitz von Bundschuh-Bauern, der Rest im Besitz von eher Verkaufswilligen, die jedoch mit der Teststrecke auch nicht einverstanden sind. Die Genossenschaft brachte bis-her 100.000 DM auf, die Anteile teilen sich bisher 600 Gegner der Projekt, darunter auch viele Freunde aus der ganzen Bundesrepublik.

Daimler-Benz versucht natürlich, den Widerstand zu spalten. Den bei-den Aussiedlerfamilien wurde ein neuer Hof angeboten und zusätzlich immer höhere Summen: erst 100 000 DM, dann 200.000 DM und jetzt 250 bis 300 000 DM. Doch sie versicherten den Demonstranten, daß sie unter keinen Umständen verkaufen wollen.

Die Bundschuh-Aktivisten wollen ihren Kampf in den nächsten Mona-ten auch gegen eine angekündigte Flur-be-reinigung weiterführen. Auf einem Flugblatt schreiben sie: „Für die meisten Landwirte ist die Flurbereinigung, was für die alten Ägypter die Heuschreckenplage war ... Am Ende sind sie armer, haben Schulden und weniger Land. Das ist keine Flurbereinigung, sondern eine Enteignung durch die Hintertür“. Schon jetzt wurde eine Pipeline von Heilbronn zum NATO-Tanklager am Rande der geplanten Teststrecke gebaut (die Bauern vermuten eine militärische

70

Bundschuh
Wagenburg gegen die Teststrecke

Sonntag, 23. September 1979

Belagerung durch Bauernkriegshaufen, Frank, Bauernlieder, Festscheuer, Essen, Getränke, Infos

Beginn: 11 Uhr
Aussiedlerhöfe zw. Bobstadt u. Windischbuch im Testgelände

Bundschuh

Etwa 1.000 Freunde der Bauern nahmen an der Belagerung teil, darun-ter auch Mitglieder der Daimler-Benz-Belegschaft aus Stuttgart. Die histori-schen Kostüme stellte die badische Landesbühne aus Bruchsal zur Verfü-gung. An Ständen wurde Apfel- und Zwetschenkuchen sowie biodynamisches Gemüse und Brot verkauft. Auf Transparenten verkündeten die Bauern: „Die Teststrecke steht nicht in Boxberg, sondern in den Sternen“ und „Im Daimler-Vorstand dampft's und kracht's, die Einigkeit des Bund-schuh macht's“.

Im Januar hatten die Bauern die Genossenschaft mit dem Ziel gegrün-det, weitere Landverkäufe an den Stuttgarter Konzern zu verhindern. Um seine Teststrecke realisieren zu können, fehlen ihm noch etwa 200 von 620 Hektar Land, 150 Hektar be-

Nutzung der Versuchsstrecke als Flug-hafen) — rücksichtslos durch die noch nicht einmal abgeernteten Felder.

Die Daimler-Benz-Konzernchefs ziehen alle Register, um die Test-strecke zu rechtfertigen: „Messungen und Tests sind notwendig nicht nur für den Profit, sondern auch für 135.000 Arbeitsplätze ... Wir können kein Auto mehr exportieren, wenn wir die Umweltschutzgesetze wie in den USA nicht berücksichtigen“ („Frank-furter Rundschau“, 25.9.79). Die Teststrecken-Befürworter belassen es nicht nur bei der bekannten Argu-mentation. Unbekannte Täter stellten am Tag der Hofbesetzung Umlei-tungsschilder auf, um auswärtige Be-sucher in die Irre zu führen. Doch bei der Breite des Protestes war es kein Wunder, daß diese Schuldner bald wieder verschwunden waren.



Rock gegen Rechts in Hannover

Etwas 1500 vorwiegend jugendliche Rockfans kamen am 22.9. zum Rock gegen Rechts (RGR)-Konzert in der Niedersachsenhalle mit den hannoverschen Gruppen Murphy, Bastard, Spillies, Delight, Megaphon, Grace, Reverence und Quick-Nick-Band. Noch am Vortag betonte die CDU, die Rock-Gruppen wüßten gar nicht, vor welchen „DKP-Karren“ sie da gespannt werden („NP“, 21.9.). Die Musiker erklärten jedoch gegenüber der Presse, daß sie sich lange damit auseinandergesetzt und das Geschehen schließlich wesentlich mitbestimmen hätten.

Von Anfang an hatten die Musiker bewußt die Einigungsbestrebungen des RGR-Bündnisses mit dem „Salvador Allende-Club“ (SDAJ-dominiert) massiv unterstützt, sodaß erstmalig in Hannover friedlich nebeneinander SDAJ, VVN- und Frauen-, Schwulen-, KB- und Rock gegen Rechts-Bündnis-Stände bei der Veranstaltung stehen konnten. Abgesprochen wurde außerdem, daß das Geschehen auf der Bühne von den Musikern allein bestimmt wurde. Die einzigen Ankündigungen (außer dem gemeinsamen Beitrag), auf die sich die Musiker einließen, riefen zur Bonner Demonstration und zu einem Rock-Konzert am 6. Oktober in der Glocksee auf. Zwischen durch finden noch zwei Antifaschistische Aktionswochen (22.9. - 6.10.) statt.

Antifa-Kommission Hannover vor

...

Rundfunkkonzert der Jungen

Bundeskongress der „Jungen Nationaldemokraten“

Am 22./23.9. fand in Weinheim der Bundeskongress der NPD-Jugendorganisation JN statt. Wie seit Jahren in Weinheim üblich, bekamen die Jungnazis auch diesmal städtische Räume zur Verfügung gestellt. Oberbürgermeister Theo Gieselmann und die Stadtverwaltung betreiben in Weinheim offen Kumpans mit den Neonazis, insbesondere mit dem NPD-Stadtrat und Oberstudienrat Günter Deckert. Deckert zeigte sich denn auch auf der letzten Sitzung des Gemeinderates erfreut über die Tatsache, daß der OB und die Stadtverwaltung den Termin für den Kongress über ein Jahr geheimlich hatten. Die Nazis hatten den Saal für ihren Kongress bereits im August 78 angemietet und um Geheimhaltung gebeten. So wurde der Termin erst eine Woche vor dem 22.9. der Öffentlichkeit bekannt. Der Stadtjugendring, der DGB, die SPD-Fraktion im Gemeinderat sowie der Antifaschistische Arbeitskreis riefen daraufhin zu Gegenaktionen auf.

Leider waren außer dem Antifa-AK, Teilen des Stadtjugendrings und auswärtigen Antifa-Gruppen niemand bereit, den Jungnazis schon am Samstagmorgen entgegenzutreten. Die Nazis hatten für Samstag eine Demonstration und eine Kundgebung angemeldet. Eine Gegendemonstration wurde verboten.

So versammelten sich am Samstagmorgen nur etwa 80 Antifaschisten in der Weinheimer Fußgängerzone, um mit Infoständen gegen den Nazi-Aufmarsch zu protestieren. Die Demonstration der JN führte ebenfalls durch diese Fußgängerzone. Um die Infostände zu sichern, wurde eine Kette

gebildet, als die Nazis im Sicht kamen. Die Jungnazis, etwa 80, wurden von 100 Bullen flankiert. Diese verhielten sich passiv, als eine etwa 10-köpfige Gruppe von Jungnazis losstürzte, um wie wild auf die umstehenden Antifaschisten einzuprügeln. Beherzten Antifaschisten gelang es, die Nazis zurückzudrängen. Ein Antifaschist blieb schwer verletzt liegen und mußte mit dem Krankenwagen abgeholt werden. Er liegt seither im Krankenhaus.

An der antifaschistischen Demonstration am Nachmittag beteiligten sich ca. 300 Menschen. Auf der anschließenden Kundgebung sprachen Vertreter des Stadtjugendrings, des türkischen Arbeitervereins, der IG-Druck, der Jungsozialisten und des Antifa-Arbeitskreises Weinheim.

Roger, KB-Sympathisanten
Mannheim

...

„Harting-Bande“ und NPD-Major in Hagen

Mit einer Kundgebung in der Hagener Innenstadt wartete die NPD/JN NRW („Harting-Bande“) am 8. September auf. Als Redner traten der NPD-Landesvorsitzende und Bundeswehrmajor Lindner, sowie Heinrich Gerlach, JN-Landesvorsitzender und Einspeischer auf zahlreichen Kundgebungen der „Harting-Bande“, an.

Den Nazis stellten sich ca. 150 Antifaschisten entgegen, die im Anschluß an die NPD-Kundgebung sich noch zu einem spontanen Demonstrationszug durch die Hagener Innenstadt formierten. Hierbei kam es zu Übergriffen seitens der Polizei, die auch mehrere Festnahmen vornahm.

Am Nachmittag desselben Tages mehrere Festnahmen vornahm.

Am Nachmittag desselben Tages demonstrierten noch einmal ca. 80 Antifaschisten zum „Gasthaus Ratschke“, wo sich die Faschisten zu einer Veranstaltung trafen. Das Auftreten der „Harting-Bande“ in Hagen war begleitet von antisemitischen Schmierereien. Hiervon wurde u.a. die Bildungstätte der „Fakten“ in Mitgliedschaft gezogen. („Neue“, 14.9.) Beim Hagener SDAJ-Zentrum zertrümmerten Nazis bereits viermal die Schaufensterscheibe. Es blieb jedoch nicht nur bei Angriffen auf Gebäude und Linke Einrichtungen. Im Hagener Stadtteil Altenhagen wurden DKPler beim Abtragen von Plakaten zur Bonner Abrüstungsdemonstration von Nazi-Schlägern überfallen („Neue“, 14.9.).

Antifa Kommission NRW

Antifaschisten aufgepaßt!

Am 8. und 9. Dezember soll in Ketsch bei Mannheim (15 km) der Bundesparteitag der NPD stattfinden. Die NPD hat dazu bereits die städtische Rheinhalle in Ketsch angemietet. Der Gemeinderat wurde um Diskretion gebeten, damit die Nazis in aller Ruhe lagern können.

Die Antifaschistische Initiative Mannheim/Ludwigshafen lädt zur rechtzeitigen Koordinierung von Gegenmaßnahmen zu einem Landestreffen für alle Antifa-Initiativen ein. Selbstverständlich

begrüßen wir auch die Teilnahme von Initiativen aus anderen Bundesländern.

Das Landestreffen soll am Samstag, dem 27. Oktober, in Mannheim stattfinden. Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben. Kontaktadresse zwecks näherer Information:

Der andere Buchladen,
c/o Antifa-Initiative Ma/Lu,
6800 Mannheim 1, M2,6

Antifaschistische Initiative
Mannheim/Ludwigshafen

Tübingen: Neonazis stören Antikriegstag-Veranstaltung des DGB

Eine erneute freche Provokation leistete sich am Freitagabend, dem 21.9., die rechtsradikale Tübinger Hochschulgruppe HTS. Ihr Vorsitzender Heinzmann führte durch seine rassistische und antidemokratische Einstellung spätestens seit seiner Zusammenarbeit mit der Wehrsportgruppe Hoffmann anlässlich einer Soldatenerwerbsveranstaltung für Südafrika auch außerhalb Tübingens bekannt sein.

Heinzmann, schon durch eine ganze Reihe von spektakulären Schlägereien hervorgetreten, verfügt übrigens nicht nur über beste Kontakte zur Wehrsportgruppe Hoffmann, sondern ist auch der Grauzone um Franz Josef Strauß zuzurechnen: Schon 1976 fungierte er als baden-württembergischer Schriftführer der Strauß-Hilfsgruppe „Aktion Vierte Partei“ und Aktivist eines ominösen „CSU-Kreisverband Tübingen“.

Auf die von DGB, Bund der Antifaschisten und Naturfreunde-Verband in der Reutlinger List-Halle durchgeführte Veranstaltung am 21.

9. waren gut 500 Leute gekommen. Schon wenige Minuten, nachdem Leonhard Mahlein (IG Druck und Papier-Bundvorsitzender) als Hauptredner des Abends auf der Bühne stand, betrat Heinzmann und 10-15 seiner Leute „in der für Neonazisten typischen Uniform: schwarze Lederjacke und Lederstiefel“ („SWP“, 24.9.) den Saal und störten Mahleins Rede anhaltend durch laute Zwischenrufe.

Als Heinzmann trotz Aufforderung durch einen Gewerkschaftsfunktionär den Saal nicht verließ, wurde er von Kundgebungsteilnehmern hinausgedrängt. Kurze Zeit später zogen Heinzmann und seine Bande jedoch unter dem Schutz der vom Bläserorchester herbeigerufenen Polizei vor einem empörten Publikum wieder in den Saal.

Formalistisch war er im Recht, war er doch bisher vom Versammlungsleiter selbst nicht ausgeschlossen.

Aber auch nachdem der Ausschluß vom DGB Kreisvorsitzenden

ausgesprochen war, und die Polizei den HTS mehrmals über Mikrofon aufforderte, den Saal zu verlassen, blieb Heinzmann im Gegensatz zu seinen Begleitern im Saal sitzen und mußte von der Polizei hinausgetragen werden.

Heinzmann und sein Haufen haben laut Sudwestpresse verschiedene Strafanzeigen angekündigt. Gegenüber Versammlungsteilnehmern wegen Körperverletzung, aber auch wegen Freiheitsberaubung und Rechtsbeugung im Amt wegen seiner kurzfristigen Festnahme.

DGB-Sprecher äußerten „bestürzt und empört“, einmal in Baden-Württemberg und der BRD sei es in einer großen DGB-Veranstaltung zu solchen Zwischenfällen gekommen.

Wer jetzt glaubt, auf diese Provokationen würde eine prompte Reaktion erfolgen, der täuscht sich.

Der DGB will sich erst bis zum 5. Oktober mit der Frage rechtlicher Schritte befassen.

Tübinger Sympathisanten

Nazi-Umtriebe

Schönborn betreibt Buchladen in Frankfurt

Zusammen mit Ralf Platzdack, Sprecher des kürzlich gegründeten „Nationalsozialistischen Schülerbundes“, hat der bundesweit bekannte Nazi Erwin Schönborn vor wenigen Wochen in der Frankfurter Hartmannsbach-Straße 55 einen Buchladen eröffnet.

Feilgeboten werden u. a. die Kriegsheldenstories aus dem „Motorbuch Verlag“ und aus dem Schönbornschen „Berbaum-Verlag“, „Literatur gegen die Holocaust Maffia“.

Anlässlich der in der Frankfurter Tagespresse verkündeten Gründung des „NSB“ durchsuchte die Polizei am 17. August Platzdacks Wohnung in der Mörfelder Landstr. 240 und den Buchladen und beschlagnahmte stapelweise Verlagspapiere, Propagandabroschüren und Kartena. Die Staatsanwaltschaft leitete daraufhin Ermittlungsverfahren ein, u. a. wegen des Verdachts der Neubildung einer NS-Organisation. Für besonders schwerwiegend halten die Behörden diesen Verdacht aber offenbar nicht: Der Laden wurde nicht geschlossen, Schönborn und Platzdack blieben auf freiem Fuß und machen weiter.

Den Hintergrund der Versuche Schönborns und seiner Kumpane, sich über den „NSB“ und die Eröffnung des Ladens in der Öffentlichkeit zu etablieren, bilden zwei diesjährige Urteile, in denen er durch Richter Kunisch vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen wurde. Im März

ließ Kunisch den Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen wurde. Im März ließ Kunisch die Behauptung Schönborns, das Tagebuch der Anne Frank sei „eine Fälschung“, um die Lüge von den sechs Millionen vergasten Juden zu stützen“ und ein „Produkt jüdischer antideutscher Greuelpropaganda“ im Rahmen der freien Meinungsäußerung gelten. Im Juni mochte er Schönborns Provokation: „Jeder, der behauptet, daß auch nur ein einziger Jude vergast worden ist, ist entweder ein Idiot oder ein Krimineller“ nur den Aspekt der Beleidigung abzugewinnen. Als Zugabe ließ er wissen, Schönborn identifiziere sich „nicht mit der NS-Grundeneinstellung zur Judenfrage“ („Frankfurter Rundschau“, 22.6.79).

Mit diesem „Pernischein“ versehen, berief sich wenig später der „NSB“ auf Schönborns Genehmigung.

gung zur Gründung und erklärte, er vertrete wie dieser einen „modernen Nationalsozialismus“, der „als nicht identisch mit dem herkömmlichen Nationalsozialismus Hitlerischer Prägung“ vom Gericht legitimiert worden sei (siehe auch AK 160).

Die gleiche Argumentation ist für den Buchladen und die durch ihn verbreitete Propaganda zu erwarten.

Inwieweit die Behörden bereit sind, diesen Kurs der schlechenden Legalisierung von NS-Propaganda zu stoppen, wird sich zeigen. Gelegenheit dazu haben sie: Nach beiden Urteilen bestand die Staatsanwaltschaft auf einer Verurteilung wegen Volksverhetzung und kündigte Berufung an. Die zweite Verhandlung endete mit einer Verurteilung in den Anklagepunkten „öble Nachrede“, „Nötigung“ und „Beleidigung“ zu 18 Monaten ohne Bewährung. Trotzdem ließ man Schönborn auf freiem Fuß. Das muß nicht so bleiben.

Außerdem läßt eine korrekte Bewertung der Funktion des Ladens dessen Schließung zu.

Aufgabe der Frankfurter Antifaschisten ist es, dafür den nötigen Druck zu erzeugen.

Schönborn in den Knast!

Übrigens: Gleich neben dem Laden in der Hartmannsbach-Straße wohnt der Landtagskandidat und JN-Schulungsleiter Horst Grafe. Zufall?

Antifa-Kommission Frankfurt

...

NPD-Landesparteitag in Bückeburg

Am Tag nach der Verhandlung des Urteils im Bückeburger Prozeß gegen die Kühnen-Bande konnte die NPD

— ohne Verbot — Kundgebung, Fackelmarsch und Parteitag durchführen.

Zwar waren am Vortag sowohl der NPD-Fackelmarsch als auch der zur gleichen Zeit angemeldete antifaschistische Schweigemarsch verboten worden. Diese Verbote wurden jedoch beide am Samstag per einstweiliger Verfügung aufgehoben. Immerhin konnten ca. 100 Gegendemonstranten durch Sprechbühne und Bierwürfe zeitweise verhindern, daß die Rede von Fritz-Ulrich Buntz (Anführer der Niedersächsischen Wahlkampf-Schläger Tournee im Frühjahr 1978) durchdrang.

Unter den ca. 30 NPD/JNlern befanden sich übrigens wieder mehrere Nazis, die schon von den Schlägereisätzen Anfang 1978 bekannt sind und eigentlich längst hinter Gitter gehören.

Am Abend fand ein Fackelmarsch der NPD in Rinteln statt. Auf einem Schweigemarsch von Antifaschisten waren 300, zum Schluß 600 Gegendemonstranten. Hierzu hatte kurzfristig ein breites antifaschistisches Bündnis von Jugendzentrum, SPD-Ratsmitgliedern, Lehrern, Gewerkschaften über CVJM, DFL, Jusos, ASF, Schülervertretungen, bis zu VVN und SDAJ/DKP aufgerufen.

Mangels Erfahrung mit der NPD fielen die Organisatoren auf die in letzter Zeit häufig angewandte Taktik der NPD rein, gleichzeitig an mehreren umliegenden Orten Kundgebungen anzumelden, um dann jedoch nur eine durchzuführen. Die meisten Mitglieder des örtlichen Bündnisses waren darum nicht bei der Bückeburger Gegendkundgebung (s.o.) anwesend, sondern hatten sich auf die anderen Orte verteilt.

Antifa-AG Bückeburg



„Erfolgreiche“ Zielfahndung?

Westberlin: Bei einem Banküberfall am 6. September wurde der Bankräuber mit einer automatischen Kamera aufgenommen, nachdem er eine Rauchbombe gezündet hatte. Die völlig unscharfen Fotos wurden von der Polizei und der Presse veröffentlicht.

Darauf wurde laut „Tagespiegel“ (14.9.) eine Fahndungseinheit aus Fahndungsabteilung der Kripo, Raubdezernat und Mordkommission mit der Jagd auf den Bankräuber beauftragt.

Angeblieh auf einen Tip aus der Bevölkerung hin, wonach es sich bei dem Bankräuber um dem verschwommenen Foto um Peter Probst handeln sollte, der sich bei seiner Freundin aufhalte, wurde deren Wohnung von der Polizei beobachtet.

Als ein Mann das Haus verließ, von dem die Polizei vermutete, daß es Peter Probst war, wurde er auffällig von fünf zivilen Kriminalbeamten, zwei Frauen und drei Männern, verfolgt.

Als er in ein Taxi stieg (nach einer anderen Version hatte ihn das Taxi schon von seiner Freundin abgeholt), griffen die Beamten zu. Zwei Polizisten bedrohten den Taxifahrer mit vorgehaltener Waffe, als dieser den Kofferraum öffnete, während zwei Beamte mit vorgehaltener Waffe die Befahrer für öffneten — alles nach Aussage der Polizei — und bei einem Handgemenge dem Mann angeblich eine Pistole entwand. Darauf soll der Mann eine Übungshandgranate

gezündet haben und im Durchgang zu Fuß geflüchtet sein. Kurz darauf habe ihn eine Beamte aufgefordert, stehen zu bleiben, und habe einen Warnschuß abgegeben. Probst sei aber weitergerannt und ein Beamter habe die Verfolgung aufgenommen. Aus acht Metern habe er dann einen gezielten Schuß abgegeben (in der Springerpresse mußte wieder die abgedroschene Formel herhalten, der Mann habe noch einmal in die Tasche greifen wollen).

Der unbewaffnete Mann wurde in den Rücken getroffen. Laut gerichtsmmedizinischem Befund traf ihn der Schuß „hinten links in Höhe des ersten Lendenwirbelkörpers und verursachte einen anstehenden Schußkanal. Das Projektil trat oben rechts wieder aus. Es gibt keinerlei Anzeichen für einen Nahschuß“.

Bei einem gezielten Schuß aus acht bis zehn Metern Entfernung ein recht merkwürdiger Schußkanal (einmal abgesehen davon, daß wohl selbst ein Ziel-Fahnder aus acht Metern Entfernung die Beine eines Menschen treffen müßte).

Dieser recht steile Schußkanal von unten nach oben ließe sich höchstens dadurch erklären, daß der Mann völlig gebückt rannte. Oder hat er vielleicht schon gelegen, als ihn der Schuß traf?

Zwei Stunden später war Peter Probst tot.

Antifa-Kommission Hamburg

Zühlsdorf fordert Geheimpolizei

In der „Welt am Sonntag“ erschien am 16.9. eine „Geheime Studie“ unter der Schlagzeile „Hamburg braucht eine Geheimpolizei“. Der leitende Kriminaldirektor Zühlsdorf, der im Juni dieses Jahres aus dem aktiven Polizeidienst entlassen wurde, weil er über zu enge Kontakte zur Unterwelt verfügte, erhielt dafür als Trostpflaster den Auftrag, diese Studie in seinem Spezialgebiet zu erstellen.

Zühlsdorf entwickelt darin folgende Gedanken: Der Hamburger Unterwelt und „links- und rechtsgewirkte(n) Terroristengruppen“ sind schon zu viele der Hamburger Polizisten und V-Leute bekannt, denn sie hätten Fotos, Kfz-Kennzeichen und häufig auch deren Namen aufgrund der Vernehmungsprotokolle. Als Gegenmaßnahme schlägt Zühlsdorf nun vor: „... die Aufstellung einer Sondertruppe von mindestens 25 optimal ausgebildeten intelligenten jungen Leuten mit guten Nerven, Gelassenheit und Kombinationsgabe“. „Die Beamten dürfen aus Tarnungsgründen nicht im Polizeipräsidium oder in einer anderen Polizeidienststelle stationiert werden, und sie sollen auch nach Möglichkeit an keiner Festnahme beteiligt sein“ („Welt am Sonntag“, 16.9.).

Neu ist an dieser Studie — nicht aber in der 1974 entwickelte Zühlsdorf diese Vorstellungen und

sagte 1977, daß bei „eine Praxis, die überall in der Bundesrepublik gehandelt wird“ („Spiegel“, 20.9.).

Was Zühlsdorf meint, ist die Praxis einer neuen „Geheimen Staatspolizei“ (GeStaPo), die bisher immer noch mit Begriffen wie „Mobiles Einsatzkommando“, „Einsatzgruppe“, „Zielfahndung“ etc. vornehmlich umschrieben wurde. Zühlsdorf gebührt der „Verdienst“, diese Kommandos beim richtigen Namen zu nennen: Er bezeichnet die von ihm empfohlene Sondereinheit als „eine Art Geheimpolizei unter gesetzlicher Kontrolle, aber ohne bürokratische Gängelung“ („Welt am Sonntag“, 16.9.). Die bisherige Praxis hat gezeigt, daß es bereits für Sonderkommandos keine gesetzliche Kontrolle gibt.

Das Neue an dieser Studie ist, daß, nachdem der Auf- und Ausbau dieser Sonderkommandos faktisch abgeschlossen ist, nun auch im Bewußtsein der Bevölkerung der Begriff „Geheimpolizei“ propagandistisch verankert werden soll. Noch vor einem Jahr war die Polizei da empfindlicher. In dem Prozeß gegen den Russell Band 5 des Reetz-Verlages sollte uns der Ausdruck „GeStaPo“ noch verboten werden.

Wer stellt jetzt die fällige Anzeige gegen Zühlsdorf?

Antifa-Kommission Hamburg

Neonazis vor Gericht

Gegen den 36-jährigen Frankfurter Neonazi und Grafiker Manfred Heidenfelder, der von Mitte Februar bis Mitte Mai dieses Jahres in U-Haft gesessen hatte, ist Anfang September Anklage erhoben worden.

In Flugblattserie einer sogenannten „Deutschen Nationalen Verteidigungsorganisation“ (DNVO), die er zur Täuschung mit Namen von Leserbriefschreibern, Offizieren und Prominenten unzeichnete, schürte er antisemitischen Haß, bezichtigte — nach Schönbornscher Manier — den Chefredakteur der „Zeit“ des KZ-Haftungsmordes und rief zu Racheakten auf. Z. B. „... Holocaust wird bei einigen Kameraden Anlaß sein, Explosionen auszulösen, die sich in Kettenreaktionen fortsetzen werden. Wir werden auch weiter dafür Sorge tragen, daß spätestens die von uns gezeugten Kinder die Verbrecher von 1945 und deren Vasallen von 1949 zur Verantwortung ziehen und richten werden“.

Weiter nennt die Staatsanwaltschaft an, daß Heidenfelder das regionale „NSDAP“-Blatt „Das Braune Bataillon“ von Boer, Koch und Co. vervielfältigen und verbreiten sollte.

Trotzdem verbreitet die Staatsanwaltschaft die Meinung, daß Heidenfelder mit seinem Treiben nur eine „Ein-Mann-Aktion“ darstellt und nur den Eindruck einer Organisation erwecken wollte, um ernst genommen zu werden. Dies scheint das gelinde Erklärungsmuster zu sein, das Frankfurter Behörden auf alle NS-Aktivisten anwenden.

Damit lassen sich in Prozessen die Fragen nach organisiertem Zusammenhang der aktiven Alt- und Neonazis fast gänzlich ausklammern, wie etwa nach dem Erzeugern verschiede-

ner anonymer antisemitischer und faschistischer Druckerzeugnisse und nach den Inspiratoren und direkten Hintermännern der Brandanschläge der sogenannten „Territoriales Widerstandsarmee“ (siehe AK 161). Nicht zuletzt wird die frühere Bundeswehrzugehörigkeit des Fallschirmjägers der Reserve jetzt verschwiegen.

Antifa-Kommission Frankfurt

Bückerburg: Revision hat die Staatsanwaltschaft gegen einen Teil des kürzlich ergangenen Urteils im Bückerburger Nazi-Banden-Prozeß eingelegt. In der Anklage war Kühnen als Führer einer „terroristischen Vereinigung“ bezeichnet worden. Das Gericht sprach Kühnen jedoch von diesem Vorwurf frei. Der BtH muß nun entscheiden, ob dieser Teil des Prozesses erneut verhandelt werden muß.

Insgesamt hat die Staatsanwaltschaft 34 Ermittlungsverfahren gegen Zeugen, Zuhörer und Verteidiger in diesem Prozeß eingeleitet. Gegen den berühmten Schriftsteller Nazi Anwalt Stöckicht wurde bereits Anklage erhoben. Einen Befangenheitsantrag gegen einen besitzenden Richter hatte Stöckicht mit dessen SPD-Mitgliedschaft begründet. In der SPD wirkten „frühere Landesvertriebler und Agenten Moskau wie Brandt und Wehner“ mit. Die SPD hatte Anzeige wegen Beleidigung und Verleumdung gestellt.

Drei Mitglieder der „Wiking-Jugend“ wurden am 24.9. zu lächerlichen Strafen verurteilt. Grund des unter Aus-

schluß der Öffentlichkeit stattfindenden Prozesses war ein Vorfall am 10.3. vor dem „Cafe Vaterland“, einer Faschistenkneipe in Westberlin, die aufgrund massiver Proteste mittlerweile geschlossen werden mußte.

Die drei Neonazis erkannten einen SFB-Journalisten wieder, der zuvor von ihnen bereits bei einer Diskussionsveranstaltung zu „Holocaust“ in überhöhter Weise angepöbelt worden war. Als der Journalist zusammen mit zwei britischen Kollegen die Kneipe verließ, wurden die drei brutal mit Gummiknappen zusammengeschlagen; einem Briten wurden bei einem Fluchtversuch schwere Schnittwunden am Hals mit einem abgeschlagenen Flaschenhals zugefügt. Dieser Überfall wurde von Zeugen während des Prozesses bestätigt.

Obwohl der Richter dem 26-jährigen Haupttäter die „Billigung des Todes des britischen Journalisten“ bescheinigt hatte, blieb er mit dem Urteil noch unter den Forderungen des Staatsanwalts. Dieser hatte die Prozeduren erst am Verhandlungstag erhalten und ging in seinem Plädoyer nicht auf die neonazistische Motivation der Täter ein.

Der Haupttäter wurde zu sieben Monaten Gefängnis „mit Bewährung“ und 1.500 DM Geldbuße verurteilt. Seine beiden 20 und 17 Jahre alten Mitläufer erhielten vier Wochen Endarrest und zwei Wochen Dauerarrest. (Leider konnten wir die Namen der Faschisten nicht erfahren.)

Quellen: „Tagespiegel“ vom 25.9. und Magazinsendung im SFB 2 vom 25.9.).

Zwei Sympathisantinnen aus West Berlin

Kieler Nazis dürfen sich bewähren

Am 18. September endete der Prozeß gegen drei Kieler Neonazis. Der Rostocker Robert Marchi (Gutenbergr 26) erhielt 10 Monate, der Student Frank Stubbemann (Hansastr. 12) 1 Jahr und der Arbeiter Peter Teufert (Kudewitz 37) 4 Wochen Dauerarrest. Im Haftstrafen wurden drei Jahre „zur Bewährung“ angesetzt.

Die Neonazis wurden verurteilt wegen Verabredung zur Herbeiführung eines Sprengstoffanschlags auf das KBW Büro in Kiel-Gaarden und wegen Verabredung zum Überfall auf eine Theatervorstellung in Kiel. Ursprünglich waren die Nazis auch noch nach §129a StGB (terroristische Vereinigung) angeklagt.

Dieser Anklagepunkt, der ihnen mit Sicherheit höhere Strafen eingebracht hätte, verschwand im Laufe des Verfahrens klammheimlich.

Der Prozeß stand eindeutig im Schatten des bündischen Naziprozesses gegen Kühnen & Co. Dort hatte man ja mit einem Propaganda-Urteil „ausreichend“ dokumentiert, daß §129a StGB auch gegen Nazis angewendet werde.

Daß diese Bewährungsurteile ein Skandal sind, wird an der Person Stubbemanns mehr als deutlich. Stubbemann war ehemals Mitglied der NPD und der JN, sogar zeitweise deren Landesvorsitzender. Danach ging er zur „ANS“ („Hansa-Bande“) und wurde deren „Gauleiter“ für Schleswig-Holstein.

— Stubbemann bekannte sich im Verfahren zur NSDAP und mit ihm auch zu ihren Verbrechen. Wie kann jemandem, der im faschistischen Massenmord seine Ideale nicht, abgenommen werden, er werde sich zukünftig „bewähren“?

— Wievielmals soll Stubbemann sich eigentlich noch bewähren?

Oktober 1977: Bei ihm werden 670 Gramm Natriumcyanid und NS-Material gefunden. Die Giftmenge reicht zum Mord an tausenden von Menschen. Stubbemann wäre nach eigener Aussage stolz gewesen, wenn es ihm dem Gift gelungen wäre, die Wachmannschaften in Spandau zu vergiften, um Rudolf Heß aus dem KZ zu holen. Stubbemann erhielt hierfür eine geringe Geldstrafe. Im März 1979 wird Stubbemann verhaftet, weil er Fememorde an „abtrünnigen Nazis“ geplant hatte, die bei den Hüllen auspacken wollten. Der „Sturmwind“ berichtete weiterhin, daß Stubbemann mit anderen Nazis nach „Holocaust“ Anschläge auf den NDR geplant habe. Außerdem planten sie einen Giftgas-Anschlag auf die Lübecker Synagoge. Stubbemann „bedauerte“ laut „KN“ (15.9.) das „Geheime Seine viermonatige U-Haft habe ihm Zeit zum Überlegen gegeben. Er wolle nun sein Studium fortsetzen. Ein Grund, ihm Bewährung zu geben? Man wird dies Stubbemann kaum abnehmen können, wenn man weiß, welche Gedichte er z. B. aus dem KZ an seine Nazi-Freunde schrieb: „Gebt Raum, ihr Völker, unserem Schritt.“

Wir wollen die letzte Rachel
Wir tragen keine Roben mit
Wir tragen unsere Waffen.
Mit Aug' im Aug' und Zahn um Zahn
Wir rächen Zions Morden —
Zermalnen wir die Juden Wahn
Und schlagen ihre Horden.“

Hieran wird deutlich, worüber Stubbemann im KZ „nachgedacht“ hat! So erläutert er nach dem Prozeß Journalisten gegenüber seine weiteren Pläne: „Die politische Arbeit geht weiter!“ („LN“, 23.9.) — „Anderes müßte er angesichts der weiteren Verfahren, die ihn noch erwarten,

überlegen, ob er ins Ausland oder — hypothetisch — in den bewaffneten Untergrund geht“ („LN“, 23.9.).

Auch die beiden anderen Verurteilten sind keine unbeschriebenen Blätter. Teufert ist als Stubbemanns rechte Hand praktisch an allen Aktionen mitbeteiligt gewesen. Marchi gehört dem „Stahlium“ an und ist wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz bereits zweimal verurteilt (1976 und 1977). Er horchte bei sich zu Hause Waffen, er war zur Tatzeit bei der Bundeswehr und konnte daher Sprengstoff und Waffen besorgen.

Der „Sturmwind“-Buchladen-Besitzer Dietmar Munier ist am Zustandekommen dieser Bande nicht ganz unbeteiligt. Zitat aus der Anklageschrift: „Dazu (zur Gründung der Bande) hatte er (Stubbemann) sich u.a. an den Zeugen Lange (Jurastudent in Kiel, Düppelstraße 85) und an Dietmar Munier gewandt, welcher in der Rathausstraße in Kiel den Buchladen „Sturmwind“ betreibt. Der Zeuge Lange ist „Hortführer“ der „Wiking-Jugend“ in Kiel. Er und der Angeklagte Stubbemann kennen sich seit Anfang 1976 von Veranstaltungen der „Wiking-Jugend“ her, die ihm, als sog. „Wehrparolierung“ auf dem Hof des Uwe Rohrer (in Bückerburg zu neun Jahren KZ verurteilt) in Dorpsiedt durchgeführt worden sind. Anlässlich eines gemeinsamen Besuchs des Angeklagten Stubbemann und des Zeugen Lange in dem Buchladen „Sturmwind“ Anfang Mai 1978 nannte ihnen Dietmar Munier den Angeklagten Marchi, den er als Kunden kennengelernt und in seine Kartei aufgenommen hatte.“

Ein Grund mehr, sich weiterhin für die Schließung des Buchladens einzusetzen!

KB/Gruppe Kiel

NPD-Beamter vom Dienst suspendiert

Ausgerechnet in Bayern wurde jetzt ein NPD-Funktionär per sofort seines Dienstes enthoben; außerdem wurden ihm bis zur Klärung des Disziplinarverfahrens seine monatlichen Bezüge um die Hälfte gekürzt. Es handelt sich hierbei um den Amberg-Regierungspräsidenten Kollroß (54). Er ist seit zehn Jahren in der NPD, Vorsitzender des Kreisverbandes Amberg, Mitglied des Bayerischen Landesvorstandes und 2. stellvertretender Bezirksvorsitzender in der Oberpfalz.

Die Polizeibehörde als Dienstvorsetzter hat das Disziplinarverfahren wegen Verdachts eines schweren Dienstvergehens eingeleitet. Nach offizieller Verlautbarung der Bayerischen Staatsregierung sind Aktivitäten für die NPD als „extremistische

Organisationen“ nicht mit dem Dienst der Polizeibeamten vereinbar, der sie „zur Erhaltung der Verfassung“ verpflichtet. Kollroß war schon mehrmals von der Polizeibehörde aufgefordert worden, seine Aktivitäten in der NPD einzustellen. Er hatte zu Gemeinde-, Landtags- und Bundestagswahlen für die NPD kandidiert. In diesem Zusammenhang wurde vor einigen Monaten bekannt, daß der Bezirksvorstand, in dem auch Kollroß „mitarbeitete“, ausschließlich aus Beamten besteht. Einem Studienrat, einem Justizoberinspektor und eben jenem Polizeihauptmeister.

Kollroß und seine Freunde sehen in dieser Maßnahme einen Verstoß gegen das legendäre Urteil des Karlsruher Verwaltungsgerichts, das in einem

ähnlichen Fall der NPD Verfassungstreue zuschrieb, und wollen dagegen gerichtlich vorgehen. Außerdem will Kollroß den Innenminister von Bayern, Tandler, „wegen übler Nachrede, falscher Anschuldigung und Mißachtung des Grundrechts auf politische Betätigung“ verklagen.

Zur Erklärung der „plötzlichen Verfolgung“ sagt die NPD, daß „Franz Josef Strauß aus der rechten Ecke herauswolle, in die ihn die bundesdeutsche Linkskolonie zwänge. Also eine Art Alibibeschaffung.“ (Nach „Landshuter Zeitung“, 12. und 17.9.79; „Süddt. Zeitg.“, 11.9.79; „Amberger Zeitg.“, 23.8.79)

KR/Gruppe Nürnberg

Demonstration gegen Jugendpolizei



Essen: Unter der Parole „Weg mit der Jugendpolizei!“ demonstrierten am 15. September 600 bis 800 Menschen, hauptsächlich Jugendliche, in Essen. Organisiert war die Demonstration von der „(Landes)Initiative „Keine Jugendpolizei in NRW““, die schon in

den meisten größeren Städten Nordrhein-Westfalens Veranstaltungen gegen die Jugendpolizei durchgeführt hat. Mit aufgerufen hatten noch die „Falken“.

Antifa-Kommission Hamburg

Presseerklärung

Am 15.9.79 fand in Bielefeld ein zweites bundesweites Treffen statt, auf dem die mögliche Herausgabe einer antifaschistischen Zeitung diskutiert wurde. Anwesend waren Vertreter antifaschistischer Arbeitskreise aus Hamburg, Göttingen, Oldenburg, Kiel, Hameln, Bielefeld, Bochum, Essen, Frankfurt, Stuttgart, Tübingen und Pforzheim. Eine Reihe von weiteren Arbeitskreisen und Einzelpersonen hatte brieflich ihr Interesse an einer solchen Zeitung bekundet, konnte aber aus Zeitgründen am Treffen nicht teilnehmen. Politisch handelt es sich dabei um ein breites Spektrum, von Gewerkschaften über Jungsozialisten, VVN, FDP, DDP, KB, SAC bis hin zu Bürgerinitiativen. Alternativen Liston und natürlich Antifaschistischen Arbeitskreisen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Inhaltlich war man sich auf dem Treffen darüber einig, daß der Aufbau einer bundesweiten antifaschistischen Zeitung nicht überall angegangen werden darf, da sonst die Gefahr besteht, daß nur ein neues Blatt der linken „Szene“ ins Leben gerufen wird, dessen politische und finanzielle Aussichten ausgesprochen schlecht wären. Stattdessen wurde es für sinnvoll gehalten, als einen ersten Schritt die Herausgabe einer Art „Antifaschistischen Informationsdienstes“ vorzubereiten. Ein solcher Infodienst sollte sich in erster Linie an aktiv arbeitende Antifaschisten wenden und zum einen sachliche Informationen über die neonazistische und rechtsextremistische Szene liefern, zum anderen über Erfahrungen mit dem Auf-

bau und der Durchführung antifaschistischer Arbeit „vor Ort“ berichten. Dabei soll die Gestaltung dieses Infos so aussehen, daß es schon über den Kreis aktiver Antifaschisten hinaus verkauft werden kann. Die mit diesem Infodienst gewonnenen Erfahrungen sollen dann schließlich als Grundlage dienen für die Entscheidung, ob eine antifaschistische Zeitung in breiterem Rahmen herausgegeben werden soll oder nicht.

Da ein solches Projekt bislang unter den interessierten Antifaschisten noch nicht breit diskutiert worden ist, wurde auf dem Treffen beschlossen, die interessierte Öffentlichkeit zu Stellungnahmen aufzurufen, die bis zum 20. Oktober an die unten stehende Kontaktadresse geschickt werden sollten. Als Termin für eine neue Zusammenkunft wurde der 27. Oktober festgelegt; dann soll, aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen und Meinungsäußerungen das Projekt des Infodienstes sowie die dazu vorhandenen Positionen noch einmal breiter diskutiert werden.

Wer an einem ausführlichen Protokoll des Bielefelder Treffens interessiert ist und über die dort vertretenen Positionen mehr Informationen haben möchte, kann unter Beifügung von DM 3,- in kleinen Briefmarken schreiben an:

Cord Rubenstrunk
Laarstr. 168
4900 Herford

Bei dieser Adresse kann man sich auch schon für das Arbeitstreffen im Oktober anmelden.

Anmerkung zur Presseerklärung

Ergänzend und gleichzeitig einschränkend muß der Presseerklärung hinzugefügt werden. Der Kreis der aktiven Träger der Entwicklung eines antifaschistischen Blattes außerhalb der traditionellen Einflusssphäre von DDP und VVN sowie Jungs (SPD) und DGB ist enger als es die diversen Zuschriften nach dem ersten Treffen vermuten lassen. Die auf dem Treffen erwähnten Zuschriften von VVN-Bundvorstand, von Kurt Hirsch (PDI) z. B. fordern lediglich weitere Informationen über das Projekt an. Andere Zuschriften wie etwa von Norbert Cobanus oder den Jungs Aachen erklären ihr Interesse, wollen aber noch warten, bis die Konturen des Projektes deutlicher sind. Aktive Träger sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt 20 bis 30 Antifa-AGs oder Antifa-Arbeitskreise (AFAs) im Einflußbereich der „Neuen Linken“. Es besteht aber Chancen, bei entsprechenden Bemühen über diesen Kreis hinauszuwachsen. Über die Notwendigkeit einer solchen Orientierung herrscht allgemeine Einmütigkeit.

Ergänzend zur Presseerklärung muß auch hinzugefügt werden. Zwei war sich die große Mehrheit der Anwesenden einig, daß eine antifaschistische Massenzentrum zum gegenwärtigen Zeitpunkt unrealistisch sei, da gegen ein (zunächst unregelmäßig erscheinendes) Info den Kooperations-

und Informationsinteressen der im Wachsen befindlichen Antifa-„Bewegung“ entgegenkommen würde; wie ein solches Info aber konkret aussehen soll, darüber gingen die Vorstellungen noch auseinander. Grob gesagt gab es drei Vorstellungen dazu:

1. Der für die Antifa-Arbeit notwendige Info- und Erfahrungsaustausch könne über verschiedene Arbeitstreffen organisiert werden – wie z. B. dem bevorstehenden Bundeskongress. Die Infos könnten an eines der bestehenden Blätter (genannt wurde ID) angehängt werden. Über diese Info müsse man mit diesen Blättern verhandeln.

2. Das Info solle auf die Aktivitäten der Antifa-AGs ausgerichtet sein, als internes Arbeitsmaterial, das gegebenenfalls auch an interessierte weitergegeben werden könne.

3. Das Info müsse schrittweise entwickelt werden: Zunächst (und als Grundlage) sei es Arbeitsmaterial für die „Bewegung“ (Fakten, Erfahrungsbereiche, Meinungen); das Info müsse aber so gemacht sein, daß es Ausstrahlungskraft auf das „Bundesfeld“ um die AGs und AFAs hat. Hier fiel das Stichwort vom „notwendigen Info“, das für jeden Aktivist und interessierten unentbehrlicher Info-Träger sein muß. Schließlich sei es dem Ziel anzustreben, die Übernahme von Themen, die nicht

aus der Praxis der Gruppen resultieren, sondern allgemeinere Themen ansprechen.

Über diese Vorstellungen wurde keine abschließende Einigkeit erzielt und daher beschlossen, sie öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Eine weitere Kontroverse entzündete sich an der Frage, ob in dem geplanten Info auch politische Differenzen des antifaschistischen Kampfes ausgetragen werden sollen. Es wurde der Standpunkt vertreten, das sei erst Sache einer Zeitung, nicht eines Infos. Dem wurde entgegengehalten, daß schon die Abfassung von Erfahrungsberichten u. a. in politische Positionen z. B. zur Frage der Aktionseinheit einfließen. Eine Auseinandersetzung sei unerlässlich. Es sei nur die Frage, in welcher Form das geschehe.

Hier stellte sich die Frage nach den Richtlinien der Überparteilichkeit der Info-Redaktion, ihrer Arbeitsweise und Zusammensetzung, aus auch die Frage, nach welchen Kriterien Beiträge ins Info kommen – oder nicht. Diese Frage wurde nicht mehr diskutiert. Sie ist das Hauptthema des nächsten Treffens.

Das nächste Treffen findet statt
27. Oktober, 14.00 Uhr
Büro im Jürgendreier, Rothhaus

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frontenverschiebung links/rechts?

Die Krise der Linken blüht – und keineswegs nur im KB. Das Wort von der „Krise des Marxismus“ (Prokla 36/79) geht um. Vom „Aussteigen“ ist die Rede und von der Suche nach „Alternativen“, nach der „Insel von Erfahrungen und Freiheiten“ (Ex-SPD-Referent Beetz in „konkret“ 9/79).

Nach der spontan-untheoretischen „Krisenbewältigung“ der undogmatisch-alternativen Szene mittels „Selbstorganisation“, Initiativen, Landkommunen etc. hat seit einiger Zeit ein Reflexionsprozeß in der Linken begonnen. Angefangen mit dem Krisenbuch „Wir waren die stärkste der Parteien“ über Ansätze zu einer Geschichtsschreibung der Linken (z. B. Fichter/Lönendonker, „Von der ‚Neuen Linken‘ zur Krise des Linkenradikalismus“, in: Die Linke im Rechtsstaat 2/1979) bis hin zum jüngsten Heft von „Ästhetik und Kommunikation“ mit dem Titel „Linker Konservatismus?“ (36/79). Vereinheitlicht in diesen Bilanz-Versuchen scheint zu sein, daß

1. die Ansätze organisatorischer linker Arbeit weitgehend gescheitert sind, der „Zerfall und politische Rückzug vorwiegend studentischer Basis- und Aktionsgruppen (und auch der ML'er“) wird konstatiert (M. Deutz in AuK, s.o. – ähnlich Fichter/Lönendonker, s.o.). Dogmatik und Repression nach innen und außen diskreditieren diese Ansätze. Stattdessen wird ein neuer „Basis“-Ansatz propagiert, etwa nach dem „Netzwerk-Modell“ (siehe Tübingen-Kongress) aus dem eventuell „Gegensatz“ erwachsen soll. „Seit 1974 sind unzählige dezentralisierte Basisinitiativen entstanden, die, mehr und mehr mit einem eigenständigen kommunikativen Ausstattet, das Streben nach einem selbstbestimmten und überwachbaren sozialen Leben ausdrücken, in denen das wechselseitige Verhältnis von Arbeitsmoral und gesellschaftlicher Hackfolge und Einkommen nicht mehr funktioniert.“ (K. H. Roth AuK 32/78).

2. Ideologisch sei das Scheitern im linken Dogmatismus, in starrer „Orthodoxie“ faßbar. N. Kapfeler spricht in AuK 36/79 von einem „naiven schwarz-weiß-Denken, hinter (dem) sich eine Hilfs- und Begriffslosigkeit verbirgt und noch mehr eine subsumierende Attitüde („die nur nach vorgegebenen Schemata einordnen will und dabei gern auf Erfahrungen verzichtet“). „Neue Denkansätze“, etwa der „Neuen Philosophen“ in Frankreich, würden so übersehen oder verdrängt.

Linke Verunsicherung

Das Resultat dieser Bilanz sei eine linke Verunsicherung. „Das sichere Gefühl, die klare Perspektive für den Gang der Ereignisse ist geschwunden“ (D. Knüfeler-Burke in AuK 36/79). Es wird behauptet, der Marxismus sei zumindest ergänzungsbedürftig, wenn nicht überholt.

Dazu ist festzustellen. Wenn in den zahllosen realen gesellschaftlichen Problemen (Arbeitslosigkeit, Strukturkrise, Bildungsmissere, Öko-Krise, Staats-Repression/Terror) lediglich Verunsicherung, Orientierungslosigkeit u. a. m. gegenübersteht, werden (tatsächlich oder scheinbar) neue, andere Angebote der Problembewältigung attraktiv. So kommt es zu der scheinbaren Merkwürdigkeit, daß Themen, Positionen, Bündnisse in der Linken/Alternativszene behandelt werden, die bislang als rechts (bis hin zu faschistisch) feststanden. Einzigartig eindeutig bekannte Rechte in die linke Diskussion eindringen.

Laissez-faire nach Rechts?

Zum einen gibt es eine naive Laissez-faire-Haltung nach rechts, für die es verschiedene Beispiele gibt:

* In Sponti-Kreisen, etwa bei der „Jaz“ oder in der Frankfurter Szene, wird seit Monaten eine merkwürdige „Antifaschismus“-Spielart propagiert (teilweise auch praktiziert). So zeigte sich die „Jaz“ angesichts verschiedener rechter Umtriebe, bzw. antifaschistischer Reaktionen darauf (etwa in Westfalen, „Case Vaterland“, „NSDAP“-Prozeß, zum Rock gegen Rechts-Festival) offen gegenüber dem „Protestcharakter“, dem „Indogmatischen“ Charakter neonazistischer Auftritte, während antifaschistische Proteste als abgeschmackter, alter Kram abgetan wurden. Das ging bis dahin, daß Kieler „Jaz“-Leute mit dem bekannten „NSDAP“-Militanten-Munier auf freundschaftlichem Fuß standen und dies (auf Vorhaltungen u. a. von „konkret“) noch damit rechtfertigten wollten, privat sei der Munier doch ein ganz netter Typ.

Als in Frankfurt „Rock gegen Rechts“-Demonstranten gegen den geplanten NPD-Aufzug zum 17. Juni demonstrierten, stellte sich Löhn-Bendit („Pflasterstrand“) quer und verlangte Demonstrationsfreiheit auch für die NPD. Die „theoretische“ Begründung solcher Verhaltensweisen ist eine Art Neuer Toleranz, die im Grunde den Rückzug auf einen abstrakten, bürgerlichen Liberalismus darstellt. Ebenfalls in der „Jaz“ vertrat kurz nach den Frankfurter Ereignissen Sebastian Cobler (u. a. Sekretär des Russell-Embals zur BRD – ein engagierter Linker!) die Position der Propagandafreiheit für die NPD in einem Artikel zur Entwicklung des staatlichen Repressionsapparats.

Zusammenarbeit mit Öko-Faschisten?

Gleichzeitig gibt es Ansätze praktisch-politischer „Bündnisse“ von Alternativen/Linken mit Rechten und Faschisten insbesondere im Bereich Ökologie. Mit der Behauptung, die Kategorien „links und rechts“ seien überholt bzw. unbrauchbar angesichts der jeden treffenden Öko-Probleme, wird eine Zusammenarbeit mit Rechten begründet.

Jüngstes, eklatantes Beispiel: Zwei von Werner Pieper herausgebrachte Alternativ-Zeitungen, „Grüner Zweig“ und „Humus“, brachten unlängst Artikel dreier Nazi-Propagandisten, Hermann Wirth, Wilhelm Fabritius und Wilhelm Teudt. Pieper zur Verteidigung: „Gift es nicht, Elemente wie Geomantie, Symbolforschung, Naturverständnis, Zeitwendefeste, Volksmusik, in denen durchaus auch positive Inhalte stecken, zu erkennen!“ und wieder belebend: „(Zitate aus der „Jaz“), wo Pieper freundliche Paraphrasen findet. Die harmlosen Töne („Naturverständnis“ usw.) lassen kaum ahnen, daß Wirth und Teudt zu den Inspiratoren und Gründungsaktivisten der von Himmler persönlich geleiteten SS-Organisation „Ahnenrbe“ gehörten (in deren Verantwortung synchrone Verbrechen verübt wurden).

Annäherung von Rechts

Schließlich gibt es eine andere Entwicklung, die mit der Rechts-Öffnung der Linken zusammenhängt und in der gewachsenen Attraktivität rechter Problemlösungen für die Linke/Alternativszene einen günstigen Boden findet. In der Rechten werden verstärkt und gezielt „linke Töne“ angeschlagen, die allerdings soz. als allzuleicht als Manöver durchschaubar sind, wie beim „Ökologismus“ der NPD/JN – nicht recht verstanden. Anders dagegen steht es mit der Tradition sogenannter „Nationalsozialisten“, „Nationalen Sozialisten“ usw., deren Lavieren „zwischen den Fronten“ zum Programm gehört.

Mitte/Ende 1978 entfachte die linkssozialdemokratische Zeitung „Das da/avant!“ eine Debatte, die unmittelbar an der Sackgassen-Summe der Linken ansetzte. Dutschke, Klönne, Steffen, v. Oertzen diskutierten die vermeintliche Aktualität der „nationalen Frage“, der „Einheit der Deutschen“ usw. Sie bekamen dabei Schutzwehrhilfe von einer Seite, die sonst nicht zu den Stamm-Autoren einer linken Zeitschrift gehört: Henning Eichberg und Armin Krebs, beide als Anhänger der „Nationalrevolutionären Aufbau-Organisation“ (NRAO) bekannt, und Linch Behrenz, einer der Wortführer der „Solidaristischen Volksbewegung“ (siehe „avant!“ 2/79). Der prominenteste unter ihnen, Eichberg, hat in letzter Zeit geschafft, sich als Gesprächspartner für ratlose Linke wirkungsvoll in Szene zu setzen.

Zum Beispiel: H. Eichberg

In den 60er Jahren im Umkreis der NPD und des NHB aktiv, entwickelte sich Eichberg zu einem der „Chefideologen“ der „Nationalrevolutionären“, wobei er u. a. von dem Alt-Nazi Ehrhardt (Gründer der Neonazi-Zeitschrift „Nation Europa“) gefördert wurde. Unter eigenem Namen und verschiedenen Decknamen (u. a. Hartwig Singer, Thorsten Sievers)

veröffentlichte Eichberg zahlreiche Artikel (u. a. in den „Burschenschaftlichen Blättern“, den NRAO-Organen „Neue Zeit“ und „Ideologie und Strategie“ und dem „Solidaristisch“, „nationalrevolutionären“, „Jungen Forum“). Für die NPD-Abspaltung „Aktion Neue Rechte“ (1972) verfasste Eichberg das Gründungsmanifest. Bis Mai 1978 gehörte Eichberg (als „Hartwig Singer“) zur Redaktion von „Ideologie und Strategie“ – zusammen mit dem NRAO-Ideologen Wolfgang Strauß, der auch bei der NPD/JN beliebt ist und, wie Eichberg, in einer 1978 beim Langen-Müller-Verlag neu eingereichten Paperback-Reihe ein Buch veröffentlichte.

Eichberg bestreitet all diese Fakten und Zusammenhänge nicht. Er beugnet auch nicht, daß er (in seiner „Studentenzeit“) in verschiedenen rechtsextremistischen Zeitschriften geschrieben hat. Er „rechtfertigt“ seine „Organisation“ will er allerdings nie „angehört“ haben.

Dann aber sei, seit den 70er Jahren, der große Wandel gekommen. „In den Jahren um 1970 entfernte ich mich schrittweise von früheren Anschauungen, ohne Renegat geworden zu sein.“ (Eichberg-Stellungnahme, Juni 78). Zu diesem angeblichen Wandel paßt zwar nicht seine ANR-Gründungsbeiträge 1972, auch nicht seine NRAO-Redaktionsarbeit bis 1978, auffällig ist jedoch, daß er inzwischen aus dem NRAO-Impressum verschwunden ist. Im Juni, muß man/frau wissen, hatten Studenten der „Kommunistischen Studentengruppen“ des KABI in Stuttgart Eichbergs Treiben bekanntgemacht. (Informationen zu Eichberg sind einer Dokumentation der KSG entnommen). Ende 1978 folgte Eichbergs Artikel in „avant!“ Im Juni 1979 veröffentlichte die linke Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation“ ein Interview mit Eichberg und teilte dazu mit, er sehe heute seine NRAO-Aktivität als „abgeschlossene Phase“ an.

Tatsache ist: Trotz aller gegenwärtigen Beteuerungen schreibt Eichberg bis hin zu seiner Buchveröffentlichung 1978 („Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft“) seine „nationalrevolutionären“ Thesen fort. (Das Buch stützt sich wesentlich auf NRAO-Artikel aus vorangehenden Jahren.) Auch seine jüngsten Äußerungen („AuK“ 6/79) nehmen diese Positionen nicht zurück.

So nimmt Eichberg nichts von dem „nationalrevolutionären“ Credo eines biologisch-rassistischen „Organismus“ zurück. Der Eichberg z. B. die „revolutionäre“ (I) Idee der Apartheid in Südafrika loben ließ („Junge Kritik“ 1/1979) und der ihm für die BRD die Furcht einbrachte, durch „Gastarbeiter“ werde die „ethnische Substanz“ (bei den Nazis hieß das: „das völkische Erbgut“)

des „deutschen Volkes“ zerstört („Neue Zeit“ 3/76).

Eichberg: „Wie die Völker innerhalb Europas, so sind auf höherer Ebene die Rassen die Ordnungseinheiten, an denen sich unser Nationalismus orientieren kann und muß.“ („Junge Kritik“, s.o.). In seinem Buch schreibt Eichberg: „Im Volk liegt unsere Identität. Das Volk bleibt – auch wenn wir vergehen. Wir können nur eins, dem Volk dienen.“ – Da klingelt schon die linke Vokabel! 1979 in „Ästhetik und Kommunikation“ heißt es dann: „Wir müssen der allgemeinen Entfremdung etwas entgegenstellen, eine neue Identität. Diese Identität kann sich nicht nur auf das Individuum beziehen. (...) Diese Identität muß uns vielmehr als Kollektiv betreffen, als regionales und als nationales Kollektiv. Wir sind eben doch Deutsche.“

Das alles wird in modisch-soziologischem Vokabular vorgetragen („Entfremdung“, „Identität“, etc.) und mit antikapitalistischen Sentenzen gewürzt.

Erfahrungen aufarbeiten

Wie das Beispiel Eichberg zeigt, ist die rechte Annäherung nicht ohne Erfolg, umgekehrt sind linke Rechtstendenzen nicht zu übersehen. Die linke Krise, die für solche Prozesse den Boden abgibt, ist – auch das ist nicht zu übersehen (und wird in der Krisendiskussion auch so benannt) – eine Krise des (klein)bürgerlichen Marxismus, zumal linker Intellektueller, die den Hauptteil der APO und der auf sie folgenden Linken stellen. Wachsender gesellschaftlicher Druck gerade in den Domänen dieser Schichten (Ausbildung, Kultur) und eine insgesamt fortschreitende Rechtsentwicklung, ohne daß das erwartete historische Subjekt, die Arbeiterklasse, darauf in erwünschter Weise reagiert bzw. zur Offensive übergeht, sind der Stoff, aus dem links-rechte Träume (und rechts-linke Zuckerstücken) entstehen. Damit ist nicht gesagt, daß die Kritik am „Marxismus“, an „der Linken“, zumal an den „K-Gruppen“, von vornherein, da „kleinbürgerlich-intellektuell“ usw., in den Papierkorb gehört. Es ist auch nicht gesagt, daß die Kritik am „marxistischen“ Dogmatismus, an fehlender Bereitschaft in der Linken, neue Fragen zu stellen und neue Antworten zu suchen, zu unrecht geschieht. Allerdings besteht kein Grund dazu, rechten Provokateuren im Zeichen eines naiven Spontaneismus oder eines geschichtsblinden Liberalismus um den Hals zu fallen. Hier wird sehr genau hinzusehen sein, wer mit welchem Ziel sich von rechts nähert. Was die linke Öffnung nach rechts betrifft, wird verstärkt die Diskussion zu führen sein, wobei auch Erfahrungen mit der Rechts-Links-Konfrontation aus der „Naz Zeit“ abzuheben sind.

Antifa-Kommission Hamburg



Freund in der DKP: Berufsverbot

Ein Berufsverbot gegen die Sozialarbeiterin Brunhilde Buschoff sprach der Personalausschuß des Bezirkstages Kaufbeuren (Bayern) mit den Stimmen der CSU aus.

Brunhilde B. bewarb sich am Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren mit besten Zeugnissen aus München. Aus drei Mitbewerberinnen wurde sie „ausgewählt“, um 13 Stationen mit je 30 Patienten sozialtherapeutisch zu versorgen. „Doch am Ende einer an sich formalen Probezeit erhält Brunhilde Buschoff ... die Kündigung und ein Berufsverbot.“ Über sie lagen keine Erkenntnisse vor, bekannt war lediglich, daß ihr Freund Mitglied in der DKP ist. Das genügt Regierungs-

war von Einführung, konsequentem methodischen Einsatz und von sozialer Phantasie bestimmt. Der Arbeitsstil war umsichtig und sorgfältig, zügig und ideenreich. Im Umgang mit den Mitarbeitern des Sozialdienstes zeichnete sie sich durch Offenheit, kooperative und kollegiale Arbeitsweise aus. Diese Beurteilung schließt mit den Worten: „Selbständigkeit, rasche Auffassung und Beharrungsvermögen — auch im Zuge der Erledigung unangenehmer dienstlicher Angelegenheiten — machten sie zu einer anerkannten Mitarbeiterin im Sozialdienst.“

Brunhilde B. ist aktive Gewerkschafterin und Vertrauensfrau. Dies in Verbindung mit ihrem Freund, der Mitglied der DKP ist, läßt sie für die CSU zum „Sicherheitsrisiko“ werden. In Kaufbeuren hat sich gegen dieses Berufsverbot eine Initiative gegründet. Der nächste Termin des Arbeitsgerichtsverfahrens soll Mitte Oktober in Kaufbeuren stattfinden. (Die Neue, 13.9.79)

Westberliner Anti-Repressionskommission des KJ

Hamburg: Die erste Nagelprobe bestanden

Hatte die CDU vor der Sommerpause noch die Strategie gefahren, Klose und Grolle über die Frage der Berufsverbote stützen zu lassen, so ist sie inzwischen auf einem ganz anderen Dampfer gelandet, um das gleiche Ziel durchzusetzen: Der Stoltzenberg-Skandal ist ihr zur Hilfe gekommen. So ist in dieser Situation am 26.9. ziemlich unbeachtet eine Entscheidung gefallen, über die dieselben Kreise vor vier bis fünf Monaten noch Zeter und Mordio geschrien hätten: Der Hamburger Beamtenernennungsausschuß — auf der ganzen Welt die einzige Einrichtung, daß nicht die Regierung oder das Parlament selber ihre eigenen Beamten ernennen — hat als letzte Entscheidungsinstanz die Verbeamtung von 16 Lehrern entschieden, gegen die allesamt Berufsverboteverfahren liefen. Damit müßten nach menschlichem Ermessen für diese 16 Betroffenen die Berufsverboteverfahren endgültig positiv abgeschlossen sein, und damit die Unsicherheit, das Genere z.T. von mehreren Jahren abgeschlossen sein. Wir beglückwünschen die 16 Kollegen und werten ihre Verbeamtung als beachtlichen Erfolg der gesamten Berufsverbotebewegung.

Diese 16 „Fälle“ hatten in den letzten Monaten die Rolle einer ersten echten Nagelprobe für die Liberalisierungssprüche der Sozialdemokraten auch über den Hamburger Raum hinaus angenommen. Die politischen Instanzen hatten schon im Frühsommer dieses Jahres grünes Licht für diese 16 gegeben. Im Juni sollten sie den Beamtenernennungsausschuß passieren. Dieser jedoch vertagte sich, ohne eine Entscheidung zu treffen. Es stand damit zu befürchten, daß die 16 somit an der letzten Instanz scheitern könnten, was in Hamburg nicht das erste Mal gewesen wäre.

Noch kurz vor der Entscheidung wurde aus Behördenkreisen informell verbreitet, es würden von den 16 wohl nur einige verbeamtet, in anderen Fällen würden die Verfahren möglicherweise weitergeführt. Das roch nach Spaltung. Allerdings, ganz so goldig wie sie glänzt, ist diese Entscheidung dennoch nicht. Unter den 16 sind immerhin fünf, die mit dieser Entscheidung erst zum Beamten auf Probe ernannt wurden. Das bedeutet, daß diese Kollegen nach Ablauf ihrer Probezeit, also nach einem Zeitraum von zwei bis fünf Jahren u.U. noch einmal diese ganze Prozedur durchlaufen müssen.

Völlig abwegig wäre es, anzunehmen, in Hamburg sei jetzt Schluss mit der Berufsverbotepraxis gemacht worden. Gegen die Mehrheit der in Hamburg Betroffenen laufen weiterhin Berufsverboteverfahren, und das sogar in mehreren Fällen, die in gleicher Weise wie diese 16 entschieden werden können. Da gibt es z.B. mindestens vier „Fälle“, die schon

mindestens — z.T. vor langen Jahren — im Beamtenernennungsausschuß zur Entscheidung vorlagen und dort abgelehnt wurden. Diese wären ohne weiteres bei dieser Sitzung positiv mit zu entscheiden gewesen. Mindestens zwei Fälle gibt es, bei denen sogar die Schulbehörde selber, also sozusagen das Haus von Herrn Schulsenator Grolle, an Berufsverböten werkt. Mindestens acht Fälle wiederum gibt es, die ein positives Urteil in erster Instanz haben, bei denen aber die Behörde in die Berufung gegangen war, d.h. an dem Berufsverbot festhalten will. Zu solcher Art „Fällen“ hatte Herr Bürgermeister Klose auf einer öffentlichen Basis-Veranstaltung im Frühjahr dieses Jahres sogar auf ausdrückliche Nachfrage des stellvertretenden Vorsitzenden der Hamburger GEW versichert, daß die Berufungen zurückgezogen werden sollten. Heute zeigt sich, daß das Gegenteil der Fall ist: Sozusagen in einer konzertierten Aktion hat der Behördenvertreter mit Schreiben gleichen Datums und fast identischen Inhalts allen mitgeteilt, daß die Behörde einen außergerichtlichen Vergleich ablehnt und an der Berufung festhält. Im Klartext: Die Behörde will in diesen Fällen ausdrücklich das Berufsverbot.

Genauso sieht es auch im „Fall“ des Kollegen Hans-Werner Sch. aus. Er hatte gegen seine Entlassung geklagt und angesichts der politischen Willensbekundungen vom Frühjahr dieses Jahres mehrfach gegenüber Klose und Grolle die außergerichtliche Klärung und seine sofortige Verbeamtung auf Lebenszeit gefordert. Fast zeitgleich mit den anderen vier Schreiben teilte die Behörde dem Gericht mit, daß sie an dem Gerichtsverfahren festhalte. Also auch hier der erklärte Wille, das Berufsverbot durchzuführen. Der erste Prozeßtermin in diesem Verfahren, das angesichts der jetzigen Situation eine besondere Bedeutung und Tragweite gewinnt, findet am 20. November statt.

Schützenhilfe bekommt die reaktionäre Behördenstrategie dementst direkt von Gerichtsseite. Der I. Senat in Hamburg hat seine Weisung gegeben, daß bei der Entscheidung über Berufsverbote die Rechtsgründe für einen Berufsverbot (im Falle des Postingenieur Manfred W. hat er deutlich gemacht, wie er zu entscheiden gedenkt: „Nach dem derzeitigen Stand des Verfahrens neigt der Senat (des OVG) der Auffassung zu, daß die Mitgliedschaft des Klägers in der DKP Stand des Verfahrens neigt der Senat (des OVG) der Auffassung zu, daß die Mitgliedschaft des Klägers in der DKP ausreicht, die angefochtene Entscheidung zu tragen“ (Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 20.7.79).

Im Klartext bedeutet diese Absichtserklärung selbst einen Rückfall hinter das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Mai 1975 und schlägt allen im Laufe des letzten Jahres gemachten

politischen Absichtserklärungen ins Gesicht. Wird diese Sichtweise Rechtspraxis, so dürfte es in Zukunft zumindest in Hamburg kein einziges gewonnenes Berufsverboteverfahren mehr geben.

Neben den bereits erwähnten „Fällen“, deren Aufzählung mit Sicherheit auch nicht vollständig ist, gibt es noch eine unbestimmte Zahl von „Fällen“, wo die Betroffenen nach der Referendarzeit nicht eingestellt worden sind (mit politischer Begründung) und die bis heute auf Prozeßtermine warten. Einige dieser Fälle haben bereits in erster und z.T. sogar in zweiter Instanz Prozesse verloren, was ja bekanntlich nicht an ihrer besonderen Gefährlichkeit, sondern an der totalen Willkür der Gerichte und der gesamten Berufsverbotepraxis liegt. Natürlich klagen diese Kollegen weiterhin in der nächsthöheren Instanz. Auch für diese Kollegen ließen sich ohne weiteres außergerichtliche Lösungen finden, ihre Berufsverbote aufzuheben.

So ergibt sich insgesamt das Bild, daß die gesamte Berufsverbotepraxis ausschließlich einer politischen Lösung bedarf, daß nach wie vor die verantwortlichen Politiker gezwungen werden müssen, mit der Berufsverbotepraxis aufzuräumen. Das setzt allerdings voraus, daß es der Berufsverbotebewegung gelingt, das jetzt seit etwa einem halben Jahr festzustellende fast totale Schweigen der liberalen und bürgerlich-demokratischen Öffentlichkeit zu durchbrechen. Man muß dann rechnen, daß insbesondere jetzt nach der positiven Entscheidung des Hamburger Beamtenernennungsausschusses sich Summungen verbreiten werden wie: die Liberalisierung läuft doch, warum soll man sich da jetzt noch einmischen; und die linkssozialdemokratische Variante: man kann nicht alles auf einmal erreichen, man darf den Bogen nicht überbücken, oder noch ärger: wer jetzt noch ein laufendes Berufsverboteverfahren hat, der muß ja ein ganz Schlimmeres sein. Konkret in Hamburg sieht zu befürchten, daß die 16 der äußerste Preis waren, den die SPD bereit war, für die Liberalisierungskampagne zu zahlen und in Zukunft nicht bereit ist, noch nur ein einziges Berufsverboteverfahren vom Tisch zu nehmen.

Insbesondere an den linkssozialdemokratischen Teil der Berufsverbotebewegung ist deshalb der Anspruch zu stellen, alle Berufsverbote im Auge zu haben und daran festzuhalten, daß alle Berufsverbote im Auge zu haben und daran festzuhalten, daß die Berufsverbotepraxis und das gesamte damit verbundene politische Klima erst beendet sind, wenn auch das letzte Berufsverbot gefallen ist.

Berufsverbotekommission K.B./Gruppe Hamburg

Berufsverboteverfahrenmeldungen

Eine neue Qualität der Berufsverbotepraxis wurde in Bayern mit dem Fall der Sozialarbeiterin Brunhilde B. erreicht. Brunhilde B. hatte sich zum 1. Januar 1979 um eine Sozialarbeiterstelle am Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren beworben. Sie wurde unter drei Mitbewerberinnen ausgewählt und eingestellt, erhält jedoch jetzt am Ende ihrer Probezeit nicht die zugesagte langfristige Anstellung, sondern die Kündigung und ein Berufsverbot, das von der bayrischen Bezirksregierung von Schwaben ohne jede schriftliche Begründung und unter Verzicht auf jede Vorhaltung oder auf eine Anhörung ausgesprochen worden ist. Nicht einmal die gesetzliche Vorschrift, den Personalarzt von der Kündigung zu unterrichten, wurde eingehalten. Stattdessen wurde ihr in „offiziösen“ Gesprächen von beamteter Seite erklärt, die Gründe für ihre Entlassung lägen „allein im privaten Bereich“ und ihrem „politischen Umfeld“, womit ihre Freundschaft zu einem DKP-Mitglied gemeint ist. Ein neuer in dieser Schärfe bislang wohl noch nicht in der BRD vorgekommener Fall von Sippenhaft also.

SHB-Mitglied Edgar Vögel, der vor zwei Jahren großes Aufsehen erregt hatte und von den SPD-Führern unter anderem als Anlaß genommen worden war, um ihre „Liberalisierungskampagne“ aufzuführen, fällt jetzt der bayrische Verwaltungsgerichtshof eine erste Entscheidung. Per einstweilige Verfügung verpflichtete er den „Freistaat“, den von der CSU-Regierung abgelehnten Lehrmittelschwerer als Referendar in den Schuldienst zu übernehmen. Damit wird Vögel zumindest vorläufig die Möglichkeit eröffnet, seine Ausbildung zu Ende zu führen. Was allerdings danach passiert, steht noch in den Sternen. Ein Sprecher des Bayerischen Kultusministeriums verwies bereits darauf, daß mit dieser einstweiligen Anordnung das Hauptsacheverfahren noch nicht entschieden sei.

Ein positives Urteil fällt ebenfalls das Verwaltungsgericht Lüneburg im Fall des Gymnasiallehrers und DKP-Mitglieds Thomas G. Obwohl die von der niedersächsischen Landesregierung eingesetzte „Anhörungskommission“ keinerlei „Zweifel“ an G's Verfassungstreue feststellen konnte

(ein immerhin recht seltener Fall), hatte die Landesregierung seine Übernahme als Beamter verweigert und diese Entscheidung mit dem „Ermessensspielraum“ der Behörde begründet. Nach Ansicht des Verwaltungsgerichts verstößt diese Praxis allerdings gegen den „Gleichheitsgrundsatz“. Wenn die Regierung trotz erfolgter „Anhörung“ weiterhin an der Verfassungstreue eines Bewerbers zweifelt, so könne sie höchstens die „Anhörungskommission“ zu weiteren Fragen auffordern. Die Regierung wurde vom Gericht verpflichtet, erneut über den Fall zu entscheiden.

Das Landesarbeitsgericht Niedersachsen hat entschieden, daß die Ärztin Renate P. ab sofort im Göttinger Universitätsklinikum beschäftigt werden muß. Renate P. hatte eine ihr zugesagte Stelle monatlang nicht antreten können, weil ihre politische Überprüfung wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft „noch nicht abgeschlossen war“. Das LAG bestätigte damit eine einstweilige Verfügung des Göttinger Arbeitsgerichts.

Berufsverbotekommission

ECKART STRAUBE RADIKALEN (V)ERLASS

(AUF DIE RADIKALEN)

KÖNNEN

WIR UNS

NICHT

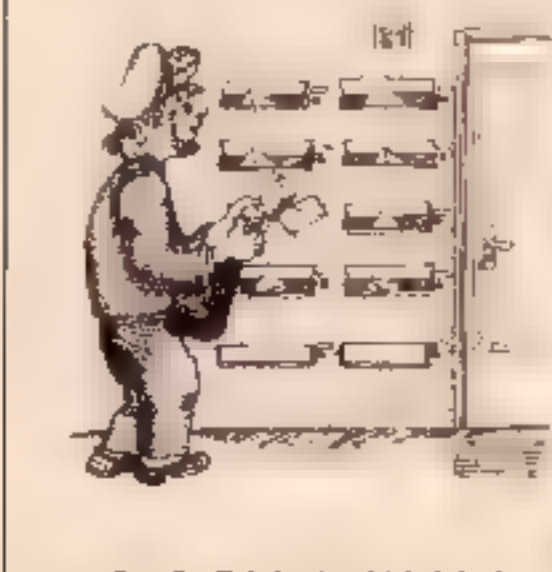
VERLASSEN



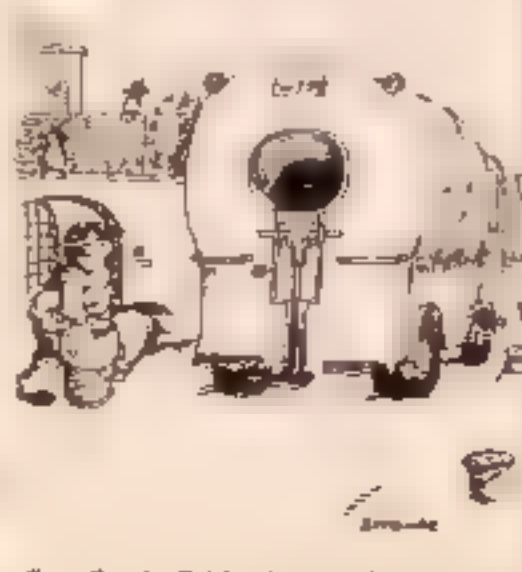
die fahren nur, wenn sie frei haben!



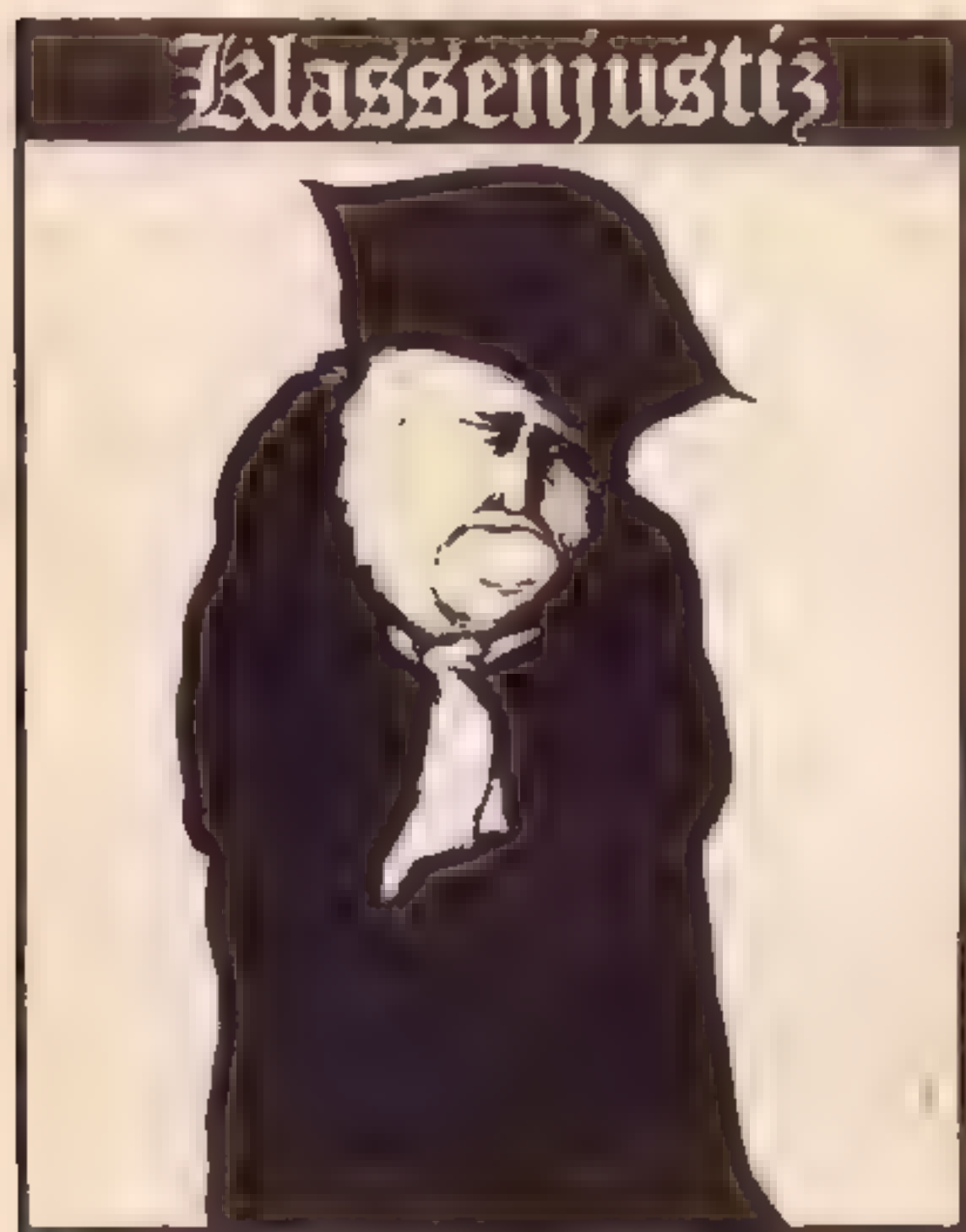
die verstehen unsere Kinder zu Leibesende!



die wollen für jeden das gleiche haben!



die wollen den Reichtum immer mehr vergrößern!



Presseerklärung zum Gesundheitszustand von Rolf Heißler

Am 9.6.79 wurde Rolf Heißler bei seiner Festnahme durch den Schuß eines Polizeibeamten, der gezielt und ohne Vorwarnung auf seinen Kopf zielte, schwer verletzt. Nur durch ein reflexartiges Wegdrehen des Kopfes konnte mein Mandant verhindert werden, daß der Schuß tödlich war.

Dennoch wurde durch den Schuß insbesondere das rechte Auge meines Mandanten stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach mittlerweile vorliegenden Befunden besteht eine Rißverletzung der Aderhaut, die senkrecht durch die Stelle des schärfsten Sehens verläuft. Das Sehvermögen beträgt nur noch 1/100 der Norm.

Diese Verletzung kann selbst nach Aussage eines hinzugezogenen Straubinger Augenarztes nur stationär be-

Last — zu dem mein Mandant wegen der von diesem angeordneten und durchgeführten Zwangsernährung während des Hungerstreiks 1974/75 nicht das geringste Vertrauen hat und zu denen Dr. Last auch gar nicht kompetent war, einmal weil er meinen Mandanten gar nicht untersucht hat und zum anderen, weil er kein Augenarzt ist — hat mein Mandant mittlerweile Strafanzeige gegen Dr. Last wegen unterlassener Hilfeleistung und vorsätzlicher Körperverletzung gestellt.

Die mangelnde ärztliche Betreuung meines Mandanten reißt sich ein in die Haftbedingungen, denen er ansonsten in der JVA Straubing ausgesetzt ist: totale Isolation von anderen Gefangenen (Einzelzelle, Einzelhof

Presseerklärung zum Gesundheitszustand von Rolf Heißler

Am 9.6.79 wurde Rolf Heißler bei seiner Festnahme durch den Schuß eines Polizeibeamten, der gezielt und ohne Vorwarnung auf seinen Kopf zielte, schwer verletzt. Nur durch ein reflexartiges Wegdrehen des Kopfes konnte mein Mandant verhindert werden, daß der Schuß tödlich war.

Dennoch wurde durch den Schuß insbesondere das rechte Auge meines Mandanten stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach mittlerweile vorliegenden Befunden besteht eine Rißverletzung der Aderhaut, die senkrecht durch die Stelle des schärfsten Sehens verläuft. Das Sehvermögen beträgt nur noch 1/100 der Norm.

Diese Verletzung kann selbst nach Aussage eines hinzugezogenen Straubinger Augenarztes nur stationär behandelt werden, eine Behandlung ist dringend erforderlich, um bleibenden Schäden vorzubeugen.

Dennoch hat eine Behandlung meines Mandanten bis heute nicht stattgefunden! Zwar wurde er einmal zur Untersuchung und Behandlung in die Universitätsklinik Erlangen verbracht, wo er darauf bestand, daß der behandelnde Arzt seiner ärztlichen Schweigepflicht nachkomme und die Untersuchungsergebnisse nur ihm bzw. seinem Verteidiger mitteilt, nicht jedoch anderen Stellen, wie BKA, Generalbundesanwalt oder der JVA Straubing. Obwohl dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, durfte der Arzt eine entsprechende Zustimmungserklärung nicht unterzeichnen! Da dadurch die ärztliche Schweigepflicht nicht gewährleistet war, verweigerte mein Mandant die Behandlung.

Anträge auf Hinzuziehung von Ärzten seines Vertrauens — darunter solchen Kapazitäten wie Prof. Schröder, Chefarzt des Katharinenkrankenhauses Stuttgart und Prof. Lund, Direktor der Augenklinik der Universität München, die beide zu einer Behandlung meines Mandanten bereit waren, wurden abgelehnt oder gar nicht beschieden. Doch nicht nur, daß mein Mandant also keine ordnungsgemäße medizinische Betreuung, die dringend erforderlich wäre, erfährt.

auf Veranlassung des Anstaltsarztes Dr. Last wurde mein Mandant aus der Krankenstation in eine Hochsicherheitsabteilung in der JVA Straubing verlegt, obwohl er weiterhin behandlungsbedürftig ist.

ebenfalls auf Veranlassung von Dr. Last wurden meinem Mandanten am 11.8.1979 seine Augenklappe, Watte, Augenkompressen und Pflaster abgenommen.

Diese braucht mein Mandant jedoch dringend, da er infolge seiner Verletzung alles nur unscharf und flimmernd sieht, Konzentrationsstörungen und Kopfschmerzen hat, während das eine Auge zu knifflern muß.

Wegen dieser Maßnahmen von Dr.

Rainer Koch, Hellmut Brunn, Gottfried Krutski, Anwälte
Sandweg 9
Tel. 49 03 92
Gerichtskasten 489

Sonnenberg nicht anklagefähig

Der zu lebenslanger Haft verurteilte Günther Sonnenberg soll nun von einer erneuten Mordanklage aus „gesundheitlichen Gründen“ verschont werden („Tagesspiegel“, 30.8.79). Ursprünglich sollte sich Sonnenberg zusammen mit Knut Folkerts wegen des Baback-Attentats vor Gericht verantworten. Offensichtlich soll damit eine erneute Diskussion um seine Verhandlungs- und damit auch Haftfähigkeit vermieden werden, wie sie in seinem ersten Prozeß nicht zu umgehen war. Im damaligen Prozeß ist auf seine schwere Kopfverletzung jedoch keinerlei Rücksicht genommen worden.

Obwohl Sonnenberg heute offenbar selbst von der Bundesanwaltschaft wegen seiner schweren Krankheit für verhandlungsunfähig gehalten wird, sitzt er auch wie vor in Hohenaußberg in Isolationshaft (s. AK 161).

Westberliner Anti-Rep.-Kommission des KB

Fantasia-Prozeß: Zwei Angeklagte vorläufig frei!

Überraschend wurde am 18.9.79 der Haftbefehl gegen zwei (von drei) inhaftierten Angeklagten außer Kraft gesetzt. Von den insgesamt fünf Angeklagten — die Anklage lautet auf §129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung), §88a (verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) und §90a (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) — sitzt jetzt nur noch Birgit Rauth im Knast. (Aber immer noch unter verschärfter Isolation und Einschränkungen wie Tremscheibe (f), Umkleiden vor und nach Besuchen usw.).

Diese Entscheidung ist vor dem Hintergrund des bisherigen Prozeßverlaufs besonders erstaunlich. Die Verhandlung findet im „Mehrzweckgebäude“ in der JVA Stammheim statt und trägt so schon Züge eines Sondergerichts, denn der Prozeßsaal war ursprünglich nur für das Verfahren gegen A. Baader u.a. gebaut worden und sollte nach dem Prozeß in eine „Mehrzweckhalle“ verwandelt werden. Seit geraumer Zeit finden hier aber schon Prozesse gegen Personen statt, die wegen §129a angeklagt sind — mit den üblich gewordenen Rahmenbedingungen auch in diesem Verfahren: Strenge Kontrolle der Besu-

cher und körperliche Durchsuchung der Verteidiger — selbstverständlich nicht der Richter und Staatsanwälte.

Gewaltsame Räumung

Am zweiten Prozeßtag legten die drei Frauen die Verschärfung ihrer Haftbedingungen seit Verhandlungsbeginn dar. Durch den Prozeß hatte sich ihr Hofgang auf zweimal wöchentlich eine Stunde reduziert, außerdem wurden sie in Handschellen während der Verhandlungspausen abgeführt. Die Richterin Schlüter übergab die Forderung der Angeklagten nach Aufhebung dieser Maßnahmen, wogegen alle fünf Angeklagten heftig protestierten. Daraufhin wurden ihnen kurzerhand die Mikros abgenommen, was zu lautsartiger Empörung unter den Zuschauern führte. Die Richterin ordnete eine Räumung des Saals an, die Zuschauer wurden gewaltsam von den Bullen aus dem Saal gedrängt. Danach wurde die Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit fortgesetzt. Auch am 17.9. kam es wieder zu Zuschauerassaulten: „In einer konzentrierten Aktion zogen sich mehrere Prozeßbesucher die Pullover aus,

worauf auf ihren Unterhemden der Schriftzug „Gemeint sind wir alle!“ zum Vorschein kam. Erst nach Gerangel und Prügelei mit der Polizei konnten ihre Personalien festgestellt und sie für diesen Tag aus dem Saal entfernt werden.“ („TAZ“, 18.9.79).

Jungdemokraten protestieren gegen den Prozeß

Einen Prozeßbeobachter schicken die Judos, der „mit besonderer Sorgfalt“ das Verfahren verfolgen will. Der Judo-Landesvorsitzende, Masson, von Baden-Württemberg, „äußerte den Verdacht, daß die Fantasia-Druckerei in Wirklichkeit deshalb kaputt gemacht werden sollte, weil sie zu unangenehme politische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit geleistet habe. Daher wollen die Jungdemokraten einen Prozeßbeobachter entsenden, um einen rechtsstaatlich einwandfreien und fairen Verlauf des Verfahrens gegen die Fantasia-Drucker durch Schaffung kritischer Öffentlichkeit wahrscheinlicher zu machen.“ („Die Neue“, 12.9.79).

Westberliner Anti-Rep.-Kommission des KB

Inlandsarrest für Croissant?

Unter Mißachtung des deutsch-französischen Auslieferungsabkommens versuchen die bundesdeutschen Behörden, den Stuttgarter Ex-Anwalt Klaus Croissant nach Verhängung seiner noch nicht rechtskräftigen Haftstrafe erneut anzuklagen.

Croissant war im November 1977 nach massiven Interventionen der Bundesregierung von der französischen Justiz ausgeliefert worden. Allerdings durfte er nur wegen der Unterstützung des sogenannten „Info-Systems“ zwischen Verteidigern und Mandanten angeklagt werden, weil das Pariser Appellationsgericht die übrigen von der Bundesanwaltschaft erhobenen Vorwürfe (angebliche „Rekrutierung der RAF“ in seinem Anwaltsbüro als „z. B.“ und nicht bewiesen zurückgewiesen hatte („TAZ“, 30.8.79).

Um Croissant dennoch erneut vor Gericht stellen zu können, sollen ihm nun die Ausreisepapiere nach seiner Haftentlassung verweigert werden. So soll es ihm unmöglich gemacht werden, die BRD legal zu verlassen und sich einer nochmaligen Strafverfol-

gung wegen der von Frankreich nicht akzeptierten Vorwürfe zu entziehen.

Dieser Inlandsarrest ist ein eindeutiger Verstoß gegen den Art. 16 des deutsch-französischen Auslieferungsabkommens, wonach einem Ausgelieferten nach Verbüßung seiner Haftstrafe eine Schonfrist von 30 Tagen zusteht, innerhalb derer er das Land verlassen können muß.

Gegen diesen Verstoß hat Croissant Klage beim Verwaltungsgericht erhoben lassen, über die am 18.9. verhandelt werden sollte. Das Verwaltungsgericht jedoch verurteilte die Verhandlung, um vorerst das noch nicht rechtskräftige Urteil der ersten Instanz zu prüfen („TAZ“, 19.9.79).

Am 15.9. verhandelte das Stuttgarter Ehrengericht über die weitere Anwaltszulassung von Croissant. Das Baden-Württembergische Justizministerium fordert für ihn Berufsverbot, weil er mit seiner damaligen Flucht nach Frankreich gegen die ihm „obliegende Residenzpflicht“ verstoßen habe („FR“, 17.9.79). Das „Ehren“-Gerichtsurteil steht noch aus.

Unter Mißachtung des deutsch-französischen Auslieferungsabkommens versuchen die bundesdeutschen Behörden, den Stuttgarter Ex-Anwalt Klaus Croissant nach Verhängung seiner noch nicht rechtskräftigen Haftstrafe erneut anzuklagen.

Croissant war im November 1977 nach massiven Interventionen der Bundesregierung von der französischen Justiz ausgeliefert worden. Allerdings durfte er nur wegen der Unterstützung des sogenannten „Info-Systems“ zwischen Verteidigern und Mandanten angeklagt werden, weil das Pariser Appellationsgericht die übrigen von der Bundesanwaltschaft erhobenen Vorwürfe (angebliche „Rekrutierung der RAF“ in seinem Anwaltsbüro als „z. B.“ und nicht bewiesen zurückgewiesen hatte („TAZ“, 30.8.79).

Um Croissant dennoch erneut vor Gericht stellen zu können, sollen ihm nun die Ausreisepapiere nach seiner Haftentlassung verweigert werden. So soll es ihm unmöglich gemacht werden, die BRD legal zu verlassen und sich einer nochmaligen Strafverfol-

gung wegen der von Frankreich nicht akzeptierten Vorwürfe zu entziehen.

Dieser Inlandsarrest ist ein eindeutiger Verstoß gegen den Art. 16 des deutsch-französischen Auslieferungsabkommens, wonach einem Ausgelieferten nach Verbüßung seiner Haftstrafe eine Schonfrist von 30 Tagen zusteht, innerhalb derer er das Land verlassen können muß.

Gegen diesen Verstoß hat Croissant Klage beim Verwaltungsgericht erhoben lassen, über die am 18.9. verhandelt werden sollte. Das Verwaltungsgericht jedoch verurteilte die Verhandlung, um vorerst das noch nicht rechtskräftige Urteil der ersten Instanz zu prüfen („TAZ“, 19.9.79).

Am 15.9. verhandelte das Stuttgarter Ehrengericht über die weitere Anwaltszulassung von Croissant. Das Baden-Württembergische Justizministerium fordert für ihn Berufsverbot, weil er mit seiner damaligen Flucht nach Frankreich gegen die ihm „obliegende Residenzpflicht“ verstoßen habe („FR“, 17.9.79). Das „Ehren“-Gerichtsurteil steht noch aus.

Stammheim-Nachlese: Freispruch für Rechtsanwältin A. Goy

In einem Berufungsverfahren vor dem Westberliner Landgericht wurde die Rechtsanwältin Alexandra Goy am 18.9.79 vom Vorwurf der Beleidigung von Vollzugsbeamten freigesprochen.

Zur Vorgeschichte: Während der Kontaktsperre im Oktober 1977 und nach dem Stammheimer „Selbstmord“ hatte sich A. Goy in einem Telefongespräch bei dem persönlichen Referenten des damaligen Justizsenators Baumann um eine Besuchsgenehmigung bei ihrem Mandanten Fritz Teufel und Monika Berberich bemüht. In diesem Zusammenhang soll sie von „Ermordung“ bzw. „Selbstermordung“ in Stammheim gesprochen haben (nach „Tagesspiegel“ vom 19.9.79).

Die CDU startete seinerzeit eine kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus, ein Verfahren wurde eingeleitet und

A. Goy in 1. Instanz zu einer Geldstrafe von 1000 DM verurteilt. A. Goy habe Vollzugsbeamte beleidigt, ihnen einen Mordabsichten unterstellt worden. Das meinte der Staatsanwalt auch im Revisionsverfahren und beantragte 3000 DM Geldstrafe.

Das Landgericht konnte nun keine Beleidigung einer bestimmten Personengruppe sehen. „Auch während der Kontaktsperregesetzes hatten auch nur Vollzugsbeamte, sondern z.B. auch Kriminal- und Verfassungsschutzbeamte Zugang zu den Gefangenen gehabt, was auch der Staatsanwaltschaft bekannt sein mußte. Spekulationen darüber, wer beleidigt sein konnte, seien nicht Aufgabe des Gerichts.“ („Tagesspiegel“, 18.9.79).

Westberliner Anti-Rep.-Kommission des KB

Soffel-Prozeß eingestellt

Der am 22.8. begonnene Prozeß gegen Herbert Soffel wegen angeblicher Verletzung von Krankenakten (s. AK 161) ist vorläufig eingestellt worden. „... wird in Anbetracht der im Gefangenentransportprozeß zu erwartenden sehr hohen Gesamtstrafe von einer weiteren Strafverfolgung abgesehen“, heißt es in der Einstellungsbegründung („TAZ“, 10.9.79).

Bei den angeblich von Soffel verzeichneten Krankenakten („Verwundungsdruck“) handelt es sich um verschwundene Akten aus der JVA Frankfurt/M., die Aufschluß über etwaige gesundheitliche Einwirkungen des Hessischen Justizministeriums auf den damaligen Anstaltsarzt während des Hungerstreiks im Sommer 1977 hätten geben können!

Rechtsanwalt Wendenhammer beantragte im Prozeß die Ablehnung des Staatschutzarztes Schwedes, der wesentlich verantwortlich zu machen ist für die Nichtbehandlung des durch die Isolationshaft schwer kranke machen Herbert Soffel. Wendenhammer beantragte stattdessen den international renommierten Sachverständigen für forensische Psychiatrie, Prof. Dr. Rasch aus Westberlin. Der Antrag wurde abgelehnt.

Für Herbert Soffel ist damit die letzte Möglichkeit abgeschnitten, durch kompetente Gutachter zumindest eine Relativierung des Staatsschutzgutachtens im Gefangenentransportprozeß zu erreichen.

Westberliner Anti-Rep.-Kommission des KB

Seyfried festgenommen



Angeblich wegen des kleinen Aufklebers „Gestinnungsüberprüft bis 11.79“, der einer TÜV-Plakette ähnlich sieht, war der stadt- und landbekannte Comic-Zeichner Gerd Seyfried in Westberlin vorübergehend festgenommen worden. Währenddessen durchsuchten sechs Bullen seine Wohnung wegen „Verdachts auf Fälschung“ und beschlagnahmten etliche Fotos und eine Zwillie („TAZ“, 6.9.79).

Wo die echten, nicht gefälschten Gestinnungs-TÜV-Plaketten ausgestellt werden, ist noch unbekannt!

Westberliner Anti-Rep.-Kommission des KB

Die schriftliche Urteilsbegründung des Westberliner Schmücker Prozesses liegt jetzt vor.

Am 27. Juli sind Ilse Jandt zu lebenslanger Haft, Wolfgang Weißlau zu acht Jahren, Wolfgang Ströken, Sonke Löffler und Annette v. Wedel zu je vier Jahren Jugendstrafe verurteilt worden. Hauptbelastungszeuge war der Kronzeuge und Verfassungsschutz-Agent Jürgen Bodeux. Die Glaubwürdigkeit dieses Bodeux ist im Revisionsverfahren immer mehr durch Widersprüche und vor allem das Bekanntwerden seiner dubiosen Vergangenheit als Provokateur und geheimer Mitarbeiter des VS zerstört worden.

Bodeux und der VS bestreiten bis heute hartnäckig — was Wunder — ihre jahrelange Zusammenarbeit, die lange vor dem Tod des VS-Spitzele Schmücker 1974 begonnen hat. Die Verteidiger haben in ihren viele hundert Seiten langen Plädoyers äußerst gründlich und allein anhand bewiesener Tatsachen ihre mehr als berechnete Vermutung begründet, daß Bodeux VS-Agent, Provokateur und ein Staatschutz-Lügner ist, dessen Aufgabe es in diesem Verfahren war, der angeklagten Wolfsburger Gruppe einen Mord in die Schuhe zu schieben, für den der VS zumindest die Mitverantwortung trägt: Wie die Fernsehserie „Panorama“ enthüllte, hat der VS seinen Mitarbeiter Schmücker in der Tatnacht auch am Tatort beobachtet! (s. AK 156)

Wenn überhaupt die Wolfsburger Gruppe irgendwas mit dem Tod Schmückers zu tun haben soll, wenn Bodeux im wesentlichen die Wahrheit gesagt haben soll, wenn er tatsächlich gemeinsam mit den Wolfburgern die Ermordung Schmückers geplant haben soll, dann bedeutet die Enttarnung Bodeux's als VS-Agent, daß der VS an einem Mord beteiligt gewesen wäre.

Die vielen Indizien, die für Bodeux's Agentenrolle sprechen können hier nicht noch einmal sämtlich aufgezählt werden (verwiesen sei auf AK 148, 151 und 156). Es soll hier nur anhand von einem Beispiel gezeigt werden, wie das Gericht mit Hilfe unglaublicher Argumentationsakrobatik diese Indizien vom Tisch zu fegen versucht hat, um zu verurteilen, ohne gleichzeitig den VS aufs schwerste zu bezaubern.

Der „stern“ hat während des Prozesses enthüllt, daß Bodeux 1974 in einem Porzer Raubmordfall, den man mal wieder „Terroristen“ in die Schuhe schieben wollte, vom zuständigen Kommissar Kondziela in einer Akte als „Kontaktmann“ bezeichnet worden war. Die Polizei hatte damals

Urteil im Schmücker-Prozeß: Im Zweifel für den Verfassungsschutz

von einem „VS-Informanten“ Informationen über den Mordfall bekommen. Was liegt näher, als daß der „Kontaktmann“ Bodeux dieser Informant gewesen ist, zumal Bodeux die schließlich als Raubmörder Beschuldigten (sie mußten später freigesprochen werden) gut kannte? Das Gericht aber kommt zu dem spitzfindigen Schluß, der Zeuge Kondziela habe mit dem Begriff „Kontaktmann“ „keine klare Vorstellung“ verbunden. Der VS-Mann Koppermann, der Kondziela über Bodeux informiert hat, habe zwar hierzu nicht gehört werden können, „da der Bundesminister des Inneren ihm keine Aussagegenehmigung erteilt hat. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat hierzu jedoch eine Behördenklärung abgegeben. Darin hat diese Dienststelle wiederholt, daß Jürgen Bodeux kein geheimer Mitarbeiter ... war oder ist, die Gedächtnisvermerke seien mißverständlich abgefaßt. ... Wenn Kondziela in seinem Aktenvermerk Jürgen Bodeux als „Kontaktmann“ bezeichnet habe, dann habe dies lediglich bedeutet, daß Bodeux Kontakt zu der anarchoistischen Gruppe, nicht aber zum Bundesamt für Verfassungsschutz gehabt hätte. Der Leiter der Regierungsabteilung beim Bundesamt für Verfassungsschutz, der Zeuge Abramowski, ... hat glaubhaft versichert, daß der Zeuge Bodeux weder damals noch heute ein geheimer Mitarbeiter ... war oder ist. Wie die strittigen Fassungen der Aktenvermerke des Zeugen Kondziela zustande gekommen sind, hat dieser Zeuge nicht klären können. Er hat aber mit aller Bestimmtheit bekundet, daß sie nach seiner Kenntnis insofern sachlich falsch seien, als darin zum Ausdruck komme, daß Bodeux ein Kontaktmann des Bundesamtes für Verfassungsschutz sei. ... Die Strafkammer hat keinerlei Anlaß, an der Richtigkeit dieser Angaben, Anm. AK) zu zweifeln.“

Deutlicher kann es nicht formuliert werden im Zweifel (wenn hier überhaupt Zweifel angebracht sind) für den Verfassungsschutz und gegen die Angeklagten!

Die Aussageverweigerung des VS-Mannes Koppermann ist eine von sehr vielen im Schmückerprozeß (s. AK 156 und 158). Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb am 28.7. über den Prozeßausgang in den Überschriften: „Fehlende Aktenblätter, Zeugen, die schweigen und ein umstrittener Kronzeuge: Der sonderbare Prozeß um den Fememord an dem Anarchisten Ulrich

Gerechtigkeit könne dadurch leiden. Der SPD-Abgeordnete Emmerlich sagte, wenn sich der Eindruck festsetze, daß die Exekutive mit Hilfe der Nichterteilung von Aussagegenehmigungen den Ausgang von Strafverfahren steuere, würde der Rechtsstaat Schaden nehmen.“ („Tagespiegel“, 21.9.79). Der gleiche Westberliner Innensenator Ulrich verweigerte im



Schmücker — Nur der Verfassungsschutz weiß, was wirklich geschah.

Als kürzlich Astrid Proß freigesprochen wurde, nachdem der Westberliner Innensenator dem VS-Mann und Hauptbelastungszeugen im Proß-Prozeß keine Aussagegenehmigung erteilt hatte, war die Empörung groß: „Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Springer, bewertete die Aussageverweigerung als administrativen Mißbrauch zu Lasten der Justiz. Er äußerte die Befürchtung, das Vertrauen des Bürgers in Recht und

Schmückerprozeß dem VS-Mann „Peter Rühl“, der seinerzeit für seinen Informanten Schmücker verantwortlich gewesen ist, die Aussagegenehmigung mit der Bemerkung, er hätte sie ihm nicht verweigert, wenn er fürchte, daß im Schmückerprozeß Unschuldige verurteilt würden! Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß im Schmücker-Verfahren die Exekutive (VS, BKA, Innenministerium, Innensenator) mit Hilfe der Nichterteilung von Aussagegenehmigungen die Wahrheitsfindung ganz erheblich be-

hindert und den Ausgang des Prozesses ganz wesentlich gesteuert hat. Aber es wurde verurteilt, und der Protest blieb aus.

Dem Gericht war es nicht genug, sich über alle Zweifel an der Glaubwürdigkeit Bodeux's hinwegzusetzen, sie zu ignorieren oder sie mit unwahrscheinlichsten Konstruktionen wegzufegen. Es konnte sich nicht verkneifen, in das Urteil zu schreiben, daß es für die zur Tatzeit jugendlichen Angeklagten eine Jugendstrafe von je zehn Jahren „für allem schuldangemessen und erzieherisch notwendig“ habe. Nur war es an die verhängten Strafen der ersten Instanz als Höchstmaß gebunden. Derwegen hat das Gericht eine andere Strafe hinzugefügt: die finanzielle Ruinierung der Angeklagten; sie sollen bei der Prozeßbezahlen, insgesamt etwa eine Million Mark! Was aber können die Angeklagten dafür, daß die ersten Urteile wegen Fehler des Gerichts aufgehoben werden mußten? Wer wagt da noch, Revisionsanträge zu stellen?

Aus „erzieherischen Gründen“ sei es geboten, die (in ihrem Auftreten vor Gericht „demonstrativ nachlässigen, in ihrer Kleidung, Haartracht und Ausdrucksweise altersmäßig unterentwickelten“) Jugendlichen „nicht von der Zahlung der Kosten und Auslagen zu befreien, um ihnen u.a. zu zeigen, daß sie für alle Folgen der Tat einzustehen haben“. Bei den Angeklagten Weißlau und v. Wedel sei zwar „bisher eine erzieherische Wirkung nicht durch die erlittene Untersuchungshaft zu erkennen“. Die Reststrafe aber könne diese noch erzielen.

Den Haß gegen die Wolfsburger Gruppe, insbesondere gegen Ilse Jandt, hatte der Vorsitzende Filzner schon vor der Urteilsverkündung demonstriert: er lehnte Ilse's Antrag auf Verlegung in die Lehnstrasse wegen ihrer angeblichen „Gemeingefährlichkeit“ ab, so daß sie nach wie vor im Moabit „Turm“ in Totalisolationshaft sitzt. Aussicht auf Verlegung soll es wahrscheinlich erst bei Straffreiheit geben, wenn das Urteil rechtskräftig ist. Ein Druckmittel mehr, nicht noch einmal Revision einzulegen. Trotzdem werden die Verteidiger auch dieses Urteil wegen einer Fülle von Verfahrensfehlern rügen müssen, und man darf gespannt sein, ob der Bundesgerichtshof auch diesmal das einzig Konsequente tut: erneute Aufhebung der Urteile und Verweisung in die dritte Instanz oder Einstellung des Verfahrens.

Das Schmücker-Verfahren ist noch nicht zu Ende.

Westberliner Anti-Rep. Kommission des KB

Kontakte in den Knast aufrecht erhalten!

Beitr. Arbeiterkampf Nr. 162 vom 17.9.1979

Artikel der Lateinamerikakommission auf Seite 26

Maßnahmen gegen Untersuchungshäftlinge

Hallo Genossen,

habe heute durch Zufall eure Zeitung in die Finger bekommen und besonders zu dem oben erwähnten Artikel möchte ich Stellung nehmen. Was da angebracht wird, das Nichtaushändigen von bestimmten Zeitungen, ist hier bei uns an der Tagesordnung.

Ich bin Strafgefangener und versuche seit geraumer Zeit die Genehmigung zu erhalten, daß ich die Zeitungen 1 D., Pflasterstrand und Blatt empfangen darf. Jeder Versuch wird von der Anstaltsleitung lapidar mit der Auskunft abgelehnt, diese Zeitungen seien nicht im Postverteilerverzeichnis eingetragen. Verwunderlich ist nur, daß es sich ausschließlich um Zeitungen der Linken handelt. Bayernkurier, Deutschland Magazin usw. werden anstandslos ausgehändigt. Hier handeln aber sämtliche Organe des RECHTS-Staates Hand in Hand, egal wohin man sich wendet, man hat einfach keinen Erfolg.

Ich muß aber hier auch bemängeln, daß es uns hier echt an Unterstützung von draußen fehlt. Man hat den Eindruck, daß auf Seiten der Linken das Thema Knast zu unbegreiflich ist. Es wird einfach nicht versucht, irgendwelche Kontakte über die Mauern hinweg aufrecht zu erhalten. Alles ist mit der Inhaftierung einfach wie ausgelöscht und man meint, daß es wirklich nur leere Phrasen waren, welche uns draußen bei irgendwelchen Versammlungen erzählt wurden, denn wer kümmert sich um den Knast, wenn er nicht gerade zu den prominenten Terroristen zählt? Ich selbst bin wegen meiner Sympathisantenschaft für einige Jahre weg vom Fe-

ster, aber davon will ich nicht reden. Ich finde es nur falsch, immer wieder zu jammern, weil ein großer Linker etwas nicht bekommt, wo andere — kleine Linke — noch schlimmer dran sind. Für uns ist es doch ein wirklich harter Existenzkampf hier hinter den Gittern, denn uns wird wegen unserer Einstellung fast alles beschritten. Es ist einfach Scheiße, daß hier überhaupt Einschränkungen gemacht werden. Egal wer diese Einschränkungen zu verspüren hat. Es soll nicht geklagt werden, daß wir hier sämtlich unter schwersten Bedingungen zu leiden haben (Arbeitsverbot, weil wir andere mit unseren Meinungen anstecken könnten; keine Einkaufsmöglichkeiten, da wir keine Arbeit bekommen und deswegen auch kein Hausgeld haben; Freizeitsperren; Einzelhofgang usw.). aber daraus sollte auch mal von Euch draußen etwas getan werden. Für uns wäre es schon wichtig, nicht allen Kontakt nach draußen zu verlieren, zu spüren, daß man nicht ganz vergessen ist und nicht umsonst sitzt. Ich kann meinen heutigen Brief nur abschließen mit der Gewißheit, daß für mich der Kampf weitergeht. Ich würde mich nur freuen, wenn man ein wenig merken würde, daß es sich auch für uns noch lohnt, damit man sich durch die hier vorherrschende Lethargie nicht anstecken läßt. Denke ein wenig auch an uns — die kleinen Linken — die vielleicht nicht in die Geschichte eingehen, aber bei jeder Revolution gebraucht werden.

In der Hoffnung, Euch ein wenig aufgerollt zu haben und vielleicht mal etwas von irgendjemanden zu hören, sende ich

kommunistische Grüße

Robert Hannemann
Postfach 101 946 (JVA)
3500 Kassel 1

Prozeß gegen Brigitte Heinrich

Eine neue Variante, die Verteidigung in einem politischen Prozeß unmöglich zu machen, muß Brigitte Heinrich, linke Diplom-Volkswirtin und Präsidentin des Frankfurter Studentenparlaments, erleben.

Am 3.10. soll vor dem Landgericht in Karlsruhe der Prozeß gegen sie wegen „Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz“ und wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ eröffnet werden.

Wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ war sie bereits während der „Winterreise“-Razzia im November 1974 verhaftet, fünf Monate im Gefängnis strengstens isoliert und schwer krank gemacht worden. Dermalige Zeugen der Anklage: Verfassungsschutzagenten Rolf Mauer und Jürgen Bodeux, seit dem Schmücker Prozeß ebenfalls als wichtiger bekannt. 1976 wurde der Haftbefehl wegen Nicht-Beweisbarkeit bzw. Nicht-Strafbarkeit des Vorwurfs aufgehoben, am selben Tag aber noch ein neuer erlassen. Jetzt sollte zu Ende 1973, Anfang 1974 Handgranaten und Trei-Minen von der Schweiz über die grüne Grenze in die BRD gebracht und damit die RAF unterstützt haben, woraufhin die Bundesanwaltschaft Anfang 1978 wegen der oben aufgeführten Punkte Anklage erhob. Zeugen der Trei-Minen-Geschichte sollen drei Schweizer Vernehmungsbeamten von ihren Dienstherrn ein Zeugnisauftritt in Karlsruhe verboten wurde, reiste das Karlsruher Gericht am 18./19.9. in die Schweiz, um der kommissarischen Zeugenvernehmung als Gast beizuwohnen. Die Verteidiger „durften“ auch mitreisen, ohne das Recht zu haben, auch nur eine Frage an die Zeugen zu stellen. Das sei ausschließlich Sache des zuständigen schweizerischen Bezirksanwalts. Brigitte Heinrich selbst könnte nicht in die Schweiz fahren, da sie dort sofort verhaftet worden wäre. Freies Geleit wurde ihr nicht gewährt. Auf diese Weise ist vor Prozeßbe-

ginn schon der entscheidende Teil der Beweisaufnahme — nämlich die direkte Zeugenbefragung — vorweggenommen, ohne Brigitte Heinrich und ihren Anwälten auch nur die geringste Möglichkeit zur Verteidigung zu geben.

PS: Da das Verfahren sich über Monate hinwegziehen und die Verteidigungskosten in die Tausende DM

gehen werden, sind Spenden für Brigitte Heinrich dringend nötig. Konto Nr. 336 81 243, Brigitte Heinrich, Frankfurter Sparkasse von 1822, Stichwort Prozeß (Informationen nach „TAZ“, 14.9.)

Westberliner Anti-Rep. Kommission des KB

Die „Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht



Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord!

Broschüre im A 4-Format, 56 Seiten

Preis DM 4,-

Dokumentationsmaterial zum KB-Prozeß, mit der Ankageschrift

++ Hintergrundmaterial (AK-Artikel) ++ Berichte (Prozeßinfo)

Für Interessierte haben wir zusätzlich eine Arbeitsbroschüre mit dem aktuellsten Stand zusammengestellt. Solidaritätspreis DM 5,-

Kurzmeldungen

„Stern“-Redakteure gewinnen gegen de Somoskoey

Victor Henry de Somoskoey, der als „Prozeßhans“ inzwischen eine traurige Berühmtheit erlangt hat, hatte Anzeige wegen Beleidigung gegen zwei Redakteure des „Stern“ gestellt. Er hatte sich durch einen Bericht im „Stern“ vom 6. Oktober 1977 beleidigt gefühlt, in dem über einen Prozeß am Kölner Landgericht, unter Vorsitz von Richter Somoskoey, geschrieben wurde. Somoskoey sei ein „Mann von internationalem Verruf“, der „den Prozeß gegen Beate Kiersfeld (bekannte Antifaschistin) so geschickt“ geleitet habe, daß „ihm die französische Tageszeitung ‚Combat‘ das Prädikat ‚Nazi-Richter‘ verlieh“. Der Richter habe außerdem in einem anderen Fall „hanebüchen“ geurteilt.

In der Verhandlung am 30.8.79 vor dem Hamburger Amtsgericht forderte der Staatsanwalt Freispruch für die Angeklagten, weil während der Verhandlung durch ausländische Zeitungsberichte bewiesen worden sei, daß Somoskoey tatsächlich in „internationalen Verruf“ stehe. Der Richter sprach die Redakteure schuldig und betonte in seiner Urteilsbegründung unter anderem, die Aufgabe der Presse sei es nicht allein zu informieren, sondern auch Kritik zu üben. Die Bezeichnung „Nazi-Richter“ sei als Zitat, nicht als eigene Meinung der Angeklagten zu werten, zumal der Autor diese Bezeichnung in Anführungszeichen gesetzt habe (nach „Tagesspiegel“, 31.8.79).

De Somoskoey hat bisher weit mehr als 20 Strafanträge gegen Kritiker gestellt, unter anderem gegen den Schriftsteller Böll, gegen den Westdeutschen Rundfunk und gegen Henrik M. Broder.

Daß der Prozeß jetzt für die Redakteure des „Stern“ so positiv ausgegangen ist, ist sicherlich auch einem Buch zu verdanken, was gerade neu erschienen ist. Es behandelt ausführlich anhand von Dokumenten und Zeitungsartikeln das Vorgehen des „Prozeßhans“ Somoskoey. Herausgeber sind eine ganze Reihe von demokratischen und fortschrittlichen Personen, u.a. Axel Eggbrecht, Peter Conrad, Manfred Coppi, Ingeborg Drewitz, Klaus Thüsing.

Das Buch ist unbedingt lesens-

wert. Es ist unter dem Titel „Victor Henry gegen alle – der Fall Somoskoey“ im Lamuv-Verlag erschienen. Lamuv-Verlag GmbH, Martinstr. 7, 5303 Bornheim-Merten. Bestellnummer 601-01371-4.

Verfahren gegen Willy Bleicher eingestellt

„Betet, damit ihr nicht in Versuchung kommt, den Verbrechern zu folgen, die sich NPD nennen.“

Wegen dieser Äußerung auf einer Protestveranstaltung des DGB am Vorabend des diesjährigen NPD-Parteitages in Tuttingen wurde gegen Willy Bleicher von der NPD Klage wegen Beleidigung erhoben. Daraufhin haben sofort 100 Leute Selbstanzeige erstattet, da sie, ebenfalls in aller Öffentlichkeit, das Gleiche geäußert haben. Inzwischen wurde das Ermittlungsverfahren gegen Willy Bleicher eingestellt. Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft erfolgte die Einstellung des Verfahrens, da Bleichers Schuld „nur als gering“ angesehen werden könne. Bleichers Schuld müsse vor dem Hintergrund persönlicher tiefgreifender Erlebnisse während der faschistischen Gewaltherrschaft des Dritten Reiches gesehen werden.

Bleicher hat den Terror der Nazis im KZ jahrelang selbst gespürt. Bei ihm überhaupt von einer „Schuld“ zu sprechen, kommt einer Loyalitätsklärung mit der NPD gleich. Dies muß jedem Antifaschisten ein Schlag ins Gesicht sein (nach „TAZ“ vom 4.9.79).

JKAH

Frankfurt: Eingestellt wurde vor zwei Wochen ein Verfahren gegen zwei Jugendliche Antifaschisten, die im März das Haus des niederösterreichischen Nazis Emil Dilger (zu der Zeit „ANE-Europawahlkampfzentrale“) besetzt hatten. Der Richter erwähnte die beiden, die an sich „ehrenwerten“ Ziele zukünftig nur noch mit solchen Mitteln zu verfolgen, die das Gesetz zulasse.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Militarismus

Antimilitarismus

Militaristen-Show:
Jetzt auch in Nürnberg!

„Nürnberg ist stolz auf seine Bundeswehr. Sie sind Bürger dieser Stadt und wir begrüßen sie in unseren Mauern.“ Mit diesen Worten beendete SPD-Oberbürgermeister Urschleier das große Militärspektakel, das am 18.9. im Zentrum von Nürnberg, vor der Lorenzkirche, inszeniert worden war. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte von Nürnberg fand hier, wie schon in Mönchengladbach, Fulda und Dortmund, wieder eine öffentliche Rekrutenvereidigung statt. Geradezu zynisch, daß die Militaristen sich hierfür Nürnberg (die Stadt mit der Tradition der Nazi-Reichsparteitage) ausgewählt hatten, und daß die Vereidigung dann auch noch genau an demselben Platz stattfand, auf dem zur Zeit des Faschismus jahrelang SA- und SS-Verbände vereidigt worden waren! Neben der verarmten Stadtprominenz waren Ehrenkompanien, ein Ehrenzug der US-Armee und ein Bundeswehr-Musikkzug aufgebieten worden, um dem ganzen einen feierlichen Rahmen zu verleihen – allerdings sollten sie hiermit einige Schwengkeiten haben. Neben den 3000 „Zuhörern“ hatten sich vor der Lorenzkirche über 1000 Antimilitaristen versammelt, um ihren Protest gegen das Militärspektakel mit Transparenten, Sprechchören, Trillerpfeifen und Liedern zum Ausdruck zu bringen. Von den Lobreden auf den „friedlichen Charakter der Bundeswehr“ war jedenfalls kaum etwas zu hören.

geben, wurde bereits bei der Vereidigung in erschreckender Weise deutlich. Nicht nur, daß beim Abspielen der Nationalhymne deutlich hörbar die 1. Strophe – „von der Maas bis an die Memel“ – gesungen wurde, die Antimilitaristen mußten wiederholt erleben, daß die Polizei bei ihrem brutalen Vorgehen auch noch angefeuert wurde, schärfer durchzugreifen, doch gleich „mit Panzern in die Demonstrationen hereinzufahren“ oder die Antimilitaristen am besten gleich „in Gaskammern zu stecken“. Auch die Leserbriefe und Kommentare in der „Nürnberger Zeitung“ zeigten die rechtsradikale Geminnung der Unterstützer dieses Militärspektakels in erschreckender Deutlichkeit. „Den Demonstrationen sei empfohlen, nächstes Jahr mit ihren Parolen ehrlicher zu sein. ‚Nieder mit der Freiheit – Nieder mit der Verteidigung der Freiheit – Sieg des Kommunismus ohne Widerstand‘. Die Zuschauer sollten sich dann die Gesichter dieser Typen gut ansehen und sich vorstellen, wie diese einmal als schwerbewaffnete Volksmilizien durch die Straßen fahren und Karer bewachen, oder als ebenso sture wie unfähige Funktionäre uns die Freiheit und den Wohlstand austreiben könnten.“ Hier ist nicht nur die Rede von „randalierenden Polli-Fanatikern“, von „komischen Hampelmannern, die mit lautem und hysterischem Gebrölle versuchen, die 160 Rekruten vor St. Lorenz ins Bock-

und sich dafür einzusetzen, daß sie in Nürnberg nicht möglich ist.“ Unschlechter hielt es nicht für erforderlich, auf die von der SöDZDL angeführten Argumente einzugehen und antwortete lapidar: „Ich sehe keine Veranlassung, ihrem Wunsch zu entsprechen.“ Die Bundeswehr hat, wie dies auch in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder erfolgte, das Recht, auf öffentlichen Plätzen der Stadt Nürnberg derartige Veranstaltungen durchzuführen. „Ich sehe in den Soldaten der Bundeswehr die Bürger in Uniform, die mit ihrem Gelübde sich bereiterklären, die Bundesrepublik Deutschland zu verteidigen.“ („NN“, 30.8.79).

Angesichts dieser frechen Ignoranz gegenüber dem demokratischen Protest schrieben 7 weitere Organisationen und Einzelpersonen „Offene Briefe“ an den SPD-Oberbürgermeister. Gleichzeitig fand auf Einladung der DfG/VK und der SöDZDL ein Treffen statt, bei dem ein ähnliches Bündnis von 20 Organisationen zustande kam, u.a. die „Grünen“, Jusos, Judos, Falken, Nürnberger Initiative für Frieden-Abrüstung und Zusammenarbeit, SDAJ, Arbeiterbund, BDP/HIJ, KR, sowie Einzelpersonen aus dem kirchlichen Bereich, wie Diakon Deindörfer, Beauftragter der evangelischen Kirche für KDV und ZDL waren beteiligt. Von der gewerkschaftlichen Seite war leider wenig zu hören, nachdem die Einladung an



Die Polizei – Freund und Helfer der Militaristen!

Gleich zu Beginn der Vereidigung hatte die Polizei einen Ring um die Demonstranten gebildet und versucht, sie nach hinten wegzudrängen. Als sich die Demonstranten hineinsetzten, kam es zu einigen Übergriffen der Polizei, wobei regelrechte Stoßtrupps zwischen die Antimilitaristen fielen und brutal einzelne herausgriffen, sie an den Haaren zogen und mit Fußtritten bearbeiteten. Die Herausgegriffenen wurden hinter die Polizeiabsperrung geschleppt, wo sich auch Feldjäger der Bundeswehr aufhielten. 3 der Antimilitaristen wurden verhaftet, während zweien von ihnen jede Auskunft über den Grund ihres Verhaftens verweigert wurde, teils man dem dritten von ihnen mit, er habe mit einer Anzeige zu rechnen, und zwar nicht nur wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt“, sondern auch wegen „Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland“ weil er die Parole „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ gerufen habe! Die drei Verhafteten wurden freigegeben, nachdem sich vor der Polizeiwache 500 Antimilitaristen versammelt hatten und lautstark ihre Freilassung forderten.

Die Ratten kommen aus ihren Löchern

Welchen Kräften solche Militärspektakel Rückendeckung und Auftrieb

horn zu jagen“, hier darf selbstverständlich auch der Hinweis auf den „starken Mann“ nicht fehlen, der für Ruhe und Ordnung sorgen könnte. „Wer bisher noch nicht wußte, wen er wählen soll, der dürfe nach Essen, Köln und der Truppenvereidigung in Nürnberg gelernt haben, daß er nur einen wählen kann, nämlich Franz Josef Strauss. Er ist der einzige, von dem man erwarten darf, daß er mit solchen Praktiken Schluß macht.“ („NZ“, 22.9.79).

Ein schöner Erfolg für die Nürnberger Antimilitaristen!

Voraussetzung für die gelungenen lautstarken Sporktionen war eine lange nicht mehr erreichte breite Mobilisierung der Nürnberger Antimilitaristen und Antifaschisten. Zwei Dinge waren hierbei wichtig: zum einen war ein fast einmalig breites Bündnis zustande gekommen, welches die Aktion gemeinsam vorbereitete und mit einem gemeinsamen Flugblatt mobilisierte. Darüberhinaus hatte es in der Nürnberger Presse in den Wochen vor der Vereidigung eine breite Diskussion gegeben. Begonnen hatte die öffentliche Auseinandersetzung mit der Veröffentlichung eines „Offenen Briefes“ der Selbstorganisation der Zivilistenleistenden (SöDZDL) an Oberbürgermeister Urschleier, in dem dieser aufgefordert wurde, „an der Veranstaltung der Bundeswehr nicht teilzunehmen“.

die Einzelgewerkschaften ohne Resonanz geblieben waren, besuchten Vertreter des Bündnisses den Nürnberger DGB-Vorsitzenden Ranzberger, dieser teilte mit, daß der DGB nichts gegen die Vereidigung unternehmen werde, da er die Bundeswehr nicht prinzipiell ablehne, er verneinete aber auch, daß im Nürnberger DGB niemand das Militär-Spektakel gutfinde und kein offizieller Gewerkschaftsfunktionär dem bewohne werde.

Nach der erfolgreichen gemeinsamen Aktion plant dieses Bündnis jetzt, eine Dokumentation der Aktion zusammenzustellen, um die Nürnberger Erfahrungen auch anderen Antimilitaristen zugänglich zu machen. Darüberhinaus soll zu konkreten Anlässen in der nächsten Zeit – Habsburg-Auftritt in Nürnberg, Beginn des Baus der Munitionsbunker in Erlangen – wieder gemeinsam etwas auf die Beine gestellt werden. Schade nur, daß sich SDAJ und das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ auf den letzten Sitzungen nicht mehr haben blicken lassen, also wohl kommentarlos die Zusammenarbeit aufgekündigt haben.

KB/Gruppe Nürnberg

Anzeige

EIN BUCH
WIRD
VERBOTEN

Bommi Baumann Dokumentation



Mit Beiträgen von Jürgen Arnold, Heinrich Böll, Daniel Cohn-Bendit, Klaus Brägle, Volker Schlöndorff, Peter Schult, 2. Juni u.a.

Trikont

Die Vorgänge um die Beschlagnahme des Buches von Bommi Baumann „Wie alles anfing“ hat jetzt der „Trikont-Verlag“ in einer Dokumentation zusammengefaßt. Vom Prozeß gegen den Trikont-Verlag, der Herausgeber des Buches (gestützt durch viele in- und ausländische Verlage), Pressemitteilungen und Urteile. („Ein Buch wird verboten“, Trikont-Verlag, 10 DM).

„Waldgesinnung“ und Arbeitsdienst

Seit gut einem Jahr haben Ministerien und Umweltschutzvereine den Aufbau einer „Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz e.V.“ betrieben, die das Kernstück für einen ökologischen Arbeitsdienst darstellen soll. Schon Anfang 1978 hatte der Ökologe Horst Siero anlässlich der Ausstellung „Jugend und Umwelt“ die Jugend zur Beseitigung der Umweltmissere aufgerufen: „Was wäre es denn, wenn man sie zu einer weit materielleren, handfesteren Bewältigung in Form von Arbeitsdienst aufreize?“ Unter dem Motto „...durch Waldgesinnung zur Solidarität“ griff Springers „Welt“ diesen neuen, aber im Grunde im altbekannten Vorschlag auf „Als Nukleus eines ökologischen Arbeitsdienstes böte sich die Armee der derzeit Zivildienstleistenden an ... Der Dienst würde zunächst als Alternativleistung zum Wehrdienst fungieren, was kein Grund dagegen wäre, daß ihm auch andere Jugendliche freiwillig beitreten könnten. Bei geschickter, effizienter Führung und guter PR-Arbeit wäre es durchaus denkbar, daß er unter der jungen Generation schnell Zuspruch gewänne“ („Welt“, 1.3.78).

3,78) Zwar gibt es bislang lediglich einige praktische Versuche mit Zivildienstleistenden im Umweltschutz. So kündigte etwa die niedersächsische Landesregierung an, „etliche hundert“ Zivildienstplätze im Umweltschutz zu schaffen, aber bei „positiven Erfahrungen“ sollen es dann sogar tausend werden (die niedersächsische Landesregierung auf einer Pressekonferenz vom 22.6.79) („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“), „Welt“, 23.6.). Eben, der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, will sogar insgesamt 15 000 solcher Zivildienstplätze schaffen („FAZ“ 23.9.1979). Die Vorplanungen für diesen „ökologischen Arbeitsdienst“ wollen wir uns hier genauer anschauen.

Mobile Umweltschutztruppen

Im Zentrum der „Gemeinschaft für Natur und Umweltschutz e.V. (GNTU), die am 26.3.79 gegründet wurde, steht die Schaffung von sogenannten „Mobilen Diensten Umweltschutz“. Kasernierte Zivildienstleistende, aber auch Arbeitslose sollen für Umweltschutzaktionen angeboten werden.

Gedacht wird an Projekte wie Pflanzungsaktionen; Sanierung von Feuchtbereichen und Wasserläufen; Aufräumen und Bepflanzung von Müllhalden, Sand- und Kiesgruben; Urnsammeln in Landschaften; Für Gedächtnis wird an Projekten wie Pflanzungsaktionen; Sanierung von Feuchtbereichen und Wasserläufen; Aufräumen und Bepflanzung von Müllhalden, Sand- und Kiesgruben; Urnsammeln in Landschaften; Entpostierungen (nach einem Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit - BMA - vom Februar 1979).

Nach dem Motto „amtlicher Umweltschutz soviel wie nötig — privater Umweltschutz soviel wie möglich“ sollen diese mobilen Einsatzkommandos „stets nur für kurze Zeit einge-

setzt“ werden, „damit nicht die eigentlich Verantwortlichen“ (öffentliche Hand oder Privatpersonen) den Eindruck gewinnen, man brauche sich nur der Umweltschadstoffe zu bedienen“ (ebenda). Doch dabei geht es vor allem auch darum, daß die ZDI'er und Arbeitslosen zwar Müll aufräumen, aber sich auf keinen Fall in Sachen Umweltschutz politisch engagieren. So heißt es dazu in der Satzung des Vereins: Er vermittele „Dienstleistungen“, und erfülle die Aufgaben einer „Koordinierungsstelle“. Er ist selbstlos tätig. Die Aufgaben des Vereins verpflichten zur Neutralität gegenüber jedermann“.

In den Vorplanungen für die GNL in Zusammenarbeit mit der Firma Metaplan heißt es im Katalog „was wollen wir vermeiden“ u. a.

- „Aktionen gegen Kernkraftwerke,
- „Büderstürmen“,
- eigene Umweltschutzarbeit vor Ort.
- politische Festlegungen
- Maßnahmen, die radikale Gruppierungen unterstützen.
- Gegensätze zur „Öffentlichen Hand.“

Zudem hat eine Arbeitsgruppe zwischen den für den Einsatz zuständigen Länderministerien und dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (zuständig für den Zivildienst) Richtlinien erlassen, nach denen Zivildienstleistende im Umweltschutz ausschließlich im „praktischen Umweltschutz“ eingesetzt werden dürfen. Anlaß dieser Maßnahme war der Antrag des BBU, für seine Zentrale einen ZDI et zu bekommen, der auch Informationsarbeit für den Verband betreibt (nach einer Freisprechung des BBU vom 16.8.79). Einigen Wirbel löste es deshalb aus, als auf derselben Pressekonferenz, wo gegen die Verweigerung der Zivildienststelle für den BBU protestiert wurde, der Sprecher der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden erklärte, daß diese „sehr einseitige Auslegung des Begriffes „Umweltschutz“ ... von dem wahren Einsatzen der Umweltverschmutzung ablenken“ würde, denn es geht, in erster Linie die „Verantwortung zur Verantwortung zu ziehen Umweltschutzengagement heißt „für uns in erster Linie Öffentlichkeitsarbeit und Organisierung des Protests“. Nun, gerade das soll bei den „Möhlen Kommandos“ vermieden werden.

Werbung für private Landschaftspflege

Die GNU soll aber keineswegs nur
dem Purwitz von ZIM'ern und Ar-

Werbung für private Landschaftspflege

Die GNU soll aber keineswegs nur dem Einsatz von ZDL'ern und Arbeitslosen dienen. Die Einsätze sollen mit der „Förderung des Umweltbewusstseins“ gekoppelt sein. Dafür sollen entsprechende Informationsbroschüren eingesetzt werden. „Die Kleinbroschüren sind mit Filmbühne und Projektoren ausgestattet, verfügen über einen gesonderten Informationsstand, um öffentliches und auch privates Ma-

terial der Bevölkerung und auch Schulen ... zur Verfügung zu stellen". Gedacht ist dabei auch an „Ortliche Abfallaktionen“. Besonders über „Patenschaften“ zu Schulen sollen Jugendliche für solche Aktionen gewonnen werden. Ergänzt werden soll das durch ein „Umwelttelefon“ für Beschwerden und Hinweise, Vorlesungen und einen Service für umweltsfreundliche Produkte. Abhängig wie bei der Stellung Wareneinsätze, die dann auch im Radio und über Broschüren Tips verteilt, soll ein „Warenkatalog“ für umweltsfreundliche Produkte erstellt werden, da es „ein Bedürfnis der Bevölkerung zu unschönen, solche Produkte „bei der Auswahl ... vorzuziehen“ (Schriften des BMA zur Umweltgesellschaft). Dabei erhofft man sich die Unterstützung der Industrie, mit deren Hilfe der Verein auch wesentlich finanziert werden soll, dafür werden will der Fa. NRW-Umweltminister Dencker

Auch bei Komposierungsaktionen hat man sich die Unterstützung von Industriekreisen bedacht. Die GfK soll entsprechende Sammlungen bei Abfallern starten bzw. Freundeskreise für solche umweltfreundliche Komposierung aktivieren. Für solche Aktionen erhält ein Fachmann dieses Industriezweiges, ein Herr Kierdorf, eigens einen Vorstandsposten in dem Verein.

**Ein vom Ideal
aufgebauter Verein**

Die Grundlage für diesen Verein hatte Iven als Bundesbeauftragter für den Zivildienst geliefert. Schon Anfang der 70er Jahre hatte er versucht, ZDl'er in Kasernen zusammenzufassen und bei der Entlassung adligen Besitzes einzusetzen. Doch diese Experimente scheiterten damals am Protest der Zivildienstleistenden. Diese Modelle wurden angesichts wachsender KDV-Zahlen wiederbelebt. Die

Beiztes einzusetzen. Doch diese Experimente scheiterten damals am Protest der Zivildienstleistenden. Die Modelle wurden ausgereicht wachsenden KDV-Zahlen wiederbelegt. Die Zahl der Kneigedienstverweigerer stieg 1977 sprunghaft an, als vorübergehend das schikanierende Prüfungsverfahren des Gewissens durch eine neue Wehrdienstnovelle außer Kraft gesetzt worden war. Irgend Plan aus der durch den „lästigen Zivildienst“, der schrittweise zu einem kasernierten Arbeitsdienst ausgebaut werden sollte.

Zivildienstverweigerung im Umweltschutz, Protestaktion der 50 in Bielefeld
(März 1979)

die Verwirklichung wieder zu diskutieren. Das Bundesverwaltungsgericht wies die Urtwangsungsmittel im Verwaltungsverfahren ein. Der Plan zu einem Arbeitsdienst wurde beibehalten. Im September 1978 stellte der Minister den Landesverwaltungsstellen vor. Nach der Tagung konnte der Vorsitzende der Tagung, der hessische Umweltminister Görlach, die Übereinstimmung der Minister berichten. Unternehmen seien „gerade in Ballungsräumen kaum in der Lage, für in Anspruch genommene Grünflächen Ersatzgelände zu beschaffen.“ Es genüge dann, daß der Unternehmer guten Willen zeige, der Kommune

Ballungsräumen kaum in der Lage, für im Anspruch genommene Grundflächen Ersatzgebiete zu beschaffen. Es genüge dann, daß der Unternehmer guten Willen zeige; die Kommune könne sich an ihm nicht schon halten ... Den Städten und Gemeinden müsse aber mehr an Rekultivierung am Geldstrahnen gelegen sein („FAZ“, 23.9.79). D.h. die „mobile Umweltschutzkommandos“ sollen demnach eindeutig als Alibi dienen, um nicht den Verursachern der Umweltschmutzung zu Leibe zu rücken.

Beauftragt mit der Planung v
den dann Herr Renken, Ex-Bun
wehungsstellenleiter und Vorsitzender
[BU in NRW (regionaler Unter
band des BBU) zusammen mit
Firma Metaplan. Die Richtlinien
he oben) hatte das Bundesnatura
für Arbeit und Sozialordnung
wickelt. Herr Renken überprüfte
erst, ob die bereits bestehende „D
sche Umweltaktion e.V.“ für
Plan tauglich sei. Wegen dessen U
schuldung entschloß man sich
Gründung eines neuen Vereins. I
ken erklärte sich „bereit, in d
BVZ (Betreuungsverband Zivild
e.V.) im Rahmen eines Honorar
trages mitzuarbeiten, um die
„folgeschwierigen“ eines solchen
weltvereins zu klären und „mit
Ziel, daß die großen Umwelt
Organisationen wie BBU, BUND
Deutscher Naturschutzring, so
Deutscher Heimabund Mitglieder
ses Vereins/Gesellschaft werden k
ten“ (aus einem Schreiben des B
vom Januar 1979) näher zu komm
Am 2.3.79 einigte man sich endg
auf einer Tagung in Königsw
Entsprechend zieht dann auch
Vorstand des Vereins aus. Vorsit
der: W. Cremer von der Bundes
trale für politische Bildung, steh
retende Vorsitzende sind W. Pla
mer, der Verantwortliche aus
Bundesministerium für Arbeit und
ziales, und Johannes Paul, ein K
mann, Kassierer ist P. Gerken

A black and white photograph of a large, ornate, domed building, likely a mosque or palace, with intricate architectural details and a prominent dome. The building is surrounded by lush vegetation and trees. The image is framed by a decorative border.

Rechenungsverband Zivildienstleister
der der den Verein von 1997/98

Gien hütet auf der Insel Menschen
sowie Hais sind f. Kender für das
Kompositionen unternommen und J.
Lorenz vom 1894 Vorstand

Der Deutsche Heimatbund, insbesondere in dem Verein eingebunden, ihm fällt auch im Falle der Auflösung das Vermögen des Vereins zu.

Mit dem bayrischen Bund Naturschutz soll (neben dem niederländischen Versuch) das erste größere Versuchsprojekt gestartet werden, das sich bislang wegen Finanzierungsschwierigkeiten verzögerte.

...schen Versuch) das erste größere V
suchsprojekt gestartet werden,
... sich bislang wegen Finanzierun
... Schwierigkeiten verzögerte.

Doppelrolle des BBU

Eine etwas zwieseltige Rolle spielt BBU bei diesem Projekt. Einerseits trägt es das Projekt mit und erträgt dafür einen Vorstandsposten. Die Politik des BBU an dem Konzept ist entsprechend nur äußerst mager; im Übrigen ist dafür ein, die Durchführung der geplanten Aktionen örtliche „Initiativen und Gruppen“ zu unterstützen, zum anderen seien „von Industrie ... Gelder für Umweltschutktivitäten zu erhalten, aber höchst problematisch bei konsequenter Befreiung des Umweltschutzes“, in fern sollen nach BBU-Meinung neue öffentlichen und Stiftungs-Gelder nur indirekt über „Vermittler und Verkauf von Produkten“ in die Projektgelder verwendet werden. Außerdem möchte der BBU Zwischenglieder auch in die Organisation des Vereins miteinbeziehen (aus einem Schreiben von J. Leinen an K. Renken).

Insgesamt laufen jedoch diese Vorschläge nur darauf hinaus, dem Gesetzgeber mehr „privaten“ Initiativvermögen zu verleihen. Andererseits wird man sehen, daß der BBU bei der Verweigerung der Zivildienststellen sein zentrales Büro durchaus zur Kooperation mit den Zivildienststellen, der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden und der DFG bereit ist und andererseits sein Selbstverständnis von Umweltschutz darüber hinaus reicht, jetzt nur die Landschaftsäuberungsaktionen zu organisieren. Allerdings ist offensichtlich nach wie vor bereit, hinter verschlossenen Türen sich für solche Pläne einzusetzen zu lassen, kann ein wenig Licht hinter die Kulissen wohl nichts schaden.

„Zivildienst im Umweltschutz — Ja bitte“

Bei ihren Panen, ZDLer im „Umweltschutz“ einzusetzen, rechnen die staatlichen Planet und Verursacher industrieller Umweltschädigung und Verschmutzung damit, das Bedürfnis Jugendlicher für eine saubere Umwelt auszunutzen zu können. Als Anschauungsmaterial zitieren wir hier aus einem Leserbrief aus der „disko“, der Zeitung der Selbstorganisation der Zivilgesellschaft (Mai/79). In der „disko“ waren mehrere scharfe Beiträge gegen den Einsatz von ZDLern im Umweltschutz erschienen. Darauf schrieb ein freundlicher „Unterstützung“ ihres Verantwortlichen, dem Wuppertaler Gartenbaudirektor sieben ZDLer aus Wuppertal, die dort im „Umweltschutz“ eingesetzt sind, unter dem obigen Titel einen Leserbrief. Dazu muß eben falls erwähnt werden, daß die derzeit nur 150 ZDLer, die im „Umweltschutz“ eingesetzt sind, alle dort auf freiwilliger Basis eingesetzt sind.

„Staunend“ hielten die sieben ZDLer die „diskofo“-Artikel mit „sach einem pauschalen Urteil“ zur Kenntnis genommen. „Und seit wann Garten- und Forstarbeiten Kriegsvorbereitungen sind, hätte ich auch ganz gern einmal erklärt bekommen! Man sollte doch das, womit man in die breite Öffentlichkeit tritt, etwas genauer überdenken! (Der kritisierte Artikel hatte davon gesprochen, daß zu Ivens Ideenwelt „Kolonnen von Zivilisten-Moorsoldaten“ gehörten). „Umweltschutz ist mehr als Protest gegen AKW's und Industrie! Kernstück unserer Tätigkeit ist immer noch das Schaffen eines Umweltbewußtseins und jede unserer Tätigkeiten steht unter diesem Aspekt. Wenn es darum geht, eine wilde Müllkippe zu rekultivieren (renaturieren, bepflanzen), entsteht oder liegen zu lassen, greift jeder von uns gern zu Hacke und Spaten. Auch wenn solche Arbeiten einmal unter anderen Vorzeichen stattge-

funden haben (Arbeitsdienst), sind sie heute keineswegs unwürdig. Wir sehen in den von uns durchgeführten Tätigkeiten Umweltverbesserungen, andersfalls nehmen wir sie ab ... Ich möchte behaupten, daß J. (der Schreiber des „diskofo“-Artikels ist gemeint) (und wohl der größte Teil der Bevölkerung) die Komplexität der Ökologie noch nicht begriffen hat und die praktische Lösung der Probleme gerne auf „die da oben“ oder die anderen“ abwälzt.

Wir alle (wie und andere ZDLer um „Umweltschutz“) versuchen, den kümmerlichen Rest einer bedrohten Natur zu retten. Und ich spreche für viele ZDL's um Umweltschutz, mit denen ich Kontakt habe, wenn ich darum bitte, solche Kampfgruße ... besser mit Informationen abzusichern. Für weitere Informationen stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Auf eine bessere Zusammenarbeit

A.S., Wuppertal und sieben Kollegen



Nachrichten aus Schule und Hochschule

10 Jahre Gesamtschule — Statt Regelschule Stiefkind der Bildungspolitik

Als 1969 die Kultusministerkonferenz die Durchführung von Versuchen mit Gesamtschulen beschloß, war dem einiges vorausgegangen. Die Studentenbewegung hatte massiv die Benachteiligung von Arbeiterkindern im bestehenden Schulwesen kritisiert und Modelle einer alternativen Erziehung diskutiert und erprobt. Die SPD, um die Integration der verfallenden APO bemüht, maß in ihren Aussagen der Schul- und Hochschulreform große Bedeutung bei und machte sich die Forderung nach Einrichtung von Gesamtschulen zu eigen. Ihr 1969 veröffentlichtes „Modell für ein demokratisches Bildungswesen“, das auch Bestandteil des damaligen Regierungsprogramms der SPD war, schien dann mit dem 1970 verabschiedeten Bildungsgesamtplan und dem „Bildungsbericht 70“ in die Tat umgesetzt zu werden. Darin erklärte die Bundesregierung: „Mit der Entwicklung eines umfassenden integrierten und differenzierten Gesamtschulsystems soll in der BRD ein demokratisches und effizientes Bildungswesen entstehen.“ Während die „reformfreundigen“ Kräfte die Ärmel aufkrempelten, beschränkten sich Teile der Linken darauf, die angeblich höhere Effizienz der Bildungsreform für das Kapital anzuprangern. Die Tatsachen blieben schon damals hinter den Ankündigungen zurück. So ging das Entschließen der Kultusministerkonferenz auf Empfehlungen des Deutschen Bildungsrates zurück. Hätte der Bildungsrat jedoch die Einrichtung integrierter Gesamtschulen gefordert, so „erweiterten“ dann die Kultusminister auf kooperative Modelle, in denen die verschiedenen Schularten enthalten blieben.

Bis 1975 entstanden ca. 150 integrierte Gesamtschulen, heute sind es 162. Schon diese Zahlen zeigen, daß die Gesamtschulentwicklung in den letzten Jahren stagniert. Und dies, obwohl im Bundesdurchschnitt ca. 21 % aller Anmeldungen an eine integrierte Gesamtschule zurückgewiesen werden, da nicht ausreichend Plätze vorhanden sind.

Heute sind die Gesamtschulen von einem massiven roll back bedroht. Nach 10-jähriger Versuchzeit ist die Experimentierphase beendet. Hatten SPD wie CDU bisher mit dem Hinweis auf den Versuchscharakter die Einrichtung von Gesamtschulen gebremst, so ist jetzt festzustellen, daß die eindeutig positiven Untersuchungsergebnisse kaum noch zur Kenntnis genommen werden. Statt dessen wird von der CDU/CSU zur Hatz auf die Gesamtschulen gebissen, und SPD wie CDU gehen seit längerem daran, an den bestehenden Gesamtschulen massive Verschiebungen durchzusetzen.

Wir wollen im folgenden einen Überblick über den Stand der Auseinandersetzung um die Gesamtschule in den einzelnen Bundesländern geben, um hiermit Material für eine antirassistische Massenpolitik zu liefern. Aus Platzgründen beginnen wir in diesem AK mit einer Übersicht über die CDU/CSU-regierten Bundesländer.

Bayern: „Nicht über das Versuchstadium hinaus“

Auf Antrag Bayerns beschloß die Bund-Länder-Kommission, daß vor einer gegenseitigen Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse geklärt werden müsse, ob Bildungsgang und Abschlüsse der Gesamtschulen in den einzelnen Bundesländern dem dreigliedrigen Schulwesen gleichwertig seien. Was Bayern damit auf Bundesebene durchgesetzt hat, ist im eigenen Lande schon verwirklicht.

Die drei integrierten Gesamtschulen sind dem dreigliedrigen Schulsystem angepaßt, es gibt keine gesamtschulspezifischen Abschlüsse. Gemeinam mit Hauptschülern müssen die Gesamtschüler eine Prüfung ablegen, um den „qualifizierenden Hauptschulabschluß“ zu erlangen. Ebenso beim Realschulabschluß. Da natürlich der Unterricht zuvor anders war als an der Realschule, ist es nicht verwunderlich, daß bei der ersten Abschlußprüfung der IGS Treuchtlingen 25 % der Schüler durch die Prüfung fielen.

Die IGS Treuchtlingen kann ohnehin als Prototyp der Gesamtschule nach bayerischen Vorstellungen gelten. Nach Angaben der GEW übertrifft sie noch das herkömmliche Schulwesen an Selektion. Das war aber nicht immer so, 1976/77 führte der Schulleiter, ein örtlicher CSU-Funktionär, ein besonderes Organisationsmodell ein: Förder- und Liftkurse wurden gestrichen, die Schüler ab der 5. Klasse in sog. „Kerngruppen“ eingeteilt, durch die das herkömmliche dreigliedrige Schulsystem wieder eingeführt wurde.

Denn jetzt entscheidet der Leistungsstand eines Schülers am Ende des 4. Grundschuljahres in den Fächern Deutsch und Mathematik über die Zuweisung zu einer „Kerngruppe“. Selbst die Hauptschule, Realschule und Gymnasiallehrer wurden innerhalb des Gebäudes streng voneinander getrennt („FR“, 8.2.79).

Gegen diese reaktionäre Ausrichtung gingen Lehrer und Eltern vor. Auf einer von ca. 300 Eltern besuchten Veranstaltung im April 78 wurde deutlich gemacht, daß das Organisationsmodell der IGS Treuchtlingen nicht dem einer IGS entspricht. Daraus entstand dann ein Arbeitskreis mit Eltern und Lehrern, der dem

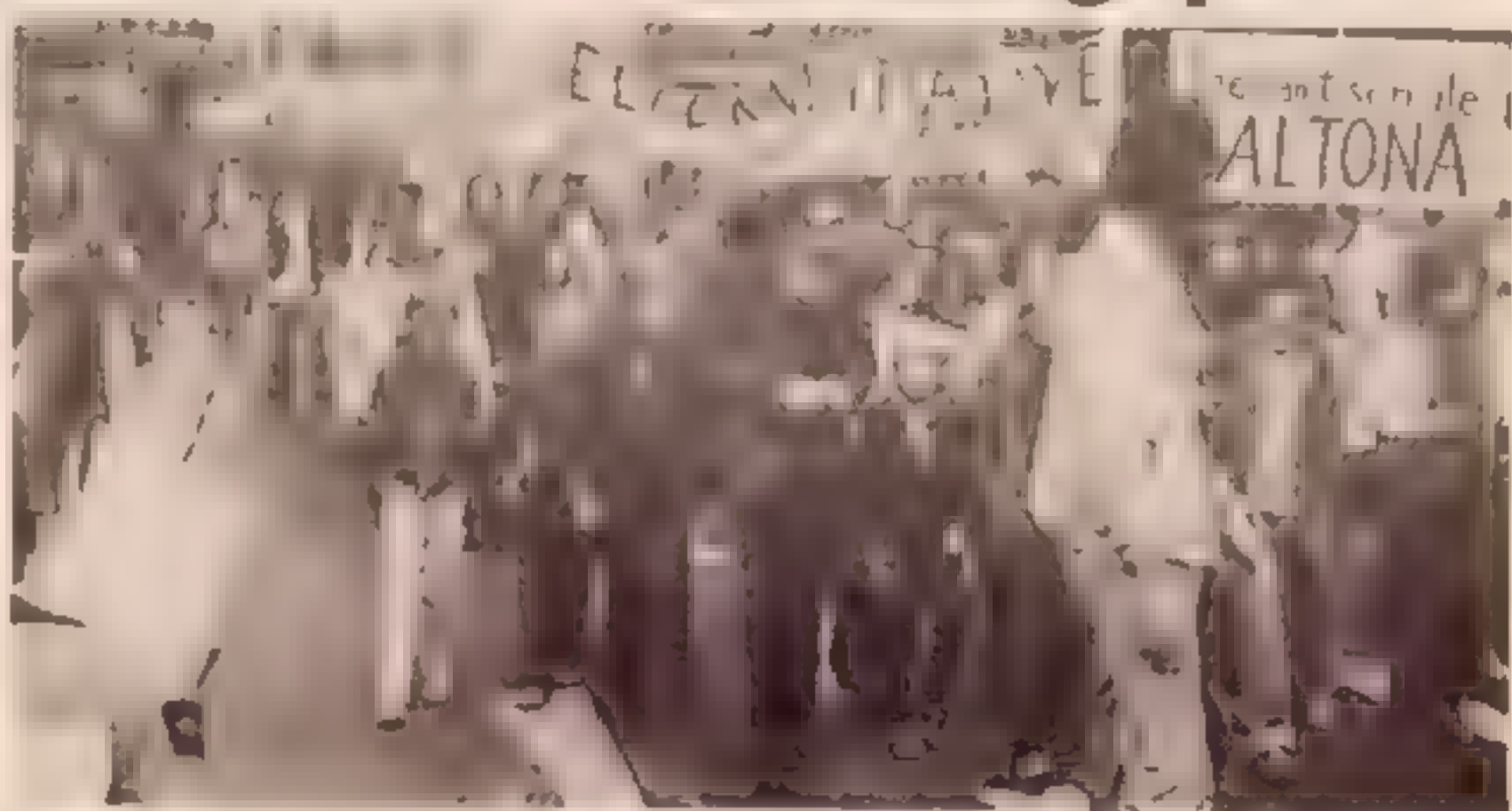
Elternbeirat der Schule einen 4-Punkte-Katalog vorlegte, dessen wesentlicher Punkt die Rückführung des Schulversuchs auf seine ursprünglichen Intentionen war. Diese Aktivitäten blieben nicht ohne Folgen. 10 Lehrer wurden versetzt, darunter aktive GEW-Kollegen. „Lehrer eines bestimmten Typs haben die Schule verlassen, auf Wunsch der Eltern“, sagte der Direktor dazu („FAZ“, 21.8.).

Das Kultusministerium bemängelte die „Kerngruppen“-Regelung und verfügte, daß sich die Schule „vorwiegend an die Verordnung zur Einrichtung der Gesamtschule und die entsprechenden Schulordnungen zu halten“ habe („FR“, 20.9.). Der CSU-Schulleiter mobilisierte die Eltern: „Ich kann nicht etwas tragen, von dem ich nicht überzeugt bin. Als Schulleiter kann ich dann auch guten Gewissens die Gesamtschule dann nicht mehr den Eltern von Kindern empfehlen, die für das Gymnasium geeignet sind“ („FR“, 20.9.).

Assistiert wurde ihm vom SPD-Bürgermeister der Stadt, der die Umwandlung der Schule in eine kooperative Gesamtschule empfahl. Mit Gerüchten über eine Abwanderung der Schüler an die umliegenden Gymnasien eingeschüchtert, stimmten dann die Eltern auf einer Versammlung dem Ende des integrierten Schulversuchs zu. Damit ist die einstige Verfüllung außer Kraft und der Schulleiter kann beim „Kerngruppen“-Modell wie bisher weiterfahren.

Etwas anders sieht es noch an der Münchner Gesamtschule „Am Hasenbergl“ aus, die in Zeiten einer Münchner SPD-Regierung entstand. Auf einer Informationsveranstaltung der IGS im Januar 1978 forderten die versammelten Eltern das Kultusministerium auf, in München eine zweite Gesamtschule einzurichten. Dieser Forderung hat sich die SPD angeschlossen. Dem wurde aber natürlich nicht entsprochen, so daß zum Beginn des Schuljahres 1978/79 von 243 angemeldeten Kindern nur 180 aufgenommen werden konnten. Die Reibtheit der IGS bei den Eltern kommt nicht von ungefähr.

An dieser in einem Arbeiterviertel stehenden Schule erreichten 95 % aller Prüflinge der 9. Klasse den qualifizierenden Hauptschulabschluß während es an den umliegenden



2.500 Eltern, Schüler und Lehrer demonstrieren für Gesamtschulen

Aus Protest gegen den gerichtlichen angeordneten Rauschschuß aus ihren Schulräumen in einem Altonaer Gymnasium hatten die Eltern von 118 Gesamtschülerinnen und -schülern für Samstag den 29.9.79 zu einer Demonstration in der Hamburger Innenstadt aufgerufen.

Am 7.9. hatte das Obergericht in einem von einem rechten Gymnasialleiter angelegten Urteil die „Verlegung“ der strengsten Urteil der „Verlegung“ der neu eingerichteten Gesamtschule in Altona angeordnet und gleichzeitig den Bestand der seit August 79 dreizehn neuen Gesamtschulen in Frage gestellt (vgl. AK 162).

Die betroffenen Eltern wehren sich von Anfang an gegen das skandalöse Urteil durch Briefe an den Senat, eine spontane Demonstration um die Schule herum und eine gemeinsam angestrebte Gegenklage. Die erfolgreiche Demonstration in der Innenstadt, auf der Eltern und Schüler von allen alten und neuen Gesamtschulen vertreten waren – das konnte man an den mitgeführten Transparenten gut ablesen – hat deutlich gemacht, daß viele Eltern bereit sind, sich ihr Recht auf eine bessere Schule für ihre Kinder nicht nehmen zu lassen. Be-

haupteten nur 51 % waren (nach „Gesamtschul-Informationen“ 3/78, S. 14). Aus diesen Ergebnissen könne man aber nicht so die bayerische Staatsregierung – eine Bewährung der integrierten Gesamtschule herauslesen. Da die Schule als Angebotsschule geführt werde und so „von einem stark motivierten Teil der Schüler“ besucht werde, sei das Ergebnis der Abschlüsse nicht aussagekräftig. Und so hält sich der Kultusminister zum Nachweis der Unterlegenheit der Gesamtschule beibehalten sein degeneriertes Modell in Treuchtlingen, denn das Ergebnis aller Forschungen steht schon längst fest: „Die bisherigen Ergebnisse geben keine Veranlassung, das gegliederte Schulwesen durch die Gesamtschule als Regelschule zu ersetzen. Wir haben aus schulorganisatorischen und aus gesellschaftspolitischen (!) Gründen nicht die Absicht, die Gesamtschule über die derzeit laufenden Schulversuche hinaus einzuführen“ (Mayer, lt. „Welt“, 26.6.).

Baden-Württemberg: Klassenschule ist die beste Form

Hier gibt es sieben integrierte Gesamtschulen, die alle auf Initiative von Eltern und Lehrern zurückgehen und gegen die Schulverwaltung durchgesetzt werden mußten. Daß diese Schulen funktionieren und bei Schülern und Eltern beliebt sind, hatten wir im AK 158, S. 32, am Beispiel der IGS Freiburg-Haslach aufgezeigt. Zu positiven Ergebnissen kam

liebe Parolen waren: „Gesamtschule hurray – wir bleiben in Altona“ oder „zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, der Richter, der hat Mist gemacht, neun und zehn, solche Richter müssen gehn“. Auf der Abschlusssitzung wurde berichtet, daß die Eltern bisher 30 Solidaritätsadressen erhalten haben und auch Geldspenden. Der Dank der Eltern für Unterstützung ging neben an die Rätevereinsleitung, die die Elterninitiativen auch an die BUNTE LISTE, die DFU und zwei Bezirke der DKP in Altona wie auch an die Bürgerrechtsfraktion der SPD, die eine Solidaritätsadresse geschickt hatte. Die GEW hatte die Demonstration durch den Druck von Flugblättern unterstützt.

Besonders positiv stellten die Vertreter der Eltern auf der Abschlusssitzung heraus, daß sich 2,3 der Gymnasiallehrer der Schule, in der die Gesamtschule untergebracht ist, an einer Stellungnahme für die Gesamtschule ausgesprochen hatten und die Gymnasialschüler in zwei Tagen 200 Unterschriften zur Unterstützung der betroffenen Eltern und Schüler der Gesamtschule gesammelt hatten. Gleichzeitig verur-

teilten die Schüler Angriffe von Schülern der Jungen Union, die gegenüber Schülern der Gesamtschule handgreiflich geworden waren.

Die Eltern der Gesamtschule Altona hoffen nun darauf, daß der von der SPD-Fraktion am 12.9. in die bürgerliche eingebrachte Gesetzesentwurf, den Gesamtschulen den Charakter von Regelschulen zu geben, im Oktober von der Bürgerschaft verabschiedet wird. Dann „kann man sich vorstellen“, daß man können sie auch rechtlich gesehen nicht mehr aus den Gebäuden rausgeschmissen werden. Daß damit der Kampf um die Gesamtschulen noch nicht beendet ist, ist voranzusehen. Die CDU kündigt inzwischen gegen die Gesetzesänderung einen „Schulkampf“ bisher nicht gekannten Ausmaßes an. Die Eltern brauchen daher weiter unsere Unterstützung. Ihre Forderungen lauten: „Wir wollen für unsere Kinder endlich Schulen, in denen das Lernen Spaß macht. Wir lassen uns die Gesamtschulen weder durch konservative Kampagnen noch durch Richterprüche nehmen. Wir brauchen endlich rechtlich abgesicherte Gesamtschulen.“

Lehrerinnen
KB/Gruppe Hamburg

auch ein „Zwischenbericht“ der Landesregierung, der 1977 vorgelegt wurde. In ihm wurden geringe Schulangst der Schüler, ein gutes Vertrauensverhältnis, eine Erweiterung der sozialen Erfahrungen und eine gute Förderung benachteiligter Schüler festgestellt.

Aber auch der Pferdefuß, mit dem diese Versuche gestoppt werden können, war in dem Bericht schon angelegt: „Unbefriedigend ist im Vergleich zum Regelschulwesen nicht selten der Stand der schulischen Leistungen in vielen Fächern, Klassenstufen und Klassen“ (zitiert nach „Lehrzeitung B-W“ 22/78). Diese Meinung beruht ausschließlich auf Unterrichtsbesuchen, die von der Schulaufsicht durchgeführt wurden. Bei diesen punktuellen und willkürlichen Beobachtungen wurden dann meist Vergleiche mit Realschule oder Gymnasium gezogen, nicht jedoch mit dem Leistungsstand in den Hauptschulen.

Aber die CDU läßt sich durch Argumente nicht beirren. Ihr Kultusminister Herzog erklärte eindeutig: „Die Gesamtschule kann nicht gleichberechtigt neben dem bewährten gegliederten Schulwesen stehen (...). Eine solche Schule läuft Gefahr, bei einem Teil der Schüler wegen Unterforderung Unzufriedenheit und bei einem anderen Teil durch Überforderung seelischen Druck zu erzeugen (...). Demgegenüber ist das gegliederte Schulwesen aufgrund seiner unterschiedlichsten Angebote die beste Organisationsform, um die Schüler

entsprechend ihrem Leistungsvermögen und Leistungswillen bestmöglich zu fördern“ („Badische Zeitung“, 23.7.79).

Schleswig-Holstein: Verhinderung der GS ist wichtigstes Regierungsvorhaben

Hier gibt es lediglich zwei integrierte Gesamtschulen und nach dem Willen der Landesregierung sollen es auch nicht mehr werden. Entsprechend wurde im Juli letzten Jahres ein neues Schulgesetz verabschiedet, das das dreigliedrige Schulsystem und eine schulartgeordnete Orientierungsstufe festlegt. Der CDU-Fraktionsvorsitzende bezeichnete dieses Gesetz als „das wichtigste Vorhaben der Wahlperiode und als einen Riegel gegen Versuche, die Gesamtschule ungeprüft einzuführen“ („Gesamtschul-Informationen“ 3/78). Die CDU begründete ihre Ablehnung der Gesamtschule v.a. damit, daß „Mammutgesamtschulen zu pädagogischen Problemen und sich zwangsläufig vergrößernden Schulwegen“ führen (Stoltenberg, lt. „Gesamtschul-Informationen“ 4/78). Als die SPD daraufhin vorschlug, kleinere (zwei- oder dreizügige) Gesamtschulen einzurichten, witterten die CDU-Politiker die „Einheitschule“, da hier keine ausreichende Differenzierung mehr gewährleistet sei.

Zu einem Scherger wurde das Thema Gesamtschule dann im Landtagswahlkampf zu Beginn des Jahres. Aus CDU-Kreisen wurde das Gerücht

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 20

lanziert, die Kieler SPD-Stadtregerung wolle das renommierte Kieler „Gelehrtenschule“ in eine Gesamtschule umwandeln. Kurzlebige Initiativen gegen Gesamtschulen wurden aus dem Boden gestampft, so eine Initiative „Hände weg von unseren Schulen“ und eine Initiative mit Sitz in Timmendorfer Strand. Wider besseren Wissens wurde behauptet, SPD und FDP wollten die Gesamtschule auch gegen den Willen der Eltern einführen, eine Behauptung, gegen die die FDP sogar eine einstweilige Verfügung erwirkte.

Wie sehr der CDU am Elternwillen gelegen ist, wurde jetzt deutlich, als sie der Stadt Kiel eine Umfrage zur Gesamtschule untersagte (vgl. AK 162, S. 22).

Niedersachsen: Stop für GS „rechtfertigt“ Regierungswechsel

Als sich die CDU im Januar 1976 an die Regierung putschte, übernahm sie aus SPD-Zeiten auch 13 integrierte und 11 kooperative Gesamtschulen. Stolz verkündete Albrecht: „Wir haben in Niedersachsen den Marsch in die integrierte Gesamtschule gestoppt. Und wenn es nur dies eine wäre, was wir geschafft haben, hätte es den Regierungswechsel schon gerechtfertigt.“ (Albrecht auf dem niedersächsischen CDU-Parteitag in Emden am 9.7.77). Ohne den Anteil Albrechts bei der reaktionären Ausrichtung des Schulwesens schmälern zu wollen, muß doch angemerkt werden, daß sich die SPD mit ihren 13 Modellen keineswegs auf dem Marsch in die integrierte Gesamt-

schule befanden hat. Entgegen den Voten von Erziehungswissenschaftlern und Gewerkschaft hatte sie 1974 in einer Änderung des Schulgesetzes festlegen lassen, daß schon die Abschlüsse nach der 9. Klasse in unterschiedliche Leistungsbereiche geordnet werden sollten.

Die Regierung Albrecht forcierte diese Versuche zur Austrocknung der Gesamtschule erheblich. Im Mai 78 wurden drastische Lehrerstundenkürzungen angekündigt, Erlasse zur Stundentafel und Entwürfe für Rahmenrichtlinien wurden zurückgehalten. Eine Konferenz von Vertretern aller niedersächsischen Gesamtschulen bekundete daraufhin im Juni die Absicht, zur Abwehr der Verschlechterungen auch zu streiken. An der IGS Hannover-Linden wurden öffentlichkeitswirksame Projektstage durchgeführt (vgl. „päd-extra“ 10/78).

Im Mai 79 legte die Landesregierung dann ihr neues Schulgesetz vor, danach „dürfen integrierte Gesamtschulen bis zum 1.8.83 nicht errichtet werden“ (§ 155 a). Weiter heißt es in dem Gesetzentwurf, daß später neue Gesamtschulen nur eingerichtet werden dürfen, „wenn benachbarte Regelschulen in ihrem Bestand nicht gefährdet werden und der Besuch von Regelschulen in zumutbarer Entfernung gewährleistet bleibt“ (§ 13 a), was praktisch bedeutet, daß Gesamtschulen in ländlichen Gebieten überhaupt nicht mehr errichtet werden können.

Im März startete schließlich das Kultusministerium eine „umfassende wissenschaftliche Bestandsaufnahme der Arbeit der niedersächsischen Gesamtschulen“, die schlicht so aussah,

daß sich eine Kommission den Unterricht in den Jahrgängen 6 und 9 der Gesamtschulen ansah. Die Personalarbeit, die GEW und die „Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule“ lehnten Derartiges ab und vermuteten, daß bei einem derartig „wissenschaftlichen“ Verfahren die Ergebnisse eh vorher feststünden.

Insgesamt ist festzustellen, daß es an den niedersächsischen Gesamtschulen einen relativ breiten Widerstand von Schülern, Eltern und Lehrern gegen Angriffe auf die Gesamtschule gibt. Hinzu kommt, daß sie bei den Eltern beliebt sind (24 % der Bewerbungen müssen abgewiesen werden).

Rheinland-Pfalz: Nicht mehr als drei GS

Wenn im kommenden Jahr die IGS Ludwigshafen-Oggersheim eröffnet wird, gibt es in diesem Land drei integrierte Gesamtschulen. Längere Erfahrungen gibt es mit der seit 1973 eröffneten IGS in Kaiserslautern. In der Entwicklung dieser IGS wurden wesentliche inhaltliche und organisatorische Entscheidungen getroffen, die dem Gesamtschulgedanken zuwiderlaufen und gegen den Widerstand von Teilen des Kollegiums und der Eltern durchgesetzt wurden. So wird schon in Klasse 7 in Englisch und Mathematik in drei Leistungsniveaus differenziert.

Ab Klasse 8 wird in Deutsch in zwei Leistungsniveaus differenziert. Gegen diese Differenzierungen hatten sich Fachkonferenzen und Elternbeiräte vergeblich gewehrt. In der 8. Klasse wird in Chemie Biologie und Physik ebenfalls in

zwei Leistungsniveaus differenziert. Der bisher schärfste Angriff kam jedoch, als das Kultusministerium Anfang 1978 plötzlich erklärte, daß der Hauptschulabschluß nur nach der 9. Klasse vergeben werden darf und nicht mehr wie bis dahin auch nach der 10. Klasse. Das bedeutet für alle Schüler, die nach der 9. Klasse keine ganz befriedigenden Leistungen erreicht haben, daß sie die Schule zu verlassen haben.

Das Kultusministerium weigert sich auch, weitere Gesamtschulen als Schulversuche einzurichten. Die Begründung von Kultusministerin Laurien: „Vier Gesamtschulen hätten alle angemeldeten Schüler aufgenommen, die beiden anderen Schulen seien aufgrund ihrer guten personellen Ausstattung sowie – in einem Falle – wegen ihrer Konzeption als Ganztagschule für viele Eltern von besonderem Interesse“ („Gesamtschul-Informationen“ 3/78).

Verschwiegen wird dabei, daß die beiden Schulen, die nicht alle Schüler aufnehmen können, eben die integrierten Gesamtschulen sind, zu Beginn des Schuljahres 78/79 wurden hier 34,5 % der Anmeldungen abgelehnt („beitr. erziehung“, 1/79).

Weiter begründete Frau Laurien ihre Ablehnung der Gesamtschule mit den Worten: „Wir wollen keine ‚heutigen‘ Verhältnisse, keinen Dauerkrieg der Schule mit den Eltern“ („Gesamtschul-Informationen“ 2/79). „Heutige Verhältnisse“ fordern jedoch viele Mainzer Gesamtschulbefürworter, die bis jetzt ihre Kinder auf die andere Seite des Rheins in eine Heutische Gesamtschule schicken müssen. Seit 11 Jahren

wird der Mainzer Stadtverwaltung vom Kultusministerium die Einrichtung einer Gesamtschule verweigert. Über 4.000 Unterschriften wurden für diese Forderung gesammelt, eine Bürgerinitiative für Gesamtschulen führte im März eine von 300 Menschen bewachte Veranstaltung durch.

Saarland: Zwei GS reichen aus!

Die Errichtung einer zweiten integrierten Gesamtschule in diesem Bundesland scheint der sonstigen CDU-Politik zuwiderzulaufen. Ende 1978 wurde die IGS Saarbrücken-Rastbachthal eröffnet. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß bei der bis dahin einzigen IGS des Landes, der Gesamtschule Dillingen, über die Hälfte der Bewerbungen abgelehnt wurden („Gesamtschul-Informationen“ 2/79, S. 25). Auch nach Errichtung der zweiten Gesamtschule wurden noch 38 % der Interessenten für Gesamtschulen abgewiesen („Saarländische Schulzeitung“ 3/79). So ist es verständlich, daß sich besonders die GEW für weitere Gesamtschulen stark macht. Die lapidare Antwort des Kultusministers: „Die Landesregierung betrachtet die integrierte Gesamtschule als Schulversuch, in welchem die integrierte Gesamtschule in ihren Ergebnissen mit dem gegliederten Schulwesen verglichen wird. Zur Durchführung einer solchen Prüfung reichen nach Auffassung der Landesregierung zwei Schulversuche aus“ („Saarländische Schulzeitung“ 7/78).

AG Gesamtschule
Lehrverbund, KB/Gruppe Hamburg

Psychologiestudium droht zusammenzubrechen – Studenten planen Boykott

Hamburg: Obwohl die psychosoziale Versorgung der Bevölkerung dringend verbessert werden müßte, wird die Ausbildung der Psychologen systematisch verschlechtert.

Durch ein Überlastprogramm wurden zum Hochschulstudium in den letzten beiden Jahren auf 4 Studienplätzen 5 Bewerber zugelassen (26 % mehr als jeder Semester). Der politische nicht mehr zu vertretende Numerus clausus sank dadurch zwar, die Probleme wurden aber gleichzeitig in unverständlicher Weise auf die Hochschulen übertragen. Denn hier wurden sogenannte Nullstellenplätze (d.h. keine Neueinstellungen) eingerichtet, wodurch zur gleichen Zeit das fest angestellte Lehrpersonal abnahm (z.B. durch Pensionierung). Einen Teil der Amnestien will man jetzt sogar entlassen.

Im Fachbereich Psychologie wirkt noch verschärfend, daß die Zulassungszahlen im Verhältnis genau so hoch sind wie in geisteswissenschaftlichen Fächern. Dadurch wird die praktische Ausbildung immer mehr unmöglich gemacht.

Das lauen sich die Psychologiestudenten in Hamburg nicht länger gefallen und planen zum Wintersemester einen Boykott aller Lehrveranstaltungen.

Anfang März soll die Studenten die Schnauze voll haben, so das Chaos in der Therapiebildung. Auslösung von Plätzen, Wartelisten, Abstriche am Ausbildungsangebot, Streß und Konkurrenz um einen Therapieplatz stehen auf der Tagesordnung. Im letzten Semester bewarben sich 72 Studenten für 12 zur Verfügung stehende Plätze eines Pflichtseminars in der Verhaltenstherapie. Nach Auskunft von Prof. Huber „werden in den nächsten beiden Semestern 160 bis 200 Studenten den praktischen Teil der verhaltenstherapeutischen Ausbildung nicht abschließen

können“. Prof. Huber hat bereits resigniert und wird im kommenden Jahr das „sinkende Schiff“ in Hamburg verlassen. In der Gesprächstherapie sieht es ähnlich aus. Die Studenten konkurrieren um die wenigen zur Verfügung stehenden Plätze und müssen an Auswahlverfahren teilnehmen. Der Fachbereich verfügte darauf erst einmal einen einsemestrigen Aufnahmestop.

Für eine Übung in Gestalttherapie wurden im letzten Semester von 200 hoffenden 40 glückhabende Studenten ausgelost. In Bereich Persönlichkeitsentwicklung in Gruppen vorzuleiten, die Studenten auf die Hälfte der Lehrpläne zur Ausdehnung zu vermindern.

Am Ende der Semesterferien arbeiten etwa 70 Studenten zusammen, um das nächste Semester inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten.

Einen Numerus Clausus, Vorlesungen oder andere Auswahlkriterien wird es bei unseren Veranstaltungen nicht geben. Es soll Arbeitsgruppen geben z.B. zur Methodenkritik, Psychoanalyse, Antipsychiatrie, Psychologie des Radfahrens „es gibt keine Grenzen“.

Psychologen oder andere im Sozialbereich Tätige, die sich vorstellen können, uns inhaltlich und praktisch zu unterstützen, sind herzlich eingeladen zu den Vorbereitungstreffen am Montag 1. Oktober und Montag 8. Oktober jeweils 18 Uhr im Gaskasten, WiWi-Gebäude, IV Stock (Von Melle Park) oder mögen den Fachschaftsrat anschreiben!

Am Dienstag, den 16. Oktober entscheidet die Psychologie-Vollversammlung Näheres zu den Aktionsformen im Semester. Da sollte kein Psychologiestudent fehlen! Fachschaftsrat Psychologie Von Melle Park 6, Zi 254 2000 Hamburg 13

Ein neues Zentrum zur „Kooperation“ von Forschung und Wirtschaft

Mit über neun Millionen Mark will der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Rau (SPD) ein „Innovationsförderungs- und Technologietransfer-Zentrum der Hochschulen des Ruhrgebietes“ einrichten. Was sich hinter diesem hochwissenschaftlich klingenden Namen verbirgt, ist schnell erfährt. Das Zentrum soll der „Verbesserung der Kooperation zwischen Forschung und Wirtschaft“ dienen. Ausgerechnet in Bochum soll eine „zentrale Projektstelle“ aufgebaut werden.

Man erinnere sich, daß erst im Juni dieses Jahres ein Vertrag zwischen einem Industrieunternehmen und einem Lehrstuhl der Universität Bo-

chum öffentlich geworden war, der die Forschung an diesem Bereich sehr eindeutig als reine Handlungsdienste für die Kapitalisten ausgewiesen hat (s. AK 157).

An den Hochschulen Duisburg und Dortmund ist die Einrichtung eines „Forschungsschwerpunktes Mikro- und Meßelektronik“ geplant, um die „Anpassung zukunftsorientierter Techniken aus dem elektronischen Bereich“ im Ruhrgebiet vorzubereiten.

Zurecht befürchtet der DGB, daß die bekanntgewordenen Forschungsprojekte die „arbeitsplatzvernichtende Rationalisierung in den Vordergrund stellen würden“.

20.000 demonstrieren für die Einstellung aller Lehrer

Für den 15.9. hatte die baden-württembergische GEW in Stuttgart zu einer Demonstration angerufen, an der sich über 20.000 Lehrer, Schüler, Eltern und Studenten beteiligten.

Untergrund dieser beachtlichen Mobilisierung ist, daß die Landesregierung im Sommer über 1.100 Lehrer nach Beendigung ihrer Ausbildung auf die Straße geworfen hatte. Mit dieser Massenentlassung hatte die Regierung sogar ihr früher gegebenes Wort, 65 % der Bewerber einzustellen gebrochen. Tatsächlich wurden nur 30 % der Bewerber auf 314

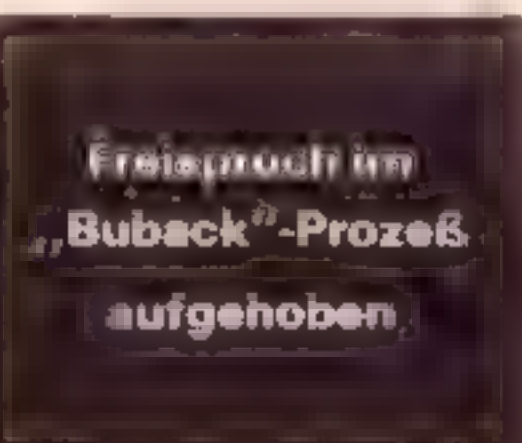
Stellen übernommen. Gegen den Massenausbruch hatte es sich in der vergangenen Woche verschiedene Protestaktionen. Interessierten von Eltern, deren Kinder jetzt nicht mehr lernen und unterrichtet werden, gegeben.

Auf der Kundgebung warf der DGB Landesvorsitzende Zimmermann der Regierung Späth vor, die „Lohn für billiges Geld junge Lehrer während ihrer Ausbildungszeit mit 16 Stunden Vorträgen als Klassenlehrer arbeiten, um sie zu nützen“.

standener zweiter Dienstprüfung durch neue Auszubildende zu erreichen (WLT, 17.9.79).

Ministerpräsident Späth wird sich an der Arbeitslosigkeit der Junglehrer wohl kaum stören, hatten ihn bei seinem kürzlichen Urlaub in der Algarve doch auch nicht der Preis von 370 Dollar pro Nacht in einem Luxushotel und die Not der dort wohnenden Bevölkerung gestört (FR, 22.9.79).

In Hamburg: Lehrergewerkschaft



Lehrverbot mangels „Einfügung in die staatliche Rechtsordnung“

Die Klage des Rechtsassessors Gerhard Knöss auf Wiedereinstellung als Lehrbeauftragter an der Frankfurter Fachhochschule für Sozialpädagogik wies das Verwaltungsgericht Frankfurt zurück.

Das Kultusministerium Hessen war aufgrund einer Anfrage beim Verfassungsschutz zu dem Schluß gekommen, Knöss sei nicht geeignet, Studenten über Jugendstrafrecht zu informieren. Bereits 1977 war ihm nämlich vom Bundesgerichtshof die Zulassung als Rechtsanwalt verweigert worden. Der Bundesgerichtshof hatte ihn für „unwürdig“ befunden, in diesem ehrbaren Berufsstand aufgenommen zu werden, da Knöss dem Generalbundesanwalt in einem „Terrorisierungsprozeß“ das bewußte Inkraftnehmen des Todes von Gefangenen vorgeworfen hatte. Die Herren Richter urteilten damals, Knöss „füge sich nicht in die staatliche Rechtsordnung ein, sondern bekämpfe sie mit aller Schärfe und mit unzulässigen Mitteln“.

Selbstverständlich mochte das Verwaltungsgericht dem Kultusministe-

rium Hessen nicht zuputzen, seine Studenten in die Obhut eines solchen Staatsfeindes zu geben. Gleichzeitig mit Knöss hatte auch die Fachhochschule Klage auf Wiedereinstellung des Juristen erhoben und gegen den „eklatanten Eingriff“ (des Ministeriums) in die Lehrfreiheit des Fachbereichs protestiert. Doch das Verwaltungsgericht befand das Interesse des Landes „als legitim“, keinen Lehrbeauftragten einstellen zu wollen, der bereits als Anwalt abgewiesen wurde. Im übrigen – für alle Fälle gleich noch eine neue Begründung – seien die Ansprüche für Juristen an Hochschulen inzwischen sowieso aufgehoben worden, so daß Knöss schon aus Gründen fehlender Qualifikation keine Aussichten auf Erteilung eines Lehrauftrages mehr hätte.

Für Gerhard Knöss – so seine Anwälte und der Dekan der Fachhochschule – bedeutet diese Entscheidung ein „totales Berufsverbot auf allen Ebenen“.

(Alle Zitate aus „FR“ vom 24.9.79)



Eva Matthes, V. Schlöndorff, W. Herzog bei der Ankunft in Hamburg.

Eva Matthes, V. Schlöndorff, W. Herzog bei der Ankunft in Hamburg.

Ein neuer Anfang der Filmemacher?

Am 23. September ging in Hamburg das erste »Filmfest der Filmemacher« zuende.

Das Fest war nach Hamburg gelegt worden, weil die Münchner (VCL) Oberen nicht bereit waren, ein Fest zu finanzieren, das ausschließlich von den Filmemachern organisiert und inhaltlich bestimmt wird.

Der Hamburger Senat witterte eine Chance, stellte weit über 300.000 DM zur Verfügung und holte das Fest an die Alster. Die Filmemacher nahmen das Angebot dankend an. Es war nämlich an keinerlei Bedingungen geknüpft.

Sechs Tage »Kino total«

Eigentlich muß man das Filmfest in drei Teilen sehen.

1) Der »normale« Festival-Betrieb. Da gab es Pressevorführungen und Premieren. Da gab es Pressekonferenzen (wo übrigens auch immer das »normale« Publikum teilnehmen konnte) und Empfänge.

2.) Es gab das »Kino für Kollegen« und das Kinder- und Jugendlichenprogramm »Kino für uns«. Die Filme waren von Betroffenen (Kollegen und Kollegen bzw. Jugendlichen) vor her ausgesucht. Nach den Vorführungen standen Regisseur/in und Hauptdarsteller zur Diskussion bereit. In einem Fall über 4 Stunden.

3) Es gab ein »Rahmenprogramm« von Experimentalfilm und Trickfilm. Dieses Programm sprach im Wesentlichen die »Cineasten« und »Spezialisten« unter den Kinogängern an.

Daneben gab es noch eine »Retrospektive« über den jüngsten deutschen Film und unbekannte ausländische Filme zu sehen.

Insgesamt wurden in 6 Tagen über 180 Filme gezeigt!

Eine Schwäche des Filmfestes war, daß die »Zuschauerfilme« — gemeint sind die Filme, die später in den Verleih oder ins Fernsehen kommen — maximal 2mal gezeigt wurden und daher schon lange vor der Vorstellung ausverkauft waren. Deswegen muß man tatsächlich von einem teilweisen Ausschluß des »normalen« Kinopublikums bei diesem Filmfest sprechen. (Ein Programm gab es erst 2 Tage vor Beginn des Festes. Die »Insider« wußten aber schon Tage und Wochen vorher Bescheid).

Fakt ist jedoch, daß die Hamburger »Kino-Mafia« (weitgehend in der Hand großer Konzerne) nicht bereit war, ihre Kinos für das Fest zur Verfügung zu stellen. So gab es nur 8 Abspielstellen. (In Hamburg gibt es über 80 Kinos).

Von den 18 Uraufführungen des Filmfestes kann man feststellen, daß die Mehrzahl der Filme wirklich sehenswert ist. (Wir werden sie im

Einzelnen noch in den nächsten AKs besprechen). Festzustellen ist aber auch, daß in 6 Filmen die Handlung im Selbstmord endet. Ist das symptomatisch für die Perspektive mancher Filmemacher/innen angesichts der BRD-Wirklichkeit? Inhaltlich bestimmt war das Filmfest von Filmen, die sich mit »Deutschland im Winter, Nachrichten aus einem Land der Kälte, der Isolation, der Erstarrung« beschäftigen (»Spiegel«). Die Filme zeigten Zustände, keinen Ausweg, kaum eine Richtung. Dennoch: Es gab viele Filme, da ging man raus mit dem Gefühl: »Es lohnt sich, gegen diese Gesellschaft zu kämpfen.« z.B. »Schwestern« — oder die Balance des Glücks, oder »Am Ende des Regenbogens«. Zum »Kino total« gehörte auch, die Filmemacher/innen hinter her in den »Pressekonferenzen« oder im »Zentrum« zu treffen. Mit ihnen zu reden und zu diskutieren. Das war für jeden — mit ein bißchen Anstrengung — möglich. Dazu gehörte der Austausch mit anderen Zuschauern/innen im Anschluß des Films im »Zentrum«.

Die Filmemacher/innen

Das erste Mal in der Geschichte der BRD hatten die Filmemacher die Möglichkeit, ein Fest zu organisieren, bei dem ihnen kein Politiker reinredete. Sie haben diese Möglichkeit genutzt!

Im Gegensatz zu Oberhausen (vor 17 Jahren) stehen sie keiner etablierten Macht anderer BRD-Filmer gegenüber. Heute sind sie »deutsche Filme«, Kluge, Reitz, Senft, Schlöndorff, Herzog, Genßdörfer, Hauff, Sinkel, Böhm u.a. sind vom »jungen deutschen Film« zum »deutschen Film« (BRD) aufgestiegen. Dieser »Aufstieg« hat bei einigen ansehend auch dazu geführt, das Publikum in Diskussionen zu verarschen. Fassbinder: »Wenn ich bis zehn zähle und es kommt keine Frage, dann gehe ich«. Fleischmann zu seinem Film »Hamburger Krankheit«: »Wenn sich das Publikum nicht mehr mit dem Hauptdarsteller identifizieren kann, findet es einen Film schlecht« (Anstatt auf Inhalte einzugehen!). Wenn man diese Ausnahmen außen vor läßt, kann man feststellen, daß eine Menge BRD-Filmemacher sich sehr stark an den Zuschauern orientiert (Kluge, Hauff u.a.).

Solche Filmemacher waren es auch, die die »Hamburger Erklärung« ausgearbeitet und formuliert haben. (Sie ist nur Vorwort zu einem Forderungskatalog). Hier liegt die Brisanz des Filmfestes in Hamburg: Seit Oberhausen haben die Filmemacher erstmals ihre Forderungen konkret auf den Tisch gepackt. »Der Film, so

Hamburger Erklärung

Anläßlich des Hamburger Filmfestes haben wir deutschen Filmemacher und gezeigten Wir haben 11 Jahre nach Oberhausen eine Art Bilanz gezogen.

Der Stärke des deutschen Films ist seine Vielfalt. In drei Monaten begannen die 80er Jahre.

Phantasie läßt sich nicht verwalten. Grenzköpfe können nicht bestimmen, was der produktive Film tun soll. Der deutsche Film der 80er Jahre kann nicht mehr von Gremien, Anstalten und Interessengruppen so wie bisher fremdbestimmt werden.

Vor allem — Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren — der Brieffilm nicht vom Dokumentarfilm, — Filmemacher, die schon Filme gemacht haben, nicht vom Nachwuchs — Filme, die das Medium reflektieren (und das praktisch tun, indem sie experimentieren), nicht vom Erzähl- und Kino Film.

Wir haben unsere Professionalität erprobt. Wir können uns deshalb nicht als Zukunft versichern. Wir haben gelernt, daß unsere Verbündeten nur die Zuschauer sein können.

Das sind die Menschen, die arbeiten, die Wünsche träumen und Interessen haben. Das sind Menschen, die ins Kino gehen und die die nicht ins Kino gehen, auch die. Die sich einen ganz anderen Film vorstellen können.

Wir müssen uns auf die Sechser machen. Hamburg, 23. 09. 1979

argumentieren sie, und besonders das etablierte Autorenkino braucht die Innovation, das Experiment, die Risikofähigkeit, um nicht zu stagnieren« (»Spiegel«). Der Dokumentarfilm soll gleichwertig gegenüber dem Spielfilm behandelt werden. Die kollektive Produktion soll genau wie der »Regisseur« Film behandelt werden. (Das Fernsehen fördert derzeit eher »Regisseur«-Filme mit einem Drehbuch, anstatt »Kollektivfilme« mit mehreren Drehbuchern).

Dreißig Prozent der Filmförderung soll dem Nachwuchs zugute kommen. Jeder, der mit nicht als 100.000 DM gefördert wird, soll mindestens 2 Nachwuchsfilmer/innen beschäftigen. Die Filmförderung soll in den Händen der Filmemacher selbst liegen. Diese Forderungen konnten nur zustande kommen, weil in den sechs Tagen fast alle BRD-Filmer auf dem Haufen gehockt und überlegt haben, was für den BRD-Film derzeit am besten zu machen ist. Es ist erfreulich, daß über alle Konkurrenz hinweg eine gemeinsame Erklärung zustande gekommen ist.

Die Ernsthaftigkeit einiger Filmemacher, in die Wirklichkeit einzugrei-

fen und sich am Kampf gegen Mißstände zu beteiligen, wurde dadurch belegt, daß sie spontan vor Ort anfielen, einen Film über den Hamburger Giftmüllskandal zu drehen. Initiiert wurde das von A. Kluge, R. Hauff und Mitscherlich. Der Hamburger Dokumentarist Walloch begann noch während des Filmfestes mit ersten Aufnahmen. Später sollen noch Spielfilme hinzukommen. Es soll ein »Kino Film« werden. Finanziert wird das Projekt vorerst aus Eigenmitteln der Filmemacher.

Am Rande: Der Herzog-Skandal

Klar war, daß der »Fall Herzog« auch zur Sprache kommen mußte. Herzog soll, so sagt die »Gesellschaft für bedrohte Völker«, Indianer in Peru durch Waffengewalt der Militärs zur Arbeit für sein Filmprojekt gezwungen haben (siehe AK 161). Es soll Landverwüstungen im Gebiet der Indianer gegeben haben. Auch soll es zu Verhaftungen von den protestierenden Indianern gekommen sein.

Hierzu gab die »Gesellschaft« eine Broschüre heraus. Es gab eine Pressekonferenz, die aber aufgrund eines Verbots der Filmemacher nicht in den Räumen des Filmfestes stattfinden durfte. Zwei Stunden später versuchte Herzog bei einer Pressekonferenz (in den Räumen des Filmfestes), die Vorwürfe zu widerlegen bzw. zu entkräften. Herzog fühlte sich »auf das Tief verletzt« und vor »seinem Schauspielprozeß, der zum Ziel hat, meine Arbeit und meine persönliche Integrität zu vernichten«. Er habe »durch mein bisheriges Werk meine Sympathie für Außenseiter und Bedrohte hinlänglich bewiesen«.

Zu den Fakten: Herzog und sein Produktionsleiter Sachse behaupten, daß es nie zu Verhaftungen oder

Zu den Fakten: Herzog und sein Produktionsleiter Sachse behaupten, daß es nie zu Verhaftungen oder Landverwüstungen gekommen sei. Dies »sind schlichte Lügen«.

Militärs hätten sie erst gerufen, nachdem sie (das Team bestand aus 3 Personen) sich von mehreren hundert Indianern mit Waffen bedroht sahen. Diese Militärs (ein Oberst und zwei Soldaten) seien dann mit ihnen zu einer Versammlung der Indianer gegangen. Dort habe der Oberst — um sich »Gehör zu verschaffen« — fünf mal mit der Maschinenpistole in die Luft geschossen.

In Anwesenheit der Militärs hätten sich die Indianer dann »überraschend« zur Zusammenarbeit bereit erklärt. (»Das ist nun mal so«, meinte Sachse).

Den ganzen Konflikt — den Herzog nicht leugnet — führen die beiden Filmemacher auf »eine bewußt falsche Übersetzung« bei der ersten Begegnung mit den Indianern zurück.

»Anstatt das Orte an unserem Film zu erklären, nämlich die Geschichte der Ausbeutung gerade dieser Indianer, hat der Übersetzer erklärt, wir wollten ihnen mit unseren Kameras das »Fett«, d.h. alles Leben wegnehmen. Außerdem erzählte er, wir wollten eine breite Schneise in den Wald hauen und zwei Flüsse durch einen Kanal verbinden, so daß der Ort eine Insel werden würde. Beides hat er nicht vor.«

Werner Herzog hat aus »amnesty internationale« aufgefordert, vor Ort die Sachlage zu überprüfen und ihn anschließend zu rehabilitieren.

Zum anderen sicherte er zu, sich allen Beschüssen der Indianer zu beugen. Auch wenn dabei sein Filmprojekt scheitern sollte!

Zu den »Kritikern«

Zum Filmfest gab es schon vorher

scharfe Kritik. Hierzu hatte das MPZ und das Medienzentrum Fuhlsbüttel ein Papier herausgegeben. Es heißt dort u.a.

»Wir haben kein Interesse an abgehobenen, aus dem Boden gestampften Konsum- und Repräsentationsfestivals, wo ein Film nach dem anderen abgespult wird und eine Pressekonferenz die andere jagt. Wir haben auch kein Interesse, uns an den Intrigen, wie sie sich hinter den Kulissen solcher Filmfestivals abspielen, zu beteiligen«.

Diese Kritik ist zu sehen vor dem Hintergrund, daß das MPZ und das Medienzentrum Fuhlsbüttel schon seit Jahren in Hamburg arbeiten und bisher keinen Pfennig Unterstützung vom Senat bekommen haben. Zu Recht kritisieren sie, daß hier der Senat — um des spektakulären Erfolges wegen — auf einmal über 300.000 DM locker machen kann, die Kultur »vor Ort« jedoch kaum unterstützt. Dennoch richtet sich die Kritik an die falsche Adresse.

Deprimierend finden wir auch, wie sich die »Jungfilmer« kaufen und integrieren lassen. Noch deprimierender, daß sich auch einige der alternativen Filme- und Videomacher und Filmverleiher (ganzamt sind hier wohl u.a. der Zentral-Filmverleih und der Medienladen aus Hamburg, Anm. Verf.) an diesem Intrigenspiel beteiligen, sich gegenseitig austricksen, um ja nicht ihren Einflußbereich zu verlieren.

Hätten sich die »Kritiker« vorher inhaltlich mit der Konzeption der Filmemacher — wie auch mit den Personen, die das Fest initiiert haben (z.B. Kluge, Schlöndorff, Hauff und wie sie alle heißen) — beschäftigt,

wären sie nicht zu solchen voreiligen Schlüssen gekommen. Ich hätte es für besser gehalten, die »Kritiker« hätten von Anfang an offen an den Diskussionen teilgenommen und ihre Forderungen gestellt. Ebenso hätten sie am Filmfest teilnehmen können und ihre Produktion z.B. im »Zentrum« vorstellen können. Nach Auskunft von Hauff wäre es möglich gewesen, »Unsere Treffen waren offen für jeden, wir haben alle Hamburger Filmemacher eingeladen. Einige zogen sich aber in die Schmollecke zurück« (Alexander Kluge).

Sieht man sich die Forderungen zum Nachwuchs und zum Dokumentarfilm in der Hamburger Erklärung an, so hätten sie auch von den »Kritikern« unterschrieben werden können. Sie hätten an ihnen mitarbeiten können. Diese Chance wurde verpasst.

Noch ein anderer Aspekt: Die »Kritiker« werfen den »Jungfilmern« vor, heute die »Filmindustrie« und »Unternehmer« zu sein. Richtig daran ist, daß die ehemaligen »Jungfilmer« aus Oberhausen »der BRD-Film« sind. Daß sie es geschafft haben, an vielen Ecken die »Schulmädchenreporter« etc. zu verdrängen. Daß ihre Produkte im Kino und im Fernsehen zu sehen sind (was nicht heißt, daß aus alles gut ist, was aus dieser Ecke kommt).

Die »Industrie« und die »Unternehmer« sind nach wie vor das Fernsehen und die staatlichen Förderstellen, von denen die Filmemacher abhängig sind. Diesen sie sich oft genug unterordnen müssen. Die oft ihre Projekte zum Scheitern bringen.

Ha., Kulturkommission

Stört »die dritte Generation« den Fassbinder-Film?

Beim Filmfest 1979 wurden die Aufführungen des Fassbinder-Films »Die dritte Generation« gestört.

— Im »Urania Kino« wurden während der Premiere ein paar Kubikzentimeter Buttersäure verschüttet.

— Im »Abaton« kam es dann etwas schlimmer. Ein Filmvorführer wurde zusammengeschlagen. Die Kopie der letzten Rolle des Films wurde aus dem Projektor gerissen und zerstört.

Der Film beschäftigt sich mit den Problemen des »Terrorismus«. Er wußt der »dritten Generation« der »Terroristen« vor, keinen politischen Hintergrund mehr zu haben und eng mit dem Kapital (hier einem Computer Hersteller und Verkäufer) zusammenzuarbeiten. Es ist das Recht eines Filmemachers, das Dinge so zu sehen. Es ist aber auch die Pflicht eines Filmemachers, die Dinge im richtigen Zusammenhang zu zeigen. D.h., er darf Ursache (die Gesellschaft)

und Wirkung (der »Terrorismus«) nicht verkennen. Das geschieht leider in diesem Film.

M.E. ist dieser Film ein »Ausreißer« von Fassbinder. Er ist freilich kein »Film des Staatsschutzes«, wie z.T. von Linken behauptet wird. Dafür hat Fassbinder genügend Beweise geliefert, daß er kein »Staatsschutzfilm« ist. Es ist in E. unannehmlich, sich mit dem Fassbinder Film in der Art »auseinanderzusetzen«, daß man seine Aufführung verhindert bzw. stört.

Hier setzt sich ein Filmemacher — mit unangenehmen Mitteln und Aussagen — mit der BRD-Wirklichkeit auseinander. Das muß man kritisieren. Dazu muß man aber seinen Film sehen haben. Es ist schon seltsam, daß selbst »Bild« die Störkräfte den Rechtsradikalen vermute.

Vielleicht ein Grund zum Nachdenken?

Ha., Kulturkommission



Alsterdorf — das Ghetto wird zementiert

Hamburg. „Weiche Satan“ — so könnte man die Reaktion der Alsterdorfer Anstaltsleitung auf Kritiken von Mitarbeitern um „216-Betten-Haus“ (Vergl. AK 161) zusammenfassen. Auf einer „Informationsveranstaltung“ zur baulichen Zukunft Alsterdorfs platze dem Direktor, Pastor Schmidt, fast der Kragen, als Kollegen aus der Anstalt immer wieder den behindertenfeindlichen Charakter des „216-Betten-Hauses“ zur Diskussion stellten. Er brach die Diskussion über den Neubau einfach ab, nachdem er vorher sogar selbst mehrmals zugeben mußte, daß dieses Haus schon nach heutigen Gesichtspunkten kaum geeignet ist, geistig und körperlich behinderten Menschen als Wohnraum zu dienen. Dieser Bau ist 1967 (!) geplant worden — jetzt, vier Tage vor der Grundsteinlegung (23.9.79) dürfte man mal dazu Stellung nehmen — wirklich gnädig. Vor Wochen hatten zwei Schwerbehinderten-Stationen sowie der „Psychologische Dienst“ der Anstalt mit ausführlichen Stellungnahmen gegen den Baubeginn protestiert. Erweisenemalßen wird durch solch eine Vergrößerung der Anstalt die gesellschaftliche Integra-

tion gerade schwerbehinderter Menschen überhaupt nicht gefördert — sie bleiben im Ghetto. Aber Pastor Schmidt hat ja eh seine eigene Meinung zur Integration: In Alsterdorf „haben sie die für sie so entscheidende wichtige Möglichkeit, jederzeit das Gotteshaus aufzusuchen und in Gemeinschaft mit anderen Behinderten und Nichtbehinderten Gott zu loben und sein Wort und Sakrament zu empfangen. Wo gibt es denn eine bessere Integration?“

Unter Anwesenheit von Kriegsmünsterer Apel, Hamburgs Sozialsenator Ehlers und Bürgermeister Klose wurde dann am 23.9. der Grundstein für das „216-Betten-Haus“ gelegt. Die große Feier muß den Alsterdorfer Anstaltsbossen aber etwas bitter geschmeckt haben. In der Nacht zum 23.9. war das Fundament des neuen „Behinderten-Bunkers“ mit Parolen verziert worden: „Dieser Brocken wird Euch noch im Halse stecken bleiben“, „Alle woll'n dasselbe — Schmidt (Anstaltsleiter — AK) in die Elbe konnte mensch da lesen. Und am Tage standen Mitglieder des „Kollegenkreises“ vor der Anstalt und verteilten die neue Dokumentation und dis-

kutierten mit den Besuchern (s. Kasten)

Ein Preis für Alsterdorf

Auf einer Pressekonferenz des „Kollegenkreises“ wurde, neben Kritiken am „216-Betten-Haus“ und an der totalen Konzeptionslosigkeit Alsterdorfs, bekanntgegeben, daß der Anstaltsleitung von Ernst Klee und einem Frankfurter Volkshochschulkurs die „Goldene Krücke“ verliehen worden ist. Preisübergabe ist am 21. November („Buß- und Betttag“ — sehr passend) in Frankfurt. Kriterien für diesen Preis ist eine besonders schlechte Behindertenarbeit, Konzeptionslosigkeit, behindernde Gebäude und vor allem Schaffung von Öffentlichkeit, die den Behinderten als Almsens empfänger und Behaltobjekt sieht. Was diese Punkte betrifft, sieht Alsterdorf wirklich mit manchen anderen Einrichtungen an der Spitze. Der KB möchte deshalb von dieser Stelle aus die Anstaltsleitung beglückwünschen — gute Leistungen müssen eben honoriert werden!

Ein Genosse aus Hamburg



„Wo gibt es denn eine bessere Integration?“

So schiebt man Behinderte ab

Der Behinderte Walter Bauer lebt mit seinen 35 Lebensjahren in einem Altersheim (!) in Neu-Aspach (Hessen). Wie er von hier beinahe in einer Einrichtung für geistig Behinderte gelandet wäre, schilderte er der „Frankfurter Rundschau“ (17.9.79).

Im März dieses Jahres wurde eine „Besichtigungsfahrt“ nach Aspach im Odenwald (Heim für geistig Behinderte) unter Teilnahme Bauers arrangiert. Welch schmutziges Spiel mit ihm getrieben wurde, zeigte sich

schnell. Nach der Rückkehr fand er seine persönlichen Sachen verpackt in Koffern und Mülltüten. Bauer fotografierte das und benachrichtigte einen Freund, der an das Frankfurter Versorgungsamt schrieb. Die Heimleitung steckte daraufhin erstmalig zurück: „Wir haben sehr bald erkannt, daß er hier falsch am Platze ist.“ Warum? „Er kam hier mit Mao-Mütze und rotem Stern an.“ „Er ist irgendwie anders geartet, so extrem.“

Walter Bauer ist kein Einzelfall.

Laut einer Untersuchung in Köln von 1978 sind 158 Behinderte in Altersheimen untergebracht, 72 davon sind zwischen 30 und 50 Jahre alt. Einen Platz, wo sie konsequent gefördert werden könnten, gibt es nicht: „Für Leute wie Bauer besteht sozusagen eine Marktlücke“ (Heiden, Dezernent für Heimaufsicht im Versorgungsamt).

Gesundheitskommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
238 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Herl

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagerkarte
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 00 88 83 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Buchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holtenstraße zwischen Kieler
Nachrichten- und Buchladen „Monte-
nus“

Neumünster
Angelika Schulnecht
Joachimstraße 28
2350 Neumünster
04321/46588

Ort-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Barmstede
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 V.86
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
KB c/o Arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel. 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel. 44 38 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordensteintreffe

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hofer Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bücherstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Worms
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Bödingen
G. Willmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestr. 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 bis 20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr., nördlich
Jeden D./M./Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
Jeden Sa. 11-13 Uhr Kottwiger Str.
Nähe Kurienplatz
Den AK gibt's außerdem in Buchh.
H. Heine, Vlothar Pl. 8 und
Buchladen Bundschuh Tiegelerstr. 39
Köln
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwoch von 18.30 bis 18 Uhr
in der „Eiche“/Rheinpark

Münster
Postlagerkarte A 0087 46
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstag
Buchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Bücherloch — Uni

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaum 52

J. Reents Vertriebsbüro
S. Lauer
Rödelheimer Str. 13
6000 Frankfurt 90

Kassel
Ernst Rabe
Florian Rabe
Kirchweg 77
3600 Kassel

Baden-Württemberg

Stuttgart
schriftlich über Buchladen Joe Fritz
c/o Kommunistischer Bund

Heidelberg
AK Lasekris jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
AK-Verkauf dienste 12-14 Uhr
Mensa Triplex

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
76 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen“
ca. KB-Sympathisanten
M 2,8
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Buchertisch 11-13 Uhr
Gemeindehochschule

Landshut
A. Fierbeck,
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10-12 Uhr
Altstadt vorm Oberpeur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alts. Mensa

Betrieb und Gewerkschaft



Innenminister Baum:

»Betriebsräte werden überprüft«!

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, daß von den Landesämtern für Verfassungsschutz Erkenntnisse an Dritte weitergegeben werden", sagte noch vor kurzem Innenminister Baums Abteilungsleiter von Loewenich („Spiegel", 17.9.79).

Das sieht jetzt freilich alles anders aus. War doch von verschiedenen Seiten enthüllt worden, daß der Verfassungsschutz seit 16 Jahren die Betriebsratswahlen systematisch „auswertet", wovon tausende Arbeiter (innen) betroffen sind. Allein die IG Metall beziffert die Zahl in ihrem Bereich auf fast 14 000! Die Jugendvertreter gehören auch zu den Schnüffelpersonen, aber erst seit vier Jahren. Die „Informationen", darunter auch alle möglichen privaten Daten, stellen sogenannte Sicherheitsbeauftragte zusammen, die von den Geschäftsleitungen bestimmt werden. Das Schnüffelmaterial wird an den VS weitergegeben, der das speichert und prüft, ob über die angegebenen Personen „Erkenntnisse" vorliegen. Das Ergebnis wird dann natürlich an die

Geschäftsleitungen weitergegeben. Gegen diese Schnüffelmethode hat die IG Metall-Vorsitzende Loderer protestiert. Innenminister Baum antwortete ihm darauf, daß der VS hätte die „gesetzliche Pflicht", „extremistische Betriebsarbeit" zu beobachten, (diese gesetzliche Pflicht) bezieht sich nur auf die gummartig definierten „sicherheitsgefährdeten Betriebe" und wird, worauf auch die Zeitung der IG Metall hinweist, einseitig gegen die demokratische Betriebsratsopposition gewandt, zudem ist die ganze Art der „Informationsbeschaffung" durch die sogenannten Sicherheitsbeauftragten in den Betrieben schlicht illegal!

Nachdem Baum die Bespitzelung prinzipiell gerechtfertigt hat, spielt er das Ausmaß der VS Aktivitäten herunter. „Bei den letzten Betriebsratswahlen 1978 seien die Angaben aus etwa 900 von insgesamt 30 000 Betrieben verwendet worden. Von den ungefähr 225 000 Betriebsratsmitgliedern habe man etwa 4600 Personen in die Repräsentativhebung

einbezogen, also zwei Prozent aller Betriebsräte" (FR 21.9).

Das ist natürlich ein Trick in der Argumentation, vorher vom „gesetzlichem Auftrag" zu reden und hinterher ist es nur eine „Repräsentativ Erhebung" gewesen. Zweitens deuten die bekannt gewordenen Kriterien der Auswahl der Betriebe auf eine erheblich größere Anzahl Betroffener hin. Denn bespitzelt wird neben den „sicherheitsgefährdeten Betrieben" in allen Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten und in allen Betrieben, in denen einmal „linksradike Aktivitäten" festgestellt wurden. Nach Angaben der DKP-Zeitung „Unsere Zeit" werden auch alle Betriebe bespitzelt, die in den letzten zehn Jahren bestreikt worden sind (UZ 22.9)! Für die linke Betriebsopposition ist es eine wichtige Aufgabe, das ganze Ausmaß Schnüffelpolitiken offenzulegen.

Wie fein das Netz der Bespitzelung schon ist, zeigt ein Fall aus der Praxis Anfang 1978 hatte die Blechwarenfabrik Fritz Züchner GmbH

Co. KG einem Kollegen mit der Begründung gekündigt, er habe „diffamierende und falsche Meldungen" an die „AVZ" des KBW weitergegeben. In einem Arbeitsgerichtsprozeß unterliegen, forderte die Konzernfabrik für die Verhandlung in zweiter Instanz Informationen über den mißliebigen Blechwerker von der Abteilung Verfassungsschutz im Mainzer Innenministerium an.

Bereitwillig antwortete der Ministerialbeamte Otto Werner Sinschhoff: „Er kenntnisse über eine Mitgliedschaft im KBW liegen vor" (Spiegel 17.9). Dieser „Fall" straft alle Behauptungen Lügen, daß es keine Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitungen und VS gibt. Baum gibt das Inzwischen an, selbst zu, wenn er in Zukunft mehr als bisher garantieren will, daß keine Informationen an die Geschäftsleitungen gelangen (FR 21.9).

Die DGB Spitze hat sich nach Baums Antwortbrief auf Loderer noch nicht wieder zu Wort gemeldet. Ob das damit zusammenhängt, daß über das Verfahren der Überwachung in der Vergangenheit „mehrfach (!) mit dem DGB gesprochen worden" ist!

wie Baum behauptet (UZ 22.9)! Gegen die Bespitzelungen protestiert hat inzwischen die IG Metall. Vertrauensleutekonferenz der Mannmann Hüttenwerke Dalsburg-Hückingen. Der Ministerpräsident des Landes NRW soll unverzüglich die staatliche Schnüffelpolitik in den Betrieben und im öffentlichen Dienst unterbinden" (UZ 25.9).

Kommunisten Betrieb & Gewerkschaft

Hoesch-Betriebsrat macht Karriere beim Werkchutz

Nachdem sich Helmut Wolf als Vorsitzender des Betriebsrats der Hoesch-Westfalenhütte Dortmund wohl hohe Verdienste erworben, wurde er von den Kapitalisten zum Leiter des Werkchutzes der drei Hoesch-Betriebe befördert. Die jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung wurde endlich belohnt. Die DKB Betriebsräte haben Wolf inzwischen aufgefodert, sofort vom Betriebsratsvorsitz zurückzutreten.

Abdul Kheder bleibt Betriebsrat bei Opel!

„Wir blieben am Ball und schießen Tore", erklärte Dr. Mengel vom Arbeitgeberverband, der Opel vertritt, im Laufe des Prozesses am 14.9.79 beim Landesarbeitsgericht Hamm. Es wurde ein prächtiges Eigentor! Nachdem schon in erster Instanz das Arbeitsgericht Bochum dem Verlangen der Opel-Geschäftsleitung, den oppositionellen Betriebsrat Abdul Kheder aus dem Betriebsrat auszuschließen nicht nachgegeben war (s. Berichtserstattung AK 151, 156), wurde jetzt in zweiter und letzter Instanz auch die Beschwerde von Opel gegen diese Entscheidung des Arbeitsgerichts zu rückgewiesen.

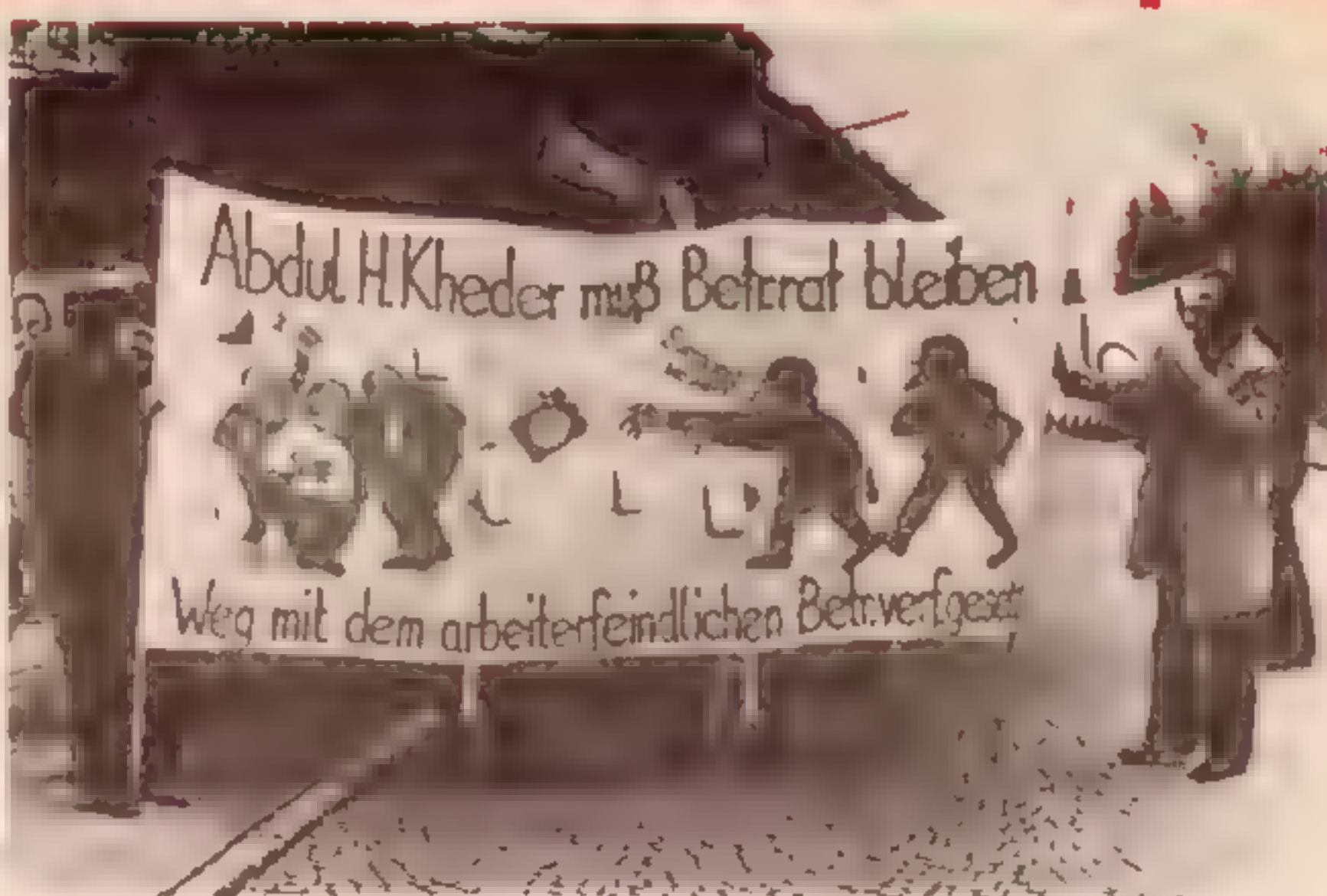


Opel-Betriebsrat Abdul Kheder

Abdul Kheder hatte wie viele andere Betriebsräte auch – Ende letzten Jahres nach einer Betriebsratswahl ein Informationsblatt an die Belegschaft weitergegeben, das sich gegen die Wiedereinführung des Abstempelns nach Schichtende richtete und die Belegschaft zum Boykott der Stempelkassen aufrief. Denn die Wiedereinführung des Stempelns nach 3 1/2 Jahren war für die Belegschaft eine „Zumutung, ein sozialer Rückschritt ins Mittelalter", wie ein aus Zeugen geladener Betriebsrat aus sagte.

Das Landesarbeitsgericht stellte fest, daß gegen Abdul Kheder kein Vorwurf erhoben werden könne, weil er nichts anderes getan habe, als einen Beschluß des Gremiums Betriebsrat auszuführen. Allerdings und hier bekommt der Prozeß eine grundsätzliche Bedeutung – sah das LAG in der mündlichen Begründung den Fehler beim ganzen Betriebsrat. Dieser habe sich „vergaloppert", der Betriebsrat habe nicht zu Druck veranlassen dürfen, der Aufruf zum Nicht-Abstempeln habe allenfalls von den Vertrauensleuten kommen dürfen! Aber scharflich sei der „Betriebsfrieden ja nicht gestört" worden. Ein einzelnes Betriebsratsmitglied könne nur bei persönlichem grob pflichtwidrigem Verhalten ausgeschlossen werden. Mit dieser Entscheidung wurde also nicht geklärt, ob die Opel-Kapitalisten das Recht hatten, einseitig eine Betriebsvereinbarung aufzulösen, um das Stempel am Schichtende wieder einzuführen.

A. Kheder schuldete in seiner Erklärung vor dem Gericht die unwürdige Behandlung der Kollegen durch den Zwang des Stempelns. Nach acht Stunden schwerer Arbeit müssen sie wie auf dem Kasernenhof an der Sterkhur antreten und verlieren so wertvolle Freizeit. Die Wiedereinführung des Abstempelns wird daher auch von der Belegschaft als klare Schikane bewertet. Den Opel-Anwalt interessierten diese Dinge natürlich überhaupt nicht (der braucht ja auch nicht zu stempeln!). Er bestand weiterhin darauf, daß Kheder quasi im Alleingang auf eigene Kappe das Informationsblatt des Betriebsrates weitergegeben habe, denn – und das versuchte der Zeuge Stepulat (stellvertretender Betriebsratsvorsitzender) dem Gericht weiszumachen – es habe gar keine ordentliche Betriebsratswahl stattgefunden und er habe „angeordnet", daß das Informationsblatt unter Verschluss genommen werden müsse und nicht weitergegeben werden dürfe. An diesem Punkt widersprach jedoch eindeutig der Zeuge Thomas, ebenfalls Betriebsrats- und IGM-Mitglied: Er wies aufgrund seiner Notizen nach: 1. daß durch Abstimmung geklärt worden war, daß es sich um eine ordentliche Betriebsratswahl handelte, 2. daß zum Schluß dieser Sitzung nur Stepulat



gegen das Informationsblatt gestimmt hatte, und 3. daß Stepulat selbst nach der Sitzung seine Zustimmung zum Informationsblatt gegeben hatte, nachdem die Formulierung an einem Punkt geändert worden war. Das Gericht stützte dann seine Entscheidung ganz auf die Aussagen Thomas.

Der Erfolg des Prozesses am 14.9. und schon vorher am 12.6. ist sicherlich vor allem auf die große Unterstützung für Abdul Kheder in der Opel-Belegschaft zurückzuführen. So wurde während der Verhandlung nebenstehende Resolution des Vertrauensleutenkörpers der IGM verlesen. Diese Solidarisierung ist besonders unter dem Aspekt hervorzuheben, daß Kheder bereits seit 1975 aus der IGM ausgeschlossen ist, weil er auf der „Liste für Belegschaftsforderungen" kandidiert hatte. Über 50 Zuhörer waren zur Verhandlung in der

viel zu kleinen Gerichtshalle gekommen.

Nach diesem Sieg fand am 27.9. wieder ein Prozeß gegen Opel statt, in dem es um vier Verwarnungen ging, die A. Kheder erhalten hatte wegen Teilnahme an einem gewerkschaftlichen Warnstreik in der Tarifrunde 78, Verteilen eines Flugblatts seiner „Liste für Belegschaftsforderungen" zum Ergebnis der Betriebsratswahl 78, Verteilen eines Flugblatts zu den Sonderschichtanträgen der Opel AG, Teilnahme an der Solidaritätsdemonstration zum Stahlarbeiterstreik. Der Ausgang war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

IGM-Vertrauensleute solidarisierten sich mit ausgeschlossenen

Entscheidung des IGM Vertrauensleutenkörpers Opel-Bochum

„Der Vertrauenskörper in der A. Opel AG nimmt mit Empörung zur Kenntnis, daß die Geschäftsleitung Maßnahmen in immer steigender Intensität zur Anwendung bringt.

Im Besonderen werden die Angriffe gegen Betriebsrat und Vertrauensleute gesteigert. Den augenblicklichen Gipfel der Auseinandersetzung stellt der Antrag der Geschäftsleitung auf Amtsenthebung eines Betriebsratsmitglieds dar. Wir als IGM-Vertrauensleute sind nicht gewillt, weiter tatenlos zuzusehen, wie systematisch unsere Interessenvertretungen bekämpft werden! Die IGM Vertrauensleute der A. Opel AG Bochum fordern deshalb, daß die Beschwerde gegen den Beschluß des Arbeitsgerichts Bochum auf Amtsenthebung eines Betriebsratsmitglieds vom Landesarbeitsgericht Hamm zurückgewiesen wird. Bochum, 12.9.79"

Metallindustrie Die Rationalisierungswelle rollt!

Warnstreik bei SKF Stuttgart

Wieder herrscht Unruhe unter den 2.578 Beschäftigten in Stuttgart Cannstatt, die bereits 1977 wegen einer möglichen Betriebsverlegung nach Schweinfurt gestreikt hatten. Nun ist es so weit. Der Wälzlagerbereich mit 1.480 Beschäftigten, also mehr als der Hälfte der Belegschaft, ist dran. Allerdings sind für SKF-Chef Westphal schlagartige Betriebsverlegungen „politisch nicht mehr machbar“. Da zudem bei Massenentlassungen die zu vereinbarenden Sozialpläne teuer würden, habe man sich zu „schrittweisem Abbau“ der Belegschaft als „kostengünstigste Lösung“ entschieden (Originalton „Handelsblatt“). Anfang September kam es daraufhin zu einem kurzen Warnstreik, die Geschäftsleitung wurde von den 200 Teilnehmer/innen zur Rede gestellt:

• • •

Stillegung der BBC-Hansau?

Mit dem vielzitierten „Auftragmangel im Kernkraftwerksbau“ wird bei der BBC der Bauabschluß von ca. 300 Kolleg/innen begründet. Dieses Problem wolle man bis Ende 1980 „auf die nächste Tour“ lösen. Im übrigen denke die Geschäftsleitung auch nicht daran, einen Sozialplan aufzustellen. Zwar müßten gegenwärtig noch Überstunden gefahren werden (!), doch gehe der Auftragsbestand weiter zurück. Auch bestätigte die Geschäftsleitung, daß es sich bei den Betroffenen größtenteils um „langjährige Mitarbeiter“ handle:

• • •

Entlassungen bei der RBU

Auch bei der Reaktor-Brennelement-Union (RBU) führt der berühmte „vierjährige Auftragsstopp“ für AKWs zu harten Maßnahmen. Rund 5 % der 900 Kolleg/innen seien seit März des Jahres bereits entlassen worden. Das Unternehmen, das zu 60 % der Kraftwerksunion (KWU), und zu 40 % der Nukem GmbH gehöre, habe ähnliche Investitionspläne gestoppt:

• • •

Hartmann und Braun, Braunschweig

Im Zuge der Arbeitsplatzvernichtungsstrategie des AEG-Telefunken-Konzerns ist nun auch die 75-jährige Tochter Hartmann und Braun betroffen. So sollen die Zweigniederlassungen Braunschweig und Erbstadt (zusammen rund 370 Kolleg/innen) bis Ende nächsten Jahres geschlossen werden. Für Braunschweig bedeutet dies ein weiteres Ansteigen der hohen Arbeitslosenquote von bisher 5,7 %. Gerade dieses Werk hatte in den letzten Jahren hohe Subventionen des Bundesverkehrsministeriums erhalten. Gerade dieses Werk hatte in den letzten Jahren hohe Subventionen des Landes Niedersachsen kassiert.

Aber auch die anderen 6.000 Arbeitsplätze bei H&B werden zunehmend unsicherer. So meinte Vorstandsvorsitzender Wilfried Braun, daß „in den Jahren 1981/82 eine deutliche Verringerung der Belegschaft“ notwendig sei. Die IG Metall vermutet, daß insgesamt rund 1.000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen:

• • •

Krupp/Siegen

1.400 Arbeitsplätze sind in Gefahr, weil die beiden Siemens-Martin-Hochöfen, die größten und modernsten der Welt, durch neue Technologien abgelöst und stillgelegt werden sollen. Schon sind 215 Arbeitsplätze in der Auflösung begriffen, da bereits eine Wälzstraße stillgelegt wurde. Nicht Verluste, sondern ungenügende Profite treibt Krupp zu solchen Taten, der BR-Vorsitzende verkündet stolz: „Unser (?) Werk ist nicht in den roten Zahlen!“ Nach Äußerungen der Unternehmensleitung soll es inzwischen neue, kostengünstigere Verfahren der Stahlerzeugung geben:

• • •

Thyssen/Niederrhein

Am 13. August, dem 50-jährigen Geburtstag der Stadt Oberhausen, wurde der Hochofen A (einer der modernsten in Europa) endgültig stillgelegt. Damit verloren in den letzten zehn Jahren rund 7.000 Beschäftigte bei Thyssen/Niederrhein ihren Arbeitsplatz. Im Gegensatz dazu weist der Geschäftsbericht für das letzte Jahr einen Gewinn von 38,4 Mio. DM auf, der an die Muttergesellschaft Thyssen AG überwiesen wurde:

DIAG — der Staat als Kapitalist

Die DIAG, die 1966 als Zusammenschluß von sieben Berliner Maschinenbau-Unternehmen (u.a. Borsig) gegründet wurde, um sie vor der Pleite zu retten, hat es geschafft, über 10.000 der ehemals 12.500 Arbeitsplätze zu vernichten. Dieser Zusammenschluß — im Staatsbesitz (!) — hat damit fast so viel Menschen in Westberlin entlassen, wie Siemens oder AEG. Schon werden weitere Honorarmeldungen verbreitet. Das Loewe-Werk, Teil der DIAG (ehemals 1.500 Beschäftigte), wird stillgelegt. Weitere 500 Kolleg/innen fliegen auf die Straße. Es ist zu erwarten, daß es die DIAG in wenigen Jahren nicht mehr geben wird. Bis dahin wird aber noch kräftig ausgebeutet: Zur Zeit führt DIAG in der gesamten Produktion das Prämienlohnsystem ein. „Die Soll-Leistung soll möglichst mit Hilfe von Zeitaufnahmen ermittelt werden“. Insgesamt scheint dieser bundeseigene Betrieb nur den einen Zweck zu haben, dem Kapitalisten vorzuführen, was man mit Steuerkonventionen alles anstellen kann.

Kurzarbeit bei Ford in Köln

Während im Werk „Saarlouis“, wo der „Fiesta“ gefertigt wird, Sonder-schichten gefahren werden, sollen rund 12.000 Kolleg/innen am Werk Köln-Niehl kurzarbeiten, insgesamt 25 Tage bis Jahresende. Begründet wird diese Kurzarbeit mit der sinkenden Nachfrage nach dem Ford-Granada — bedingt durch die „Energie-Diskussion“. Der Betriebsrat hatte der Kurzarbeit zugestimmt, nachdem Ford das gesetzliche Kurzarbeitergeld aufstockte. Dies muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß Ford im letzten Geschäftsjahr einen Reingewinn von einer halben Milliarde DM scheffeln konnte. Mit Hilfe der einstimmigen Zustimmung der „Arbeits-mittelvertreter“ im Aufsichtsrat werden diese Gelder demnächst an die amerikanische Ford-Muttergesellschaft abgeführt:

Metallkommission

Lohnpaket mit Knautschzone

IGM-Vorstand plant die nächste Tarifrunde.

Vom 12. bis 14. September tagte der IGM-Vorstand in Klausur, um die nächste Tarifrunde zu planen. Dabei wurde vor allem der „gesamtwirtschaftliche Rahmen“ debattiert.

Seinen Bericht beginnt der Vorsitzende Eugen Loderer mit der stolzen Feststellung, daß der Vorstand in seinen Entscheidungen in der Nachschlagsdiskussion und in der Frage der Ablehnung einer Kündigung von Abkommen über tarifliche Sonderzahlungen konsequent festgehalten ist. Im Klartext: dem IGM-Vorstand ist es bislang gelungen, allen Forderungen von IGM-Mitgliedern nach Kündigung bereits abgelaufener Sonderzahlungsverträge und allen Forderungen nach sofortiger Aufnahme von Tarifgesprächen einen Riegel vorzuschieben.

Offenbar soll auch die jetzt vom Vorstand begonnene Debatte um die nächste Tarifrunde von der Forderung nach Nachschlagszahlungen ablenken. So früh, dreizehn Monate vor Ablauf der Verträge, ist vom Vorstand noch nie ein Wort zu Tarifrundungen gesagt worden.

Der IGM-Vorstand hat zwar noch keine Prozentzahlen genannt, aber eine Lohnformel aufgestellt: „voller Preisausgleich, Beteiligung am Produktivitätsfortschritt und eine Um-

verteilungskomponente“. Nach dem „gesamtwirtschaftlichen Rahmen“, wie ihn der IGM-Vorstand selbst sieht, wären das wohl dann etwa neun bis zehn Prozent.

Die Propaganda der Kapitalisten schäumt wie üblich „Arbeitgeber warnen vor Lohnruhrkrisen“ und „Nach dem Ölshock wird jetzt der Lohnshock kommen“.

Aber nach internen Beratungsgesprächen zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaftsvorstand erklärte der Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Inhoff, daß Unvernehmen bestünde, daß Tarifabschlüsse um die sechs Prozent herum in die wirtschaftliche Landschaft des nächsten Jahres passen. Nach seinen Worten wurden gewerkschaftliche

„Ansprüche an den Lohnshock“ nicht in Einklang zu bringen sein, da die Kluft zwischen Forderungen und tatsächlichen Abschlüssen dann nicht unüberbrückbar ausfallen würden. Bei einer Zehn vor dem Komma können die Gewerkschaften demgegenüber schon in die Verlegenheit, die niedriger ausfallenden Abschlüsse vor ihren Mitgliedern zu rechtfertigen (nach „Frankfurter Rundschau“, 18.9.79).

• • •

Hamburg: Spontaner Streik bei Still

Den Besuch des Linde-Konzernchefs Meinhardt bei seiner Tochtergesellschaft Still nahmen die Kollegen zum Anlaß, durch eine spontane Arbeitsniederlegung ihre Forderung nach 900 DM Nachschlag zu bekräftigen. Statt nach dem Frühstück wieder an die Arbeit zu gehen, zogen etwa 400 Kollegen (1/3 der Belegschaft) vom Verwaltungsgebäude und bereiteten ihm einen gebührenden Empfang. Auf noch am selben Morgen gefertigten Schildern und durch Sprechchöre brachten sie in einer recht kämpferischen Stimmung ihre Nachschlagsforderung zum Ausdruck. Zwei Versuche des Personalchefs, über Megaphon zum Verlassen der Kundgebung aufzufordern, gingen im Sturm von Buh-Rufen und Pfiffen unter. Erst zum verabredeten Zeitpunkt, nach ungefähr 40 Minuten, zogen die Kollegen geschlossen wieder zurück.

Vorausgegangen waren in einigen Abteilungen Unterschriften-sammlungen und mehrere Diskussionsbeiträge auf der letzten Betriebsversammlung, die stürmischen Beifall erhielten. Auch wenn die Forderung durch diese Aktion nicht durchgesetzt werden konnte, haben die Still-Kollegen bewiesen, daß sie nicht bereit sind, dem Firmenamen eine Ehre zu machen. Stillhalten werden sie gewiß auch nicht bei den geplanten Angriffen wie Einführung von Betriebskrankenkasse und Betriebsurlaub und bei der durch die Werkszusammenlegung anstehenden Arbeitsplatzver-nichtung.

Nach dem Streik Hetzkampagne gegen links

Obwohl die Vertrauensleute vereinbart hatten, die geplante Aktion bis eine Stunde vorher geheim zu halten, verteilte die KPD, ML-, RGO“ morgen vorm Werkstor ein Aufruf-flugblatt dazu. Offensichtlich wollte sie sich wieder mal mit fremden Federn schmücken. Vielen schwankenden Kollegen lieferten sie damit eine Ausrede: „Da machen wir nicht mit, wir lassen uns doch nicht von deren Karten spannen!“ Die Rechten ließen sich diese Chance nicht entgehen. Sie setzten gezielt Gerüchte in die Welt wie: Die Kommunisten wollten den Streik kaputtmachen, sie hätten ihn vorher an die Geschäftsführung verraten. Auch im Betriebsrat und im VK würden die „Roten“ schon sitzen und es sei jetzt endlich an der Zeit, die Quellen für die „RGO“-Flugblätter zu stopfen. Den fortschrittlichen Kollegen auch im BR und VK fällt es nicht gerade leicht, in diesem Klima zu bestehen.

Einerseits ist das Vorgehen der „RGO“ in der Tat zu verurteilen, andererseits müssen wir aufpassen, daß wir nicht in die Hetzkampagne einsteigen und uns den eigenen Ast absägen. Bezeichnenderweise schreien jetzt auch diejenigen am lautesten von Verrat, die sich bei der Vorbereitung und Durchführung des Streiks eher passiv verhalten und zum Teil sogar aktiv dagegen mobilisiert haben.

Ein Genosse von Still

Arbeiter bei Springer gegen Rationalisierung

Seit nunmehr zwei Jahren lehnen die Drucker der Ahrensburger Springer-Tiefdruckerei (ca. 1.500 Beschäftigte) jegliche Sonderschichten ab. Zu diesem Schritt hielten sich die Kollegen entschlossen, nachdem damals die Forderung nach Erhöhung der außertariflichen Zulagen um 50 DM für alle Fach- und Hilfsarbeiter an den Rotationsmaschinen unbeantwortet geblieben war.

Vor gut einem Jahr gab die Geschäftsleitung bekannt, sie beobachte, den gesamten Maschinenpark durch neue Maschinen zu ersetzen. Monatlang weigerte sie sich, mit dem Betriebsrat in Verhandlungen über die Besetzung der neuen Maschinen zu treten, obwohl die Hersteller-firmen schon mit deren Fertigung begonnen hatten.

Erst eine Woche vor Inbetriebnahme der ersten 2,40 m breiten, mit acht Druckwerken ausgestatteten Druckmaschine kam eine auf ein halbes Jahr befristete Betriebsvereinbarung zustande.

Mit dem Hinweis, es seien im Mantelrand keine Regelungen vorgeschrieben, weigerte sich die Geschäftsleitung nach wie vor, über die Besetzung in anderen Abteilungen zu verhandeln.

Die vorläufige Regelung sieht für acht Druckwerke sechs Drucker und sieben Hilfsarbeiter vor (bei sechs Druckwerken: fünf Drucker und sieben Hilfsarbeiter).

Schon bald zeigte sich, daß die Unternehmensleitung ihre Unterschrift nur gegeben hatte, um die Karte erst einmal in Gang zu bekommen, da ohne rechtskräftige Regelung die Drucker die Maschinen nicht angefahren hätten.

Denn kaum waren die ersten Aufgaben gedruckt, kündigte die Betriebsvereinbarung, und was über die Besetzung von Andruckmaschinen (zwei Drucker und sieben Hilfsarbeiter) und die Besetzung von Nachdruckmaschinen (zwei Drucker und sieben Hilfsarbeiter) nichts sagte.

„Es ist uns nicht gelungen, sich bei der Frage der Besetzung den branchenüblichen Gepflogenheiten anzuschließen.“

„... passen, so wird dies schon sehr bald zum Verlust von Aufträgen führen und im weiteren Verlauf auch die Existenz unserer eigenen Objekte, die sich ebenfalls im Markt zu behaupten haben, bedrohen. Dies würde unaufrichtig eine Vielzahl von Arbeitsplätzen im Unternehmen gefährden.“

In einem weiteren Brief versuchte die Geschäftsleitung ihr Vorhaben mit finanziellen Zugeständnissen an die Kollegen, die an den neuen Maschinen arbeiten sollen, zu erkaufen. Weiter hieß es dort u.a.: „Wenn wir unsere Aufträge verlieren, weil wir keine konkurrenzfähige Besetzung haben, müßten wir nicht nur bei den Druckern und Fachhilfsarbeitern der Rotation, sondern auch in anderen Bereichen Entlassungen vornehmen.“

Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung Mitte August wurde in vierstündiger turbulenter Debatte diese Provokation abgelehnt. Überraschend klare Verhältnisse bestanden dann, nach nicht durch Geld Arbeitsplätze abkaufen zu lassen und an den bisherigen Besetzungsregelungen festzuhalten. Die Behauptung, durch Verlust eines Auftrags würden Arbeitsplätze gefährdet, wurde als Lüge zurückgewiesen, da zahlreiche Aufträge seit Jahren in anderen Firmen im in- und Ausland ausgelagert werden müßten, weil die Drucker keine Sonderschichten machen.

Dem Betriebsrat wurde ein Ultimatum gestellt, bis zum 10. September auf die Reduzierung einzugehen. Am 10. September wurde von der Unternehmensleitung der Text einer Betriebsvereinbarung vorgelegt, in dem bei einer Laufzeit von fünf Jahren der Abbau von Personal fixiert werden sollte. Der Betriebsrat hatte daraufhin in schriftlich vor allen Kollegen erklärt, daß er einer solchen Regelung unter keinen Umständen zustimmen, sondern an den bislang gültigen Vereinbarungen festhalten werde.

Bei der Nachkaterung am 1. Oktober versuchte das Springer-Verlagsgesamt vergeblich, die Verhandlungen zu beenden.

Ein Genosse bei Springer/Ahrensburg

Kurz-meldungen Kurz-meldungen

Gewerkschafter vom Betriebsrat ausgeschlossen

Am 19.9. schenkte die Güterverhandlung zweier von der Westfälischen Commerzbank gekündigter Mitglieder der Gewerkschaft H&V (siehe AK 162), so daß jetzt am 5.11. die Arbeitsgerichtsverhandlung in erster Instanz stattfindet.

Einer der beiden erhielt mittlerweile ein ausführliches Schreiben aus Angst vor „systemzerstörender“ gewerkschaftlicher Infiltration der Angestellten der West-Berliner Commerzbank beim Volleyballspiel, bekam, einen Tag nach der Güterverhandlung, L. B. folgendes Sudelpapier des Sportausschusses der Betriebssportgemeinschaft zugesandt: „... teilen Ihnen mit, daß sie nach Ihrem Auscheiden aus der Bank nicht mehr der Betriebssportgemeinschaft angehören (...), und daß Ihnen infolgedessen jegliches Mitglieds- oder Zutrittsrecht zur Betriebssportgemeinschaft untersagt ist.“

Was müssen die Bankkapitalisten zu verlieren haben, wenn sie in dieser Weise reagieren, während andere ehemalige Kollegen selbstverständlich am Betriebsport teilnehmen dürfen?!

Zwei Sympathisantinnen aus W. Berlin

• • •

„Gesundshumpfung“ bei der Hamburg-Mannheimer

150 von den ca. 850 Kolleg/innen und Kollegen der Hamburg-Mannheimer (HM) Sachversicherung sind von den „Gesundshumpfungsmaschinen“ des Vorstands betroffen, daß heißt, sie verlieren zumindest ihren alten Arbeitsplatz. Der Rundumschlag erfolgte in nahezu allen Bereichen des Betriebes, besonders betroffen ist aber die Schadenregulierung. Der kleinste Teil erhält andere Arbeitsplätze bei der HM-Sach, dem größten Teil der Betroffenen sollen andere Arbeitsplätze bei der HM-Leben vermittelt werden. Mindestens 25 Kollegen haben nach Tola, in der Luft Begründung des „Gesundshumpfung“ die Bilanz ist seit drei Jahren in den roten Zahlen“ der Aufsichtsrat forderte energische Maßnahmen des Vorstands.

Auf der Betriebsversammlung am 27.9.79 der HM-Leben fragten die empörten und besorgten Kolleg/innen, welche Konsequenzen dies für ihre Arbeitsplätze habe. Darauf konnte der BR nur berichten, welche Schwierigkeiten er habe, die betroffenen Kolleg/innen überhaupt zumutbar unterzubringen, welche Vernetzungen, Umgruppierungen und Änderungskündigungen in diesem Zusammenhang noch anstehen, sei noch gar nicht abschätzbar.

Besonders sauer waren die Kolleg/innen, „den Anknüpfen“, es auch gar nicht abzuhängen.

Besonders mauer waren die Kolleg/innen, als sie feststellen mußten, daß kein Vorstandsmitglied erschienen war, um Rechenschaft abzulegen.

Ca. eine Woche vorher, auf der Betriebsversammlung der noch weit-aus mehr betroffenen Mitarbeiter der HM-Sach, wurde der Vorstand sehr massiv aufgefordert, Rechenschaft abzulegen. Rechenschaft darüber, wie es sich vorstelle, mit 18 % weniger Kollegen die gleiche bzw. steigende Arbeitsleistung zu erbringen, Rechenschaft über unternehmerische Fehlentscheidungen, die solche Maßnahmen nötig machen und Rechenschaft darüber, wieso sie — die Kollegen — für diese Fehler bezahlen sollen.

Das war den zarten Vorstandsknechten dann doch zuviel, unter Protest über die „unsaubere Atmosphäre“ verließen sie beleidigt den Saal. Ein feines Schauspiel von „unternehmerischem Risiko“ und „unternehmerischer Verantwortung“, das diese Herren hier zeigen.

HBV Komitee

• • •

LAG: Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden rechtswirksam

Wieder einmal hob das Landesarbeitsgericht Hamburg eine Entscheidung der 1. Instanz auf. Demnach ist die Kündigung des Betriebsrat-Vorsitzenden der Haplo — einer Tochtergesellschaft der gewerkschaftsfeindlichen coop

Walter Gerber, rechtswirksam. Das bedeutet eine rigide Einschränkung des Betr. Verf. Ges.

Nochmals zum Hintergrund. Durch Rationalisierung wurde über Jahre

Fortsetzung nächste Seite

Leserbrief

Liebe Genossen!
In eurem Bericht „Verfassungsschutz in den Betrieben“ (AK 162, S. 1) habt ihr darauf verwiesen, daß der DGB selber Informationen vom Verfassungsschutz erhält über „unheilsame“ Mitglieder in den eigenen Reihen. Hierzu eine Kopie eines Briefes von der IG Chemie an mich, der darauf schließen läßt, daß die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsführung und Verfassungsschutz nach wie vor gut läuft. Ich bin Anfang 1976 ausgeschlossen worden (mit der „Begründung“ Mitgliedschaft in einer gewerkschaftsfeindlichen Organisation) und seitdem hat man wohl ein Auge auf mich geworfen (siehe Brief). Seit meinem Gewerkschaftsausschluß bin ich ziemlich gehandkapt im Betrieb, da die Vertrauensleute Arbeit oft der Ansatzpunkt ist für aktives Eintreten für Belegschaftsinteressen. Da stehe ich jetzt außen vor, zudem können Vertrauensleute offen nicht in irgendeiner Form mit mir zusammenarbeiten. Aus der Position eines ausgeschlossenen Gewerkschafters heraus einen Kollegenkreis aufzubauen halte ich für unmöglich, stecken doch gerade die aktiven Kollegen, die dafür in Frage kommen in der Gewerkschaftsarbeit - sei es auch oppositionell. Und sie dürfen nicht mit mir zusammenarbeiten, sonst riskieren sie ihren eigenen Ausschluß.
Vor 3-4 Jahren gab es die Ausschluß-„Orgie“ der Gewerkschaftsführer bei der Reichhold-

Albert Chemie/Hoechst AG, in deren Verlauf ja der VaG (Verband ausgeschlossener Gewerkschafter) gegründet wurde, mit dem Ziel, für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Gewerkschafter einzutreten. Seit langem habe ich nichts mehr von dem VaG gehört - liegt es daran, daß es kaum noch ausgeschlossene Gewerkschafter gibt oder daß die oppositionelle Gewerkschaftsarbeit zur Zeit ruht? Gerade einen VaG sehe ich als gute Möglichkeit, den Gewerkschaftsführern wenigstens ein kleines Kreuzchen durch ihre Rechnung zu machen, z.B. aufzeigen:
a) wie die DGB-Führer selbst demokratische Rechte abbauen durch ihre Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz
b) daß gewerkschaftliche Arbeit nichts zu tun hat mit einem Glaubensbekenntnis zu Vetter & Loderer
c) wie die DGB-Führer schon jetzt staatspolitische Rissen gegenüber Strauß zeigen wie einst ADCB-Führer anno 1933 (Bundestagswahlen 1980!).
Mit einem (wiederbelebten?) VaG sehe ich eine Chance als ausgeschlossener eine organisierte gewerkschaftliche Arbeit zu machen und gemeinsam daraufhin zu arbeiten, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB aufgehoben werden, denn der DGB als Einheitsgewerkschaft muß selbstverständlich auch für Kommunisten offen sein.

mit solidarischem Grüßen G

Für Frauen kein gleicher Lohn

Die 29 Kolleginnen der Firma Heinze sollten nicht den gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen erhalten. Das entschied am 19. September das Landesarbeitsgericht Hamm. Es hob das Urteil des Arbeitsgerichtes Gelsenkirchen vom 10. Mai auf, das das Unternehmen verpflichtet hatte, den Frauen gleiche Zulagen wie den Männern zu zahlen. Gegen diese Entscheidung in der zweiten Instanz wird der DGB Revision beim Bundesarbeitsgericht einlegen.

Anwesend waren auf diesem Prozeßtermin mehr als 100 Frauen aus Gelsenkirchen im überfüllten Gerichtssaal. Die draußen Wartenden wurden ständig darüber informiert, was drinnen los war. Zahlreiche Passanten solidarisierten sich durch ihre Unterschriften an den Infoständen mit der Forderung der Frauen. Schon beim ersten Prozeßtermin gab es eine große Solidaritätswelle mit den 29 Frauen. Mehr als 11 000 Solidaritätserklärungen und Unterschriften gingen bei ihnen ein. Eine kämpferische Demonstration begleitete sie zum damaligen Gerichtstermin.

Noch einmal kurz die Fakten: Die 29 Frauen hatten dagegen geklagt, daß sie nur zwischen zwölf Pfennig und 1,04 DM an Zulagen erhielten, während ihre männlichen Kollegen in der Mehrzahl zwischen 1,50 DM und zwei Mark die Stunde bekamen. Die Kolleginnen konnten auch das Argument der Kapitalisten nicht akzeptieren, daß die Männer ja nur nachts arbeiten (für Frauen ist Nacharbeit verboten), während sie „nur“ Früh- und Spätschicht haben. Den Nachzuschlag hatten sie nie angegriffen.

dem Gericht wartende Kolleginnen deutlich und lautstark ihr Mißfallen. Die Fotolaborantinnen erklärten, sie hätten sogar die inzwischen besser bezahlten Männer an den Geräten des Betriebes „angelernt“ („Hamburger Abendblatt“, 21.9.79). Die Frauen waren nach dem Prozeß empört und enttäuscht, sangen aber bald wieder „Wir seh'n uns wieder in Kassel, keiner schiebt uns fort“. Die breite Solidarität mit den Frauen, die Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen, die die Sache noch bekannter macht, sollte für die „höchsten Richter“ das Zeichen sein, daß Frauen nicht mehr bereit sind, jede Ungerechtigkeit hinzunehmen.

Lohnklagen: Der beste Weg zum gleichen Lohn?

Am gleichen Tag wie in Hamm fand auch in Düsseldorf der Berrungsprozeß gegen die Vereinigten Papierwerke Schickedanz, Neuß, statt. Dieser Prozeß wurde vertagt.

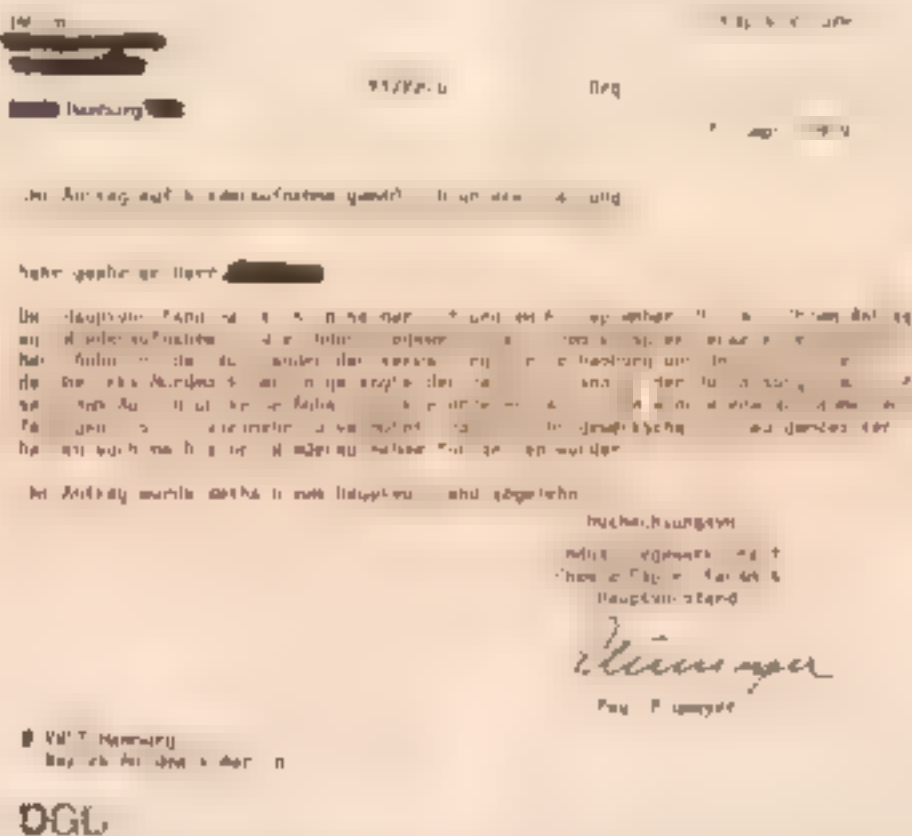
Hier klagen 52 Frauen auf gleichen Lohn, und sie hatten bereits in der ersten Instanz verloren. Der Fall liegt ähnlich wie bei Heinze: Die Frauen arbeiten in Früh- und Spätschicht, die Männer in der Nachtschicht. Der Tariflohn ist für alle gleich. Doch im überbetrieblichen Bereich wird die Gleichbehandlung wieder abgeschafft. „Im Extremfall erhält ein Kollege 193,25% des Lohns, den seine Kolleginnen tagsüber für die gleiche Arbeit an der gleichen Maschine bekommen“ („druck + papier“, 14/79). Die Männer erhalten neben einer höheren überbetrieblichen Zulage auch noch eine

triebsrat verweigerte Zustimmung zur Herabstufung der Männer in Lohngruppe 1. Der Klage des Unternehmers wurde stattgegeben. Die Männer sind mittlerweile zurückgruppiert. Sie erhalten jedoch die Differenz zwischen Lohngruppe 1 und 2 als Ausgleichszulage“ („Express“, Juni 79).

Kein ermutigender Ausgang einer Klage, die von Annemarie Renger unterstützt wurde (Bundestags-Vizepräsidentin Renger hatte die Frauen öffentlich aufgefordert, durch Klagen die Lohnungleichheit zu beseitigen).

Die erste und einzige uns bekannte bisher erfolgreiche Lohnklagerin bleibt Irene Einemann, Betriebsrätin in einer Delmenhorster Brofabrik. Sie konnte vor dem Gericht einen Vergleich erzielen, bekam die Lohndifferenz zum Teil nachgezahlt und erhält jetzt den gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen.

Die Lohnklagen von Frauen sind sicherlich eine Möglichkeit, auf die krassen Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau bei gleicher Arbeit aufmerksam zu machen — vor allem, wenn sie durch so große Solidaritätsbekundungen unterstützt werden wie den Heinze- oder Schickedanz-Frauen. Sicherlich kann es in dem einen oder anderen Einzelfall auch einen Erfolg geben. Doch nach den oben aufgeführten Beispielen ist es mehr als fraglich, ob die Lohnklagen eine gute Taktik zur Abschaffung der Ungleichheit sind. Die Gewerkschaftsführungen der Einzelgewerkschaften und des DGB unterstützen die Lohnklagen finanziell und propagandistisch. Daraus gibt es nichts zu kritisieren. Besser erscheint es so, als ob einige Gewerk-



Frauen am Infostand zum Heinze-Prozeß vor dem Landesarbeitsgericht in Düsseldorf

Daimler-Benz: „alternative“-Kollege fristlos entlassen!

Hamburg-Harburg: Wegen angeblicher Beleidigung eines Zeitnehmers (Stopper) wurde der italienische Kollege Toni M. mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit fristlos gekündigt. Toni war z. Zt. des Vorfalles amtierendes Betriebsratsmitglied. Er hatte aufgrund seiner schlechten Erfahrungen mit dem Stopper diesen darauf hingewiesen, bei einem anderen Kollegen die Uhr nicht zu früh zu drücken. Der Stopper behauptet nun, von Toni als Betrüger und Ausbeuter bezeichnet worden zu sein. Ganz abgesehen davon, wofür man die Stopper im Betrieb denn nun tatsächlich halt und obwohl Toni so etwas nicht zu ihm gesagt hat, wird dies als Begründung für eine fristlose Kündigung genommen.

Toni, der schon häufig Repressalien ausgesetzt war, weil er sich nicht jede Anklorderhöhung gefallen ließ und sich oft gemeinsam mit seinen Kollegen gegen Stopper und Vorgesetzte wehrte, kandidierte bei den Betriebsratswahlen 1978 auf der oppositionellen „alternativen“, was sicher vielen leitenden Herren (auch im Betriebsrat) nicht paßte. Gerade jetzt, wo gegen Toni und fünf weitere Mitglieder der „alternativen“ wegen dieser Kandidatur ein Gewerkschaftsausschlußverfahren läuft, da wollen doch die Kollegen in seiner Abteilung ausgerechnet diesen „Gewerkschaftsfeind“ zum Vertrauensmann machen. Dabei hatte man doch dagegen schon gut vorgesorgt. Bei den Vertrauensleute-wahlen hatte die IGM ihn gar nicht erst aufgestellt, weil er nicht den „satzungsgemäßen Beitrag“ zahlte. Nun brauchte man nur noch einen anderen Kollegen zu überreden, dieses „schwere Amt“ zu übernehmen und

die Kollegen hätten doch nun wirklich zufrieden sein können — sie hatten einen sauberen Vertrauensmann mit dem Segen der Ortsverwaltung — doch das klappte alles nicht. Die Kollegen schrieben einen offenen Brief an die Ortsverwaltung, daß Toni ihr einziger Wahlvorschlag sei, daß sie keinen anderen Vertrauensmann haben wollen — und sie dem Betriebsrat sowieso nicht trauen — unterschrieben von 85 % der Kollegen in seiner Abteilung. Nach einer auch im Ton ziemlich frechen Antwort seitens der IG Metall-Ortsverwaltung gab es von den Kollegen noch einen zweiten Brief, der wiederum von der Ortsverwaltung mit unerhörter Arroganz beantwortet wurde. Die „alternative“ veröffentlichte den gesamten Schriftverkehr in ihrer Zeitung, was bei vielen Kollegen weitere Zweifel an der Gewerkschaftsdemokratie auslöste. Vor diesem Hintergrund muß man den Kündigungsantrag der Firma sehen. Die Geschäftsleitung hilft den betrieblichen Gewerkschaftsfürsten aus der Klemme und beide erfüllen sich einen langersehten Wunsch: einen von diesen unheilsamen, auf wiegelschen Kritikern weniger im Betrieb. Die „alternative“ schrieb dazu in ihrer Zeitung: „Wir sehen in Tonis Kündigung auch gerade den Versuch, einen ausländischen Kollegen, der sich nicht alles gefallen läßt, rauszuschmeißen, um damit die anderen ebenfalls zum Stillhalten zu bringen. Weil dies nicht gelingen darf, werden wir Toni bei seinem Kampf gegen diese ungerechte Kündigung unterstützen.“

Betriebszelle Daimler-Benz

Deshalb ließ es in der ersten Instanz in der Begründung durch das Gericht auch noch, die Schutzbestimmung in Bezug auf die Nacharbeit darf sich nicht nachteilig auswirken. Außerdem stützten sich die Richter damals auf das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes und auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes von 1976.

Diesmal ist die richterliche Begründung um so skandalöser, denn sie stimmt voll der Kapitalistenargumentation zu: Weil drei Männer Zulagen erhalten, die mit 70 Pfg. bis zu einer Mark denen der Frauen entsprechen, sei eine diskriminierende Regelung nicht zu erkennen. Zudem bringe der Einsatz der Männer in der Nachtschicht eine höhere Belastung mit sich („FR“, 21.9.79). Das freche Argument ist allerdings folgendes: Da keine einheitliche Regelung besteht, sondern Marktfreiheit (jeder handelt seine Zulagen ja selbst aus), gäbe es auch folglich keine Kriterien für Zulagendifferenzierung.

Sollten sich diese Argumentation auch vor dem Bundesarbeitsgericht durchsetzen, können Frauen auf weitere Lohnklagen verzichten. Denn aus kapitalistischer Sicht ist der „Marktwert“ von Frauen immer niedriger, auch wenn sie genauso qualifiziert sind wie die Männer.

„Als der Vorsitzende Richter auch von der 'größeren Verantwortung' der männlichen Kollegen im Betrieb sprach, äußerten rund 100 Frauen, die Einlaß in den überfüllten Saal gefunden hatten, und weitere hundert vor

„Arbeitsmarktzulage“. Der Richter hatte damals erklärt, die große Lohn-differenz habe nichts mit der Geschlechtszugehörigkeit zu tun, sondern sei „sachlich begründet“. Nacharbeit sei etwas anderes als Wechsel-schicht. Gleichzeitig stellte der Richter darüber Betrachtungen an, daß, wenn es das „leidige Nacharbeitverbot“ für Frauen nicht gäbe, sie „sicher“ den gleichen Lohn bekämen. Gegen diese Gleichheit verwarfen sich die Schickedanz-Frauen allerdings scharf: Sie fordern in mehreren Informationschriften stattdessen „Nacharbeitverbot für ALLE!“.

Ewald Werke, Sobernheim: Hier hat dieser Tage eine weitere Lohnklage ihr (trauriges) Ende gefunden. „Unter massivem Druck des Firmenchefts haben die vier Frauen, die ... geklagt hatten, nach der zweiten Instanz aufgeben müssen und auf eine Revision beim Bundesarbeitsgericht verzichtet“ („Neue“, 4.9.79).

Auch hier erhielten die Männer, die nur in der Nacht arbeiten, Sonderzulagen von 15% und sind zusätzlich in Lohngruppe 2 eingestuft, während die Frauen in Wechselschicht nur Lohngruppe 1 haben. Sowohl in der ersten Instanz im Dezember '78 als auch in der zweiten Instanz im Mai '79 argumentierten die Richter wie in den schon geschilderten Fällen. Es wurde sogar die höhere Lohngruppe gerechtfertigt. Dabei hätten die Richter das gar nicht nötig gehabt. „Der Unternehmer hat mittlerweile auch geklagt, und zwar um die vom Be-

schäftsführer dies Mittel als Alibi-mittel hinstellen. So heißt es in der „Quelle“ 4/79 richtig, daß die 30-jährige grundgesetzliche Gleichberechtigung nicht mehr als eine papierne Formel geblieben ist. Schuld daran haben allerdings — die Frauen selbst. Die „Quelle“ meint, daß es ja genügend Vereinbarungen und Gesetze gäbe. Aber: „Es liegt schlicht und einfach daran, daß geltendes Recht nicht durchgesetzt wird“. Deshalb hätte A. Renger auch ihre Unterstützung bei den Klagen zugesagt. „Die Resonanz auf ihre Aktivität war nicht gerade berauschend. Die Arbeitgeber-Meinung, Frauen hielten eher still, mit ihnen könne man alles machen, wird durch die Frauen selbst bestätigt!“ Viele Erfahrungen in der Aktivierung von Frauen in den Gewerkschaften scheinen diese Herren wohl noch nicht gemacht zu haben. Aber für uns ist eine andere Frage viel wichtiger: Was hat die Gewerkschaftsführung selbst in den 30 Jahren getan, um die Lohnungleichheit zu beseitigen? Noch nicht einmal die Leichtlohngruppen konnten abgeschafft werden. Heute werden in den Tarif-runden doch kaum noch Forderungen aufgestellt, die sich mit der ungerechten Frauenentlohnung beschäftigen. Hierfür den Kampf aufzunehmen ist der einzige Weg, um auch Lohnklagen vor reaktionären Gerichten mit Erfolg ausgeben zu lassen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von Seite 27

die Mitarbeiterzahl der Hapro von über 1.000 auf 300 gedrückt. Der jahrhundertlang freigestellte BR-Vorsitzende Gerber erhielt nach Unterschreitung dieser Grenze die Aufforderung, wieder an seinen alten Arbeitsplatz zurückzukehren. Der BR der Hapro richtete ein Schreiben an die Geschäftsleitung, um über eine weitere Freistellung Gerbers zu verhandeln, da die vielfältigen Probleme ihres Erachtens eine weitere Freistellung erforderlich machten. Die Geschäftsleitung reagierte auf dieses Schreiben mit fristloser Entlassung wegen Arbeitsverweigerung.

Daß das Landesarbeitsgericht diese Kündigung nun für rechtmäßig erklärt, bedeutet eine Negierung des § 38 Betr. Verf. Ges., in dem vorgesehen ist, daß im Einvernehmen mit der Geschäftsleitung auch Freistellungen unter 300 Mitarbeitern möglich sind. Nun ist wohl in der Kündigung kein Verhandlungswille zu sehen, den der § 38 für diesen Fall vorsieht. Selten hat sich das LAG so offen unternehmerfreundlich gezeigt.

Walter Gerber geht in die 3. Instanz, zumal als besonderer Hammer im Verlauf der Verhandlung zwar die Geschäftsleitung ihre Position lang und breit darlegen konnten, Gerber aber kaum eine Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt wurde.

HBV Komitee

Luxusjacht aus

Steuergeldern

Drei Kapitalisten lassen sich für 14 bis 15 Millionen DM eine Jacht bauen. Die Wände sind mit Mahagoni und Eiche getäfelte, die Lampenachirme aus Seide und der englische Teppichboden kostet pro Quadratmeter 250 DM. Die Eigentümer sind: Baron Hans-Heinrich Thyssen-Bornemisza, sein Generalbevollmächtigter, Werftdirektor Hans-M. Huchzermeyer, der die Werft Bremer Vulkan leitet und Frau Margot Häfker, Großaktionärin und Aufsichtsratsvorsitzende der Elsflether Werft, der Bauwerft der Jacht.

So weit ist das eigentlich noch nichts besonderes in unserer Gesellschaft. Neu ist, daß das Schiff mit Steuergeldern subventioniert wird. Die Jacht wird als Mehrzweckschiff ausgegeben. Daher kann die Elsflether Werft ihren gesamten aus dem Werftstillelegungsprogramm der Bundesregierung stammenden Fonds von 1,2 Millionen DM in das Schiff stecken, d.h. in die Taschen der Eigentümer. Die Einrichtungen, die die Steuer-subsidien als Mehrzweckschiff rechtfertigen sollen, sind Fahrgastkabinen als Passagierschiff, Salons für ein Konferenzschiff, ein Koffer- und Proviantladerraum für ein Frachtschiff, eine Garderobe für Taucherausrüstung für ein Taucherschiff, Reagenzgläser für ein Forschungsschiff. Fehlt vielleicht noch eine Angel für ein Fischerschiff.

Das Bundesverkehrsministerium hatte eine Förderung nach dem Reederhilfsprogramm abgelehnt (das wollten die auch noch). Selbst die Eigner geben zu, daß dem Schiff „eine gewisse Jachtfähigkeit“ nicht abgesprochen werden kann.



Eine gewisse Jachtfähigkeit kann nicht abgesprochen werden

GEW

DGB gegen Aufnahme der GEW-Berlin?

Im Dezember 1978 stimmte die LVV der alten GEW Berlin für die Rückkehr in GEW Bund und DGB (woraus sie 1976 ausgeschlossen worden war). Gleichzeitig wurde mit überwältigender Mehrheit eine politische Willenserklärung für die weitere Arbeit beschlossen, die als Geschäftsgrundlage für die, durch die Fusion mit der GEW im DGB notwendig gewordene Satzungsänderung verabschiedet wurde.

In dieser Willenserklärung hieß es u.a.: „Der Kampf für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf kann von den Gewerkschaften nur dann konsequent und wirksam durchgeführt werden, wenn sie nicht selbst Mitglieder aus politischen Gründen ausschließen. Die wachsende Notwendigkeit gewerkschaftlicher Gegenwehr gegen politische Repression macht daher die Aufhebung der UVBs (Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Anm. AK) dringlich. Die LVV verurteilt daher erneut und eindeutig die Existenz und die Anwendung der UVBs in allen DGB-Gewerkschaften, sie erklärt ihre politische Solidarität mit allen von den UVBs betroffenen Kollegen. Die LVV erklärt ausdrücklich ihren Willen, bis zur Aufhebung der UVBs durch die Gremien der GEW bzw. des DGB sich entschieden gegen die Anwendung der UVBs einzusetzen.“

Siehe Verabschiedung der politi-

schen Willenserklärung wird von verschiedenen Seiten im DGB versucht, Vorstand und Mitglieder der GEW Berlin zu erpressen, diese zurück zuziehen.

Am 20.1.79 beschloß der geschäftsführende Vorstand der GEW Bund alle Maßnahmen zur Zusammenführung der Mitglieder bis zum 10.2. auszusetzen. Grund: Die politische Willenserklärung mißachtete Beschlüsse der Bundesorganisation, sprich die Anerkennung der UVBs. Daraufhin zog Stange, Vorsitzender der GEW im DGB in Westberlin, seine Unterschrift unter den bereits verfaßten Wahlauftrag für die gemeinsamen Wahlen zu den Bezirksvorständen und der Delegierten zur LVV zurück.

Frister drohte der GEW Berlin, die Fusion für gescheitert zu erklären, denn für ihn bedeute die Willenserklärung einen Bruch der Vereinbarungen.

Am 10.2. beschloß der Hauptvorstand der GEW Bund, die Fusion zwar weiter durchzuführen, aber mit vollzogener Fusion sei die Willenserklärung hinfällig. „Sollten Organe des Landesverbandes Berlin der GEW nach dem Zusammentritt der neugewählten Landesvertreterversammlung an diesem Beschluß festhalten oder ihn in irgendeiner Weise verwenden, so gilt der Vorsitzende der GEW als durch den Hauptvorstand beauftragt, die Bundesschiedskommis-

sion zur Aufhebung des Beschlusses und Festlegung der erforderlichen Sanktionen anzurufen“ (Beschluß des HV der GEW Bund).

Herzlicher Empfang im DGB

Mit der Wiederaufnahme der GEW Berlin in die GEW Bund gehört dieser Verband automatisch auch dem DGB an. Daraus wiederum folgt, daß der Vorsitzende der GEW Berlin auch Mitglied des Vorstands der Westberliner GEW ist. Das geht jedoch gänzlich gegen den Stuch des DGB-Vorsitzenden Sickert, der sich schon immer als Hetzer gegen die GEW Berlin hervorgetan hat.

Er wurde beim DGB Bundesvorstand vorgestellt, weil die GEW Berlin gegen die Satzung des DGB verstoßen hätte (Nichtanerkennung der UVBs) und damit nicht in den DGB gehöre. Der DGB Bundesvorstand beauftragte Frister, zu klären, ob die fusionierte GEW Satzungsbruch betriebe oder nicht und „... gegebenenfalls daraus Konsequenzen zu ziehen ...“ (Beschluß des DGB Bundesvorstandes vom 3.7.79).

Frister fragte also in Westberlin an, wie der Vorstand zu der Erklärung stehe, nicht ohne gleichzeitig zu drohen: „Sollte der Antrag verabschiedet werden, so wird es Sache der Organe der GEW sein, die nach der Satzung der GEW erforderlichen Maßnahmen

zu treffen, um sein Wirksamwerden zu verhindern ... Der Hauptvorstand der GEW wird wegen eines Beschlusses der Vertreterversammlung des Landesverbandes Berlin keinesfalls den Ausschluß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft aus dem DGB riskieren“ (Brief von Frister vom 6.8.79).

Vielleicht ist man damit auch ein Stück näher an dem Grund, weshalb Frister 1976 die GEW Berlin in einer Nach- und Nebenaktion ausschloß. Sicherlich gab es auch damals Drohungen von Seiten der DGB-Führung auf Ausschluß der gesamten GEW, wenn Frister nicht für die Isolierung der radikalen Teile sorgte.

Der neugewählte Vorstand der GEW Berlin ließ sich auf dieses Erpressungsmanöver des Herrn Frister nicht ein. In ihrer Antwort schrieben sie, daß nur die LVV über vorliegende Anträge entscheidet und daß es nicht Aufgabe des Vorstands sei, die LVV-Delegierten durch Vorentscheidungen des Vorstandes zu beeinflussen.

PS: Der DGB-Landesbezirksvorstand Berlin hat bis heute noch keinen Antrag beim DGB-Bundesausschuß gestellt, den neu gewählten Vorsitzenden der GEW Berlin, Gerhard Schmidt, als Mitglied des Landesbezirksvorstandes des DGB zu bestätigen. Lehrergenosin aus Westberlin

Westberlin: Pro und Contra für Arbeitszeitverkürzungskampagne

Westberlin: Pro und Contra für Arbeitszeitverkürzungskampagne

Am 20.9.79 fand die Fortsetzung der konstituierenden Landesvertreterversammlung (LVV) der fusionierten GEW in Westberlin statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt war zweifellos die Debatte um die Arbeitszeitverkürzung. Die Diskussion über dieses Thema war bisher noch nicht auf breites Interesse in der Mitgliedschaft gestoßen, praktisch ist auf der Ebene der Mitgliederversammlungen in den Bezirken erst nach den Sommerferien damit begonnen worden.

In der Auseinandersetzung stehen sich zwei grundlegende Standpunkte gegenüber: Die „linke“ Position lehnt eine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, die sich allein an der Herabsetzung der Anzahl der Pflichtstunden festmacht, aus folgenden Gründen ab: — Arbeitszeitverkürzung bringt keine Veränderung der bestehenden Schulverhältnisse, weder für Schüler

noch für Lehrer.

— Die besondere Belastung der Lehrer liegt weniger in ihrer Unterrichtsverpflichtung, als in der Arbeit, die sie noch zusätzlich verrichten (Elternarbeit, Probleme mit ausländischen Schülern usw.). Diese Arbeit verringert sich jedoch nicht mit der Pflichtstundenzahl, sondern eher durch Frequenzsenkung und andere pädagogische Maßnahmen.

— Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist ständisch, weil sie keine Verbesserungen für Eltern und Schüler beinhaltet und diese von daher auch nicht in den Kampf miteinbezogen werden können.

— Der Hauptvorstand der GEW Bund hat den Arbeitskampf verordnet, will ihn aber nicht ernsthaft führen, sondern die Aktivitäten ins Leere laufen lassen, um die Kollegen in die Resignation zu treiben.

Die Gegenposition, die für die Durchführung der Arbeitszeitverkürzungskampagne eintritt, wird führend vom Referat A (zuständig für Besoldungs-, Beamten- und arbeitsrechtliche Fragen) vertreten. In der Aprilnummer der Berliner Lehrerzeitung wurde der Status quo gegeben. Dort wurde ausgehend von der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst, die von 1958 von 48 Stunden bis 1974 auf 40 Stunden verkürzt wurde, der Einstieg in die 40-Stunden-Woche auch für Lehrer gefordert, deren Arbeitszeit nach der Knight-Wegenstein-Untersuchung über 55 Stunden pro Woche beträgt.

Ein dementsprechender Antrag wurde dann auch vom Referat A auf der LVV am 25./26.6.79 vorgelegt, mit der Forderung nach Senkung der Pflichtstundenzahl, Bereitstellung von 10 % Vertretungsmitteln und Erhöhung des Kontingents an Ermahnungsgeldern für besondere Aufgaben. Dieser Antrag wurde jedoch aus Zeitgründen nicht befallt.

Während der nun langsam beginnenden Diskussion zeigte sich, daß eine reine Arbeitszeitverkürzungskampagne in der GEW auf wenig Ge-

genliebe stieß. Deshalb wandelte das Referat A für die LVV am 20.9. seinen Antrag ab und nahm auch Forderungen nach Verbesserung der Schulsituation, insbesondere die langfristige Forderung „20 Stunden Unterricht für alle Lehrer aller Schulstufen bei einer Frequenz von 20 Schülern je Klasse“ in den Antrag mit. Auf kurzfristige Forderung ist die Arbeitszeitverkürzung (eine Stunde, kein Lehrer mehr als 25 Stunden) und gleichberechtigt dazu Klassenfrequenzsenkung auf 25 Schüler.

Als Kampfmaßnahmen wurden beschlossen: Die Personalräte aufzufordern,

— die Dienstvereinbarung zur Mehrarbeit zu kündigen und

— keiner Stunde Mehrarbeit über die gesetzliche Verpflichtung hinaus zu leisten,

— Personalversammlungen in der Schulzeit durchzuführen,

— alle Kollegen aufzufordern, Mehrarbeit zu verweigern und Elternabende und Konferenzen zu nutzen, über die Forderungen der Lehrer zu informieren.

Lehrergenosin aus Westberlin

SPD droht mit längerer Arbeitszeit für Lehrer

Ende August trafen sich Vertreter des Hamburger GEW Vorstandes mit Vertretern der SPD Bürgerrechtsfraktion zu einem Gespräch. Die GEW Vertreter wiesen darauf hin, daß sie eine Klage gegen unter-schiedliche Arbeitszeiten für Lehrer, die am gleichen Arbeitsplatz arbeiten, vorbereiten. So müssen an Gymnasien abgeordnete Volks- und Realschullehrer dort 26 Stunden unterrichten, während die Gymnasiallehrer in der gleichen Schule nur eine Unterrichtsverpflichtung von 23 Stunden haben. Die SPD Vertreter erklärten nun, daß ein eventuelles positives Urteil „eine Arbeitszeitangleichung nach oben nicht ausschließen müsse“ („Hamburger Lehrerzeitung“, 11/79).

In Niedersachsen hatte mit der Unterstützung der GEW ein Lehrer der an der Orientierungsstufe arbeitet, dagegen geklagt, daß er als ausgebildeter Hauptschullehrer dort eine Stundenverpflichtung von 28 Stunden hat, während Realschullehrer lediglich 26 Stunden und Gymnasiallehrer nur 23 Stunden unterrichten müssen. Diese Regelung sei so arbeitsintensiv, daß die Gleichheitsgrundsatz nicht vereinbar. Dieses Urteil wurde von der GEW lebhaft begrüßt. Ihr Landesvorsitzender Gallas erklärte dazu: „Dies ist eine Entscheidung, die nicht nur für die Orientierungsstufen gilt, sondern

alle Hauptschullehrer betrifft. Die Landesregierung sei nun verpflichtet, eine einheitliche Arbeitszeit für die Lehrer zu schaffen, die an Orientierungsstufen unterrichten. Da sie die Studienräte und Realschullehrer schlecht zu Mehrarbeit und einer höheren Pflichtstundenzahl verpflichten könne, werde sie die Arbeitszeit der Hauptschullehrer an Orientierungsstufen senken müssen. Damit aber stelle sich automatisch die Frage nach der Arbeitszeit der Hauptschullehrer insgesamt“ („Neue Deutsche Schule“, 18/79).

Logisch wäre es schon, was Gallas hier vorrechnen. Wir haben Regelungen ja bekanntlich. Ihre eigene Logik hier dürfte sicherlich eine Rolle spielen, daß an den niedersächsischen Orientierungsstufen 4450 Hauptschullehrer, aber nur 274 Gymnasiallehrer unterrichten („FAZ“, 6/9/79). Hinzu kommt, daß dieses Urteil bundesweite Bedeutung hat. Nicht nur die Lehrer an den heissen Förderstufen, auch Fachlehrer an Fachschulen und Gesamtschullehrer sind davon betroffen. Die oben zitierten Äußerungen der Hamburger SPD Politiker deuten darauf hin, daß es gerade die SPD sein könnte, die in dieser Situation den ersten Schritt macht, um für bestimmte Lehrergruppen die Arbeitszeit zu verlängern.

Ein Hamburger Lehrergenosse

GEW-Bremen: Mißbilligung des Vorsitzenden knapp abgelehnt

Nur knapp wurde auf der Landesvertreterversammlung der Bremer GEW am 25.9. ein Antrag abgelehnt, in dem dem Landesvorsitzenden Stieljes vorgeworfen wird, er habe durch sein Verhalten während der Arbeitszeitverkürzung im Juli dem Landesverband geschadet. In dem Antrag heißt es, daß Stieljes im entscheidenden Augenblick, als es darauf angekommen sei, daß die GEW Bremen aufgrund der Kampfbereitschaft der Bremer Kollegen eine für die gesamte Bundes-GEW beispielhafte Aktion zur Arbeitszeit durchführt, diese Aktion nicht nur geleitet, sondern durch sein Verhalten noch die Kollegen unsicher gemacht und die Bewegung gespalten habe. 34 Delegierte unterstützten diese Mißbilligung, während sich 61 dagegen aussprachen. Ein weitergehender Mißtrauensantrag, der den Rücktritt Stieljes forderte, erhielt immerhin noch 23 Stimmen, 14 Delegierte enthielten sich, während 78 Delegierte gegen diesen Antrag stimmten.

Die Empörung der Bremer Lehrer über den Landesvorsitzenden kommt nicht von ungefähr. Als die LVV im Juni eine Demonstration während der Unterrichtszeit beschloß, schien Stieljes dies zu befürworten. Er gehörte zu den Erstunterzeichnern eines Textes, in dem es heißt: „Ich werde mich persönlich an der Demonstration während der Unterrichtszeit vor den Sommerferien 1979 beteiligen“. Kurz darauf befürwortete Stieljes eine Sitzung aller GEW-Schulleiter und -Schulräte ein, wie es schien, zur Mobilisierung. Auf

dieser Sitzung nahm er dann jedoch gegen einen Warnstreik Stellung und stellte ihn als falsche Aktion zum falschen Zeitpunkt hin. Unterstützung erhielt er hier vom Schulrat Pölsen, der den anwesenden Schulleitern erklärte, sie müßten sich jetzt entscheiden, ob sie der Gewerkschaft oder dem Staat dienen wollten.

Der Landesvorstandssitzung am 28.6. lagen dann 1.200 Unterschriften von streikbereiten Kollegen vor. Stieljes sprach sich vehement gegen die Aktion aus, die Mehrheit des Landesvorstandes sah dies jedoch anders. Nach seiner Abstimmungsniederlage im Vorstand gab Stieljes bekannt, daß er sich jetzt an seinen Wohnort Bremerhaven zurückzöge, für niemanden zu sprechen sei und daß er nicht gewillt sei, den Warnstreik nach außen zu vertreten. Der Landesvorstand beauftragte daraufhin ein anderes Mitglied mit der Leitung der Aktion. Auf der Demonstration sprach dann zwar der niedersächsisch-GEW-Vorsitzende, nicht jedoch der Vorsitzende des streikenden Landesverbandes.

Später hatte Stieljes dann noch die Stirn, sein Verhalten mit den Worten zu rechtfertigen: „Wenn heute ein Gremium beschließt, morgen die Badeseason mit einem gemeinsamen Kopfsprung in ein Schwimmbecken zu eröffnen, werde ich vor der Ausführung dieses Beschlusses warnen, wenn ich erkenne, daß das Becken nur noch knietief mit Wasser gefüllt ist“ („Bremer Lehrerzeitung“, 7/8/79).

Ein Hamburger Lehrergenosse

Frauenkongreß in Köln gegen Atom und Militär

Am 15./16. September fand in Köln mit etwa 1.000 Frauen ein Kongreß statt, der als Tribunal gegen die Atomenergie, die Atomwaffen- und die Militarisierungspläne der BRD-Bourgeoisie gedacht war.

Aufgerufen hatte dazu die Frauenzeitung „Courage“. Zusammen mit den Frauen der Frauenbewegung aus Köln und Umgebung hatten sie den Kongreß auf die Beine gestellt. Zur inhaltlichen Mitarbeit war jede Frau aufgefordert.

„Wir müssen aufhören mit der Vogelstraußentum, denn gerade für uns Frauen besteht die Notwendigkeit, daß wir uns mit den Gefahren von Atomkraft auseinandersetzen, sie zu enthüllen und unseren Standpunkt dazu an die Öffentlichkeit tragen, denn die Folgen eines Krieges tragen wir allemal, wenn es überhaupt noch Folgen gibt!“ („Courage“ Nr. 9/79)

Zusammengekommen war ein buntes Spektrum der Frauenbewegung. Frauen aus der sog. „autonomen Frauenbewegung“, Frauen der Ökologiebewegung, aus den Bürgerinitiativen gegen AKWs, Frauen aus den bürgerlichen Parteien, aus alternativen Listen, aus linken Organisationen und Frauen aus allen Sektoren des Antimilitaristischen Bereichs. Ein solches Treffen hat es bisher noch nicht gegeben.

Es sollte ein Anfang sein!

Am Samstag, den 15.9.79 wurden zu Beginn des Treffens Referate zu den Schwerpunkten des Kongresses gehalten.

- Sybille Flogetski ging darauf ein, warum Frauen – insbesondere, wenn sie beginnen über ihre Situation nachzudenken – dahn kommen müssen, gegen die systematische Krieg- und Atompolitik der BRD Front zu beziehen. Besonders wandte sie sich gegen die offene oder schleichende Militarisierung von Frauen.

Helen Caldwell, eine australische Kinderärztin, ging in einem einstündigen Referat für alle verständlich auf die Gefährdung durch Atomenergie ein. Darüber hinaus schlug sie den Bogen zur militärischen Nutzung der Atomenergie, z.B. in der BRD die Lagerung von mehreren Tausend Kernsprengköpfen.

den Bogen zur militärischen Nutzung der Atomenergie, z.B. in der BRD die Lagerung von mehreren Tausend Kernsprengköpfen.

- Esther Dayan, seit Jahren in der Frauenbewegung engagierte Berliner Filmemacherin, berichtete über die Kontinuität bei der Produktion und Entwicklung chemischer Vernichtungsmittel in der BRD und anderen Ländern. 700.000 Wissenschaftler arbeiten insgesamt an dieser „Wissenschaft des Tötens“.

Sie beleuchtete auch die Rolle von F.J. Strauß und die aktuelle Gefahr eines Krieges.

Sie schloß ihr Referat mit der Aufforderung: „Schaffen wir Unruhe in den Schulen und Universitäten. Kontrollieren und denunzieren wir, wer wo was für den Krieg forscht. Amerikaner raus aus der BRD, raus aus Europa.“

- Eva-Marie Bannach-Epple, Vorstandsmitglied der DFG/VK und seit Jahren an der Frage „Frauen gegen Militär“ aktiv, betonte die Notwendigkeit für Frauen verschiedener politischer Herkunft, zusammenzuarbeiten. Sie forderte eine „unzwei-deutige, allseitige antimilitarische Bewegung“.

Sie betonte, daß wir Frauen uns unter keinen Umständen der Gefahr eines drohenden Krieges verschließen können, gerade angesichts der Tatsache, daß von Krieg zu Krieg der Anteil der Opfer aus der Zivilbevölkerung ständig gestiegen ist.

„Deshalb müssen die Zivilisten in ihrer großen Mehrheit zu radikalen Verfechtern der Entmilitarisierung werden. Diese Aufgabe ist im Augenblick der neueren Diskussion um eine Deckung der Sollstärke der Bundeswehr durch Frauen zu einer Aufgabe der Frauenbewegung geworden.“

Eva Maria Bannach erinnerte an die Tradition von Frauen, gegen den Krieg zu kämpfen, an Klara Zetkin, Lise Zietz, Käthe Dunker, Lise Ranset und Sophie Scholl.

„Die Verweigerung der von uns geforderten Kriegsdienste, die Androhung unserer massenhaften Kriegsdienstverweigerung im Falle einer Rekrutierung von Frauen wird nur dann

ernst genommen werden, wenn wir die subversive Geschichte der Kriegskraftsetzung von Frauen kennen, um sie fortzusetzen...“

„Machen wir uns kompetent gegen eine irreführende Informationspolitik. Wir brauchen die gelehrte, die gelernte und vervielfältigte – die gesprochene, geschriebene, gesungene, gemalte Kriegssabotage.“

„Werden wir ganz und gar unausgütlich! Organisieren wir die militärische Unausgütlichkeit!“

So unterschiedlich der politische Standort der Referentinnen auch ist, so einzig waren sie sich in der Ablehnung des Atomprogramms und der Militarisierung. Alle wiesen in diesem Zusammenhang auf die Gefahr eines BRD-Polizeistaates hin, nahmen Stellung gegen Zensur, Berufsverbote und F.J. Strauß.

Es folgten verschiedene kurze Beiträge und Grußadressen.

- Petra Kelly, Kandidatin der „Grünen“ bei den Europawahlen, überbrachte vom BBU zur Unterstützung des Kongresses 1.200 DM und von den „Grünen“ 1.000 DM.

Die Hamburger Ärztin Regine Armbruster berichtete von einer Aktion von 400 Hamburger Ärzt(innen) gegen AKWs. In einer Anzeige forderten sie die Einstellung des Baus und Betriebs von AKWs.

Auf Wunsch vieler Frauen, die sich an der Vorbereitung des Kongresses beteiligt hatten, war auch eine Einladung an Alice Schwarzer gegangen, die bekanntermaßen für die Einziehung der Frauen zum Militärdienst ist.

Antwort der „Emma“: Alice Schwarzer, die das Thema „Frauen und Militär“ verantwortlich bearbeitet, sei leider in Urlaub und deshalb könne „Emma“ zu diesem Thema auf dem Kongreß nichts sagen.

Nach der Mittagspause ging es in die Arbeitsgruppen. Über die wir im folgenden einen kurzen Überblick geben wollen. Für jede Arbeitsgruppe hatte die „Courage“ eine Frau eingeladen, die sich schon länger mit dem jeweiligen speziellen Arbeitsthema beschäftigt hat und die Diskussion leiten sollte.

AG Faschismus und

AG Faschismus und

Viele Frauen, die in diese Arbeitsgruppe gingen, waren mit der Vorstellung und dem Bedürfnis gekommen, hier etwas darüber zu hören und zu diskutieren, wie die Frauen im Faschismus für den Krieg bereit gemacht wurden.

Entsprechend wurde die Arbeitsgruppe durch den autobiographischen Beitrag von Eva Sternheim-Peters, die an der Universität West-Berlin arbeitet, geprägt. Ihre Sozialisation, so berichtete sie, war durchaus im Sinne der Nazis „gelingen“. Über den Kriegsbeginn – sie war damals 13 Jahre alt – hatte sie sich gefreut, im BDM fühlte sie sich so frei wie zuvor und über Männer die keine Uniform trugen sah sie hinweg.

Daran wurden Fragen aufgeworfen, wie es möglich gewesen war, daß die Frauen damals „nicht aufgepaßt haben“.

Die Mehrzahl der Frauen wollte die Frage von Faschismus und Militarismus nicht nur auf die Vergangenheit, sondern auch auf die Gegenwart bezogen wissen.

Eisen und Köln, den viele selbst miterlebt hatten, war Anlaß über die aktuelle Lage nachzudenken.

Mehrere Frauen äußerten in dieser Situation direkt ein „Gefühl der Ohnmacht“, viele allerdings vertraten, daß Frauen sich gerade jetzt insbesondere zum Thema „Frauen gegen Militär“ und „Frauen gegen Strauß“ zusammenschließen müßten.

„Es geht nicht mehr an“ – so eine Teilnehmerin – „daß wir in den Frauenzentren vor uns hinarbeiten.“

„Wir müssen die Frauenzentren wieder aktivieren, Gruppen bilden. Öffentlichkeitsarbeit machen – ran an mehr Frauen!“, so eine andere.

AG Geburtenstreik

Von den ca. 40 Frauen dieser Arbeitsgruppe war ein großer Teil gekommen, um sich über die Initiative der Frauengruppe Diepholzer GIU Niedersachsen zu informieren.

Die Frauen verteilten Flugblätter

in denen sie zum „Geburtenstreik“ aufrufen und bitteten Unterschriften dazu. Eine Unterschriftensammlung, die sie an den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht schickten, blieb unbeantwortet, eine andere an den Landesbeauftragten für Umweltschutz hatte immerhin ein Gesprächsangebot zur Folge, auf das die Frauen im Rahmen einer Podiumsdiskussion zurückkommen wollen.

Die Diepholzer Frauen propagieren den Verzicht auf Mutter- und Vaterfreuden, weil es für sie nicht zu verantworten sei, Kinder in diese durch Atomkraft und andere Gifte verseuchte Umwelt zu setzen.

Ein Geburtenstreik besteht ihrer Meinung nach schon, wenn auch noch nicht als bewußte Aktion. In dem immer stärker werdenden Geburtenrückgang sehen die Diepholzerinnen einen stillen Protest und breite Basis, die es zu unterstützen gilt.

Das politische Ziel soll sein, Gorbien durch den Geburtenstreik zu verhindern (!), denn keine Kinder in die Welt zu setzen, sei die größte Macht der Frauen.

Umstritten blieb die Frage, unwieviel dieses ein ernsthafter Appell sein kann.

Einige Frauen lehnten diesen Aufruf ganz und gar ab. Sie fanden, daß es wichtig sei, Kinder in gerade diese Welt zu setzen, um sie zu Antifaschisten und AKW-Gegnern zu erziehen und so dem Staat und der Gesellschaft Kampfkraft entgegenzusetzen. Von anderen Frauen wurde dies auf Grund der kinderfeindlichen Umwelt für illusionistisch gehalten.

Ein besonderer Streitpunkt war, ob der Geburtenstreik eine Sache der Frauen sein muß oder ob die Männer in den Kampf miteinbezogen werden und der Streik als gemeinsames Mittel eingesetzt werden soll.

AG Geburtenstreik als Teil der Militärpolitik

Diese Arbeitsgruppe tagte mit recht geringer Besetzung von Anfang an 14 Frauen.

Das macht zwar das Arbeiten etwas einfacher als in den großen Gruppen, ist aber auch bedauerlich, wenn Frau das geringe Interesse an diesem Thema als Ausdruck dafür betrachtet, daß eine wesentliche Form der aktuellen Militarisierung auch innerhalb der „grünge“ Interesse an diesem Thema als Ausdruck dafür betrachtet, daß eine wesentliche Form der aktuellen Militarisierung auch innerhalb der Frauenbewegung noch zu wenig beachtet wird.

Zu Beginn der Sitzung wurde zusammengetragen, in welchen Bereichen Frauen heute bereits direkt und indirekt in den Militärapparat integriert sind. Dazu gehören die Stabsärztinnen, die als weibliche Offiziere in der Bundeswehr „dienen“, dazu gehört das sogenannte weibliche Zivilpersonal, dazu gehören auch die Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie, Schwesternhelferinnen, die in einem vierwöchigen Kursus speziell für den Kriegs- und Katastrophenfall ausgebildet werden und sich am Ende des Kurses per Unterschrift bereit erklären, im sog. „Einsatzfall“ eingezogen zu werden; das gleiche gilt für das gesamte medizinisch ausgebildete Personal. Dazu gehört das „freiwillige soziale Jahr“, das immer mehr jungen Mädchen als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit empfohlen wird, und dazu gehört auch die allgemeine Dienstpflicht im Rahmen der Notstandsgesetze, nach der jede Frau zwischen 18 und 55 Jahren eingezogen werden kann.

Was wäre, wenn alle Frauen diese Dienstpflicht verweigern würden? Ohne all diese Frauen wäre ein Krieg kaum zu führen. Ausgehend von dieser Überlegung schlugen einige Frauen eine Verweigerungsaktion vor: möglichst viele Frauen sollen schriftlich ihre Dienstpflicht verweigern, Schwesternhelferinnen sollen ihre Unterschrift widerrufen.

Als wichtig betrachtet wurde auch eine verschärfte Öffentlichkeitsarbeit um die Funktion der sozialen Ersatzdienste zu verdeutlichen und betroffene Frauen, die sich zur Schwesternhelferin ausbilden lassen oder die ein soziales Jahr leisten wollen, klar zu machen, wie ihre Bereitschaft, etwas „Gutes“ zu tun bzw. sinnvolle Hilfe zu leisten, ausgenutzt wird, auch zur Vorbereitung und Gewöhnung an ein generelles Pflichtjahr.

Auf dem Abschlußplenum wurde eine, in der Arbeitsgruppe ermittelte Resolution verlesen. Im Schluß dieser Resolution heißt es:

Wir wehren uns dagegen, daß un-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 30

sere Bereitschaft, sich unter anderem im sozialen Bereich zu engagieren, dazu benutzt wird, um die allgemeine Militarisierung in der BRD voranzutreiben.

Deshalb: verweigert eure Dienstpflicht nach Art. 12a Abs. 4 und macht euren Protest gegen die Militarisierung der sozialen Dienste öffentlich!

AG Internationale Strategien

Zum Vorgehen in dieser Arbeitsgruppe gab es mehrere Diskussionen zu Aktionsvorschlägen. So besteht z.B. der Vorschlag, am 8. März 1980 einen „Frauenfriedensstreik“ nach Gorbelen durchzuführen. Frau einige sich schließlich darauf, zunächst über einen Bericht einer niederländischen Frau über Anti-Atom-Aktionen von Frauen in verschiedenen Ländern in die Diskussion einzusteigen. Im Mittelpunkt des Berichts standen direkte, von Frauen allein getragene Aktionen, wie z.B. in Japan, wo Frauen kurz nach dem Reaktorunfall von Harrisburg in einem Park über ein Mikrophon die Gefahren von Atomenergie und -Bewaffnung darstellten. Auf einem Flugblatt wurde dazu aufgerufen, massenhaft beim Energieministerium anzuklopfen und mehr Aufklärung über Atomenergie zu fordern. Andere Frauen schlugen vor, bei Firmen anzuklopfen, die in Gorbelen arbeiten, dort zu protestieren oder die Leitungen zu blockieren. Eine Frau berichtete von der Möglichkeit Aufrufe zum Touristenboykott für bestimmte Länder zu initiieren, da sich Auslandsprotest immer als wirksamstes Mittel erwiesen hat.

Leiten Caljocott berichtete von einer Aktion von 900 Ärzten in den USA, die - ähnlich der Aktion von 400 Ärzten und Ärztinnen in Ham-

burg - eine ganzseitige Anzeige in der „New York Times“ setzten und auch in ihren Praxen Aufklärungsmaterial über Atomenergie und -Bewaffnung auslegten.

Im Verlauf der Diskussion gab es auch Aktionsvorschläge für die BRD: eine Frau wollte mit einem Frauenbus durch die BRD fahren und mit Unterstützung der örtlichen Frauenzentren in den Städten über AKWs informieren, nochmals wurde der Frauenfriedensstreik genannt, um Herbst sollen in Gorbelen Osterglocken gesteckt werden, zum 8. März ziehen in einer gemeinsamen Aktion Frauen dorthin.

Einen längeren Meinungsstreit gab es dabei über die Frage einer Großaktion in Gorbelen. Zum Schluß der AG setzte sich eine Gruppe von Frauen zusammen, um die geplante Sondantitätsaktion mit den AKW-Gegnern in Gorbelen zu diskutieren. Beschlossen wurde, vor dem Kölner Dom am Sonntag ein „Inne-in“ (to die = englisch: sterben, Atm. AK) zu machen, d.h. viele scheitern sterbende Frauen bilden einen Menschenleppich. Gleichzeitig sollte mit Transparenten und Flugblättern über Gorbelen und den Grund unseres Protests informiert werden.

AG Frauen und Friedensbewegung

In dieser Arbeitsgruppe trafen sich ungefähr 70 Frauen - Leiterin war Eva-Maria Bannach-Epple. Durch die Vielzahl der Teilnehmerinnen konnten die im einzelnen angesprochenen Themenaspunkte nicht ausdiskutiert werden, und so wurde abschließend der Vorschlag gemacht, zu den einzelnen Themen gesonderte Arbeitstreffen zu organisieren.

Zu Beginn wurden die bisherigen Aktivitäten gegen die drohende Militarisierung ins Gedächtnis gerufen.

Marie-Luise Berg aus Sohngen hat eine Unterschriftensammlung unter Frauen „des öffentlichen Lebens“ gestartet. In einer Anzeigenaktion in der Presse hatten als Erstunterzeichnerinnen 84 bekannte Frauen dagegen protestiert, daß es die Überlegung, Frauen zum Militärdienst einzuziehen, überhaupt gibt.

- Die DFG/VK-Frauen haben eine Postkartenaktion unter dem Motto „Wir passen unter keinen Helm“ organisiert, Kriegsminister Apel soll so viele Karten wie möglich erhalten.

- In Hannover hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die ständig zu diesem Thema arbeiten will. Sie hat bisher zwei Diskussionsveranstaltungen organisiert.

- Es hat bisher einige Aktionen von Frauen gegeben, die bei Kreisämtern, Ortsämtern, Kreiswehersatzämtern etc. „vorsorglich“ den Kriegsdienst und Zivildienst als Frau verweigert haben. Die Reaktion der kritischen Behörden war nicht uninteressant: Konfusion!

Plenum

Auf dem Plenum am Sonntag-Nachmittag gab es eine lange Diskussion um die Aktion am Dom. Am Morgen hatten sich alle Frauen dort rechts und links vom Eingang versammelt, Parolen gegen Gorbelen gerufen und waren dann unter lautem Sirenen-Geläute auf dem Dom-Vorplatz umgefallen. Die umstehenden erstaunten Dom-Besucher wurden über die Widerstandaktionen in Gorbelen informiert. Abschließend sammelten sich alle Frauen zu einem Schweigemarsch durch den Dom.

Während der Plenums-Diskussion war die Hauptfrage: War dieser Zug richtig, da es doch teilweise große Empörung bei den Gottesdienstbesuchern hervorgerufen hat und bei vielen eine merkliche Ablehnung stieß? Argumentationen, die auf die erfolg-

reichen Kirchenbesetzungen der Petrus-Kirche in Hamburg hinwiesen, wurden abgewiesen mit der Begründung, daß die Reaktion und Verletzlichkeit der evangelischen und katholischen Kirchenbesucher stark unterschiedlich sei. Anschließend folgten die Berichte aus acht der zwölf Arbeitsgruppen.

Widerspruch bei vielen Frauen rief der Bericht der Arbeitsgruppe „Technologie im Frauenalltag - Vom Wäschetrockner zur Klimaanlage“ hervor. Die Haushalte sollen ein Beispiel geben für ein Leben mit der Technik, das uns nicht kaputt macht. Damit gemeint ist, daß in einem Haushalt nur die Maschinen angeschafft werden sollen, die „unbedingt“ notwendig sind, daß kein Strom für Heizungen oder Waschmaschinen verworfen wird, daß insgesamt Strom gespart wird! Von den Hausfrauen soll der Einbau von Sonnenkollektoren verlangt werden, die Hausfrauen sollen möglichst nur „unchemische“ Waschmittel verwenden. Die Industrie soll andere, umweltfreundliche Maschinen entwickeln. Das Fazit war: wenn wir mit unserem Körper, unserem Essen und unseren Maschinen anders umgehen würden, könnte unsere Umwelt viel freundlicher aussehen. Dem wurde entgegengesetzt, daß Energiesparen im Haushalt gleichzeitig auch wieder eine Einschränkung für die Frauen bedeutet und daß die Energie-Hauptverbraucher in der Industrie zu suchen sind. Außerdem sei Atomenergie keine technologische, sondern eine politische Frage.

Die heißeste Diskussion entzündete sich an dem Bericht um die Gründung einer Frauenpartei. Grundgesetzlich verankert ist, daß in jeder Partei sowohl Frauen als auch Männer zugelassen werden müssen, also auch in einer Frauenpartei. Damit nicht die gleichen Herrschaftsstrukturen entstehen können, wie in den anderen Parteien, soll aber laut Statut

kein Mann in den Vorstand gewählt werden können.

Die FP will nicht bei den Buntten oder Grünen mitarbeiten, weil bei diesen die Frauenfrage untergeordnet sei und weil die FP nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern bundesweit arbeiten will. Was von der einen Seite als Vertreterinnenpolitik und falsches Vertrauen in die Parlamentsarbeit scharf abgelehnt und kritisiert wurde, bezeichnete die andere Seite als wichtige Möglichkeit, auch auf diesem Wege Forderungen von Frauen bekannt zu machen und zu unterstützen und sich mit den Männern auseinanderzusetzen. Die Diskussion blieb offen.

Ein Schritt weiter nach vorn

Wir haben hier nur einen Ausschnitt aus den zahlreichen Diskussionen der Arbeitsgruppen geben können - vielleicht können wir die noch fehlenden Schilderungen im nächsten AK „nachschreiben“. Dennoch meinen wir, daß schon hieran deutlich wird, wie wichtig es gewesen ist, diesen Kongreß durchzuführen, welche Vielzahl von Meinungen vertreten war und wie zahlreich die Möglichkeiten sind, hier und heute einen gemeinsamen Kampf gegen Atomprogramm und Militarisierung zu führen. In diesem Sinne ist der Kongreß sicherlich eine wichtige Etappe für die Frauenbewegung der BRD gewesen, gerade weil er weit über das bisher erreichte Spektrum der Frauenbewegung hinausging. Darin liegt auch die Chance, in Zukunft noch wesentlich mehr Frauen in die Diskussionen und Aktionen einzubeziehen.

AG Frauen Hamburg
(unter Verwendung der Berichte zahlreicher Genossinnen)

Fortsetzung von Seite 1

Am 22.9.79 war es endlich soweit: Über 2.000 Menschen (Rundfunkmeldungen sprachen von 2.500) demonstrierten durch die Essener Innenstadt gegen den § 218.

Die Demonstrationsleitung des Vorbereitungstreffens ging an der Spitze des Zuges mit der Hauptparole „Die Moralisten der Nation sägen an der Indignität! Frauen wehrt Euch!“. Auf Anderen Transparenten wurde thematisiert die ersatzlose Streichung des § 218 und die Einrichtung des Instituts für Schwangerschaftsabbrüche der AWO gefordert. Die Essener Innenstadt hatte von den Slogans der Demonstration wider: „Für die Frauen der reine Hohn ist das Geschwätz der Reaktion: Kinder ja - oder Kinder nein, das muß Sache der Frauen sein!“ und „Selbstbestimmung für die Frau! Sonst machen wir noch mehr Radau!“. Gut eine Stunde lang bewegte sich der lange, laute und bunte Zug durch Essen.

Aber auch die katholische Kirche hatte sich für diesen Tag etwas „Besonderes“ einfallen lassen. Vor einer katholischen Kirche an der Demonstrationstraße standen 40-50 katholische Frauen mit Transparenten wie „Abtreibung ist keine Wohlfahrt!“ und „Solidarität mit dem ungeborenen Leben!“. Diese Gegen-demonstrantinnen wurden durch „Hamburger Güter“ und zwei MundstückerInnen Polizei in den Nebenstraßen „behütet“. Die Reaktion der Frauen auf derartige Provokationen war eindeutig: „Zölibat ist Massenmord“, „Frauen dreht Euch um, die Reaktion geht um! Frauen aus der Kirche raus! Mit der Verarschung ist es aus!“.

Großes Gelächter und Geheul löste eine Sonderanfrage der Polizei aus. Jeder Sex-Shop auf dem Weg der Demonstration wurde von einer Bullenkeule in voller Montur geschützt. Die Bullen standen (sichtlich peinlich berührt) mit hochroten Gesichtern vor den Porno-Läden und wußten nicht, wohn sie gucken sollten. Auch die Parolen „Sex-Shops frei - für die Polizei!“ und „Deutsche Polizisten schützen die Sexisten!“ machten ihnen diese „Aufgabe“ bestimmt nicht erträglicher!

Auf der Abschlussskundgebung sprach dann als erster Willi Pyczik, Mitglied im Bundesvorstand der Jusos, im Auftrag der „Kommission Frauenarbeit“ der Jusos. Er verwies u.a. darauf, daß der Vergleich der Anwendung der sozialen Indikation mit den Massenmorden der Faschisten ziemlich genau den § 130 StGB, nämlich Volksverhetzung, entspricht (ein Tatbestand der einmal real von fort-

Selbstbestimmung für die Frau Sonst machen wir noch mehr Radau!

Demonstration gegen den § 218 in Essen

schnitlichen Juristen überprüft werden sollte). Die Zusammenarbeit mit den Frauengruppen soll von Seiten der Jusos unbedingt fortgesetzt und ausgebaut werden. Willi Pyczik äußerte auch eine sanfte Kritik an seiner Vaterpartei, der SPD. Die Jusos seien mit deren, bisher eher abwartenden und zögernden Haltung nicht einverstanden. Im Anschluß daran sang die AG-Frauen der „Bunten Liste Dortmund“ zwei Frauenlieder.

Es folgte die Rede des regionalen Vorbereitungstreffens der NRW-Frauengruppen (diese Rede wurde von allen Gruppen des Vorbereitungstreffens getragen, nur die DFI bestand ausdrücklich auf einem eigenen Beitrag). In der Rede wurden vor allem Informationen und Zusagen von der NRW-Landesregierung und dem Bundesministerium für Gesundheit über den Stand der finanziellen Absicherung des AWO-Instituts gefordert.

Die Frauen forderten nach wie vor Selbstbestimmung für die Frau und die ersatzlose Streichung des § 218! Ganz besonders wurde der politische Erfolg betont, daß zum ersten Mal seit langer Zeit Frauen mit zum Teil recht unterschiedlichen Positionen in der Abtreibungsfrage solidarisch zusammengekommen haben. Im Anschluß daran schilderte eine Frau ihre persönlichen Erfahrungen bei ihrem Weg durch die Instanzen. Vertreterinnen der Ärzteaktionen betonten noch einmal die Notwendigkeit des AWO-Instituts aus der Sicht derjenigen, die den Frauen helfen wollen, es aber zu oft nicht können, weil einfach die Einrichtungen nicht vorhanden sind. Empörung kam auf, als die Ärztinnen berichteten, daß die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ („WAZ“) sich geweigert hatte, die Erklärung der Ärzteaktion (mit immerhin 90 Unterschriften!) als Anzeige abzu-

drucken (zu der Erklärung siehe auch AK 162). Begründung: Die Anzeige sei dem „WAZ“ Leser „nicht zumuten“, „zu provokant“, „zu polemisch für Leser mit anderer Meinung“ (aus der Erklärung der Ärzteaktion). Die „WAZ“ war sich allerdings nicht zu fein, am Donnerstag, dem 20.9. eine große Anzeige der CDU gegen Anti-Strauß-Demonstrationen zu veröffentlichen.

Dann sprachen noch eine Vertreterin der DFI zur Geschichte des § 218

und eine Vertreterin der Jugendmütter, die für die ersatzlose Streichung des § 218 eintrat und Forderungen nach Selbstbestimmung für die Frau und die Abschaffung des § 218 forderte.

Leider hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt schon große Teile der Kundgebung zerlaufen, was wohl nicht zuletzt den vielen Reden zuzuschreiben war. Deswegen und leider viel nicht in den Vordergrund gekommen: Die Femische Partei von NRW (Fem) zu hören. Das Frauenrecht (Fem) zu hören. Die Femische Partei von NRW (Fem) zu hören. Die Femische Partei von NRW (Fem) zu hören.

Zur Demonstration lagen Grußadressen von folgenden Gruppen vor: Bundesvorstand des SHB, Unterbezirk der Jusos Hannover-Land, Landesverband NRW alleinerziehender Mütter und Väter, Bezirkschülervertretung Essen und der BI gegen AKWs in Kassel.

Vorausgegangen waren der Demonstration selbst zahlreiche Behinderungen (vgl. AK 162). Hatten sich doch bis zuletzt z.B. SPD-Vorstand u.a. bemüht, die Demonstration zu verhindern. So wurden den Jusos in Essen von „ihrem“ Parteivorstand 2.000 Flugblätter nicht ausgehändigt! Egon Bahr entschloß sich noch in letzter Minute, auf Drängen der SPD/Niederrhein, dem Bundesvorstand der Jusos die Teilnahme zu untersagen. Die Jusos beteiligten sich trotz Verbot bis zuletzt an der Aktion. Bravo!

Insgesamt war unserer Einschätzung nach jedoch der SPD-dominierte Teil der Demonstration nicht viel stärker als etwa 100 Menschen. Die Presse des Ruhrgebietes boykottierte fast bis zum Schluß die öffentlichen Erklärungen, die u.a. von der Vorbereitungsgruppe verbreitet wurden. Die Überwindung dieser Schwierigkeiten macht den politischen Erfolg dieser Aktion umso größer!

Weg mit § 218!
Für die Legalisierung der Abtreibung!

Frauenkommission KB/NRW

Obige Aufkleber und Plaketten sind für je eine DM bei

Regina Gröger
Marktstraße 407 c
463 Bochum I

zu bestellen.

Der Erlös fließt auf das Spendenkonto der NRW-Frauengruppen!

„Die Gynäkologenbrut mätiert sich an Frauenblut“ Stößt die Medizinergeckel von ihrem Medizinersockel!!

Wer glaubt, die Kampagne der Ärzte gegen den Abbruch ungewollter Schwangerschaften sei mit den faschistischen Sprüchen von einem Dr. Holzgartner von einem einmaligen „Ausrutscher“ begleitet gewesen, wird beim Durchlesen der ärztlichen Standespresse eines Besseren belehrt. Das „Deutsche Ärzteblatt“ („DÄ“, 35/79) berichtet von einer „niederbayerischen Ärztekammer“, die eine Gruppe von Versicherten unterstützt, „die beim Sozialgericht Landshut Klage gegen die Barmer Ersatzkasse wegen der aus Mitteln der Krankenkassen bezahlten Abtreibung“ eingereicht hat. Im „DÄ“ 38/79 unter dem bezeichnenden Titel „Von den

Tricks, der 'Fristenlösung' so nahe wie möglich zu kommen“ fängt es bei einem Dr. Luft aus Erlangen erst ganz harmlos an „Schutz des ungeborenen Lebens“, „ethisches Bewußtsein“ usw. Doch nachdem er die Hintergründe des „wilden Abtreibungsrausches“, dem „das Bundesverfassungsgericht ein Ende gemacht“ hat, ausführlich erläutert hat, kommt er zu seinem eigentlichen Anliegen: „Der Kinderwunsch der deutschen Frau ist auf einen Tiefstand gesunken“. „Wir borgen uns Geburtenfreudige aus dem Süden ... und übersehen, daß wir dadurch unsere biologische Substanz als Deutsche völlig verändern. Wir sind ein sterbendes Volk! Auch kul-

turrell sind wir in Gefahr“. Diesen offen rassistischen Sprüchen ist nun wirklich nichts mehr hinzuzufügen!

Der Vorstand des „Hartmann Bundes“, dessen Präsident Bourmer gerade wegen unterlassener Hilfeleistung und fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe verurteilt worden ist, behauptet in „Ärztekammer aktuell“ (9/79), „daß die Handhabung der sozialen Beratung zum § 218 offensichtlich die Einführung der Fristenlösung anstelle der Indikationslösung auf kaltem Wege vorantreibt“. Wahrlich — deutlich genug!

Ein Arztgenosse aus NRW

Niedersachsen: pro-familia-Beratungsstellen in bedrohlicher Geldnot!

Verschärfend wirkt sich die Offensive der CSU, Kirchen und des Ärztetages gegen den „reformierten“ § 218 vor dem Hintergrund aus, daß die Bundesförderung für Modelberatungsstellen (hauptsächlich „Pro Familia“ und „Arbeiterwohlfahrt“ (AWO)) Ende dieses Jahres ausläuft. Die weitere Förderung ist von den Ländern, Gemeinden und Kreisverbänden zu übernehmen.

Dadurch fallen für den „Pro Familia“-Landesverband Niedersachsen 487.000 DM Bundesförderung weg. „Zwar fängt das Land einen großen Teil der anfallenden Zuschüsse auf, aber für nächste Jahr fehlen 150.000 Mark“, (Neue Hannoversche Presse v. 12.9.) Bislang muß zwar noch keine der 12 Beratungsstellen in Niedersachsen (Hannover, Braunschweig, Cuxhaven, Göttingen, Oldenburg, Peine, Uelzen, Wilhelmshaven, Wolfenbüttel, ab 1.10. Lüneburg) geschlossen werden, dennoch hätte das finanzielle Loch Folgen, die auf dem Rücken der Frauen ausgetragen würden.

z.B. lehnt der Landkreis Osnabrück eine Förderung von „Pro Familia“ ab, indem er auf evangelische, katholische und städtische Beratungsräume als für den Landkreis ausreißend verweist.

Die Stadt Hannover will von fehlenden 114.000 DM nur 70.000 DM übernehmen, obwohl „Pro Familia“ mit 5.000 Beratungen in diesem Jahr (die von sieben Ärzten, vier Sozialarbeitern und drei Psychologen durchgeführt wurden) total überfordert ist. Die anderen Beratungsstellen haben eine vergleichsweise minimale Anzahl von Beratungen; das begt zum einen daran, daß überhaupt nur eine Sozialarbeiterin Beratungen durchführt (z.B. bei der Arbeiterwohlfahrt), oder daß die Frauen Moralpredigten fürchten müssen (kirchliche Beratungsstellen) oder nicht sachkundiger Beratung ausgesetzt sind (gerade in städtischen Beratungsstellen wird die Beratung von Sachbearbeiter(innen) ohne Fachausbildung vorgenommen).

Die Stadt Göttingen will von 32.000 DM nur 19.000 DM übernehmen, das hat heute schon die Fol-

ge, daß seit 1.9.79 Frauen abgewiesen werden müssen.

Aber nicht nur, daß die Beratungsarbeit der „Pro Familia“ noch weiter eingeschränkt werden mußte, auch geplante Weiterentwicklungen aus der bisherigen Arbeit, z.B. Nachbetreuung von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch hatten, sind gefährdet. An Projekte wie das Bremer Modell mit momentanen Überhaupt nicht zu denken.

Noch sind die Verhandlungen mit den Gemeinden nicht ausgefochten. Wir empfehlen deshalb allen Frauen erkundigt Euch über die Situation in Eurer Stadt und über die Planung Eurer Verwaltungen.

Am 5.10. treffen sich in Hannover „Frauen gegen § 218“ um 19.30 im Freizeithaus Lister Turm Raum I um die Situation zu diskutieren und gemeinsame Schritte zu überlegen. Für die restliche Streichung des § 218! Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren!

Frauen AG
KB Hannover

AUCH BEI SICHERER GEFAHR
GEISTIGEN DEFEKTS
ABTREIBUNG NIE!



„Ich kann ihn ja verstehen, sonst hätte seine Mutter es auch tun müssen.“

Deutsche Bischofskonferenz fordert

„entschlossene Änderung“ in der Anwendung des § 218

Die am 25.9.79 tagende Bischofskonferenz der katholischen Kirche beschloß die Herausgabe einer 16-seitigen Erklärung „Für das Leben“ in 2,5 Millionen Auflage. Dieses Pamphlet soll am 29./30. September in allen katholischen Gemeinden ausliegen. Nur in NRW kommt die Erklärung wegen der Kommunalwahlen erst eine Woche später zur Verteilung. Inhaltlich bietet diese Erklärung wenig Neues nach der letzten Öffentlichkeitsoffensive der Kirche. Die (angeblich) besorgniserregende Zahl der Abtreibungen nach einer sozialen Indikation in der BRD, und die angeblich ihnen zugrunde liegende „Mentalität“ sei ein „Skandal“ („Welt“, 26.9.79). Es sei ein „unerhörtes Argernis“, wenn Schwierigkeiten im sozialen Umfeld durch Abtreibungen statt durch „ge-

eignete Hilfen“ behoben würden („WAZ“, 26.9.79). Neu ist allerdings, daß die Bischöfe sich nun offiziell auf den Standpunkt stellen, daß die Anwendung und Wirkung des reformierten § 218 in Widerspruch zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVG) stünden („FAZ“, 26.9.79). Die derzeit gültigen Bestimmungen müßten durch eine Regelung ersetzt werden, „die voll im Einklang mit der Verfassung steht“ („FR“, 26.9.79). Jetzt ist es wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis der § 218 erneut durch ein Urteil des BVG eingeschränkt wird!

Wunschkinder? Ja!
Zwangsgelbten? Nein!!

Frauenkommission KB/NRW



„Abtreiben ist unser Recht!“ Verschärfung der Abtreibungspraxis in Großbritannien

Das ist das Motto eines nationalen Marsches französischer Frauen nach Paris, der am 6. Oktober dort ankommen soll.

Anlaß des Marsches ist, daß die im November 1974 beschlossene „Liberalisierung“ des Abtreibungsrechts nur bis zum 17.1.1980 gilt. Am 2.10. soll im französischen Parlament erneut über diese Frage diskutiert werden.

1974 war ein der Fristenregelung ähnliches Gesetz zur Probe verabschiedet worden. Doch ähnlich wie in der BRD die Indikationsregelung wurde das Gesetz auch in Frankreich von Anfang an unterlaufen. In dem zu über 90% katholischen Frankreich ist die Suche nach einem abtreibungswilligen Gynäkologen in 15 Départements vergeblich und in weiteren etwa 30 Départements schwierig. Nach dem gültigen Recht kostet eine legale Abtreibung umgerechnet 200 Mark; aber in Wirklichkeit ist kein Arzt und keine Klinik bereit, den Eingriff unter 750 Mark bei einer Frau durchzuführen („Westfälische Zeitung“, 9.5.79).

Ähnlich wie in der BRD schauteten sich auch hier die katholischen Bischöfe in die Auseinandersetzung ein. Abtreibung sei „ein ernster Fehler“, „ein Todesakt“, und „ein Übel für die Gesellschaft“. Als Alternative wurden auch in Frankreich von der

hohen Geistlichkeit finanzielle Mittel gefordert. Auch die Gaullisten um Jacques Chirac u.a. gaben sich an die Seite der Bischöfe, die den Schwangerschaftsabbruch untersagen wollen, angeblich, weil die Franzosen im Aussterben begriffen seien („FR“, 25.4.79). Habt ihr das nicht auch schon mal irgendwo gehört??

Seit Juni 79 planen die französischen Frauen ihren Marsch nach Paris. Über 5.000 Frauen haben bereits einen Appell unterzeichnet und die Veranstalterinnen rechnen mit mehreren 10.000 Teilnehmerinnen. Wie bei der Aktion der NRW-Frauen, ist es den französischen Frauen zum ersten Mal seit langem wieder gelungen, daß die verschiedenen Sektoren der Frauenbewegung zusammenarbeiten („faz“, 14.9.79). Wir wünschen unseren französischen Schwestern und ihrer Aktion einen vollen Erfolg!

Solidaritätsadressen können geschickt werden an:
F.M.A.
BP 370
F 75625 Paris Cedex 13
„Marche“

Abtreiben ist unser Recht!
Wir werden Kinder haben,
die wir wollen!

Frauenkommission KB/NRW

Auch in Großbritannien bahnt sich eine Verschlechterung des Abtreibungsrechts an. Der Abgeordnete der Konservativen Partei, John Corrie, legte einen entsprechenden Gesetzesentwurf dem Parlament vor. Der Entwurf plant eine Verschlechterung an vier Punkten:

- 1) Bisher konnte eine Frau einen Abbruch vornehmen lassen, wenn ihr zwei Ärzte bestätigten, daß die Gefahr für ihr Leben, die Gesundheit ihrer Kinder, ihrer Familie, bei Fortsetzung der Schwangerschaft groß sei als die Gefahr des Abbruchs selber. Außerdem gibt es noch die sogenannte Sozialklausel. In dem Corrie-Entwurf muß aus dieser Gefahr „schwer“ sein, der Schaden für die Familie muß „ernst“ sein und bei fortgeschrittener Schwangerschaft als „substantiell“ anerkannt werden. Ob diese Begriffe auf die Lage der Frau zutreffen, entscheiden allein die Ärzte. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die britischen Ärzte in diesen Fragen anders entscheiden als ihre westdeutschen Kollegen — nämlich in der Mehrheit gegen die Frau!
- 2) Das Sanitätspersonal soll in jedem Fall das Weigerungsrecht aus Gewissensgründen haben. Bisher galt dieses Recht nur aus religiösen Gründen, und wenn keine Gefahr für das Leben der Frau bestand (Wir wissen aus unseren

Erfahrungen mit zahlreichen Kliniken in der BRD nur zu gut, welche Möglichkeiten des Unterlaufens geltenden Rechts solche Festlegungen bieten).

- 3) Der Zeitraum, in dem Abbrüche möglich sind, soll von 28 Wochen auf 20 Wochen gesenkt werden. Ausnahme soll es nur bei Lebensgefahr für die Mutter und einer ernsthaften Schädigung des Fötus geben. Die Frage ist nur: Wer entscheidet eigentlich, wie ernsthaft die Schädigung bzw. die Gefahr ist?
- 4) Jede Stelle, die freiwillig Schwangerschaftsunterbrechungen durchführt, braucht eine Lizenz, die an folgende Bedingungen geknüpft ist: zwischen Beratungsstelle und Klinik dürfen weder personelle noch finanzielle Beziehungen bestehen, und das „Konsultorium“ muß von einem qualifizierten Arzt oder spezialisiertem Personal geleitet werden. Allen diese Bedingungen bedeuten das Aus für viele privaten Kliniken, die insbesondere auch Frauen aus dem Ausland offen standen. Zum Vergleich: Das bisher gültige Recht verpflichtet alle Krankenhäuser des Nationalen Gesundheitsdienstes und vom Gesundheitsministerium autorisierte Kliniken, Abbrüche durchzuführen!

Der „Corrie-Entwurf“ wurde bei einer ersten Abstimmung im Unter-

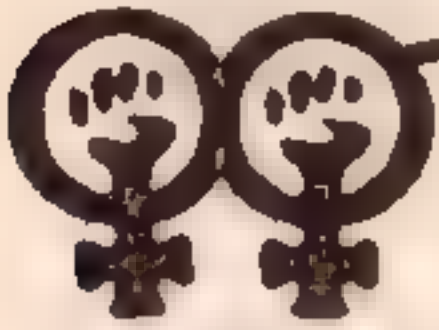
haus mit 298 zu 244 Stimmen abgelehnt. Gleichzeitig wurde der Entwurf aber einer Kommission zur Überarbeitung übergeben, wobei von 17 Mitgliedern insgesamt allein schon 12 Gegner der bestehenden liberalen Regelung sind! Am 8.2.1980 wird dann der überarbeitete Entwurf erneut dem Parlament vorgelegt.

Dieser Angriff der Konservativen Partei ist umso ungeheurer, wenn man bedenkt, daß es Großbritannien als einem der wenigen westeuropäischen Länder gelungen ist, die Zahl der illegalen Abtreibungen auf fast null zu senken!

Die seit 1975 bestehende NAC (Nationale Kampagne für Abtreibung) führt einen massiven Kampf gegen die drohende Verschlechterung. Überall in Großbritannien gibt es Plakate, Flugblätter und Broschüren gegen das „Corrie Bill“. Im Gegensatz zur BRD werden die Frauen in Großbritannien auch von den Gewerkschaften unterstützt, mit der sie am 27.10. eine nationale Demonstration durchführen werden!

Außerdem ruft die ICAR (International Campaign for Abortion Rights) aus diesem Anlaß zu einem internationalen Kongreß am 12./13. Oktober auf.

Frauenkommission KB/NRW



Das Brett vorm Kopf zur Waffe im Kampf machen?



Im Folgenden möchten wir, fünf Frauen der AG Lesben (AGL), noch einmal Stellung beziehen zu den drei Artikeln „Bericht über das KB-Lesben-Treffen“ (AK 154), „Kritik am Bericht über das KB-Lesben-Treffen“ sowie „Antwort der AG Lesben“ (beide AK 158) und Selbstkritik leisten.

Zum Bericht über das KB-Lesben-Treffen ist festzustellen, daß geplant war, daß alle anwesenden Lesben ihre Eindrücke und Erfahrungen von dem Treffen aufschreiben sollten, um daraus einen möglichst vollständigen Bericht für den AK zu machen. Der abgedruckte „Bericht“ stammte aber von einer Einzelnen und war nicht abgesprochen. Dadurch hatte er eine einseitige Darstellung zur Folge, die wir nicht teilen können.

Zum einen wird im „Bericht“ eine Friede-Freude-Eierkuchen-Situation dargestellt, was sich in Beschreibungen von „lockerer und schöner Atmosphäre“, „ausgiebigen Spaziergängen“ äußert. Sicher, wir sind spaziergegangen, aber die Situation war die, daß sich Cliques bildeten, was abends bei der Fete (die im „Bericht“ als „warme Fete“ dargestellt wird), so extrem wurde, daß sich einige Frauen ausgeschlossen und äußerst unwohl fühlten. Eine verschwand sogar für zwei Stunden, was kaum auffiel.

Zum anderen ist der „Bericht“ aus der Sicht einer „Bi-Frau“ geschrieben, z.B. „... wird sie (die Lesbe) wieder Männer bevorzugen, da die in unseren Köpfen immer noch mehr wert sind“. Das mag auf die Artikelschreiberin und einige andere Bi-Frauen zutreffen, aber nicht auf uns „Vollblutlesben“ (Dies ist nicht wertend gemeint).

Außerdem wird in dem „Bericht“ geschrieben, daß Frau dem Zwang unterworfen sei, sich nur in KB-Ferien verlieben zu können. (Sex-Blocken). Es gibt auch noch mehr süße Punkte!

Ähnlich wie der „Bericht“ ist auch die Antwort der AGL auf den kritischen Leserbrief im AK 158 zustande gekommen: Eine langjährige Genossin der KB mit „Kadererfahrung“, die eher erst sehr kurz bei der AGL ist, legte die Antwort auf einem Treffen fix und fertig auf den Tisch, obwohl wir die „Kritik am Bericht“ von B. aus Westberlin, auf den sich die Antwort bezieht, noch nicht einmal diskutiert hatten. Beim ersten Durchlesen hört sich die „Antwort“ auch sehr gradlinig und „leninistisch“ an. Beim zweiten Hinsehen entpuppt sie sich aber als unendifferenzierter Rundumschlag vor allem gegen die autonome Lesbenbewegung.

Wir wollen mal versuchen, einige in den drei Artikeln aufgeworfene Fragen etwas differenzierter zu beurteilen.

Wir wollen mal versuchen, einige in den drei Artikeln aufgeworfene Fragen etwas differenzierter zu beurteilen.

Abgrenzung von wem?

„Abgrenzung bedeutet in diesem Fall nicht etwa Abgrenzung von den „Autonomen“ — sondern Abgrenzung gegenüber Männern sowie, gegenüber Heterofrauen, ja sogar gegenüber Bi-Frauen und Frauen, im Umbruch.“ Unsere Abgrenzung wird von den anderen Frauen meist als Ablehnung bzw. als Angriff verstanden, ... Aber welche anderen Möglichkeiten als Abgrenzung haben wir, um in dieser in allem von Heißen und von der Vorherrschaft des Mannes gegenüber der Frau bestimmten Welt endlich einmal zu uns selbst als Lesbe und zu unseren eigenen Sachen zu kommen? ... Wir fühlen uns mit der Zeit kraftlos und ausgelugt, wenn wir immer nur den anderen Hoffnungen geben, auf andere Probleme eingehen, aber mit unseren eigenen Sachen nicht weiterkommen.“ (aus B's Artikel „Kritik am Bericht“). (Die letzten beiden Passagen des Zitats wurden von A., dem verantwortlichen Redakteur gestrichen!)

Wir haben hier allerdings eine andere Meinung als B. Wir meinen, daß wir „Coming-Out-Frauen“, „Bi-Frauen“ und Frauen, die erst mal „nur“ den Wunsch nach einer Frauenbeziehung und/oder sexuellen Erfahrungen mit Frauen haben, unterstützen müssen. Ein Ziel von uns ist es auch, die Heterosexualität in den Köpfen unserer Genossinnen aufzuknacken.

Trotzdem halten wir es für legitim, daß B. und auch andere hier eine andere Herangehensweise haben. Für falsch halten wir in „unserer“ Antwort, daß aus dem von B. befürwor-

terten sich Abgrenzen gegenüber Männern, Hetero- und Bi-Frauen flugs ein „Sich-Einrichten in dieser Gesellschaft“ gemacht wird.

„Du machst einen ganz gefährlichen Fehler bei deiner Abgrenzung. Und das offenbart sich, wenn du den KB als Mäcker-Organisation beziehst, in dem lesbische Frauen keinen Platz haben. (Sooo hat B. das nie geschrieben! Anm. von uns.) Auf welcher Grundlage willst du eigentlich

oder die heterosexuellen Frauen die nächsten Verbündeten sind, hängt von ihrer persönlichen Identität und von ihrer Situation ab, z.B. ob sie im Berufsleben mehr als Frau oder mehr als Lesbe diskriminiert wird und worunter sie mehr leidet. Tatsache ist, daß jede Lesbe sowohl Frau als Homosexuelle ist, und keine(r) einer Frau vorschreiben kann, was ihr da von wichtiger ist. Genauso Tatsache ist es, daß die meisten Lesben sich

zusammenarbeiten. In „unserer“ Antwort in AK 158 taucht eine Zusammenarbeit und Bündnispolitik mit „autonomen“ Lesben überhaupt nicht auf. Im Gegenteil: Es wird sich nur pauschal „abgegrenzt“. Wir meinen aber, daß wir in puncto Lesbenarbeit sehr viel von den „Autonomen“ lernen können! Autonome Projekte, wie Frauenhäuser und Frauenkneipen, sind für uns nicht ein „Sich-Einrichten in dieser Gesellschaft.“ Im Gegenteil sind sie sogar Unterstützung im Kampf der (lesbischen) Frauen. Konkret helfen z.B. Frauenhäuser geschlagenen Frauen, sich von ihren Männern zu trennen.

Welche ideologische Ausrichtung dort und mit den Projekten vertreten wird, ist etwas anderes. Das müssen wir die Auseinandersetzung führen, und nicht um die Sache an sich.

„Die autonome Lesbenbewegung ist ebenso wenig einheitlich wie jede andere Bewegung auch. Wir müssen doch erst mal untersuchen, Erfahrungen machen, an welchen Punkten wir zusammenarbeiten können und an welchen nicht.“ (Leserbrief von I. aus West Berlin)

Das kann doch kein Programm sein!

In „unserer“ Antwort im AK 158 heißt es: „Unserer Arbeit legen wir u.a. folgende Erkenntnisse und sich daraus ergebende Richtlinien zugrunde:

1. sind wir kommunistischen Lesben der Meinung, daß ein Sich-Einrichten in Alternativen verkennt, daß derzeit die Möglichkeit besteht, und die Gefahr auch immer aktueller wird, daß diese Alternativen von sich erzwungen werden können. Wir sind nicht da, um zu versuchen, sondern die für eine alternative Gesellschaft zu erkämpfen.

2. sind wir kommunistischen Lesben der Meinung, daß wir deshalb für alle Alternativen zu dieser Gesellschaft kämpfen müssen, daß z.B. auch Kinderprojekte, therapeutische Wohngemeinschaften usw. usw. unsere Unterstützung haben müssen. D.h. wir schließen uns mit anderen Diskriminierten zusammen.

3. sind wir der Meinung, daß wir unseren Teil Arbeit zu leisten haben und zwar als Betroffene, an der Untersuchung des Herrschaftsmittels Sexualität.

4. ist für uns der gemeinsame Kampf mit den homosexuellen Männern gegen homosexuelle Diskriminierung (was nicht heißt, keine spezielle Unterstützung und Arbeit zur Lesbenunterdrückung zu machen) wichtig. Objektiv sprengen sie das diktierte Rollenverhalten dieser Gesellschaft genauso wie wir. Darüber sind wir gerne bereit, weiter zu diskutieren. Wir sind nicht bereit, uns in autonome Lesbenprojekte zu setzen und still zuzuhören und uns letztendlich davon überzeugen zu lassen, daß wir in einer Mäcker-Organisation (was übrigens noch dahingestellt bleibt, ob das wirklich so ist) uns nicht selbst verwickeln

können, sondern wir haben sehr wohl ein eigenes Bewußtsein als kommunistische Lesben, das uns zur offenen und lauten Auseinandersetzung zwingt.“

In diesen „Richtlinien“ wird kein einziger Hinweis darauf gegeben, was wir konkret leisten wollen, wo wir eine Bündnispolitik entwickeln wollen, an welchen Fragen außer Sexualität wir eine Untersuchungsarbeit leisten wollen, welche Ziele wir uns gesteckt haben. Stattdessen wird mit dem Begriff „kommunistische Lesben“ um sich geworfen, um sich in Punkt Eins generell gegen Alternativen zu wenden, die anscheinend „naturwüchsig“ ein Sich-Einrichten in dieser Gesellschaft bedeuten, und um dann in Punkt Zwei anzubringen, daß wir doch auch „Kinder und therapeutische Wohngemeinschaften“ unterstützen müßten. Als wenn wir nicht erst mal genug mit uns selber zu tun hätten! (Was natürlich nicht bedeutet, daß wir z.B. nicht nach Corleone gehen.)

In Punkt Vier tauchen Lesben auch nur am Rande, nämlich in Klammern auf.

„Als Arbeitsgrundlage einer Lesben-AG reichlich dürfte! Kein Wort von Zusammenarbeit mit anderen Lesbengruppen, kein Wort von den Problemen und Diskussionen, die die Lesbenbewegung beschäftigen, wie Verhältnis von Lesben- und Frauenbewegung, Abgrenzung und Machtstrukturen unter Frauen, den Unterschieden zwischen Lesben und Schwulen, um nur einige Themen anzudeuten. Im Grund offenbart sich in diesen Richtlinien eine haarscharfende Erkenntnis der Probleme von Lesben und der Diskussionsstände in der Lesbenbewegung.“ (Leserbrief von J. aus West Berlin)

Wir müssen selbstkritisch sagen, daß wir bisher so gut wie keine Untersuchungsarbeit geleistet haben, daß wir uns noch recht wenig um die autonome Lesbenbewegung gekümmert haben, auch und gerade, um von ihr zu lernen. Denn eine kommunistische Lesbenpolitik gab und gibt es bisher nicht in der BRD. Wir haben also noch eine ganze Menge zu tun, bevor wir uns auf eine Programm oder irgendwelche „Richtlinien“ festlegen können.

Nachwort: Übrigens vollzieht sich die „Spaltung“ der AGL noch auf zwei anderen Gebieten. Wir fünf sympathisieren vollständig mit der „Mehrheit“ in der laufenden KB-Auseinandersetzung und sind alle „Vollblutlesben“, während der andere Teil der AGL bis auf eine Ausnahme der „Minderheit“ zuzurechnen ist und aus Bi-Frauen besteht. Wen wundert's?

eine Ausnahme der „Minderheit“ zuzurechnen ist und aus Bi-Frauen besteht. Wen wundert's?

5 Frauen der AG Lesben (N, B, N, B, K.)

Der Artikel des anderen Teils der AG Lesben folgt im nächsten AK



die Diskriminierung der lesbischen Frauen in dieser Gesellschaft bekämpfen? Wenn du die Front hier nur ein Stück zwischen Männern und Frauen

die Diskriminierung der lesbischen Frauen in dieser Gesellschaft bekämpfen? Wenn du die Front hier nur ein Stück zwischen Männern und Frauen siehst, verkenntst du die gesellschaftliche Realität. Wir als lesbische Frauen, die wir durch das Raster der diktierten Normalität fallen... brauchen uns kein bißchen einzubilden, daß wir uns in dieser Gesellschaft jemals häuslich werden einrichten können.“

Wer die Hauptfront (angeblich, denn B. tut das u.E. noch nicht mal) falsch zieht, richtet sich im Kapitalismus häuslich ein? Das ist doch wirklich etwas weit hergeholt! Für uns steht die feministische wie auch die autonome Lesbenbewegung in einem engen Zusammenhang mit dem Erstarken der gesamten demokratischen Bewegung. Hier im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Unterdrückung der (homosexuellen) Frau und gegen den Chauvinismus. Dabei wollen wir selbstverständlich versuchen, eine Bündnispolitik zu entwickeln, ohne die ideologische Auseinandersetzung zu vergessen.

Gemeinsame Unterdrückung, gemeinsamer Kampf? Zur Zusammenarbeit mit den Schwulen

Wir meinen, daß wir als relativ junge und unerfahrene AG durchaus von unseren männlichen „Kollegen“, was die konkrete Zusammenarbeit angeht, lernen können (z.B. Gemeinsame Untersuchung über die Situation von Homosexuellen im Betrieb). Auch sind wir gerne zu gemeinsamen Aktionen bereit. Allerdings erheben wir die nicht zum „Muß“ für jede Genossin der AGL, da dies auch von der jeweiligen Bereitschaft der Frau, mit Männern zusammenzuarbeiten sowie der Situation „vor Ort“ abhängt. ... Ob für eine Lesbe die Schwulen

eher zu heterosexuellen Frauen hingezogen fühlen und lieber mit diesen hauptsächlich zusammenarbeiten“ (Aus einem Leserbrief von A. aus Westberlin).

eher zu heterosexuellen Frauen hingezogen fühlen und lieber mit diesen hauptsächlich zusammenarbeiten“ (Aus einem Leserbrief von A. aus Westberlin).

Verhältnis zu den „Autonomen“

Wir sind nicht der Meinung, daß wir uns von den „Autonomen“ abgrenzen sollten, d.h. wir sollten es nicht ablehnen, mit ihnen in vielen Fragen zu-

Zur Nachahmung empfohlen!

Auf der ersten „Rock gegen Rechts“-Veranstaltung am 22.9.79 in Hannover waren auch zwei Frauenbühnerinnen zu finden. Der eine war von den „Frauen gegen AKW“ schwerpunktmäßig zum Anti-AKW-Kampf, der andere von „Frauen gegen § 218“ mit Material zur neuen und alten Diskussion über den § 218, Frauen im Faschismus, Frauen im Beruf, Lohn für Hausarbeit und theoretischen Texten der neueren Frauenbewegung als auch der Klassikerinnen ausgerichtet worden.

Neben Papptafeln mit aktuellen Informationen zu § 218 hatten wir eine Wandzeitung aufgehängt Holzgarnier, CSU-Mitglied.

„Das Unrecht der Abtreibung muß beseitigt werden, wenn die CDU/CSU in Bonn die Regierungsgeschäfte übernimmt.“ (Stein“ v. 26.7.79)

Eine Frau aus dem Ruhrgebiet: „Hoffentlich gehen die Frauen auf die Barrikaden. Ich bin dabei!“ mit einer hübschen Karikatur, die sehr gut ankam. Besonders beliebt waren auch kleine Frauen-Power-Buttons bei jüngeren Frauen und Mädchen.

Frauen AG KB Hannover





Lesben • Schwule



Formiert sich die antischwule Rechte jetzt?

Im letzten AK berichteten wir über die Psych(dema)gogin Christa Mewes, die als Antwort auf schwules Treiben in Homolulu jüngst einen Leitartikel im „Rheinischen Merkur“ veröffentlichte, den man wohl ohne Übertreibung als in der Tendenz faschistoid bezeichnen kann. Sogar der sozialdemokratische „Vorwärts“ sonst nicht gerade Sachwalter schwuler Interessen, sah sich in seiner Ausgabe vom 9. August 79 gezwungen, dagegen Stellung zu beziehen. „Die Tendenz ist durchgängig, weil in Fortsetzung bester faschistischer Traditionen, gesund die Volksmeinung ist, muß krank sein, wer in diesen emotionalen Kontext nicht hineinpaßt. Unter dem Deckmantel christlicher Nächstenliebe wird zwar nicht staatliche Aussonderung der Homosexuellen verlangt, wohl aber ihre freiwillige Ghettolierung. Die Homosexuellen sollen anerkennen, daß sie nicht normal sind und sich entsprechend zurückhaltend benehmen.“

Immerhin erschien der Mewes-Artikel in einem von der katholischen Bischofskonferenz herausgegebenen und finanzierten Blatt dem „Rheinischen Merkur“.

Ein anderer Vorfall: Am „Gay Pride Day“ in Bremen (30. Juni) sollte das abendliche Fest im Rah-

men der allgemeinen Festivitäten stattfinden. Der vorher bekanntgegebene Ort war an seinen Außenwänden von Nazis mit antischwulen Hetzparolen beschriftet „NSDAP AQ“ und „SCHWULE IN DIE KZ'S“. Einige von diesen Nazis besaßen sich dann auch abends im Veranstaltungssaal selber sehen, konnten allerdings auf Initiative einiger antifaschistisch bewusster Schwestern an die Luft gesetzt werden. Die Reaktion der übrigen anwesenden, ausgelassen feiernden Homosexuellen sind ja schlimm, aber das sind doch nur Jugendliche und es sind ja auch nur ein paar.

Der selbe Vorgang vor zwei Monaten auch in Osnabrück. Ablauf des Schauspielers der gleiche.

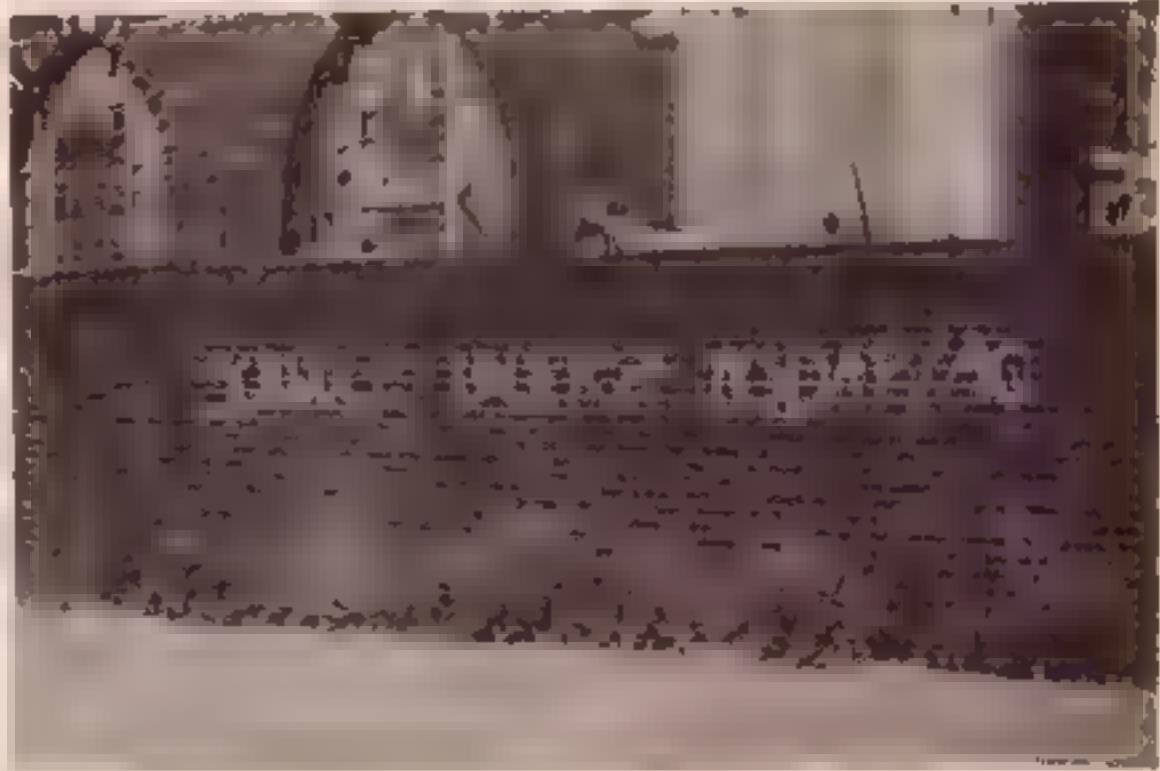
Auch als Reaktion auf Homolulu erschien – wie bereits im AK berichtet – eine Anzeige im „Mittelhessischen Anzeigenblatt“ am 16.8. ganz im Stile einer Anita Bryant, die doch in den USA die antischwule Pogrom-Stimmung auch damit anheizte: „Tötet einen Schwulen im Namen Christi!“ (s. a. Kurzmeldung in diesem AK).

In Bargteheide wurde der offene schwule Disko-Horst Kirchmeier wegen seiner Homosexualität und seiner Arbeit mit Jugendlichen

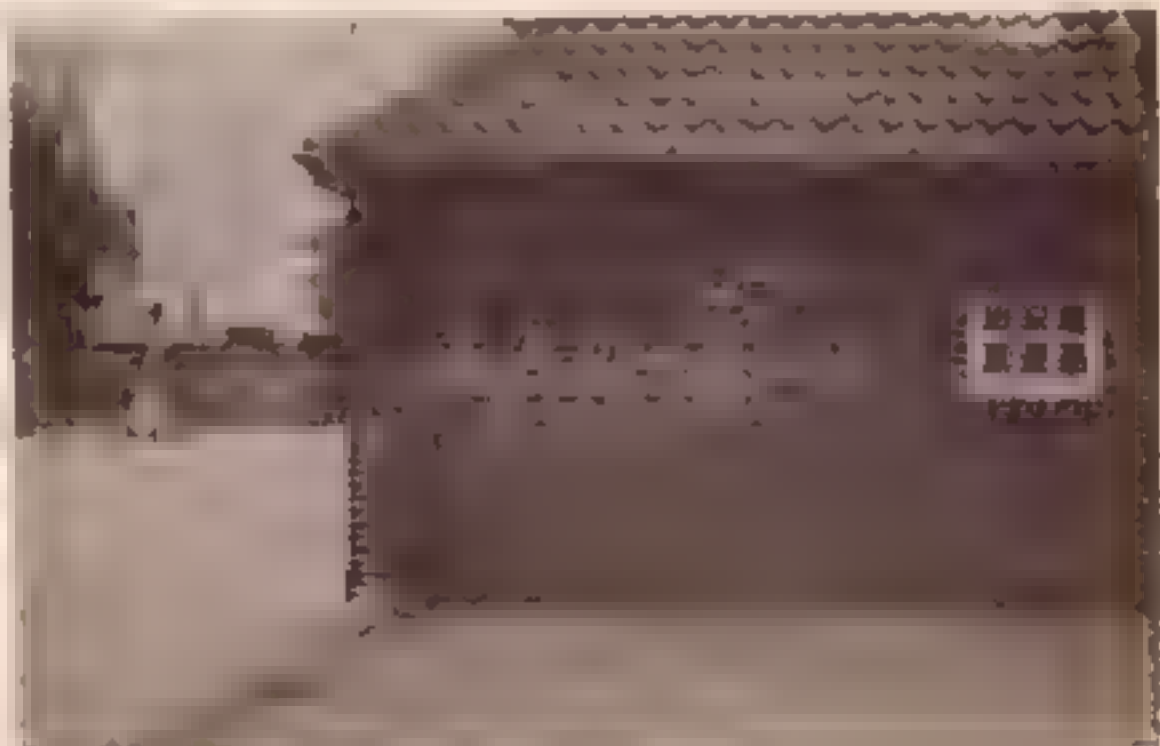
obwohl diese als gut anerkannt wird rausgeschmissen. Begründung: wie immer die sogenannte Verführungsfahr nach § 175. Allerdings gelang es hier, gemeinsam mit Heteros für die Wiedereinstellung Horst Kirchmeiers zu kämpfen. Die Erfolgsaussichten sind vor dem Hintergrund einer schwach entfalteten Schwulenbewegung erstmalig nicht so günstig, wenn man als Erfolgsfälle die Wiedereinstellung nimmt. Aber gemeinsam für ein lohnenswertes Ziel gekämpft hat man, frau/schwule und lesbische und das ist auch schon eine Menge wert. Prompt, als abzusehen war, daß auch in der Bevölkerung ein Lernprozeß einsetzt, in puncto Homosexualität erschien im „Sturm der Tageblatt“ vom 1. September dem Tag der Demonstration für Horst Kirchmeier, als Einleitung ein 1 1/2 Seiten langer Artikel, der nur noch in wenigen Punkten eine Differenz zur faschistischen Hetze erkennen läßt: da wurde behauptet, daß „Jugendliche in Kirchmeiers Hand wie Wachs (sind), obwohl sie das selbst nicht so sehen wollten“, da wurden sich küssende Homosexuelle als „ekelerregend“ bezeichnet.

Andererseits behauptete das Blatt, daß selbstredend „kein Borgehelder“ die „Liberalisierung“ des § 175 zu rückdrehen wolle, doch wenn man sich zu stark die Rechte der Homosexuellen einklage, wurde an dem rechtschaffenen Bürger zuviel. „Aber die Wertvorstellungen deshalb gleich umgedreht werden? Kurzschichtigkeit ist nicht erwünscht, sondern die Normalität ist es, ein Klumpfuß ist nicht die Regel und eine Hasencharte auch nicht... Sie sollen und dürfen (!) leben wie wir. Protest jedoch mußte es erregen, wollten diese Zeitgenossen nun behaupten, es sei viel schöner, kurzschichtig zu sein, einen Klumpfuß oder eine Hasencharte zu haben.“ Diese Hetze wird auch erst aufhören, wenn Horst Kirchmeier endlich aus seiner Arbeit entlassen ist. Denn: „Der Frieden in der Kirchengemeinschaft wird gestört bleiben, solange er da sein wird.“ Da können wir nur sagen: Halali! Zieht Euch warm an Schwestern!

Die Kandidatur von F.J. Strauß wird diesen Strömungen gewaltig Auftrieb geben. Dieter Mann meinte schon vor längerer Zeit, es sei ihm ein kalter Krieger lieber als ein warmer Bruder“ und das meint er auch sicher



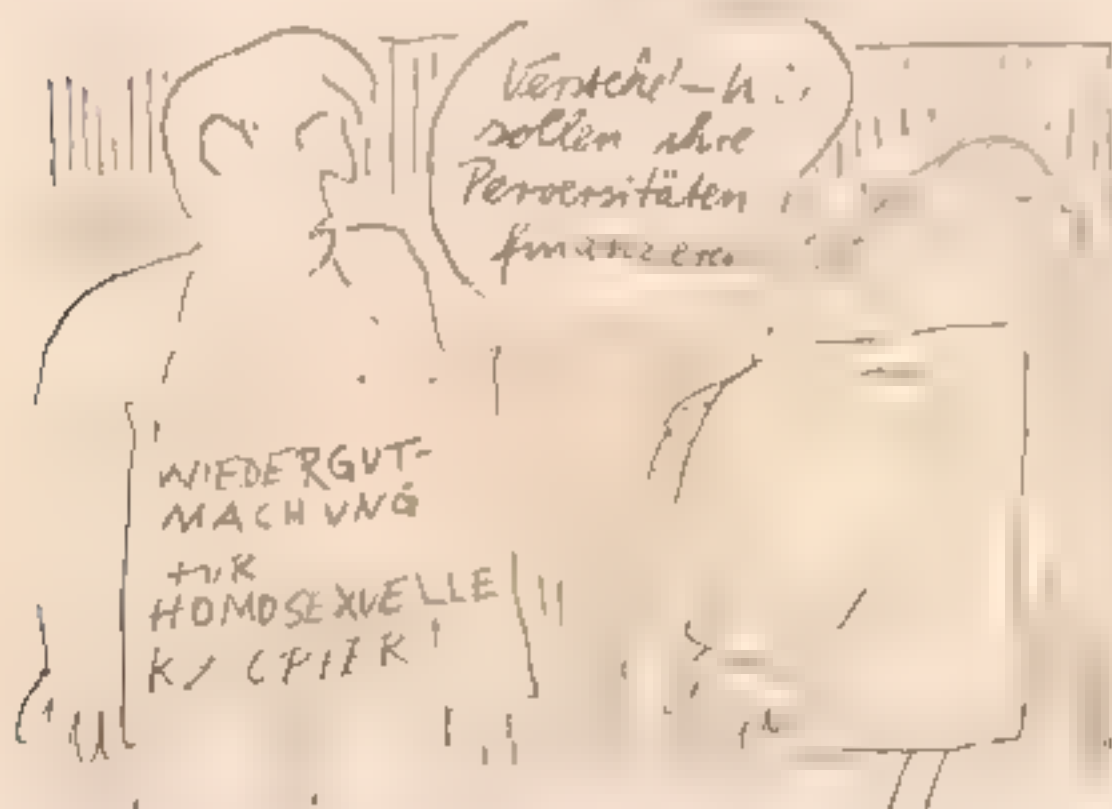
Nazi Parolen am Gebäude der Abendveranstaltung Gay Pride Bremen 79



heute noch. In Hinblick auf diese Tendenzen ist es fatal, was z.B. in der „Rosa“ Nr. 17 diese Gefahren herunterzuspielen. Die „Rosa“ meint, daß wir in der BRD keine Anita Bryant hatten, hier wäre die Unterdrückung der Schwulen viel subtiler und läme auch nicht staatlichseits. Jedemfalls nicht überwiegend, sondern resultiere eher aus „Selbstunterdrückung“ und Unterdrückung durch die Heteros. Das ist vor dem aktuellen Hintergrund etwas doppel und ver-

kennt die Situation. Nicht zufällig erschienen solche Hetzartikel in der ausgerichteten Presse, sondern umgekehrt, wenn Schwule in der Öffentlichkeit Vorurteile gegen Schwule und Lesben auszukurieren versuchen. Sofort ist die Reaktion da und erklärt: „Ihr habt euch zufrieden zu geben! Begnügt euch mit eurer Lage! Ein Gheto ist immer noch besser als Kluft mit „Rosa Winkel!“

AG Schwule



Diese Fikatur ist von AK Leser. offgang. Vielen Dank.

Filmfest in Hamburg

Vom 18. bis 23. September fand in sechs Hamburger Kinos das „Filmfest der Filmemacher“ statt. Eines der Kinos, das „Kleine Abstell“, brachte im wesentlichen Filme schwuler Filme macher.

Besonders die Filme, die direkt über schwules Leben berichten oder den Kampf der Schwulen gegen Unterdrückung zeigten, wurden vor ausverkauften Häusern gezeigt. Dies gilt auch für Filme, die in anderen Kinos liefen, wie „Paulines Geburtstag“ oder „Die Bestie von Notre Dame“ (ein hervorragendes Stück eines schwulen Kellnertheaters in Hamburg) und „Kandermund und Herzenschwund“ oder „Die Angst des Leibes Mensch zu sein“ (eine Multi-Media Dokumentation über Lehrer Schwule sowie Sexualität und Erziehung mit einem Einblick in die Arbeit der Westberliner Schwulenbewegung z.B. gegen das Berufsverbot gegen den schwulen Lehrer Frank Riblow).

Zu den herausragendsten Ereignissen gehörten die folgenden Filme von Rosa von Praunheim: „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation in der er lebt“ (der nach seinem Erscheinen 1971 einen wesentlichen Anstoß für die westdeutsche Schwulenbewegung gab) und „Armee der Liebenden oder Aufstand der Perversen“ (ein Dokumentarfilm über die amerikanische Schwulenbewegung anhand von Interviews, Berichten und Demonstrationen).

In diesem Zusammenhang war ein sehr großes Interesse des Publikums am AK und den beiden Broschüren der AG Schwule zu verzeichnen (siehe hierzu Bericht in diesem AK).

Anita Bryant (USA) – Christa Mewes (BRD)

Im Rahmen des Filmfestes fand im Hamburger Ilt (Literaturzentrum) am 20.9. mit ca. 200 Teilnehmern unter Leitung von H.P. Reichelt (Herausgeber der Zeitschrift „IHM“) eine Lesung mit Rosa von Praunheim aus dessen neuestem Buch „Armee der Liebenden oder Aufstand der Perversen“ statt. Das Buch stellt eine Erweiterung des gleichnamigen Films dar, in dem die Interviews in ganzer Länge abgedruckt sind. So enthält das Buch z.B. ein langes Interview mit Anita Bryant, in welchem ihr wiederholt bigottes Gehabe sehr deutlich zum Ausdruck kommt. Rosa von Praunheim hatte u.a. am Vorabend der Lesung im Kino noch einleitend den Worten zu seinem Film zu der Veranstaltung, eingeladen und die Hoffnung ausgesprochen, im Anschluß an die Lesung mit Leuten aus der Schwulenbewegung über die heutige Situation der Bewegung in der BRD diskutieren zu können. Leider wurde erst sehr spät mit der Diskussion begonnen, was viele der Anwesenden bei allem Interesse an dem Buch bedauerten.

Rosa von Praunheim eröffnete die Diskussion mit der Bitte an die anwesenden Schwulen aus Arbeitsgruppen o.ä., die Arbeit der Gruppen vorzustellen. Dies tat als erstes ein Vertreter der „Schwulengruppe in der Bunte Liste“, indem er die momentanen Arbeitsschwerpunkte wie folgt umriss:

1. Parlamentarische Anfrage für die Errichtung von Notrufsäulen im Schwulenpark aufgrund der Über-

fälle auf Schwule und der schlechten Möglichkeit des Polizeirufs.

2. Anfrage mit der Bitte um Prüfung, warum bei Notrufen aus dem Schwulencafé Tuc Tuc die Polizei erst nach frühestens dreißig Minuten eintrifft.

3. Eine Arbeit mit Elternräten. Lehrern u.v.a.m., um die Unterdrückung der Homosexualität zum festen Bestandteil des Unterrichts an den Hamburger Schulen werden zu lassen.

4. Aufgrund der Einschätzung, daß von kirchlichen und anderen reaktionären Kreisen eine Kampagne gegen Schwule auf uns zukommt, wird ein Kampf gegen Christa Mewes ebenso für notwendig erachtet wie gegen den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten F.J. Strauß, dem ja bekanntlich ein „kalter Krieger“ lieber ist als ein „warmer Bruder“.

In diesem Zusammenhang wies der BuLi-Vertreter nochmals auf eine vorher von Herrn Reichelt verlesene Anzeige der „Evangelischen Allianz“ aus der „Mittelhessischen Anzeigenzeitung“ als einen Teil dieser Kampagne hin. Er sprach sich dafür aus, die in der gleichen Zeitung erscheinende Gegenanzeige der Gießener Lesben- und Schwulengruppen finanziell zu unterstützen (siehe AK 161 S. 28). Eine spontane Geldsammelung brachte hierfür 60 DM. Bravo!

Für eben beschriebene Einschätzung der Bunte-Liste-Gruppe widersprach ein Vertreter der homophilen Beratungsgruppe „Albatros“. Er vertrat die Ansicht, daß es sich um unwesentliche Einzelfälle handelte und von einer starken Schwulenunterdrückung nicht die Rede sein kon-

ne. Er schenke darin auch keinen Widerspruch zu seiner eigenen Einschätzung zu sehen, daß sehr viele Selbstmordkandidaten zu ihnen in die Beratungsstelle kommen.

Zur Kennzeichnung der Gruppe „Albatros“ ist bemerkenswert, daß Jugendliche unter 18 Jahren dort keinen Platz finden, damit man nicht mit dem Gesetz in Konflikt kommt. Außerdem haben, obwohl es angeblich keine politischen Aufnahmekriterien gibt, „Extremisten“ dort keine Chance.

Schwule Solidarität für kommende Kampf!

Bedauerlich ist, daß aufgrund des frühen Endes eine ausführliche Dis-

kussion nicht mehr stattfand. Er freute sich hingegen, daß der Rahmen der Veranstaltung größer war als beim letzten „Treffen der Hamburger Schwulengruppen“. Wir (die AG Schwule im KB) hoffen in dieser Richtung in der Zukunft auf eine engagierte Teilnahme vieler Gruppen und Einzelpersonen, um den Kampf gegen eine antischwule Kampagne in großer Stärke aufzunehmen. Ebenso wie bei den Filmvorführungen wurden auch bei der Veranstaltung im Ilt von der AG Schwule der Rosa Zelle F.m.b.t. und einer lesbischen Genossin erfolgreich die KB-Broschüren „Schwule Rechte jetzt!“ „10 Jahre Stonewall, 10 Jahre Schwulen und Lesbenbewegung“ und der AK verkauft.

Kirchenstreit um Che

CHE (engl. Schwulenorganisation) feierte bei ihrer diesjährigen Konferenz in Brighton, die parallel zu der IGA-Konferenz am gleichen Ort verlief, ihren zehnjährigen Geburtstag. Das Treffen stieß auf heftige Reaktionen von der religiösen Seite. Eine Gruppe von 22 Männern, meist evangelische Pfarrer, veröffentlichte eine halbseitige Anzeige in der Lokalzeitung, in der gegen die Konferenz gehetzt wurde. Homosexualität wurde als „biologisch falsch“ abgelehnt und denjenigen, die sich davon freimaachen könnten, wurde Erlösung versprochen. Es wurde außerdem noch eine Telefonnummer für „vertrauliche Beratung“ angeboten.

Es gab aber auch erfreuliche Reaktionen. Dieselbe Zeitung, die die An-

zeige veröffentlicht hatte, brachte mehrere positive Berichte über die Homosexualität, z.B. über eine langjährige gute schwule Beziehung einer Erklärung von CHE und Hintergrundinformationen über die kirchliche Auseinandersetzung mit der Homosexualität.

Mehrere christliche Schwulengruppen verurteilten Erklärungen an die lokale Radiostation und Zeitungen, in denen bestätigt wurde, daß Homosexualität mit dem christlichen Glauben vereinbar sei. Es fand auch wieder ein Gottesdienst mit einem schwulen Pastor statt.

(Aus „Gay News“ Nr. 174)

AG Lesben

Westberliner Justiz und Senat kontra Homosexuelle Schüler(innen)

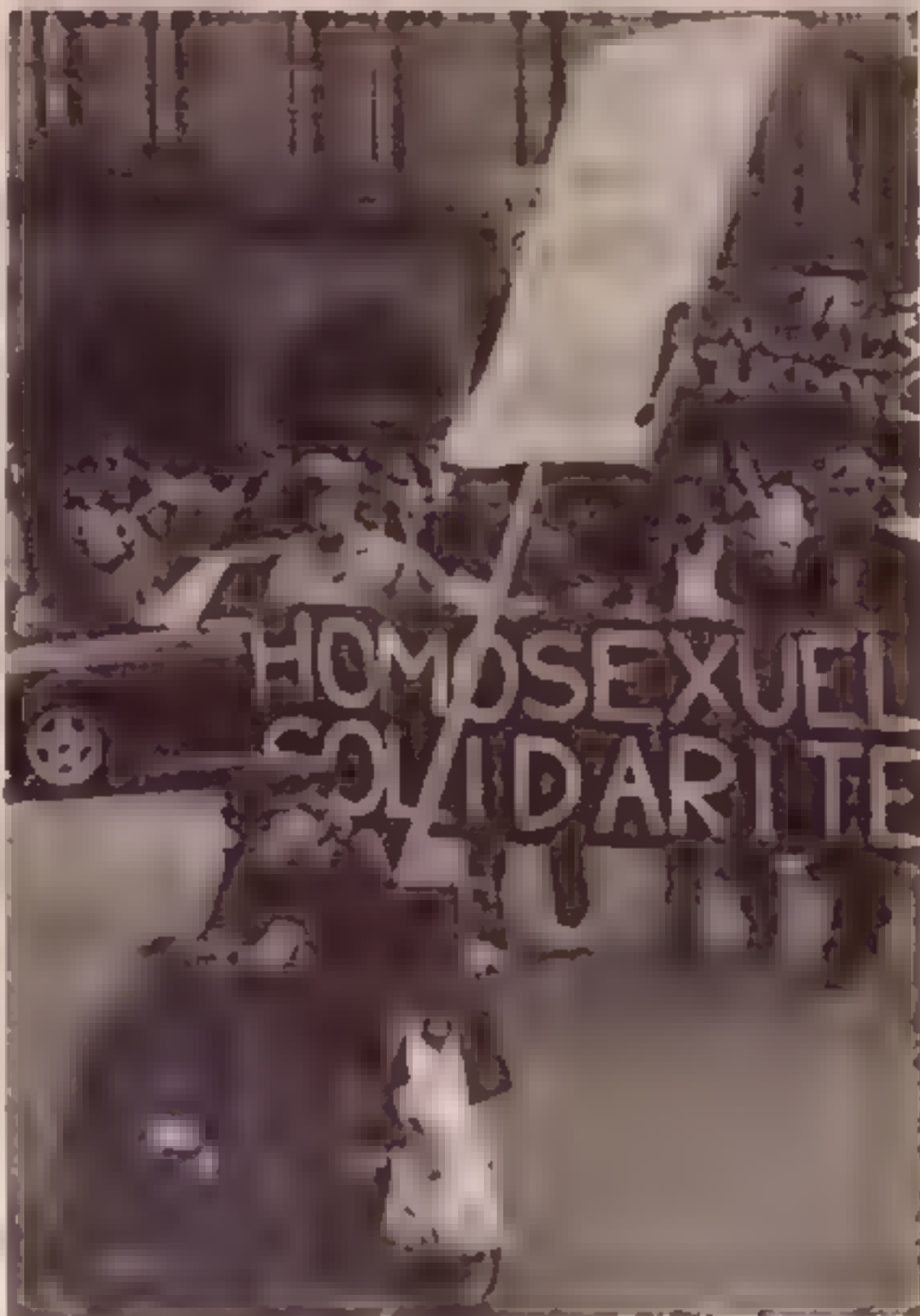
Die Initiative eines schwulen Schülers an einem Westberliner Gymnasium, durch einen Aufruf am dortigen „Unzensurierten Schwarzen Brett“ eine homosexuelle Schülergruppe zu gründen, ist jetzt durch ein vorläufiges Veto seitens des Schuldirektors gescheitert. Vorgeschichte: Im Aufruf, der Ende letzten Jahres kurze Zeit über am schwarzen Brett hängen durfte, wird die Situation homosexueller Schüler als ebenso repressiv beschrieben, wie in der nichtschwulischen Umwelt sei es, daß auch in Schulen Schwulenkinder gehandelt werden, vor allem oft, um Schüler auch wenn sie nicht homosexuell sind, fertigzumachen. Sei es, daß angeblich typisch schwules Verhalten, wie z.B. turtelnde Gesten, von den heterosexuellen Mitschülern nachgeahmt wird. Schließlich sind es gerade offen schwule oder lesbische Lehrer(Innen), die permanent Gefahr laufen, mit Berufsverbot aufgrund der angeblichen Verführungsfähigkeit belegt zu werden. In dem Aufruf wird außerdem darauf hingewiesen, daß laut einer Darstellung von Danneberg/Reiche die Selbstmordrate von homosexuellen Jugendlichen doppelt so hoch ist, wie bei erwachsenen Homosexuellen. Dies begründet auch unsere Auffassung nach genug die Notwendigkeit zur Gründung von homosexuellen Schülergruppen. Allein schon, um aus der Verunsicherung herauszukommen, die häufig das Hauptproblem aller Homosexuellen darstellt. Dieser Aufruf wurde nun an verschiedene Schülerversammlungen geschickt. Die Reaktion kam unerwartet: drei aufgeregte heterosexuelle Schüler erstatteten Anzeige bei der Sittenpolizei wegen Verstoßes des

Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz.

Mit massiver Hilfe der Schwulen-Gruppe in der Westberliner GEW gelang es, das Verfahren niederzuschlagen. Damit nicht genug, der Schuldirektor besagten Gymnasiums, an dem der Aufruf zuerst veröffentlicht wurde und der der Veröffentlichung auch zuerst zustimmte, widerlegte sich dem Aushang des Aufrufes nun mit der Begründung, mit dem Aufruf werde die Schule verunglimpft und außerdem verstoße er gegen das Jugendschutzgesetz. Auch Widerspruch bei der Schulverwaltung und beim Bezirksamt fruchteten nichts. Letztendlich abschlägig beschieden wurde nun der Aushang auch beim hiesigen Westberliner Schulbeamten, Landes-Schulrat Bath, mit der erstaunlichen Begründung, daß „im Rahmen der Schule auch heute die Homosexualität toleriert (wird), doch der Erziehungsauftrag der Schule (verboten) sie zu propagieren“. Man stelle sich das vor: im Sexualkundeunterricht wird auch heute noch überwiegend Schüler(innen) eingetrichtert, daß es sich bei der Homosexualität um eine minderwertige und verabscheuungswürdige Sexualität handelt und im gleichen Atemzug wird homosexuellen Schülern, die diesem empörenden Stand zu Leibe rücken wollen, die Bildung einer Gruppe verboten. Dem Aufruf der homosexuellen Schüler: Protestschreiben an den Landeschulrat Bath zu schicken, schließen wir uns an. Sie sind zu richten an:

Senator für Schulwesen
z. Hd. Bath
Postfach
1000 Berlin 19

Schwedens größte Schwulendemo



1 500 Teilnehmer bestritten die schwule Demonstration am 1.9.79 in Stockholm, Höhepunkt und Abschluß der homosexuellen Befreiungswoche. Dies war nach Angaben einer der Organisatoren von RFSL (Reichsbund für sexuelle Gleichberechtigung) die größte homosexuelle Demonstration in Schweden (1977: 400, 1978: 600 Demonstranten, vergl. AK 138, 18.9.78). Positiv ist, daß an der Demonstration nicht nur Lesben und Schwule, sondern auch Eltern Homosexueller und heterosexuelle Freunde teilnahmen, denn die schwule Emanzipation hat nur dann Erfolg, wenn sie im Bündnis mit anderen Kämpfen.

Und in der Tat ist in Schweden etwas erreicht worden im letzten Jahr. Im „Knospenschutzparagrafen“ wurde die Altersgrenze von 18 auf 15 herabgesetzt und damit der heterosexuellen Grenze angeglichen. Auf unsere Frage, wie dies erreicht wurde, sagte ein Mitglied von RFSL: „Durch permanente Aufklärungsarbeit in den Parteien über viele Jahre hinweg“.

Am 27.8. fand eine Debatte mit Vertretern der fünf um Reichstag präsentierten Parteien statt. Bemerkenswert: Nur die einzige im Reichstag vertretene kommunistische Partei (VPK) sprach sich vorbehaltlos für die Emanzipation der Homosexuellen aus und will dies durch Einbringen eines Antidiskriminierungsgesetzes unterstützen.

Über eine Diskussion während der Befreiungswoche „Wie kämpft ihr?“ berichten wir, wenn uns das Material dazu vorliegt.

AG Schwule

Foto: Schwule Behindert auf der Schwulendemo anlässlich der schwulen Befreiungswoche 79. Die Schildaufschrift: „Schwule raus aus dem Versteck - rein in die Gesellschaft“

Kurzmeldungen

Hamburg: Wie kürzlich bekannt wurde, ist der lesbische Redakteurin bei einer bekannten „Sex and Crime“ Zeitschrift, Ellen P., gekündigt worden, und zwar innerhalb der Probezeit. Begründung: Offiziell keine in einem inoffiziellen Gespräch mit dem Chefredakteur wurde ihr allerdings deutlich gemacht, daß es nicht anginge, kurze Haare und dazu noch Hosen zu tragen. Außerdem äußerte dieser Oberschreißelbefehl auch keinelei Verständnis dafür, daß Ellen P. einer Sekretärin etwas zu lange in die Buse guckte. Ein Recht, daß sich Männer gewöhnlich und selbstverständlich erwehren. Ellen will auf jeden Fall ihre nächsten Schritte auf Wiedereinstellung aussuchen. Wir berichten weiter.

Westberlin: Ein neuerlicher Versuch von Schwulen, im Rahmen antirassistischer Aktionen auf das Schicksal der Schwulen während des Hitlerfaschismus hinzuweisen und gegen eine Ausgrenzungspolitik gegen Schwule zu kämpfen, ist abermals auf Schwierigkeiten gestoßen. Mitglieder der Westberliner Schwulen-Gruppe AHA wollten auf einer Veranstaltung der DKP orientierten VVN ein Spruchband mit schwulem Inhalt ausbreiten. Dies wurde den Schwulern mit der formalistischen Begründung verweigert, das Spruchband wäre nicht angemeldet. Daß die DKP mit ihren Bündnispartnern langsam und sicher zu einem sektiererischen Haufen degeneriert ist nicht weiter verwunderlich orientiert sich ihre Bündnispolitik u.a. am ungesunden Volksempfinden („... wie sollen wir denn mit Schwulen die Arbeiterklasse gewinnen, die sind doch so rückständig“) und nicht an den geschichtlichen Fakten. Immer wieder bleibt festzuhalten, daß neben Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen usw. auch Schwule Lesben Behinderte, Zigeuner usw. in den Tötungs-Maschinen des Hitlerfaschismus umkamen. Die DKP sollte sich mal fragen, warum denn Kommunisten und Schwule in den KZs umkamen?

Hamburg: Schwule und Schwulenfrage jetzt auch an der Hamburger Volkshochschule. Einer Initiative der Lehrergemeinschaft in der „Homosexuellen Aktion Hamburg“ ist es zu verdanken, daß ähnlich wie in Düsseldorf und Hannover jetzt Kurse an der VHS auch für und von Schwulen angeboten werden.

Westberlin: Dasselbe auch in Westberlin an der VHS Kreuzberg. Auch hier die Intention der Veranstalter den Schwulen zu helfen, ein positives

und angstfreies Verhältnis zu sich selbst und zu bekommen. Jeden Donnerstag, Bildungszentrum Blücherstraße um 20 Uhr.

Köln: Der schwule Sozialdemokrat Gerd Böhner, der vor kurzer Zeit in Köln in Grund seines Vorwurfs gegen die Polizei auslief, ist nun wieder in der Stadt. Er hat sich bei der Polizei eine Handlung von den Behörden nicht (erzählt wurde) zu einer Geldstrafe von 500 DM verurteilt. Er hat jetzt ein Spendenkonto eingerichtet, um die Kosten des Verfahrens, die noch extra hinzukommen, nicht alleine tragen zu müssen. Auch hier kann die Schwulenbewegung zeigen, was sie konkret von schwuler Solidarität halt.

Kontaktnummer: Stadtparkasse Köln, 362 429 72, c/o Johannes Bunte und Jochen Saurebach

Gießen: Wie vor kurzer Zeit von uns bereits berichtet, folgte spontan auf die Hetzanzeige einer „Evangelischen Allianz Gießen“ am 28.8. mit dem Titel „Achtung Eltern! Homosexuelle auch in Gießen“ eine Gegenanzeige der Schwulen- und Lesbengruppe Gießen, ebenfalls in der „Mittelhessischen Anzeigenzeitung“.

Mit Recht schreibt die Gießener Gruppe, daß sie „im Gegensatz zu bestimmten religiösen Gruppen“ nicht über die Geldmittel verfüge diese Hetze mit entsprechender Aufklärung für die Bevölkerung zu beantworten. Aus dem Grunde fordert sie alle auf, reichlich zu spenden um die Gegenanzeige und folgende Erwidierungen zu finanzieren. Bei der ersten Anzeige sind Kosten in Höhe von umherhin 1.600 DM entstanden.

Im Rahmen einer Veranstaltung am Hamburger Literaturzentrum konnten nach einer spontanen Initiative eines Vertreters der „Bunte Liste“-Schwulengruppe ca. 60 DM gesammelt werden. Ein guter Anfang so muß es eigentlich weitergehen. Konto: M. Bohn, Nr. 25-055 720 bei der Bezirksparkasse Gießen, BLZ 513 500 25

Berichtigung

Im Artikel „Christa Mewes – eine deutsche Anta Bryant“ (AK 163, S. 20) ist uns leider ein Schreibfehler unterlaufen. In dem Artikel hieß es: „... und die ‚Deutschland-Stiftung‘, CSU-eigen ...“. Dies ist nicht richtig. Es sollte „CSU- n a h e“ heißen. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

AG Schwule

„Hier ist Stockholm Gay Radio“

Der schwedische Reichstag hatte vor kurzem einen Beschluß nach dem in 15 Orten ein Versuch für ein nichtstaatliches, lokales Radio gestartet werden sollte. Zwei Jahre lang konnten Vereine, freie Gruppen, leider auch Kirchen (die über sehr viel Geld verfügen) und andere Interessenten sich damit bewerben und bekommen sie es. Jeder Antrag wurde genehmigt. Nur ein Antrag wurde nicht.

Die Schwulen-Gruppe in Stockholm Lokalradio betreiben, war die Lokalabteilung der nationalen schwedischen Schwulenorganisation RFSL (Reichsbund für sexuelle Gleichberechtigung). Sie sendet seit 75 Minuten pro Woche, Donnerstag ab 18.00 Uhr und ab 19.20 und Sonntag ab 19.30 Uhr. „Wir wenden uns nicht vor allem an unsere Mitglieder oder an die breite Öffentlichkeit sondern unsere Zielgruppe sind eher die Homosexuellen, die nicht mit anderen Homosexuellen zusammenkommen. Die einzigen Regeln, die es gibt, das sind die presse-ethischen Regeln, die

schon Nachrichten über die Situation von Homosexuellen in B auch aus dem Iran. Dann Reportagen – z.B. direkt per Telefon aus den USA über die Aufhebung eines Anti-Schwulen-Films und den Protest dagegen oder aus Frankfurt von Homosexuellen. Kommentare, Aufforderungen, sich an der schwulen Befreiungswoche zu beteiligen, Schwulenkunst aus Spanien macht auch Interviews aus dem Stadtteil oder aus Lokalen, in denen sich Schwule aufhalten, über deren Situationen und Erfahrungen.

Ob denn in Schweden ein schwules Radio widerspruchlos akzeptiert wird, wollten wir wissen. Antwort: Die Parteien sind in dieser Frage gespalten, nur überwiegend die liberale Ansicht, daß selbst, wenn man nicht für die homosexuelle Emanzipation ist, man aus demokratischem Selbstverständnis eine schwule Darstellung im Rundfunk akzeptieren muß. Nun, wir werden sehen, wie es nach Verabschiedung weitergeht. Deutlich wird jedenfalls, daß die Schwulen in Schweden mit einem Radio sender ganz andere Möglichkeiten haben, für ihre Rechte zu kämpfen.

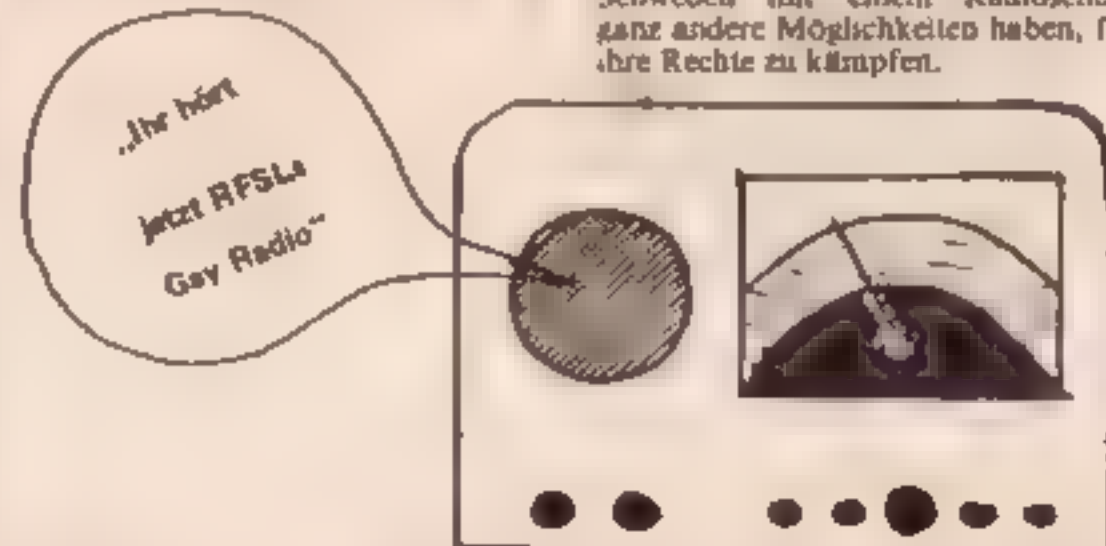
antirassistische Arbeit leisten. Eine Gruppe z.B. beteiligt sich als Initiative an der Schwulen- und Lesbenbewegung in Schulen und Freizeitheimen.

In der Programmierung (1973) heißt es: RFSL will in der Aufklärungsarbeit erreichen, daß jeder Mensch das Recht hat, seine eigene Sexualität zu verwirklichen, so lange es niemandem anderen schade. RFSL will aber und mit aktuellen Mitteln Informationen, die wissenschaftliche Forschung unterstützen und über sie informieren.

RFSL fordert aber auch, daß juristische Möglichkeiten des Zusammenlebens außerhalb der Kernfamilie geschaffen werden, die zur Zeit in den westlichen Ländern als einzige mögliche Form toleriert wird. RFSL nimmt auch an internationalen Aktionen teil, da internationale Solidarität und Protest eine Stärke darstellen. Mit dieser Begründung wurde auch die schwule Befreiungswoche nicht zum gleichen Zeitpunkt veranstaltet wie der Gay liberation day in anderen Ländern, um den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, an den Veranstaltungen in anderen Ländern teilzunehmen.

RFSL Stockholm betreibt seit langen Jahren ein Cafe, Mischung zwischen Bar und Disco und Treffpunkt der Kommunikation. Wir fragen da nach, ob die Repression, die wir in unserem Land kennen, dort auch Auswirkungen hat. Als wir das „Timm“ besuchten, war gerade jemand damit beschäftigt, Scherben zusammenzufügen, da die Scheibe eingeworfen worden war. Allerdings versicherte man uns, daß dies erst das zweite Mal, seit Bestehen vorgekommen sei. Drohbriefe oder sonstige Beschimpfungen kommen selten oder nie vor.

„Homosexualität ist nicht eine Krankheit in sich, sondern das Nicht-Akzeptieren-Sein kann Neurosen schaffen. Aber diese Neurosen beruhen nicht auf den Folgen der Homosexualität, sondern auf der verdammt-Einstellung der Gesellschaft“ (RFSL-Programme) Skandinavienkommission und AG Schwule



für alle Zeitungen und Medien gelten. Und wir dürfen keine Reklame machen außer für unseren Verein und für unsere Betätigung, aber keine kommerzielle Reklame ... Jede Gruppe innerhalb RFSL kann eigene Programme machen, wenn sie es möchte ... Zu unserer Schwulen-Befreiungswoche (die letzte Woche im August, siehe nebenstehenden Artikel) haben wir spezielle Sendezeiten beantragt und bekommen, jeden Tag eine halbe Stunde und am Sonntagabend von 12.00 bis 24.00 Uhr mit Unterbrechung von drei Stunden, in denen andere Gruppen gesendet haben.“

Ca. 1 Million Menschen können das lokale Programm empfangen. In Stockholm gibt es mindestens 50 000 Schwule, davon sind ca. 1.000 Organisierte, ca. 300 aktiv. Das Radioprogramm selbst wird verantwortlich von einer vier- bis sechsköpfigen Gruppe gestaltet und koordiniert. Alle arbeiten ehrenamtlich.

Gesendet werden schwule Nach-

Auffallend ist, daß sich so gut wie keine Frauen an RFSL oder dem Gay Radio beteiligen. Man erklärte uns das so, daß die Frauen, vorwiegend der Lesbik Front, nicht mit Männern zusammenarbeiten wollen, auch nicht mit schwulen Männern.

RFSL wurde ca. 1950 gegründet. In ihm sind eine Reihe von lokalen Gruppen zusammengeschlossen, die

Schwulen-Block in Bonn am 14. Oktober

Einige Kölner und Bonner Schwulen haben die Initiative ergriffen, auf der großen Demonstration gegen Atomkraftwerke am 14. Oktober in Bonn einen Homosexuellen Block zu bilden. Weil nach Auffassung der Initiatoren sich daran zeigt wer

wirklich Interesse daran hat Leben zu schützen. Dem Aufruf schließen wir uns an.

Der Sammelpunkt ist noch nicht bekannt zu erkennen sind die Schwulen auf jeden Fall, wie immer an einer großen rosa Fahne

KINDER IM KNAST

Ob Kinder die Schule schwänzen oder anal bei einem Diebstahl im Supermarkt oder beim Bruch erwischt werden ihr Weg in den Knast wird zunehmend zur Regel. Aus „erzieherischen Gründen“ wohlbermerkt Einige Beispiele aus letzter Zeit: 1978 verurteilte ein Wiesbadener Einzelrichter einen Schulschwänzer zu einem halben Jahr Knast ohne Bewährung. Jetzt wurde in der gleicher Stadt ein 14-jähriger Junge nach 40-tägiger Untersuchungshaft für ein Jahr in den Knast geschickt („FR“ 28.7.79). Inzwischen ist er wieder frei.

Im Regierungsbezirk Darmstadt nahm das Delikt „Schulschwänzer“ um 5% auf 2.476 Fälle im Jahr 1977 zu, im Regierungsbezirk Kassel um 16% auf 718 Fälle. Präkonische Strafen bis zu Haftstrafen wegen dieses „Deliktes“ häufen sich: 2.443 Bußgelder wurden verhängt. In Darmstadt wurden 17 Strafanzeigen gestellt, im Regierungsbezirk Kassel vier.

Monaten zur Bewährung verhängt, einmal sogar zu acht Monaten ohne Bewährung.

In Hamburg wurde der Sonder-schüler Peter L. vor einem Jahr als notensicher Schulschwänzer zu einem halben Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Die Große Strafkammer änderte diese Entscheidung in eine sogenannte Erziehungsbeistand-schaft um. Das „verdankt“ Peter L. freilich nur einem medizinischen Gutachten, in dem ihm eine Gehirnschädigung attestiert wird, womit er nun nicht rehabilitiert, sondern lediglich psychiatrisiert wurde, eine andere Form von Bestrafung („FR“ 12.3.79, 24.3.79).

Der Schüler Rolf fehlte in Hamburg in 6 Jahren insgesamt 363 Tage an der Hauptschule Lurup. Die Mutter, die Verständnis für seine Situation hatte und ihn nach mehreren Versuchen nicht mehr zur Schule schickte, mußte sich vor dem Gericht „verantworten“ („Hamburger Morgenpost“, 26.6.79).

Lediglich in 3 Bundesländern nämlich Hessen, Bremen, Westfalen kommen Schulschwänzer nicht in den Knast, sondern in den Jugendarrest. „Schulschwänzen“ wird in den meisten Schulgesetzen wie ein kriminelles Delikt „als Fernblatzen vom Unterricht mit großem Eigen-nutz“ bestraft.

Auch bei geringfügigen Diebstah-len ist Kind schnell hinter Gittern. Ein türkisches Mädchen wurde 1977 verdächtigt, Mitschülern die Füller weggenommen zu haben. Die Schul-leitung übergab das Mädchen der Po-lizei, die es ohne Benachrichtigung der Eltern erstmal eine Stunde in die Zelle sperrte.

Überhaupt sehen die verantwort-lichen Stellen in der BRD Kinder und Jugendliche offensichtlich lieber im Knast als ihre miserablen Bedingungen zu verändern. Aus einer Unter-suchung des Jugendstrafrechtlers Prof. Arthur Kreuzer geht hervor, daß Ju-gendliche in der BRD „zu oft und zu lange“ in Untersuchungshaft landen. Begründet wird dies oft mit „formalen Begründungen“ ohne die „Haftvoraus-setzungen ausreichend zu prüfen, und es werden sogar Inhaftierungen we-gen geringfügiger Anlässe, wie Waren-handelsdiebstahl, Hausfriedensbruch oder Ausweislosigkeit“ vorgenom-men. Knast, Jugendstrafe usw. sind halt die offiziellen „pädagogischen Alternativen“ Prügel- und Einsper-ren waren ja schon seit je her die „besten Erziehungsmittel“. Für wen fragt sich allerdings nur?

Für Rudi A. aus Dortmund wurde mit der Einweisung in einen Erwach-senenknast in Einzelhaft um ihn als „Serientäter aus dem Verkehr zu zie-hen“, das Todesurteil ausgesprochen. Er erhängte sich in der Zelle. Obwohl er dies zuvor ankündigte, trafen die Anstaltsleiter keine Vorkehrungen.

„Tut man die Jugendlichen zusam-men, dann tölowieren sie sich von oben bis unten oder stellen anderen Unfug an“. Tja, hübsch sauber muß es halt bleiben! Soweit ließen es zwei andere Kinder erst gar nicht kommen, die wegen geringfügiger Ladendiebstähle geschnappt wurden.

Das türkische Mädchen Jülyda sprang aus Angst vor Strafe aus dem 5. Stock.

Am 22.9.78 wurde der türkische Schüler Edip Cinerli tot unter einem Baum aufgefunden: er hatte sich er-hängt.

Die konkreten Bedingungen, unter denen die Kinder an der Schule und in der Freizeit leben müssen, interes-sieren Richter und Staatsanwaltschaft einen Dreck. Rudi A.'s Verbrechen war lediglich mit zwei Freunden in eine Kneipe eingestiegen zu sein. Seine Eltern sind zweimal geschieden. Er lebte zusammen mit sechs weitere Geschwistern. Tja, Kind muß sich halt vorher überlegen, bei wem es zur Welt kommt.

„... an frischer Luft keine Mangelware“

Und weil Kinder von Kaminellen nach herrschender Moral auch Krim-nelle werden, werden Frauen auch in den Knast gesperrt, wenn sie schwan-ger sind. Dort können sie dann ihr Kind gebären und gleich mit dem Kind hinter Gittern ihre „Strafabtzen“. Da sind dann halt gleich beide sicher. Baby bekommt rein prophylaktisch den rechten Vorgeschmack, was pas-sieren kann, wenn man beim Kauen etc. pp erwischt wird.



Original-Bildtext „Quick“: „Nur die Gitter vor dem Fenster zeigen, daß Andrea bei ihrer Mutter in einer Zelle der Strafanstalt wohnt.“

In der BRD werden jährlich etwa 300 Kinder hinter Gefängnismauern geboren. Die Kinder kommen seit 1977 ausschließlich in den Knast zu ihren Müttern. „wenn es ihrem Wohle entspricht“ und dürfen dann bis zu ihrer Schulpflicht bei ihren Müttern bleiben. Große Ertrungenschaft. Zu vor wurden den Müttern die Kinder nach der Geburt kurzerhand „ent-führt“ und zur Adoption freigege-ben, bzw. in ein Heim gesteckt, oder was sonst noch möglich ist.

Natürlich ist dies keine „Wi-dereinführung von Leibesgenossenschaft und Sippenhaft“ wie es der Frank-furter „Gefangenerrat“ anlässlich des Kinderhortes im Frauengefängnis Freun-gesheim sehr richtig charakte-risierte („SZ“, 3.8.1974). Mit der jetzi-gen Regelung soll das Ziel verfolgt werden, straffälligen Müttern die Re-sozialisierung zu erleichtern und ei-reu ersten Schritt gegen ein weiteres Abrutschen in die Kriminalität zu unternehmen, wenn die Mütter „beim



Wickeln und Baden ihres Babys spürt daß sie gebraucht wird, daß die Hin-wendung zu dem ursprünglich viel-leicht ungewollten Kind allmählich erwidert wird, lernt diese Frau an ihrem Kind allmählich (nämlich ent-sprechend der Länge der Haftzeit. Anm.d.Red.) was sie selbst vorher in vielen Fällen selbst erfahren hat. Zu-neigung und Verantwortung“ („SZ“, 5.0).

In solchen Jahren wurden in Freun-gesheim 50 Kinder aufgezogen. Kin-der als Mittel zum Zweck der Reso-zialisierung. Die Frauen und Kinder haben das Recht, zusammenzu-leben und zusammenzusein. Aber so kann die Lösung nicht aussehen. In anderen Ländern z.B. Italien ist es verboten, bzw. Brauch, daß Schwän-gere und Mütter von Kleinkindern keine Haftstrafen antreten. Schwän-gere Frauen und Mütter dürfen nicht in den Knast, sofern sie mit ihren Kindern zusammenleben wol-len und die Kinder dies ebenso wol-len. Der Kinder-Frauen-Knast in

Frankfurt-Freungesheim wird über-den grünen Klee gelobt. „Der 1973 fertiggestellte Neubau liegt zwar auch hinter dicken hohen Mauern, ist aber von den anderen Zellentrakten getrennt. Hier können sich Frauen also zu jeder Zeit auch im Freien be-wegen. Die Kinder haben einen gro-ßen Spielplatz mit Turngeräten, fri-sche Luft ist keine Mangelware“ (Quack, 1978).

Das ist, wie die der blanke Hohn? Wie nicht denn die ganze Wirk-lichkeit aus für Kinder und Mütter? „Die Mutter von Freungesheim wer-den nicht verwöhnt. Sie arbeiten wie alle anderen Häftlinge in der Wäsch-erei, Schneiderei in der Bügellei. Unsere Frauen (so die Leiterin der Kindergefängnisse in Freungesheim, Caritas Zielken, Anm.d.Red.) sind hier doppelt belastet. Sie gehen acht Stunden am Tag arbeiten und müssen am Feierabend und an den Wochen-enden voll verantwortlich ihre Kinder versorgen“ („Quick“, 5.0.). Was kann denn das für Kinder und Mütter Ge-

schertes sein? Der Frankfurter „Ge-fangenerrat“: „Wächst das Kind nicht in eine völlig verkehrte Welt hinein? Eine Welt, die mit einer fünf Meter hohen Mauer und mit Stacheldrahtgitter und Beton umgeben ist!“ („SZ“, 5.0.).

Für die Kinder und die Mütter ist das das Ende vom Anfang. Die Müt-ter werden sich in der geringen Frei-zeit an ihre Kinder klammern, die Kinder leben ständig in der Angst ihre Mutter zu verlieren. Sie sind sich beide das einzig Menschliche in die-sen unmenschlichen Gefängnissen, wo die Frauen „nach jeder Tablette fragen, jeden besonderen Einkauf be-willigen lassen müssen, nicht gehen können, wohnen man will.“ („Quick“, 5.0.). Im Frauen- und Kinder-Knast in Freungesheim leben heute elf Mütter mit ihren 25 Kindern.

Kinderkommission KB/Hamburg

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Kurzmeldu

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Kurzmeldu

Magengeschwüre bei Kindern

Das Symptom „Bauchschmerzen“ hat bei Kindern in den letzten Jahren nach Auskunft von Ärzten erheblich zugenommen. Daß dies nicht nur von verdorbener Nahrung herrühren muß, beweist eine Untersuchung von Prof. Hüter (Nordhorn). In den letzten neun Jahren war in 425 Fällen eine sofortige Operation notwendig, zum großen Teil Geschwüre des Magens oder des Zwöl-fingerdarms. Genauere Untersuchun-gen für die BRD liegen nicht vor. Die Krankenhaus-bezogene Statistik läßt jedoch die Vermutung zu, daß be-nimmt 2% der Fälle „funktioneller Bauchschmerzen“ echte Geschwüre die Ursache sind. Jungen scheinen eher betroffen zu sein als Mädchen, und zwei Drittel der jungen Patienten sind noch keine zehn Jahre alt. Ihren Li-sprung haben nach Prof. Hüters diese Erkrankungen in den „modernen Zi-vilisationserdrücken“, genauer gesagt in „psychischen Stress“ und der „berforderung in Schule und Familie“ (Vortrag auf der Jahrestagung der Nordwest. Gesellsch. für Kinderheilkunde, Wilhelmshaven) (Angaben nach „FR“, 23.7.79).

Jedoch - japanische Zustände scheinen bei uns noch nicht erreicht zu sein. Im Fernsehfilm „Kinder dieser Welt“ (31.12.78) wurde von einem 12-jährigen Jungen berichtet, der dank Schulstress und Prüfungsterror „stolz“ 40 Magengeschwüre verkrachten mußte.

Die Saubermänner der CDU gehen um

Die CDU wird nicht müde, auch um den Verfall der kulturellen Sitten „in diesem unserem Lande“ zu sorgen. Diesmal haben sie sich ein in einer he-sischen Schule verwendetes Liederbuch vorgenommen.

Es ist das „Liederbuch“, herausge-gelassen vom „gemeinnützigen Verein Student für Europa-Student für Ber-lin“. Dieses Liederbuch ist wirklich nicht schlecht, denn neben gängigen Volksliedern wie „Bardiera Rossa“ der Monty von Bolles Pfingstausflug oder dem „Hamburger Veermaster“ haben nach Aussage des CDU-Bundes-tagabgeordneten Wilfried Böhm alle „kommunistischen-Schnulzen dieser Fi-de“ Eingang in dieses Buch gefun-den. - Gibt es ein besseres Prädi-kat für ein Liederbuch?

Dem CDU-Abgeordneten paßt es offensichtlich nicht, daß die Kirchgän-ger nicht nur das Hohelied auf die feste Burg schmettern, sondern auch so unverfälschten Spott für Kirchgän-ger trällern wie „Da treten sie zum Kirchgän-gen, Familienleitende voran Hüthen, Schühchen posend, ihre Männer umfassend, die sie heimlich vorwärtschleichen“. Nicht nur der un-belegte Spott über die abendländische christliche Religion, sondern auch der Rückfall in den längst überwunden ge-glaubten Kannibalsmus, der in dem Lied „Komm wir fressen meine Oma, ich die Brust und du das Bein...“ deutlich zum Ausdruck kommt, läßt die CDU wieder einmal unermüdlich für das bayerische Kulturgut kämp-fen.

„Tagebuch der Anne-Frank“ immer wieder Ziel brauner Propaganda!

Das „Tagebuch der Anne-Frank“ ist immer wieder beliebtes Ziel brauner Schmierpropaganda. Obwohl schon seit Jahren ein Urteil auf den Tisch ist, daß die Echtheit des Tagebuches be-stätigt ist, ist es nicht die Staatsan-waltschaft die gegen diese Nazi-Pro-paganda einschreitet, sondern immer wieder der nun 90-jährige Vater Anne Franks, Otto Frank, der diese Demü-tigung per Klage zurückweisen muß. So untersagte der 16. Zivilsenat beim Frankfurter Oberlandesgericht dem Nazi Heinz Roth, Verfasser die-ser braunen Schmierbroschüren, zu behaupten, das Tagebuch sei eine „Fälschung“. Damit wurde bereits eine gleichlautende Entscheidung des Lan-desgerichts Frankfurt in gleicher Sache bestätigt („Westdeutscher Tagesspiegel“ 14.7.79).

Im letzten Jahr wurde Otto Frank zugemutet, nach Hamburg zu kommen, um einem Gericht in einem Prozeß ge-gen den Neonazi Edgar Geß die Ori-ginaltagebücher seiner Tochter vorzu-legen, obwohl dem Gericht drei nam-hafte Gutachten vorlagen, die die Echtheit der Tagebücher bestätigten. Unge-büßter konnte Geß propagieren es sei Zeit „ein Ende zu machen mit dem Gas-kammer-schwindel“. Ähnliche Flieg-blätter verteilte der ehemalige „Tapo-Mitarbeiter des NS-Regimes“ Römer (aus einem Flugblatt der „Antifaschis-tischen Initiative Hamburg“, 6.7.79). Der Prozeß gegen Geß wurde auf „Fis“ ge-legt, weil durch angeblich neuartige Methoden Untersuchungen angestellt werden, die die Echtheit der Original-tagebücher erneut analysieren sollen.



Das letzte Foto von Rudi A., den die Justiz für einen gefährlichen Serientäter hielt!



asien

„Die uns verlassen“

Vietnams Regierung zur Flüchtlingsfrage

In einer langen und allezeitigen Erklärung (die von der Londoner Botschaft Vietnams verbreitet wird) nimmt die Regierung in Hanoi zum Hintergrund und den aktuellen Problemen des Flüchtlingsdramas in Südostasien Stellung (die Erklärung ist datiert vom 18. Juli 1979).

Wir veröffentlichen diesen Text hier auszugsweise, um einmal (im Zusammenhang) die vietnamesische Position überhaupt bekannt und damit diskutierbar zu machen. Zum anderen geht es uns darum, denjenigen mit weiteren Argumenten „kontra“ zu geben, die mit bodenloser Leichtfertigkeit über ihnen bekannte historische Fakten hinwegbuchen und sich bereitwillig in die seit Monaten laufende antivietnamesische Kampagne haben einspannen lassen (siehe hierzu z.B. auch den letzten SPIEGEL, vom 24.9.79, wo Leute wie Rudi Dutchke mit hanebüchenen Beschuldigungen Vietnams zitiert werden, Dutchke beschuldigt Vietnam der „Zerstörung aller sozialistischen Ansätze“ und behauptet gar, dort würden die Menschenrechte „verletzt von A bis Z“).

Die uns verlassen (Das Problem der Vietnam-Flüchtlinge)

„Tausende von Menschen verlassen Vietnam und versuchen sich irgendwo anders niederzulassen. Wer sind sie?

Warum gehen sie?

Wie ist das Problem zu lösen?

Es ist klar, daß ein Problem dieser Art mit seinen menschlichen und politischen Implikationen nicht durch den simplen Weg von humanitären Gründen, verbunden mit politischen Slogans über Menschenrechte gelöst werden kann. Es kann nur verstanden werden im Zusammenhang der gegenwärtigen Lage Vietnams – daß sich vielfache Probleme eines jahrzehntelangen Krieges ... gegenübersteht.

1. Der historische Kontext

Wie sah Vietnam nach dem historischen Datum des 30. April 1975, als Saigon und das ganze Südvietnam vollständig befreit wurden, aus ...?

Nach diesen Jahren des Krieges war das Land ein riesiges Opfer von Ruin und Not. Wir wollen einige Tatsachen nennen, die zwar allgemein bekannt sind – von einigen aber aus der Geschichte gestrichen werden sollen.

Vierzehn Millionen Tonnen Bomben und Granaten fielen auf das Land – 22mal die Zahl der in Korea Land – 22mal die Zahl der in Korea eingesetzten Tonnage, Napalm und Phosphor nicht mitgezählt. Ungefähr 25 Millionen Bombenkrater; in einigen Regionen blieb nicht ein einziges Dach stehen ... Hier ist ein Beispiel, in der Provinz Hôa Bính wurden 2,5 Millionen Kokospalmen durch Entlaubungsmittel, Bomben und Granaten vernichtet, am Befreiungstag gab es in der ganzen Provinz nur noch eine halbe Million Palmen ...

Addiert man die Regionen des von Bomben ... zerstörten kultivierten Landes, so kommt die Zahl von 10 Millionen Hektar zusammen. 5 Millionen Hektar Wald wurden in Mitleidenschaft gezogen. Millionen Hektar durch Entlaubungsmittel vegetationsloses Land wurde von den tropischen Regen weggeschwemmt und ging teilweise für immer verloren. Ungefähr eine Million Büffel und Kühe wurden getötet ... Alleine im Süden wurden 9000 von insgesamt 15 000 Dörfern zerstört oder vernichtet ...

Alle industriellen Einrichtungen im Norden, alle Bahn- und Straßenbrücken wurden mehrfach bombardiert ... 68 von 70 Staatsfarmen wurden zerstört, ebenso wie 3000 Schulen und Hochschulen, 350 Krankenhäuser.

Materieller Schaden ist nicht der einzige Kriegsschaden. Wesentlich ernster sind die menschlichen Verluste und die sozialen und moralischen Hinterlassenschaften.

Am Tag der Befreiung wurden Hunderttausende von Gefängnisinsassen und verkrüppelten Menschen befreit. Alleine in Südvietnam zählten die Kriegsinvaliden 300.000. Die Zahl der Zivilopfer für die Zeit von 1965 bis 1973 ... wird auf 1,5 Millionen geschätzt. Wiederum nur für den Süden. Der Krieg hinterließ eine Million Witwen, 800.000 Waisen und Kinder die von ihren amerikanischen, koreanischen und philippinischen Soldatenvätern verlassen wurden. (...)

Ständige Bombardements von Dörfern ... trieben 10 Millionen Men-

schen der Landbevölkerung von ihren Dörfern und Feldern. (...)

Was geschah mit diesen vertriebenen Menschen, die sich über Nacht in den Städten gestrandet sahen – wo es keinerlei Industrie gab, die sie aufnehmen konnte? (...)

Über diesen Weg wurden 1 200.000 Männer in die Armee und Polizei gepresst, kommandiert von 50.000 gut trainierten, indoktrinierten Offizieren ... Addiert man die Zahl der zivilen Angestellten, politischen Agenten und Führer der verschiedenen antikommunistischen Parteien und Organisationen kommt eine Zahl von zuletzt 1,5 Millionen Menschen zusammen, die von den Gehältern des amerikanischen Budgets lebten.

(... es folgen weitere Angaben über den aufgeblähten Dienstleistungssektor, Red.)

Man wird verstehen, wieso es in Südvietnam am Tag der Befreiung – mehr als drei Millionen Arbeitslose

- mehrere Hunderttausend Prostituierte und Drogenabhängige
- zig Tausend Handlanger und andere Kriminelle
- eine Million tuberkulosekrankte Menschen
- mehrere Hunderttausend in irgend einer Weise geschädigte Menschen

- vier Millionen Analphabeten gab (...)

Allgemeine Linie wurde definiert (als Sofortaufgaben nach der Befreiung, Red.)

- Schnelle Wiedervereinigung, Wahl einer Nationalversammlung und Regierung für das ganze Land.
- Wiederherstellung der sozialökonomischen Strukturen im Süden
- Umfangreiche wirtschaftliche und soziale Maßnahmen, um den Millionen Arbeitslosen Arbeit zu geben, zur Rehabilitation von Tausenden Prostituierten, Drogenabhängigen ... um erträgliches Leben und Ausbildung für fast 1 Million Waisen zu sichern, schnellstens ein Gesundheitssystem zu entwickeln, das den Anforderungen der ... Schäden gewachsen ist, Beseitigung des Analphabetentums im Süden und Entwicklung eines Schulsystems im ganzen Land. (...)

Wir wollen hinzufügen, daß die Zerstörungen der Kriegszeit nicht die einzigen Hindernisse in der Entwicklung Vietnams sind. Seit 1975 haben zwei weitere Faktoren zur Verschärfung der Situation beigetragen

Naturkatastrophen

Peking aggressive Politik

1977 schädigte eine große Dürre das ganze Land mehrere Monate und führte zu einem Defizit von mehr als einer Million Tonnen Reis. 1978 trafen außergewöhnlich starke Fluten und Taifune Gebiete mit einer Bevölkerung von 6 Millionen, 3 Millionen Tonnen Reis wurden vernichtet (Es folgen Angaben über die Auswirkungen des aggressiven chinesischen Kurses, Red.)

Wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten sind nicht die einzigen Hindernisse. Ein wesentliches Problem war das der Sicherheit, mit anderen Worten das der Konterrevolution und des Bürgerkrieges ... Nach der Befreiung wurden ... 1,2 Millionen Soldaten



Schon vergessen? US-Soldaten mit Gewehren gegen das vietnamesische Volk.

und Polizisten zusammen mit mehr als 50 000 Armee-Offizieren und ebensoviel politischen Agenten zu rückgezogen ... In Südvietnam gab es „Feudalisten“, die beispielsweise Gruppen organisierten, die bis jetzt nur wenig in die nationale Gemeinschaft integriert sind (es folgt eine Aufzählung verschiedener militanter Gruppen und Sekten, Red.) Washington hatte nicht vor, den Verlust Saigons als definitiv anzusehen ... Das revolutionäre Vietnam wäre angeht der enormen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten nicht in der Lage, einer zweifachen Offensive – innere Subversion kombiniert mit äußerer Aggression – standzuhalten (gemeint ist hier der Versuch innere Widerstandsgruppen aufzubauen und die von China ausgeübten Aggressionen, Red.). Was mußte unter diesen Bedingungen mit den 1,5 Millionen Soldaten, Polizisten und Zivilangestellten des alten Regimes geschehen? (Es folgt eine Darstellung der bekanntermaßen sehr nachsichtigen und humanen Politik gegenüber diesen Kräften, Red.)

Man muß bedenken, daß ein solches Unternehmen (Rehabilitation/Umziehung, Red.) umfangreich ist und Zeit braucht, daß Fehler gemacht werden ... Man stelle sich ein europäisches Land vor (Belgien oder Frankreich), das für zwanzig Jahre von Hitler besetzt ist, der Hunderttausende von Mitgliedern der SS hinterlassen wurde. Das Problem war wesentlich umfangreicher, denn Hitler wurde niedergeschlagen und war nicht länger in der Lage, das unterirdische Netzwerk zu unterhalten während die amerikanischen Dienste ohne weiteres finanzielle und politische Unterstützung für ihre Agenten gehen können.

Wird es heute immer noch ungefähr 20 000 solcher Menschen gibt, die konterrevolutionäre Vorhaben haben ... ist eine Situation, gegen die

die revolutionäre Verwaltung nichts tun kann.

Bei drei Gelegenheiten, 1954, 1975 und 1978/79 haben imperialistische und reaktionäre Kräfte schwierige Umstände benutzt, um einen Exodus von Flüchtlingen zu provozieren. Die Ziele sind immer geblieben: Soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu schüren, Vietnam von innen aufzuweichen und so Bedingungen für eine erneute militärische Aggression zu schaffen. Aggression und Bedrohung durch Aggression sind Faktoren, die Menschen zur Flucht treiben. Gegenwärtig hat die chinesische Aggression im Februar ... dann die Drohung Tang Hsiao Ping, Vietnam „eine neue Lektion zu erteilen“ und chinesische Truppenkonzentrationen entlang der chinesisch-vietnamesischen Grenze die Hoa in einen neuen Exodus getrieben.

Wirtschaftliche, politische und soziale Schwierigkeiten: Für diejenigen, die nicht vom Willen des Wiederaufbaus des zerstörten Landes inspiriert sind, ist der einzige Ausweg wegzugehen und irgendwo ein angenehmeres Leben zu finden.

2. Die uns verlassen

(... es folgt eine Darstellung des Flüchtlingsstroms von 1954, Red.)

Der schnelle Zusammenbruch des Hôu-Regimes und der überragende Sieg der revolutionären Kräfte ließ den amerikanischen Diensten wenig Zeit. Ungefähr 150.000 Menschen wurden halberdoppler in den letzten Wochen per Schiff oder Flugzeug mitgenommen. Unter diesen ersten Flüchtlingen waren

viele Generale und andere Armeeoffiziere

die wesentlichen Mitglieder der früheren proamerikanischen Regierungen, gefolgt von Partei-funktionären ... sowie viele Händler und Industrielle

- das Personal der amerikanischen Dienste

- Menschen, die eigentlich keinen Grund zur Flucht hatten, aber aufgrund der üblen Gerichte des amerikanischen Psychokrieges in Panik waren

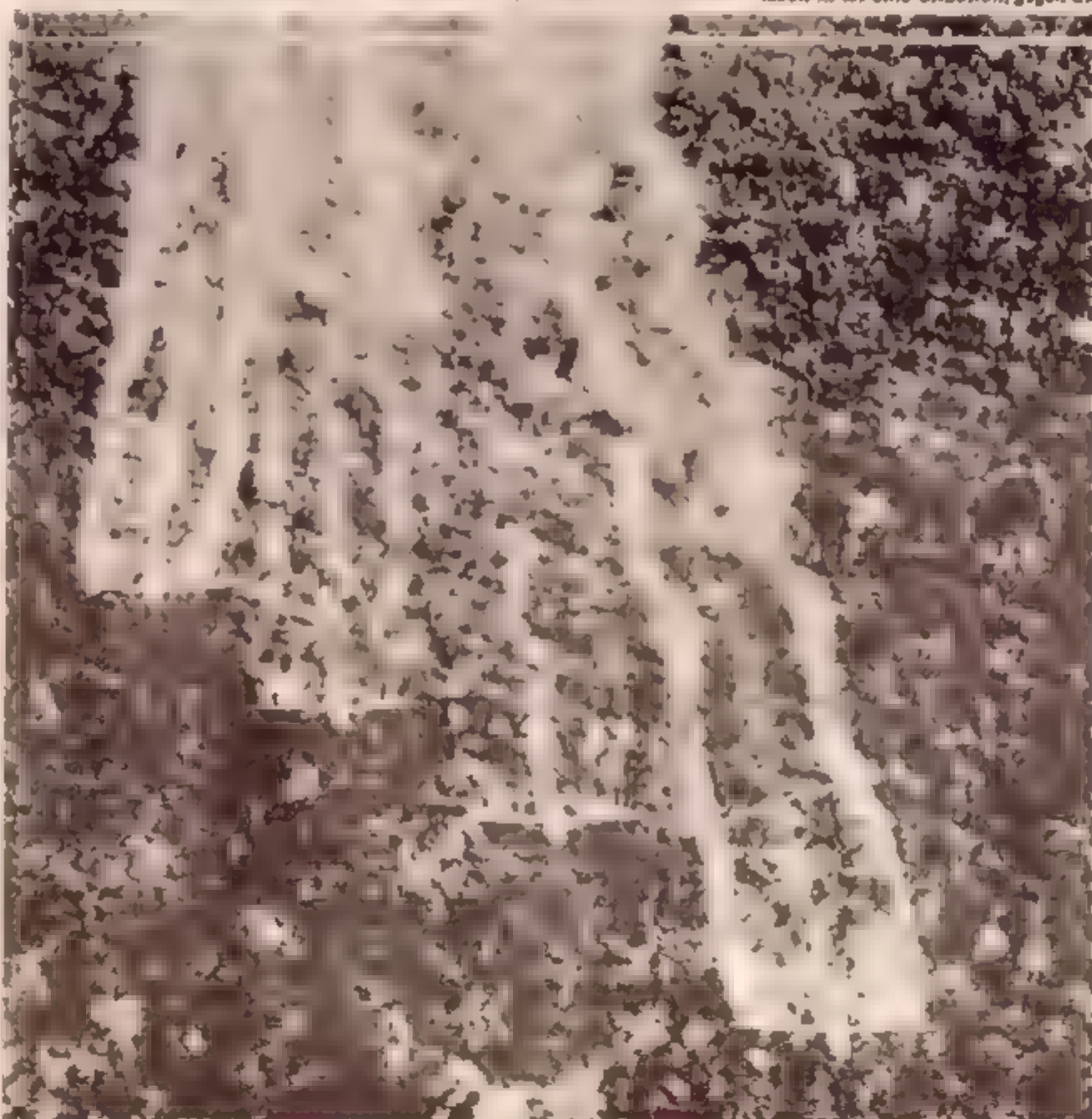
(...)

Diejenigen, die Geld hatten (Gold und ausländische Währung) konnten sich in den USA oder Frankreich niederlassen und Geschäfte eröffnen. Techniker wurden von den Verwaltungen privater Firmen rekrutiert, die anderen mußten sehr hart arbeiten oder von Sozialhilfe leben. In den USA beispielsweise wurden diese Emigranten von der örtlichen Bevölkerung nicht willkommen geheißen ... Von 1975 bis 1978 gab es eine regelmäßige Fluchtbewegung in begrenzter Zahl, sowohl legal wie illegal. Diese Flüchtlinge brachten keine ernsten Probleme, weder für Vietnam noch für die Nachbarländer. 1978 kam ein neues Element hinzu, daß ein Problem von ungehörter Schwere mit sich zog – die Hoa, (...)

Die amerikanische Intervention, begleitet von einem riesigen Dollarfluß brachte eine Periode der Prosperität für die Hoa-Bourgeoisie. Sie hielt praktisch das Monopol – zu etwa 80% – des gesamten wichtigen Handels, der Industrie und des Bankwesens in Süd Vietnam ... Das militaristische und bürokratische Regime in Saigon war eng mit der Hoa-Bourgeoisie verbunden.

Die Befreiung ... setzt die Lebensbedingungen für die Hoa-Geschäftsleute vollständig herab. Keine US-Dollars mehr, keine US-Waren und kein Außenhandel mehr. Einige flohen sofort, andere blieben in Cho Lon, wo die große Warenlager, Devisen, Gold ... besaßen. (...)

Diese Situation konnte nicht von Dauer sein. Staatsbanken und Volkskooperativen wurden schrittweise organisiert ... Im März 1978 mußten die großen Handelsfirmen, im Besitz von Vietnamesen oder Hoa, schließen ... Die Läger wurden vom Staat verwaltet ... Es muß benannt



US-Flugzeuge versprühen Chemikalien über vietnamesischen Wäldern und Feldern. Noch heute sind Millionen Hektar verseucht!

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 37

werden, daß diese Maßnahmen sowohl vietnamesische wie Hoa-Händler betraf – dennoch reklamierte Peking dies als diskriminierenden Schritt gegen die Chinesen. Wie merkwürdig zu sehen, daß eine Regierung, die sich selbst sozialistisch nennt, gegen die Unterdrückung der Handelskapitalismus protestiert (es folgen Ausführungen über die Propagandakampagne Chinas, mit der die Hous zur Flucht aufgefordert wurden, Red.). Als sie (die Hous, Red.) an der Grenze ankamen, Hessen die chinesischen Behörden sie nicht ins Land ... 1978 verließen ca. 160.000 Hous Vietnam unter den o.g. Bedingungen, die meisten in den Grenzprovinzen.

3. Politische und humanitäre Probleme

In der Fluchtbewegung aus Vietnam kann zwischen zwei wesentlichen Gruppen unterschieden werden: denjenigen, die aus wirtschaftlichen Gründen gehen und den Hous, deren Ausreise auf viel komplexeren Faktoren basiert. Die Ausreisen werfen zwei Arten von Problemen auf:

- Das politische Problem: wer ist verantwortlich für diese menschliche Tragödie?
- Das humanitäre Problem: Wie können die Leiden der Menschen gelindert werden, die ein Land verlassen, in dem sie für viele Jahre gelebt haben?

Man muß kein Professor oder erfahrener Politiker sein, um zu sehen, daß die Verschlimmerung der Lebensbedingungen der Menschen in Süd-Vietnam von der revolutionären Verwaltung nicht gewollt wird. Die Vietnamesen sind nicht die einzigen Menschen in der Welt, die an die Verantwortung derjenigen erinnern, die ihre Truppen nach Vietnam sandten – die Washingtoner Führer – die gerade heute um Investitionen über Vietnam streifen. Wenn die amerikanische Regierung und ihre Alliierten den Wiederaufbau Vietnams unterstützen hätten,

hätte dies sicherlich zahlreiche Vietnamesen von der Notwendigkeit einer Flucht abgebracht. Am 1. Februar 1973 ... machte der damalige Präsident der USA, Richard Nixon die folgende Nachricht an Premierminister Pham Van Dong:

(...) 1. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wird den Nachkriegs-Wiederaufbau in Nord-Vietnam ohne jede politische Bedingung unterstützen

2. Vorläufige Untersuchungen der Vereinigten Staaten haben ergeben, daß die voraussetzlichen Programme der US-Unterstützung des Nachkriegs-Wiederaufbaus in den Bereich von 3,5 Milliarden Dollar fallen werden

(...) In den letzten 6 Jahren, bis heute, hat Washington nicht einen einzigen Dollar für das Land freigegeben, das amerikanische Waffen schrecklich verwüstet haben.

(...) Die Verantwortlichkeit für die Flüchtlinge darf nicht, wie heute, auf die Länder Südostasiens fallen, sondern auf die USA an erster Stelle!

Was die Hous angeht, wer hat sie in die gegenwärtige tragische Lage gebracht? (...) Es geht ausschließlich auf die subversiven Aktivitäten des chinesischen Netzes und ihrer Kriegspolitik zurück, daß sich die Hous in der gegenwärtigen Lage befinden. (...)

Die beiden Hauptverantwortlichen, die USA und China haben sich geweigert, ihrer politischen moralischen Verpflichtung nachzukommen, die erheblichen Lasten infolge der Flüchtlinge seien auf die ASEAN-Staaten – (es folgen Ausführungen zur Propagandawelle der westlichen Staaten gegen Vietnam anhand des Flüchtlingsproblems, Red.)

All dies „Hollabaloo“ sollte keinen gutwilligen Menschen vergessen lassen, daß es ein humanitäres Problem gibt, ein tragisches in verschiedener Hinsicht – das gelöst werden, wofür schnelle und angemessene Lösungen gefunden werden müssen ...

- die große Mehrheit der Flüchtlinge hat Vietnam aus wirtschaft-

lichen Gründen verlassen ... Unter ihnen sind nicht nur große Händler und reiche Unternehmer, sondern auch Angestellte, Tauschhändler, deren Tätigkeit überflüssig wurde ... - einige sind ehemalige Kriminelle und jetzt Mitglieder konterrevolutionärer Netze ...

- Im Falle der Intellektuellen gibt es verschiedene Faktoren ... Alle mußten einen ernsthaften Rückgang in ihrem Lebensstandard hinnehmen ... (...)

Welcher Schicht die Flüchtlinge auch angehören und welche Gründe sie auch immer zur Flucht veranlaßt haben, die vietnamesische Regierung und die anderen betroffenen Länder müssen zusammen mit der internationalen Gemeinschaft ihre Aktivitäten koordinieren, um die Probleme zu lösen (es folgen Angaben über die Ausreisemöglichkeiten aus Vietnam, vereinbart mit der UNO, Red.).

Die Regierungen der reichen Länder, besonders die USA müssen den Ländern Südostasiens, auf denen die Lasten der Flüchtlinge liegen, Unterstützung geben. Bis heute haben die Regierungen einiger der reichsten Staaten nur die Techniker und Intellektuellen aus den Flüchtlingen herausgepickt ...

Wir rufen ernsthaft alle gutwilligen Menschen auf:

- Helfen den Emigranten aktiv, ordentliche Lebensbedingungen in den Aufnahmelandern zu erreichen!
- Fordern, daß die USA und die chinesische Regierung ihre Pflicht gegenüber diesen Menschen wahrnehmen, die die Kriegspolitik entworfen und in einen Exodus getrieben hat!
- Seid wachsam gegenüber der politischen Ausnutzung des Problems mit dem Ziel der Kriegsvorbereitung!

Für seinen Teil ist Vietnam bereit, mit allen internationalen Organisationen zur Lösung dieser Probleme in menschlichster Weise zusammenzuarbeiten ...

Hanoi, 18.7.1979



Drei Jahre Militärdiktatur in Thailand

Am 6. Oktober 1976 stürzte das thailändische Militär die gewählte bürgerliche Regierung und errichtete eine blutige Diktatur faschistischen Typs. Gleichzeitig spitzte diese erneute Errichtung des Faschismus in Thailand die gesellschaftlichen Kämpfe enorm zu, der bewaffnete Widerstand erreichte eine erhebliche Stärkung.

Nach nunmehr drei Jahren müssen wir feststellen, daß es der Junta gelungen ist, den Widerstand zurückzudrängen und eine internationale Isolierung zu verhindern. Entscheidend die Schritte zur Rehabilitierung der Junta in der jüngsten Zeit waren neben der ungeheuren, allseitigen amerikanischen Hilfe die offene Unterstützung durch die chinesischen Machthaber, aber auch die Umarmungspolitik der SU. Beides hat den Handlungsspielraum der thailändischen Faschisten erheblich vergrößert – es gibt heute in ganz Südostasien keinen Staat mehr, der ernsthaft Front gegen die Junta bezieht.

Die Stabilisierungspolitik der Junta

Die 1976 über einen blutigen Putsch an die Macht gelangte Junta war zusehends in der Lage, praktisch im Handstreich sämtliche demokratischen Rechte zu liquidieren, Kriegrecht usw. durchzusetzen. Sie war aber nicht in der Lage, die bestehende bürgerliche Opposition zu integrieren – bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Unterdrückung des erstarkenden militärischen Widerstandes. Ebenfalls gelang es ihr nicht, den scharfen Unterdrückungsmaßnahmen flankierende

Scheinschritte beizubehalten, um der wachsenden Opposition auch ideologisch entgegenzuwirken. Im ersten Jahr lief die innere Entwicklung in der Tat auf eine rasche Zuspitzung der Kämpfe hinaus. Hunderte von Oppositionellen gingen in den Untergrund, schlossen sich dem bewaffneten Widerstand an. Insgesamt gewann die Guerilla eine breite Sympathie und Unterstützung, konnte ihren Einfluß ausweiten, was noch nie innerhalb von Monaten weitete sich der bewaffnete Kampf von einigen wenigen Provinzen auf die Hälfte des Landes aus.

Im Oktober 1977 wurde die erste Junta von den Generälen selbst abgesetzt, eine neue Junta unter General Kriangkak wurde etabliert. Das Hauptziel der Kriangkak-Junta lag erklärtermaßen darin, die brutale Unterdrückung des revolutionären Widerstandes aufrechtzuerhalten bei gleichzeitiger Integration der bürgerlichen Opposition. Außenpolitisch war die Leitlinie, das militärische Roll Back in Südostasien durch Aufrüstung und „Friedens-Diplomatie“ voranzutreiben.

„Unter Ausschaltung des rigiden Theoretikers Thant (ehemaliger Junta-Chef, Red.) übernahm Kriangkak die höchste Verantwortung vor allem im Zeichen der Außenpolitik: statt offen gesuchter Konfrontation gegenüber China und den direkten kommunistischen Nachbarn in Indochina sollten ein begrenztes Reapprochement sowie eine allseitige ausgewogenere Außenpolitik ... Thailands Sicherheit und Stabilität relativ erhöht werden. Im Inneren wollte Kriangkak vor allem die unnütze Provokation der

Arbeitserschaft abbauen ...“ („NZZ“, 16.8.78). Die ganze neue Linie wurde geschickt verpackt und als „Politik der nationalen Ausöhnung“ („FAZ“, 8.6.79) propagiert.

Zu den einzelnen „Reform-Maßnahmen“

Zunehmend von Gewerkschaften 1978 wurde die Repression gegenüber den Gewerkschaften insofern gelockert, als die Organisation in te metrischen Gewerkschaften zugelassen wurde. Vorher generell verbotene gewerkschaftliche Zusammenkünfte wurden begrenzt erlaubt (genehmigungspflichtige Zusammenkünfte zu ausschließlich Fragen des konkreten Arbeitsalltags). Die erste zugelassene Gewerkschaft, „Labour Foundation“ konnte zahlreiche Fahrer der ehemaligen unabhängigen Gewerkschaften zu sich überziehen („Political Repression in Thailand“). Gleichzeitig wurde die Neugründung weiterer Gewerkschaften erlaubt – natürlich unter Einflußnahme des Regimes.

„Eine Entwicklung seit Oktober 1977 ist die Formierung verschiedener Gewerkschaftsverbände. Die Arbeiterunion von Thailand (LFT – 23 Verbände) mit dem Präsidenten Pawan Thawatchai, ehemaliger gemäßigter Präsident des verbotenen Gewerkschaftsverbandes; ... der Gewerkschaftsverband von Thailand (nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen verbotenen Gewerkschaft, Red.) – CIUT mit 25 Verbänden und der Nationale Rat der thailändischen Arbeiter (NCTI 16 Verbände). Zusätzlich gibt es ungefähr 50 unabhängige Gewerkschaft-

Thailands Kriegsvorbereitungen gegen Kambodscha und Vietnam

Einhergehend mit der inneren Stabilisierung geht die massive Vorbereitung Thailands auf einen militärischen Angriff gegen Indochina, nämlich gegen Kambodscha. Seit Frühjahr dieses Jahres haben die thailändischen Generäle mehrmals eine Invasion gegen Kambodscha geplant – im Frühjahr dieses Jahres wurde offen erwogen, ob ein militärischer Schlag Thailands in Kambodscha eine grundsätzliche Wende herbeiführen kann. Wir haben seinerzeit nachgewiesen, daß die thailändische Armee an den „Abwehrkämpfen“ der Pol Pot-Truppen direkt beteiligt war, daß thailändische Militär bereits auf kambodschanischen Boden stand. Zur Zeit der chinesischen Invasion gegen Vietnam wurde die These der Bedrohung Thailands durch Vietnam massiv propagiert. Vor allem die USA leisteten Thailand daraufhin noch größere militärische Unterstützung.

Kurze Zeit nach der Invasion steht Thailand erneut mit einem Fuß in Kambodscha. Thailand verstärkt seine Grenztruppen („SZ“, 8.5.), verfügt die Mobilisierung („SZ“, 9.5.) und organisiert eine Seeblockade gegen Kambodscha („SZ“, 9.5.).

Ein wesentlicher Grund für das bisher nicht erfolgte Eingreifen dürfte in noch nicht abgeschlossenen Vorbereitungen liegen. Zudem wurde Vietnam's Armee nicht im erwarteten Maße von den chinesischen Truppen getroffen, und in Kambodscha selbst (bzw. im Ausland) besteht noch keine bürgerliche Alternative zum Pol Pot-Regime („Exaktere“ unter Sihanouk o.ä.). Nach der letzten Drohung Kambodschas und der Mobilisierung wird jetzt die Mobilisierung von den USA noch einmal ins gigantische gesteigert. Nachdem Thailand zu Jahresbeginn und zur Jahresmitte große Mengen Kampfflugzeuge und andere Waffen von den USA erhielt, haben diese jetzt „ein beschleunigtes Militärhilfeprogramm begonnen, daß in den nächsten Monaten durchgeführt werden soll“ („Business Times“, 17.5.79). Konkret erhält Thailand Nachschubmaterial („Nachrichten- und Transportausrüstung“) sowie moderne Invasionswaffen („Artillerie, Flugzeuge und – wahrscheinlich am wichtigsten – moderne Panzer“ („Business Times“, 17.8.). Thailand soll über diesen Waffenschub mit der vietnamesischen Ausrüstung „gleichziehen“ („Guardian“, 2.2.79).

Die Lieferungen hat nach Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur

von den USA erhielt, haben diese jetzt „ein beschleunigtes Militärhilfeprogramm begonnen, daß in den nächsten Monaten durchgeführt werden soll“ („Business Times“, 17.5.79). Konkret erhält Thailand Nachschubmaterial („Nachrichten- und Transportausrüstung“) sowie moderne Invasionswaffen („Artillerie, Flugzeuge und – wahrscheinlich am wichtigsten – moderne Panzer“ („Business Times“, 17.8.). Thailand soll über diesen Waffenschub mit der vietnamesischen Ausrüstung „gleichziehen“ („Guardian“, 2.2.79).

Die Lieferungen hat nach Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur

ren“ („Political Repression ...“)

Mittlerweile scheint die paramilitärische Organisation CIUT das Rennen als hauptsächlich (offiziell) anerkannte Gewerkschaft gemacht zu haben („New Nation“, 22.8.79). Dieser neu entstandenen Id-Regel regimetreuen Formierung wurde das „Recht“ zugestanden, Forderungen zu erheben. Angesichts der gigantischen Inflation wurde vor allem die Anhebung der Mindestlöhne gefordert. Im März 1978 forderte die IFT die Anhebung des Mindest-Tageslohnes von 28 auf 45 baht (ca. DM 3 pro Tag). 1979 gestand die Junta eine Erhöhung auf 35 baht pro Tag zu („Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandel“, Mai 1979). Reale Verbesserungen bringt diese Erhöhung nicht, da die Inflation nach offiziellen Angaben mindestens 60-70% beträgt („Mitteilungen ...“ September 77 und Mai 79). „Malaysia Business Times“ (28.8.79). Zudem werden die Mindestlöhne nur in den Groß- und Staatsbetrieben gezahlt, allgemein liegt das Lohnniveau darum ...

Hintergrund dieses Zugeständnisses im Sinne des Abbaus der „un nützen Provokation der Arbeiter-schaft“ („NZZ“, 16.8.78) ist mit Sicherheit auch die hohe Bereitschaft der Arbeiterschaft gewesen, ihre Forderungen mit illegalen Streiks durchzusetzen. 1978 hatte es eine regelrechte Streikwelle gegeben („Political Repression ...“). Gleichzeitig hat die Junta keinen Zweifel daran gelassen, daß sie mehr als Forderungen erheben nicht gestillt. Sämtliche Streiks sind brutal niedergeschlagen worden, die Streikführer wurden inhaftiert, z.T. ermordet („Political Repression ...“).

– Arbeitsbeschaffungsprogramm Groß angekündigt wurde von der Junta die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Offiziell gibt es 1,2 Millionen Arbeitslose, allerdings liegt die tatsächliche Zahl weit darüber – vor allem in Bezug auf die ländlichen Gebiete. Es geht auch weniger um die Beseitigung der

„NCNA“ am 22. September begonnen („SWB“, 18.9.). Verbunden mit der gigantischen Aufrüstung wird von der thailändischen Junta offen gedroht „Thailand (werde) zurückzuschlagen“, wenn „thailändisches Grenzgebiet in ihre (Kambodscha/Vietnam) Strategie“ miteinbezogen wird („FAZ“, 9.5.). Gleichzeitig gewährt Thailand die Grenzregionen jedoch den Pol Pot-Banden als Rückzugsgebiete („SZ“, 8.5.) – so daß diese Gebiete automatisch (und infolge der thailändischen Politik) im Bereich der Auseinandersetzungen liegen. Es kommt sicherlich nicht von ungefähr, wenn Junta-Chef Kriangkak distere Zukunftsaussichten zeichnet „Ich befürchte, es wird Versuche geben, einige dieser Probleme (Flüchtlinge, Kambodscha, Red.) durch eine groß angelegte militärische Aktion lösen zu wollen“ („FAZ“, 9.9.).

Thailand erhält für seine Kriegsvorbereitungen volle Rückendeckung seitens der chinesischen Machthaber. Ausdrücklich sagte China eventuellen thailändischen Militärfaktionen „mit Sicherheit vollste Unterstützung zu“ („FAZ“, 2.4.). Die o.a. neue Waffenlieferung kommentierte NCNA mit folgenden Worten: „Im Zusammenhang mit der erwarteten vietnamesischen Offensive ... bedeutet die beschleunigte Lieferung von US-Militärmaterial einen wichtigen Faktor für die Befähigung der thailändischen Armee, allen Eventualitäten gegenüberzustehen“ („SWB“, 18.9.79, „NCNA“, 13.9.).

Diese „Eventualitäten“ können schon sehr bald Wirklichkeit werden. Kambodscha hatte vor kurzem Thailand vor einer Eskalation seiner Feindseligkeiten gewarnt. Thailand erwidert und unterstützt in den Kampf der Pol Pot-Banden gegen die kambodschanische Regierung von seinem Territorium aus. Setzt sich Kambodscha dagegen zur Wehr, verfolgt es gar die Pol Pot-Leute auch bis in ihre thailändischen Rückzugsgebiete hinein, wird das schon jetzt als „grenzüberschreitende militärische Aktion“ dargestellt, auf die Thailand „vorberichtet“ sei. Solche „Tatsachen“, die dann der Anlaß für einen (offiziell) auf Kambodscha an- und gegen die Feindseligkeit auch von Thailand selbst geschaffen werden. Besonders ernst muß erscheinen, daß in Thailand „bereits in den nächsten Tagen“ (!) mit „grenzüberschreitenden Aktionen“ gerechnet wird („FAZ“, 26.9.).

Asien-Australien Kommission

ascha dagegen zur Wehr, verfolgt es gar die Pol Pot-Leute auch bis in ihre thailändischen Rückzugsgebiete hinein, wird das schon jetzt als „grenzüberschreitende militärische Aktion“ dargestellt, auf die Thailand „vorberichtet“ sei. Solche „Tatsachen“, die dann der Anlaß für einen (offiziell) auf Kambodscha an- und gegen die Feindseligkeit auch von Thailand selbst geschaffen werden. Besonders ernst muß erscheinen, daß in Thailand „bereits in den nächsten Tagen“ (!) mit „grenzüberschreitenden Aktionen“ gerechnet wird („FAZ“, 26.9.).

Asien-Australien Kommission

Arbeitslosigkeit auf dem industriellen Sektor – hier sollen die Investitionen der Imperialisten Abhilfe schaffen. Es geht hauptsächlich um die Millionen Menschen, die ohne Unterkunft, Beschäftigung usw. dahingefahren und in keiner Statistik erfasst sind. Diese Menschen – hauptsächlich Opfer der katastrophalen Lebensbedingungen auf dem Lande haben keinerlei Möglichkeit, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen – sie stellen gleichzeitig für die Junta eine erhebliche Gefahr dar, da diese Menschen eine Lösung noch am ehesten im revolutionären Widerstand sehen.

Einerseits wird gegen sie der Knüttel der totalen Unterdrückung geschwungen. Verhaftungen sind nach Erlass 22 und 34 schon dann möglich, wenn Personen „vagabundieren, keinen festen Wohnsitz und kein legales Einkommen haben“. Gleichzeitig begann die Junta Ende 1978 mit einem gigantischen Mobilisierungsprogramm für paramilitärische Gruppen.

Wir berichteten bereits, daß es 1 Millionen Menschen in „Volksarmeen“ ähnlichen Gruppierungen gepreßt werden sollen. Wer in diese Gruppen eintritt erhält vielfach Unterkunft, Essen usw. Einmal ist dies der Versuch, die Arbeitslosigkeit kurzfristig durch Ausweitung des Kriegssappates zu lösen. Zum anderen führt der Aufbau solcher Gruppen natürlich zum Versuch der ideologischen Indoktrinierung von Tausenden mindestens aber zu ihrer vollständigen Kontrolle.

– Landreform In gewisser Weise ist die Lage der Bauern auch für Thailand der Dreh und Angelpunkt. „Die Hälfte der Bauern, so meint ein kürzlich veröffentlichter Weltbankbericht, lebt unterhalb der Armutlinie ... Sie sind diejenigen, an die im Dschungel (?) sitzenden Kommunisten ihre verheißungsvolle Propaganda ...“ („FAZ“, 26.2.). Um nun „die Herausforderung mit dem kommunist-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 38

mus zu bestehen" („FAZ", 26.2.), hat die Junta 1979 zum „Jahr der Bauern" erklärt. Umgerechnet 2 Milliarden DM sollen eingesetzt werden zum Bau von Bewässerungsanlagen, Straßen usw. Mit ziemlichem Getöse ließ gar König Bhumiphol Aduladon einige seiner gigantischen Ländereien an arme Bauern verteilen und versprach vom (internationalen) Fernsehen weitere Hilfe.

Geschohen ist allerdings nichts, selbst nach Aussage der bürgerlichen Presse nicht. So meint die „FAZ", daß „alle Aktionspläne über erste Anläufe nicht hinausgekommen" und („FAZ", 8.6.79). Im Gegenteil verschärft sich die Lage der Bauern durch Preissteigerungen, Zinserhöhungen usw., rapide. Bei den angekündigten 2 Milliarden-Investitionen handelt es sich z.T. dem hauptsächlich um den Bau von strategischen Straßen in die Guerillaflochburgen.

Das Gerade um die angeblich bereits angefangene Landreform ist offensichtlich nichts als Propagandamittel zur Beruhigung der bürgerlichen Opposition in Bangkok („Malaysia Business Times", 29.8.79).

Integration der bürgerlichen Opposition

Die o.a. „Reform"-Maßnahmen dienen wesentlich zur Integration und Neutralisierung der bürgerlichen Opposition, der rechten bürgerlichen Opposition muß dazu genügt werden. Die linke, demokratische Opposition hatte sich im Verlaufe 1977/78 weitgehend dem Widerstand angeschlossen und Ende 1978 eine Art nationaler Widerstandsfront gebildet.

Um zu verhindern, daß sich auch die rechte bis gemäßigte Opposition völlig von der Junta abwendet, wurden für 1979 allgemeine Wahlen angesetzt und eine begrenzte Wiederzusage von Parteien erlaubt. Am 22.4.79 wurde ein sogenanntes Parlament (Unterhaus) gewählt, bestehend aus 301 Volkvertretern. Dem Parlament zugeordnet ist ein Senat aus 225 Mitgliedern - allesamt von der Junta ernannt („FAZ", 19.4.). Rechts hat dieses Parlament nicht, sondern nur beratende Funktion („FAZ", 19.4.). Entsprechend niedrig war die Wahlbeteiligung - keine 30 % gingen zur Urne („Tagesspiegel", 26.8.).

Eine Regierung konnten die frischgebackenen Vertreter aus gar nicht wählen. Nachdem ein Krangkak als Chef bestätigt hatten, stellte die vor eine Regierung zusammen, ausschließlich aus „nichtgewählten Politikern und Militärs" („FAZ", 8.6.79).

Über dieses Parlament sowie die vorher benannten „Reformen" ist es der Junta innewerth gelungen, jeden

79).

Über dieses Parlament sowie die vorher benannten „Reformen" ist es der Junta innewerth gelungen, jeden

Ansatz einer ernsthaften Kritik außerhalb des Widerstandes zu ersticken - die bürgerlichen Oppositionspolitiker sind voll integriert „Kukrit Pramjai (von den Militärs 1976 gestürzter Ministerpräsident, heute „Oppositionsführer" im Bangkok „Parlament", Red.) macht keinen Hehl aus seiner Absicht, der Regierung die Schwäche ihrer parlamentarischen Basis vorzuführen. Kukrit will seine legitime Oppositionswolle nutzen, sich und seine Mannschaft als die bessere zu profilieren" („FAZ", 8.6.). In offensichtlich völliger Verkennung jeglicher Realität phantasierte er davon, daß er „bereit ist, die nächste Regierung zu bilden" („FAZ", 19.4.).

Repression gegen den Widerstand

Die oben beschriebenen Stabilitätsmaßnahmen haben ihre Ursache ohne Frage in der schnellen Zuspitzung des antifaschistischen Kampfes im den Jahren 77/78. Der Junta ist es gelungen, bestimmte Sektoren der Opposition aufzufangen, bzw. bestimmte Fronten durch Zugeständnisse zu glätten (Gewerkschaftsfrage). Natürlich kamen ihr die Rückwirkungen dieser Politik im Sinne der Carter'schen Menschenrechtspolitik auch außenpolitisch zugute.

Im Windschatten dieser Politik wird die gewaltige Repression gegen den militanten Widerstand weitergeführt. Ohne ein Wort des Protestes von seiten der parlamentarischen „Opposition" werden auch heute Bombenangriffe auf Guerilla-Gebiete geflogen, werden Felder mit Napalm belegt und Wälder entlaubt („Political Repression ..."). Die thailändischen Militärs berichten selbst ständig von ihrem Militäraufmarsch gegen den Widerstand. „Kämpfe finden täglich statt" („SWB", 2.9.). Der „alltägliche Faschismus" zeigt sich auch in der brutalen Unterdrückung der Arbeiter und Bauern. Alles, was sich außerhalb der von der Junta gesetzten Legalität bewegt, wird verfolgt.

KP Thailands

Burgfrieden mit dem Imperialismus

Der Widerstand hatte 1978 mit der Bildung des „Komitees zur Koordinierung Patriotischer und Demokratischer Kräfte" seine bisher größte Einheit und seinen bisher größten politischen Umfang erreicht. Zahlreiche politische Parteien, Organisationen und Personen hatten sich mit dem Ziel der Bildung einer nationalen Widerstandsfront einer Exklusivierung usw. zusammengeschlossen. Die führende Rolle hatte von Beginn an die kommunistische Partei Thailands. Der bewaffnete Kampf, der Aufbau von befreiten Gebieten u.ä. ist im Widerstand fest verankert.

Die KP Thailand hat jedoch nach der chinesischen Invasion in Vietnam von befreiten Gebieten u.ä. im Widerstand fest verankert.

Die KP Thailand hat jedoch nach der chinesischen Invasion in Vietnam

ihre außenpolitische und ideologische Anlehnung an die chinesischen Machthaber radikal auf die Innenpolitik im reaktionären Thailand übertragen. Am 17. Juni 1979 wurde der Radiosender des Widerstandes „Voice of the People of Thailand" eingestellt („SWB", und „New Asia News", Juli/August 79). Gleichzeitig wurde der thailändischen Faschisten-Junta ein genereller Burgfrieden angekündigt: „... wenn die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Thailands verletzt würde, würde die Volksbefreiungsarmee Thailands und alle Patrioten seine Seite gegen die Invasoren kämpfen" (z.B. nach „New Asia News", Juli/August 79).

Der Sprecher des „Komitees", Sri Inthapanth ging noch weiter, indem er meinte, „die Zeit wäre gekommen, wo alle Thais zusammenhalten müssen, um gegen die Feinde zu kämpfen, die in das Land eindringen wollen" („NAN" Juli/August 79. Hervorhebung w.u.n.d.) konkret „schlug er vor, daß das Bangkok-Regime die Unterdrückungskampagne gegen Patioten stoppt und die Hände reicht zum Kampf gegen die Kräfte der Invasoren" (-do-). In diesem Licht muß die Einstellung des wichtigsten Propagandamittels, des Radiosenders, gesehen werden. Der Vorschlag des Vorsitzenden des „Komitees" ist somit bereits Praxis von wesentlichen Teilen des Widerstandes. Nicht bekannt ist uns, wie weitgehend diese Kräfte ihren Widerstand aufgeben haben.

Unbekannt ist derzeit weiter, wie auch die einzelnen Sektoren des Widerstandes zu diesem Arrangement mit dem Faschismusverhalten.

Nach Angaben der „New Asia News" und des Bangkok-Geheimdienstes formiert sich die Opposition gegen diesen Kurs innerhalb der KP zu einer neuen Partei. „Die Erklärung kam zu einer Zeit, in der Berichte bekannt wurden über ... oppositionelle Fraktionen in der KPTh und dem KKPDK, die eine neue kommunistische Partei mit stärkerem Gewicht auf eine schnelle militärische Lösung des thailändischen Kampfes formieren wollen" („NAN" Juli/August 79).

In eine ähnliche Richtung deutet die Überraschung, daß erstmals seit Monaten ein indochinesischer Staat positiv Stellung nimmt zum Widerstandskampf in Thailand. Am 30.8. brachte Radio Vientiane/Laos eine kurze Meldung über die „Siege der thailändischen Volkskräfte" („SWB", ...).

Ein kleiner Hinausgeschmack, daß sich in Thailand eine neue Kraft formiert, die den Widerstand gegen das faschistische Regime fortführt und auch dessen aggressive Linie gegen Kambodscha und Vietnam vereiteln hilft.

Asien-Australien Kommission

ne gegen Kambodscha und Vietnam vereiteln hilft.

Asien-Australien Kommission



lateinamerika

Cubillo-Besuch in Westeuropa: Aufwertung des Pinochet-Regimes

Daß ein hochoffizieller Vertreter der Pinochet-Diktatur fast auf den Tag genau 6 Jahre nach dem blutigen Putsch vom September 1973 von Regierungsvertretern Frankreichs, Spaniens und der BRD empfangen wird, ist kein Zufall, sondern muß als erfolgreiche diplomatische Offensive der Junta gesehen werden. Während Pinochet in Santiago die Absicht äußerte, „in den neunziger Jahren (!) einer Regierung von Zivilisten Platz zu machen" („hZZ", 14.9.79), empfängt man den chilenischen Außenminister in Bonn zu einem „Arbeitsgespräch". Dieses Arbeitsgespräch sei allein auf chilenische Initiative zurückzuführen und habe nicht abgelehnt werden können, schließlich unterhalte man ja diplomatische Beziehungen zur Junta. Und außerdem ist natürlich von allen, die den chilenischen Gast empfangen haben, neben Genscher gleich auch Bundestagspräsident Stücklen und CDU-Chief Kohl, eindringlich auf die Menschenrechtsverletzungen hingewiesen worden. Eine Pressekonferenz, die Cubillo eigentlich in Bonn geben wollte, wurde kurzfristig abgeblasen wegen „dringlicher anderer Termine", die sich auf Natiboren als ein reichhaltiges Gespräch im Außenministerium herausstellten. Mit anderen Worten wurde der Vertreter der chilenischen Diktatur vor der Gegenüberstellung mit der westdeutschen Öffentlichkeit und möglichen kritischen Fragen bewahrt („SZ", 19.9.79).

Neben der „dringlichen Aprilen" zu Menschenrechtsfragen gab es dann auch dieses Handfestes zu besprechen. Die BRD ist nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner Chiles, das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern wurde 1978 um 47% gegenüber dem Vorjahr gesteigert. In Bezug auf das chilenische Kupfer ist die BRD der größte Abnehmer. Interessant auch, daß Chile in 6 Jahren Atomstrom aus einem eigenen 600-Megawatt Kernkraftwerk produzieren will. Sollte darüber nicht verhandelt worden sein?

In Frankreich erfüllte Cubillo ebenfalls eine recht erfolgreiche Mission, 16 Dörsenflieger vom Typ Mirage sollen an Chile verkauft werden, und die französischen Kapitalisten haben ihr Interesse an einem sibirischen Erzsteigen in den chilenischen Markt bekundet („NZZ", 18.9.79). Kaum Gegenstand der Verhandlungen dürften die zahlreichen chilenischen und internationalen Protestaktionen gewesen sein. Auf die Forderungen der Hungerstreikenden in Chile (Auslieferung der Leichen von Lonquén, Klärung der Schicksale der Verschwundenen) wurde nicht eingegangen. Außer den zahlreichen Hungerstreikern in der BRD (vgl. AK 162), wurde in Frankfurt von 9 Deutschen und Chilenen für 2 Stunden das Generalkonsulat besetzt („SZ", 14.9.79). Am 17. September richteten 1000 Menschen, unter ihnen Sozialchilenen in Bonn gegen den Besuch des Außenministers und verlangten Aufklärung über ca. 2000 verschwundene politische Gefangene in Chile. Diese Demonstration war eine gemeinsame Initiative der gesamten chilenischen Linken (LP und MIR) und wurde von den Janus, Judas, Falcken und amnesty unterstützt.

Lateinamerikakommission

Karaxu endlich mal

Karaxu endlich mal wieder in Hamburg

Dienstag, 16.10.79

Fast 100.000,-DM Spendenergebnis bei einer Chile-Veranstaltung mit der Musikgruppe Karaxu im Audi Max. Das war Chile-Solidarität vor ein paar Jahren.

Jetzt kommt Karaxu wieder. Dienstag, 16. Oktober (Audi Max oder Radbruch Haus).

Der gesamte Ertrag der Veranstaltung ist für den Rebeldes, die Zeitung des Widerstands MIR im Untergrund in Chile vorgesehen. Kommt alle!

(Gespürter Ort und Zeit siehe Plakate und Flugblätter)



Asien-Australien Kommission

„Mit dieser Erde als Waffe bis zum Ende kämpfen!"

Am 16.9.79 sammelten sich wieder über 10.000 Menschen in Sanrizuka, um gegen den Betrieb und Ausbau des Flughafens Narita zu protestieren. Es wurde damit erneut bewiesen, daß der 14-jährige Flughafenkampf noch nicht zu Ende ist, wie Regierung und Flughafengesellschaft es glauben machen wollen. Am nächsten Tag wurde in Tokio eine Solidaritätskundgebung mit den Angeklagten des Flughafenkampfes durchgeführt. Gleichzeitig mit den Forderungen nach Freilassung der Häftlinge, Straffreiheit und Zurücknahme der bereits gefällten Urteile wurde auch gegen die ständige Verschärfung des Gefangenensystems...

Im folgenden einige Auszüge aus den verschiedenen Redebeiträgen, die in Sanrizuka gehalten wurden, und die ein Bild über den gegenwärtigen Stand der Kämpfe wiedergeben (aus „Sekin Kakumei", Nr. 594).

Der stellvertretende Vorsitzende der Oppositionsliga, Ishibashi, sagte: „Mit seiner Amtübernahme erklärte der Transportminister, Morioka, nach vor Jahresende den Bau des 2. Abschnitts (zweite Landebahn, Anm. AK) - komme was wolle durchzusetzen. Jetzt angesichts der Neuwahlen zum Unterhaus spricht er vom Dialog mit den Bauern (!) oder vom Blutvergießen vermeiden. Die Regierung und Flughafengesellschaft die gegen die vereinten Kräfte der Oppositionsliga, Arbeiter und Bauern vor Jahresende nicht mehr ihr Vorhaben durchsetzen können, werden mit allen möglichen Tricks ankommen. Doch nach wie vor steht der Bau des 2. Abschnitts an erster Stelle des Jahresplans für den Flughafen, und die Regierung wird ihre Haltung zur gewalttätigen Durchsetzung nicht ändern. Der Oppositionsliga bleibt nichts anderes übrig, als in erster Linie im gewalttätigen Kampf um die Beseitigung des Flughafens zu kämpfen (!). Mit der Erklärung Morioka's hatte sich zwar eine gewisse Unsicherheit unter Euch allen breit gemacht, doch die Oppositionsliga sah sich da durch veranlaßt, sich noch fester zu zusammenschließen. Wir haben 14 Jahre lang unseren Kampfgeist aufrecht erhalten, und wir werden unverwundbar auf diesen Feldern unsere landwirtschaftliche Arbeit fortsetzen. Genossen und Genossinnen, wir sind entschlossen, mit dieser Erde als Waffe bis zum Ende zu kämpfen."

Der Vorsitzende der Chiba Eisenbahner Gewerkschaft, Sekikawa: „1.400 Mitglieder der Chiba Eisenbahner Gewerkschaft konnten heute nach Überwindung vieler Hemmnisse an dieser Versammlung teilnehmen. Wir sind entschlossen, die Rechtswirkung innerhalb der Sohyo-Arbeiterbewegung (größter Dachverband der Gewerkschaften in Japan, Anm. AK) zu bekämpfen. Wir kämpfen um den Dusenrebstofftransport zu verhindern und die Lagervermöge (des Flughafens, Anm. AK) auf Null zu senken. Wir wollen am 21.10. am internationalen Anti-Kriegstag zusammen mit Euch kämpfen. Vertrauen wir auf unsere gemeinsamen Kräfte."

Die Vertreterin der Gruppe der Familienangehörigen der Angeklagten Matsui: „... Der Schock und die Trauer über die Verhaftungen unserer Söhne, unserer Töchter und un-

serer Männer und das Mitgefühl als ihre Blutsverwandten hatten während des vergangenen Jahres uns über unsere Bindungen in Sanrizuka klar gemacht. Wir sind nunmehr fest davon überzeugt, daß das Aufgeben des waghalsigen 2. Abschnitts durch die Regierung, die Freilassung aller Angeklagten und die vollständige Beseitigung des Flughafens die einzige Lösung sind. Für die möglichst frühe Haftentlassung der Kontrollturm-Gruppe (Besatzter des Flughafens Kontrollturms im März 1978, Anm. AK), und für die Zurücknahme von Entlassungen von Arbeitern und Exmatrikulationen von Studenten werden wir als Gruppe der Familienangehörigen mit Euch kämpfen."

Die Vertreter der Jugendorganisation der Oppositionsliga: „... Bei der Verhinderung des 2. Abschnitts dürfen wir nicht warten bis der Gegner mit den Bauarbeitern beginnt. Es ist wichtig, schon bevor der Gegner in Aktion tritt zu kämpfen. 1. Für die Gebiete Iwayama und Aokura die vom Fluglärm am stärksten betroffen sind, müssen wir sofortige Lärmschutzmaßnahmen erkämpfen. 2. Die Weiterentwicklung der Windmühle von Kinone und eine kämpferische Landwirtschaft vorantreiben. 3. Der Kampf gegen den 1. Bauabschnitt gegen den betriebenden Flughafen fortführen. Es geht darum, daß der Gegner im 1. Bauabschnitt unter schwerstem Druck gesetzt wird. 4. Für eine Dauer von einem Jahr den kontinuierlichen Widerstand gegen die Regierung und das Transportministerium organisieren."

Peru: 120 Tage Lehrerstreik

Am Sonntag, dem 2. September, kamen im Morgengrauen fünf bewaffnete Geheimdienst-Agenten in die Schule von Comas. Sie nahmen den Lehrer Marcos Vicente sowie drei seiner Kollegen fest, die dort zusammen mit Eltern und Schülern die Schule besetzt hielten. Sie schleppten sie zum örtlichen Polizeikommissariat. Der anwesende Polizeioberst ließ seinem Haß gegen die kämpferischen Lehrer freien Lauf. Mit einem Schlüsselbund schlug er Marcos Vicente in die Augen und trat ihm in die Waden und in die Genathen. Vicente schwört in Gefahr zu erblinden. Dies ist ein ganz „normaler“ Fall täglichen Terrors der Militärs gegen den peruanischen Lehrersstreik, der seit nunmehr über 120 Tagen mit äußerster Ausdauer von den Lehrern der linken Gewerkschaft SUTEP durchgeführt wird (vergl. AK 160).

Insgesamt befinden sich seit Februar mehr als 400 Lehrer ohne legale Anklage in Haft, über 4.000 Lehrer wurden entlassen und hunderte von Wohnungen von Gewerkschaftsführern werden täglich unter dem Vorwand polizeilicher Suchmaßnahmen ohne rechtliche Grundlage durchsucht (aus einem Brief der SUTEP an den Papst, Marka, 23.8.79).

Von den 140.000 peruanischen Lehrern beteiligen sich in den Provinzen 70 bis 90 %, in Lima, dem Zentrum der Repression immer noch 60 % aktiv am Streik (nach Aussagen der SUTEP). Diese Streikbeteiligung ist umso eindrucksvoller, als die Militärs neben ihrer brutalen Repressionsstrategie die Lehrer buchstäblich aushungern wollen. Die Streiktagelöhne werden natürlich nicht bezahlt, so daß öffentliche Speisungen vor Schulen täglich von der großen Menge der Streiksypathisanten organisiert werden müssen.

Insgesamt hat der Lehrersstreik die Ausmaße einer Volksbewegung angenommen, die nicht nur für die Durchsetzung der Forderungen der Lehrerschaft, sondern sich mehr und mehr direkt gegen die Diktatur richtet. So Solidaritätserklärungen, Spendensammlungen, Unterstützung gegen die Repression werden von allen linken Organisationen und Gewerkschaften durchgeführt.

Die peruanische Linke, die sich seit längerem um größere Einheit bemüht, versucht derzeit, den Lehrersstreik gegen die Diktatur umzuwandeln. Versucht derzeit, den Lehrersstreik gemeinsam zu unterstützen. Verhandelt wird über einen zweitägigen Generalstreik, dem sich bisher noch die revisionistisch beherrschte Gewerkschaft zentrale CGTP entgegenstellt. Zu einer gemeinsamen Aktion der gesamten Linken (von der revisionistischen KP bis hin zu ML-Gruppen) kam es am 3. September. 32 Führer der Linksparteien traten in einem Hungerstreik und gaben während einer mehrstündigen Pressekonferenz eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Lehrer heraus (Marka, 6.9.79). Die Regierung, die bisher alle Gespräche über Streikforderungen abgelehnt hat, ließ sich angesichts der Ausweitung des Streiks auf Verhandlungen ein, demonstrierte aber durch die Verhaftung eines SUTEP-Funktionärs im Anschluß an die Unterredung, daß sie weiter den harten Kurs fahren will.

Spenden für die peruanischen Lehrer.

Kto. PSA Berlin-West, Elfriede Kohut
Kto.Nr. 380087-108 Kennwort Peru/
SUTEP

Freiheit für Fernandez Gasco!

Der bekannte Guerilla-Kämpfer, Leiter und Begründer des peruanischen MIR, Fernandez Gonzalo Gasco, ist erneut im Gefängnis, angeklagt wegen eines Anschlags auf die öffentliche Ruhe (Marka, 23.8.79). Fernandez Gasco, der bereits mehr als zehn Jahre in Kerkern der peruanischen Militärs zugebracht hat, ist diesmal wegen der Beteiligung an einer Solidaritätsaktion für den Lehrersstreik inhaftiert worden.

Gasco, der am 19. Mai dieses Jahres in Hamburg war, und mit dem wir ein längeres Gespräch führen konnten, ist führender Vertreter einer Organisation, die den Volkskrieg schwerpunktmäßig von den Basen der unterdrückten Landbevölkerung her entwickeln will.

Brasilien ist in Bewegung

Große Streiks und demokratische Opposition

Hunderttausende von streikenden Arbeitern setzen in den Industriezentren in teilweise militanten Kämpfen Teilerfolge durch, zahlreiche oppositionelle Politiker kehren nach oft jahrzehntelangen Exil nach Brasilien zurück. Linke und demokratische Kräfte beraten öffentlich über die Bildung einer linken Massenpartei.

Es scheint, als sei im lateinamerikanischen Lieblingsland des Imperialismus die Demokratie „ausgebrochen“.

Tatsächlich ist die Absicht der Regierung, diesen Eindruck zu erwecken. Vor rund 2 Jahren wurde vom ehemaligen Diktator Geisel die Politik der „demokratischen Öffnung“ oder der „relativen Demokratie“ eingeleitet. Ziel dieser Politik ist in völliger Übereinstimmung mit der augenblicklichen Konzeption des US-Imperialismus für Lateinamerika - die Mechanismen der autoritären, repressiven Herrschaft weniger sichtbar und damit weniger angreifbar zu machen. Es ist der Versuch, die durch die Putsche 1964 und 1968 geschaffenen Herrschaftsstrukturen langfristig abzusichern, nach dem das brasilianische Wirtschaftswunder zu Ende gegangen ist und die demokratische Oppositions- und Massenbewegung sich schnell entwickelt hat. In diesem Sinne hat der jetzige Präsident Figueiredo die Politik seines Vorgängers fortgesetzt: eine Reihe von Willkürgesetzen aufgehoben, aber zugleich ihre Inhalte in anderer Form - sei es in der Verfassung, sei es in einzelnen Verordnungen - festgeschrieben (vergl. dazu AK 143 „Demokratisierung und Opposition“). Das jüngste Beispiel dafür ist das neue Amnestiegesetz. Die Forderung der Oppositionspartei MDB nach einer Generalamnestie wurde abgelehnt. Alle Personen, die eine „terroristische Handlung“ begangen haben, sind nicht von der Amnestie betroffen. Trotzdem können damit rund 1.000 Häftlinge aus den Gefängnissen frei und ca. 2000 Exilierte können nach Brasilien zurückkehren (u.a. auch der alte Sekretär der revisionistischen und natürlich noch verbotenen KP Carlos Luis Prestes).

Solche Maßnahmen behindern aber z.B. nicht die Aktivitäten der Todeschwadronen auch 1978 als die Politik der „demokratischen Öffnung“ bereits eingeleitet war, wurden etwa 500 Menschen von Todeskommandos umgebracht.

Der alte Widerspruch für das Regime besteht darin, daß die „Reform“-maßnahmen, die zum Teil Reaktion auf die wachsende Massenbewegung sind, gleichzeitig die Kampfbedingungen für die Opposition verbessern. Deutlichstes Beispiel dafür sind die Wahlen vom letzten Jahr, die von der Regierung durch Wahlgesetze so abgesichert waren, daß in jedem Fall ein Sieg der Regierungspartei ARENA und des von Geisel bestimmten Präsidentschaftskandidaten Figueiredo garantiert war. Trotz der Behinderungen und Manipulationen gegen die Opposition wurde das Wahlergebnis aber zu einem Votum gegen die Diktatur, wobei vor allem der linke Flügel der Oppositionspartei MDB, die sogenannten „autênticos“ deutlich gestärkt wurde (80 Sitze gegenüber 30 im Jahre 1974).

Nicht nur im Rahmen des MDB der Opposition im Kongreß, sondern vor

allem auf Basisebene hat sich in den letzten 2 Jahren die oppositionelle Bewegung enorm vergrößert und gestärkt.

Neben der breiten Bewegung für demokratische Rechte wie die Bewegung für die Amnestie, das Komitee gegen die hohen Lebenshaltungskosten (das in wenigen Monaten 1978 über 130.000 Unterschriften sammelte), den Initiativen für Pressefreiheit für Verteidigerrechte usw., hat es vor allem in den Industriezentren mehrere große Streikbewegungen gegeben.



Brasilien: „Demokratische Öffnung“

Brasilien: „Demokratische Öffnung“

Nach den ersten großen Streiks seit 1964 insbesondere in der Automobilbranche im Frühjahr 1978 einer zweiten Streikwelle im Oktober/November 1978 kam es im Frühjahr 79 erneut zu massiven Streikämpfen, die sich bis heute hinziehen (150.000 Streikende im August, dies mal vor allem im Bausektor, TAZ 21.8.79). Es ging bei diesen Streiks nicht nur um die dringend notwendigen Lohnerhöhungen, vor allem angesprochenen Ausgleich für die enorme Inflation, sondern zugleich um das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation, Tarifhoheit und Beilegung der regierungstreuen Gewerkschaftsbürokratie.

Wenn z.B. - wie im Mai dieses Jahres - 170.000 Metalles (von insgesamt 200.000) im Industriegürtel von Sao Paulo ihren Streik trotz Illegalisierung durch die Regierung, trotz Absetzung der linken Gewerkschaftsführung und trotz militärischer Intervention (Besetzung der Gewerkschaftsbüros) weiterführen, wenn trotz der Drohung mit polizeilichem Eingreifen an den täglichen Streik

versammlungen (im Fußballstadion 30-80.000 Streikende teilnehmen) wenn „eigene“ Streik-Komitees gegen die gelbe Gewerkschaftsbürokratie um Polizeischutz ersuchen müssen (wie in Campinas Frühjahr 79), dann kann von einem sozial „befriedeten“ Brasilien nicht mehr die Rede sein. Derzeit geht es vor allem darum, diese wachsende Kampfkraft auch organisatorisch zu verankern, die zersplitterten Gewerkschaftsstrukturen wieder aufzubauen, die fortschrittliche Führung gegen die regierungstreue Mafia zu stärken und

Im groben lassen sich drei Strömungen unterscheiden:

1. Die bürgerlichen, eher konservativen Kräfte des MDB, die begonnen haben sich als Gruppe zu formieren und möglicherweise unter Einfluß von Teilen der Regierungspartei ARENA eine Art konservativer Partei der Mitte anzustreben scheinen.

2. Das „sozialdemokratische Projekt“ das aus den Reihen des MDB entwickelt worden soll. Willy Brandt und Mario Soares, die Experten für den Aufbau sozialdemokratischer

die linken Gewerkschaftsorganisationen zusammenzufassen. Ausdruck finden diese Bemühungen auf verschiedenen Gewerkschaftskongressen, wo die Opposition teilweise bereits geschlossen auftritt oder auch in Initiativen wie der ersten internationalen Begegnung der brasilianischen Gewerkschaftsopposition im April/Mai dieses Jahres in Brüssel (an der der DGB natürlich nicht offiziell teilnahm). Das politische Forum der Opposition - neben der Gewerkschaftsbewegung - war bislang der MDB, der ursprünglich als inhaltlich leere, rein formale Oppositionspartei gegründet worden war, sich aber im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr zum „Dachverband“ des demokratischen Protestes gegen die Diktatur entwickelt hat.

Die Radikalisierung und Zunahme der Massenbewegung einerseits und die demokratische Öffnung der Regierung andererseits, die notwendig eine Veränderung der Parteiengestaltung bewirkt, bewirken derzeit eine stärkere Differenzierung der Opposition im MDB.

Integrationsparteien, arbeiten daran seit es einem Jahr recht intensiv. Callionfigur ist Leonel Brizola, der vor kurzem aus dem Exil zurückkehren konnte, und mit massiver Unterstützung von der Sozialistischen Internationale (SI) versucht, die alte PTB (Brasilianische Arbeiterpartei des nationalen demokratischen Präsidenten Goulart, mit populistischem Charakter) wiederzubeleben. Willy Brandt meinte dazu schon auf dem SI-Kongreß in Vancouver, die Situation in Brasilien sei günstig, „die größte sozialdemokratische Partei Lateinamerikas sei hier im Entstehen“ (FR, 6.11.78). Dieser Optimismus scheint allerdings fragwürdig. Zwar mag es gelingen, mit dem Aufbau einer solchen sozialdemokratischen Partei (noch unter Ausnutzung des Kredits der alten PTB) die Opposition zu zersplittern und einen Teil der Arbeiterbewegung zu integrieren. Ganz aufgehen kann das Konzept aber nicht in einem Land, das - eben nicht vergleichbar mit Europa - viel schärfere Widersprüche viel größeres

Fortsetzung nächste Seite



Streikversammlung der Metalles im Fußballstadion von Sao Bernardo im März 79



Streikversammlung mit dem Gewerkschaftsführer Lula (Luis Inacio da Silva)

Das niederländische Brasilien-Komitee stellte uns das folgende Interview mit zwei Abgeordneten der (einzigen im Parlament zugelassenen) Oppositionspartei Movimento Democrático Brasileiro (Demokratische Bewegung Brasiliens — MDB) zum Abdruck im ARBEITERKAMPF zur Verfügung. Das Interview wurde beim „Kongress für Amnestie und demokratische Freiheiten in Brasilien“ (Rom, 28. - 30.6.) u.a. von Adolfo Calvano Sales geführt (A. mußte aus Brasilien nach Chile flüchten, er kam nach dem Sturz Allendes in die Niederlande).

Airton Soares ist 33 Jahre alt und kommt aus der Studentenbewegung, bis 1974 war er als Anwalt politischer Gefangener tätig. Er ist jetzt Vize-Frak-

tionsvorsitzender der MDB in der Câmara de Deputados (etwa gleich Bundestag). Er wurde zum zweiten Mal vom Distrikt São Paulo für die Deputiertenkammer gewählt.

Edson Khair ist 40 Jahre alt, war Anwalt für Arbeitsrechtssachen und Abgeordneter im Bundesstaatsparlament von Rio de Janeiro, jetzt ist er Mitglied der Câmara de Deputados. Airton und Edson gehören beide zu den „autênticos“ des MDB.

(Das Interview wurde im Absprache mit dem Brasilien-Komitee auf etwa zwei Drittel seines ursprünglichen Umfangs gekürzt. Einleitung und Übersetzung besorgte die Niederlande-Kommission).

„Alle Hilfe ist willkommen...“

— Interview mit zwei Abgeordneten der Demokratischen Bewegung Brasiliens —



Airton Soares (oben) und Edson Khair (unten) (Foto: Adolfo Calvano Sales)

Frage: Wie sehen Sie die Rolle des Parlaments und der parlamentarischen Opposition?

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.

Brasilien...

Brasilien...

(Fortsetzung von Seite 40)

Leben und erheblich geringere Möglichkeiten, die Arbeiterbewegung über den Weg finanzieller Beteiligung an der Arbeit zu beteiligen.

Die dritte Strömung haben die schon erwähnten „Autênticos“, die sich gegen eine solche sozialdemokratische Partei abgrenzen. Die „Autênticos“, radikaldemokratische und teilweise sozialistische Kräfte, streben einen konsequenten Kampf gegen die Diktatur, die Stärkung der Basisbewegung und die Bildung einer linken Massenpartei an.

In diesem Sinne arbeiten sie in der gewerkschaftlichen Bewegung, die auf einen Metallarbeiter-Kongress im Januar die Gründung einer neuen Arbeiterpartei ins Auge faßt. Eine Reihe von Widersprüchen und unterschiedlichen Konzeptionen ist dabei zu klären. Strittig scheint z.B. die Frage, wie weit eine solche fortschrittliche Massenpartei für oppositionelle Kräfte aus dem bürgerlichen Lager geöffnet werden soll. Die „Autênticos“ versuchen offensichtlich, eine Partei gründung noch hinauszuschieben und demokratische Kräfte aus dem MDB oder auch aus der von der katholischen Kirche beeinflussten Basisbewegung in die Initiative einzubeziehen, bevor der MDB — als Zusammenfassung der Opposition — sich auflöst. Es finden gemeinsame Diskussionen zu diesen Fragen statt, wie z.B. Treffen zwischen MDB-Abgeordneten, u.a. Airton Soares (verg. Interview in diesem AK) und dem inzwischen allgemein anerkannten Metallgewerkschaftsführer Lula (Luís Inácio da Silva). Es wurde eine „permanente gemischte Kommission“ zur Beratung dieser Fragen gegründet (Lateinamerikanische 72).

Diese Initiativen zielen sicher nicht auf die Gründung einer revolutionären, marxistischen Organisation, sie gehen aber trotzdem beträchtlich über den Rahmen hinaus, den das Regime mit seiner „relativen Demokratie“ abgesteckt hat.

Dies und die Stabilisierung der Massenbewegung bieten eine echte Chance, das reibungslose Funktionieren zu behindern, das der Imperialismus von seinem engsten Verbündeten in Lateinamerika erwartet. Das Interview mit den beiden Vertretern der „Autênticos“ des MDB deren Einschätzung wir sicher nicht in allen Punkten teilen, gibt einen Eindruck vom Diskussionsstand innerhalb der demokratischen Linken Brasiliens.

Lateinamerikakommission

der MDB, der parlamentarischen Opposition.

Obwohl manche anders darüber denken, kann die MDB niemals die Macht übernehmen. Dann wird es genau dasselbe wie jetzt im Bundesstaat Rio de Janeiro: Ein MDB-Gouverneur, der sich an die Spielregeln des Regimes hält und der faktisch noch schlimmer ist als die Gouverneure des Regimes, weil er noch mehr nach der Pfeife des Regimes tanzt und noch weniger Rückgrat hat.

Edson Khair: Wir als MDB-Politiker von der Gruppe der sog. „autênticos“, d.h. diejenigen, die am meisten mit dem Kampf des Volkes identifiziert werden, wir dürfen in keinem Fall etwas gegen die Initiative unternehmen, eine Arbeiterpartei zu gründen. Es ist unser größtes Ziel, die Arbeiterbewegung zu stärken und sie in der Lage zu setzen, die Arbeiterpartei zu gründen.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

len eine Art Volksabstimmung für oder gegen die Regierung sind. Deshalb will die Regierung diese Art Wahlen auch abschaffen und zu einer „Neuentteilung“ der Parteien kommen.

Frage: Es ist schon geraume Zeit die Rede von der Gründung einer sozialdemokratischen Partei in Brasilien, der PTB, unter Führung des Ex-Gouverneurs Leonel Brizola. Was halten Sie davon?

Airton Soares: Das Aufkommen einer sozialdemokratischen Partei in diesem Moment würde den Kampf schwächen, würde die Aufmerksamkeit vom Hauptziel ablenken und dazu führen, daß die Leute sich mit der Regierung versöhnen. Diese Partei behauptet, daß sie die Arbeiterbewegung stärken will, aber sie will nur die Arbeiterbewegung in die Hand der Regierung legen.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.

Sie wollen bereits aus ihrer Isolation, weg von ihrem Image als einer faschistischen, blutdürstigen, primitiven Diktatur. Das große Brasilien, die Weltmacht, muß einen Platz unter den Völkern bekommen. Damit führen sie genau die Politik der Trilateralen aus. Eine neue Form zu finden für das nebeneinander Fortbestehen von einerseits dem multinationalen Kapitalismus und andererseits den Ländern, die davon ausgebeutet werden. So um das Jahr 2000 werden die Völker der USA, Westdeutschlands, Japans usw. nicht mehr hinter ihren Regierungen stehen, wenn diese weiterhin faschistische, mörderische, folternde Diktaturen unterstützen.

Das wurde auch deutlich bei den letzten Wahlen in den USA, Jimmy Carter wedelte im Sinne der Pläne der Trilateralen mit der Fahne der Menschenrechte, um deutlich zu machen, daß er eine andere Haltung gegenüber dem Krieg in Vietnam usw. habe und gewann die Wahlen.

Es wird an einer Welt gearbeitet, wo es keine Diktaturen mehr geben wird. Wir müssen uns auf diese Welt einstellen. Wir müssen uns auf diese Welt einstellen.

Frage: Wie haben Sie die internationale Situation eingeschätzt?

Airton Soares: Sowohl in Europa wie in den USA haben wir von einigen Ländern Unterstützung bekommen.

Airton Soares: Sowohl in Europa wie in den USA haben wir von einigen Ländern Unterstützung bekommen.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.

gabe des technologischen Wissens gar nicht feststellt. Ob das etwas zu tun hat, ist unklar, ist vielleicht ein bekanntes. Wenn das der Fall ist, dann würde das ungünstig für die MDB sein. Denn in diesem Fall würde Brasilien mit seinen enormen Uranvorräten ein Großexporteur von angereichertem Uran werden und die Position der Amerikaner, Engländer, Franzosen und Westdeutschen in Gefahr bringen — und das wissen sie. Darum fürchte ich, daß mit der Übertragung des technologischen Wissens wenig laufen wird.

Bisher wurden 140.000 Tonnen Uran gefunden, die Gesamtmenge im brasilianischen Boden ist jedoch nicht zu schätzen. Aber Brasilien ist jetzt schon an sechster Stelle der Welt rangiert. Man kann sich vorstellen, was das bedeutet, wenn Brasilien auf den Markt kommt, die Energie das große Thema der Regierung ist.

Frage: Es scheint wenig Kontakt zwischen brasilianischen und europäischen Gewerkschaften zu bestehen. Wie ist das Ihrer Meinung nach in Zukunft zu sehen?

Airton Soares: Alle Hilfe ist willkommen. Wir haben die Gewerkschaften in der ABC-Wahl (der Industriellen Partei von São Paulo — Anm. BK), wo sie stark wurde und wird, für die Metallarbeiter vor allem von Betrieben von São Paulo — Anm. BK), wo sie stark wurde und wird, für die Metallarbeiter vor allem von Betrieben von São Paulo — Anm. BK).

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.

Edson Khair: Was die Arbeiterpartei angeht, muß man wohl ein paar Einschränkungen machen, denn es ist noch nicht klar, ob es sich lohnt, sich nicht auf den Kampf zu beschränken.

Airton Soares: Ich will noch darauf hinweisen, daß unsere Möglichkeiten faktisch sehr beschränkt sind. Die alternative Presse in Brasilien hat nur eine sehr beschränkte Auflage. Dieser Kongress ist ein Beispiel für die Beschränkung der Möglichkeiten.



afrika

Zentralafrikanisches Ex-„Kaiserreich“: Neuer Hund an altem Halsband

Es war inszeniert wie eine Palastrevolution, aber heute weiß es alle Welt: Die Absetzung von Bokassa dem Letzten war Ergebnis einer erneuten Invasion des französischen Imperialismus in Afrika. Mit der Absetzung eines - längst lästig gewordenen Despoten soll der Weg freigeschoben werden für den Einsatz einer effektiveren Marionette.

Die Reichtümer eines armen Landes

Was Frankreich in erster Linie an Zentralafrika reizt, sind neben strategischen Gesichtspunkten seine Ausbeutungsmöglichkeiten. Zentralafrika zählt zwar heute mit einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt von 300 DM zu den ärmsten Ländern der Welt, verfügt aber über riesige Rohstoffvorkommen: Diamanten werden bereits gefördert, Uranvor-

kommen sind entdeckt worden. Erdöl wird vermutet. Korruption und kaiserliche Prachtentfaltung statt Entwicklung der Infrastruktur und Industrialisierung des Landes verhindern eine effektive Ausbeutung dieser Schätze bisher weitgehend. Angesichts des rasanten Produktionsrückgangs und wachsender Schuldenberge scheinen die Millionen, die Frankreich Jahr für Jahr in das „Kaiserreich“ pumpt, nicht mehr sinnvoll angelegt.

Den Bauern opfern, um das Spiel zu retten

Seit Beginn dieses Jahres wurde das Unternehmen Zentralafrika nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch für den französischen Imperialismus zunehmend untragbar. Proteste der Bevölkerung an der Regierungspolitik Bokassas im Januar und April wurden von der kaiserlichen Garde mit Hilfe zairischer Truppen blutig niedergemacht.

Die OAU bildete daraufhin eine Untersuchungskommission, die sich aus Vertretern fünf verschiedener afrikanischer Staaten (Togo, Senegal, Ruanda, Liberia und Elfenbeinküste) zusammensetzt. Obwohl alle diese Staaten bekanntermaßen zum Symptombekämpfung des Bokassa-Regimes gehören, bestätigte ihr Untersuchungsbericht die Enthaltungen von Amnesty International über Folterungen und Erschießungen von Schulkindern und Häftlingen voll und ganz. Auch die persönliche Beteiligung Bokassas an den Erschießungen wurde bewiesen. Frankreich sah sich jedoch mit der Situation konfrontiert, sich sowohl gegenüber einer einpö-

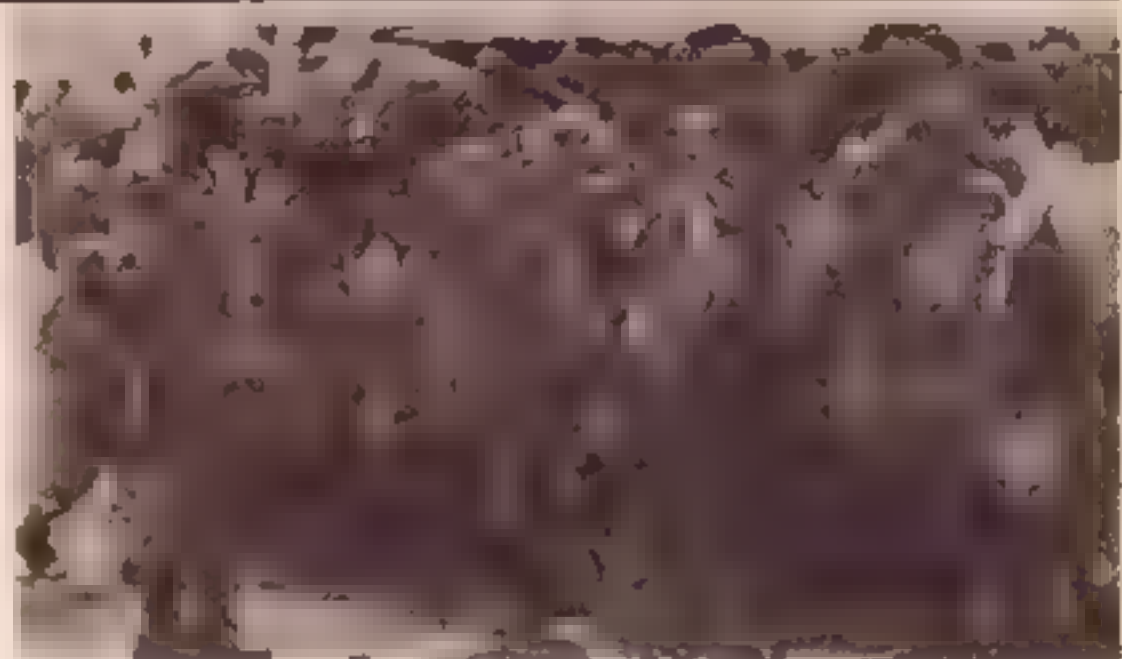
ten Weltöffentlichkeit als auch gegenüber kritischen Stimmen im eigenen Land für seine jahrelange Kooperation mit Bokassa rechtfertigen zu müssen. So wurde zunächst versucht, mit halbherziger Kosmetik (teilweise Einstellung der Finanzhilfe) die Wunden zu glätten.

Die französische Intervention

Ein erneutes Massaker im Zentralafrika der Hauptstadt Bangui am Anfang September 40 Häftlingen das Leben kostete („faz“, 199), führte zum Anwachsen des Protestes vor allem im Ausland.

In Paris rief am 11.9. Sylvester Bangui, Ex-Botschafter Bokassas und jetzt Chef der Front zur Befreiung Ubangus (FLO) eine Gegenregierung aus („Monitor-Dienst“, 13.9.). Sein Gegenspieler, ebenfalls ehemaliges Mitglied des Bokassa-Establishments, Ange Patasse, verurteilte diesen Schritt. Er soll im Süden des Tschad eine Guerilla-Truppe aufbauen. Auch wenn beide Gruppierungen nicht als sehr einflussreich angesehen werden können (siehe AK 158), hätte ein gewaltsamer Sturz Bokassas unter Führung einer einheitlichen (wenn auch hauptsächlich bürgerlichen) Oppositionsbewegung die Gefahr einer Radikalisierung mit gleichzeitiger Reduzierung französischer Kontrolle bedeuten können.

So zog der französische Imperialismus die bereits im Tschad und Zaire erprobte Methode der direkten militärischen Intervention vor. Der neue Strohmännchen, David Dacko, wurde direkt von der französischen Luftwaffe angeliefert, zusammen mit 800 französischen Soldaten aus



Soldaten prügeln auf Kinder ein. Während der Krönung im Dezember 1977

dem Tschad, Zaire und Südafrika („FR“, „faz“, 24.9., „FAZ“, 26.9.)

Zweifelnde Rolle Lybiens

Ein weiterer Grund für das relativ schnelle und massive Eingreifen Frankreichs liegt möglicherweise in der Intensivierung der Beziehungen des Bokassa-Regimes zu Libyen.

Bokassa hatte noch kurz vor seinem Sturz mit Libyen, dessen Freundschaft er sich seinerzeit mit einem bezahlten Übertritt zum Islam erworben, über die Einrichtung einer libyschen Militärbasis in seinem Land gegen entsprechende Beteiligung am Budget des Kaiserreiches, verhandelt.

Nach eigenen Aussagen Dackos kurz vor dem Putsch waren sowohl die Regierung des frankophonen Tschad als auch der benachbarten Zaire informiert. Vor allem der Tschad dürfte sich durch eine libysche Militärbasis an seiner Südgrenze eingeklinkert fühlen haben („Neue“, 27.9.).

Die neuen Machthaber

Der neue Machthaber David Dacko, ein 36-jähriger, 1,70 m großer, dunkelhäutiger Mann, war bis zum Amt des kaiserlichen Beraters an Dacko, ein Lehrer und war nach dem Zweiten Weltkrieg in dem mit CIA-Hilfe gegründeten französischen Gewerkschaftsbund „Force Ouvrière“ tätig.

Während seiner Regierungszeit in den 60er Jahren profilierte sich Dacko als unbedingter Befürworter der französischen Präsenz in Zentralafrika. Gleichzeitig bemühte er sich um eine vorsichtige außenpolitische Öffnung zum RW, was letztlich auch den Ausschlag für seinen Sturz 1966 gab („Neue“, 27.9.). Schon

die ersten öffentlichen Äußerungen Dackos lassen allerdings keinen Zweifel aufkommen, welche politische Richtung er einzuschlagen gedenkt.

Die Unterstützung der französischen Truppen lobte er und forderte sie unverblümt auf, „solange wie nötig“ im Land zu bleiben, auch wenn es mehrere Jahre seien.

Dacko wies auch alle Meldungen zurück, die über eine Verurteilung Bokassas (mittlerweile im Exil in der Elfenbeinküste) zum Tode berichteten.

Der größte Hammer dürfte seine Ankündigung sein, nicht nur zu Israel, sondern auch zu Südafrika diplomatische Beziehungen aufzunehmen, was in dieser Direktheit nicht einmal Bokassa gewagt hatte. Dackos Begründung: „Hören wir doch auf mit der Scheinheiligkeit. Die Weißen Südafrikas sind Afrikaner, die in Afrika geboren wurden und da auch leben.“ („SZ“, 26.9.)

Der Widerstand geht weiter

Bereits am ersten Tag der Republik gab es eine Parteidemonstration, die sich gegen die Übernahme des alten Regierungspersonals und die Ernennung des alten Ministerpräsidenten zum Vizepräsidenten richtete. Französische Fallschirmjäger zersetzten die Menge durch Schüsse in die Luft („SZ“, 22.9.). Der Vorsitzende der Patriottischen Ubangui-Front (FPU), Gombi (s. AK 158) erklärte, er erkenne die „aufgezwungene Marionettenregierung Dackos“ nicht an. Er forderte den Abzug aller französischen Truppen und rief zum Generalstreik auf („SZ“, 24.9.).

Afrika-Kommission

denen zum Vizepräsidenten richtete. Französische Fallschirmjäger zersetzten die Menge durch Schüsse in die Luft („SZ“, 22.9.). Der Vorsitzende der Patriottischen Ubangui-Front (FPU), Gombi (s. AK 158) erklärte, er erkenne die „aufgezwungene Marionettenregierung Dackos“ nicht an. Er forderte den Abzug aller französischen Truppen und rief zum Generalstreik auf („SZ“, 24.9.).

Afrika-Kommission

denen zum Vizepräsidenten richtete. Französische Fallschirmjäger zersetzten die Menge durch Schüsse in die Luft („SZ“, 22.9.). Der Vorsitzende der Patriottischen Ubangui-Front (FPU), Gombi (s. AK 158) erklärte, er erkenne die „aufgezwungene Marionettenregierung Dackos“ nicht an. Er forderte den Abzug aller französischen Truppen und rief zum Generalstreik auf („SZ“, 24.9.).

denen zum Vizepräsidenten richtete. Französische Fallschirmjäger zersetzten die Menge durch Schüsse in die Luft („SZ“, 22.9.). Der Vorsitzende der Patriottischen Ubangui-Front (FPU), Gombi (s. AK 158) erklärte, er erkenne die „aufgezwungene Marionettenregierung Dackos“ nicht an. Er forderte den Abzug aller französischen Truppen und rief zum Generalstreik auf („SZ“, 24.9.).

denen zum Vizepräsidenten richtete. Französische Fallschirmjäger zersetzten die Menge durch Schüsse in die Luft („SZ“, 22.9.). Der Vorsitzende der Patriottischen Ubangui-Front (FPU), Gombi (s. AK 158) erklärte, er erkenne die „aufgezwungene Marionettenregierung Dackos“ nicht an. Er forderte den Abzug aller französischen Truppen und rief zum Generalstreik auf („SZ“, 24.9.).

denen zum Vizepräsidenten richtete. Französische Fallschirmjäger zersetzten die Menge durch Schüsse in die Luft („SZ“, 22.9.). Der Vorsitzende der Patriottischen Ubangui-Front (FPU), Gombi (s. AK 158) erklärte, er erkenne die „aufgezwungene Marionettenregierung Dackos“ nicht an. Er forderte den Abzug aller französischen Truppen und rief zum Generalstreik auf („SZ“, 24.9.).

denen zum Vizepräsidenten richtete. Französische Fallschirmjäger zersetzten die Menge durch Schüsse in die Luft („SZ“, 22.9.). Der Vorsitzende der Patriottischen Ubangui-Front (FPU), Gombi (s. AK 158) erklärte, er erkenne die „aufgezwungene Marionettenregierung Dackos“ nicht an. Er forderte den Abzug aller französischen Truppen und rief zum Generalstreik auf („SZ“, 24.9.).



Agostinho Neto gestorben

Der angolische Staatspräsident und Revolutionär Agostinho Neto ist am 10.9., während eines Aufenthalts in der Sowjetunion, im Alter von 56 Jahren gestorben. Neto, der seit längerem an Blutkrebs und zuletzt auch an einer Lebererkrankung litt, hatte sich in Moskau einer Operation unterzogen.

Haft schrieb Neto zahlreiche Gedichte, die Verbreitung bis in die Slums von Luanda fanden.

Trotz Haft gelang ihm 1958 die Promotion zum Doktor der Medizin. Im gleichen Jahr wurde er einer der Gründer der im Untergrund arbeitenden „Antikolonialen Bewegung“ (MAC), die Patrioten aus den verschiedenen portugiesischen Kolonien vereinte. Ende 1959 kehrte er mit seiner Frau und seinem Sohn nach Luanda zurück und arbeitete dort neben seiner medizinischen Tätigkeit als führendes Mitglied der 1956 gegründeten MPLA. Im Juni 1960 wurde Neto erneut verhaftet und anfangs in Lissabon, später auf der kapverdischen Insel San Antao interniert. Eine friedliche Demonstration,

die in seinem Heimatdorf gegen die Verhaftung zustande kam, wurde von den Kolonialfaschisten blutig auseinandergetrieben. 30 Tote und 200 Verwundete wurden Opfer dieses Massakers. Nach seiner Flucht 1962 wählte ihn die MPLA in Leopoldville (Zaire) zu ihrem Präsidenten.

Agostinho Neto gestorben

Der angolische Staatspräsident und Revolutionär Agostinho Neto ist am 10.9., während eines Aufenthalts in der Sowjetunion, im Alter von 56 Jahren gestorben. Neto, der seit längerem an Blutkrebs und zuletzt auch an einer Lebererkrankung litt, hatte sich in Moskau einer Operation unterzogen. Am 17.9. wurde Neto mit militärischen Ehren in Luanda beigesetzt. Zehntausende Menschen säumten die Straßen. Vor Tausenden Trauernden erklärte Lucio Lara, Freund Netos und Sekretär des MPLA-Zentralkomitees: „Wir werden die geheiligten Prinzipien unserer sozialistischen Option respektieren und den Staat und Parteiapparat mit dem Blut der Arbeiter und Bauern beleben.“

Agostinho Neto wurde am 17.9. 1922 als Sohn einer Lehrerin und eines protestantischen Pfarrers in der Nähe von Luanda geboren. Er gehörte keiner der großen Volksgruppen Angolas an. Nach Abschluss der Oberschule in Luanda arbeitete er im Gesundheitswesen und ging 1947 nach Lissabon, um dort Medizin zu studieren. Dort gründete er 1951 gemeinsam mit Amílcar Cabral und Eduardo Mondlane, den späteren Führern der PAIGC (Guinea-Bissau) und FRELIMO (Mosambik) und weiteren (u.a. Mario de Andrade) das „centro de estudo africanos“ (Zentrum für Afrikanische Studien). Ihr Ziel war es, „das Gefühl, einer Welt der Unterdrückung anzugehören, in Erkenntnis zu verwandeln und durch eine Analyse der kulturellen Grundlagen der Erdteils nationaler Bewusstsein zu erwecken.“

1951 warf ihn das Salazar-Regime auch zum ersten Mal ins Gefängnis, weil er Unterschriften für einen Friedensaufruf gesammelt hatte. Nach seiner Freilassung setzte er seine politischen und literarischen Aktivitäten fort und wurde im Rahmen eines demokratischen Jugendverbandes in Portugal Vertreter der Jugend aus den portugiesischen Kolonien. Nach einer Studentenversammlung 1955 verhaftete ihn die PIDE zum zweiten Mal. Nach zehn Monaten Haft ohne Anklage wurde er zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. In seiner

Haft schrieb Neto zahlreiche Gedichte, die Verbreitung bis in die Slums von Luanda fanden.

Trotz Haft gelang ihm 1958 die Promotion zum Doktor der Medizin. Im gleichen Jahr wurde er einer der Gründer der im Untergrund arbeitenden „Antikolonialen Bewegung“ (MAC), die Patrioten aus den verschiedenen portugiesischen Kolonien vereinte. Ende 1959 kehrte er mit seiner Frau und seinem Sohn nach Luanda zurück und arbeitete dort neben seiner medizinischen Tätigkeit als führendes Mitglied der 1956 gegründeten MPLA. Im Juni 1960 wurde Neto erneut verhaftet und anfangs in Lissabon, später auf der kapverdischen Insel San Antao interniert. Eine friedliche Demonstration,

die in seinem Heimatdorf gegen die Verhaftung zustande kam, wurde von den Kolonialfaschisten blutig auseinandergetrieben. 30 Tote und 200 Verwundete wurden Opfer dieses Massakers. Nach seiner Flucht 1962 wählte ihn die MPLA in Leopoldville (Zaire) zu ihrem Präsidenten. Nach dem Abtritt der portugiesischen Kolonialisten und während des (im Mai 1976 siegreich beendeten) „2. Befreiungskrieges“ zwischen der MPLA und vom Imperialismus gekauften Marionettentruppen wurde Neto am 11. November 1975, dem Tag der Unabhängigkeit der Volksrepublik Angola, zu deren erstem Staatspräsidenten ernannt.

Afrika-Kommission

Westliche Zivilisation

Bleibbuchen an Latten genagelt
die in die Erde gerammt
das macht ein Haus

Die Lampen erglänzen
das vertraute Mähen

Die Sonne sticht durch die Ritzen
und weckt den Bewohnern

Nach den zwölf Stunden
Skavenarbeit

Sonne klopfen
Sonne klopfen
Steine klopfen
Steine klopfen
Sonne klopfen
Sonne klopfen
Sonne klopfen
Sonne klopfen

Das Alter kommt früh

Eine Schilfmatten in finsternen Nächten
genügt ihm zum Sterben
dankbar
und vor Hunger

A. Neto



Ghana: Rückkehr zur Zivilregierung

Offensichtlich ungerührt von ausländischen Eingriffsversuchen, haben die ghanaischen Militärs die Regierungs-gewalt am 24.9. an die im Juni gewählte Zivilregierung unter Hilla Limann von der Nationalen Volkspartei, PNP (s. AK 156 u. 157) übergeben.

In den drei Monaten seiner Macht-ausübung unternahm der militärische „Revolutionärsrat“ eine Reihe positiver Versuche, die ein massenhaftes Elend produzierenden katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse in Ghana wenigstens ansatzweise zu ändern.

Durch die konsequente Bekämpfung aller Arten illegaler Wirtschaftspraktiken konnten viele Verbraucherpreise drastisch gesenkt werden. z.B. der von Brot auf 25 %, und der von Bier auf 50 % des alten Preises („faz“, 11.9.).

Rückständige Steuern, überhöhte Darlehen, unrechtmäßige Vor-schüsse und nie gezahlte Mieten, Pachten und Gebühren in Höhe von einigen hundert Millionen DM dem Gegenwert der Exporterlöse von einem Jahr, wurden eingetrieben („FAZ“, 25.9.).

Anfang August wurde mit Maß-nahmen begonnen, auch die Armee an produktiven Tätigkeiten zu beteiligen. Sie soll in Zukunft nicht nur ihre Kasernen selbst bauen, sondern auch Kirschen und Straßen sowie Landwirtschaft betreiben. Ähnliches wurde für die meisten Regierungsbüros angekündigt („MD“, 9.8.).

Auf einer nationalen Versammlung der ghanaischen Stammes-

Chefs warb der Vorsitzende des „Revolutionärsrates“, Fliegerhauptmann Rawlings für eine „sinnvollere Landbesitzordnung“, die es jedem Ghanaer ermögliche, auf „einem eigenen Stück Land einen eigenen Beitrag zur Agrarrevolution leisten zu können.“ („MD“, 13.8.)

Eine Entspannung der prekären wirtschaftlichen Situation zeichnet sich ab durch die Ersetzung der von den Nigerianern gestoppten Erdöl-lieferungen durch Algerien und Libyen („Ghanaian Times“, 15.8.). Gleich-zeitig wurde die Bewältigung von Krediten in Höhe von 113 Mio. DM durch die Bundesregierung und in Höhe von 14,5 Mio. DM durch die westdeutsche Entwicklungsbank bekannt („MD“, 22.24.8.).

Mittlerweile legen uns auch erste konkrete politische Äußerungen des PNP-Präsidenten Hilla Limann vor, die ein recht eindeutiges Bekenntnis zu prokapitalistischen Wirtschaftsmodellen und einer nach westlichem Vorbild strukturierten Demokratie beinhalten.

In einem Interview mit den Zeitschriften „Africa“ und „New African“ das wir der „Neuen“ vom 27.9. entnommen haben, erklärte Limann u.a.: „Wir werden pragmatisch sein müssen. Ich habe es vielen Leuten gesagt, daß es uns nicht helfen wird, nur vom Sozialismus zu reden. Ich werde den ghanaischen Nationalismus verkünden und praktizieren.“

Und auf die Frage, welche Ideologie denn das Manifest der PNP

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 42

beinhalte: „Unsere Ideologie ist im Moment Ghana-konkret. Wie können wir Ghana retten?“

In Bezug auf Sozialismus-Vorstellungen innerhalb der Partei erklärt Limann: „Wenn es um die klare Frage des Überlebens, des Wohlbefindens der Menschen geht, sind wir alle Sozialisten. Wir können nicht alles dem Privatsektor überlassen. Es wird eine gemischte Wirtschaftsform sein. Unsere Politik besteht darin, eine ‚teilhabende Demokratie‘ zu schaffen, die stabil ist und von allen auch so angesehen wird.“

Limann spricht sich in diesem Interview auch ausdrücklich für die Annahme finanzieller Hilfe vom Weltwährungsfonds aus und nennt als ökonomisches Leitziel die Schaffung eines Wohlfahrtsstaates.

Von seinen Gesprächspartnern auf den Widerspruch hingewiesen, daß offiziell die Korruption im Land bekämpft werde, gerade aber in der PNP die gesamte „alte Garde“ korrupter Geschäftsleute und Politiker sitze, erwiderte Limann naiv: „Lassen Sie mich klarstellen, daß die PNP von mir geführt wird und die PNP-Abgeordneten neue Leute sind. Was die Leute wissen sollten, ist, daß die PNP im Gegensatz zu den anderen Parteien eine andere Wandlung vollzogen hat. Wir haben die Partei völlig reformiert, und die verantwortlichen Leute sind unsere neuen kader.“

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang noch, daß auf der Kabine (Sitz) auch linke Kräfte vertreten sind, so der stellvertretende Gesundheitsminister Akuffo, der als Leiter des „Afrikanischen Jugendkommandos“ ant imperialistische Stellungnahmen abgab und der Außenminister Chibueh, der unter Nkrumah die ghanaische Unterstützung von afrikanischen Befreiungsbewegungen organisierte.

Noch ist nicht alles entschieden.

Afrika-Kommission

Liberia:

Entlassung bei Streik

In Liberia sollen künftig die Daumenschrauben der Repression enger angezogen werden.

In einer Fernsehrede hat Präsident Tolbert kurz vor seiner Reise in die

Liberia:

Entlassung bei Streik

In Liberia sollen künftig die Daumenschrauben der Repression enger angezogen werden.

In einer Fernsehrede hat Präsident Tolbert kurz vor seiner Reise in die USA eine Reihe von Maßnahmen zur „Sicherung des sozialen Friedens“ angekündigt. Im einzelnen sehen die Maßnahmen vor allem eine faktische Aufhebung des Streikrechts vor. Bei sogenannten wilden Streiks werden die ausgefallenen Arbeitstage nicht mehr bezahlt, die Streikführer werden fristlos entlassen und dürfen nicht mehr in Betrieben mit mehr als fünfzig Arbeitnehmern eingestellt werden.

Direktoren, die sich nicht an die von der Regierung angeordneten oder in Tarifverträgen festgesetzten Regelungen halten, werden entlassen, wenn sie Liberianer sind, oder abgeschoben, wenn es sich um Ausländer handelt. Das Unternehmen muß außerdem Strafe zahlen.

„Zur Beschränkung von ungesunden Praktiken innerhalb der Gewerkschaften, die ebenfalls zur Unruhe beitragen“, sollen Arbeiterorganisationen künftig regelmäßig überwacht werden („Neue“, 25.9.)

Afrika-Kommission

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50. Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20, Redaktion Hamburg 43 53 46, V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift, Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abfr., sonst P.SchA Hamburg, 240595 203 Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14-tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe 10.000.

Einem Teil dieser Auflage ist Projektmaterial beigelegt.



Massaker an allen Bewohnern des Dorfes Karna in Kurdistan

Die Verbrechen am kurdischen Volk im Namen des Islam sind so grausam und erschütternd, daß man sie nur mit der Brutalität der Mongolen in der Vergangenheit, der Brutalität der USA in Vietnam und des Zionismus an dem palästinensischen Volk vergleichen kann. In mancher Hinsicht sind sie schlimmer als die oben genannten faschistischen Brutaltäten.

Im Dorf Karna (gehört zu der Gemeinde Doab in der Provinz Kurdistan) haben eingedrungene Militär- und Milizen – als Vergeltungsmaßnahme für ihre Taten, die beim Einmarsch in die Provinz Kurdistan gefallen sind – alle 68 Bewohner des Dorfes – Kinder, Frauen, Männer, jung und alt, zusammenhingerichtet.

Die Nachricht über dieses Massaker, das die „Islamische Republikansche Armee Irans“ und die „Islamischen Revolutionsgarden“ (Pasdaran) angerichtet haben, wurde inzwischen weltweit bekannt. Ist aber auf Grund der zur Zeit herrschenden Pressezensur und der lügenhaften Nachrichten in Rundfunk und Fernsehen wie viele andere Gräueltaten und Brutaltäten noch nicht überall im Iran bekannt.

Man kann dieses Massaker von Karna – verübt von dem jetzigen Regime Irans – vergleichen mit dem Massaker an den Bewohnern des Dorfes Deir Yassin in Palästina (im Auftrag des heutigen israelischen Ministerpräsidenten Begin) und mit dem Massaker an dem Dorf My Lai in Vietnam (im Auftrag des US-Leutnants Calley). Man wird keinerlei Unterschiede hinsichtlich der durchgeführten Brutaltäten und Grausamkeiten feststellen.

Meinen die Verantwortlichen die diese Massaker in der Provinz Kurdistan im Namen des Islam anstiften, daß sie so weitermachen können?

Gibt es überhaupt einen Unterschied zwischen diesem Massaker und anderen, wie zum Beispiel die Tragödie im Rex-Kino in Abadan 1978, das von dem faschistischen Schah-Regime durchgeführt wurde, das Massaker am 8. September 1978 in Teheran und das Massaker in Isfahan 1978, das Tausende Unschuldiger zum Opfer fielen?

Gibt es überhaupt einen Unterschied zwischen den heutigen Mö-

rden (Calley) Man wird keinerlei Unterschiede hinsichtlich der durchgeführten Brutaltäten und Grausamkeiten feststellen.

Meinen die Verantwortlichen die diese Massaker in der Provinz Kurdistan im Namen des Islam anstiften, daß sie so weitermachen können? Gibt es überhaupt einen Unterschied zwischen diesem Massaker und anderen, wie zum Beispiel die Tragödie im Rex-Kino in Abadan 1978, das von dem faschistischen Schah-Regime durchgeführt wurde, das Massaker am 8. September 1978 in Teheran und das Massaker in Isfahan 1978, das Tausende Unschuldiger zum Opfer fielen?

Gibt es überhaupt einen Unterschied zwischen den heutigen Mö-

rdern im Namen der Islamischen Republik und den Mördern des Schah-Regimes?

Die Weltgeschichte wird diese menschenfeindlichen, brutalen Ereignisse in der Provinz Kurdistan ebenso wie die Taten der Faschisten (besonders im Dritten Reich), der Falangisten und Zionisten usw. zur Kenntnis nehmen müssen.

Durch die „Armee des Islam“ werden in Kurdistan zahlreiche Mädchen und Frauen schamlos vergewaltigt. Diese hilflosen Frauen werden als „Kriegsbeute“ betrachtet. Dokumente über solche Grausamkeiten werden bestimmt in naher Zukunft in die Weltöffentlichkeit gelangen und die unbeschreiblichen Brutaltäten des jetzigen Regimes im Iran aufzeigen.

In der Stadt Kermanshah wurde ein 14-jähriger Junge, der wegen anhaltender Beleidigungen durch Khalkhali auf ihn gespuckt hatte, auf der Stelle erschossen. Khalkhali, der zur Zeit im Iran als „Oberster Richter“ sein Amt ausübt und – bezeichnend für das jetzige Regime – keine juristische Ausbildung besitzt (noch nicht einmal einen Volksschulabschluß hat), verbrachte ein ganzes Jahr in der Nervenklinik Tschichraz. Dort hat er laut Aussagen von Augenzeugen „Katzen und Hunde verurteilt und selbst hingerichtet“ (Das ist kein Witz, sondern durch Untersuchungsprotokolle belegbar). Diese unmenschliche Person, die „im Auftrag der Islamischen Regierung“ handelt, wendet seine ehemaligen Krankenamerfahrungen jetzt konsequent an der kurdischen Bevölkerung an.

Die unzähligen Gräueltaten, von Khalkhali als Werkzeug der Islamischen Republik vor allem in der Provinzhauptstadt Mahabad durchgeführt, und identisch mit den Taten von General Naj während der Schah-Zeit in Isfahan. Khalkhali unterdrückt ebenfalls im „Namen des Islam“ oppositionelle Ladenbesitzer, streikende Arbeiter und Beamte, er versucht mit allen Mitteln, durch Einsetzen von Kanonen und Panzern die gesamte Streikwelle in der Provinz Kurdistan blutig niederzuschlagen und die Streikenden zur Aufnahme ihrer Arbeit zu zwingen. (Die Arbeit ist zur Zeit in Kurdistan niedergelegt, die meisten Geschäfte –

sequenz an der kurdischen Revolution an).

Die unzähligen Gräueltaten von Khalkhali als Werkzeug der Islamischen Republik vor allem in der Provinzhauptstadt Mahabad durchgeführt, und identisch mit den Taten von General Naj während der Schah-Zeit in Isfahan. Khalkhali unterdrückt ebenfalls im „Namen des Islam“ oppositionelle Ladenbesitzer, streikende Arbeiter und Beamte, er versucht mit allen Mitteln, durch Einsetzen von Kanonen und Panzern die gesamte Streikwelle in der Provinz Kurdistan blutig niederzuschlagen und die Streikenden zur Aufnahme ihrer Arbeit zu zwingen. (Die Arbeit ist zur Zeit in Kurdistan niedergelegt, die meisten Geschäfte –

Völkermord im Namen des Islam

Nach dem Einmarsch Khomeiny-treuer Revolutionsgarden (Pasdaran) und der Armee in Kurdistan wurden in allen besetzten Städten und Ortschaften grausame und kulturbeführende an den kurdischen Freiheitskämpfern (Fischmergen = Totgeweihten) und an der Zivilbevölkerung verübt. Viele Menschen sind auf der Flucht in den Bergen aus der Gewalt der Guerillakrieg gegen die Heerstruppen westwärts flucht. Sympathisanten der Volksfedayin haben um der nachfolgend angeführten Artikel aus der Zeitung der Volksfedayin „Kor“ (Jahrgang 1, Nr. 31, 19. Februar 1978 (1979) übersetzt, der an einem Beispiel das brutale Vorgehen der islamischen Revolutionsgarden dokumentiert.

In weiteren Artikeln ihrer Zeitung (Nr. 30 und 31) konnten Enthüllungen über die Haupt-Verantwortlichen dieser Massaker gebracht werden, die ein weiterer Beleg dafür sind, daß der Staatsapparat nach dem Aufstand im Februar 1979 unangestastet blieb. F. A. H. i. hoher Offizier der Landstreitkräfte Stellvertreter des Chefs des militärischen Geheimdienstes (sogen. „Abwehrdienst“), zur Schatz-Zeit Verbindungsoffizier zwischen dem iranischen Geheimdienst SAVAK und US-Dienststellen, noch zu Zeiten des Schah-Regimes verantwortlich für Massaker in Schiraz, bei denen es mindestens 100 Tote gab. Hossein Shaker: Stabschef der Armee (?) ausgebildet in den USA. Vertrauter des Schah, nach der „Revolution“ in den zeitweiligen Ruhestand versetzt, dann verhaftet statt der erwarteten Hinrichtung wurde er überraschend freigelassen und anstelle des entlassenen Stabschefs der Armee, Farzad, eingesetzt.

Die wichtigste Rolle allerdings spielt Tschamran, stellvertretender Ministerpräsident, betraut mit „Angelegenheiten der Revolution“. Zur Zeit der „Konferenz der Völker“

in Teheran (17.-19. Juli 1979), auf der erstmals auf Einladung der „Demokratischen Nationalfront“ Vertreter aller in den Minderheitsgebieten aktiven fortschrittlichen und revolutionären Organisationen und Parteien ein gemeinsames Vorgehen im Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für Demokratie berieten. Tschamran die Provinz Kurdistan. Zunächst hielt er sich in Paveh auf. In dieser Zeit und kurz darauf kam es immer wieder zu blutigen Provokationen von Seiten der Pasdaran in der Stadt. Schließlich waren die Provokationen so zahlreich, zurückzuschlagen. In kurzer Zeit wurde die Stadt Paveh von den kurdischen Freiheitskämpfern eingenommen. Der Vorstoß in Paveh dienten neben den Lügen von bewaffneten Auseinandersetzungen um die Armee-Kaserne in Sanandaj, Khomeiny als Vorwand, dem kurdischen Volk am 19. August den totalen Krieg zu erklären.

Nach seinem Besuch in Paveh reiste Tschamran mit einer Gruppe der Revolutionsgarden von Stadt zu Stadt in Kurdistan, offensichtlich um weitere Provokationen vorzubereiten bzw. durchzuführen zu lassen. Interessant ist die Vergangenheit dieses sauberen Herren. Er gehörte früher der AMAL-Gruppe an, eine Gruppe libanesischer Schützen. Teile der Gruppe sind zusammen mit Tschamran nach dem Aufstand aus dem Libanon in den Iran gekommen und haben zunächst in Khuzistan (Erdölprovinz im Süden Irans, in der die transischen Araber leben), blutige Provokationen angestreift, die viele Opfer kosteten.

Diese Gruppe hat schon im Libanesischen Bürgerkrieg auf der Seite der Faschisten gegen die Palästinenser und die fortschrittlichen libanesischen Kräfte eingegriffen. Wir zitieren dazu einen Absatz aus einem

Flugblatt der „Organisation Kommunistischer Einheit“ (Mitglied der „Demokratischen Nationalfront“), veröffentlicht in der linken, jetzt ebenfalls verbotenen Zeitung „Peyman Emrouz“ vom 23. 7.79: „Die zuständigen Leute (gemeint sind die neuen Machthaber im Iran) haben der AMAL-Gruppe (Organisation libanesischer Schützen) viel Unterstützung gewährt. AMAL-Mitglieder kommen eines nach dem anderen in den Iran zu Besuch.“

Wissen die zuständigen Herren nicht, daß diese Organisation im libanesischen Bürgerkrieg das von armen Schützen bewohnte Gebiet von Nabeh (Stadtviertel in Beirut, Liban) im Einverständnis mit den tyrannischen Truppen der Falangisten überlassen hat? Die Aufgabe dieses Viertels erleichterte die blutige Auslöschung des Widerstandes im Lager von Tel al Zatar.“

Wissen die zuständigen Herren nicht,

Spendenaufwurf

Nach dem Verbot der gesamten oppositionellen oder auch nur leicht regimiekritischen Presse im Iran, dem Verbot linker und demokratischer Organisationen und Parteien und dem Überfall der islamischen Revolutionsgarden auf Kurdistan, ist die Arbeit der demokratischen und revolutionären Organisationen erheblich erschwert worden. Sowohl für die Arbeit in Kurdistan als auch für die Aufrechterhaltung der Zeitungsarbeit wird dringend finanzielle Unterstützung benötigt. Wir schlagen vor, für folgende Organisationen zu spenden:

in Kurdistan, für die Zeitungsarbeit der „Vereinigten Linken“ (Mitglied der „Demokratischen Nationalfront“), für die Frauenarbeit des „Nationalen Bundes der Frauen“.

Einzahlungen bitte auf das Konto des Reents-Verlages, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50.

Dresdner Bank Hamburg
BLZ 2008000
Kto. Nr. 4518378

Postcheckkonto Hamburg
BLZ 200 100 00
Kto. Nr. 240595 203



bis auf einzelne Lebensmittelfachäfte – und aus Protest gegen die jetzigen Machthaber im Iran und ihre Brutalität in Kurdistan geschlossen.)

Die Methoden des General Naji, der jetzt vollständig von Khalkhali übernommen wurden, sind im letzten Jahr von der gesamten Bevölkerung Irans und der Weltöffentlichkeit auf das Schärfste verurteilt worden.“

Durch die anhaltenden Finnisse der Luftwaffe, insbesondere der Phantomjäger, und die Gehörorgane zahlreicher kurdischer Kinder empfindlich geschädigt und viele Fehlgeburten bei Frauen hervorgerufen worden.“ Jetzt ist es offensichtlich, warum vor dem Einmarsch der islamischen Armee in Kurdistan von der amtierenden Regierung eine strenge Pressezensur verhängt wurde. Von diesen Gräueltaten sollte so wenig wie möglich oder überhaupt nicht berichtet werden. Denn so es die Aufgabe aller Patrioten, Demokraten und Freiheitskämpfer im Iran, die gesamte Bevölkerung im Iran aufzuklären und die ganze Welt zu informieren. Das kurdische Volk hat die Taten der reaktionären

Kräfte im Iran, die unter dem Deckmantel des Islam durchgeführt werden, zutiefst durchschaut. Es wird nicht mehr lange dauern, bis dieser Vorrat an den Völkern Irans der gesamten Bevölkerung bewußt wird, obwohl das jetzige totalitäre Regime dies mit allen Mitteln zu verhindern sucht. (Es gibt im Iran keine andere Presse außer der Pressestimme der Regierung, Rundfunk- und Fernsehsendungen werden auf das Unglaubliche manipuliert, die die Situation in Kurdistan und anderen Teilen Irans total falsch darstellen.)

In Teheran haben islamische Revolutionsgarden (Pasdaran) eine 16-jährige Sympathisantin der Organisation der Volksfedayin entführt und vergewaltigt. Sie wurde bedroht, falls sie etwas über diese Tat aussagen würde, würde es ihr Leben kosten. Name und genaue Tatsachen über dieses und viele andere Verbrechen liegen bei uns vor, aber gibt es überhaupt menschliche Gerichte in unserem Land, die solche und viele andere Verbrechen und Gräueltaten verfolgen? Leider nein!!

Regierung, Rundfunk- und Fernsehsendungen werden auf das Unglaubliche manipuliert, die die Situation in Kurdistan und anderen Teilen Irans total falsch darstellen.)

In Teheran haben islamische Revolutionsgarden (Pasdaran) eine 16-jährige Sympathisantin der Organisation der Volksfedayin entführt und vergewaltigt. Sie wurde bedroht, falls sie etwas über diese Tat aussagen würde, würde es ihr Leben kosten. Name und genaue Tatsachen über dieses und viele andere Verbrechen liegen bei uns vor, aber gibt es überhaupt menschliche Gerichte in unserem Land, die solche und viele andere Verbrechen und Gräueltaten verfolgen? Leider nein!!

Flugblatt der „Organisation Kommunistischer Einheit“ (Mitglied der „Demokratischen Nationalfront“), veröffentlicht in der linken, jetzt ebenfalls verbotenen Zeitung „Peyman Emrouz“ vom 23. 7.79: „Die zuständigen Leute (gemeint sind die neuen Machthaber im Iran) haben der AMAL-Gruppe (Organisation libanesischer Schützen) viel Unterstützung gewährt. AMAL-Mitglieder kommen eines nach dem anderen in den Iran zu Besuch.“

Wissen die zuständigen Herren nicht, daß diese Organisation im libanesischen Bürgerkrieg das von armen Schützen bewohnte Gebiet von Nabeh (Stadtviertel in Beirut, Liban) im Einverständnis mit den tyrannischen Truppen der Falangisten überlassen hat? Die Aufgabe dieses Viertels erleichterte die blutige Auslöschung des Widerstandes im Lager von Tel al Zatar.“

Wissen die zuständigen Herren nicht, daß diese Organisation im libanesischen Bürgerkrieg das von armen Schützen bewohnte Gebiet von Nabeh (Stadtviertel in Beirut, Liban) im Einverständnis mit den tyrannischen Truppen der Falangisten überlassen hat? Die Aufgabe dieses Viertels erleichterte die blutige Auslöschung des Widerstandes im Lager von Tel al Zatar.“

Wissen die zuständigen Herren nicht, daß diese Organisation im libanesischen Bürgerkrieg das von armen Schützen bewohnte Gebiet von Nabeh (Stadtviertel in Beirut, Liban) im Einverständnis mit den tyrannischen Truppen der Falangisten überlassen hat? Die Aufgabe dieses Viertels erleichterte die blutige Auslöschung des Widerstandes im Lager von Tel al Zatar.“

1. Kongreß des KB vom 4. bis 6. Januar 1980

Zum Stand der Kongreß – Vorbereitungen

Wegen der leidigen „Raumfrage“ braucht der schon seit geraumer Zeit geplante 1. Kongreß des KB jedenfalls nicht noch einmal verschoben zu werden. Seit rund zwei Wochen haben wir die feste Zusage für geeignete Räumlichkeiten (in Hamburg) in der Zeit vom 4. bis 6. Januar 1980.

Wie aber ist heute – zur drei Monate vor Kongreßbeginn – der Stand der vorbereitenden Diskussion und inhaltlichen Arbeit?

Insgesamt gesehen (und unabhängig von der Krise) tut sich die Organisation sehr schwer mit der Vorbereitung ihres 1. Kongresses. Von den rund zehn Resolutionen, die wir uns zur Beratung und Beschlußfassung für den 1. KB-Kongreß vorgenommen hatten, sind bis auf die Bereiche Antifa und „real existierender Sozialismus“ noch keine ausformulierten Vorlagen erstellt worden. Die Arbeitsgruppen, die auf dem Vorkongreß im Winter 1978/79 gebildet und mit der Abfassung von Resolutionsentwürfen beauftragt worden waren, haben sich in den meisten Fällen allenfalls ein/zweimal getroffen, Diskussions- und Thesepapiere erstellt (die im Rahmen von UNSER WEG veröffentlicht wurden).

Eine wirkliche, schriftlich nachvollziehbare Debatte zur Kongreß-Vorbereitung hat es bisher selbst zu den Themen kaum gegeben, zu denen (wie bei „realem Sozialismus“, „Stalinismus“) Resolutionsentwürfe zur Diskussion gestellt wurden. Zur Bündnispolitik z.B. oder zur Jugendpolitik ist seit dem Vorkongreß vom Dezember 1978 nicht mehr öffentlich weiterdiskutiert worden.

Ein besonders schwerwiegendes aktuelles Hemmnis für ein Aufholen des Rückstands in der Kongreß-Vorbereitung stellt die Fraktionsmacherei dar. „Zentrumaleitung“ und die von ihr entfachte Auseinandersetzung der Es soll in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, daß die „ZL“, die für die ideologische Stärkung des KB zu kämpfen vorgibt, sich (abgesehen vom Rechenschaftsbericht des LG, der auf dem Vorkongreß von einem Genossen der jetzigen Minderheit gehalten wurde) an der öffentlichen Kongreß-Diskussion bisher überhaupt nicht beteiligt hat.

Es wird im vor uns liegenden Vierteljahr also noch einige Anstrengungen und bewußte Systematik in der Diskussion und Schwerpunktssetzung erforderlich, um zu vermeiden, daß der 1. Kongreß des KB ein Flop wird.

Antifa

Dem Vorkongreß lag ein Resolutionsentwurf der Antifa-Kommission Hamburg vor (bitte Bezug nehmen auf die nummerierte Fassung in UW 27).

Die Antifa-AG des Vorkongresses empfahl die Organisation zur weiteren Vorbereitung des Kongresses folgendes:

- 1) Vorschläge für Streichungen, Ergänzungen, Sachkorrekturen formuliert einzureichen
- 2) zu strittigen politischen Fragen (Rolle der Nazis und der reichlichen Faschisierung/ neue NSDAP möglich – ja oder nein?) die öffentliche Auseinandersetzung zu organisieren;
- 3) durch Erfahrungsberichte unserer Antifa-AGs die Auseinandersetzung zur Antifa-AE-Politik zu entwickeln.

zu 1)

Es liegen reichlich Änderungswünsche vor. Hierbei besteht das Problem, den Entwurf nicht nur zu vielen Details zu überfrachten. Eine „Bereinigung“ des Entwurfs samt Änderungsvorschlägen mit dem Ziel einer agitatorischen Straffung wird vorgenommen werden müssen (Vorschläge siehe UW 27).

zu 2)

mit dem Ziel einer agitatorischen Straffung wird vorgenommen werden müssen (Vorschläge siehe UW 27).

zu 3)

Die Auseinandersetzung um strittige politische Fragen lief zunächst nur verhalten in Form von „Anfragen“, „Zweifeln“, „Unklarheiten“ usw., an. Diese konzentrieren sich auf Punkte wie:

- die Rolle der Bourgeoisie im historischen Prozeß der Faschisierung Deutschlands – grob: den Fragenkomplex, der 1972 wesentlich zwischen KB und KBW ausgeklüffelt wurde (Wille – Zwang/Übergang von „Weimar“ zum Faschismus/Fehler der KPD u.a.);
- den erreichten Grad der Faschisierung und zu erwartenden Entwicklung (Bedeutung des „Antifaschismus“/ist der „Apparat“ ausreichend entwickelt für Übergang zu Terror gegen die Massen/setzt die Bourgeoisie auf eine neue faschistische Massenpartei, nach Art der NSDAP?);
- wird die Rolle der Neo-Nazis über- oder unterbewertet?

Die Genossen Ha. und Kl. aus Göttingen stellten dann auf dem Kongreß-Arbeitsreffen Pfingsten 1979 in Hamburg den Antrag, sowohl den Resolutionsentwurf als auch die These von der „schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft“ abzuschätzen, weil das heute im KB vorherrschende Verständnis der These „schillernd“ sei und der Entwurf die heutige politische Lage völlig unzutreffend darstelle (Antrag und Begründung siehe UW 28).

Der Antrag wurde abgelehnt. Kl. und Ha. wurden beauftragt und verpflichtet sich, ihre Position durch die alsbaldige Vorlage einer Gegenresolution rechtzeitig vor dem Kongreß für die ganze Organisation diskutierbar zu machen. – Bedauerlicherweise liegt dieser Entwurf bisher nicht vor.

Es liegen aber inzwischen mehrere Antworten auf ihren Antrag (plus Begründung) vor, die im nächsten LW veröffentlicht werden sollen.

zu 3)

zur Auseinandersetzung um die Antifa-AE-Politik und -perspektive liegen bis heute praktisch keine Erfahrungsberichte vor. Dies muß als schwerer Mangel betrachtet werden, zumal allerorten lustig AE-Politik praktiziert wird. Auch zu den „Forderungen“ unter Punkt 10 des Entwurfs wurde bisher kaum Stellung genommen.

Weitere Planung

- a) es erscheint UW 30;
 - b) es wird im Oktober auf Grundlage von UW 30 die 4. Antifa Kongreß-Vorbereitungs-AG stattfinden.
- Aufgabe:**
- Debatte zu den Antworten an Ha. und Kl.;
 - Erstellung einer abstimmbaren Vorlage (einschließlich alternativer Passagen);
 - Einkleitung der Auseinandersetzung um die AE-Politik (gegebenenfalls noch Ergänzungsthesen zum Kongreß).

Wir bitten alle betroffenen Bereiche, Genoss(inen) um aktive Vorbereitung dieses Treffs. Bitte fragt notfalls bei uns an. Ort und Zeit greß).

Wir bitten alle betroffenen Bereiche, Genoss(inen) um aktive Vorbereitung dieses Treffs. Bitte fragt notfalls bei uns an. Ort und Zeit des Treffs wird im AK rechtzeitig bekanntgemacht.

Auf denn!

Antifa Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

...

„Real existierender Sozialismus“ und Stalinfrage

Die Arbeit der RGW Kommission hat in den letzten Monaten stark nachgewiesen, insbesondere was die AK-Berichterstattung angeht. In den letzten Wochen ist die Arbeit der Kommission zunächst durch Urlaub eingeschränkt und dann durch Kontroversen zwischen den Vertretern der „Kritik-Fraktion“ und den übrigen Mitgliedern bestimmt worden. Die Vertreter der „Kritik-Fraktion“ stellen in unserer Kommission die Mehrheit (4/3). Vertreter der ZL-Position gibt es nicht.

Konkrete Schritte der Kongreßvorbereitung außer dem Abfassen von Resolutionsentwürfen wurden bislang nicht angegangen, wenn auch dies öfters „erörtert“.

Zu den inhaltlichen Kontroversen.

1. Die erste Kontroverse entspannt sich um das Thema „Prager Frühling“. Strittig war, ob man den „Prager Frühling“ als konterrevolutionär ansehen könne oder nicht. In diesem Zusammenhang gab es Debatten um die Frage des Aufbaus revolutionärer Organisationen in den RGW-Staaten. Die eine Position bestand darin, dem Aufbau solcher Organisationen Priorität zuzumessen und das ideologische Niveau oppositioneller Bewegungen insbesondere am Vor-

handensein bzw. Fehlen marxistischer Organisationen zu messen. Dagegen wurde eingewandt, man müsse auch bürgerlich-demokratische Bewegungen begrüßen, da diese erst die Bedingungen für den Aufbau revolutionärer Organisationen schaffen. Die Frage des Aufbaus marxistischer Organisationen müsse heute zurücktreten vor dem Erkämpfen bürgerlich-demokratischer Freiheiten. Die Debatte um den „Prager Frühling“ wurde zum Teil im AK geführt.

– AK 134, „Babro, CSSR und DAP“, S. 47/48.

– AK 137, „Prager Frühling – konterrevolutionär?“, S. 39/40.

– AK 138, „Diskussion über den Prager Frühling“, S. 42.

– AK 139, „Sie geht weiter, die Debatte über den Prager Frühling“, S. 52/53.

2. Im Zusammenhang mit der Hamburger Bahro-Demonstration gab es eine Kontroverse um die Berechtigung derartiger Initiativen. Ein Leserbrief stellte dies in Frage und hob die Gefahr der Ausnutzung durch den Imperialismus über Gebühr hervor.

– AK 133, „Freiheit für R. Bahro“, S. 1 und 6.

– „Warum so schüchtern ...“, S. 6.

– AK 134, „Leserbrief zur Bahro-Solidarität“, S. 49.

– AK 136, Zwei Leserbrief zum gleichen Thema, S. 33 und 34.

3. Im Zusammenhang mit den vorgelegten Resolutionsentwürfen der RGW-Kommission gab es Differenzen zu verschiedenen Punkten. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß das im UNSER WEG 25 auf S. 29 abgedruckte Papier kein Resolutionsentwurf war und daß die Resolutionsentwürfe zur Außenpolitik der SU und zu der Opposition in der RGW-Kommission nicht vereinheitlicht waren.

a) Zur Einschätzung der UdSSR gibt es mehrere Ansätze. Der Kernpunkt des Streits besteht in der Frage, ob in der SU eine Schicht oder eine Klasse (neue Bourgeoisie) herrscht. Darauf aufbauend wird darum gestritten, ob die SU als kapitalistische Klassengesellschaft charakterisiert werden muß oder ob es sich um eine historisch neue Gesellschaftsformation handelt, die mit dem begrifflichen Instrumentarium der Kapitalismusanalyse nicht hinreichend klassifiziert werden kann. Zu diesem Komplex gehört die Frage, ob wir davon ausgehen müssen, daß der Restrukturierungsprozeß in der SU abgewandert ist.

Der Restrukturierungsprozeß ist erst dann abgeschlossen, wenn das roll-back des Imperialismus beendet ist, d.h. ein „klassischer Kapitalismus“ wiederhergestellt ist.

Der Restrukturierungsprozeß ist erst dann abgeschlossen, wenn das roll-back des Imperialismus beendet ist, d.h. ein „klassischer Kapitalismus“ wiederhergestellt ist.

UW 25, „Resolutionsentwurf der RGW-Kommission“, S. 29.

„Änderungsvorschläge“, S. 30.

UW 27, „Stellungnahme zur LG-Erklärung“, S. 20, „An die RGW-Kommission“, S. 26.

UW 28, „Zur Stalin-Frage“, S. 16, „Auch im KB – Stalin ade!“, S. 20, „Stellungnahme zum Resolutionsentwurf der RGW-Kommission“, S. 21 (zu der Frage liegt noch ein unveröffentlichtes Manuskript vor).

b) Ähnliche Differenzen gibt es bei der Einschätzung der Außenpolitik der SU. Ist diese als imperialistisch anzusehen oder als wie auch immer geartet mit „Tendenzen zum Imperialismus“, „imperialistischen Zügen“ etc. pp. Dazu gehört die Frage, was in den Beziehungen zwischen UdSSR und USA vorherrschend ist. Die Kooperation oder die Konkurrenz und die Frage der Gefahr eines bewaffneten Konfliktes zwischen den Blöcken.

– UW 25, „Internationale Lage und proletarischer Internationalismus“.

– UW 27, „Stellungnahme zur LG-Erklärung“, S. 20, „Anmerkung zur Diskussion um die Gefahr eines 3. Weltkrieges“.

– UW 28, „Zur Außenpolitik der SU“ (zur letztgenannten Resolution liegt noch ein unveröffentlichtes Manuskript vor).

c) Zum Resolutionsentwurf „Politische Opposition in den RGW-Ländern“ gibt es meines Wissens noch keine grundsätzliche Kritik.

4. Die meisten Kontroversen gibt es um die Stalin-Frage. Das Spektrum reicht hier von der Einschätzung Stalins als „im wesentlichen korrekt“ (auf der Linie der Polemik über die Generallinie „“) bis hin zu Stalins

völliger Verdammung. Problematisiert wird dabei die These, der Revisionismus habe mit dem XX. Parteitag der KPdSU gesiegt. Einige Diskutanten vertreten, der Revisionismus habe bereits zu Lebzeiten Stalins dominiert. Streipunkte im Verlauf der Kongreßdebatte im UW:

a. Schicht oder Klasse? (s.o.)

b. Die Bedeutung der Person J.W. Stalins für die Entwicklung. Personifizierung der Kritik oder Klassenanalyse. Rolle der „Bürokratie“.

c. Ist es berechtigt von einer „Stalin-Gruppe“ zu sprechen? Wann muß von einem Rechtsruck geredet werden? (Gleich nach Stalins Antritt als Generalsekretär?)

d. Verhältnis zwischen UdSSR und den kommunistischen Parteien. Wie bestimmend war der Einfluß der KPdSU? (Streit im UW 29 zwischen der „AG der Fraktion“ und „KT.“)

e. Welche Rolle spielten die Säuberungen für den Sieg des Revisionismus?

f. Wie müssen Industrialisierung und Kollektivierung eingeschätzt werden? Diese Frage ist bisher nur gestreift worden. Hauptsächlich wurden die Methoden untersucht, die Inhalte sind ziemlich „Brachland“.

– Statin-Frage vor der Kongreßdebatte.

– LW 16/17, „Zur Auseinandersetzung mit den ABC“, S. 24.

– AK 125, „Stalinismus contra Maoismus“, S. 55/56.

– AK 126, „Leserbrief zum Artikel“, S. 61/62.

– AK 127, „Eine Debatte hat begonnen“, S. 61.

– AK 127, „Noch einmal zum Artikel“, S. 61.

Insgesamt leidet die bisherige Debatte daran, daß kaum versucht wird, die Begriffe zu klären. Es ist beispielsweise völlig offen, was die Verfasser des „Resolutionsentwurfes“ im LW 25 unter Aneignung „großer Teile des gesellschaftlichen Mehrprodukts“ verstehen, was unter „Bürokratie“ zu verstehen ist usw. ufl

1./ RGW-Kommission

...

Internationalismus

Die Arbeitsgruppe Internationalismus hatte Ostern eine Tagung veranstaltet. Die zweitägige Diskussion behandelte die Themen: 3. Welt und Imperialismus; 3. Welt und Sowjetunion; internationale Rolle der Sowjetunion; internationale Rolle der Sowjetunion, Kriegsgeschichte und 3. Welt. Es wurde festgestellt, daß zu den weiteren Themen „EG-Imperialismus und BRD-Imperialismus“ sowie „Klassenkämpfe in Westeuropa“ zunächst noch mehr Untersuchungsarbeit geleistet werden muß.

Die Diskussion war stark von den aktuellen Ereignissen (Umsturz in Kambodscha, Einmarsch Chinas in Vietnam) beeinflusst. Die wichtigsten Thesen zeigten ein breites Spektrum von z.T. sehr gegensätzlichen Ansichten. Die aufgeführten Meinungen spiegeln keine Quantitäten wider (etwa im Sinne von „beachtlichen Strömungen“ o.ä.), sondern geben lediglich Überlegungen wieder, die geäußert wurden.

1. Welt und Imperialismus

Während das Proletariat in den imperialistischen Ländern in der Defensive ist, sind die Völker der 3. Welt die entscheidenden ant imperialistischen Kräfte. Dagegen stand die Meinung, daß die 3. Welt wurde so „heroinisiert“, entscheidende Veränderungen werden nur vom Proletariat in den imperialistischen Metropolen ausgehen können.

Eine weiter diskutierte These ist, daß der innere Zustand der Länder der 3. Welt zur Revolution „drängt“, die vom Imperialismus nicht aufgehalten werden kann. Deshalb sei die 3. Welt die derzeitige revolutionäre Hauptkraft in der Welt.

3. Welt und Sowjetunion

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob man nicht heute von einer „revisionistischen Versenkung“ derjenigen Länder der 3. Welt sprechen müsse, die sich eng an die UdSSR anlehnen. Als Beispiel hierfür wurde

Kuba genannt, das teilweise als Subimperialist der UdSSR auftritt.

Dagegen wurde eingewandt, die Abwertung von Bewegungen, die von der UdSSR unterstützt werden bzw. die um Unterstützung bitten, sei nicht ant imperialistisch, sondern antisozial imperialistisch! Entscheidend sei die innere Entwicklung dieser Länder. Wir seien aufgefordert, uns auf den Standpunkt der 3. Welt zu stellen.

– Internationale Rolle der Sowjetunion

Für die Politik der UdSSR wurde angeführt, sie sei der NATO hoffnungslos unterlegen und am stärksten von dieser bedroht. Deshalb bemühe sie sich stärker um Bündnispartner, auch bei den revolutionären Kräften.

Dagegen stand die Meinung, daß es eine Verharmlosung der Rolle der UdSSR sei, nach Zwingen als Begründung zu suchen. Ihr Verhalten gegenüber den Befreiungsbewegungen sei taktischer Natur und entspreche eigenen Machtinteressen.

– Kriegsgeschichte und 3. Welt

Die eine Position geht davon aus, daß sich die Kriegsdrohungen in erster Linie gegen die 3. Welt richten. Der Imperialismus könne zwar mit der UdSSR leben, nicht aber mit der Revolution in der 3. Welt. Er werde deshalb versuchen, die 3. Welt gewaltsam in den Griff zu bekommen, weshalb diese das strategische Ziel des nächsten Krieges ist.

Dagegen wurde geäußert, daß sich die Aufrüstung der Imperialisten hauptsächlich gegen die UdSSR richtet. Der Schutz der UdSSR für eine Reihe von Ländern habe bisher einen Weltkrieg verhindert.

Der Tagung lag ein Entwurf für eine Internationalismus-Resolution vor, zu dem Kritik zusammengetragen wurde.

Zum Thema Kriegsgeschichte gibt es inzwischen ein neues Diskussionspapier, weitere Thesepapiere waren zu zeichnen.

Wir werden versuchen, für etwa Ende Oktober eine neue Arbeitsgruppe vorzubereiten, zu der wieder jeder interessierte Genosse/in eingeladen ist. Dazu wollen wir uns zunächst bemühen, endlich das versprochene Protokoll der letzten Tagung herzustellen und zu veröffentlichen. Wir bitten alle Interessierten Genoss(inen), Diskussionsbeiträge (möglichst schriftlich) zu erarbeiten und uns bei der Vorbereitung der Tagung zu helfen.

...

...

Frauen

Bisherige Publikationen zur Diskussion.

- UW 25: Referat auf dem Vorkongreß;
- Mitarbeit bzw. Zusammenarbeit im/mit der ZRK
- UW 27: Ergänzungen bzw. Änderungen zum Referat in UW 25
- UW 28: Stellungnahme zur Antifa Resolution und Ergänzungsvorschläge zum Thema Frauen/Antifa

Einige weitere Artikel, die zwar nicht direkt zum Thema gehören, die aber in der Vorbereitung eine Rolle gespielt haben:

- AK 149: Autonome Strukturen im ML
- AK 147: Leserbrief zur Gewalt gegen Frauen im KB
- AK 146: Zum Herangehen von Genossen an Genossinnen

Dann im weiteren zur organisierten Fortführung der Diskussion:

- AK 151: Zwischenbilanz der Frauendiskussion
- AK 155: 1. Frauenversammlung im KB
- AK 155: Wie rauskommen aus der Sackgasse?

Darüber hinaus liegen noch einige bisher nicht veröffentlichte Beiträge vor. So von zwei Genossinnen aus Münster zur Frage der Strukturen. Ein grundsätzlicher Änderungsvorschlag zum Frauenreferat liegt aus Göttingen vor, der jedoch noch nicht vollständig ist.

Als besonderen Mangel empfindet die AG Frauen, daß bisher keine Beiträge zur Statutfrage vorliegen, bis auf die Frage der Frauenzeilen. Nicht diskutiert wurde dagegen bisher, wie die besondere Förderung und Unter-

Anmerkungen zur „Krisenliteratur“

Ha., Göttingen, ist im AK 156 auf Probleme der sogenannten „Krisenliteratur“ eingegangen. Genannt wurden von ihm „Rubinroter Dschungel“ (Rita Mae Brown), „Die Scham ist vorbei“ (Anja Meulenbelt) und „Häutungen“ (Verona Stefan).

Das Thema der „Krisenliteratur“ wurden dann im AK 160 von der „Zentrumaleitung“ vertiefend aufgegriffen. Behandelt wurden dabei wieder nur die drei von Ha. genannten Bücher.

Daß „Häutungen“ in diesem Zusammenhang genannt wird, deutet schon auf die Fragwürdigkeit des Begriffs „Krisenliteratur“ hin. Eine Kritik dieses Buches erschien im AK 92, November 1976, also einige Zeit vor der Organisationskrise des KB. Als diese Buchkritik erschien, war „Häutungen“ schon monatelang innerhalb des KB im Gespräch gewesen. Ebenfalls im Gespräch waren damals „Der kleine Unterschied“ von Alice Schwarzer und das Buch von Shulamith Firestone. Ein direkter Zusammenhang dieser Bücher (bzw. ihrer wohlwollenden Aufnahme im Tadel der Organisation) zur Krise ist also kaum herzustellen.

Andererseits fällt es uns auch schwer, ein Buch wie den „Rubinroten Dschungel“ als „Krisenliteratur“ einzuordnen, da es mit linker Politik (bzw. deren Krise) ungefähr soviel zu tun hat wie die Ziehung der Lottzahlen. Unter dem Stichwort „Krisenliteratur“ gäbe es gewiß Sinnvolles zu besprechen als ausgerechnet diesen Roman. Trotzdem wollen wir uns hier zunächst darauf beschränken, einige Anmerkungen zur Behandlung dieser Bücher („Rubinroter Dschungel“ und „Die Scham ist vorbei“) durch die ZL im AK 160 zu machen.

Subjektivismus und/oder Buchbesprechung

Zuzustimmen ist den Genossen der ZL, soweit sie sich gegen einen Subjektivismus wenden, der in den letzten Monaten in AK-Buchbesprechungen zu finden war. Subjektivismus heißt hier, daß von vornherein auf den Versuch verzichtet wird, das

„Buch“ zu verstehen, das vor uns liegt, auf den Versuch verzichtet wird, das betreffende Buch allseitig und dialektisch (mit seinen positiven und negativen Seiten) einzuschätzen. Stattdessen wurden häufig in erster Linie subjektive Eindrücke von Textaspekten gegeben, wie etwa: „Dieses Buch hat mich durch seine Ehrlichkeit unheimlich beeindruckt“, „Dieses Buch hat mich persönlich angesprochen“ etc. Anschauungsmaterial dafür liefern die beiden Besprechungen zum „Rubinroten Dschungel“ und die Besprechung zu „Die Scham ist vorbei“ im AK 157. Subjektivistische Besprechungen dieser Art helfen wenig, Bücher gesellschaftlich einzuordnen und dazu so etwas wie einen „kommunistischen Standpunkt“ zu entwickeln.

In genauer Umkehrung bzw. Umstülpung dieser subjektivistischen Herangehensweise hat die ZL im AK 160 zur Stempel-Methode gegriffen. Der „Rubinrote Dschungel“ ist „im wesentlichen ein stockreaktionäres Buch“, „Die Scham ist vorbei“ ist eine „feministische Kampfschrift gegen den Kommunismus“. Und wieder haben wir ein bloßes Machwerk der Bourgeoisie entlarvt!...

Eine Genossin der AG Frauen hat im AK 159 versucht, zugleich mit einer sehr kritischen Einschätzung von „Die Scham ist vorbei“ auch deutlich zu machen, durch welche Elemente dieses Buch Sympathie und Identifizierung wecken kann. Diesem Versuch einer allseitigen, dialektischen Wertung des Buches widerspricht die ZL ausdrücklich im AK 160. Das Buch habe „nicht zwei Seiten“, sondern sei reinweg „Kampfschrift gegen den Kommunismus“ – und damit basta! Wir hingegen meinen, daß die Stempel-Methode wenig geeignet ist, den tatsächlich komplexen, zersplitterten Entwicklungen und Erscheinungen in den aktuellen Bewegungen gerecht zu werden, ebenso wie diese Methode auch nicht dazu hilft, den von solchen Büchern ausgehenden Einfluß begriffbar zu machen.

Ein stockreaktionäres Buch?

Der „Rubinrote Dschungel“ wird von der ZL bezeichnet als „ein stockreaktionäres Buch, das auch für die Masse der unterdrückten Homosexuellen keinerlei positiven Wert hat“. Es sei „ein bürgerliches Buch, dem bestenfalls ein ‚aufgeklärter‘ Kapitalismus vorschwebt“.

Zunächst einmal: „Fortgeschrittlich“ ist der Roman ganz gewiß

nicht. Er ist so „unpolitisch“ wie ein Roman überhaupt nur sein kann. Im Vordergrund steht der unbekümmerte Egozentrismus der Autorin, die sich als lesbische Frau ganz allein „durchzuboxen“ versucht, um zu gesichertem Wohlstand zu gelangen und Karriere als Filmemacherin machen zu können. Das ist püffig und sympathisch beschrieben. Vom Standpunkt der Frauen und/oder Lesben-Bewegung enthält das Buch aber auch irgendwelche anti-linken Passagen.

Wenn dieser Roman allerdings „stockreaktionär“ sein soll, so mußte man 99,5% der Literatur und Filme der Vergangenheit und Gegenwart ebenfalls mit diesem Stempel versehen. Ein solches Vorgehen wiederum würde dem Begriff „reaktionär“ jeden Sinn nehmen. Als Marxisten wissen wir, daß die herrschende Kultur von der Ideologie der herrschenden Klasse geprägt und durchdrungen ist. Selbst die klassischen, scheinbar ideologisch lupenreinen alten „proletarischen Romane“ entziehen sich der herrschenden Ideologie nicht total, indem sie nämlich z.B. vielfach das traditionelle Frauenbild, traditionelles Rollenverhalten reproduzieren. Da es immerhin kann man dem „Rubinroten Dschungel“ nicht vorwerfen.

Dem „Rubinroten Dschungel“ anzulasten, daß der Roman keinerlei kollektive Kampfperspektive weist, sondern nur den individuellen „Weg nach oben“ darstellt, verkennt die reale Situation. Wahrscheinlich verdient dieses Buch seinen Erfolg gerade der Tatsache, daß es der konkreten Erfahrung vieler Schwuler und Lesben entspricht, die letztlich – auch wenn sie sich an den sozialen Kämpfen beteiligen – immer wieder individuell den Widrigkeiten und repressiven Mechanismen des kapitalistischen Alltags gegenüberstehen. Ob das Buch mehr nach vorn weist oder eher zurück, kann überhaupt nicht auf der Grundlage einer Analyse der konkreten Situation der Lesben- und Schwulenbewegung bestimmt werden. Dazu seien wir uns selbstverständlich nicht in der Lage, das ist auch in den bisherigen Buchbesprechungen nicht problematisiert worden. Der Erfolg dieses Buches scheint allerdings daraufhin zu deuten, daß es ein tatsächliches Bedürfnis anspricht, sich als Lesben/Schwule auch auf der individuellen Ebene Mut machen zu lassen. Dafür ein Bedürfnis, das unsere Womane heute von keiner revolutionären Literatur erfüllt wird. Solange das so ist, kann Geschimpfe über angeblich „stockreaktionäre“ Bücher gar nichts nutzen.

Eine antikomunistische Kampfschrift? „Die Scham ist vorbei“ ist laut ZL eine „feministische Kampfschrift gegen den Kommunismus“. Dieses Urteil wird wohl jeden, der das Buch einmal gelesen hat, durch seine Maßlosigkeit verblüffen. Tatsächlich enthält das Buch bei 300 Seiten nur ca. 20 Seiten, die antikomunistischen Inhalt haben (vgl. dazu Besprechung einer Genossin der AGF im AK 159, S. 28). Auf diesen 20 Seiten werden die dümmsten Klischees und Sprüche gegen „die MLer“ zusammengeschüttelt. Wegen dieser 20 Seiten aber das ganze Buch als „antikommunistische Kampfschrift“ zu begreifen und das gar als den eigentlichen Hauptzweck des Buches zu interpretieren, ist total einseitig. Ebenso gut könnte man das Buch als „Kampfschrift“ gegen „reaktionäre“ und „sektiererische Tendenzen“ in der Frauenbewegung begreifen, denn auch die kommen in dem Roman der Meulenbelt nicht gut weg. Wer den Roman selbst nicht gelesen hat, könnte bei dem Begriff „feministische Kampfschrift“ auf sonderbare Einfälle kommen. Daher muß ausdrücklich festgestellt werden: Es handelt sich um einen Roman, nicht um die Entwicklung irgend einer Art Ideologie oder Politik für „die“ Frauenbewegung. Wie weit die romanhafte Schilderung vornehmlich über Beziehungen – den Charakter einer „feministischen Kampfschrift“ beinhaltet, müßte von der Frauenbewegung selbst beantwortet werden. Wir vermuten immerhin, daß sich viele Feministinnen und Lesben für diese Art von „Kampfschrift“ herzlich bedanken

werden, da die Schilderungen der Meulenbelt nur wenig mit feministischen Prinzipien gemeinsam haben.

„Die Scham ist vorbei“ ist die breitgetretene Selbstbespiegelung einer Frau, die sich als „marxistische Feministin“ definiert, aber auf 300 Seiten ihre politische Arbeit und Überzeugung nur „nebenbei“ erwähnt. Statt Politisches und „Privates“ miteinander zu verknüpfen, gerät das Buch immer wieder zum wohlklingenden Wühlen in der eigenen Seele. Daß sich Frauen davon angesprochen fühlen könnten, wie hier „schamlos“ der Egozentrismus und die Konkurrenz unter Frauen breitgewälzt werden (die Autorin ist z.B. mehrmals damit befaßt, anderen Frauen die (Ehe-)Männer wegzufangen) wäre verblüffend. Daß solche Schilderungen allerdings ein typischer Ausdruck feministischer Ideologie sein sollen, glauben wir nicht. Oder man müßte den Feminismus mal völlig neu definieren! Anja Meulenbelt lehnt in ihrem Roman weder eine Zusammenarbeit noch ein (sexuelles) Zusammenleben mit Männern ab. Im Gegenteil: Sie bezieht sich mehr auf Männer als auf Frauen, sowohl in der politischen Arbeit wie in ihrer Sexualität. Sätze wie „Die antikomunistischen Thesen der Meulenbelt leiten sich aus ihrer feministischen Theorie ab“, oder es gehe der Meulenbelt darum, „ihre Beziehungen zur holländischen Sozialdemokratie zu festigen, also Frauen aus linken Organisationen herauszubrechen“ (ZL im AK 160) sollten zumindest mal konkretisiert werden. Verfügt die ZL über bisher von ihr nicht offengelegte Hintergrundinformationen, die dem Thesen belegt? Aus dem Buch selbst kann sie jedenfalls diese Thesen nicht herleiten. Interessant wäre auch, ob alle Feministinnen in Wirklichkeit verkappte Sozialdemokratinnen sind, die nur die Frauen von den linken Organisationsformen weglocken wollen, oder ob Anja Meulenbelt damit nach Ansicht der ZL eine besondere Strömung des Feminismus vertritt.

Exkurs über Frau Knittel

Exkurs über Frau Knittel

Auf S. 284, fast schon als Höhepunkt des Buches, schlägt Anja Meulenbelt auf einem Frauentag, der ihrer früheren Freundin Anna ins Gesicht, um sich danach „stolz“, „fröhlich“ und befreit zu fühlen. Eine weibliche Version des Herrn Knittel, kein Zweifel!

Die ZL wagt in ihrer Polemik gegen den Feminismus diese Szene aus, wer will es ihr verdenken. Im „Krisenliteratur“-Artikel wird diese Szene erwähnt, ohne ein Wort zu den Hintergründen zu sagen. Man erfährt dort nur, daß es sich um Anjas ehemalige Freundin handele. Im „Grauzonen“-Artikel wird die ZL etwas ausführlicher: „Der als Befreiung gefeierte Schlag der Meulenbelt ins Gesicht ihrer ehemaligen Freundin (weil diese nicht in der gewünschten Weise bereit war, Mann und zwei Kinder aufzugeben), ist bloß ein besonders knorrer Ausdruck dieser Tendenz“ – nämlich der Entsolidarisierung, die laut ZL fester Bestandteil des Feminismus ist. „Bekanntlich“ lehnen es „die Feministinnen“ ja ab, mit Männern zusammenzuleben. So folgt im „Grauzonen“-Artikel auch gleich der (eigenwillig zurechtgebogene!) Hinweis, im Braunschweiger KB sei einer schwangeren Genossin Unterstützung verweigert worden, weil sie mit einem Mann zusammenlebe! ZL-Kommentar: „Meulenbelt darf sich

freuen“. Erstaunlich nur, daß Anja Meulenbelt im Roman immer wieder ihr eigenes Zusammenleben mit Männern schildert, gar selbst ein Kind hat! Und die Geschichte mit der Freundin Anna verhält sich so. Anja Meulenbelt hat zunächst eine Beziehung zu Agnes Ehemann Ton. Erst viel später lernt sie auch Anna kennen und beginnt dann mit dieser eine lesbische Beziehung, ohne das Verhältnis zu Ton abzubauen. Die drei leben also zusammen, Anja Meulenbelt kümmert sich mit um die Kinder. Sie hat niemals den Anspruch, daß Anna ihrerwegen „Mann und Kinder aufgeben“ müßte. Es ist vielmehr Ton, der diese Beziehung nicht mehr akzeptiert und mit psychischer Repression reagiert, nachdem Anja sich von ihm getrennt hat. Anna hält diesem Druck ihres Mannes letztlich nicht stand, was von Anja Meulenbelt als „Verrat“ interpretiert wird.

Vom Standpunkt der Frauensolidarität aus ist das Verhalten der Meulenbelt nicht gerade rühmlich. Aber es gehört schon eine starke Portion Dreistigkeit dazu, diese Episode über den Leisten „Feministin schlägt Frau, weil diese ihrerwegen nicht Mann und Kinder verlassen will“, zu schlagen.

Noch dreister ist die pauschale Wendung dieser Episode im „Krisenliteratur“-Artikel: „Meulenbelt belegt hier (mit ihrer Schilderung dieser Episode) recht anschaulich, wie sich der ektäre und egozentrische Emanzipationsbegriff der kleinbürgerlichen Frauenbewegung gegen die Frauensolidarität kehrt“. Nachgerade wird das Verhalten der Meulenbelt – das zudem nicht im Zusammenhang dargestellt wird – als typisch für die Begriffe und Vorstellungen des Feminismus hingestellt. Im „Grauzonen“-Artikel wird dieser Versuch fortgesetzt. Das ist der Versuch, ideologische Auseinandersetzung durch verallgemeinerte Skandalgeschichten („Die Feministinnen prügeln andere Frauen, wenn diese sich ihren Doktrinen nicht unterwerfen“) zu ersetzen. Im besten Fall können wir damit erreichen, daß man uns außerhalb des KB nicht mehr ernst nimmt. In Verbindung mit dem Versuch, die ZL nicht mehr ernst nimmt, in Verbindung damit ist der Satz im selben Artikel, daß „unser Verhältnis zur Frauenbefreiung ... ungetrübt sein“ sollte, blanker Hohn.

Die Art, wie hier über den „ektären und egozentrischen Emanzipationsbegriff der kleinbürgerlichen Frauenbewegung“ anhand einer unzulässigen Verallgemeinerung hergefallen wird, paßt wahrhaftig viel besser in den KB als in den KB. Die kleinbürgerliche Frauenbewegung hat viele Strömungen und „Emanzipationsbegriffe“, diese Bewegung ist nichts Stilles, Fixiertes, sondern befindet sich selbst in der Entwicklung. Die ZL hat darum auch Unrecht, wenn sie so entschieden dagegen Front macht, „Anleihen beim Feminismus zu machen“ – mit dem Hinweis, daß bei den „Klassikern“ doch schon alles Nötige zu finden sei. Ob das so ist, oder ob wir über die „Klassiker“ hinaus vielleicht auch heute noch manch Nützliches hier und da lernen können, wird sich erst in der Praxis zeigen müssen. Wer will denn ernstlich bestreiten, daß wir heute die Frauenfrage mit einem weiteren Verständnis angehen als etwa die KPD der 20er Jahre? Und das hat nichts mit den Impulsen zu tun, die wir auch aus der kleinbürgerlichen Frauenbewegung bekommen haben? Ja Leute, wenn wollt ihr dem heute

noch so eine Geschichten aufsuchen?

Was für Buchbesprechungen brauchen wir?

Buch- und Filmbesprechungen im AK werden es zukünftig schwer haben, dem kritischen Blick der ZL und ihrer Anhängerschaft standzuhalten. Da 99,5% der gesamten Kultur ohnehin bürgerlich geprägt sind und die restlichen 0,5% „fortschrittliche“ Kultur auch alles andere als lupenrein sind (KB-eigene Kultur gibt es bisher so gut wie gar nicht!), wird der Stempel „stockreaktionär“ oder „Kampfschrift gegen den Kommunismus“ zukünftig wohl ziemlich oft geschwungen werden müssen, falls man/frau sich nicht den Tadel der ZL und ihrer Freunde zuziehen will.

Nehmen wir z.B. die Arbeiten demokratischer Filmemacher, die seit dem düsteren „deutschen Herbst“ 1977 entstanden sind. Kaum ein Film ist dabei, der eine kämpferische, vorwärtswende Perspektive zeigt. Fast alle zeigen sie Angst, Ohnmacht, Ausweglosigkeit, Resignation. Insofern sind diese „Krisenfilme“ in ihrer Wirkung wahrscheinlich viel negativer als z.B. der heitere, unbeschwerte Scheinmänner-Roman „Rubinroter Dschungel“. Trotzdem wäre es falsch, ihnen das Etikett „stockreaktionär“ aufzuleben. Wir können es nicht den demokratischen Kulturschaffenden anlasten, wenn sie eine Wirklichkeit wiedergeben, die nicht gerade von broten proletarischen Klassenkämpfen und allgemeiner Zuversicht geprägt ist. Das heißt nicht, daß diese Filme nicht analysiert und kritisiert werden sollen. Das heißt nur, daß ein Film oder Buch nicht einfach als „stockreaktionär“ abgekanzelt wird, weil es mehr der vorherrschenden Realität der kleinbürgerlichen Situation als unserer revolutionären Kampfperspektiven entspricht.

Das Buch von Anja Meulenbelt beispielsweise ist tatsächlich kein besonders „fortschrittliches“ Buch. Das begibt aber weniger an den 20 Seiten gegen „die MLer“, die in anderen Zusammenhängen vielleicht in Kauf zu nehmen wären, sondern gegen „die MLer“, die „ih“ drohen. Zusammenhängen vielleicht in Kauf zu nehmen wären, sondern an der (durchaus nicht „orthodox“ feministischen!) Haltung der Autorin zur Frauenfrage, soweit sie sich in diesem Roman widerspiegelt. Insofern können uns weder subjektiv noch gefälschte Lobeshymnen auf dieses Buch noch die ebenso subjektivistische Einordnung dieses Buches als „antikommunistische Kampfschrift“ zufriedustellen. Viel interessanter wäre es, Informationen darüber zu bekommen, wie dieser Roman in den Niederlanden selbst zum einen in der Frauenbewegung und zum anderen bei der Linken „angekommen“ ist. Wird er von der Frauenbewegung als Ausdruck ihrer Erfahrungen und Ziele begriffen? Ist er auf Kritik gestoßen? Wo „steht“ Anja Meulenbelt heute? Was macht die politische? In der Vermittlung solcher Art von Hintergrundinformationen liegt unsere Meinung nach eine wesentliche Aufgabe des kommunistischen Politik. Mit einer solchen Politik wären wir auch in der Lage, tatsächlich kleinbürgerliche Kräfte anzupacken, ihnen auch auf die Seite Gebot Informationen zu bieten – wie wir es auf anderen Sektoren (z.B. Antifa, AKW's, alternative Wahlbewegung) anerkanntermaßen schon recht gut tun.

Genoss(inn)en des LG und der AG Frauen



Stellungnahme der Zentrums-Leitung

Der uns diesmal für den AK zur Verfügung stehende Raum (etwa 2 Seiten) reicht selbstverständlich nicht aus, das ziemlich gewachsene Paket diverser Streitfragen umfassend zu beantworten. Die beiden LG(Mehrheits)-Artikel in AK 162 („Zwei Wege der Krisenbewältigung“ und „Anmerkungen zu...“, S. 41,42) über „Utopismus“ und „Entsolidarisierung“ bringen z.T. wirklich „ganz neue Vorstellungen“ zur „Krisenbewältigung“ und auch „neue Erkenntnisse“ zum Charakter einer kommunistischen Organisation. Diese Artikel können wir jetzt nur kurz streifen. Wir werden uns bei Gelegenheit damit ausführlicher auseinandersetzen, vor allem auch mit den in ihnen enthaltenen Widersprüchen, unterschiedlichen Vorstellungen untereinander und zum „80%-Artikel“ („Weiter am Rande des Abgrunds“, AK 162, S. 39ff.). Dasselbe gilt für den ebenfalls in AK 162 gebrachten Artikel („Thesen zur Krise“ von „F., Antifa-Kommunisten“, einem AK-Redakteur und hartenkritischen Vertreter der Mehrheits-Position (80%)), der offenbar v.a. ein neues Gefühl für wissenschaftliches Arbeiten und profunde Untersuchungsergebnisse und Sachkenntnis vermitteln soll, was heute ja gern gegen „Schärfte“ bei der ideologischen Auseinandersetzung ausgespielt wird.

Im Artikel „Weiter am Rande des Abgrunds“ nimmt die LG-Mehrheit zu drei Problemkreisen Stellung, auf die wir eingehen wollen: „Zweckbündnis“, ideologischer Kampf (nach innen) und das sog. „Hineinstupfern“ in fremde Bereiche.

„Zweckbündnis“ oder „Spielwiese“

Die LG-Mehrheit eröffnet, wir wür-

den unterstellen, wie selbst „schäre Angst vor der leninistischen Organisation“. Diese Pauschal-Unterstellung kennzeichnet u.E. einen bedauerlichen, zu maßloser Übertreibung neigenden Diskussionsstil um ganzen Artikel der LG-Mehrheit. Tatsächlich haben wir in einem Artikel („Angst ist ein schlechter Ratgeber“, AK 161) eine Genossin der LG-Mehrheit an einem ganz konkreten Beispiel vorgeworfen, daß er in der Polemik gegen uns soweit gegangen ist (ausgerutscht ist!), daß er den „Zweckbündnis“-Charakter einer kommunistischen Organisation und das freigelegte Schlagen von Frau und Kind assoziiert und damit einen ursächlichen Zusammenhang zwischen beiden suggeriert. Das sei — so haben wir argumentiert — Angstmache vor der leninistischen Organisation (die nach unserem Verständnis vom „Zweckbündnis“-Charakter bestimmt ist).

Wir nehmen aber gern zur Kenntnis, daß die LG-Mehrheit die allgemeine „Entsolidarisierung“ nicht „auf den zu starken „Zweckbündnis“-Charakter der KB“ (AK 162, S. 39) zurückführt.

Ausgangspunkt im derzeitigen Streit um den „Zweckbündnis“-Charakter waren unsere Überlegungen (in AK 160, „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“), was wir heute als überhöhte Erwartungshaltung an die Leistungsfähigkeiten der KB bei Bemühungen um „Emanzipation“ seiner Mitglieder („Utopismus“) ansehen sollten und was für „machbar“. Wir argumentierten (in AK 160), daß diese Frage die weitergehende Frage nach dem Charakter unserer Organisation

aufwirft (in welchem konkretes Verhältnis sollen „Zweckbündnis“- und „Keimform“-Charakter des KB zueinander stehen). Später (in AK 161, „Angst ist ein schlechter Ratgeber“) kamen wir noch einmal — weniger prinzipiell — auf diese Frage zurück. Dort argumentierten wir, daß wir diese Frage im konkreten Zusammenhang mit der Reorganisation unserer politischen Schlagkraft beantworten sollten und nicht losgelöst von ihr (wie in letzter Zeit oft geschehen). Daß wir überhaupt Probleme der „individuellen“ oder „kollektiven Emanzipation“, des „Kampfes gegen die Entsolidarisierung“ oder die „Einbringung des Persönlichen/Privaten in die Politik“ in diesen Zusammenhängen — und nicht losgelöst von ihnen — diskutiert haben, hat uns sofort allerhand Angriffen, Polemiken und Verdächtigungen ausgesetzt, die alle auf den Vorwurf hinausliefen, wir wollten in Wahrheit keinen Kampf gegen die Entsolidarisierung, wir wollten in Wirklichkeit die Einbringung des „Privaten in die Politik“ (in den AK) verhindern etc. pp.

Der Artikel „Zwei Wege zur Krisenbewältigung“ der LG-Mehrheit He. und mehr noch der Artikel „Anmerkungen zu...“ der beiden LG-Mitglieder De./HH. versuchen genau diese Zusammenhänge wieder zu zerreden.

Wir haben geschrieben — und in vielen inzwischen gelaufenen Diskussionen immer wieder darauf hingewiesen — daß für uns der „Zweckbündnis“-Charakter zur Zerschlagung des Kapitalismus, zur Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft (in Abgrenzung zur „Keimform...“) das be-

stimmende Element (Hauptseite) jeder kommunistischen Organisation zu sein hat. Demgegenüber soll der Charakter des KB (und anderer kommunistischer Organisationen) als „Keimform einer neuen Gesellschaft“ keineswegs verschwinden oder untergebuttert werden. Diese Seite einer kommunistischen Organisation bleibt aber untergeordnet und zwar solange, bis — in einem späten Stadium nach der sozialistischen Revolution — „die Partei“ zusammen mit „dem Staat“ schrittweise absorbiert. Jede andere Sichtweise — und die Krise stärkt eben „umfassend“ diese „andere“/falsche Sichtweise — zerstört schrittweise das Wesen kommunistischer Organisation.

Die Zerstörung des „Zweckbündnis“-Charakters einer kommunistischen Organisation, und damit ihre Zerstörung selbst, läuft prinzipiell auf zwei Wegen: Einmal darüber, daß eine allgemeine Verweigerungs-Tendenz um sich greift, sich die Mitglieder der Gruppe Schritt für Schritt von der Arbeit zurückziehen (mit dem formellen Austritt als Schlußpunkt). Zum anderen darüber, daß die „Keimform“-Seite im Charakter einer Organisation einseitig „ausgebaut“ und „gestärkt“ wird, daß also die Organisation zum Tummelplatz aller möglichen „emanzipatorischen“ Ansprüche wird, die sich — sofern die Ansprüche nicht alsbald auch eingelöst werden, was in der Regel nicht klappt — in diverse Gewänder bestimmter Fehlströmungen kleiden.

Ursprünglich bedeutete die Aussage, daß eine kommunistische Partei auch „Keimform der neuen Gesellschaft“ sein muß, daß innerhalb der Partei der „neue Mensch“ heranreifen wird, der — im Laufe eines gesellschaftlichen Prozesses bis zur sozialistischen Revolution — die Fähigkeit erlernt, den sozialistischen Staat mit aufzubauen, mit zu lenken. In diesem Sinn sollten z.B. Betriebskomitees der alten SDAP alle Fähigkeiten erlernen, um einmal den ganzen Betrieb in eigene Regie zu übernehmen. Heute wird beim Stichwort „Emanzipation“ oder „neuer Mensch“ eher an Probleme zwischenmenschlicher Natur, Verhaltensfragen, Probleme der „sexuellen Emanzipation“ etc. pp. gedacht, obgleich dieser ganze Problemkreis nur eine (untergeordnete) Seite der „Emanzipation“ ausmacht.

Wie wird nun diese Problematik von der LG-Mehrheit angepackt? Direkt auf diese Frage gehen v.a. die LG-Mitglieder De. und HH. in ihrem Artikel „Anmerkungen zu...“ ein. Ihr Denkansatz besteht u.E. ganz richtig darin, von einem Vertrauensschwund der Kommunisten in dieser Gesellschaft auszugehen. Hauptverantwortlich für diesen Vertrauensschwund (»bis in die Reihen des KB hinein«), seien bestimmte weltweite Entwicklungen (»SU und jetzt eben auch China«). Dann kommen beide Genossen zu Überlegungen, wie dieser — objektiven Faktoren, also Entwicklungen, auf die wir keinen direkten Einfluß haben und hatten, geschuldeter — Vertrauensschwund zurückerobert werden könnte. Ihre Antwort ist u.E. ein wahrhaft kleindürgerlicher Geniestreich: Wir sollten jetzt auf das »Vorzerzieren einer kollektiven Emanzipation im kleinen innerhalb der kommunistischen Organisation« setzen. In diesem Sinne müßte auch an die Frauenfrage herangegangen werden.

Der negativen Entwicklung der weltweiten kommunistischen Bewegung und ihrer antikomunistischen Verwurzung durch die kapitalistischen Massenmedien (mit dem Ergebnis eines Vertrauens-Schwundes in den Marxismus-Leninismus schlechthin) damit begegnen zu wollen, daß man sich selbst der staunenden Öffentlichkeit als kleine blitzschnelle, superdemokratische, kollektiv-emanzipatorische Soldat-Gemeinschaft vorführt, die die sozialistischen »Versprechungen« gleich an Ort und Stelle in die frische Tat umsetzt und nicht erst auf die Revolution wartet, ist nun wahrhaft mehr als bloß ein (ohnehin unlösbarer) idealistischer und voluntaristischer Kraft- und Glaubensakt. Diese Überlegungen der beiden Genossen bewegen sich bereits im Vorstellungsbereich der alten Pfadfinderbünde („Jeden Tage eine gute Tat“). Wir hätten da gewisse Zweifel, daß der Gen. HH. durch besonders solidarisches Verhalten zu seiner Frau/Freundin, oder der Genosse De. durch „Vorzerzieren“ seiner absolut befre-

ten Sexualität es schaffen könnte, den Vertrauensschwund in den Marxismus-Leninismus umzukehren und dem KB neue Mitglieder zuzuführen. Wenn doch, hätten wir keine Zweifel, ob diese „neuen Mitglieder“ tatsächlich im KB am besten aufgehoben sind.

Frisch-fröhlich schreiben die beiden Genossen: »Offenbar wird die Glaubwürdigkeit einer kommunistischen Organisation heute weniger an der Richtigkeit ihrer Analyse und sozialistischen Strategie gemessen (also: Weg damit?!), sondern mehr an ihrem demokratischen Verhalten [nach innen und außen]. Gerade die Behandlung der Frauenfrage (oder auch der Schwulenfrage, Fragen der innerorganisatorischen Demokratie u.d.) gilt vielen Linken als wichtiger Test, wie ernsthaft die revolutionären „Versprechen“ der Kommunisten sind.« Die Genossen scheinen völlig aus dem Kopf verloren zu haben, daß es nicht der KB ist (nicht einmal die schlimmsten ML-Sektierer), die die Ungleichberechtigung der Frauen, Schwulen, ihre besondere Unterdrückung und Diffamierung verschulden, sondern dies vom herrschenden Gesellschaftssystem zu verantworten ist. Die Genossen scheinen ebenfalls aus dem Gedächtnis verloren zu haben, daß wir »demokratisches Verhalten [nach innen und außen]« nur im Zusammenhang mit den Anforderungen und Bedingungen des realen Klassenkampfes (besonders der Gegenwehr!) diskutieren können und daß es blanke Demagogie ist, wenn sich Kommunisten hinstellen und diesen Zusammenhang nicht deutlich machen, wenn um Fragen der Demokratie (nach innen und außen) diskutiert wird.

Der ganze Artikel von De. und HH. steckt voller Formulierungen, die sich auf das Verhältnis des KB zu seinem

Umfeld beziehen. Der ganze Artikel von De. und HH. steckt voller Formulierungen, die sich auf das Verhältnis des KB zu seinem „Umfeld“, »nur Bewegung«, »zu vielen Linken« etc. beziehen. Eine Formulierung, die auch nur im Ansatz eine Beziehung zum Klassenkampf und Klassenfeind andeutet und daraus Konsequenzen zieht, existiert dagegen nicht. Vor diesem Hintergrund Überlegungen zum Charakter unserer Organisation, zur »Bewältigung unserer Krise« anzustellen, sollte Mitgliedern der Leitung einer kommunistischen Organisation nicht passieren dürfen.

Daß De. und HH. im Rahmen ihrer Überlegungen keinerlei Aussagen zum „Zweckbündnis“-Charakter unserer Organisation machen, daß ihnen dies nicht einmal entfernt in den Sinn kommt, ist nicht weiter verwunderlich. Daß umgekehrt alle ihre Vor schläge auf eine einseitige Betonung der „Keimform“-Seite hinauslaufen, auf ihren umfassenden Ausbau, ihre Stärkung, liegt in derselben Logik. Aber sprechen wir überhaupt noch von derselben Organisation?

Ähnlich wie im Artikel des Genossen F. („Thesen zur Krise“, AK 162, S.49) glorifizieren auch die LG-Genossen De./HH. vollkommen einseitig »die Bewegung«, die gelegentlich auch umständlich mal zu »unserem Umfeld« uminterpretiert wird. Vor allem mit Blick auf »die Bewegung«, ihre Skepsis gegenüber dem KB etc., soll nach Meinung dieser Genossen der KB »umgerüstet« werden (»Vorzerrieren«), um dann wohl »die Bewegung«, »die vielen Linken« etc. in den KB »einzubringen«.

Angesichts der Krise, dem Vordringen linkssozialdemokratischer, spontaneistischer, feministischer etc. Strömungen („die Bewegung“) auch im KB selbst, war diese Sicht der Dinge vor Jahresfrist doch noch etwas anders. Ganz im Gegensatz zu De./HH. wird im „Zwischenbilanz“-Artikel (AK 144, S. 61 ff., Dezember 1978) u.E. vom Kampf gegen diese Strömungen gesprochen, während speziell bei De./HH. nur noch die Anbiederung (Rückgewinnung des Vertrauenschwundes) übriggeblieben ist. »Heute« seien »undogmatische Theorien und alternative Modelle« eine vorherrschende Modeströmung, gegen die wir bis in unsere eigenen Reihen anzukämpfen haben. »Dabei müsse man berückichtigen, daß diese „Modeströmungen“ derzeit sehr stark von bürgerlichen und linkssozialdemokratischen Medien propagiert werden.« (AK 144, S. 61).

Die Falschuerungspolitik des BRD-Staates wird im »Zwischenbilanz“-Artikel richtig als eine Grundlage für diese Entwicklung angegeben. Auf Seiten der LG-Mehrheit wundert man sich bis zur Stunde, warum gera-

Flankenschutz für die »Struktur-Fraktion«?

Kt schreibt, die Genossen der „Zentrums“-Leitung hätten sich mit ihrem Versuch, der „Struktur-Fraktion“ eine „Verfälschung oder Unkenntnis Lenins nachzuweisen“, „blamiert und seien von der „Struktur-Fraktion“ in deren zweiten Artikel in UW 29 „entsprechend auseinandergenommen“ worden. Da die Verfasser aber in den zwei Monaten seither keine selbstkritische Stellungnahme dazu abgegeben hätten, sei es ihm „nun gestattet“, „dies an ihrer Stelle nachzuholen“. Diese „stellvertretende“ selbstkritische Stellungnahme scheint der Überlegung zu folgen, daß „Zentrums“-Leitung — die, „wie man weiß“, sich ja so gern als die „letzten Leninisten“ im KB wähnt — an geeigneten Objekt mit Lenins Hilfe eins überzubringen. Das Bestreben, die aktuelle Kontroverse zwischen LG-Mehrheit und der LG-Minderheit und „Zentrums“-Leitung jetzt auf diese bislang gemeinsame getragene Auseinandersetzung mit der „Struktur“-Fraktion auszuweiten, scheint anders jedenfalls kaum einleuchtend.

Aber wie dem auch sei, als Verfasser des einen oder mehr von Kt. kritisierten Artikels („Karten auf den Tisch, Genossen“) will ich gern ein paar Anmerkungen dazu machen und auch „der Kritik stellen“.

Kt. belegt mit Lenin-Zitaten, daß sich der Streit zwischen Bolschewiki und Menschewiki auf dem II Parteitag der SDAPR „hauptsächlich nicht auf programmatistische und nicht auf taktische, sondern nur auf organisatorische Fragen“ bezogen habe, daß der Spaltung „eine Meinungsverschiedenheit in organisatorischen Fragen zugrunde“ gelegen habe, usw. Das ist kaum zu bestreiten. Kt. schreibt weiter, daß „dem II Parteitag der SDAPR (1903) mehrjährige Auseinandersetzungen vorausgegangen (waren) — jedoch nicht zwischen den späteren Bolschewiki und Menschewiki, sondern im Wesentlichen von diesen damals noch in der Redaktion der alten „Iskra“ vereinten späteren Richtungen gemeinsam gegen die Ökonomen“. Auch das ist kaum zu bestreiten, und es lassen sich bei Lenin einige Stellen finden, wo er Axelrod, einem der späteren Führer der Menschewiki, neben Plechanow ein „Hauptverdienst“ für die Gründung der russischen Sozialdemokratie zuschreibt; oder wo er in „Was tun?“ Marlow, seinen Hauptverfasser auf dem II Parteitag, als Verfasser einer gelungenen Streitschrift gegen die Ökonomen erwähnt. Ginge es darum, daß dies in dem Artikel „Karten auf den Tisch“ bestritten worden wäre, dann hätte Kt. mit seiner Polemik recht, ich hätte mich mit der „Struktur“-Fraktion in die

„Lächerlichkeit teilen wollen“ — aber darum geht es nicht.

Aufzuzeigen versucht habe ich lediglich (und das möge man/frau genau an der Stelle weiterlesen, wo Kt. aus meinem Artikel zitiert), daß die Menschewiki die Fortsetzung der alten ökonomistischen Richtung vertraten, daß sie den politischen Opportunismus zu einem organisatorischen Opportunismus weiterentwickelten — und ich habe zu den bei Lenin zitierten Organisationsauffassungen der Menschewiki geschrieben, dies sei „die organisatorische Widerspiegelung der grundlegenden und jahrelang diskutierten Differenzen über das Verhältnis von Spontanität und Bewußtsein in der Arbeiterbewegung, über die Notwendigkeit und Aufgaben einer revolutionären Partei usw. gewesen“. Daß dies nicht unbedingt etwas mit einer personellen Kontinuität der alten Ökonomen und der Menschewiki zu tun haben muß, dürfte leicht einzusehen sein — obwohl es, was ja auch mich ganz uninteressant ist, auf dem II Parteitag gerade bei den entscheidenden Abstimmungen (die h. Lenin „die endgültige Teilung in eine Mehrheit und eine Minderheit“ herbeiführten) ein Bündnis und schließlich gar eine Verschmelzung zwischen den menschewistischen Iskraten, den wärmeliebenden „mittleren Opportunisten“ (um die Zeitung „Jushny Rabochi“ herum) und den „Herren der Antiskisten“ (Ökonomen) gegeben hat. Aber selbst um dieses personelle Bündnis ist es in dem Artikel gar nicht mal gegangen, sondern darum, die historische Kontinuität vom politischen zum organisatorischen Opportunismus zu beschreiben — und die betont Lenin am Ende seines „Vorworts zum Sammelband 12 Jahre“ (den Kt. mit einem anderen Passus gegen mich zu zitieren versucht) selbst folgendermaßen: „Die Analyse des Kampfes der verschiedenen Strömungen und Schattierungen auf dem zweiten Parteitag (...) beweist unwiderleglich den direkten und unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem „Ökonomismus“ von 1897 und der folgenden Jahre und dem „Menschewismus“. „Legalier Marxismus-Ökonomismus-Menschewismus sind nicht nur ideell, sondern auch historisch folgerichtig direkt miteinander verknüpft“ (Lenin, Bd. 13, S. 105).

Kann man das bestreiten, Kt? Was soll es also, die „Struktur“-Fraktion mit Hinweisen darauf, „im Schutz zu nehmen“, daß „die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Bolschewiki und Menschewiki ... in den Organisationsfragen zur Entfaltung“ gekommen sind („Kurzer Lehr-

gang“), und daß die Menschewiki zuvor im wesentlichen gemeinsam mit Lenin und anderen gegen die Ökonomen gestanden haben? Was soll es, hier im wesentlichen noch mal genau die gleichen Lenin-Zitate wiederzukäuen, die auch die „Struktur“-Fraktion in ihrer Antwort („Karte“, UW 29, S. 22-27) schon zu ihrer Verteidigung folgebahnt hatte? Darum ging der Streit mit ihnen eben nicht, das wäre wirklich ein lächerliches Schamittel. Sondern er ging (und geht) darum, daß die „Struktur-Fraktion“ das Beispiel der „an organisatorischen Fragen aufgebrochenen“ Differenzen zwischen Bolschewiki und Menschewiki angeführt haben, um damit ihr ganz und gar abstruses Lamentieren über die organisatorischen Strukturen des KB als Sündenbock der Krisensituation auf ein historisches Podest zu heben. „Der Fraktion dient diese These (daß es „häufig zunächst organisatorische Fragen sind, an denen sich politische Differenzen festmachen“) jedenfalls nur dazu, daß sie sich das Recht nimmt, zunächst über ihre Unzufriedenheit mit den „organisatorischen Strukturen“ zu lamentieren, aber noch im Dunkeln zu lassen.“ so heißt es in dem aber ihre politischen Differenzen noch im Dunkeln zu lassen.“ so heißt es in dem Artikel „Karten auf den Tisch, Genossen“ und das dürfte wohl, deutlich machen, daß hier der Mißbrauch eines historischen Vergleichs angegriffen wird.

Ich habe eingangs gesagt, daß es eigentlich wenig einleuchtend ist, wie so die aktuelle Kontroverse zwischen LG-Mehrheit und LG-Minderheit und „Zentrums“-Leitung jetzt auf die bislang gemeinsame getragene Auseinandersetzung mit der „Struktur-Fraktion“ ausgedehnt wird. Die „Struktur-Fraktion“ hat sich inzwischen mit Stellungnahmen gegen die „Zentrums“-Leitung (die sie als „Kritik-Fraktion“ bezeichnet) weiter zu profilieren versucht. Was sie sich davon verspricht, ist uns unbekannt. Zu hoffen ist aber, daß Kt.'s Flankenschutz-Artikel kein Fingerzeig ist, daß die LG-Mehrheit diese marode Truppe nunmehr in ihre Front gegen uns einbinden möchte.

Ju-Hamburg

Unsere Antwort zu Kt.'s Ausführungen zu Stolypinschen Reaktion muß aus Platzgründen auf den nächsten AK verschoben werden. ZL

Eine kurze Anmerkung von Kt zu Jt's Artikel findet ihr auf der vorigen Seite. Red.

de unsere schwulen Genossen in dieser Kontroverse auf Seiten der ZL stehen. Nun, die Antwort ist ziemlich einfach: Sie haben begriffen, daß Schwulen-Unterdrückung und kapitalistische Gesellschaft wesensmäßig zusammengehören und daß das eine nur mit dem anderen fällt und dazu eine leninistische Organisation gehört. Zum einseitigen »Vorexzerzieren« hatten sie wahrhaft nicht in den KB eintreten zu brauchen. Dazu hätten sie in »lockeren« Gruppen keine schlechteren Bedingungen.

Im Artikel „Weiter am Rande des Abgrunds“ (AK 162, S. 39 ff.), der von einem anderen LG-Genossen stammt, wird unter der Zwischenüberschrift „Die Frage des ‚Zweckbündnisses‘“ scheinbar (!) ebenfalls auf diese Kontroverse eingegangen. In Wirklichkeit wird dazu bloß ein heilloses Verwirrspiel angedichtet.

„Es besteht in der Frage der leninistischen Organisation und des Zweckbündnis-Charakters der Organisation (als ein Aspekt) grundsätzlich gar kein Widerspruch zwischen der Mehrheit und der Minderheit im LG. Allerdings würden wir die Einheit und Gleichberechtigung der Aspekte ‚Zweckbündnis‘ und ‚Kampfgemeinschaft‘ betonen, statt einseitig den Aspekt des ‚Zweckbündnisses‘ als Hauptseite.“ Etwas später heißt es dann noch, man sei mit uns einer Meinung, „daß der ‚Zweckbündnis‘ Aspekt im KB total unterentwickelt ist, ebenso wie der Aspekt der ‚Kampfgemeinschaft‘ und der ‚Keimform der neuen Gesellschaft‘.“ (Hervorhebungen im Original)

Auffällig ist, daß hier ständig von „Aspekten“ die Rede ist. Eine Organisation hat (wie alle Dinge auf der Welt) unterschiedliche „Aspekte“. So gesehen, könnte man noch eine größere Zahl weiterer „Aspekte“ (Merkmale?) aufzählen, die für eine kommunistische Organisation typisch sind (z.B. „Vortrupp“, „Verbindung von Theorie und Praxis“ und dergleichen „Aspekte“ mehr). Wir sprachen vom „Zweckbündnis“-Charakter in einem (eingangs nochmal geschickten) konkreten Zusammenhang, nämlich in Abgrenzung zur kriechhaften Strapazierung der „Keimform“, Seite, die wir als dialektische Gegensatz dazu definierten (und nicht als eine beliebigen weiteren „Aspekt“ ins Gespräch brachten).

Mao sagt: „Von den beiden Seiten des Widerspruchs ist die eine unwesentlich die hauptsächlichste, die andere aber die sekundäre. Die hauptsächlichste Seite ist jene, die im Widerspruch die führende Rolle innehat. Der Charakter eines Dinges wird im wesentlichen durch die hauptsächlichste Seite des Widerspruchs bestimmt, die eine dominierende Rolle einnimmt.“ (Über den Widerspruch, S. 34).

Insbesondere den Artikel „Anmerkungen“ der LG-Genossen De. und HH betrachten wir in diesem Zusammenhang als Versuch, die „Keimform“ Seite zum führenden Faktor bei der Lösung der Krise zu machen. Dieselbe Tendenz kritisierten wir an den Leserbriefen in ARBEITERKAMPF 162. Die Lösung der Krise zu machen. Dieselbe Tendenz kritisierten wir an den Leserbriefen gegen Ha./Kl., die vollständig einseitig auf die frauenfeindlichen Aspekte eindroschen und andere wesentliche Seiten dieser Artikel glatt unterschlugen. Wenn heute jemand keinen AK-Verkauf eingestellt hat und nur noch unregelmäßig zu Zielversammlungen kommt, kräht kein Hahn danach („Wir haben ja ‚Krise‘“), wenn derselbe Genosse hingegen bei einem chauvinistischen Schnack erwacht wird, ist die Holle los, dann gibt es Vollversammlungen, dann rückt gegebenenfalls die AGF an, dann werden schriftliche Selbstkritiken der „Sünder“ und gegebenenfalls noch Stellungnahmen (Abgrenzungen) von einigen anderen Mitgliedern des Bereichs dazu verlangt etc.pp. (Um nicht mißinterpretiert zu werden, wir sind nicht gegen den Kampf gegen den Chauvinismus, wir kritisieren bloß das Mißverhältnis im Engagement zur einen und zur anderen Seite! Wir bitten das zu beachten.)

Es geht also darum, daß eine recht breite Strömung in der Organisation (die inzwischen in die leitenden Ebenen des KB auf breiter Front Einbrüche erzielen konnte) bei Versuchen, die „Krise zu bewältigen“ einseitig oder hauptsächlich die „Keimform“ Seite strapaziert. Dies muß u.E. zwangsläufig Rückwirkungen auf den KB haben in Richtung auf Abbau, Zersetzung seines Charakters als revolutionäre kommunistische Organisation. Wir nannten diese Tendenz auch „Verwaltung der Krise“, weil mit diesen Methoden der KB ganz sicherlich nicht durch die Krise (oder mit He's Worten: „aus der Krise“) zu führen ist. In jeder Organisation gibt es zweifellos eine Reihe „angeschriebener Gesetze“, die zusammen eine Rangfolge (politisch-moralischer Grundsätze darstellen oder umgekehrt eine negative Wertskala von kleinen und großen „Sünden“, auf die mehr oder weniger heftig „reagiert“ wird.

Beim KBW dürfte als größte „Sünde“ gewertet werden, dem Vorsitzenden Schmeier zu widersprechen, danach dürfen Erfolge Einzelner in der Massenarbeit folgen, die den Vorwurf des Rechtsopportunisten (das ist eine halbe Ausschlußverfügung) zwangsläufig nach sich ziehen würden etc. Wir bitten die Genossinnen des KB einmal zu überdenken, ob und inwieweit sich unsere eigene Wertskala im letzten Jahr entwickelt verschoben hat.

Wir widersprechen also der LG-Mehrheit in ihrer Behauptung, wir hätten den KB vollkommen „irrational“ und „ganz und gar unzusammenhängend“ in eine Polarisierung getrieben, wir hätten uns dabei „nicht einmal auf faßbare politische Widersprüche“ bezogen, wir hätten „ein Riesenspektakel an Nebenwidersprüchen unserer Arbeit“ inszeniert“ etc.pp. Wir haben allerdings den Fehler gemacht, zu lange in dieser Hinsicht geschlafen zu haben.

Ideologischer Kampf

Auch diese Streitfrage eröffnet die LG-Mehrheit wiederum mit einer maßlos übertriebenen Unterstellung: „Die LG-Mehrheit propagiere den Verzicht auf den ideologischen Kampf, behauptet die ZL-Gruppe“ (AK 162, S. 39).

Tatsächlich hatten wir sozusagen behauptet, tatsächlich haben wir nicht einmal behauptet, daß die LG-Mehrheit Verzicht auf den ideologischen Kampf nach innen (pauschal) propagiere. Tatsächlich haben wir einem LG-Mitglied vorgeworfen, daß er die ideologische Auseinandersetzung auf einem ganz bestimmten (begrenzten) „Sektor“, nur „wenig Bedeutung“ beimißt.

Im Artikel „Angst ist ein schlechter Ratgeber“ (AK 161, S. 38), fragten wir im Anschluß an ein längeres Zitat von Kt.: „Wo mit Argumenten schwer beizukommen ist, laßt man's auch bleiben (bzw. schränkt es ein). Ist das freiwilliger Verzicht auf ideologische Auseinandersetzung auf den von Ha./Kl. problematisierten Sektoren?“ - Dieser Gedankengang taucht danach noch in zwei verschiedenen Variationen auf, um dann zum Schluß des Textes wie folgt mutuiert zu werden: „J. Kt. müßten dieser Front der politischen Erziehungsarbeit („Argumente“ nur wenig Bedeutung bei.“ Wie sagt, „an dieser Front“ und „auf den von Ha./Kl. problematisierten Sektoren“, sind u.E. nun wirklich nicht zu „überlesene“ deutliche Eingrenzungen. Die LG-Mehrheit scheint aber - entgegen eigenen Beschwörungen - daran interessiert zu sein, die derzeitige Kontroverse durch beliebige Übertreibungen (die sie auch noch uns unterstellt) ins Maßlose zu steigern, u.E., um von den eigentlichen - begrenzten - Differenzen wegzukommen. Warum nur?

Kt. hatte auf das von Ha. und Kl. angesprochene nachlassende Interesse

Kt. hatte auf das von Ha. und Kl. angesprochene nachlassende Interesse an „großer Politik“ im KB ganz richtig. „Diesen Zweifeln und dem sich daraus ergebenden Wegfallen der kommunistischen Bewegung ist mit Argumenten schwer beizukommen.“ Er hatte sich darüberhinaus gegen die Forderung nach redaktioneller Kommentierung (feministischer Artikel im AK gewandt und ein solches Eingreifen mit „Sittenpolizei“ und „totkommentieren“ belegt. Speziell diese Passagen hatten wir kritisiert und - im Gegensatz zu Kt. - für „massiven ideologischen Widerstand“ gegen überlastete, spontaneistische leninistische etc. Tendenzen plädiert (Vergl. AK 161 S. 38).

Wichtiger noch als diese Kritik scheint uns folgendes zu sein. Wenn Kt. ausdrücklich bedauert, daß - trotz vorhandener feministischer Tendenzen im KB - keine feministischen Artikel für den AK geschrieben werden und er ausdrücklich dazu auffordert, und dabei verspricht, diese dann nicht geben, „totkommentieren“ zu lassen und trotz aller dieser gutgemeinten Apelle und Versprechungen an unsere Feministinnen keinen Erfolg verbuchen kann (es ist u.W. bis heute kein solcher Artikel bei der Redaktion eingegangen, höchstens im Gewand einer Poemik gegen die ZL), dann (!) sollte doch klar werden, daß wir diesem Problem (Auseinandersetzung mit dem Feminismus) auf diese Weise (Apelle etc.) nicht zu Leibe rücken können. Umgekehrt dürfen Kt.'s Versprechungen (keine „Sittenpolizei“, kein „totkommentieren“) keine Auseinandersetzung (darum) dem Feminismus an der Basis des KB reichlich in die Hände arbeiten. Unsere „Femis“ können jetzt ganz ungenutzt ihre Thesen in Zellen, auf Versammlungen aller Art vertreten und - mit Hinweis auf Kt.'s Versprechungen - sich jede Art von

Gegenargumentation strikt verbieten. Das dient dem Feminismus und schadet der Herausbildung und Festigung unserer Frauenpolitik.

In ähnlich gelagerter Streit entwickelte sich zwischen ZL und mehreren LG-Genossinnen, die sich in ihren Leserbriefen gegen Ha./Kl. gestellt hatten und dabei nicht bloß gegen bestimmte frauenfeindliche Aspekte (zu recht) polemisierten sondern gewissermaßen im selben Abwasch auch gleich einige ideologische Probleme (Streitfragen) mit untergebuttert hatten. So wurde z.B. in einem LG-Leserbrief der Motivations-Charakter von Frauen-Krisenliteratur strikt geleugnet, indem dieselbe zur politisch völlig bedeutungslosen „Berlektüre“ umdefiniert wurde (vergl. AK 157, S. 49). „Die Frauenfeinde kommen aus ihren Löchern“. Die von Ha./Kl. behaupteten „Grauen Zonen des Feminismus“ im KB wurden in einem anderen LG-Leserbrief dargestellt als „Positionen, die tatsächlich einige Genossinnen als Diskussionsansatz (!!) vertreten haben“ (in der Vergangenheit!). (vergl. AK 157, S. 48 „Oh, tut mir mein Busen weh, wenn ich diese Chauris seh“). Beiden Stellungnahmen gemeinsam ist die Leugnung der Notwendigkeit des ideologischen Kampfes, indem schlicht der Grund (wog. „Fehlpositionen“) dafür zerreißt wird.

Wenn sich nunmehr die LG-Mehrheit in der Position gefügt, es sei „zu keinem Zeitpunkt“ eine Streitfrage gewesen, ob ideologischer Kampf an dieser Front nötig sei, sondern das Problem lediglich in der Qualität, Wissenschaftlichkeit, Inkompetenz der ZL etc. bestünde, so spekulieren diese Behauptungen bloß auf ein sehr kurzes Gedächtnis der Leserschaft.

Tatsächlich hat sich die LG-Mehrheit u.E. eine regelrechte „Theorie“ zusammengesammelt, nach der es heute ganz und gar unrausam und „unzweckmäßig“ sei, auf bestimmten Sektoren den ideologischen Kampf nach innen um schärfere Konturen im KB zu führen.

Die LG-Mehrheit weist darauf hin, daß bereits vor 6 1/2 Jahren das „pauschale Konsumentenverhalten“ vieler Genossen beklagt wurde („Schnitt halten!“ - Artikel, März 73) und vor gut einem Jahr konstatiert werden mußte, daß wir hinsichtlich der Zahl der politisch-theoretisch arbeitenden Genossen „sogar ärmer sind als in den Anfängen unserer Organisation“ („Soweit ist es mit uns gekommen!“ - UW-Extra 1). Daher liege „der Schlüssel des Problems nach wie vor in der Hebung unserer Qualität (Schulung, Einbeziehung von weit mehr Genossinnen in die politisch-theoretische Arbeit), nicht aber im Rufen nach ‚schärferen Konturen‘“ (AK 162, S. 39).

An diesem Punkt hat's endgültig geklungen. Seit etwa acht Jahren besteht - so die LG-Mehrheit das Problem „der Hebung unserer Qualität“, das wir heute ungelöst schlummer noch, wir stehen heute am Scheitern, wir werden in Zukunft scheitern, dies sei heute ungelöst schlummer noch, wir stehen heute schlechter da als in den Anfängen unserer Organisation. Bevor aber diese „Hebung unserer Qualität“ nicht erreicht sei, sei der ideologische Kampf etc. „unzweckmäßig“. Wieviel Jahre - in etwa - sollen wir also mit dem ideologischen Kampf noch warten? Eine wirklich interessante Preisfrage! - Aber so schlimm war's - Gott sei's gedankt - im KB auch in der Vergangenheit nicht aus der „ideologische Kampf“ ist in den vergangenen Jahren von allen Mitgliedern des LG recht munter geführt worden, und zwar ohne weitere Warten auf die „Hebung unserer Qualität“. Dieses Argument wird jetzt bloß gegen die ZL speziell im Spiel gebracht. Nicht etwa weil die LG-Mehrheit uns auf die angeschnittenen Probleme der Genossen des Feminismus inhaltlich nicht entgegen könnte, sondern weil das Beziehen einer klar aberprüfenden (antifeministischen) Position, den zeitigen NO-Block im KB gegen die ZL zerbrechen lassen würde.

Darum hat sich die zentrale AG-Frauen u.E. in ihrer Antwort (AK 161 „Wir lassen uns unsere Arbeit nicht kaputt machen“) auf unseren (früheren Artikel ebenso wie die LG-Mehrheit bloß auf methodische Anmerkungen über unser Vorgehen und unsere Methoden etc.pp.) beschränkt. Man frau wollte den „Zündstoff“ entschärfen und hat dabei das weitere Vordringen der „Krise“ im KB übersehen. Auch das gehört zum Aspekt der „Verwaltung der Krise“. Genosse Ha. (LG-Mehrheit) vollbringt turnerische Übungen um die Gegenüberstellung von „ideologischer Auseinandersetzung in ZL“ und der von ihm vorgeschlagenen „Hebung des Bewußtseins aller Mitglieder der Organisation über die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Prozesse der Notwendigkeit des

Sozialismus“ etc., blablab mit allergrößter Bedeutung zu schwängern. Bei der ZL handele es sich um einen „voluntaristischen Ansatz... an bestimmten Erscheinungsformen heranzudoktern, ohne den Kern der Krise auch nur anzusprechen.“ Genosse He. gibt andererseits zu, daß auch sein Kampf an den „objektiven Bedingungen nicht ändern kann“, daher „liegt es allein in unserer Macht, die Auswirkungen dieser Kräfte (?) zu verändern.“

Wenn wir unter „Erscheinungsformen“ und „Auswirkungen“ der Krise eingetragene identische Begriffe verstehen dürfen, dann arbeiten He. und die ZL offensichtlich unter gleichen Voraussetzungen am gleichen Problem. Wieso aber ist unser Ansatz - anscheinend ganz im Gegensatz zu seinem eigenem - nun „voluntaristisch“? Wahrscheinlich ein gorscher Knoten!

Auch Genosse He. versucht ihn zu zerlegen durch eine mechanische Trennung von ideologischem Kampf und theoretischer Überzeugung. Erst nach Verwirklichung seines Programms zur „Hebung des Bewußtseins“ dürfen die von uns aufgezogenen Fehlströmungen ideologisch bekämpft werden, heute fehlen die Grundlagen. Ob die von Kt. so bezeichneten „weglaufenden“ Teile des KB, denen „mit Argumenten schwer beizukommen“ ist, sich gerade von einem konzentrierten Schulungsprogramm begeistern lassen, möchten wir bestreiten. Nebenbei bemerkt ist es ein Phänomen, daß in der Praxis der verschiedenen Gliederungen des KB kaum ein Unterschied in der Intensität der Schulungsarbeit etc. festzustellen ist - sie ist zugegebenermaßen überall relativ unterentwickelt. Der auf diesem Sektor gegen die ZL entfachte Streit ist rein akademisch.

Während He. die Bedeutung der Schulung und theoretischen Arbeit als „bisher gemeinsame Ansicht“ angibt (gegen die nun die ZL mit ihrem „ideologischen Kampf“ verstöße), formulieren, nur eine AK-Seite weiter, die LG-Mitglieder De. und HH recht locker: „Krisenlösungen, traditioneller Art haben wir ja schon im Wesentlichen erfolglos ausprobiert. Auch Schulungen und Versuche des Niveau in der Organisation anzuheben und sich in Medizin verabschieden.“ - „Aber nicht die von De./HH vorgeschlagene, die gebracht haben“ - „wollte man sich auf Probleme der Demokratie im KB konzentrieren.“

Interessant ist, was De. und HH. an der ideologischen Auseinandersetzung der ZL mit dem Feminismus im KB auszusetzen haben. Der KB sei erst auf der „Suche“ nach einer kommunistischen Frauenpolitik („Tasien, Schwimmen, Unsicherheiten, Experimentieren u.a.w.“). Die hierbei auftretenden kleinen Fehler („einzelne Ausnahmearbeitungen“) werden von der ZL „hochgeputzt“, während sie selbst nur „eingemüßigt, Clara-Zetkin-Schulungen“ empfiehlt und das unbestrittene „ABC unserer Frauenpolitik (Hauptwiderspruch-Nebenwiderspruch)“ herbeizieht. „Wir haben uns in der letzten Zeit Genossinnen drücklich gegen überhebliche Einmischungsversuche gewendet haben (Tenor: „Wir gehen unseren Weg allein!“) verstehen (!) wir genau in diesem konkreten Zusammenhang und nicht etwa als generelles Verbot männlicher Einmischung.“ (LG Mehrheit, AK 162). Die Spuren sind zu tief, als daß man sie derart locker verwischen könnte. Insgesamt hatten wir daran fest, daß im konkret vorliegenden Fall, wo sich vor uns insgesamt vier LG-Genossinnen an einer Debatte beteiligt haben, die beidseitig nicht ins „Ressort“ aller vier fällt, unser Eingreifen mehr als gerechtfertigt war. Das u.E. zum Teil grob fehlerhafte Eingreifen dieser Genossinnen, daß die ideologische Auseinandersetzung der gesamten Organisation betraf, machte unser Engagement gewissermaßen zur „Pflicht“.

Unser relativ spätes Eingreifen begründet sich z.T. gerade aus einem recht sorgfältigen Einarbeitungs-Versuch in dieses Thema, über unser durch unsere konkrete Anleitungspraxis gegenüber diversen Hamburger Bereichen und sonstigen Ortsgruppen gegebenes Wissen hinaus. Aus unserer Sicht wäre es unzulässig gewesen, in die laufende Debatte einzugreifen, ohne die vorgegebenen Themen (u.a. Aspekte der KB-Frauenpolitik) mit anzupacken. Insofern haben wir uns die Themen nicht „ausgesucht“. Ein anderer Einstieg in die Debatte um den Zustand des KB wäre uns über gewesen und hätte sicher auch allerlei stories über unsere „Motivationen“ weniger Nährboden gegeben. Sei es, wie es ist, auf dem gegebenen Stand wäre es jedenfalls angebracht, die uns vorgeworfene „mangelnde Sachkenntnis“ mit einer inhaltlich Beweisführung zu belegen. Darauf warten wir.

Die Leitung des „Zentrums“ (kurz vor Auflösung ihrer bisherigen personellen Zusammensetzung)

Hinweise auf die Unwissenheit des KB bis zum Erbrechen ausgedehnt. Diese Methode - ohne präzise Fragestellung und ohne konkrete Versuche Antworten zu geben - ist der Nährboden für eine schleichende Revision gewonnener Erkenntnisse („olle Kamellen“).

Jeder stumpere vor seiner eigenen Tür

Die LG-Mehrheit stellt die „Frage des Hineinstümperns in fremde Bereiche“ (AK 162, S. 40). Natürlich ist niemand für dieses „Prinzip“ - denn „stümpern“ sollte man weder in seiner eigenen Arbeit, noch in der Kritik an der Arbeit anderer. Für diese Parole hätte es keines Mao-Zitats bedurft, in dem er „Sachkenntnis“ und „Untersuchung“ zur Voraussetzung des „Miredens“ macht. Die „mangelnde Sachkenntnis der ZL“ wird im jüngsten AK (162) zum „springenden Punkt“ der „Kritik an der ZL-Fraktion“ erklärt. Damit hat die LG-Mehrheit den Rückzug von ehemals zu diesem Problem vertreten Positionen angetreten. In AK 161 hieß die Parole der LG-Mehrheit noch: „Jeder kehre vor seiner eigenen Tür“, und hier wurde - wie die Überschrift schon sagt - recht „prinzipiell“ für „Nicht-Einmischung“ plädiert: „Selbst wenn diese Kritik der ZL am innerorganisatorischen Waffenstillstand mit dem Feminismus zureichend wäre, müßte den Genossinnen der Zentrumsleitung doch ein falsches, schädliches Vorgehen vorgehalten werden“ (da es auch in den „Zentrums“-Bereich allerlei Mißstände gibt). Diese Position des politischen Regionalismus (Autonomismus) ist nun wahrlich nicht mehr mit Mao legitimierbar. Aber der Anfang war noch „dicker“. In AK 157 schrieb eine LG-Genossin, gemeinsam mit der Anleitung der zentralen AG Frauen: „Nein, am besten ist, ihr (Männer) seid erstmal ganz still, ihr laßt uns unseren Weg gehen! Wir wollen uns emanzipieren, wir wollen uns nicht vorschreiben lassen, was wir diskutieren sollen! Wir werden Artikel schreiben, die uns gefallen, wir werden lesen, was uns gefällt und wollen uns unsere eigene Meinung über diese Bucher bilden.“ (Oh, tut mir der Busen weh. AK 157, S. 48).

Aussagen von der letzten Sorte fallen (a) KB gegenwärtig auf fruchtbaren Boden, und sie sind ebenso wie die Parole vom „Kehren vor der eigenen Tür“ - durch rauschende Beifalls-Ovationen auf zahlreichen Versammlungen abgefeuert worden. Die LG-Mehrheit hat diese Stimmungen geschürt und sich so die vorhandenen fehlerhaften Auffassungen bedenkenlos gegen die ZL zunutze gemacht. In einer schriftlichen Auseinandersetzung mit solcherlei kokette Sprüche nicht aufrecht zu erhalten. Daher wird nunmehr wiederum stark relativiert, bzw. werden recht locker „Intentionen“ interpretiert: „Die Äußerungen, mit denen sich in letzter Zeit Genossinnen drücklich gegen überhebliche Einmischungsversuche gewendet haben (Tenor: „Wir gehen unseren Weg allein!“) verstehen (!) wir genau in diesem konkreten Zusammenhang und nicht etwa als generelles Verbot männlicher Einmischung.“ (LG Mehrheit, AK 162). Die Spuren sind zu tief, als daß man sie derart locker verwischen könnte. Insgesamt hatten wir daran fest, daß im konkret vorliegenden Fall, wo sich vor uns insgesamt vier LG-Genossinnen an einer Debatte beteiligt haben, die beidseitig nicht ins „Ressort“ aller vier fällt, unser Eingreifen mehr als gerechtfertigt war. Das u.E. zum Teil grob fehlerhafte Eingreifen dieser Genossinnen, daß die ideologische Auseinandersetzung der gesamten Organisation betraf, machte unser Engagement gewissermaßen zur „Pflicht“.

Unser relativ spätes Eingreifen begründet sich z.T. gerade aus einem recht sorgfältigen Einarbeitungs-Versuch in dieses Thema, über unser durch unsere konkrete Anleitungspraxis gegenüber diversen Hamburger Bereichen und sonstigen Ortsgruppen gegebenes Wissen hinaus. Aus unserer Sicht wäre es unzulässig gewesen, in die laufende Debatte einzugreifen, ohne die vorgegebenen Themen (u.a. Aspekte der KB-Frauenpolitik) mit anzupacken. Insofern haben wir uns die Themen nicht „ausgesucht“. Ein anderer Einstieg in die Debatte um den Zustand des KB wäre uns über gewesen und hätte sicher auch allerlei stories über unsere „Motivationen“ weniger Nährboden gegeben.

Sei es, wie es ist, auf dem gegebenen Stand wäre es jedenfalls angebracht, die uns vorgeworfene „mangelnde Sachkenntnis“ mit einer inhaltlich Beweisführung zu belegen. Darauf warten wir.

Die Leitung des „Zentrums“ (kurz vor Auflösung ihrer bisherigen personellen Zusammensetzung)

Die Diskussion geht weiter

Im letzten AK geht die LG-Mehrheit in ihrem Artikel „Weiter am Rand des Abgrunds“ unter der Zwischenüberschrift „Die Frage der ideologischen Auseinandersetzung nach außen“ auf einen Beitrag von mir auf der Hamburger Anleiter/Delegierten-Versammlung am 5.9. ein. Ich empfinde es mir, dies hier alles zu zitieren, das kann auf Seite 40 in AK 162 in der 2. Spalte nachgelesen werden.

Zunächst stelle ich hier fest, daß es berechtigt ist, mir in der Frage der Interpretation der im o.m. Artikel zitierten Passage aus AK 161 („Blinder Eifer schadet nur“) eine z.T. falsche Argumentation vorzuwerfen.

Falsch insofern, als ich behauptet habe, man könne die o.m. Passage im Artikel „Blinder Eifer ...“ so interpretieren, daß die „Machbarkeit“ der ideologischen Auseinandersetzungen von der Mehrheitsfähigkeit kommunistischer Positionen im Bündnisbereich abhängig gemacht wird. Als Erklärung hierzu kann ich nur anführen, daß mir der Zusammenhang zu den Ausführungen im nächsten Absatz im dem Moment tatsächlich nicht klar war – ich habe da keine Schwierigkeiten, das zuzugeben.

Nicht-falsch insofern, als ich nach wie vor der Meinung bin, daß es nicht ausreicht, wenn die LG-Mehrheit in der erwähnten Passage im Artikel „Blinder Eifer ...“ zur Frage der politisch-ideologischen Auseinandersetzung die mangelnde Qualifikation hierfür zum „zentralen Problem“ erklärt, ohne – wie noch im UW-Artikel „So weit ist es mit uns gekommen“ – auf die ideologischen Hintergründe des „Zeitmangels“ oder des geringen Interesses an solchen Fragen hinzuweisen.

Auseinandersetzung die mangelnde Qualifikation hierfür zum „zentralen Problem“ erklärt, ohne – wie noch im UW-Artikel „So weit ist es mit uns gekommen“ – auf die ideologischen Hintergründe des „Zeitmangels“ oder des geringen Interesses an solchen Fragen hinzuweisen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß ich mich in meinem Redebeitrag auf der Hamburger Anleiter/Delegierten-Versammlung am 5.9. nicht nur mit dem oben erwähnten Zitat auseinandergesetzt habe, sondern allgemeiner die Frage, ob es in der Organisation eine Tendenz in der Richtung gibt, die politisch-ideologische Auseinandersetzung spontan oder mit den unterschiedlichsten „Begründungen“ abzuweichen und hierzu habe ich mehrere Zitate aus Leserbriefen in AK 161 (u.a. aus dem Artikel der AG Frauen „Wir lassen uns unsere Arbeit nicht kaputt machen“) angeführt.

Ich möchte auf einige Aspekte der aktuellen Auseinandersetzung eingehen, die mir wichtig zu sein scheinen. Es handelt sich dabei um mehrere Fragen, die alle die Rolle der politischen Auseinandersetzung im Verhältnis der kommunistischen Organisation zu demokratischen, liberalen, feministischen usw. Strömungen und Gruppierungen betreffen.

Im Artikel „Blinder Eifer schadet nur“ in AK 161 heißt es: „Ebenso könnte es für die Politik des KB gegenüber demokratischen, antifaschistischen, feministischen, liberalen usw. Strömungen und Gruppierungen katastrophale Folgen haben, wenn die Parole von den „schärferen Konturen“ losgelöst von ihrer konkreten Machebene aufgestellt wird.“ Dann heißt es weiter, daß es nicht darum gehe, „sich jetzt um jeden Preis irgendwelche grobschlächtigen Abgrenzungen gegen alle und jedes innerhalb und außerhalb des KB zusammenzustimmen, sondern es geht darum, sich möglichst wissenschaftlich und gründlich mit den verschiedensten Erscheinungen und Prozessen in der Linken und in den fortschrittlichen Bewegungen auseinanderzusetzen.“ Das Problem liegt darin, daß wir dies mit unseren bisherigen Kräften, unseren bisherigen Qualifikationen und unserer bisherigen Gewichtung der Arbeitsschwerpunkte nur unzureichend leisten können. Der Schlüssel liegt also nicht in Kraftakten und der Entfesselung kurzfristiger „Arbeitsaufreißer“, sondern in der ersten Linie in einer Verstärkung der theoretischen Arbeit im allerweitesten Sinne, sowie einer erheblich breiteren Qualifizierung für solche Arbeiten, als wir sie bisher im KB haben.“

Dem Gedanken, daß die Auseinandersetzung und Abgrenzung den o.g. Strömungen gegenüber möglichst wissenschaftlich und gründlich sein muß, um „katastrophale Folgen“ (gemeint ist wohl damit, daß die erreichte Zusammenarbeit mit solchen Gruppierungen durch sektiererische Abgrenzung gefährdet werden kann) zu vermeiden, stimme ich voll und ganz zu.

Der zweite Gedanke besteht darin, daß wir dies „nur unzureichend leisten können“ bzw. weitergehend, daß es dazu einer „erheblich breiteren Qualifizierung für solche Arbeiten,

als wir sie bisher im KB haben“ bedarf. Wenn damit lediglich gesagt werden soll, daß wir uns auf dem Gebiet noch verbessern können, so ist die Aussage sicher ebenso banal wie richtig. Wenn damit aber angedeutet werden soll, daß diese „Auseinandersetzung mit den verschiedenen Erscheinungen und Prozessen in der Linken“ („schärfere Konturen“) eben deshalb nicht machbar sei, weil wir dies wegen der fehlenden Qualifikation eben nicht schaffen können, dann halte ich das für falsch. Hier wird doch bewußt tiefgestapelt! Wie war es dann möglich, daß die AG Frauen vor 2 oder 3 Jahren (ich kann das im einzelnen nicht nachsehen, weil ich nicht in Hamburg bin) ihre hervorragenden Artikel zur „Schwarzen Botin“, zum „Kleinen Unterschied“ und zu „Häutungen“ geschrieben hat?

Sicherlich liegt die Qualifikation, die nötig ist, um solche Artikel zu schreiben, immer noch bei viel zu wenigen Genossen, aber das scheint mir bei dieser Frage nicht das Problem zu sein. Der KB hat als kommunistische Organisation zu den o.g. Positionen/Büchern Standpunkte bezogen und die wesentlichen Differenzen zwischen uns als Kommunist(innen) und z.B. einer Alice Schwarzer herausarbeiten und benennen können.

Die Frage ist m.E. nicht so sehr, daß wir das nicht mehr könnten, sondern erstens, welche Wichtigkeit wir

das nicht mehr könnten, sondern erstens, welche Wichtigkeit wir gerade in der Krise diesem Aspekt unserer Arbeit beimessen und zweitens, ob man/frau – auch gerade in der Leitung – die Auseinandersetzung mit entsprechenden Strömungen auch innerhalb des KB (noch) für „machbar“ hält – angesichts der Krise.

Ich möchte im Folgenden an Zitate aus Stellungnahmen zu den Artikeln der Zentrums-Leitung (ZL) aus AK 161 belegen, daß im KB diese Auseinandersetzung inzwischen aus verschiedenen „politischen Gründen“ (nicht wegen fehlender Qualifikation!) abgelehnt wird. Um nicht mißverstanden zu werden: ich kann hier keine fundierte Aussage über die Verbreitung dieser Ansichten im KB machen, halte aber erstens die Kritik an solchen Positionen auch dann für notwendig, wenn sie in nur einem Leserbrief geäußert werden, habe aber zweitens aufgrund der Auseinandersetzung der letzten Wochen und vieler in deren Verlauf geäußelter ähnlicher Meinungen den Eindruck, daß es sich hier nicht um Einzelmeinungen handelt.

Eine dieser fehlerhaften Positionen scheint mir darin zu bestehen, daß – angesichts der zunehmenden Isolation der Kommunisten (vor allem in der linken Bewegung) – die politisch-ideologische genaue Unterscheidung zwischen unseren Positionen und liberalen demokratischen, feministischen usw. bereits mit Sektierertum gleichgesetzt wird. Nichts anderes drückt m.E. der Satz aus, mit dem die Genossin „B. aus Hamburg“ im AK 161 ihren Leserbrief zu den Artikeln der ZL abschließt: „Wir arbeiten heute in einer Frauenbewegung, die sich größtenteils aus kleinbürgerlichen Frauen zusammensetzt (zu einer Arbeiterinnenbewegung gibt es erst kleine Andeutungen) und wenn uns das alles zu feministisch und unrevolutionär wäre, könnten wir gleich die Frauenerbeit aufgeben.“

Dieses Zitat ist ein deutlicher Ausdruck dafür, daß der dialektische Zusammenhang zwischen ideologischer Auseinandersetzung und Bündnis- oder Massenpolitik nicht mehr gesehen wird. Frau müßte doch m.E. gerade umgekehrt sagen, weil uns das zu feministisch und zu unrevolutionär ist, müssen wir die Frauenerbeit verstärken und daran arbeiten, das politische Niveau von Frauengruppen, in denen wir arbeiten, zu heben, revolutionäre Vorstellungen stärker in die Frauenbewegung hineintragen usw. Dazu ist es aber eine unbedingte Voraussetzung, sich inhaltlich genau und exakt von feministischen und unrevolutionären Vorstellungen abzugrenzen.

Eine weitere m.E. falsche Position besteht in der Auffassung, daß ein Maßstab für die Herausbildung kommunistischer Positionen der politische Entwicklungsstand unserer Bündnispartner oder gar das politische Klima in der Gesellschaft sein muß. Anders ausgedrückt, daß man die Schärfe der Auseinandersetzung vom Stand der Bewegung und der Stärke der Kommunisten in ihr abhängig machen muß. Hierzu zitiere ich eine Stelle aus dem Leserbrief

der Genossin Co. aus Hamburg: „Ein Buch oder Film kann m.E. durchaus in einem bestimmten Aspekt fortschrittlich sein und insgesamt eine positive Wirkung haben, ohne daß wir 100%ig damit übereinstimmen. (Das ist im Übrigen in den Artikeln der ZL nirgends bestritten worden!) meine Anmerkung! Unsere Einschätzung hängt ab von der Anzahl und der Art der Leute, die dadurch angesprochen werden, und davon, was es Vergleichbares auf dem Markt gibt. Je undemokratischer die Verhältnisse werden, desto dankbarer muß man/frau für jeden positiven Ansatz sein.“

Wohlgemerkt, es ist hier nicht die Rede von der Schwierigkeit der Propagierung kommunistischer Positionen angesichts der sich verschärfenden staatlichen Repression und einer weitgehend kleinbürgerlichen Protestbewegung, sondern es spricht von der „Einschätzung“ von Büchern und den darin vertretenen Anschauungen vor dem beschriebenen gesellschaftlichen Hintergrund und fordert eindeutig, daß wir uns bei der Herausbildung („Einschätzung“) unserer Position u.a. zum Maßstab machen sollen, wie viele (!!) Leute sich von diesen Anschauungen angesprochen (!) fühlen und ob es sich nicht, im Verhältnis zu dem, was sonst noch auf dem Markt ist, noch ganz positiv ausnimmt.

Um nicht mißverstanden zu werden: ich sehe in der Krise keinen Grund, noch ganz positiv auszunimmt.

Um nicht mißverstanden zu werden: ich sehe auch (aus eigener Erfahrung als bekanntermaßen linke Betriebsrätin in einem Angestelltenbetrieb) daß man/frau heutzutage keine kommunistische Bündnis- geschehe denn Betriebsarbeit machen kann, daß ich konkret von breiten Teilen der Botschaft akzeptiert werde, nicht weil ich kommunistin bin, sondern ob ich links bin. Diese Phase unserer Arbeit können wir aber m.E. nur übersteigen, ohne aufzugeben und unterzugehen oder sich politisch anzupassen, wenn wir unter uns, im KB, in der Propaganda, unter den Sympathisanten, in der Massenarbeit dort, wo wir Menschen finden, die politisch weiter wollen – wenn wir hier die Konturen wieder schärfer ziehen. Die Maßstäbe von Co. lassen uns total verunsichern, das muß klar sein.

In diesem Zusammenhang möchte ich hier die Frage stellen, was das folgende Zitat aus der Stellungnahme der AG Frauen zu den Artikeln der ZL ausagen soll: „Es ist doch überdies einfach ein Witz, einerseits die objektiven Bedingungen der Krise anzuerkennen (und das tun ja bisher jedenfalls auch noch die Genossen der Zentrums-Leitung) andererseits aber völlig losgelöst vom Auf und Ab der Frauen- und linken Bewegung unsere Frauenpolitik an freieren zu wollen.“

Zunächst wird hier offenbar ein Zusammenhang zwischen dem Stand der Bewegung („Auf und Ab“) und der Berechtigung, Kritik an der Arbeit der Kommunisten zu üben, gesehen. (Für bedenklich halte ich im übrigen die Gleichsetzung der Begriffe „Kritik“ und „Angriff“. Denn daß hier „Kritik“ gemeint ist, schließt sich aus der Tatsache, daß es tatsächlich „Angriff“ im Sinne von „die Arbeit kaputt machen“ wohl vollständig unabhängig vom Auf und Ab der Bewegung zu keinem Zeitpunkt legitim wäre!) Schade ist, daß dieser Zusammenhang nicht konkretisiert wird. Ist dies so zu verstehen, daß man/frau beim Abwachen der Bewegung mit berechtigter Kritik schonender umgehen soll? Sieht die AG Frauen das auf die konkrete Auseinandersetzung bezogen so, daß die ZL berechtigte Kritik geäußert hat, die sie aber unter Berücksichtigung der Schwäche der Bewegung lieber nicht hätte äußern sollen? Das wäre interessant zu erfahren!

Auf ein letztes Zitat möchte ich eingehen. Co. aus Hamburg schreibt: „Wenn Genoss(innen) aus dem KB aus persönlichen Gründen austreten, so ist ihnen das nur als Folge einer ‚eigenförmlichen Metamorphose‘ in den Hirnen dieser Genoss(innen) erklärbar, wohl so eine Art Geisteskrankheit. Es würde mich interessieren, wie die Autor(innen) bei diesem Einfühlungsvermögen mit etwaigen demokratischen Bündnispartnern umgehen, die nach diesen Maßstäben ja völlig in geistiger Umnachtung dahingevegetieren müßten?“ M.E. zeigt sich hier besonders deutlich der von Lenin in „Was tun?“ dargelegte Zusammenhang zwischen Herabdrücken des politischen Bewußtseins, Anbetung der Spontaneität und Demagogie! Wenn man/frau nicht mehr davon ausgeht, daß die

Kommunisten ihren Bündnispartnern etwas vorzusetzen haben, nämlich die wissenschaftliche Sicht der Gesellschaft, ihrer Entwicklungstendenzen, ihrer Geschichte usw., wenn man/frau nicht mehr davon ausgeht, daß es darum geht, möglichst viele unterer Genossen(!) und Sympathisanten in Betriebe, Frauengruppen, AK-Leser usw. auf diesen Stand hinarbeiten zu lassen, dann kann man die politisch-ideologische Auseinandersetzung natürlich nur als sektiererisch oder gar – vermischt mit sich gesetzmäßig einstellender Demagogie – als eifrig und überheblich bezeichnen.

Co.'s Kritik an der ZL ist doch nichts anderes als eine total demagogische Verdrehung der Tatsache, daß die Genossen der ZL den Prozeß der Entpolitisierung, des Austritts aus dem KB für einen Rückschritt halten und ihn als solchen benannt haben. Vom Standpunkt eines Spontis ist das natürlich eine ziemliche Überheblichkeit! Sind wir soweit schon, um diesen Standpunkt zu eigen zu machen?

tl. Chemiekomitee



Macht die ZL unsere Frauenarbeit kaputt?

Macht die ZL unsere Frauenarbeit kaputt?

Dieser Schluß wird in den Stellungnahmen der LG-Mehrheit und AG Frauen (AK 161) nahegelegt. Der Artikel der AG Frauen ist überschrieben: „Wir lassen uns unsere Arbeit nicht kaputt machen!“ Die LG-Mehrheit schreibt in ihrem ersten Rundbrief: „Es wird im Sinne der Sündenbock-Theorie von Ha. und Kl. völlig losgelöst von den realen gesellschaftlichen Entwicklungen und den objektiven Bedingungen der Krise auf die Frauenpolitik der KB eingedroschen, zudem ohne fundierte Sachkenntnis.“

An weiteren Stellen wird eine Gleichsetzung der ZL-Artikel mit der Stellungnahme von Ha. und Kl. betrieben. „Es ist das selbe methodische Fehler“, hat die ZL jedoch mit ihrem Artikel-Paket gemacht, von dem sich zwei Drittel ausschließlich mit der Frauenproblematik im KB beschäftigen“ (Stellungnahme der LG-Mehrheit, AK 161).

Übersehen wird bei diesen Kritiken, daß eine scharfe Abgrenzung gegen die Göttinger Stellungnahmen erfolgt. Den Genossen wird vorgeworfen, gewissermaßen Ursache und Wirkung der Krise auf den Kopf zu stellen, wodurch man zu verhängnisvollen Schlußfolgerungen kommen kann. Die Charakterisierung der „Fehler von Ha./Kl. als ‚methodisch‘“ wird jedoch von den Kritikern (auch in Diskussionen) vielfach mit einer Abschwächung/Verharmlosung gleichgesetzt. Das legt den Schluß nahe, daß von dieser Seite eine inhaltlich scharfe Kritik mit wortgewaltigen Verurteilungen identifiziert wird. „Das ist Chauvinismus in Reinkultur, das gebe ich Euch hiermit schriftlich.“

„Übersehen“ wird von den Kritikern ferner, daß in den ZL-Artikeln eindeutig der Chauvinismus als das Hauptproblem gekennzeichnet wird. In Abgrenzung zu Ha./Kl. heißt es: „Auch die Seriosität unserer Genossinnen ist in der letzten Zeit gewachsen, sondern ihre (u.B. berechtigte) Angst vor einem schleichenden Rollback chauvinistischer Tendenzen. Mehr noch: M.E. ist darüber hinaus sogar ihre Hilflosigkeit gewachsen, wenn gleich sie auch manchmal im Tarnkleid kraftmeierischer Parolen einkerkommt.“

Wird sich nicht mehr am Text auseinanderzusetzen, bleibt nur noch die Spekulation über die Motive, die die Genoss(innen) beim Ablassen der Artikel gehabt haben mögen. Möglicherweise führen sie die Auseinandersetzung mit feministischen Tendenzen nur, weil sie schon lange auf den Tag gewartet haben, wo sie mit der Frauenerbeit aufräumen können?

Eben auf dieser Ebene der Stummungsmache liegt der Hinweis der AG Frauen auf die „Müdigkeit und das Desinteresse“ der Genossen bei Frauen Diskussionen. Dieser Hinweis ist für die Mehrheit der Mitglieder überhaupt nicht überprüfbar. Im übrigen selbst wenn sich die Genossen in der Vergangenheit zu wenig in Diskussionen um unsere Frauenerbeit eingeschaltet haben (was selbstkritisch in der Einleitung zu den Artikeln festgestellt wird) kann das natür-

lich niemals Beleg für oder gegen die von den ZL-Genoss(innen) aufgestellten Thesen sein. Derlei Hinweise auf „Internat“ klingen nur die politische Auseinandersetzung abtöten. Oder in welche Bahnen würde die Kontroverse gelenkt, wenn andererseits darüber spekuliert würde, warum sich eine Reihe von anleitenden Genossen, die möglicherweise in der Vergangenheit bei Frauendiskussionen auch nicht allzu wach waren, sich nun als Anhänger der „Mehrheitsposition“ an die Spitze des Verteidigungskampfes der Frauen setzen?

Emotionalisierung statt politischer Auseinandersetzung?

Der erste schwerwiegende Fehler in der AGF-Stellungnahme (AK 161) besteht in der Gleichsetzung einer Kritik an sektiererischen Tendenzen in der Organisation mit einem Angriff auf die KB-Frauenpolitik, die die Genossinnen in Überschrift: „Wir lassen uns unsere Arbeit nicht kaputt machen!“

Ähnlich auch in der Stellungnahme der LG-Mehrheit: „Ausgerechnet die KB-Frauenpolitik als negatives Beispiel anzugreifen, und zwar durch Genoss(innen), die allesamt so gut wie gar keine Ahnung von der Sache haben, sondern sich nur im Schnellkurs in die Materie reingelesen haben, ist von vornherein verfehlt haben, sondern sich nur im Schnellkurs in die Materie reingelesen haben, ist von vornherein verfehlt. Denn zum einen ruft dieses Vorgehen s w a n g s i d u f i g berechnete Emotionen hervor, in dieser Art und Weise Lehren vorgesetzt zu bekommen.“

Zweifellos wird damit an Stimmungen in der Organisation speziell unter Genossinnen, angeknüpft. M.E. ist das jedoch von Seiten anleitender Genoss(innen), die ja die Existenz von sektiererischen Tendenzen im KB in der Vergangenheit ausdrücklich bestätigt haben (s. Leserbriefe zu Ha./Kl., AK 157), unverantwortlich.

In AK 161 wird nun, im wesentlichen in der AGF-Stellungnahme der Beleg versucht, warum es auch gar nicht nötig (oder eine Zumutung) ist, sich inhaltlich mit den Zentren der Auseinandersetzung zu beschäftigen. Wird den Genoss(innen) das Recht abgesprochen sich überhaupt mit Fehlströmungen in der Frauenpolitik auseinanderzusetzen? Es wird damit gedroht, ähnliches von Seiten der AGF beispielsweise mit der Arbeit im Betriebsbereich zu machen. M.E. spricht daraus R e s s o r t g o i s t, d.h. die Meinung, daß sich jeder im KB am besten nur um seinen Bereich kümmern sollte, alles andere nicht Gegenstand der Diskussion sein darf. Wohlgemerkt, es geht in dieser Auseinandersetzung ja nicht darum, ob sich Genoss(innen) einmischen sagen wir mal in die Planung einer Veranstaltung in Bereich XY, sondern um eine Diskussion um im KB vorhandene Fehlströmungen. Solche Diskussionen müssen unbedingt in der gesamten Organisation geführt werden. Wie in dem AGF-Artikel wird auch in der LG-Mehrheitsstimmungnahme argumentiert. Unter der Überschrift: „Jeder kehrt vor seiner eigenen Tür“ findet sich der Hinweis: „Mit dem Finger auf fremde Bereiche zu weisen, hat allerdings im KB eine biblische Tradition.“ (AK 161, S. 36) Für den dieser Passage vorausgehenden Hinweis auf die angeblich mangelhafte politisch-ideologische Debatte in den Bereichen der Genoss(innen) trifft m.E. das gleiche zu, wie auf den Hinweis der AGF auf die „Müdigkeit und das Desinteresse“ bei Frauendiskussionen für die Mehrheit der Mitglieder überhaupt nicht überprüfbar und als inhaltlich eher Gegenbeleg für die von den ZL-Genoss(innen) aufgestellten Thesen völlig unbrauchbar.

Ist es soweit mit uns gekommen, daß es es nicht mehr möglich sein soll, sich mit der ganzen Organisation betreffenden Fragen auseinanderzusetzen? Würde sich nächstmal beispielsweise die AdW-Nein-Kommis sich ebenso angegriffen fühlen, wenn der Nachweis versucht würde, daß es Strömungen in der Organisation gibt, die eine „offene Flanke“ gegenüber den Ökologiedebatten der Grünen haben?

Mir ist klar, daß dieser Vergleich nur z.T. stimmt, weil es sich bei der „offenen Flanke zum Feminismus“ nicht nur um eine Anpassung an kleinbürgerliche Strömungen handelt, sondern feministische Tendenzen wesentlich auch ein Reflex auf den Chauvinismus in der Organisation sind. Aber trotzdem (oder gerade deswegen?). Die AGF und auch die LG-Mehrheit erweisen den Genossin-

thodischer Fehler" zuteil wird, denen sie ansonsten aber ein „Verdienst mit dieser Gedankenführung“ bescheinigt. Im übrigen sollte man/frau allerdings nicht darüber hinwegsehen, daß die von der „Zentrums“-Leitung geschaffene Methode der Bekämpfung von „Krisen“-Herden auch andersweitig ausbaufähig wäre. Als nächstes könnte sich jemand von der „Zentrums“-Leitung vielleicht der Mühe unterziehen, die Protokolle unserer Anti-AKW-Aktivisten durchzusehen, dort „ökologische“ Positionen aufzuspüren, die im Überdimensionalen aufblasen, sie sodann mit lautmalerischem und oho (erhöhter Zeigefinger) in den AK lancieren, um zu der bitteren Schlußfolgerung zu gelangen, daß die „Grazuonen des Ökologismus“ im KB als verantwortlich oder zumindest fördernd für folgende Erscheinungen anzuprangern und zu bekämpfen sind:

- Den Rückgang unserer Anti-AKW-Massenaktivitäten („Energiesparen fängt bei uns selber an“);
 - Die Zunahme von „Beziehungs-krisen und rein privaten“ Auseinandersetzungen unter den Anti-AKW-Aktivisten (Diskussion um den Sinn oder Unsinn einer bio-dynamischen Lebensweise);
 - Die „Ausflipp und Lostrennungstendenzen“ (Trend zur „Öko-Partei“);
 - Den Rückgang der Betriebsarbeit („Ökologie vor Ökonomie“).
- Als Dreingabe gewissermaßen zur Krönung des Ganzen könnte man dann noch den Vorwurf erheben, daß durchweg alle KBler immer nur von der Anti-AKW-Bewegung reden (also der notwendige Unterschied beispielsweise zwischen kommunistischer und ökologischer Anti-AKW-Bewegung zu keiner Zeit gemacht wurde).

Schluß mit der Erpremer-Politik! Die Vorschläge der „Krisen“-Doktoren von der „Zentrums“-Leitung sind eine Seite. Die andere – damit nicht unbedingt zusammenhängende – betrifft die Methoden, derer sie sich bedienen (wollen), für den Fall, daß ihre „Rezepte“ vom Publikum nicht mit der gebotenen „Wärme“ aufgenommen werden sollten. Konkret drohen sie mit der Niederlegung ihrer politischen Funktionen, Fraktionierung und Spaltung der Organisation („kollektiver Austritt“). Man muß sich diesen Vorgang klar machen: Diese Drohungen werden ausgestoßen, bevor die Debatte um den „Stein des Anstoßes“ überhaupt nur annäherungsweise der Mehrheit der Organisation bekannt ist, bzw. von ihr geführt wird. Und dabei bezieht sich die Spaltungsdrohung nicht einmal auf die – wie ich meine – durchaus tiefgreifende Kontroverse um den Artikel in AK 160. Nein, die Spaltungsdrohung macht sich ausschließlich fest an für die Mehrheit der Organisation unüberprüfbar evtl. „Entgleisungen“ einzelner Gen. gegenüber Mitgliedern der „Zentrums“-Leitung. Sie macht sich fest an der „Befürchtung“, der „unkritischen und pauschalen Verurteilung wie bei Ha./Kl.“ anheimzufallen. (Offenbar sollen Artikel mit chauvinistischem Grundtenor nach Auffassung der „Zentrums“-Leitung zukünftig nicht mehr „pauschal“ verurteilt werden dürfen. Für alle Fälle: Ich bitte um genauere „Verhaltensmaßregeln“, wie Ihr Euch das im Einzelnen vorstellt...). Im übrigen scheint es die „Zentrums“-Leitung nicht für nötig zu halten, sich zu ihren undemokratischen Praktiken auch nur zu äußern – z.B. Nichtinformation/Nichteinladung des LG zum Treffen v. 22.8. Das Vorgehen, was die Genossinnen eingeschlagen haben – zumal noch als Leute, die als I.G. bzw. ZRK-Mitglieder eine besondere Verantwortung vor der Organisation haben – ist in der Geschichte des KB nicht nur beispiellos, sondern auch ebenso kleinlich wie verwerflich. Wie hätte Ihr, liebe Mitglieder der „Zentrums“-Leitung wohl einem Vorstoß der sog. „Kritik-Fraktion“ gekniet, wenn die mit ähnlich zweitrangigen Beweggründen offen zur Spaltung des KB aufgerufen hätte? Ihr schreibt doch selbst in Eurem Artikel in AK 160: „Das Besondere an unserer Krise allerdings ist nicht nur ein z.T. bedrückendes Anwachsen des Utopismus (na ja, Anm. d. Verf.), sondern seine regelrecht perverse Paarung mit einer ungleichgreifigen Verwerfung der drohenden, also mit der Tendenz, die Arbeit für unsere Sache einzuschränken, einzustellen, die Organisation zu verlassen“ (Hervorhebung v. mir).

Ich meine: Wenn die Gen. von ihren Funktionen zurücktreten wollen, wenn sie eine Fraktion aufmachen wollen – bitte sehr, das ist ihr gutes Recht. Befremdlich wirkt es freilich, daß sie mit diesem Vorhaben drohen! Die erpremerische „Alternative“ – entweder „Wohlfühlen“ (bgl. ihres Artikels in AK 160) oder der Spaltung des KB – muß von

der „Zentrums“-Leitung allerdings ohne Einschränkungen und selbstkritisch zurückgenommen werden! Darüberhinaus bin ich der Auffassung, daß zumindest die LG-Mitglieder, die dieses Vorgehen mitgetragen haben, künftig in der Leitung unserer Organisation nichts mehr zu suchen haben. Ich fordere die betr. Genoss(innen) daher auf, zurückzutreten.

H.C., Bochum, d. 29.8.79



Wir wollen mit dem folgenden Artikel versuchen, anhand einiger inhaltlicher Aussagen des Artikels der „Zentrums“-Leitung „Grazuonen des Feminismus“ (AK 160) unsere Bedenken gegenüber dem dort von der Zentrumsleitung geäußerten Vorstellungen über die Lösung der Frauenfrage zu präzisieren. Wir beschränken uns dabei bewußt auf spezielle Probleme, die zunächst mehr theoretischer Natur zu sein scheinen, denn dies ist ein Gesichtspunkt, der in den bisher im AK veröffentlichten Kritiken zu kurz kommt, der uns aber aus weiter unten genannten Gründen wichtig erscheint. Das heißt aber nicht, daß wir uns mit sämtlichen sonstigen Aussagen des Artikels einverstanden erklären.

Wir gehen davon aus, daß unser Artikel Teilen der Organisation als handfester Beweis für die Existenz der „Grazuonen“ erscheinen wird. Wir freuen uns auf die inhaltliche Auseinandersetzung, solange sie sich nicht darauf beschränkt, uns nur den Stempel „Feministinnen“ aufzudrücken!

Im Artikel „Grazuonen...“ behandeln die Verfasser etwas grundrissig die Frage, wie die Frauenfrage gelöst werden kann. Dazu schreiben sie als Antwort auf ein Zitat:

„Sie (die Zithäffte) legt nahe, daß die Frauenfrage vor der Eigentumsfrage lösbar sei. Tatsächlich ist das Gegenteil vereinheitlichte Position unter Marxisten. Erst nach der Lösung der Eigentumsfrage kann das Problem der besonderen Unterdrückung der Frauen gelöst werden. Andere Ansichten sind erstens idealistisch, zweitens feministisch und drittens verkennen sie die historischen Wurzeln der Frauenunterdrückung.“

Die sozialistische Emanzipationstheorie, auf die sich die Verfasser hier stützen, bezieht sich vor allem auf Engels, der im „Ursprung der Familie...“ meint, daß die Unterdrückung der Frau mit der Entstehung des Privateigentums zusammenfällt. Engels stütze sich bei seiner Beweisführung auf Untersuchungen von Morgan über frühe Gesellschaftsformationen. Danach hatte die Frau in der Urgesellschaft eine hochgeschätzte Stellung, weil sie wesentlich an der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion beteiligt war.

„Die Teilung der Arbeit ist rein naturwüchsig; sie besteht nur zwischen den beiden Geschlechtern. Der Mann führt den Krieg, geht jagen und fischereit, beschafft den Rohstoff der Nahrung und die dazu nötigen Werkzeuge. Die Frau besorgt das Haus und die Zubereitung der Nahrung und Kleidung, kocht, webt, näht. Jedes von beiden ist Herr auf seinem Gebiet, der Mann im Walde, die Frau im Hause.“ (MEW 21, S.155)

In diesen Gesellschaften gab es nach Meinung von Engels keine Klassen, weder Ausbeutung noch Herrschaft. Die Menschen blieben aber nicht auf dieser Stufe der Produktion stehen. Das Streben nach Sicherung ihrer Existenz führte sie auf die Suche nach neuen Nahrungsmitteln. Mit der Entwicklung der Viehzucht durch die Männer (Jäger) war ein gewaltiger Schritt in diese Richtung getan. Die Viehzucht ermöglichte es den Menschen, mehr zu produzieren, als für ihren Eigenbedarf notwendig war. Das Vieh wurde gegen andere Güter ausgetauscht. Es besaß nun nicht nur Gebrauchswert, sondern auch Tauschwert.

„Der Hirt häufte Güter an, die seiner persönlichen Verfügung unterlagen. Dieses Eigentum war nach der vorgegebenen gesellschaftlichen Arbeitsteilung Besitz des Mannes.“ (Karin Bauer, S.22)

Diese Entwicklung des Privateigentums veränderte auch die sozialen Beziehungen der Geschlechter, stürzte nach Meinung von Engels das Mutterrecht und ersetzte es durch das Patriarchat. Die Frau wird von dem Erwerb von Privateigentum ausgeschlossen. Infolge der schon vorher existierenden naturwüchsigen Arbeitsteilung fiel ihr die Versorgung von Kindern und Stamm zu.

„Ihre Produktion ist Gebrauchswertproduktion, Produktion zum Zweck der Reproduktion des unmittelbaren Lebens, Produktion mit dem Ziel des unmittelbaren Verbrauchs.“ (K. Bauer, S.23)

Die Kinderaufzucht hinderte die Frau daran, aus dem Bereich der Gebrauchswertproduktion in den Bereich der Tauschwertproduktion überzuwechseln.

„Die Tatsache, daß die Produktion der Frau hauptsächlich Gebrauchswertproduktion zum unmittelbaren Verbrauch ist, erklärt zweierlei: sie erklärt sowohl ihre führende soziale Stellung in der Urgesellschaft, die keine andere als Gebrauchswertproduktion kannte, als auch ihre immer größer werdende Unterdrückung in einer Gesellschaft, für die Warenproduktion und Privateigentum zum treibenden Motor werden.“ (K. Bauer, S.24)

Die hier dargelegten Vorstellungen über die Ursprünge der Frauenunterdrückung haben in der Frauenbewegung einige Widersprüche hervorgerufen. So wird Engels kritisiert, daß er eine kontinuierliche Entwicklungslinie von der Urgesellschaft mit Frauenherrschaft bis zur bürgerlichen Gesellschaft mit Frauenunterdrückung zieht. Eine Fülle von historischem und ethnologischem Material beweist, daß eine Vielfalt arbeitsteiliger Beziehungen zwischen

sowohl Frauenunterdrückung gibt, wie auch diese nicht vorkommt. Dort, wo Frauen eigene Solidaritätsstrukturen aufgebaut haben (Frauenbünde, Geheimgesellschaften...), waren sie den Männern gleichberechtigt oder überlegen.

Die hier dargestellten, zumeist neueren Forschungsergebnisse bedeuten zumindest eine erhebliche Relativierung der Engelschen Erklärung des Entstehens von Frauenunterdrückung. Wir müssen uns von bestimmten Vorstellungen von Engels freimachen, der eine direkte Linie vom Urkommunismus mit Frauenherrschaft zur Entstehung des Privateigentums mit gleichzeitiger Herausbildung des Patriarchats zieht.

Dies ist im übrigen eine Erkenntnis, die nicht erst auf unserem Mist oder dem der neuen Frauenbewegung gewachsen ist, sondern die auch schon von Kollontai vertreten wurde. „Viele sind der Überzeugung, daß Leibeigenschaft und unmündige Stellung der Frau parallel zur Einführung des Privateigentums entstanden. Das ist nicht richtig. Das Privateigentum trug zwar zur Entmündigung der Frau bei, aber eben nur dann, wenn

geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und die daraus resultierende Unterdrückung weltweit durchgesetzt.

Die kapitalistische Industriegesellschaft hatte eine bereits bestehende Arbeitsteilung nach Geschlechtern in bestimmter Weise modifiziert. In der vorindustriellen Agrargesellschaft trugen alle Mitglieder im „ganzen Haus“, jener vorkapitalistischen Wirtschafts- und Sozialform, die noch Einheit von Haushalt und Betrieb war, in der die Bauernbevölkerung und die Handwerker lebten, arbeitsteilig ihren Anteil zur „Nahrung“ bei. Die Frauen arbeiten im Haus, im Garten und auf dem Feld, sie waren für Kleintierhaltung und für die Milchwirtschaft zuständig. Sie waren für das Funktionieren des Handwerkerhaushalts unentbehrlich: Haushaltsführung, Vorratswirtschaft, Herstellung und Instandsetzung von Textilien waren ihre Aufgaben. In diesen Gesellschaften konnten die Frauen eine geschätzte Stellung behaupten, die sich aus ihrem Beitrag zur Produktion und Reproduktion herleitete, auch wenn sie im Vergleich zum Mann eine untergeordnete Stellung in der Gesellschaft bezogen. Die kapitalistische Produktionsweise zerschlug die Produktions- und Reproduktionseinheit des „ganzen Hauses“, es entstand die Trennung von Haushalt und Erwerb. Dieser Prozeß der Trennung von Produktion und Reproduktion ging zuerst im Bürgertum mit einer klaren Zuordnung dieser Bereiche an Mann und Frau einher. Gemäß vorgefundener arbeitsteiliger Strukturen wurden Familie und Haushalt zum Bereich der Frau erklärt. Dieser Bereich erscheint als selbstbestimmt und privat. Die Reproduktionsarbeit bekommt den Anschein einer privaten Tätigkeit, die keinerlei Zusammenhang zur Produktion hat. Die Hausarbeit, die notwendig zur Reproduktion der Arbeitskraft zum Nutzen des Kapitals ist, kann zum Privatvergnügen der Frau deklariert werden. Dies begründet eine spezielle Ideologie über die Tätigkeit der Frauen, es bilden sich (falsche) Vorstellungen über die Geschlechtscharaktere von Mann und Frau heraus. Es entsteht das Bild der bürgerlichen Frau, deren „natürlichem“ Wesen die Aufgaben als Gattin, Hausfrau und Mutter entsprechen. Ihr Bild ist bezogen auf Heim, das kontrastierende Bild von Männlichkeit auf Beruf und Welt.

Mit Hilfe der Ideologie werden die entstandenen arbeitsteiligen Verhältnisse zu „Naturkonstanten“ erklärt. Sie dient ganz offensichtlich der Stabilisierung der Verhältnisse und trägt in der Folge zu deren Reproduktion bei.

Für die proletarische Frau ist das eben beschriebene zu Beginn der bürgerlichen Gesellschaft irrelevant. Die niedrigen Löhne zwingen die Proletarierfamilie als ganze in der Fabrik. Reproduktion bedeutet kaum mehr als Überleben, ein Familienleben gab es bei einem 12- bis 15-Stundentag nicht. Familie und Haushalt gewannen für sie erst Bedeutung mit der weiteren Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft.

Diese ist – in bezug auf die Stellung der Frauen – dadurch gekennzeichnet, daß der Reproduktionsbereich für alle Frauen nach wie vor als eigenständiger Tätigkeitsbereich gilt. Gleichzeitig werden zumindest die proletarischen Frauen in die Produktion mit einbezogen – als Arbeitskräfte zweiter Klasse. Sie unterliegen im Vergleich zu Männern den verschiedensten Diskriminierungen, die hauptsächlich auf drei Komplexe bezogen sind: Frauenarbeitsplätze, Frauenlöhne, Frauenarbeitslosigkeit. (Nachdem wir nun schon einen mehr oder weniger stümperhaften Auszug durch ein paar Jahrhunderte Geschichte der Frauenunterdrückung gemacht haben, wollen wir diese Punkte nicht auch noch ausführen, sie sind ja wohl bekannt).

Um nun aber mal langsam auf den Punkt zu kommen: Wir wollen klarmachen, daß eine Diskriminierung von Frauen nicht nur als historisches Relikt zu begreifen ist. In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Stellung der Frau immer noch bestimmt durch die arbeitsteilige Struktur, die diese Gesellschaft permanent reproduziert. Der Kapitalismus nutzt und verfestigt bestimmte patriarchale (= auf geschlechtsspezifische, die Frauen benachteiligende Arbeitsteilung gegründete) Verhältnisse. Der Kapitalismus „an sich“ ist aber nicht „frauenfeindlich“.

„Auf der anderen Seite müssen wir uns vergegenwärtigen, daß das Kapitalverhältnis als Wertverhältnis völlig gleichgültig gegenüber konkreten Personen ist, d.h. auch gegenüber deren Geschlecht – das Kapitalverhältnis kann deshalb nie patriarchal sein... Was die bürgerliche Gesellschaft an Veränderungen bezüglich des Geschlechterverhältnisses zuläßt, kann daher nie per objektivistischer Theorie vorab bestimmt werden und, was die verkräftet bzw. zu



TETSCHKE

Das Interesse der bürgerlichen Presse für die „Krisen-Debatte“ im KB hält unvermindert an – hier der Beitrag von Tetschke aus dem „Starn“ vom 27.9.79.

Das Interesse der bürgerlichen Presse für die „Krisen-Debatte“ im KB hält unvermindert an – hier der Beitrag von Tetschke aus dem „Starn“ vom 27.9.79.

den Geschlechtern existierte, bis hin zur völligen Umkehr der Verhältnisse, die Engels darstellt. So existieren auch in Urgesellschaften primitiver Art vielfach Herrschaftsmechanismen (vgl. Janssen-Jureit, Sexismus, S.149 ff.). Aber Vorsicht, es handelt sich hier um ein feministisches Buch!!!. Ebensov wenig lassen sich ausschließlich matrilineare Gesellschaften vor der Entstehung des Privateigentums ausmachen. Und, noch anders gewendet, auch die Existenz von matrilinear organisierten Gesellschaften sagt nichts über die Stellung der Frau in diesen Gesellschaften aus, auch hier kann z.B. eine Unterdrückung der Frau auf sexuellem Gebiet existieren (vgl. Janssen-Jureit, S.128 ff.).

Die führende soziale Stellung der Frau in der Urgesellschaft wird bei Engels durch ihren hohen Anteil an der Produktion erklärt. Auch hier wird wiederum von anderer Seite anhand der vorliegenden Untersuchungen über primitive Gesellschaften gezeigt, daß der Anteil an der Produktion zwar „notwendige, aber nicht ausreichende Bedingung für die Entwicklung des weiblichen Status ist“ (Janssen-Jureit, S.368). Janssen-Jureit weist darauf hin, daß es auch Gesellschaften gab, die kein Privateigentum kannten und in denen Frauen einen sehr hohen Anteil an der Produktion hatten, während die Männer mehr oder weniger „dem Müßiggang frönten“, und wertet dies als Indiz für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Es liegt hier einfach eine ungleiche Verteilung der Arbeitslasten auf Männer und Frauen vor, die auf eine bestimmte Herrschaftsstruktur verweist.

Allgemein ist festzustellen, daß es viele Gesellschaften auf gleicher Stufe der Produktion gibt, in denen es

sie bereits aufgrund der Arbeitsteilung ihre Bedeutung in der Produktion eingebüßt hatte.“ (A. Kollontai, Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung, Frankfurt 1976, S.31)

Kommen wir jetzt aber zurück zum Grauzonen-Artikel. Hier wird mit dem Hinweis auf die „historischen Wurzeln der Frauenunterdrückung“ gesagt, die Frauenfrage sei nicht lösbar im Kapitalismus. Warum? Weil die Frauenfrage mit dem Privateigentum begonnen hat, und erst mit der Abschaffung der Eigentumsverhältnisse daher auch die Frauenunterdrückung abgeschafft werden kann?

Berücksichtigt man die von uns vorher dargestellten Forschungsergebnisse, muß diese Sicht der Dinge wohl etwas modifiziert werden. Wir gehen – im Gegensatz zu Engels – davon aus, daß eben nicht die Entstehung des Privateigentums eigentliche Ursache der Unterdrückung der Frauen ist, sondern daß als materielle Basis dieser Unterdrückung die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung anzusehen ist. Nun läßt sich natürlich nicht bestreiten, daß die Entstehung des Privateigentums die Unterdrückung der Frau gefestigt und verstärkt hat (zumindest in den Gesellschaften, wo sich als Ergebnis der Entwicklung der verschiedenen Gesellschaftsformationen letztendlich die kapitalistische Gesellschaft durchsetzte). Die kapitalistische Gesellschaftsformation vernichtete nach und nach alle anderen Formationen und wurde zu herrschenden auf der ganzen Erde. Mit ihrer Durchsetzung wurden die vorkapitalistischen Strukturen in den unentwickelten Ländern zerstört, und zwar nicht nur die Produktionsweise, sondern auch die alten sozialen Zusammenhänge. Damit wurde auch die bekannte Form der

ihre Überwindung beträgt, wird sich erst recht im Nachhinein zeigen." (mehrwert 15/16, S. 99 f)

Das, was uns also nur weiterhelfen kann, wenn wir die Situation von Frauen heute (zunächst mal analytisch) in den Griff bekommen wollen, ist folgendes: Wir müssen die spezifische Ausprägung von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und entsprechenden Herrschaftsverhältnissen erfassen, zu der die kapitalistische Produktionsweise geführt hat.

Dies ist allerdings eine Aufgabe, vor der sich die Linke bisher gedrückt hat. Sie hat sich auf Engels und Bebel ausgerichtet, und damit das vereinfachende Schema von Haupt- und Nebenwidersprüchen übernommen. Dabei kommt dann heraus, der Frauenfrage in einer Vielzahl von Nebenwidersprüchen den gleichen Rang zuzuschreiben wie dem Problem des Analphabetismus in bestimmten Ländern (siehe „Zentrums“ Artikel). Die genauere Analyse des Zusammenhangs von Patriarchat und Kapitalismus (und diese ist für uns von zentraler Bedeutung, denn wie das „Zentrum“ ganz richtig bemerkt, sollte sich marxistische Frauenpolitik dadurch auszeichnen, den engen Zusammenhang von Geschlechter- und Klassenkampf aufzuzeigen) wird jedoch bisher z. gr. T. in der autonomen Frauenbewegung versucht. Wenn z.B. Frauen aus kommunistischen Organisationen abwandern in die autonome Frauenbewegung, so sehen wir unter anderem eben gerade einen Grund dafür in dem Umstand, daß die theoretische und praktische Arbeit dieser Organisation sich nach wie vor ziemlich unhinterfragt auf Konzepte wie das von Engels stützt, das aber zumindest als undifferenziert bezeichnet werden muß.

D.h., wenn wir solchen Tendenzen entgegenwirken wollen (Abdriften in die autonome Frauenbewegung) muß ein Teil unserer Bemühungen darin liegen, die Klassiker in diesem Punkt genau zu überprüfen und Arbeitsergebnisse, die in ersten Ansätzen in der neuen Frauenbewegung vorliegen, mit diesen Klassikertexten zu konfrontieren, um ein realisierbares Konzept für kommunistische Frauenpolitik zu entwickeln. Das Wertvolle, was uns die Klassiker bieten, ist schließlich nicht jeder einzelne Satz, den sie mal ausgesprochen haben, sondern eine bestimmte Methode der Erkenntnis und Erklärung der Wirklichkeit. Wenn wir so weit können, diese Methode einigermaßen zu beherrschen, ist auch eine „offene Flanke“ zum Feminismus keine so große Gefahr mehr für uns, weil es eben dann möglich wäre, nicht mehr „Anleihen“ beim Feminismus zu machen, sondern von ihm zu lernen. Auf unsere praktische Politik angewendet, wollen wir versuchen, noch ein paar Thesen aus unseren bisherigen Geschreibseln auszuholen:

— Wichtig ist es, den Kampf gegen bestimmte Formen der Arbeitsteilung verstärkt aufzunehmen, und dies nicht nur unter Genossen/Genossinnen, sondern als Bestandteil unserer Massenpolitik. Es muß radikal die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bekämpft werden, die bisher immer durch geschlechtsspezifische Erziehung von Mädchen und Knaben, Ausbildung, Ehe stabilisiert und weitergegeben wird.

Dabei ist davon auszugehen, daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auf der Grundlage der besonderen Ausbeutung unbezahlter Arbeitskräfte funktional für die Kapitalverwertung ist. Die Arbeit der Frau in der Familie ist die billigste Form der Reproduktion der Arbeitskraft in der bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb stehen Frau und Familie auch im Mittelpunkt eines ideologischen Trommelfeuers von Kapital und Staat. Gerade das muß uns aber noch mehr überzeugen, den Aspekt der Familie stärker in unser Bemühen um die Veränderung der Gesellschaft einzubeziehen. Wir können dabei immer wieder zeigen, welches Interesse das Kapital an der besonderen Unterdrückung der Frauen hat. Sei es das Interesse an der unbezahlten Reproduktionsarbeit der Frau in der Familie, sei es ihre Diskriminierung im Produktionsprozeß, die aus ihrer vorrangigen Zuweisung auf Haushalt und Familie herrührt. Wir können auch darauf hinweisen, daß eine Vergesellschaftung der Erziehung im Kapitalismus nur immer in verkrüppelter Form stattfindet, und daß die Grundlage dieser Verkrüppelung nur beseitigt werden kann, wenn die Gesellschaft umgewandelt wird.

Wir wehren uns aber dagegen, die Frauenfrage nur als Vehikel zu benutzen, um so den gesellschaftlichen Hauptwiderspruch aufzudecken. Wenn die Frauen an der Zukunft interessiert sein sollen, müssen wir sie beginnen.

C. und U., Göttingen
26.9.79



Pletzegeier und Grauzonen

wel. 10000 bzw. 20000 Mark Miese macht jede Folge der Zeitschrift „Arbeiterkampf“ (die unterschiedlichen Angaben beide aus Nr. 160). Nehmen wir mal 15000 DM an. 51000 DM würden die Fixkosten betragen, davon allein 6510 DM Raum- und Maschinenmieten, über 20000 DM Personalkosten. Bei 30000 Miesen im Monat bleiben 21000, oder aber rund 5000 verkaufte „Arbeiterkämpfe“ pro Nummer, was uns bald etwas zu hoch gegriffen erscheint. Die Abonnenten-Kampagne ist praktisch schon gescheitert. Der Spendenauftrag brachte in vier Wochen Lochdeckung für eine Ausgabe. Es wird nicht viele geben, die ihr Geld in einem Fall ohne Boden gut aufgehoben sehen.

Wochen Lochdeckung für eine Ausgabe. Es wird nicht viele geben, die ihr Geld in einem Fall ohne Boden gut aufgehoben sehen.

Noch immer ist der finanzielle die Folge vom politischen Bankrott. Welche (ausbleibende) Leser die einstmals Auflage von 28 500 gedruckten auf das jetzige Niveau heruntergebracht haben, ist eindeutig: die Leser aus den arbeitenden Klassen. Was sollen sie auch mit einer Zeitung, die weder den Zusammenschluß der Arbeiter fördert noch die Absichten der Kapitalistenklasse untersucht und angreift; und die in allen internationalen Fragen des Klassenkampfes die Fahne der Sozialimperialisten schwenkt.

Gegenwärtig tobt im KB/Nord ein heftiger Kampf zweier bürgerlicher Linien um die Frage, wie der totale Ruin zu umgehen sei. Auslöser war ein Leserbrief über „Grauzonen“, womit das ungehemmte Wirken feministischer, spontaneistischer etc.pp. Strömungen im KB/Nord kritisiert wurde, die aus jeder Seite des „Arbeiterkampf“ herausriefen. Im Kern geht es darum, daß ein Teil der Mitglieder (in Hamburg ein ziemlich großer) dafür eintritt, daß mit den wüsten Kruditäten („Zu viert im Bett“ und anderes lesenswerter) Schluß gemacht wird, um des Einflusses unter den Arbeitern nicht völlig verlustig zu gehen; während die anderen, repräsentiert durch eine 80%ige Mehrheit des aufgespaltenen „Leitenden Gremiums“ ihr Heil in deren verstärkter Verbreitung suchen, es handelt sich sozusagen um die „Bomolula-Strömung“. Unkommentiert (also wird gelächelt) werden Leserbriefe abgedruckt, die vorschlagen, den „Arbeiterkampf“, der ja schon lange keine Arbeiterzeitung mehr sei, in „Linke Zeitung“ o.ä. umzubenennen. Ersterer Strömung fehlt das Vertrauen, zu den Zeitungen der verschiedenen Linken, Schwulen und Lesben ein erfolgreiches Konkurrenzverhältnis mit dem nötigen Absatzmarkt hinzukriegen. Keineswegs handelt es sich bei diesen Leuten, die sich in der Organisation der massiven Vorwurf, Kommunisten zu sein („wie der KBW“), eingehandelt haben, um ebensolche. Ihnen selber ist der große Greuel, für „ML-Köpfe“ (wobei „ML“ für Marxismus-Leninismus steht) gehalten zu werden.

In dem sich seitenslang und seit Monaten dahinschiebenden organisatorischen Krampf steht die bürgerliche, opportunistische politische Linie des KB/Nord überhaupt nicht zur Debatte, ebensowenig irgendwelche Aufgaben des Klassenkampfes. Entsprechend wird das Ergebnis sein: wenn nicht Auflösung ansteht – was rechnerisch wahrscheinlich – gibt es halt eine Zeitung mit etwas mehr oder weniger Pornographie bzw. mehr oder weniger „Betrieb und Gewerkschaft“ (in Nr. 161 immerhin noch 1 von 48 Seiten), aber auf keinen Fall eine für die Arbeiterklasse nützliche. Eine solche gibt der KBW wöchentlich mit der „Kommunistischen Volkszeitung“ heraus, die auch bei jedem Mitglied der KHG erhältlich ist.

aus: „KVZ“ – Spezialnachrichtendienst für die Universität Hamburg, 17.9.79

Nochmal zum Kongreß des „Ex-KBW-Komitees“

Im letzten Ak hat Genosse R. aus Mannheim einen sehr positiven Bericht geschrieben, der teilweise recht euphonischen Charakter trug hinsichtlich der Hoffnungen in den weiteren Weg der „Komitees“ für Demokratie und Sozialismus. Dabei ist er m.E. über einige kritische Punkte des letzten Kongresses und der Arbeit der „Komitees“ zu großzügig hinweggegangen, was sicher darauf zurückzuführen ist, daß R. gar nicht den Anspruch hatte, ein vollständiges Bild des Kongresses in seinem Artikel zu vermitteln, sondern seinen (eben im wesentlichen positiven) Gesamteindruck wiedergeben wollte.

R. ist sicher zuzustimmen, daß der Verlauf des Kongresses und die Diskussionen sich insgesamt positiv abhoben von der bisherigen Praxis etwa des KBW oder der „KPD“, denn auf dieser Konferenz wurde tatsächlich diskutiert.

Ein weiteres positives Zeichen für eine Emanzipation von der sektiererischen Politik des KBW, aus dem der allergrößte Teil der „Komitee“-Mitglieder und -Sympathisanten kommt, ist die Tatsache, daß wir überhaupt authentisch über diese Konferenz berichten können, da die „Komitees“ alle interessierten linken Organisationen ausdrücklich eingeladen hatten, anabstufen über diese Konferenz berichten können, da die „Komitees“ alle interessierten linken Organisationen ausdrücklich eingeladen hatten, an ihrer Konferenz teilzunehmen und dort mitzudiskutieren. Diese Einladung hatte zwar den unangenehmen Nebeneffekt, daß der versammelte ML- und trotzkistische Sektierfloh-zirkus (namentlich „TLD“, „Vereinigte Linke“, „MLD“) dies dahingehend mißverstand, vor einem so ungewöhnlich großen Auditorium die abenteuerlichsten Sprünge zu veranstalten oder sogar an Abstimmungen teilnehmen zu wollen, aber die Engselgeduld, mit der die Konferenz dies ertrug, spricht für die gute Absicht, mit der KBW-Vergangenheit zu brechen.

Anwesend waren ca. 120 Mitglieder von örtlichen „Komitees“ bzw. Initiativen, die am Aufbau örtlicher „Komitees“ interessiert sind. Diese repräsentieren noch einmal das 3-4-fache an Mitgliederzahl. Aus dem Stand heraus sind die „Komitees“ damit zu einem ernstzunehmenden Faktor in der westdeutschen Linken geworden, auch wenn der Aufbau örtlicher „Komitees“ etwas zögernd vor sich geht (laut Bericht von W.M. gibt es derzeit in vier Orten „Komitees“ und in weiteren zehn Initiativen).

Entscheidend für die weitere Entwicklung der „Komitees“ wird die Behandlung der politischen Widersprüche in dem Kreis sein, der sich am Aufbau des „Komitees“ derzeit beteiligt.

Was R. als „Dogmatismus und KBW-Rensch“ (zutreffend) bezeichnet, ist eine recht starke Strömung in den „Komitees“, die eine weitergehende politische Festschreibung insbesondere in der Frage der „Drei-Welten-Theorie“ fordert. Diese Forderung tauchte sowohl in dieser Allgemeinheit („Es wird zuwenig über den Imperialismus gesagt“) als auch in der kambodische-Frage auf, wo die Anhänger der „Drei-Welten-Theorie“ eine sofortige Unterstützung der „Komitees“ für die „Kampuchea-Konferenz“ (gemeinsam mit „KPD“, KBW und „MLD“) verlangten. Die reale Unterstützung dieser Position ist weit größer als in der von R. zitierten Abstimmung (80:7 gegen den Änderungsantrag von B. Braunbehrens), nämlich – wie aus vorhergehenden Abstimmungen deutlich wurde – mindestens die Hälfte. Der Streit auf der zweiten Konferenz drehte sich bezüglich der theoretisch anzupackenden Schritte darum, ob „weitergehende“ Positionen jetzt vereinheitlicht werden sollen (dabei geht es v.a. um alte, für richtig befundene KBW-Positionen und -Forderungen), oder ob die „Komitees“ sich theoretische Positionen erst neu erarbeiten müssen, bei einer Vereinheitlichung auf die ältesten Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Die Vertreter der zweiten Position (v.a. Mitglieder des Arbeitsausschusses) sehen die „Komitees“ entsprechend für die Mitarbeit aller Revolutionäre geöffnet, während die erste Position den Teilnehmern auf die „Marxisten-Leninisten“ einschränken will (nach althergebrachtem KBW-Jargon ein Begriff, unter den KBW, „KPD“,

KPD/ML und bestenfalls noch der KABD fallen).

Die von R. zitierte Abstimmung ging lediglich um die Frage, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf der Basis des vorgelegten Tätigkeitsberichts weitergearbeitet werden soll; sie bedeutet nicht, daß zur Politik der Vaterlandsverteidigung ein deutlicher Trennungsschritt gezogen wurde. Natürlich hatte sich die „KPD“ eine stärkere Festlegung auf die „Drei-Welten-Theorie“ oder in der „nationalen Frage“ erhofft, was sie auf der Konferenz durch unverhohlene Unterstützung der Braunbehrens-Strömung kundtat. Die Vertreterin der „KPD“ äußerte dementsprechend auch ihre Enttäuschung über den Verlauf des Kongresses in ihrem letzten Redebeitrag. Das ändert aber nichts daran, daß die politischen Widersprüche in den „Komitees“ weiter wirksam sind und es für den weiteren Weg der „Komitees“ und ihrer geplanten Zeitschrift entscheidend sein wird, ob sie den von W.Maier projektierten Kurs der theoretischen Neuaufarbeitung ihrer Positionen beibehalten können.

Die Debatte um die Bundestagswahlen

Die Debatte um die Bundestagswahlen

Von besonderem Interesse ist die Haltung der „Komitees“ zur alternativen Wahlbewegung. Schon in dem „Vorschlag für ein Aktionsprogramm aus Anlaß der Bundestagswahlen 1980“ (abgedruckt in der Broschüre zur 1. Konferenz) hatte sich der Arbeitsausschuß für die Unterstützung eines alternativen Wahlbündnisses ausgesprochen; Teile der örtlichen „Komitees“ (Bremen, NRW) beteiligten sich schon an alternativen und bunten Listen.

Auch auf der Konferenz wurde über die Bundestagswahlen diskutiert. In einem einleitenden Beitrag wurden von R. Fücks die Notwendigkeit eines alternativen Wahlbündnisses dargestellt. Die Vertreter von KB und „KPD“ erhielten zur Stellungnahme Gelegenheit. Von führenden „Komitee“-Genossen wurde in der anschließenden Diskussion die Ansicht vertreten, daß der „Schlüssel“ für eine erfolgreiche Beteiligung an den Bundestagswahlen in der Gewinnung führender Teile der Arbeiterlinken liege, weil nur so „die Gefahr vermieden werden (kann), daß die Kandidatur einer „AL“ die Spaltung zwischen der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung noch weiter aufreißt“ (Thesenpapier des Arbeitsausschusses zur 2. Konferenz).

Die „Komitees“ setzen sich dafür ein, ein gemeinsames Vorgehen der „Revolutionäre“ (gemeint v.a. „Komitees“, KB und „KPD“) zu erreichen. Demgegenüber wurde von dem KB-Vertreter gesagt, daß es falsch sei, sich einseitig auf zu große Hoffnungen in die Arbeiterlinke zu verlassen (womit nichts gegen eine möglichst breite Einbeziehung von Arbeiterlinken gesagt ist, im Gegenteil), und dabei die reale Kraft zu unterschätzen, die die anderen Basisbewegungen (etwa Anti-AKW, Frauen-, Antifa-Bewegung) für so ein alternatives Bündnis heute bereits darstellen.

Ein unrealistisches Wunschenken zeige sich auch in dem Vorschlag, ein gemeinsames Vorgehen der „Revolutionäre“ erreichen zu können, da die Erfahrungen aus Hamburg und Westberlin schon zeigen, wie groß die Differenzen zwischen KB und „KPD“ etwa in der „nationalen Frage“ und der „antihegemonistischen Einheitsfront gegen den Sozialimperialismus“ sind. Diese Kritik an den Vorstellungen der „Komitees“ bedeutet aber nicht, daß wir es ablehnen, mit den „Komitees“ über das Vorgehen zu den Bundestagswahlen zu diskutieren.

(Zu anderen von R. in AK 162 angesprochenen Fragen, insbesondere seinem überschwenglichen Lob der Stalin-Einschätzung von R. Fücks, möchte ich lieber an anderer Stelle etwas sagen.)

Eine detaillierte Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Vorstellungen der „Komitees“ soll erfolgen, wenn die Reden und Beschlüsse der Konferenz uns gedruckt vorliegen.)

KL, SSB Hamburg

ab arbeiterbuch Politische Buchhandlung

Grindelhof 45
2 Hamburg 13
Tel. 45 38 01

Literatur zur Geschichte der Frauenemancipation

Karin Basse
„Clara Zetkin“ und die proletarische Frauenbewegung
Verlag Oberbaum DM 10,80

Ein sehr wichtiges und materialreiches Buch zur Entstehungsgeschichte der proletarischen Frauenbewegung bis zum 1. Weltkrieg und der Gründung der III. Internationale.

Marilene Janßen-Jureit
„Sexismus“
Fischer Nr. 3704 DM 12,80

Bereits 1976 erschienener feministischer „Kontrapunkt“ zu K.Bauern oben genannten Buch. Über den geschichtlichen Rahmen hinausgehende feministische Analyse der vielfältigen Ebenen der Frauenunterdrückung. Versuch, die verschiedenen Strömungen der bürgerlichen Frauenbewegung, feministische Analyse der vielfältigen Ebenen der Frauenunterdrückung. Versuch, die verschiedenen Strömungen der bürgerlichen Frauenbewegung differenziert darzustellen und Defizite der frühen sozialdemokratischen Frauenbewegung hinsichtlich der Berücksichtigung der doppelten Unterdrückung der Frau in Haushalt und Familie zu kritisieren.

Julia Marwick
„Feminismus – Geschichte, Theorie, Praxis“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

Geschichte des Feminismus aus DKP-naher Sicht, wobei viel Platz der Kritik feministischer Positionen eingeräumt wird.

J. Marwick (Hrsg.)
„Grundlagen der Emanzipation der Frau“
Pahl-Rugenstein DM 12,80

27 Texte aus der Geschichte der Frauenbewegung, von Luise Otto bis Kate Millet.

Sören Bajohr
„Die Hälfte der Fabrik“
VAO DM 32,-

Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914 bis 1945

Peer u.a.
„Weib und Macht“
Fischer

Vier Wissenschaftler aus verschiedenen Bereichen versuchen nachzuweisen, daß es vor 3 000 Jahren der Männerherrschaft eine fünf Millionen Jahre lang Dominanz der Frau gegeben hat.

Boris Urmann
„Die Wandlungen der Frauenemancipationsbewegung – von Marx bis zur Arbeiterbewegung“
Association DM 5,-

Heymann/Augsburg
„Erläuterung – Erheutete; Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850 bis 1940“
Verlag Antan Mainz DM 19,80

Die vorliegenden Memoiren sind ein „Glücksfall“, denn es gibt so gut wie keine Darstellungen aus dem Bereich der linken radikalen Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung, sehr spannend und lesenswert.

Herve, Florence
„Brot und Rosen“
VMB DM 14,80

Geschichte und Perspektiven der demokratischen Frauenbewegung aus DKP-Sicht

Renate Wiggerhaus
„Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung“
Hammer Verlag DM 24,-

Ein ganz neues und materialreiches Buch über Frauen und Frauenbewegung nach 1945 in beiden Teilen „Deutschlands“.

G. Dietze
„Die Überwindung der Sprechlosigkeit“ – Texte aus der neuen Frauenbewegung
Luchterhand DM 12,80



In Peking wurden privat gedruckte Dissidenten-Zeitungen von Handverkäufern öffentlich verkauft

Meldungen aus China

Demonstrationen in Peking

In Peking hat es im August und September eine Reihe von oppositionellen Demonstrationen und Kundgebungen gegeben:

Am 8. August demonstrierten etwa 400 Menschen aus verschiedenen Teilen Chinas vor dem Regierungsviertel. Es handelte sich um sog. „Entwurzelte“, die aus ganz China in Peking zusammengekommen sind, um Beschwerden vorzubringen und „Arbeit und Brot“ zu fordern.

Am 29. und 30. August demonstrierten erneut bis zu 200 „Entwurzelte“ vor dem Regierungsviertel. Am 26. August fand eine Versammlung von etwa 300 Mitgliedern von „Bürgerrechts“-Gruppen statt. Gefordert wurde die Freilassung mehrerer „Bürgerrechtler“, die im Frühjahr inhaftiert worden waren.

Am 10. September demonstrierten 400 Schulabgänger, die trotz guter Noten nicht zum Studium zugelassen worden waren. Der Zug, an dem sich auch Eltern beteiligten, wuchs auf etwa 1000 Menschen an. Die Demonstration endete mit einem zweiwöchigen Sitzstreik vor dem Rathaus.

Am 11. September protestierten erneut 150 Schulabgänger vorm Rathaus.

Am 12. September gab es einen Sitzstreik von 35 „Entwurzelten“ vorm Regierungsviertel.

Am 9. September, dem 3. Todestags Mao Tse-tungs, wollten 200 Menschen eine Gedenkfeier am Mausoleum Maos durchführen. Die Kundgebung wurde von der Polizei aufgelöst.

Am 13. September gab es eine Kundgebung von rund 1000 Men-

schen, bei der mehrere Teilnehmer Reden hielten. Themen waren u.a. die Festnahme inhaftierter Oppositioneller, die soziale Lage der Bauern und der ehemaligen Soldaten, die Kluft zwischen dem niedrigen Lebensstandard der Massen und dem Wohlstand vieler Funktionäre sowie die Auflösung der Gedenkfeier am 9. September.

Drei verschiedene Demonstrationen gab es am 20. September: Etwa 100 Eisenbahn-Arbeiter versuchten, im Regierungsviertel eine Petition zu übergeben. Polizei löste den Zug auf und nahm mehrere Demonstranten fest. Ein Demonstrationzug von 120 Schulabgängern wurde ebenfalls an der Übergabe einer Petition gehindert. Die Demonstranten wollten dagegen protestieren, daß sie trotz guter Noten nicht studieren dürfen, während Funktionäre ihren Kindern „durch die Hintertür“ Studienplätze besorgen. Etwa 100 Menschen versammelten sich vor dem Rathaus – größtenteils frühere Einwohner Pekings, die zwangsweise „auf dem Lande angesiedelt“ worden waren. (Zusammenstellung nach Meldungen der bürgerlichen Presse).

Revolte auf Hainan

Am 8. Juli gab es im Kreis Tunchang der Insel Hainan (Golf von Tongking) eine Revolte, deren Hintergründe bisher unklar sind. Aus den offiziellen Meldungen geht hervor, daß am 8. Juli etwa 300 Menschen die örtliche Rundfunkstation stürmten und über den Sender „aufrührerische Propaganda“ verbreiten ließen. Angegriffen (und teilweise zerstört bzw. geplündert) wurden außerdem das Kreisbüro der KP, das „Gästehaus“ der örtlichen Behörden, zwei

Restaurants und das Haus eines leitenden Funktionärs des Kreiskomitees der KP, dessen Besitz „illegal beschlagnahmt“ wurde. Aus dieser Aufzählung geht hervor, daß das „Luxusleben“ der Parteifunktionäre ein wesentlicher Auslöser der militanten Aktionen war).

Als Rädelsführer wurden Wang Ning-guang und Wang Ding-ji verhaftet. Am 31. Juli wurden sie zu 10 bzw. 2 Jahren verurteilt. (Radio Kanton, 17.8., nach SWB 24.8.).

„Modell Deutschland“ auch für China?

„Das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden wird erstmals chinesische Polizisten schulen. Wie das Bundesinnenministerium in Bonn gestern bestätigte, werden Kriminalbeamte aus der Volksrepublik schon Ende dieses Monats nach Deutschland kommen, um „vor Ort“ deutsches kriminaltechnisches Know-how zu studieren“. („Welt“, 11.9.). Dies sowie „der internationale Terrorismus“ waren auch Themen beim Besuch des Bundesinnenministers Baum in China im August.

Parallel dazu meldete die „Welt“ ebenfalls am 11.9., daß die chinesische Polizei „entpolitisiert“ werden solle.

Offene Türen für ausländisches Kapital

China öffnet sich noch mehr für ausländisches Kapital:

Nach einem Bericht der französischen Nachrichtenagentur AFP (22.8.) soll die chinesische Hafenstadt Swatau eine „Sonderzone für internationalen Handel und Schifffahrt“ werden. Weitere „Sonderzonen“ in den Provinzen Kwantung und Fukien (Südostchina) seien geplant. Swatau liegt etwa 250 km östlich von Hongkong und 400 km westlich von Taiwan.

Laut „Peking Rundschau“ vom 18.9. (Nr. 37) sollen die Städte Shenzhen und Zhuhai, die gegenüber den Kolonien Hongkong und Macao liegen, sogenannte „Sonderbezirke“ werden, „wo Landleute aus Hongkong und Aomen („Hongkong und Macao“-Anm. AK) und Ausländer selbstständige Unternehmen und Joint Ventures mit chinesischer Beteiligung errichten können. Was die Verwaltung dieser Sonderbezirke angeht, werden wir im Vergleich zu anderen Landesteilen dort eine offener Politik verfolgen“.

Was diese „Sonderbezirke“ und „Sonderzonen“ genau bedeuten sollen, wird sich zeigen. Zunächst einmal erinnern diese Maßnahmen an die früheren sog. „Konzessionen“ der Imperialisten in mehreren chinesischen Städten, d.h. Gebiete, die der chinesischen Souveränität entzogen waren. Der Hinweis auf eine „offenere“ Verwaltung dieser „Sonderzonen“ und die Tatsache, daß ausländische Kapitalisten dort sogar völlig eigene Betriebe aufbauen können, läßt nichts Gutes ahnen.

Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

650 Seiten, Paperback

22 DM

ISBN: 3-88305-011-3

In einer mehrjährigen wissenschaftlichen Arbeit hat eine Arbeitsgruppe des KB diesen bisher detailliertesten und umfangreichsten Bericht zur Ausschlusspraxis und zum Abbau demokratischer Strukturen im DGB erstellt. Es ist ein Handbuch von Gewerkschaftern für links Gewerkschaftspolitik.



Bisher erschienen:

UNSER WEG Nr. 1
Revisionismus-Kritik
50 Seiten A 4 DM 4,-
September 1978

enthält Texte speziell zur DKP, ihrer Programmatik und ihrer Praxis.

UNSER WEG Nr. 2

enthält Texte zur Oktoberrevolution

UNSER WEG Nr. 2
Zur Kritik
des „realen Sozialismus“
94 Seiten A 4 DM 7,50
Oktober 1978

enthält Texte zur „Oktoberrevolution“, Diskussion um den „realen Sozialismus“, Biermann sowie Behro.

UNSER WEG Nr. 3
Zur Kritik
des „Eurokommunismus“
38 Seiten A 4 DM 3,-
Januar 1979

enthält Kritiken zu den einzelnen Parteien, sowie Texte über den Streit zwischen den „Eurokommunisten“ und „Realsozialisten“.

reents
verlag

LIEFERUNG NUR GEGEN VORRAUSZAHL!
Pardons! Ich habe die Adresse des Empfängers
falsch und bei Einzelbestellungen 40 Pf. mit zu überweisen auf unten Karte
Dresdner Bank Hamburg – BLZ 200 000 00 – Kto. 451 43 78
oder
Postcheckamt Hamburg – BLZ 200 100 00 – Kto. 2406 95 293
J. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50



Einzugsmächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/um zu entrichtenden Abonnentenpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den..... Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Amnestie für DDR-Häftlinge

Die Regierung der DDR hat am 25. September eine weitgehende Amnestie anlässlich des dreißigsten Jahrestages dieses Staates beschlossen, in deren Genuß wohl die meisten Häftlinge in der DDR kommen werden. Die Amnestierung soll am 14. Dezember abgeschlossen sein und für alle diejenigen gelten, „die vor dem 7. Oktober 1979 zu Strafen mit Freiheitsentzug oder zu Strafen ohne Freiheitsentzug verurteilt worden sind“. Lebendige Freiheitsstrafen werden zu 15-jährigen Haftstrafen umgewandelt. Von der Amnestie ausgenommen sind Personen, die belangt wurden wegen „Nazis und Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit; Verbrechen die in Erfüllung internationaler Abkommen und anderer völkerrechtlicher Verpflichtungen der DDR verfolgt wurden; besonders schwerer Verbrechen, wie Mord, anderer Gewaltverbrechen und Militärspionage“ sowie Personen, die mehrfach mit Freiheitsstrafen bestraft wurden.

Die beschlossene Amnestie ähnelt stark dem Amnestie-Beschluß von 1972, durch den 25.060 von 30.564 Häftlingen amnestiert wurden. Doch im Gegensatz zu der seinerzeitigen Verfügung, die explizit „politische und kriminelle Straftäter“ umfaßte, ist im diesjährigen Beschluß nur von „Straftätern“ die Rede; es ist also völlig offen, ob auch Häftlinge wie der Genosse Rudolf Bahro in den Genuß der Amnestie kommen werden. Daß der Amnestie-Beschluß vom September ausdrücklich Gefangene ausklammert von der Amnestie, denen „Spionage oder Zusammenarbeit mit westlichen Geheimdiensten“ („Hamburger Abendblatt“) angelastet wird, verheißt diesbezüglich nichts Gutes, denn immerhin wurde

Bahro eben wegen derartiger „Delikte“ verurteilt.

Ein weiterer Unterschied zwischen dem diesjährigen Amnestie-Beschluß und dem des Jahres 1972 besteht in der Frage der Untersuchungsgefängnisse. Hieß es 1972 noch: „Eingeleitete Strafverfahren, bei denen die Ermittlungen bis zum 7. Oktober 1972 abgeschlossen sind, sind einzustellen, sofern sie unter die Amnestie fallen“ – so ist diesmal von einer Amnestierung der Untersuchungsgefängnisse nicht die Rede. Wie dem auch sei. Die Amnestie ist sicherlich eine erfreuliche Sache. Wie ernsthaft sie tatsächlich durchgeführt wird, wird daran zu messen sein, ob der Genosse Rudolf Bahro freikommt und ob er in der DDR weiterarbeiten kann – an einer Alternative zum „real existierenden Sozialismus“. Das wäre in der Tat ein großer Gewinn für die linke Opposition in der DDR und ist eben deshalb unwahrscheinlich, denn Bahro ist sicher niemand, den die DDR-Regierung so nebenbei mal eben freiläßt. Das DDR-Regime hat in den letzten Monaten durch die Strafrechtsverschärfungen, die Verfahren gegen Stefan Heym und Robert Havemann demonstriert, daß keineswegs eine umfassende Demokratisierung oder dergleichen geplant ist. Die Amnestie soll wohl eher zur Feier des dreißigsten Jahrestages beitragen, nachdem sie auf wirtschaftlichem Gebiet nicht viel zum Jubeln vorzeigen kann. Die Pläne konnten nicht erfüllt werden und die SED mault über mangelnde Arbeitsmoral in den Betrieben. In den letzten Monaten ließ die SED Sparappelle und Aufrufe zu mehr Arbeitsdisziplin vom Stapel, die die Werktätigen getreu dem Motto „Hau rein – Der Tag ist dein!“ dazu anhalten sollten, die

Rückstände bei der Planerfüllung durch Mehrarbeit wettzumachen. Die Preiserhöhungen in einer Reihe von Staaten des RGW dürften die Werktätigen auch nicht gerade in Feierstimmung versetzt haben.

Nicht nur von der SED, sondern ebenso von den westeuropäischen Revisionisten wird die Amnestie in der DDR als Beleg für den sozialistischen Charakter der DDR befürwortet werden. Schade wäre es, wenn sich Teile der Linken, die sowohl mit der DKP als auch mit den Osteuropa-Solidaritäts-Gruppen zusammenarbeiten, durch die Amnestie in ihrer Solidarität mit der sozialistischen und demokratischen Opposition in der DDR beirren ließen, deren Arbeitsbedingungen durch die jüngsten Strafgewaltverschärfungen sich verschlechtert haben.

Kennzeichnend für den Unterschied zwischen den „beiden deutschen Staaten“ ist, daß die ebenfalls Geburtstag feiernde BRD keine Amnestie erließ. Dabei wäre es doch wirklich mal ein Grund zum Feiern. Bonn für seinen Teil hat die Amnestie in der DDR begrüßt – wohl weniger aus Freiheitsliebe als aus Antikommunismus und immerhin spart sie ja auch einige Millionen, die sie sonst dafür aufwendet. Kriminelle der DDR abzukaufen, um sie hier als Symbole für die Unterdrückung in der DDR publikumswirksam herumzureichen.

(Angaben nach „Hamburger Abendblatt“ vom 26.9.79, „Frankfurter Allgemeine“ vom 26. und 27.9.79 und „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. und 27.9.79).

Ein Genosse der RGW-Kommission KB/Hamburg

in jedem guten buchladen

Harrisburg
war nur
der Anfang

Als am 1.4.79 US-Präsident Carter den Kontrollraum des Katastrophenreaktors besuchte und anschließend behauptete, daß die Techniker alles im Griff hätten, wußte er es, daß ein längerer Aufenthalt als 10 Min. nicht erlaubt war? - daß dieser Raum 2 Tage vorher nur mit Atemgeräten zu betreten war?

Ein reich bebildeter Band voller Fakten, einer Analyse des Unfalls, und Untersuchungen über die Energiepolitik nach Harrisburg... und Unfallliste westdeutscher AKW's...

152 S.
D91
13,80

Was ist dran an der Energiekrise?

Strauß



NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Getreuen.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen Weg
Strauß und die Internationale des Terrors
Strauß - ein Faschist?
Die „Sonhofener Rede“
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u. v. a. m.

100 S.
D91
7,50

NAZIM HIKMET



Der Volksdichter Nazim Hikmet (1902-1963) gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller nicht nur in der Türkei sondern auch in der Weltöffentlichkeit. Sein fünfteiliger Roman in Versform „Menschenlandschaften“ schildert die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei aus der Sicht der verschiedenen Menschen.

Bisher erschienen Band 1 und Band 2
Band 3 in Vorbereitung

D91 15

D91 14

Texte
zur
Stalinfrage

irv

Aus dem Inhalt:
Die Rolle Stalins in und nach der Oktoberrevolution
Die Moskauer Prozesse
Die „Stalin-Frage“ und die KP Chinas
Mao Tse-tung: Bei der Unterdrückung der Konturrevolution muß die Masselinie der Partei befolgt werden
Interview mit Charles Bettelheim

168 S.
D91
12,50

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich - DM 27,50 ☐
jährlich - DM 55,- ☐

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents,
Postcheckamt Hamburg BLZ 20010020
Kt. Nr. 2405 96-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum

Unterschrift

**AK
Abo
Karte**

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

FRANKFURTER

GEGENBUCHMESSE

Haus der Jugend Deutschherrenufer 12
6 Frankfurt/Sachsenhausen
Tägl. geöffnet von 11 - 22 Uhr
8. - 14. Oktober

Zum dritten Mal findet in diesem Jahr die Frankfurter Gegenbuchmesse der Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage und Autoren (AGAV) statt. Was im Jahre 1977 als Versuch begonnen hatte, ist auf dem besten Wege, sich als fester Bestandteil der Frankfurter Kulturszene und auch als wirksame Alternative zur Internationalen Buchmesse einzurichten.

Im Börsenblatt 38 vom 11.5.79 stand es zu lesen: Auf einer Sitzung des Verlegerausschuß' im Buchhändlerhaus warnte „Kleinverleger“ Thomas Kniffel vom Helmeran Verlag: die Kleinverlage fühlen sich auf der Buchmesse vernachlässigt. Sie sahen sich oft an den Rand gedrängt oder an besonders ungünstigen Stellen platziert. Hier müßte eine gerechtere Lösung gefunden werden, damit die „Gegenbuchmesse“ nicht noch mehr Zulauf erhalte.

Über Kniffel schweigen wir lieber, aber mit seiner Klage hat er uns gezeigt: was Besucher und Journalisten in den vergangenen zwei Jahren immer wieder bestätigten, den grellen Kontrast zwischen uns und der Internationalen Buchmesse, die angenehme Atmosphäre auf der Gegenbuchmesse und der Straße, die Unpersönlichkeit bei der „Konkurrenz“, das alles wird inzwischen auch in Fachkreisen registriert, ganz zu schweigen von den bei uns ausstellenden Verlagen, die sehr wohl wissen, wieso sie nicht auf die Börsenvereinsmesse gehen.

Und das betrifft nicht nur die Kleinen. In der ZEIT bekundete der Diogenes Verlag seinen Entschluß, in diesem Jahr die Buchmesse zu boykottieren: zu teuer, keine Kontaktmöglichkeiten zum Publikum, die wichtigen Entscheidungen fallen sowieso woanders.

Die Gegenbuchmesse der AGAV bietet die Möglichkeit, Produktionen aus dem nichtkommerziellen Literaturbetrieb kennen zu lernen. Jährlich stellen sich etwa 80 Verlage aus dem deutschsprachigen Raum vor, ergänzt durch ein großes Veranstaltungsprogramm. Die Messe bietet Möglichkeiten zu Gesprächen, zum Kennenlernen und vor allem aber zur kritischen Information. Vom Sachbuch über Zeitschriften, Platten, Poster bis hin zur Belletristik wird hier eine Kultur präsentiert, die im Großen und Ganzen von den bürgerlichen Medien und dem kommerziellen Buchhandel ignoriert wird. Die Verlage distanzieren sich vom herkömmlichen Buchbetrieb und konzipieren ihr Programm nicht einzig nach dem zu erwartenden Verkaufserfolg, sondern nach dem Inhalt. Ihre Strukturen sind demokratisch, der Autor ist gleichberechtigter Produzent, nicht Lieferant.

Die Unzufriedenheit mit den Geschäftsbedingungen großer Verlage hat in der letzten Zeit immer dazu geführt, daß Autoren von dort abwandern und bei Alternativ-Verlagen veröffentlichen. Gleichzeitig ist die A-Szene im Begriff, ihre Produktions- und Vertriebsmöglichkeiten immer mehr auszubauen, um vom bürgerlichen Handel unabhängig zu werden.

Die diesjährige Gegenbuchmesse steht unter dem Motto „Wort gegen rechts“. Angeregt durch die Initiative „Rock gegen rechts“ haben wir innerhalb der AGAV-Kulturredaktion eine Gruppe gebildet, die sich mit diesem Thema auseinandersetzt.

Im Rahmen einer Ausstellung informieren wir anhand von Dokumenten und anderem Informationsmaterial über „Zensur in der Bundesrepublik“. Die Stuttgarter Druckerel „Fantasia“ wird über ihren Fall und den sorben angelaufenen Prozeß berichtet, denn gibt es einen großen Lesungsabend mit Literatur aus dem Kaaat und als Teil des Musikprogramms eine Veranstaltung mit den beiden „Rock gegen rechts“-Gruppen „Straßenjungs“ und der „Frankfurter City Blues Band“.

Das weitere Programm: Am Eröffnungsabend spielt „Werner Liefand“, am Samstag die Funkband „ikweze“ und in den beiden Lesungsräumen finden den ganzen Tag über die verschiedensten Veranstaltungen statt: außer vielen Lesungen auch ein Kultursupermarkt, ein Pantomimenabend mit dem Marceau-Schüler Jordi, eine Diskussion zu dem Thema Geburt mit Einführungsvortrag und eine autonome Frauenlesung.

Wir hoffen auf Euer zahlreiches Erscheinen.

Cornelius Retting, AGAV
Postfach 656
7 Stuttgart 1

VERANSTALTUNGS

PROGRAMM

DER 3. FRANKFURTER GEGENBUCHMESSE

Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12
täglich geöffnet von 11 - 22 Uhr
8. - 14. Oktober

9.10. (Dienstag) Raum A 18 - 20 Uhr
Lesung des J. Reents-Verlag: NAZIM HIKMET

10.10. (Mittwoch) Terrassensaal 19.30 - 22.00 Uhr
Veranstaltung des Verlag 2000 und des Sozialistischen Büro:
ALTERNATIVBEWEGUNG UND GEWERKSCHAFTEN, Betriebsräte, Gewerkschafter,
Wissenschaftler und Mitglieder selbstverwalteter Projekte informieren und diskutieren.

11.10. (Donnerstag) Großer Saal 19 - 22 Uhr
Musikveranstaltung mit der Frankfurter City Blues Band und den Straßenjungs

12.10. (Freitag) Arsenal 20 - 22 Uhr
Jochen Köhler: „Kletten in der Großstadt“ - volkstümliche Geschichten aus dem Berlin von 1933 bis 1935 - Verlagslesung

13.10. (Samstag) Raum B 17.30 - 19 Uhr
Veranstaltung des J. Reents-Verlag: NEUE DIKTATUR ODER FRÜHLING DER FREIHEIT?
Unter diesem Titel wird ein Buch mit aktuellen Interviews mit der Opposition im Iran vorgestellt

14.10. (Sonntag) Raum B
15 - 17 Uhr: Jugendbuchlesung mit Margret Steenfatt
17 - 19 Uhr: Zensur in Bibliotheken. - Der Bibliothekar; Norbert Cobabus referiert

Während der ganzen Messe werden im Foyer im 3. Stock zwei Ausstellungen gezeigt:
ZENSUR IN DER BRD und eine ANTIKRIEGSAUSSTELLUNG

AGAV